

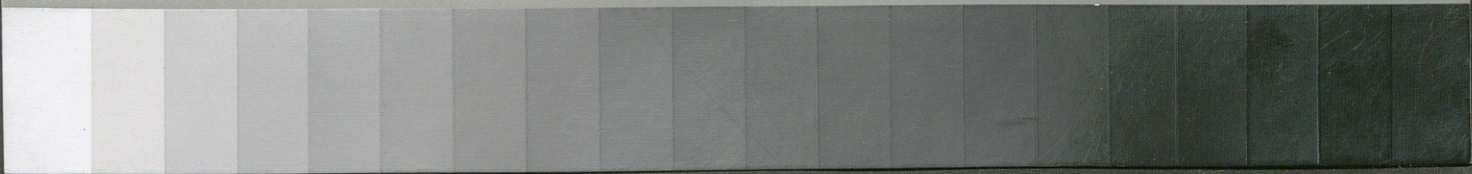
Grey Scale #13



Part Code
ST1316

DANES-
PICTA
.COM

A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19



Bismarck's
Kampf mit Österreich
1851 - 1859



von
Arnold Oskar Meyer



Bismarcks
Kampf mit Österreich
1851 – 1859



von
Arnold Oskar Meyer

Bismarcks Kampf mit Österreich



Bismarck im Jahre 1855

Nach einem Ölgemälde von Jakob Becker

Bismarcks Kampf mit Österreich

am Bundestag zu Frankfurt

(1851 bis 1859)

Von

Arnold Oskar Meyer

Mit 9 Bildtafeln



1 9 2 7

Verlag von R. F. Koehler, Berlin und Leipzig

9(436)/192 (Bismarck)



Paul Kehr

in Dankbarkeit zugeeignet

Vormort

Dieses Buch will Neuland für die Erkenntnis Bismarcks gewinnen. Es führt in ein Gebiet, das bisher nur tastend von der Forschung betreten worden ist. War es früher vor allem die Epoche der Reichsgründung, die an Taten größte, von der die stärkste Anziehung ausging, so in jüngster Zeit die beiden Jahrzehnte von 1871 bis 1890. Nur zu begreiflich: die große Aktenveröffentlichung des Auswärtigen Amtes wirkte mit magnetischer Kraft; sie öffnete zugleich einen Weg, um die Vorgeschichte des Weltkrieges in ihre Anfänge zurückzuverfolgen. Es war die Vergangenheit vor allem als Vorhalle der eigenen Zeit, zu der die Forschung strebte. Es war der lebendige Gegenwartswert, den man in den beiden großen Perioden der Bismarckzeit suchte und fand.

Was aber vor der großen Zeit liegt, vor Bismarcks Eintritt ins Ministerium, das schien in weite Ferne gerückt, wie durch einen tiefen Einschnitt von der eigentlichen Bismarckzeit getrennt. Und doch ist es jene stillere Zeit der fünfziger Jahre, in der das Werden und Wachsen des großen Staatsmannes liegt, ist es jene Zeit, in der auch das schmerzvolle Ausscheiden Österreichs aus Deutschland sich vorbereitete. Ohne Kenntnis von Bismarcks Frankfurter Wirken bleibt seine Lösung der deutschen Frage nur halb verständlich, und ohne Kenntnis der Geschichte des Bundestages ist die Tragik, daß es damals keine andere, keine großdeutsche Lösung gab, nicht in ihrer ganzen zwingenden Macht zu begreifen. Unhistorischen und unfruchtbaren Anklagen, wie die jüngste Zeit sie wieder erneut hat, wird durch vertiefte Kenntnis der Geschichte am sichersten ihr Boden entzogen.

Seit über vierzig Jahren kennen wir die wichtigste Quelle zur Geschichte Bismarcks in Frankfurt: seine eigenen Berichte

vom Bundestag. An Plastik der Schilderung, an Schärfe der Gedankenführung, an überzeugender Kraft haben sie schwerlich ihresgleichen und sind als Kunstwerke diplomatischer Berichterstattung stets durch den Kenner genossen worden. Aber die Forschung hat doch verhältnismäßig wenig mit ihnen anzufangen gewußt: die Gegenberichte fehlten, die der österreichischen Gesandten, mit denen Bismarck damals seinen ersten Kampf um die Vorherrschaft Deutschlands geführt hat. Bisher wußte man nur, was Bismarck berichtet, aber nicht, was er verschwiegen hat, kannte nur Preußens Klage gegen Österreich, aber nicht Österreichs gegen Preußen.

Die zweite große Quelle für jene Zeit, die Protokolle der deutschen Bundesversammlung, sind für Einzelfragen gelegentlich von Juristen, doch von Historikern bisher kaum je herangezogen worden. Seit den Zeiten des Bundestages liegen sie gedruckt vor, für jedes Jahr ein mächtiger Foliant: ein veröffentlichtes, doch unbenußt gebliebenes Archiv. Das Vorurteil von der Unfruchtbarkeit der Bundestagsarbeit (für vieles zutreffend, aber doch nicht für alles) und die starre Sprödigkeit eines Stoffes, der jeder Gestaltung zu spotten schien, erklären es, daß noch niemand die Frage nach dem geistigen Anteil Bismarcks am Inhalt dieser Sitzungsberichte gestellt hat. Die Papierwüste schreckte ab, und die Däse, die sie enthält, blieben unentdeckt.

Voll ergiebig für die Forschung konnte freilich auch diese Quelle erst werden, seitdem die Berichte der österreichischen Bundestagsgesandten zugänglich wurden. Denn gerade die wichtigsten Protokolle, die, in denen von diplomatischem Ringen und von fruchtbarer Arbeit berichtet wird, gleichen einem Schranke mit Geheimfächern. Und um diese zu öffnen, bedarf es nicht eines, sondern zweier Schlüssel. Nur dem, der die preußischen und die österreichischen Kampfziele aus den Berichten der beiderseitigen Gesandten kennt, erschließt sich das Verständnis für den eigentlichen Sinn manches wichtigen Antrages und manches entscheidenden Bundesbeschlusses.

Erst die Öffnung des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien für die Zeit nach 1848 hat dieses Buch also möglich gemacht. Jetzt erst konnte von dem Audiatur et

altera pars die Rede sein. Öffnung des Archivs aber bedeutete in diesem Falle zugleich herzliche Aufnahme des Gastes, besonders des reichsdeutschen Forschers, und unermüdlige Hilfsbereitschaft für ihn. Allen Beamten dieser ehrwürdigen Arbeitsstätte gebührt mein Dank, der wärmste den von mir am meisten bemühten, dem Direktor, Herrn Ministerialrat Professor Dr. Ludwig Bittner, und Herrn Sektionsrat Privatdozenten Dr. Josef Karl Mayer.

Aus dem Wiener Archive stammt weitaus das meiste Neue, was dieses Buch bringt, auch die große Mehrzahl der in den Anlagen mitgetheilten Stücke. Nur eine kleine, aber möglichst mannigfaltige Auslese aus den Akten kam für den Abdruck in Frage: es sind theils die politisch wichtigsten Berichte, Briefe und Weisungen, theils solche, die für die Persönlichkeit ihrer Verfasser kennzeichnend oder für die Geschichte Bismarcks irgendwie von Wert sind. Für die Persönlichkeitsforschung ergab sich aus den Wiener Akten eine neue Grundlage. Es wurde möglich, das Bild der drei Präsidialgesandten des Bundestages aus den eigenen Zeugnissen ihrer Frankfurter Tätigkeit zu begreifen und damit zu vertiefen. Das Sachliche — die Gegensätze der Staaten, Preußens und Oesterreichs — bleibt die feste Grundlage für das Verständnis des Kampfes; aber erst das Persönliche, die in den Vertretern der Staaten wirkenden Kräfte des Geistes und des Charakters, erklärt den Verlauf des Kampfes im Einzelnen. Und es geht nicht an, ernste Männer, wie etwa den Grafen Thun, nur nach den unsterblichen Karikaturen, die Bismarcks Freude an der Satire von ihm gezeichnet hat, zu charakterisieren. Vollends das Bild des genialen Prokesch-Osten, des Vielgehassten und Vielbewunderten, bedurfte, um klaffende Widersprüche der Auffassung zu lösen, vollständiger Neuzeichnung. Von seinen Schriftstücken brauchte nur wenig aufgenommen zu werden, da seine Briefe aus dieser Zeit, private und amtliche, bereits gedruckt vorliegen. Der Vergleich des Druckes mit den Originalen der im Wiener Archiv ruhenden Briefe an Graf Buol hat allerdings ergeben, daß die Ausgabe leider nicht immer zuverlässig, sondern hie und da zurechtgestutzt ist. Manches, z. B. Äußerungen klerikaler Gesinnung, ist unterdrückt (vgl.

etwa S. 242), manches auch leise geändert worden. Wie weit die mir im Original nicht zugänglichen Privatbriefe, vor allem die an die Gattin, zuverlässig wiedergegeben sind, muß dahin gestellt bleiben.

Im Abdruck der Anlagen bekenne ich mich einer orthographischen Änderung schuldig. Sämtliche österreichische Diplomaten, die in diesem Buche auftreten, schreiben in ihren eingehändigen Briefen Bismarck, ohne c; in ihren amtlichen Berichten von Schreiberhand dagegen steht in der Regel richtig Bismarck. Ich habe in meinen Abdrücken und Zitaten durchweg die richtige Schreibung gesetzt, im übrigen aber nichts geändert.

Nächst dem Wiener Archiv hat das Geheime Staatsarchiv zu Berlin die wertvollste Ausbeute ergeben. Das Faszikel über die Rangstreitigkeiten am Bundestag (Rep. 75 BGe 18) beleuchtete eine bisher nie behandelte Nebenfrage, die aber von Bismarck wichtig genug genommen wurde und daher seinem Historiker nicht unwichtig sein durfte. Sie wirkt wie ein seltsames Erinnerungsstück aus der Zeit des Heiligen Römischen Reiches. Für Übersendung des Faszikels nach der Göttinger Universitätsbibliothek, für Beantwortung wiederholter Anfragen und für Vergleichung der Entwürfe mit den Ausfertigungen Bismarckscher Berichte sage ich der Archivverwaltung aufrichtigen Dank: dem Direktor, Herrn Geh. Oberregierungsrat Paul Kehr, der sich persönlich für meine Arbeit interessiert hat, sowie Herrn Staatsarchivrat H. v. Petersdorff, dem verdienten Herausgeber von Bismarcks Gesandtschaftsberichten in den „Gesammelten Werken“. Die gleiche Liberalität im Versenden von Akten erfuhr ich von Wien, als ich dort gemachte Aufzeichnungen in Göttingen ergänzen mußte, ferner vom Staatsarchiv zu Hannover, vom Geheimen und Hauptarchiv zu Schwerin und vom Reichsarchiv zu Frankfurt a. M. Im letztgenannten Archiv habe ich Herrn Dr. Otto Koser für mehrfache Bemühungen zu danken. Aus Hannover und Schwerin habe ich Berichte der Bundestagsgesandten, aus Frankfurt die Akten der Dresdener Konferenzen von 1851 zur Ergänzung von Lücken meiner Darstellung

benutzt. In Friedrichsrub endlich konnte ich das Bild der persönlichen Beziehungen Bismarcks zu den drei Präsidialgesandten durch kleine Züge in willkommener Weise ergänzen. Erich Marx schulde ich für Überlassung von Auszügen aus einem wertvollen Briefe Bismarcks von 1859 (S. 480 f.) besonderen Dank. — Wiederholt im Laufe der Forschung hatte ich Anlaß, auch die Tageszeitungen heranzuziehen. Erschöpfend aber, für den ganzen Umfang dieser Darstellung, ist es nicht geschehen. Für ein Buch über Bismarck und die Presse in der Bundestagszeit bleibt nach wie vor Raum.

Streben nach Vollständigkeit wäre bei den Massen des Stoffes zum Tode einer lesbaren Darstellung geworden. Dieses Buch hofft aber, nicht nur von Historikern gelesen zu werden, sondern von Allen, denen es ein Bedürfnis ist, Neues von unserem größten Staatsmann zu hören. Daher die Beschränkung auf das, was entweder politisch wichtig oder kennzeichnend für Bismarcks Art und Kampfesweise ist, oder endlich, was Licht auf den am Bundestag herrschenden Geist wirft. Die Zahl der politisch wichtigen Geschäfte am Bundestag wächst mit und seit dem Krimkriege; immer häufiger weitet der deutsche Horizont sich zum europäischen: Bismarck beginnt, seine Lebensluft zu atmen und faßt seine ersten — verfrühten — Gedanken an gewaltsame Lösung der deutschen Frage. Für die Darstellung ergibt sich aus dieser Steigerung seiner Kampfziele, daß sich in der zweiten Hälfte des Buches öfters eine sachliche Gliederung nach Einzelhandlungen von Bedeutung empfahl, während in der ersten Hälfte die Einteilung des Stoffes vorwiegend durch die Zeitfolge bestimmt werden mußte.

Die große Wandlung, die Otto von Bismarck in seiner Frankfurter Lehrzeit durchgemacht hat, sein geistiges Wachstum, prägt sich überraschend auch in seiner Erscheinung aus. Der Scheidende war auch äußerlich ein Anderer als der diplomatische Neuling von 1851. In Frankfurt hat Bismarcks Antlitz die historischen Züge angenommen, die uns vertraut sind. Ich bin daher Ihrer Durchlaucht der Fürstin Herbert Bismarck zu herzlichem Danke dafür verpflichtet, daß ich mein Buch mit Bildern schmücken durfte, die den Wandel in

Bismarcks äußerer Erscheinung anschaulich machen. Das erste, bisher nur durch eine schlechte Nachzeichnung bekannt: ein Daguerreotyp von etwa 1850, aus dem Bismarckmuseum in Schönhausen. Das zweite, schon oft, aber noch nie farbig wiedergegeben, wie hier auf dem Titelbilde: das Beckersche Ölgemälde von 1855, das beste Porträt dieser Periode. Als drittes kommt, das Bild der Entwicklung eindrucksvoll abschließend, die schon früher veröffentlichte Photographie nach Elise Wolffs Aufnahme von 1859 hinzu.

Der erste in der Reihe der drei Präsidialgesandten, Graf Friedrich von Thun-Hohenstein, war nicht nur in seinen Berichten und Briefen, sondern auch in seiner äußeren Erscheinung der historischen Literatur bisher unbekannt. Um so mehr Dank schulde ich seinem Sohne, Dr. Jaroslaw Fürsten Thun auf Tetschen, für gütige Überlassung des hier wiedergegebenen Bildes seines Vaters. Die Bilder der beiden anderen Präsidialgesandten, des Freiherrn Prokesch v. Osten und des Grafen Rechberg, ebenso das des österreichischen Außenministers Grafen Buol-Schauenstein, entstammen der Porträtssammlung der Wiener Nationalbibliothek, die die Wiedergabe bereitwillig gestattete.

Zum Schluß danke ich noch meinem Freunde Walter Otto in München für manchen fruchtbaren Gedankenaustausch, meiner Frau und meinem Schüler Dr. Günther Franz für Mitleesen der Korrektur.

Die Widmung ist ein später Dank für Förderung in der Frühzeit meiner wissenschaftlichen Laufbahn, ein Dank für die glückliche Verbindung von straffer Zucht und Freiheit, mit der Paul Rehr einst das Preußische Historische Institut in Rom regiert hat.

Göttingen, den 20. März 1927.

A. D. Meyer.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	VII—XII
Einleitung	12—16
Erstes Buch. Die Präsidialgesandtschaft des Grafen Thun 1851/52	17—120
Erster Abschnitt. Bismarcks Vorgänger. Einführung am Bundestag	19—34
Erneuerung des Bundestags 1850/51 S. 19; der Frankfurter Posten S. 21; Bismarcks Kandidatur S. 22; Theodor von Rochow S. 25; sein Verhältnis zu Thun S. 29; Bismarcks Einführung S. 33.	
Zweiter Abschnitt. Thuns Persönlichkeit	35—57
Die Paritätsfrage S. 35; Mißtrauen gegen Preußen S. 36; Urteil Rochows und Bismarcks über Thun S. 38; Anmaßung und Formlosigkeit S. 41; Bismarcks Empfindlichkeit S. 42; der Besuchsstreit S. 43; Thuns Bericht S. 44; Thun und Schwarzenberg S. 49; Thun als Politiker S. 51; sein Äußeres S. 56; Zusammenfassung S. 57.	
Dritter Abschnitt. Bismarck und Thun als Gegenspieler	58—99
Erste Meinungsverschiedenheiten S. 59; Klagen über Bismarck S. 61; der Bundestag S. 62; Bismarcks Doppelexistenz S. 65; Österreichs Ziel S. 66; Preßfehde S. 69; der Zollverein S. 70; Bismarck droht mit Bundesbruch S. 71; Motten-	

frage S. 72; scharfe Spannung S. 75; Thuns Rüge durch Schwarzenberg S. 78; Festigkeit Bismarcks S. 82; sein Bluff S. 83; russische Vermittlung S. 87; Gortschakow in Frankfurt S. 90; Abreise Bismarcks S. 96; Duell mit Vinke S. 98.

Vierter Abschnitt. Sendung nach Wien und Kampf um die Preßbestimmungen 100—120

Bismarcks Auftrag S. 100; Graf Buol S. 101; Kampf um ein Bundespreßgesetz S. 104; Lafenbachers Plan S. 106; Bismarcks Wiener Verhandlungen S. 109; in Frankfurt fortgesetzt S. 111; Oh Bund, du Hund! S. 113; Bismarcks Sieg S. 116; Thuns Abberufung S. 119.

Zweites Buch. Die Präsidialgesandtschaft des Freiherrn Proteß von Osten 1853/55 121—271

Erster Abschnitt. Die Persönlichkeit Proteß von Ostens 123—160

Sein Ruf S. 123; zwiespältige Beurteilung S. 125; Universalität S. 127; seine Jugend S. 127; Liebling der Mäusen S. 131; wissenschaftliche Arbeit S. 133; sechs Jahre im Orient S. 136; Diplomat S. 140; in Berlin S. 142; die preußische Gefahr S. 144; Mangel an Takt und Vorsicht S. 150; Vertrauen des Kaisers S. 156; sein Äußeres S. 159.

Zweiter Abschnitt. Die Anfänge des neuen Präsidiums 161—170

Erstes Auftreten S. 162; Stellung zu Bismarck S. 165; Unwahrhaftigkeit S. 168; Jähzorn S. 169.

Dritter Abschnitt. Die tote Saison 171—206

Rastatter Festungsbau S. 171; Kettenburgs Religionsbeschwerde S. 181; Revision der Geschäftsordnung S. 189; Kanzleiwesen S. 191; Bismarcks Denkschrift S. 193; Bismarcks Taktik S. 199; sein Sieg im Festungsbaustreit und in der Revision der Geschäftsordnung S. 202; Reichsadler und Schwarz-rot-gold S. 204.

Vierter Abschnitt. Im Zeichen des Krimkriegs 207—249

Freundliches Gesicht Österreichs S. 207; Bismarck für preußisches Vetorecht S. 209; Stimmung in Berlin S. 212; Aprilbündnis S. 217; Bismarcks Berliner Wirken im Mai 1854 S. 218; seine Stellung zur orientalischen Frage S. 219; die Mittelstaaten S. 221; Österreichs Vorgehen gegen Rußland S. 224; Preußens Schwäche S. 226; Bismarcks Preßthätigkeit S. 231; Österreichs letzter Erfolg S. 234; Bismarcks Neutralitätspolitik S. 237; seine Sprache in Berlin S. 239; sein Triumph vom 8. Februar 1855 S. 241; französische Beschwerde über Bismarck S. 245; österreichische Beschwerde S. 248.

Fünfter Abschnitt. Neuer Wechsel im Bundespräsidium 250—271

Charakterfehler Profeschs S. 250; seine Berufung nach Wien S. 254; Rechberg als zeitweiliger Präsidialgesandter S. 256; versöhnliche Stimmung S. 257; Preußens Führerstellung bedroht S. 259; Unnatur des Bundes S. 263; Rechbergs Verstellung S. 264; Bismarcks Zinte S. 264; Wiederkehr Profeschs S. 267; sein Abschied S. 270.

Drittes Buch. Die Präsidialgesandtschaft des Grafen Rechberg 273—482

Erster Abschnitt. Die Persönlichkeit Rechberg 275—286

Laufbahn S. 275; sein Äußeres S. 277; Verhältnis zu Bismarck S. 278; Gebundenheit Rechbergs S. 279; seine Erfolge und diplomatische Begabung S. 282; sein weiter Blick S. 285.

Zweiter Abschnitt. Neue Kämpfe. Ein Verständigungsversuch 287—306

Bundesreform und Buols Weisung S. 287; Pariser Friedensverhandlungen S. 291; Graf Buol in Frankfurt S. 294; Zeitungskrieg S. 295; Bismarcks Befinden S. 298; Rechbergs Denkschrift

vom 28. Februar 1856 S. 301; Vuols Ablehnung des Vetorechts S. 303.

Dritter Abschnitt. Ein Jahr der politischen Windstille (Frühjahr 1856 bis Frühjahr 1857) 307—323

Bismarcks Sorgen S. 307; seine Stellung zu Frankreich S. 309; zu den Mittelstaaten S. 311; Handelsgesetzbuch S. 312; Bismarck wahrt Preußen die Führung S. 314; sein Sieg S. 317; Nürnberger Konferenz S. 319; Prinz Napoleon in Frankfurt S. 322.

Vierter Abschnitt. Die schleswig-holsteinische Frage 324—366

Einigkeit Preußens und Österreichs S. 324; Abmachungen von 1851/52 S. 325; die Sonderverfassungen der drei Herzogtümer S. 329; Gesamtverfassung von 1855 S. 329; diplomatische Verhandlungen 1856/57 S. 330; Bismarcks Rühle S. 333; seine Pariser Reise 1857 S. 334; letzter Notenwechsel mit Dänemark S. 336; Preußen und Österreich gehen an den Bund S. 338; kämpfen um die öffentliche Meinung S. 339; Begeisterung in Deutschland S. 343; Hannovers Eifer S. 344; Anlehnung an Preußen S. 346; Bismarcks überlegene Kenntnis S. 348; sein Ziel S. 350; Bundesbeschluß vom 11. Februar 1858 S. 351; Rechbergs Ängstlichkeit S. 352; gegenseitiges Mißtrauen der beiden Großmächte S. 354; Dänemark gibt nach S. 361; Prinz Wilhelm S. 362; Lauheit der öffentlichen Meinung S. 364; Ausblick auf 1864 S. 365.

Fünfter Abschnitt. Rangstreitigkeiten 367—386

„Bundestagspräsident“ S. 368; sein Vorrang S. 369; Ansprüche der fremden Diplomaten S. 371; Preußen unterstützt durch die Mittelstaaten S. 374; das Frankfurter Festessen S. 375; Vergleich vom 7. Dezember 1857 S. 376; England und Bentincks Klage S. 377; Englands Beschwerde über Bismarck S. 380; dessen Erfolg

S. 381; Rangstreit bei der Sendung nach Darmstadt S. 382; Rechbergs Nachgiebigkeit S. 384.

Sechster Abschnitt. Biegen oder Brechen
(1857/58)

387—441

Bismarcks Stimmung nach der Pariser Reise S. 387; Rastatter Besatzungsstreit S. 389; Bismarcks Kampfansage S. 397; Rechbergs Sorgen S. 400; seine Festigkeit S. 401; Entrüstung Buols und Kollers S. 403; Singenich und Chalaupfa S. 406; die Schleswig-holsteinischen Offiziere S. 407; die Rolle Hannovers S. 412; Geschäftsordnungsstreit und Duellforderung S. 413; Rechbergs Ausweg S. 414; Gefahr des Bundesbruchs S. 416; Nürnberger Konferenz S. 419; Isolierung Preußens S. 421; Bismarcks politisches Ziel S. 424; Preußen und Frankreich S. 426; die Rastatter Besatzung S. 429; Derzens Vermittlungsversuch S. 433; Österreichs Ablehnung des Vetorechts S. 438.

Siebenter Abschnitt. Bismarcks Abberufung

442—482

Bismarcks Denkschrift vom März 1858 S. 442; Prinz Wilhelm und der Liberalismus S. 446; Bismarcks Stellung erschüttert S. 447; Kollers Vorstoß S. 448; Manteuffels Haltung S. 449; die Mittelstaaten S. 451; Wühlereien gegen Bismarck S. 453; Regentschaft und Neue Ära S. 456; Rechberg beobachtet S. 457; drückende Ungewißheit S. 459; beiderseitige Abberufung? S. 462; französisch-österreichische Krisis S. 465; Bismarck in Berlin Januar 1859 S. 467; Schleinitz und Koller S. 467; Bismarcks Erregung über seine Abberufung S. 468; Erbitterung auf die Frankfurter Kollegen S. 470; Abschied vom Bundestag S. 471; Bismarck und die Politik der Neuen Ära S. 473; Bismarck will Süddeutschland mediatisieren S. 476; l'arrangement avec le diable S. 479; Königreich Deutschland S. 480.

Ergebnis 483—506

Preußens Politik 1859 S. 483; Stimmung in Deutschland S. 485; Bismarck sucht den Bund mit dem deutschen Volk S. 487; Verhältnis seiner Politik zu Manteuffels S. 488; Taktik seiner Berichterstattung S. 489; Bismarck die treibende Kraft der preußischen Bundespolitik S. 491; Buols Fehler S. 493; der Regensburger Reichstag S. 495; Bismarck und der Bundesbruch S. 497; Gedanke des Krieges mit Österreich S. 500; Urteile über Bismarck S. 503; sein Bild S. 504; sein Frankfurter Werk S. 505.

Anlagen 507

1. Thun an Schwarzenberg, Bericht v. 26. Dezember 1851 509
2. Thun an Schwarzenberg, Brief v. 5. Januar 1852 510
3. Thun an Schwarzenberg, Brief v. 25. Januar 1852 512
4. Thun an Schwarzenberg, Bericht v. 18. Febr. 1852 514
5. Thun an Werner, Brief v. 17. April 1852 516
6. Thun an Buol, Bericht v. 25. Juni 1852 519
7. Thun an Buol, zwei Berichte v. 12. August 1852 522
8. Thun an Buol, Brief v. 4. November 1852 528
9. Thun an Prokesch, Brief v. 11. November 1852 531
10. Prokesch an Buol, Bericht v. 28. Septbr. 1854 533
11. Prokesch an Buol, Bericht v. 6. Oktober 1854 534
12. Prokesch an Buol, zwei Berichte v. 1. Novbr. 1854 536
13. Bismarck an Manteuffel, Bericht v. 4. Februar 1856 538
14. Bismarck an Manteuffel, Bericht v. 5. März 1856 539
15. Rechberg an Buol, Bericht v. 10. April 1856 544
16. Bismarck an Manteuffel, Bericht v. 30. Juli 1856 546

17. Rechberg an Buol, Bericht v. 19. Novbr. 1856	547
18. Rechberg an Buol, Bericht v. 13. Mai 1857	548
19. Rechberg an Buol, zwei Berichte v. 17. Juni 1857	549
20. Rechberg an Buol, Brief v. 17. Juni 1857 . .	555
21. Buol an Rechberg, Weisung v. 25. Juni 1857	557
Buol an Koller, Weisung v. 25. Juni 1857 . .	558
22. Buol an Koller, Brief v. 25. Juni 1857 . .	560
23. Rechberg an Buol, Brief v. 1. Juli 1857 . .	560
24. Koller an Buol, Bericht v. 2. Juli 1857 . .	561
25. Koller an Buol, Brief v. 2. Juli 1857 . .	563
26. Rechberg an Buol, Brief v. 28. Oktbr. 1857	564
27. Buol an Koller, Erlaß v. 26. November 1857	566
28. Rechberg an Buol, Bericht v. 5. Dezbr. 1857	571
29. Rechberg an Buol, Bericht v. 9. Dezbr. 1857	574
30. Bismarck an Manteuffel, Bericht v. 9. Dezember 1857	576
31. Rechberg an Buol, Brief v. 27. Januar 1858	580
32. Pfusterschmid an Buol, Brief v. 21. Febr. 1859	582
33. Herkules am Spinnroden	584
Namen- und Sachverzeichnis	585

Tafeln

Bismarck im Jahre 1855	Titelbild
Nach einem Gemälde von Jakob Becker	
Graf Thun-Hohenstein	Vor Seite 57
Nach einem Aquarell von Kriehuber	
Bismarck im Jahre 1850 (?)	„ „ 89
Nach einem Daguerreotyp im Bismarck- museum zu Schönhausen	
Graf Buol-Schauenstein	„ „ 113
Nach einer Zeichnung von Kriehuber	
Freiherr Prokesch von Osten	„ „ 161
Nach einer Lithographie v. Kriehuber 1855	
Das Bundespalais zu Frankfurt am Main	„ „ 193
Jetzt städtisches Völkermuseum	
Graf Rechberg	„ „ 273
Nach einer Lithographie von Kriehuber	
Unterschriften des Protokolls von Bismarcks letzter Bundestagsitzung, 24. Februar 1859	„ „ 465
Bismarck im Jahre 1859	„ „ 497
Nach einer Photographie von Elise Wolff	

Abkürzungen

- B. = Bismarck.
- BBr. = Bismarckbriefe 1836—1873. Hrsg. v. Horst K o h l.
7. Aufl. 1898.
- BJB. = Bismarck-Jahrbuch, 6 Bände, 1894—99.
- BrPrO. = Aus den Briefen des Grafen Prokeſch von Oſten
(1849—1855). Wien 1896.
- BT. = Bundestag.
- GSStA. = Geheimes Staatsarchiv, Berlin.
- G. u. E. = Gedanken und Erinnerungen. Originalausgabe.
1898.
- GW. = Bismarck, Die gesammelten Werke. Seit 1924.
- Pr. a. P. = Preußens auswärtige Politik 1850—1858. Unver-
öffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse Man-
teuffels. Herausgeg. von H. v. P o ſ c h i n g e r.
3 Bände. 1902.
- Pr. i. BT. = Preußen im Bundestag 1851—1859. Documente
der K. Preuß. Bundestags-Gesandtschaft. Hrsg.
von Dr. v. P o ſ c h i n g e r, in den „Publicationen
aus den K. Preuß. Staatsarchiven“. 4 Bände.
1882—1884.
- Prot. BV. = Protokolle der deutschen Bundesversammlung.
- StA. = Staatsarchiv.
- WA. = Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.
- Bismarcks Briefe an Gerlach werden nach Kohls Ausgabe
(1896) zitiert.

Einleitung

Einleitung

„Eine Zeit, wo es nichts gab“. So urteilte Bismarck während des Krieges von 1870/71 über die durch ihn selber zu den Toten gesandte Zeit des Deutschen Bundes¹⁾. Er dachte dabei vor allem an die Zeit des Vormärz, an das Fehlen großer politischer Taten und Ereignisse, die den Deutschen über die kleine Welt des Alltags hinausgehoben, seinem Dasein einen höheren Sinn gegeben hätten. Die einzige politische Großtat jener Zeit, die Begründung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durch den Zollverein, vollzog sich ohne Mitwirkung der Öffentlichkeit, geräuschlos und stufenweise, erst allmählich in ihrer Bedeutung erkannt. Und solange die Sehnsucht nach der staatlichen Einigung Deutschlands ungestillt blieb, war alles Negative, die Kritik an dem lockeren Vereine des Deutschen Bundes, die Kritik an dem rückständigen Verfassungslebens Norddeutschlands, an dem geringen Maße politischer Rechte und freier Meinungsäußerung, ungleich stärker als das Positive, als das freudige Bewußtsein, daß es trotz allem doch sichtbar bergan ging, als der Stolz auf das blühende Geistesleben an den Universitäten, auf die Führerstellung der deutschen Wissenschaft in der Welt. Erst als der künstliche Bau des Deutschen Bundes, diese große Enttäuschung von 1815, in den Frühlingstürmen von 48 für immer zusammenzubrechen und der Platz für den Neubau eines Deutschen Reiches frei zu werden schien, erst da glaubte

¹⁾ Moritz Buch, Tagebuchblätter I (1899) S. 485.

man endlich den Atem einer neuen, größeren und besseren Zeit zu spüren. Die Hoffnung trog! Und selten oder nie in der Geschichte eines großen Volkes ist eine Reaktion gramvoller und hoffnungsloser begrüßt worden als die, die nach dem Scheitern des Einigungswerkes mit der Wiederherstellung des Frankfurter Bundestages begann. Alles Ringen umsonst! Sie sollte wiederkehren, die Zeit, wo es nichts gab. Bitterer Haß oder stumpfe Gleichgültigkeit eines zermürbten Geschlechtes grüßten die neue alte Zeit, die sich gerade um die Jahrhundertmitte wie ein Leichentuch auf die Bahre des todegeborenen Deutschen Reiches legte.

Eben diese Zeit war es, die den Schöpfer des neuen Deutschlands auf seine eigentliche Bühne geführt hat. Bis 1850 hatte Otto von Bismarck nur in Parlament und Presse politisch wirken können, zwar in vorderster Reihe, schon damals der Erste an Geist, Mut und politischem Blick in seiner Partei, aber doch fern vom Hebel der Macht, noch ohne Einfluß auf den Gang der großen Politik. Erst sein Eintritt in die Diplomatie brachte ihm den ersten Anteil an diesem Einfluß. Bismarcks diplomatische Laufbahn aber begann gerade da, wo die große Mehrzahl der Deutschen das Grab ihrer nationalen Hoffnungen sah, im Bundespalais zu Frankfurt a. M. Nahezu acht Jahre lang, vom Mai (selbständig erst vom August) 1851 bis zum Februar 1859, hat Bismarck den preussischen Staat in der deutschen Bundesversammlung vertreten, acht Jahre fast ununterbrochenen Kampfes mit der Präsidialmacht des Bundes, mit Preußens altem Rivalen, dem österreichischen Kaiserstaat, acht Jahre ständiger Schulung und wachsender Reife in eben diesem Kampfe. „Im Stande politischer Unschuld“, so urteilte er zehn Jahre später²⁾, trat er seinen Posten an; als er ihn verlassen mußte, wider seinen

²⁾ Brief v. 14. Mai 1861 aus St. Petersburg an Unterstaatssekretär v. Gruner. GB. III S. 239.

Willen, in dem Augenblicke, der ihm endlich den Preis seiner Kämpfe bringen sollte — den Sturz Österreichs als Führer des Deutschen Bundes —, da hatte er nicht nur das Äußerliche erworben, was ihm anfangs fehlte, die volle Beherrschung der diplomatischen Formen, hatte nicht nur eine Personal- und Sachkenntnis gewonnen³⁾, die ihm in deutschen wie in europäischen Fragen hohe Autorität bei seiner Regierung gab, sondern er war vor allem durch die Freiheit, Weite und Unbefangenheit des Blickes all seinen Parteifreunden jetzt völlig ent wachsen und barg in seinem Innern Pläne von einer Kühnheit und Größe, wie sie keiner von Preußens zünftigen Diplomaten auszudenken wagte.

Bismarck, der Mensch wie der Staatsmann, hat später gern an seine Frankfurter Jahre zurückgedacht. „Wie sollte ich nicht eine freundliche Gesinnung für eine Stadt bewahrt haben, wo ich so glückliche Zeiten verlebt und so viele liebe Leute gekannt habe“⁴⁾. Seine politischen Berichte aus Frankfurt aber ließ er — ein ungewöhnlicher Schritt — noch während seiner Amtszeit als leitender Staatsmann herausgeben. Nach seiner Entlassung folgte die wertvollste Ergänzung, Bismarcks Briefe an den Generaladjutanten Leopold von Gerlach, zusammen mit den Berichten eine einzigartige Quelle für das Reifem des staatsmännischen Genius. So war es schon zu Bismarcks Lebzeiten möglich, seine Lehrjahre im Spiegel seiner Selbstzeugnisse zu sehen. Aber wie klar und tief die Bilder auch sind, die dieser Spiegel uns zeigt, so bedürfen sie dennoch der Ergänzung: erst wenn wir dazu noch sehen, wie das Bild des großen Kämpfers fremdem Auge, vor allem dem Auge des politischen Gegners erschien,

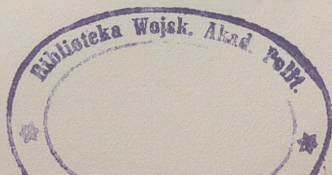
³⁾ Darüber Bismarck selber: G. u. G. I S. 202.

⁴⁾ An Frau Emma Mehler, 7. März 1867. H. Boelder, Gesch. der Familie Mehler (1924) S. 306. Vgl. R. Sch w e m e r, Gesch. d. fr. Stadt Frankfurt III (1918) S. 70.

kommen wir der historischen Treue so nahe, wie es unsere Wissenschaft forschend und gestaltend vermag. Im Kampfe mit Österreich lag der Hauptinhalt von Bismarcks Wirken zu Frankfurt: die Berichte seiner österreichischen Kollegen bilden daher die wichtigste Ergänzung, die sich zu seinen eigenen Berichten finden läßt. Erst in den Zeugnissen seiner schwarz-gelben Gegner, denen er das Leben wahrlich nicht leicht gemacht hat, erkennen wir ganz, wie der junge Bismarck, der reisende Staatsmann, als Kämpfer war; wir sehen seine mühsam gebändigte und zuweilen noch unbändige Kraft beim schaffenden Werke, wir erleben mit ihm jene köstliche Zeit, die den letzten Reiz der Jugend mit der vollen Kraft des frühen Mannesalters vereinigt.

Er ging nach Frankfurt als der Vertreter eines gedemüthigten Staates. Alles war Preußen mißlungen, alles außer der Bändigung der Revolution. Mißlungen war seine deutsche Politik, mißlungen die Befreiung Schleswig-Holsteins, mißlungen der Versuch, durch Einführung konstitutioneller Staatsformen den Erwartungen des eigenen wie des deutschen Volkes zu genügen. Österreich dagegen, mit dessen Vertreter Bismarck sich jetzt an denselben Tisch setzen sollte, war aus noch schwereren Erschütterungen siegreich hervorgegangen. Es war Sieger über die Revolution im eigenen Lande geblieben, Sieger über die Aufstände in Italien und Ungarn, wenn auch hier mit russischer Hilfe, Sieger endlich über Preußens deutsche Politik. Diesem Österreich gegenüber das Recht und die Würde des tief gesunkenen preußischen Staates zu vertreten: das war eine Aufgabe, wie es schwerer und verantwortungsvoller im ganzen Bereich der preußischen Diplomatie damals keine zweite gab.

Bismarck übernahm sie, als er gefragt wurde, ohne Bedenken und ohne Zagen. „Ich kann mich nicht entziehen, ohne



fahnenflüchtig zu werden“. Er ging nach Frankfurt als Gottes Soldat. „Wo er mich hinschickt, da muß ich gehn, und ich gl a u b e , daß er mich schickt, und mein Leben zuschnitzt wie Er es braucht“. Die Laufbahn, die schon der Jüngling ersehnt hatte, öffnete sich jetzt dem Manne ohne sein Zutun, ohne daß er auch nur mit einer Silbe einen Wunsch geäußert hätte. Doch neben dem frohgemuten Schaffensdrang und Kraftgefühl, mit dem er die große Bühne betrat, stand auch, beinahe wehmütig, die Stimmung des Abschieds vom Lande-
leben. „Mir ist als sollten wir auswandern nach Amerika, und aus allen lieben Gewohnheiten scheiden; denn wer weiß, wann das Rad, welches uns jetzt ergreift, uns wieder loslassen mag, und wir wieder einen stillen Sommer auf dem Lande verleben“⁵⁾). Als das Rad ihn endlich wieder freigab, gegen seinen Willen, da ließ der Greis eine Welt hinter sich, die sein eigenes Wirken verwandelt hatte.

⁵⁾ Briefe an Braut u. Gattin, 1. u. 3. Mai 1851.

Erstes Buch

Die Präsidialgesandtschaft
des Grafen Thun
(1851—52)

Erster Abschnitt

Bismarcks Vorgänger Einführung am Bundestag

Der Deutsche Bund von 1850/51 war nicht mehr derselbe wie der von 1815. Der Bund von 1815 beruhte auf dem freiwilligen Entschluß seiner Mitglieder, vor allem Österreichs und Preußens. Der Schöpfer des Bundes, Metternich, hat bis zu seinem Sturze im Jahre 1848 stets gebührende Rücksicht auf den preußischen Partner genommen. Erst Verständigung zwischen Österreich und Preußen, dann Antrag beim Bundestag in Frankfurt: das war in allen wichtigen Fragen der Geschäftsgang zu Metternichs Zeit gewesen. Mittel- und Kleinstaaten waren dabei wohl gelegentlich vergewaltigt worden: die Karlsbader Beschlüsse von 1819 bieten den stärksten und berüchtigtsten Beleg dafür; nie aber hatte Österreich versucht, Preußen zu vergewaltigen, es in der Bundesversammlung niederzustimmen, und nie hatte Preußen das gleiche gegen Österreich versucht. Nur außerhalb des Bundestages, wie etwa in der preußischen Zollvereinspolitik, wurde es sichtbar, daß der Gegensatz der beiden deutschen Großmächte nur schlummerte, nicht gestorben war — am Bundestag selber aber herrschte der Friede des Kirchhofs.

Nun hatte das Jahr 1848 den schlummernden Ehrgeiz Preußens geweckt. Die Möglichkeit einer deutschen Einigung unter Preußens Führung und unter Ausschluß Österreichs war zum ersten Male aufgetaucht. Kein Veröhnungswille einzelner Menschen — Monarchen oder Minister — konnte das vergessen machen. Wurde das zerrissene Band des Deutschen Bundes neu geknüpft, so mußte der Knoten fühlbar bleiben. Und nun bedeutete obendrein die Art, wie Österreich den Bund ins Leben zurückrief, eine Herausforderung

Preußens. Von Verständigung über den Schritt war keine Rede. Es war die Kriegserklärung an Preußens kleindeutsche Politik, als Österreich im April 1850 die deutschen Staaten durch eine drohende Zirkularnote aufforderte, den Bundestag wieder zu beschicken. Der Bundestag trat zusammen, aber nur ein Rumpf-Bundestag: die Stühle Preußens und seiner nord- und mitteldeutschen Bundesgenossen blieben leer. Norddeutschland war nur durch Hannover, Holstein, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe vertreten, Mitteldeutschland nur durch Sachsen und die hessischen Staaten, der Süden allein erschien vollzählig. Erst Preußens Unterwerfung im Olmüger Vertrage vom November 1850 und die anschließenden Dresdener Konferenzen, in denen die Bevollmächtigten der deutschen Einzelregierungen monatelang vergeblich über eine Umgestaltung der Bundesverfassung berieten, führten zur Wiederaufrichtung des vollzähligen Bundestages, der am 14. Mai 1851, ein Jahr nach dem Zusammentritt des Rumpf-Bundestages, seine erste Sitzung abhielt.

Das war nicht mehr ein freiwilliger, sondern für Preußen ein in schwer erkämpfter Resignation geschlossener Bund. Aber auch Österreich hatte keine Freude an seinem Werk und wenig Vertrauen zu seiner Dauer. Der Versuch, eine starke, wesentlich von Österreich geleitete Exekutivgewalt neben den schwachen und schwerfälligen Bundestag zu stellen, war in den Dresdener Ministerkonferenzen gescheitert, und als einziger Ausweg nur die Wiederherstellung des Bundestages in seiner früheren Gestalt übrig geblieben. Der österreichische Minister, Fürst Felix Schwarzenberg, war selbst der Überzeugung, „daß die gründlich erschütterte, sehr wackelnde boutique beim nächsten Anstoß von innen oder außen schwächlich zusammenrumpeln wird.“ Er wußte zum Lobe des Bundestages nichts Besseres zu sagen, als daß ein fadenscheiniger, zerrissener Rock immer noch besser sei als gar keiner¹⁾.

¹⁾ Schwarzenberg an Prokesch-Osten, 29. März 1851. BrPrO. S. 209.

Die Aussicht auf freudige und vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Großmächte war unter solchen Umständen von vornherein gering. Und damit gewann der Posten zumal des preußischen Bundestagsgesandten in Frankfurt eine viel größere Bedeutung als vor 1848. In der Zeit von 1815 bis 1848 fielen die wichtigen Entscheidungen in Wien und in Berlin; die Gesandten in Frankfurt hatten im allgemeinen geruhige Tage. Auch nach 1850 blieb zwar die letzte Entscheidung bei den Kabinetten; aber der Anteil der Gesandten an diesen Entscheidungen war gewachsen. Denn der erneuerte Bundestag stand beinahe dauernd im Zeichen des Kampfes, den Preußen und Österreich um den vorwaltenden Einfluß innerhalb der Bundesversammlung führten. Die Vertreter der beiden Großmächte mußten also mehr sein als ausführende Organe ihrer Regierungen. Sie mußten selber die Mittel und Wege finden, mit denen jener Kampf zu führen war. Aus der Ferne war die Zweckmäßigkeit der Kampfmittel selten klar zu beurteilen. Und weiterhin hatten die Frankfurter Vertreter auch die Hauptlast des Kampfes selber zu tragen. Sie mußten daher harte und zähe Kämpfernaturen sein, geschickte Taktiker, Meister in der Kunst der Menschenbehandlung. Die auf ihnen lastende Verantwortung war viel größer als vor 1848. Der Preuße aber hatte die schwerere Aufgabe von beiden, weil Preußen im Jahre 1851 nur die Minderheit der Bundesversammlung auf seiner Seite hatte.

Die Besetzung des Frankfurter Postens hat daher der Berliner Regierung viel Kopfzerbrechen gemacht. Galt bis dahin der Petersburger Posten als der wichtigste, und auch jetzt noch als der vornehmste Posten der preußischen Diplomatie²⁾, so war Bismarck doch gewiß im Recht, wenn er nun den Frankfurter Posten als den augenblicklich wichtigsten bezeichnete³⁾. Schon bei der Reaktivierung des Bundestages durch Österreich, Anfang Mai 1850, als Friedrich Wilhelm IV. noch

²⁾ G. u. G. I S. 203.

³⁾ An seine Frau, 28. April 1851.

nicht daran dachte, einen Vertreter nach Frankfurt zu schicken, verzeichnet der langjährige russische Gesandte in Berlin, Peter von Meyendorff, das Gerücht, Otto von Manteuffel, damals Minister des Inneren, werde nach Frankfurt gehen⁴⁾. Das Gerücht war nur möglich, weil die Überzeugung bestand, Preußen müsse einen seiner besten Männer auf den schwierigen Posten stellen. Manteuffel, der Unterhändler von Olmütz, wurde kurz nach Abschluß des Vertrages, Anfang Dezember, Ministerpräsident und kam daher, wenn überhaupt je, für Frankfurt nicht mehr in Frage. Mancherlei Namen tauchten auf, Graf Alvensleben, Graf Bernstorff, v. Bonin. Doch der erste versagte sich, die beiden anderen wurden verworfen, Bernstorff durch Manteuffel, Bonin durch den König⁵⁾.

Es bleibt das größte geschichtliche Verdienst des Generaladjutanten Leopold von Gerlach, daß er als erster den Namen Otto von Bismarck genannt und seinen Kandidaten beim König durchgesetzt hat. „Wo die Hauptsache vorhanden ist, wird sich das Andere schon finden“⁶⁾. Bei der Hauptsache dachte Gerlach nicht nur an die Begabung, sondern mindestens ebenso sehr an die politische Gesinnung seines jungen Parteifreundes. Niemand hatte der Demokratie verwegener den Handschuh hingeschleudert als Bismarck, niemand die undankbare Aufgabe, den Vertrag von Olmütz zu verteidigen, beherzter ergriffen als er in seiner großen Kammerrede vom 3. Dezember 1850. Wer für die Krone so tapfer in die Bresche trat, wie Bismarck es oft getan hatte, und wer die Männer, die Preußen um seiner Unionspolitik willen in einen Krieg gegen Österreich stürzen wollten, so schneidend

⁴⁾ D. Hoegsch, Peter v. Meyendorff. Polit. u. privater Briefwechsel II (1923) S. 293.

⁵⁾ Leopold v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I (1891) S. 616, 618. Ringhoffer, Im Kampfe für Preußens Ehre. Aus d. Nachlaß des Gr. v. Bernstorff (1906) S. 159.

⁶⁾ Gerlach S. 648.

scharf zur Ruhe verwies, wie derselbe Bismarck in jener Rede es wagte, der öffentlichen Meinung zum Trost: der war der rechte Mann für Frankfurt. Denn das war ja nach Gerlachs Meinung der Beruf des Bundestages: er sollte die Throne vor der Gefahr der roten Flut bewahren helfen, und er sollte eine Stätte brüderlichen Zusammenwirkens der konservativen Regierungen Preußens und Österreichs sein. Für Gerlach waren dies nur zwei verschiedene Seiten einer und derselben Aufgabe: des Kampfes gegen die Revolution, und er war überzeugt, daß diese Aufgabe in keine besseren Hände gelegt werden könnte als in Bismarcks.

Hatte sich doch Bismarck obendrein zu der vielgeschmähten deutschen Bundesverfassung öffentlich in einer Weise bekannt, als sei die Herrlichkeit Deutschlands im Frankfurter Bundestag verkörpert! Es war zu der Zeit, als die ohnehin schwache Hoffnung auf eine neue und bessere Verfassung Deutschlands, die aus den Dresdener Ministerkonferenzen hervorgehen sollte, nahezu am Erlöschen war, da — am 6. März 1851 — rief der Abgeordnete von Beckerath in der zweiten preussischen Kammer der Regierung in Erinnerung, einst habe ihr Kommissar, Herr von Radowik, vor der Kammer ausgesprochen, daß der Bundestag sich die Verachtung der Nation zugezogen habe — und jetzt wolle die Regierung diesen selben Bundestag wiederherstellen? Wieder war es der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen, der vor die angegriffene Regierung trat und sie mit einer verblüffenden Wendung verteidigte: „Ich fordere den Herrn Abgeordneten für Krefeld auf, mir seit den Zeiten der Hohenstaufen irgendeine Periode in der deutschen Geschichte nachzuweisen, wenn er von den Zeiten der spanischen Hausmacht Karls V. abstrahiert, wo Deutschland größeren Ansehens im Auslande, eines höheren Grades politischer Einheit und größerer Autorität in der Diplomatie sich erfreut hat, als während der Zeit, wo der Bundestag die auswärtigen Beziehungen Deutschlands gelenkt hat.“ Als zwei Monate später dieser Lobredner des

Bundestags seine Ernennung nach Frankfurt erhielt, da spottete die Vossische Zeitung über die ganz besonderen Begriffe, die der Herr Legationsrat von Ansehen im Auslande, politischer Einheit und diplomatischer Autorität haben müsse. Sie warnte zugleich das Ministerium, das durch Entsendung dieses Reaktionärs auf den wichtigsten Posten der preußischen Diplomatie Gefahr laufe, selbst eine ganz vertrauensvolle Nation mißtrauisch zu machen. Denn der neue Legationsrat, der allem Anschein nach bald zum Gesandten aufrücken werde, stehe „in Betreff der restriktiven Bedeutung des Bundestages vollkommen auf dem Standpunkte der Feuerlöschordnung!“⁷⁾ Die Entrüstung des Liberalismus über diese Ernennung war begreiflich. Den General von Gerlach aber konnten jene Worte Bismarcks über den Bundestag nur in seiner Ansicht von der Eignung seines Schützlings zum Bundesgesandten bestärken. Denn natürlich gehörte nach Frankfurt ein Mann, der den Bundestag ernst nahm, die deutsche Bundesverfassung für ein wertvolles Gut hielt.

Vielleicht wären dem General nachträglich Zweifel gekommen, wenn er von dem festen Worte gehört hätte, das Bismarck kurz nach seiner Ernennung zum Bundestagsgesandten gegen Usedom fallen ließ: man solle ihn nur gewähren lassen, er werde noch den Skalp von Österreich mit nach Hause bringen⁸⁾! Das Wort galt dem Österreich, das etwa die Gleichberechtigung Preußens nicht anerkennen wollte, und insofern war es kein Widerspruch zu Bismarcks öffentlichen Äußerungen. Denn auch in der Olmüzkrede hatte Bismarck die Forderung aufgestellt, „daß dasjenige, was Preußen und Österreich nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands ge-

⁷⁾ Agl. privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen (Vossische Zeitung) v. 13. Mai 1851.

⁸⁾ Überliefert durch den Bremer Bürgermeister Smidt. Sch w e m e r, Gesch. d. fr. St. Frankfurt III, 2 S. 61.

meinschaftlich ausgeführt werde“. Für die Zukunft hing alles davon ab, ob es gelingen würde, die Gemeinschaft mit der Gleichberechtigung zu verbinden. Für den Augenblick galt Bismarck dem Generaladjutanten wie dem König als der Anwalt der Gemeinschaft Preußens mit Oesterreich. Es war der Verteidiger der Politik von Olmütz, den sie nach Frankfurt schickten.

Der König, bedenklicher als Gerlach, wollte den diplomatisch noch Unerprobten nicht allein auf den exponierten Posten gehen lassen, sondern bestimmte den in St. Petersburg bewährten Gesandten, Generalleutnant Theodor von Rochow, zur Einführung des Neulings in die Frankfurter Geschäfte. Bismarck selbst war überzeugt, er könne eine selbständige diplomatische Stellung nicht sofort übernehmen, ohne sich wegen Unkenntnis der aktenmäßig üblichen Formen zu blamieren^{o)}. So wurde Rochow in zeitweiliger Mission aus St. Petersburg nach Frankfurt versetzt. Aus den sechs Wochen, die man ursprünglich in Aussicht genommen hatte, wurden volle drei Monate. Bismarck stand ihm in dieser Zeit als Geheimer Legationsrat zur Seite. — Die junftfremde Erscheinung des jungen Edelmanns und kampflustigen Abgeordneten mußte aus dem Rahmen eines Kreises, der zum größten Teile aus korrekten Durchschnittsdiplomaten bestand, notwendig heraustreten. Die erste Wirkung seines Auftretens wurde aber durch die Folie des Kontrastes zu seinem Vorgänger und Mentor v. Rochow noch wesentlich gesteigert. Es lohnt daher, auf diesen einen raschen Blick zu werfen.

Theodor von Rochow entstammte einem der ältesten märkischen Adelsgeschlechter und war der jüngere Bruder des Ministers Gustav von Rochow, dessen Andenken durch das geflügelte Wort vom beschränkten Untertanenverstand unverdient hart belastet ist. Gleich seinem älteren Bruder war General von Rochow streng konservativ, geistig von ihm abhängig, nur enger und unselbständiger als der Minister.

^{o)} An seine Frau, 25. April 1851.

Seine kluge und kühle Schwägerin, Gustavs Gattin Karoline, geb. von der Marwitz, schreibt über ihn: „Von Natur mit den angenehmsten Formen begabt, bildete er durch großen Fleiß seine Beobachtungs-, Auffassungs- und Kombinationsgabe aus, welche wohl mehr als ein bedeutender Geist und Charakter ihn zu den hohen Stellen befähigten, auf die eine sehr glückliche Laufbahn ihn erhoben hat“¹⁰⁾. Seine Gewandtheit im Umgang half ihm auch zur Verdeckung einer Schwäche, seiner geringen Wahrhaftigkeit. Er selber war sich wohl bewußt, wiewiel er seinen guten Formen zu danken hatte. In der ihm eigenen platten und breiten Art schreibt er einmal an seinen „liebsten Gerlach“, den Generaladjutanten: „Überhaupt richtet man mit dem Brüskieren gar nichts aus. Der wahre Vornehme blickt mit Nachsicht und Freundlichkeit auf den minder Mächtigen und weniger Vornehmen, aber nicht mit Geringschätzung; je höflicher man ist, je eher kann man einen gewissen Abstand eintreten lassen . . . Es hängt im Leben so gar viel von dem savoir faire, von den Manieren ab, und kommt es mehr auf das Können als auf das Wissen an“¹¹⁾. Von militärischer Straffheit und Herbe scheint nichts in diesem Offizier gewesen zu sein, der früh, schon als Oberstleutnant im Alter von 41 Jahren, die militärische Laufbahn mit der diplomatischen vertauschte (1835) und Gesandter in der „anarchischen“ Schweiz wurde, „diesem abscheulichen Lande“, dem Heim der politischen Flüchtlinge. Unter Friedrich Wilhelm IV. hat er neun Jahre lang, von 1845 bis zu seinem Tode im Jahre 1854, Preußen am Zarenhof vertreten. Es war eine Zeit, da Preußen zu Rußland fast in einer Art Vasallenverhältnis stand. Da war zum Brüskieren freilich keine Gelegenheit, und ein Mann mit schmiegsamen Formen war der eigenen wie der russischen

¹⁰⁾ L. v. d. Marwitz, Vom Leben am preuß. Hofe 1815—52 (1908) S. 120 f.

¹¹⁾ Brief aus St. Petersburg, 2. Jan. 1851. Poschinger, Pr. a. P. I (1902) S. 59.

Regierung der willkommenste Vertreter. Kam dazu noch eine so echte Hingabe an das Prinzip der Legitimität wie bei Rochow, ein solcher Schauer vor jedem Paktieren mit einer revolutionären Regierung, so konnte es kaum anders sein, als daß dieser Gesandte, dessen Korrektheit schon Metternich belobt hatte, das volle Vertrauen auch des Kaisers Nikolaus und des russischen Reichskanzlers, Grafen Nesselrode, gewann. Daß er auch die junge preußische Verfassung „abominable“ fand, konnte in St. Petersburg ebenfalls nur zu seiner Empfehlung dienen¹²⁾. Nesselrode gab ihm vielfach seine Depeschen zu lesen, fast seine ganze Korrespondenz mit der russischen Botschaft in Wien¹³⁾. Der russische Kanzler hatte zu keinem der Gesandten in St. Petersburg ein so nahes Verhältnis wie zu Rochow. „Je mehr man ihn kennenlernt, um so mehr schätzt und liebt man ihn. Für mich ist es ein wahres Glück, ihn in unserem diplomatischen Corps zu haben“. Selten erwähnt Nesselrode den Namen Rochows ohne einen Ausdruck der Freundschaft, der Teilnahme, der Freude über seine Rückkehr, über ein Wiedersehen nach der Trennung¹⁴⁾. Begreiflich, daß dieser Diplomat seinem Chef Manteuffel als unerfänglich in St. Petersburg galt und auch von Bismarck einmal, wenn auch mit leicht ironischem Nebenklang, als die unerfängliche Spezialität für Petersburg abgestempelt wurde¹⁵⁾! Aber auch Baron Meyendorff, der Dritte im Freundschafts-

¹²⁾ Briefe des Generals Th. S. R. v. Rochow, hrsg. v. Keldner u. Mendelssohn-Bartholdy (1873) S. 61, 11, 291. Hoeßsch, Meyendorff II S. 428. Für R.'s Stellung zur Legitimität, außerdem: Graf B i t h u m v. E s t ä d t, St. Petersburg und London (1886) S. 9.

¹³⁾ Hoeßsch, Meyendorff II S. 354. Poschinger, Pr. a. P. I S. 383; vgl. 362 f.

¹⁴⁾ Nesselrode an Meyendorff, 3. Okt. 1851. Lettres et papiers du comte de Nesselrode X (Paris 1911) S. 56 f., 17, 35, 168.

¹⁵⁾ Manteuffel an Hagfeldt, 2. Apr. 1852, Poschinger, Pr. a. P. I S. 394. Bism. an Gerlach, 8. Jan. 1853, S. 50.

bunde Nesselrode-Rochow — gewiß kein Mann der Hyperbel — urteilt von seinem russischen Standpunkte aus, daß Preußen in St. Petersburg niemals besser vertreten sein werde als durch Rochow. Er fügt diesem Lobe allerdings hinzu: „Daraus folgt nicht, daß er auch die bestmögliche Wahl für Wien sei“¹⁶⁾.

War er es für Frankfurt? Daß Theodor von Rochow gewisse diplomatische Qualitäten hatte, wird man nach dem Urteil der beiden russischen Staatsmänner und Manteuffels nicht bezweifeln können. Ein Gesandter aber, der sich wiederholt dazu bekannte, nur der gewissenhafte und ergebene Handlanger seines Chefs sein zu wollen, und diesem einmal schrieb: „Wir sind nur Ihre Handlanger und tragen die Materialien herbei, während Euer Excellenz als Meister das Ganze zum Kunstwerke ordnen“¹⁷⁾, ein solcher Mann paßte doch wohl schlecht auf einen Posten, der in hohem Maße selbständige Gedankenarbeit und eigene Initiative forderte. Schlimmer noch war, daß er, der sich so viel auf seine Manieren zugute tat, nicht Takt genug besaß, um den Unterschied zwischen Höflichkeit und Unterwürfigkeit zu sehen. Am damaligen russischen Hofe war dies vielleicht kein Fehler, oder doch nur ein verzeihlicher. Gegenüber einem feinfühligen Aristokraten, wie es der Gesandte Österreichs am Bundestage, Graf Thun-Hohenstein, bei aller politischen Anmaßung und äußerlichen Formlosigkeit doch war, bedeutete Unterwürfigkeit eine schwere Schädigung der preußischen Staatsinteressen.

Am 10. Mai 1851 sah das Bundespalais in der Eschenheimer Gasse zum letzten Male den Rumpfbundestag versammelt. Am Abend desselben Tages bestiegen Herr von Rochow, der neue preußische Gesandte, und sein Geheimer Legationsrat von Bismarck-Schönhausen den Frankfurter Zug, der sie

¹⁶⁾ Meyendorff an Nesselrode, 13. Febr. 1851. H o e g s c h II S. 376.

¹⁷⁾ P o s c h i n g e r, Pr. a. P. II S. 230; ebenso S. 176.

von Berlin an ihren Bestimmungsort tragen sollte¹⁸⁾). Und am gleichen Tage erhielt Graf Thun einen Brief, in dem Herr von Rochow seine bevorstehende Ankunft meldete. Wir haben in den diplomatischen Korrespondenzen der Zeit neben vielen wohlwollenden auch manches minder günstige Urtheil über Rochow, aber keins, das unsere Vorstellung von den diplomatischen Fähigkeiten dieses preußischen Gesandten so tief herabdrückt wie Thuns Äußerungen über diesen Brief und über die ersten Eindrücke von Rochows Persönlichkeit. Am 11. Mai schreibt Thun privatim an seinen Chef, den Fürsten Schwarzenberg¹⁹⁾: „Von Rochow habe ich gestern, wie ich telegraphisch anzeigte, einen Brief erhalten, der nicht zu wünschen übrig ließe, wenn er nicht allzu überschwänglich wäre, was Verdacht erregen muß; er sagt, daß es ihm zum wahren Trost gereiche, in mir einen so bewährten und loyalen Staatsmann zu finden, mit dem in nähere Verbindung zu treten ihm zur großen Ehre gereiche. In Gesinnung und politischer Anschauung würden wir uns vollkommen begegnen; da er aber in der Versammlung unter meinem Vorsitze ein ganz neues Feld betrete, so bedürfte er nebst meines geehrten Vertrauens ganz besonders meines gediegenen Rathes. Das sieht doch aus, als wenn er mich geradezu und noch dazu ziemlich plump einseifen wollte. Indessen — vedremmo — kann sein, daß es eben nur ist, weil ein Preuße nie honnet sein kann und vom wahren Ehrgefühl nichts versteht. Daß diese Leimruthe mich nicht fangen soll, brauche ich wohl nicht erst zu versichern. Indessen bleibt es doch komisch, daß ich von einem Preußen zuerst für einen bewährten und loyalen Staatsmann ausgesprochen und um meinen gediegenen Rath gebuhlt werden muß...“.

Rochow war in der That tief durchdrungen von der Notwendigkeit festen Zusammenstehens der beiden deutschen

¹⁸⁾ Bism. an seine Frau, 10. u. 12. Mai 1851.

¹⁹⁾ Wl. Die Sperrungen geben Thuns Unterstreichungen.

Großmächte am Bunde. Er war es schon vor 1848 gewesen und hatte seine Meinung nicht geändert. Ganz besonders aber hielt er die Einigkeit der „beiden Pilare“ Deutschlands in Frankfurt für notwendig²⁰⁾. Da er das gleiche bei Thun voraussetzte, so war seine Versicherung der politischen Gesinnungsgemeinschaft keine Leimrute, und auch der Österreicher fand schon nach wenigen Tagen persönlicher Bekanntschaft Rochow vom besten Willen und von der Überzeugung beseelt, „daß für Preußen und Deutschland kein Heil sei als in dem engen Anschließen und gemeinschaftlichen Vorgehen der beiden ersten Bundesstaaten“. Er sah einen weiteren Vorzug des im Vertrauen des Königs stehenden Gesandten darin, „daß er selbständige Stellung genug hat, um auch etwas auf sich zu nehmen und sich nicht mit kleinlicher Ängstlichkeit an die ihm gegebenen Instruktionen zu halten“. Im übrigen aber wurde der unangenehme Eindruck jenes Briefes und damit die Vorstellung von der Hinterhältigkeit und Unzuverlässigkeit des schmeichlerisch Liebenswürdigen durch den persönlichen Verkehr noch verstärkt: „Ist auch manches — so schreibt Thun weiter am 19. Mai²¹⁾ — der preußischen Natur zuzuschreiben, die uns einmal nie vollkommen sympathisch sein wird, so können Euer Durchlaucht doch überzeugt sein, daß ich in meiner Vertraulichkeit mit Herrn von Rochow gewisse Schranken nicht überschreiten und seinen Worten auch nur einen bedingten Glauben schenken werde. Glaubt er mich durch Schmeicheleien und die wirklich verächtlich kleinlichste Förmlichkeit zu gewinnen, daß er z. B., so oft wir zusammen auf der Gasse gehen, immer gewissenhaft um mich herum geht, um mir die rechte Seite zu lassen, so wird er sich bald enttäuscht finden.“

Dahin also hatte es der neue Gesandte mit seinen allzu guten Manieren gebracht, daß er schon acht Tage nach seiner

²⁰⁾ Briefe des Gen. v. Rochow S. 60, 291. Für R.'s Frankfurter Zeit vgl. H o e k s c h II S. 412.

²¹⁾ Brief an Schwarzenberg. Wl.

Ankunft dem österreichischen Kollegen als verächtlich und unehrlich erschien. Dessen Mißtrauen gegen die persönliche Aufrichtigkeit des Preußen tat diesem auch schwerlich Unrecht. „Falsch wie ein Rechenpfennig“ war das Urteil von Rochows Untergebenem, dem Geheimen Legationsrat von Gruner, über seinen Chef²²⁾. Das Schlimme aber war: Thuns Vorstellung von preußischer Minderwertigkeit war durch Rochows Gebahren nur verstärkt worden. Denn nicht als Kollege trat der um sechzehn Jahre ältere preußische Diplomat dem Vertreter des Kaiserstaates gegenüber, sondern als der Geringere, fast als sein Untergebener. Das Frankfurter Straßenpublikum sollte es sehen, daß Preußens Gesandter sich beileibe nicht herausnahm, auch nur zufällig den Platz zur Rechten des Herrn Präsidialgesandten einzunehmen. Es war ja nach Rochows eigenen Worten nicht sein Ziel, „für Preußen zu werben, sondern die Nothwendigkeit der Eintracht zwischen Preußen und Österreich zur Überzeugung zu bringen“²³⁾. Der Eintracht wurde freilich durch Nachgiebigkeit und Bescheidenheit am besten gedient. Rochow hielt solches Auftreten für notwendig, wie er an Manteuffel schrieb²⁴⁾, „um erst festen Fuß zu fassen, die Leute an Preußens redliche Absichten zu gewöhnen und uns Vertrauen zu erwerben, d. h. das Vertrauen zu Preußen wiederherzustellen, welches durch die Sprache des großen Weltweisen in Erfurt [Josef von Radowiz] gründlich erschüttert war“. Preußen sollte zeigen, daß es auf den Pfad der Tugend zurückgekehrt war, und sollte dadurch moralische Eroberungen machen. Es war genau der umgekehrte Gedanke, der die Liberalen beherrschte: diese wollten, daß Preußen durch liberale Innenpolitik sich das Vertrauen Deutschlands verdiente — Rochow wollte, daß es durch offen-

²²⁾ J. v. Gruner, Rückblick auf mein Leben. Deutsche Revue, April 1901, S. 42.

²³⁾ Worte Rochows zu Metternich, Juni 1851, Pr. a. P. I S. 192.

²⁴⁾ Am 24. Juni 1851. Pr. a. P. I S. 195.

kundige Abkehr von allen Idealen der Revolutionsjahre das Vertrauen Österreichs erwerbe und dann das übrige Deutschland von dem unauflöslichen Zusammenhalt der beiden Großmächte überzeuge. Es fehlte seinen politischen Gedanken gewiß nicht an Logik; aber es war keine friederizianische Logik, sondern die Logik Friedrich Wilhelms IV., der zwei Stunden vor Ausbruch der Märzrevolution erklärte und später gelegentlich wiederholte: „Ich bin nicht der Erste in Deutschland, ich bin nicht der Dritte, ich bin der Zweite. Österreich steht obenan, und dann komme ich“²⁵⁾. Das war ein Geist, mit dem sogar der harte Sieger von Olmütz, Fürst Schwarzenberg, „ziemlich zufrieden“ sein konnte²⁶⁾.

Rochow selbst hat nicht das leiseste Gefühl davon gehabt, daß er auf Thun einen so armseligen Eindruck machte. Er fand den Grafen „ausnehmend zuvorkommend, konziliant und versöhnlich“ und entwarf von den übrigen Bundestagsgesandten ungefähr dieselbe geringschätzige Schilderung wie Thun von ihm: „Krumme Rücken machen sie; sie zeigen sich sogar als gehorsame Diener und thun doch nichts, ohne erst zu forschen, wie sie nur gefällig für Wien sein können“²⁷⁾. Von sich selbst dagegen entwarf er das Bild: „Der Ehrenmann soll frei und unumwunden seine Farbe bekennen; dies habe auch ich mir zur Aufgabe gestellt; daher zeige ich meine vernünftige preußische Gesinnung unverhohlen, achte jede loyale Meinung, jedes ehrlich ausgesprochene Bedenken und suche mit Ruhe und Geduld falsche Ansichten zu beleuchten. Recht, Gerechtigkeit und Wahrheit werden immer den Sieg behalten.

²⁵⁾ Überliefert durch Raveaux als Ohrenzeugen. Siehe dessen Rede in der Paulskirche am 12. Jan. 1849. Stenogr. Berichte S. 4592. Ganz ähnlich im März 1856: Aus d. Leben Th. v. Bernhardis II S. 297.

²⁶⁾ Schwarzenberg an Prokeß, 6. Juli 1851. BrPrD. S. 224.

²⁷⁾ Berichte an Manteuffel v. 12. Mai u. 28. Juni 1851. Pr. a. P. I S. 168, 199.

Von einer Mediatistisirung Preußens unter Österreich durch Herrn v. Bismarck und mich ist daher nicht die Rede⁽²⁸⁾).

Das Vertrauen zu seinem diplomatischen Zögling, das der letzte Satz bekundet, war ehrlich, wenn auch wesentlich parteipolitisch begründet. Rochow sah in Bismarck eine Zierde der preußischen Ritterschaft, einen ausgezeichneten Vorkämpfer für Recht und wahre preußische Gesinnung. Er hat ihn warm in Schutz genommen, als Prinz Wilhelm bei einem Besuch in Frankfurt an Rochow die Frage richtete: „Und dieser Landwehrleutnant soll Bundestagsgesandter werden?“⁽²⁹⁾ Bismarck freilich konnte Rochows Vertrauen zu seinen Fähigkeiten nicht erwidern; er traute ihm nicht zu, daß er schwierigen Fragen mit kräftiger Initiative auf den Leib gehen und einen etwaigen passiven Widerstand Österreichs überwinden würde⁽³⁰⁾. Es kennzeichnet Rochow, daß sein einziges Bedenken gegen Bismarcks Eignung für den Frankfurter Posten sich auf den Zweifel gründet, ob der geniale Junker die diplomatischen Formen hinreichend beherrsche. „In Frankfurt ist die strenge Beobachtung der Formen unentbehrlich, denn sonst ist der Posten des Bundestagsgesandten untergeordneter Natur, da ja die Geschäfte nicht hier, sondern jedenfalls zwischen Berlin und Wien abgemacht werden. Aus dieser Hinsicht halte ich in der That Herrn v. Bismarck für zu gut. Er würde mit seinen Fähigkeiten, mit seinem Scharfsinn sowie mit seiner Redegewandheit und seiner unverwundlichen Laune im Innern des Vaterlandes bei weitem mehr nützen, als wenn er sich hier doch gewissermaßen den Mund wird schnüren müssen und genöthigt ist, auf Socken zu gehen. Oder aber er müßte mit seiner Energie alles fortreißen, der Spiritus in dem Eis phlegmatischer Maschinen werden und eine neue Ordnung der Dinge hervorzaubern wollen“⁽³¹⁾.

²⁸⁾ Bericht v. 1. Juni. Ebenda S. 175.

²⁹⁾ Ebenda S. 204, 208.

³⁰⁾ Brief an Manteuffel, 11. Juni 1851. GW. I S. 13.

³¹⁾ Pr. a. P. I S. 213 f. Ähnlich S. 204.

Also eine Ahnung von der Möglichkeit, daß der Posten am Bundestag nicht notwendig so untergeordneter Natur zu sein brauche, wie er selbst, noch in der Zeit vor 48 lebend, ihn verstand, und zugleich ein Gefühl für den in Bismarck schlummernden Genius haben sich selbst diesem subalternen Geiste enthüllt.

Am 23. August schied Herr von Rochow nach dreimonatiger Tätigkeit mit einer formvollendeten Abschiedsrede aus der Bundesversammlung und bat diese, das ihm bewiesene Vertrauen und Wohlwollen auf seinen Nachfolger zu übertragen³²⁾. Der Abschied und die Rückkehr nach St. Petersburg wurden ihm nicht leicht, da der bald Sechzigjährige gern seine Laufbahn auf deutschem Boden abgeschlossen haben würde. Ungern, aber doch neidlos, wich er dem neuen Sterne, dessen Glanz er selber stark empfunden hatte³³⁾.

³²⁾ Prot. BB. 1851, § 124, S. 277.

³³⁾ Bismarcks Darstellung von Rochows Verhältnis zu ihm (G. u. E. I S. 79 f.) ist zu ergänzen durch die in Anm. 31 angeführten Briefe Rochows voll Bewunderung und Anerkennung.



Zweiter Abschnitt

Thuns Persönlichkeit

Der Gedanke des festen Einvernehmens zwischen Preußen und Österreich, für den Rochow gewirkt hatte, war die notwendige Folgerung aus der Politik von Olmütz. Er bildete den leitenden Gedanken der Instruktion für den preußischen Bundestagsgesandten¹⁾. Die Unterwerfung von Olmütz und der Wiedereintritt Preußens in den Bundestag hatten nur Sinn, wenn die Berliner Regierung auf eine Lösung der deutschen Frage im preußischen, d. h. im kleindeutschen Sinne verzichtete und sich entschloß, in Zukunft die deutschen Dinge wieder gemeinsam mit Österreich zu lenken. Gemeinsam: das bedeutete für die preußische Regierung vorherige Verständigung zwischen beiden Höfen über alle dem Bundestag zu machenden Vorschläge. Konservative Politik, Front gegen die Revolution sollte die Grundlage für die Zweiherrschaft der beiden Großmächte am Bunde abgeben. Freilich hätte die preußische Regierung als Lohn ihrer Versöhnlichkeit gar zu gern wenigstens einen äußerlich sichtbaren Gewinn davongetragen, die Parität im Bundespräsidium. Sie hat ihr Ziel nicht erreicht; dafür aber mußte auch Wien verzichten, die Gesamtmonarchie, also Ungarn, Galizien und die italienischen Gebiete, zu den alten habsburgischen Erblanden in die Grenzen und damit in den Schutz des Deutschen Bundes einzubringen. Die Westmächte waren für eine solche Neuordnung nicht zu haben, und die geographischen Grenzen des Bundes blieben so, wie die Wiener Verträge von 1815 sie festgesetzt hatten.

Die preußisch-österreichischen Verhandlungen über Parität

¹⁾ Poschinger, Pr. i. BT. I S. 1—5.

im Bundespräsidium fielen in das Frühjahr 1851. Sie bildeten einen Teil der Dresdener Beratungen und haben wohl niemanden besorgter gestimmt als den kaiserlichen Präsidialgesandten in Frankfurt, den Grafen Friedrich von Thun-Hohenstein. Als dieser mit der Möglichkeit rechnete, daß Wien und Berlin sich über ein alternierendes Bundespräsidium einigen könnten, im April 1851, gab er dem Fürsten Schwarzenberg deutlich zu verstehen, daß er dann den Frankfurter Posten verlassen werde: „Kommt es zu den projektirten Neuerungen, so wird es durchaus nothwendig sein, daß der hiesige Vertreter Oesterreichs ein durch und durch geriebener, pfiffiger Mensch sei, der dem preußischen Collegen das Fahrwasser abgewinnt, seine Pläne und Intriguen durchschaut und ihnen immer entgegenarbeitet. Dazu tauge ich wirklich in keiner Beziehung, ich würde bestimmt immer den Kürzeren ziehen“²⁾. Auch ohne alternierendes Präsidium war Thun überzeugt, daß „bei der Perfidie Preußens, der Miserabilität Hannovers und Württembergs es gar nicht unwahrscheinlich ist, daß die Intriguen der ersteren Macht in sehr wichtigen Fragen eine höchst gefährliche Majorität zusammenbringen könnten“³⁾. Es war nur folgerichtig gedacht, wenn er bei einem Anteil Preußens am Bundespräsidium die Sicherung einer österreichischen Mehrheit in der Bundesversammlung erst recht für gefährdet ansah.

Die Abneigung und das geradezu krankhafte Mißtrauen gegen Preußen, das uns schon in seinen Äußerungen über Rochow entgegentrat, bildet einen wesentlichen Charakterzug im Bilde Thuns als Politiker. Man wird manchmal fast an Maria Theresia erinnert, die die Preußen in einem Atem-

²⁾ Brief Thuns an Schwarzenberg, 23. Apr. 1851. *WA.* Vgl. *Ab. Beer*, Die deutsche Politik des Fürsten Schwarzenberg bis zu den Dresdener Conferenzen. *Histor. Taschenbuch* 6. J., 10. Jg. (1891) S. 75.

³⁾ Brief Thuns an Schwarzenberg, 7. März 1851. *WA.*

zug mit den Türken nannte und in ihnen das böse Prinzip verkörpert sah. Thuns Zweifel an seiner Befähigung, preussischer Tücke gewachsen zu sein, war daher gewiß nicht bloße Redensart. Er war überzeugt, selbst ein Charakter zu sein, „der vielmehr offen als diplomatisch ist“⁴⁾. Dennoch lag nicht hierin Thuns entscheidender Gegengrund gegen den Gedanken der Parität, sondern in dem stolzen österreichischen Selbstgefühl, das damals, vollends nach Olmütz, die gesamte Wiener Politik beherrschte. Graf Thun war durchaus Träger der Tradition, die für den Kaiserstaat den ersten Platz in Deutschland als sein gebührendes historisches Recht in Anspruch nahm. Der vornehme Herr kann gern einmal für den Geringeren etwas abfallen lassen, aber nicht ihm die Parität gewähren. „Die Stellung Österreichs Preußen gegenüber ist eine so hohe und gesicherte, daß der Vertreter der ersteren Macht wohl keine Ursache hat, auf kleinliche Etiquettefragen Rücksicht nehmen zu müssen“⁵⁾.

Diese Grundrichtung in Thuns politischer Gesinnung schloß nun aber keineswegs den guten Willen aus, mit Preußen ein ehrliches, friedliches Auskommen zu finden. Und wenn Theodor von Rochow in Frankfurt geblieben wäre, oder wenn Bismarck ihm in der Bereitwilligkeit der Unterordnung geglichen hätte, so würde es höchstwahrscheinlich zu einer friedlichen Zusammenarbeit der beiden Gesandten gekommen sein. Reibungen wären in manchen Fragen auch dann unvermeidlich gewesen; denn das Ministerium Manteuffel war nicht gesonnen, vor Österreich zu kapitulieren. Aber sie wären leichter ausgeglichen worden, da Österreich nicht darauf ausging, Händel zu suchen, sobald nur die Hauptsache, die Führung der Dinge, fest in seiner Hand war. Rochow konnte nicht genug rühmen, wie angenehm es sich mit Graf Thun verhandeln ließ, wie peinlich ihm jede Differenz der beiden

4) Brief Thuns an Graf Buol, 4. Nov. 1852. Anlage 8, Schluß.

5) Bericht Thuns, 18. Febr. 1852. Anlage 4, Anfang.

Regierungen war^o). Denn wenn Thun seinen preußischen Kollegen auch verachtete, so hat er ihn doch gut behandelt, weil er ein politisch brauchbares Werkzeug für Österreich war. So hat Rochow dauernd die beste Erinnerung an die wenigen Monate seines Zusammenwirkens mit Thun behalten. Als dieser im Herbst 1852 für den Berliner Gesandtenposten in Aussicht genommen wurde, schrieb Rochow aus St. Petersburg an Manteuffel: „Zu dem für Berlin designirten Herrn Grafen Thun kann ich Ew. Excellenz nur Glück wünschen. Ich kenne ihn ziemlich genau. Er ist ein gescheuter, ehrlicher und wahrer Mann... Einmal ein offenes und gerades Verhältniß mit ihm etabliert, werden Sie sich seiner rühmen dürfen“⁷).

Wie anders klingen Bismarcks Briefe und Berichte über seinen österreichischen Kollegen! Nach vierzehntägiger Anwesenheit in Frankfurt hat er bereits ein fertiges Bild des Menschen wie des Diplomaten: „Der Graf Thun trägt in seinem Äußern etwas von burschikosem Wesen zur Schau, gemischt mit einem Anflug von Wiener roué. Die Sünden, die er in letzter Eigenschaft begehn mag, sucht er durch strenge Beobachtung der Vorschriften der katholischen Kirche in seinen oder doch in den Augen der Gräfin aufzuwiegen. Er spielt auf dem Club bis 4 Uhr morgens Hazard (macao), tanzt von 10 bis 5 Uhr ohne Pause und mit sichtlicher Leidenschaft, genießt dabei reichlich kalten Champagner und macht den hübschen Frauen der Kaufmannschaft mit einer Ostentation den Hof, die glauben läßt, daß es ihm ebenso sehr um den Eindruck auf die Zuschauer als um das eigene Vergnügen zu thun ist... Unter dieser äußerlichen Richtung, der er sich nicht ohne eine gewisse Schaustellung hinzugeben scheint, birgt Graf Thun, ich will nicht sagen eine hohe politische Thatkraft und geistige Begabung, aber doch einen ungewöhnlichen Grad von Schlaueit und Berechnung, die mit großer Geistesgegenwart

^o) Rochow an Manteuffel, 12. Mai 1851. Pr. a. B. I S. 168.

⁷) Rochow an Manteuffel, 23. Okt. 1852. Pr. a. B. I S. 446.

aus der Maske harmloser Bonhomie hervortritt, sobald die Politik ins Spiel kommt. Ich halte ihn für einen Gegner, der jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen⁽⁸⁾).

Also von Rochows drei Adjektiven, geschaut, ehrlich und wahr, blieb in Bismarcks Urteil nur das erste bestehen; die beiden anderen wurden ungefähr ins Gegenteil verkehrt. Das erste aber hat Bismarck nach näherer Bekanntschaft nur noch bestimmter unterstrichen. „Seine Hauptstärke ist ein klarer Verstand, schnelle Auffassung, Geistesgegenwart und Gewandtheit⁽⁹⁾“. Ludwig Schemann geht völlig irre, wenn er den Grafen Thun mit den Worten zeichnet: „Wenn auch nicht direkt eine Null, so doch nicht allzu weit davon⁽¹⁰⁾“. Auch den Vorwurf der Verstellungskunst hat Bismarck später nur abgeschwächt wiederholt, sei es, daß er anfänglich allzu mißtrauisch war, sei es, daß Graf Thun bald darauf verzichtete, dem nicht leicht zu Täuschenden mit seiner Maske „jener den Östreichern eignen übertölpelnden bonhomie“ zu begegnen⁽¹¹⁾. Es will doch etwas sagen, daß Bismarck, dessen Urteile über Menschen, und vollends über politische Gegner, nicht schonend zu sein pflegten, dem Grafen Thun so gut wie nie den Vorwurf des illloyalen Handelns gemacht hat, einen Vorwurf, den er wieder und wieder gegen Profesch und mehrfach auch gegen Rechberg erhoben hat. Als Thun Ende 1852 zum Gesandten am Berliner Hof ernannt wurde, schrieb Bismarck dem Generaladjutanten Gerlach mit überlegener Ironie ein Rezept, wie der böhmische Graf zweckmäßig behandelt werde: man solle ihm offen und rückhaltlos, wo das nicht angehe, doch scheinbar offen begegnen, solle ihn reichlich vergnügen, unterhalten, verführen, nötigenfalls durch Klatsch

⁸⁾ Brief B.'s an Manteuffel, 26. Mai 1851. GB. I S. 3 f.

⁹⁾ Desgl. 16. Okt. 1852. GB. I S. 250.

¹⁰⁾ L. Schemann, Bismarck u. Profesch-Osten. „Grenzboten“ 73. Jg. II (1914) S. 18.

¹¹⁾ Bismarck an Gerlach, 4. Dez. 1852, S. 45.

bedrohen und vor allem seine vorzüglichste Eigenschaft, die Furcht vor unangenehmen Geschäften, weidlich ausnutzen, um ihn vorsichtig und versöhnlich zu stimmen¹²⁾).

Bismarcks Sarkasmen geben uns kein Recht zu einem geringschätzigen Urteil über Thun. Sie enthalten zudem die Kritik eines Mannes, der mit einem Überlegenheitsgefühl sprechen durfte wie kein anderer, eines Mannes, der in seiner Menschenschilderung gern der Lust an satirischer Zuspitzung nachgab, und der, nach seinem eigenen Bekenntnis, ein schärferes Auge für Schwächen als für Vorzüge hatte¹³⁾. So wird der Leser von Thuns Berichten sich auch nicht dem Urteil Bismarcks anschließen können, daß „eine starke, treibende politische Überzeugung, die seiner Thätigkeit Richtung und Ziel consequent vorschrieb“, dem Grafen Thun gefehlt habe¹⁴⁾. Er hatte durchaus eine solche Überzeugung. Im Kampfe für Österreichs Primat lag das Ziel, dem er hingebend und aus tiefer Überzeugung diente. Das schließt nicht aus, daß er, wie Bismarck zur Begründung seines Urteils anführt, beim Fehlen eigener Instruktion — doch nur in Fragen von minderer Bedeutung — für den Rat des sächsischen Gesandten, oder auch Bismarcks, zugänglich gewesen ist. Und wenn dieser selbst ihn später einmal als leidenschaftlichen Gegner preußisch-deutscher Politik bezeichnet¹⁵⁾, so ist ein solches, durchaus zutreffendes Urteil nur schwer vereinbar mit jenem früheren, wonach Thun ohne starke Überzeugung gewesen sei. Bismarck hat später, im Rückblick auf die Frankfurter Jahre von St. Petersburg aus, wo die beiden ehemaligen Bundestagsgesandten sich als Kollegen im diplomatischen Corps wiederfanden, den Grafen Thun nicht nur menschlich höher gestellt als seine beiden Nachfolger auf dem Frankfurter Prä-

¹²⁾ B.'s Briefe an Gerlach S. 44 f.

¹³⁾ Ebenda S. 315 (2. Mai 1857).

¹⁴⁾ B. an Manteuffel, 16. Okt. 1852. GB. I S. 250.

¹⁵⁾ B. an Graf Bernstorff, 15. Jan. 1862. GB. III S. 318.

fidialstuhl, sondern hat auch seiner Politik mehr Geschick und bessere Formen nachgerühmt, als der des Barons Prokesch und des Grafen Rechberg¹⁶⁾).

In Bismarcks Schilderung wie in der Anekdote treten aus Thuns Wesen zwei Züge beherrschend hervor, beide eng miteinander verbunden: Anmaßung und Formlosigkeit. Die Formlosigkeit ist zum Teil weiter nichts als aristokratische Nonchalance¹⁷⁾, das Abstreifen einer lästigen Konvention, das der Weltmann sich erlauben darf, gerade weil er auch in der Form seiner selbst sicher ist. Bismarck würde später wahrscheinlich milder über manche der Thunschen Freiheiten geurteilt haben als damals, wo er als diplomatischer Neuling auch die äußerliche Korrektheit hochhielt. Das Bild, das der neubestallte preußische Gesandte im August 1851 von dem Österreicher entwirft, paßt doch recht gut in die Hize der Hundstage und erregt uns heute kaum noch ernststen Anstoß: „Er präsidirte in einer kurzen Jacke von hellem Sommerzeug, die zugeknöpft den Mangel einer Weste verdeckte, mit einer geringen Andeutung von Halsbinde, übrigens in Ranzing, und den Vortrag im Conversationston haltend“¹⁸⁾. Daß Bismarck auch den Konversationston rügt, deutet darauf hin, daß er selber damals noch nicht seine spätere Meisterschaft, Politik im Konversationston zu machen, erreicht hatte. Auch die ähnliche Kritik, die Rochow an Thun übte, belastet diesen nicht allzu schwer: „Darf ich mir ein weiteres Urtheil über meinen österreichischen Herrn Kollegen erlauben, so wünschte ich, daß er in seinem äußeren Auftreten etwas gemessener sein möchte, denn er ist zu wenig bedacht; auf Landpartien springt und voltigirt er und geht den halben Tag im bloßen Kopf umher, dabei spielt er mit Passion. Bei alledem mache ich die

¹⁶⁾ Bericht B.'s v. 27. Juli 1860. GB. III S. 90. Ähnlich schon am 14. März 1858, GB. II S. 298.

¹⁷⁾ So urteilt B. selber im Brief an Gerlach, 22. Juni 1851, S. 4.

¹⁸⁾ Brief B.'s an Manteuffel, 27. Aug. 1851. GB. I S. 28.

Parität nicht geltend¹⁹⁾. Bismarck hat bekanntlich auch hier die Parität geltend gemacht: als Thun ihn eines Tages in Hemdsärmeln empfing, zog auch er, mit einer zustimmenden Bemerkung über die Hitze, seinen Rock aus.

Anders steht es um die Formverletzungen, die sich nicht aus Bequemlichkeit und aus dem Gefühl der Überlegenheit über die Form erklären lassen, sondern auf Geringschätzung seiner Umgebung hindeuten oder auch nur hinzudeuten scheinen. Doch dürfen wir hierbei eins nicht vergessen. Bismarck war lebenslang, und damals vielleicht noch mehr als später, ungemein empfindlich gegen alles, was als Geringschätzung seiner Person wie seiner Stellung auch nur erscheinen konnte. Als der Gesandte von Rochow seine beiden Geheimen Legationsräte, Justus von Gruner und Bismarck, dem Grafen Thun vorstellte, da unterhielt dieser sich eingehend mit Gruner und nur wenig mit Bismarck, der im Lebens- wie im Dienstalter ein gut Stück hinter Gruner zurückstand. „Als wir uns wieder entfernt hatten — erzählt Gruner²⁰⁾ — wandte sich Bismarck an mich mit vor Aufregung bebender Stimme: ‚Haben Sie gesehen‘, fragte er mich, ‚wie Thun mich behandelt hat? Wie er mich hat links liegen lassen?‘“

Thun wußte damals noch nicht, daß er in dem jüngeren der beiden Legationsräte den designierten Nachfolger Rochows, also seinen künftigen Kollegen, vor sich sah. Ihm lag ganz gewiß jeder Gedanke, diesen zu kränken, fern, als er den Älteren im Gespräch bevorzugte, und wenn Bismarck sich schon darüber so erregen konnte, so dürfen wir sicher sein, daß er ein sehr scharfer, zuweilen überscharfer Richter wirklicher Formverletzungen war.

Stellen wir nun seine bekannte Beschwerde neben Thuns

¹⁹⁾ Rochow an Manteuffel, 16. Juni 1851. Pr. a. P. I S. 185.

²⁰⁾ Rückblick auf m. Leben. Dt. Revue, Apr. 1901, S. 43. Auch GW. VII S. 23. Gruner war acht Jahre älter als B.; er wurde 1844 zum Legationsrat u. Sekretär bei der preuß. Bundestags-gesandtschaft ernannt.

bisher nicht gehörte Selbstverteidigung und Gegenklage über die Empfindlichkeit seines preußischen Kollegen, so ergibt sich ein Gesamtbild, in dem die Schuld nicht mehr ganz so einseitig, wie man bisher annahm, bei dem Österreicher liegt. In der Hauptsache bleiben freilich auch jetzt noch Bismarcks Vorwürfe gegen Thun als berechtigt bestehen. „Mir hat er auf meinen ersten Besuch im Mai eine Karte geschickt“, schreibt Bismarck am 6. September 1851²¹⁾), „seitdem ist er niemals wieder bei mir gewesen und hat meine zahlreichen Besuche, auch die offiziellen, nie erwidert. Wenn ich in Geschäften zu ihm komme, so läßt er mich viertelstundenlang im Vorzimmer warten, um mir dann zu sagen, er habe einen sehr interessanten Besuch eines Englischen Zeitungs-Correspondenten gehabt ... Er steht nie von seinem Sitz auf, um Jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht. Ich theile E. E. dies nur zu Ihrer Erheiterung mit; ich beobachte dieses seltne Exemplar häuerlicher Diplomatie mit der Ruhe des Naturforschers und schmeichle mir, zu seiner gesellschaftlichen Ausbildung, wenigstens in seiner Haltung mir gegenüber, schon einiges beigetragen zu haben, ohne daß unser gegenseitiges Verhältniß den freundschaftlichen und vertraulichen Charakter verloren hat. Unbequemer wird der geschäftliche Verkehr aber allerdings durch die Nothwendigkeit, jenem etwas rüftigen Benehmen gegenüber die Würde der amtlichen Stellung zu wahren“.

Nur wenig später, am 21. September, sendet Thun seinem Chef, dem Fürsten Schwarzenberg, einen Bericht, der all seine Beschwerden über Bismarck zusammenfassend vorträgt, darunter auch die über ungebührliche Empfindlichkeit. Es empfiehlt sich, den Zusammenhang nicht zu zerreißen, in dem Thun die Dinge sieht. Er schreibt²²⁾): „Es ist weit von mir

²¹⁾ Brief an Manteuffel, GW. I S. 40.

²²⁾ Vertraulicher Bericht Thuns, 21. Sept. 1851 (Nr. 41 D). W.

entfernt, die ausgezeichneten Eigenschaften des gegenwärtigen Vertreters Preußens am Bundestage in Abrede stellen zu wollen, auch kann ich nur in Wahrheit bezeugen, daß zwischen uns persönlich die freundschaftlichsten Beziehungen ununterbrochen obwalten; nichts desto weniger habe ich mich in der kurzen Zeit schon überzeugen können, daß ich mir die Folgen des Abtretens Herrn v. Rochows von diesem Posten nicht übertrieben hatte.

In allen prinzipiellen Fragen, die das konservative Prinzip betreffen, ist Herr v. Bismarck vollkommen korrekt und wird eher durch zu großen Eifer als durch Zögern und Unentschlossenheit schaden.

Dagegen scheint er mir, soviel ich bisher urtheilen kann, derjenigen Partei ausschließlich anzugehören, die bloß die spezifischen Interessen Preußens im Auge hat und kein großes Vertrauen setzt in das, was durch den Bundestag erreicht werden kann. Da er nie früher in der diplomatischen Karriere oder auch nur in irgendeinem öffentlichen Dienste war, so hat er keine eigentliche Geschäftskennntniß und beweist alles nur nach seiner bisherigen Praxis in den Kammern. Herr v. Bismarck scheint mir eigentlich auch hier noch größtentheils sich mit den inneren Angelegenheiten seines Vaterlandes zu beschäftigen, er unterhält eine lebhaftes Korrespondenz mit den Leitern seiner Partei und verwendet, wie mir scheint, wenig Zeit, sich in die hiesigen Verhältnisse und wichtigen Fragen einzuarbeiten, so daß, wenn dieselben vorkommen, sie ihn eigentlich unvorbereitet finden. Dabei ist er aber sehr halsstarrig auf seiner Meinung, und es ist mir bisher noch nie gelungen, ihn zu einer anderen herüberzubringen. Spreche ich ihm vorbereitend von einem Gegenstand, so schenkt er ihm gewöhnlich keine große Aufmerksamkeit und versteht die Sache nur halb, woraus dann bei der eigentlichen Vornahme des Geschäftes Mißverständnisse vorkommen, wie dies nun schon öfter der Fall war, und die mich in meinem Vorgehen sehr hindern. Unter diesen Umständen mußte es mir wünschens-

werth sein, so oft als möglich mit ihm in Verkehr zu kommen, um uns gesprächsweise über eine Menge Punkte zu verständigen. Ich bat ihn daher auch gleich nach der Abreise des Herrn v. Rochow, mich so oft als möglich aufzusuchen, da ich nichts mehr am Herzen hätte als mit ihm in ebenso vollständiger Übereinstimmung zu handeln als dieß mit seinem Vorgänger der Fall war; nichts desto weniger sehe ich ihn nur höchst selten und augenblicksweise, wenn er gerade vor irgend einer Ausschusssitzung auf einen Moment zu mir kommt. Die natürliche Folge davon ist, daß ich bei dem besten Willen ihn nicht von allem so in vornhinein in Kenntniß setzen kann, wie ich wünschte, und daß sich dann im letzten Augenblicke Meinungsverschiedenheiten zeigen, von denen wir gar keine Ahnung hatten.

Ohne ihm Unrecht thun zu wollen, so scheint mir, daß bei ihm die Idee der Parität mit Oesterreich tief gewurzelt ist und er ängstlich alles zu vermeiden sucht, was auch nur im Entferntesten den Schein haben könnte, als ob er eine untergeordnete Stellung einnehme. Obwohl ich selbst bei jeder Gelegenheit darauf Bedacht nehme, so ist es doch nicht immer zu umgehen, so z. B. wenn er sich bei mir melden läßt, während ich eben eine Geschäftskonversation mit irgend einem anderen Kollegen habe. Lasse ich ihn dann ersuchen, einen Augenblick zu warten, so ist er doch regelmäßig, wenn ich die Unterredung auch noch so sehr abzukürzen suche, fortgegangen.“

(Thun erörtert einen Fall, in dem Bismarck sich gegen ihn zu Unrecht über verspätete Mitteilung eines österreichischen Antrags beklagt habe, und fährt dann in Wiedergabe des darüber geführten Gespräches fort): „... indessen sei es auch für mich sehr wünschenswerth, daß wir uns über alles vollständig verständigten, und ich würde ihm daher sehr dankbar sein, wenn er mich recht oft besuchen wollte, damit wir uns über Alles aussprechen könnten, und wo ich dann selbst sicherer wäre nichts zu vergessen ihm mitzutheilen. Da ich stets für jeden zu finden sein müßte, so könnte ich bei der Masse von

Geschäften, die mir oblägen, nicht mein Zimmer verlassen, allein er würde sicher sein, mich den ganzen Tag bis 5 Uhr zu treffen. Hierauf erwiderte er mir: ja, das ist eben auch bei mir der Fall, Vormittag arbeite ich, dann gehe ich essen und einige Male habe ich gesucht Sie um 8 Uhr Abends zu treffen, habe Sie aber nicht gefunden.

Über dieselbe Zurückgezogenheit und Gleichgültigkeit für die Geschäfte klagen auch meine Kollegen, und einen neuen Beweis finde ich darin, daß Herr v. Bismarck jetzt auf mehrere Jahre ein Haus gemiethet, welches eine gute Viertelstunde außerhalb der Stadt [an der Bockenheimer Landstraße] gelegen ist, wodurch der Geschäftsverkehr, den der preußische Gesandte so gut wie der Österreichische mit seinen Kollegen so häufig und leicht als möglich zu erhalten Interesse hat, nothwendig sehr erschwert werden muß.

Herr v. Rochow war auch weder ein sehr hervorragendes Talent, noch ein eigentlicher Geschäftsmann, allein er war sehr nachgebender Natur und von derjenigen Schule in der preußischen Diplomazie, die ein enges Vorgehen Österreichs und Preußens als die Grundbedingung eines jeden ersprißlichen Wirkens in Deutschland hält. Beides ist bei Herrn v. Bismarck offenbar nicht der Fall. Nebstdem aber hatte Herr v. Rochow dem Ministerium und dem Könige gegenüber eine viel einflußreichere, gesichertere Stellung, die ihm ermöglichte, Manches auf eigene Verantwortung nehmen zu können.

Nach den bisherigen Erfahrungen fürchte ich, daß ich mit Herrn v. Bismarck einen schwierigen Stand haben werde, und daß sich die Geschäfte sehr verzögern werden“.

Graf Thun mußte hier ausführlich das Wort erhalten, da das bisherige Überwiegen der preußischen Quellen dem „Audiatur et altera pars“ nicht Genüge tat. Gegen die Feststellung, daß Bismarck damals nur eine parlamentarische, aber keine diplomatische Praxis hinter sich hatte, und daß ihm dies anzumerken war, wird schwerlich etwas einzuwenden

sein. Thun ist wiederholt darauf zurückgekommen. Ganz natürlich, daß der zünftige Diplomat dies störend empfand, zumal wenn der Neuling sich nicht zunftgemäß erziehen ließ. Von den durch Bismarck als verlegend empfundenen Formlosigkeiten aber wird Thun nur zum Teil, nicht völlig entlastet. Schon bald nach Errichtung des Bundestages, in der Sitzung vom 10. November 1817, war unter anderen Vereinfachungen des Besuchszeremoniells beschlossen worden, daß der Präsidialgesandte den ersten Besuch eines neu beglaubigten fremden Gesandten — es handelte sich damals um den französischen — zwar in Person, jedoch nur durch Visitenkarte zu erwidern habe²³⁾. Wenn also sogar ein Gesandter, auch der einer Großmacht, sich mit einer Visitenkarte begnügen mußte, so konnte Bismarck, der seinen ersten Besuch nicht als Thuns Kollege, sondern noch als Legationsrat machte, gewiß nicht über verletzte Höflichkeit klagen, als Thun ihm nur seine Karte schickte. Ebenso durfte der Präsidialgesandte, als der Meistbeschäftigte und Meistbesuchte, mit gutem Grunde gewisse Nachsicht erwarten, wenn er dienstliche Besuche nur selten erwiderte oder seine Besucher im Vorzimmer warten ließ. Diese Nachsicht hat ihm Bismarck offenbar nicht immer gewährt. Er war nun einmal gereizt und zum Teil auch mit Recht gereizt. Denn die übrigen durch Bismarck überlieferten verlegenden Formlosigkeiten Thuns werden durch dessen Bericht nicht aus der Welt geschafft; sie genügen für sich allein, um die Zurückhaltung zu erklären, die Bismarck gegenüber der Aufforderung zu ferneren Besuchen beobachtete. Und so wird der größte Teil der Schuld an dem Zerwürfnis auf Thuns Seite bleiben müssen. Wenn ein unparteiischer Beobachter wie Baron Budberg, der russische Gesandte in Hannover, von der „sprüchwörtlichen Unmaßung des Grafen

²³⁾ Acta der Kgl. Bundestagsgesandtschaft: Rang der Bundestagsgesandten, Rep. 75 BGc 18. GStA., Berlin. Nach Angabe des engl. Gesandten machte Graf Thun den auswärtigen Diplomaten überhaupt keine Besuche. Pr. i. BT. III S. 439.

Thun“ reden konnte, gegen die Bismarck ankämpfe, so kann die Zahl derer, die über Thun zu klagen hatten, nicht gering gewesen sein²⁴⁾. Wir werden sehen, daß es auch an noch schärferer Beurteilung nicht fehlte.

In dem Krieg der Nadelstiche, der zwischen Bismarck und Thun geführt wurde, war der Österreicher nicht zum wenigsten dadurch im Nachteil, daß er die schwächeren Nerven hatte. Er litt schwer an dem Erbübel seiner Familie, dem Kopfschmerz, der ihn wie andere Glieder des Hauses Thun bis ins beste Mannesalter quälte. „Trotz seines bärenhaften Äußern nervös und von Migräne geplagt wie eine Dame“, so schildert ihn Bismarck²⁵⁾, und die Worte Kopfweh und Migräne finden sich häufig in Thuns Briefen an Schwarzenberg. Es gab Tage, an denen der Gesandte bis zum Gefühl gänzlicher Unbrauchbarkeit niedergedrückt war: durch Kopfwehananfall „2 × 24 Stunden zu nichts und noch jetzt zu sehr wenig fähig. Es ist das wirklich eine furchtbare Existenz, zu fühlen, daß man nicht mehr ausreicht und sich doch vollkommen ruinirt!“ So beginnt ein Brief, der mit den Worten schließt: „Verzeihen Euer Durchlaucht dieses formlose Schreiben, allein da ich in einer Stunde vielleicht nicht mehr arbeitsfähig bin, muß ich suchen, den Augenblick zu erhaschen“. Ein ander Mal: „Euer Durchlaucht wollen die Formlosigkeit meiner heutigen Expedition entschuldigen, allein meine Gesundheit ist noch so angegriffen, namentlich mein Kopf, daß ich kaum im Stande bin, mich einer langen Beschäftigung zu widmen²⁶⁾“.“ Diesem leidenden Zustande war die Lebensweise des Gesandten gewiß nicht förderlich. Die schon erwähnte Schilderung, die Bismarck gleich zu Beginn seines Frankfurter Da-

²⁴⁾ Budberg an Menendorff, 3. März 1852. Hoegsch II S. 451. Auch Metternich erregte sich über Thuns schroffe Haltung. S. v. S r b i k, Metternich II S. 461.

²⁵⁾ Bismarck an Gerlach, 28. Dez. 1851, S. 14.

²⁶⁾ Der erste Brief v. 5. Jan. 1852, der zweite v. 18. Febr. nachts 2 Uhr. W. Präsidiagesandtschaft 1852 Varia. Ähnlich in Thuns Brief v. 12. Juni 1852 an Graf Buol und sonst.

seins von Thuns geselligen Freuden gab, wird uns von anderer Seite bestätigt, und von den Bällen des kaiserlichen Gesandten erzählte man sich in Wien. Von dort schrieb Meyendorff, der russische Gesandte: „Thun läßt tanzen, als ob das Haus einstürzen sollte, und führt um 4 Uhr morgens selber den Cotillon. So bringt er seine Zeit hin, wenn er nicht spielt oder sich mit Bismarck zankt. Die Welt ließe sich schon regieren; aber Männer, die zu regieren verstehen, gibt es zu wenige, vor allem in Österreich“²⁷⁾.

Zu den Wenigen in Österreich, die es verstanden, gehörte Fürst Felix v. Schwarzenberg. Dessen Hand aber war so gewaltsam, daß sie nicht nur auf dem politischen Gegner und auf Österreichs Feinden, sondern oft auch auf den Untergebenen des Fürsten lastete. Schwarzenberg war eine Sultansnatur, wie im Bedürfnis nach Genuß so in der Rücksichtslosigkeit seines Herrscherwillens. Auch Thun hat unter seinen Sultanslaunen zu leiden gehabt, zweimal so schwer — wie wir noch sehen werden —, daß er nahe daran war, seinen Abschied zu nehmen. Er stand bei seinem Chef kaum sehr hoch im Ansehen. Als Schwarzenberg den Olmüzer Vertrag mit Manteuffel persönlich und ohne jede Befragung des damaligen Rumpfbundestages abschloß, da herrschte ernste Verstimmung in der Frankfurter Versammlung. Graf Thun fühlte sich als Bundestagspräsident bloßgestellt und bot seinen Rücktritt an. Er wurde nicht nur abschlägig beschieden, sondern erhielt lediglich kurze Weisungen, was seines Amtes wäre, aber keine nähere Begründung der neuen, unerwartet friedlichen Wendung der österreichischen Politik. Als er sich darüber beschwerte, verwies Schwarzenberg ihm sein Drängen und wies ihn kurzerhand in die durch sein Amt gezogenen Schranken zurück²⁸⁾. Nur Werkzeug und Handlanger, nicht

²⁷⁾ Meyendorff an Nesselrode, 12. Febr. 1852. *Hoetzsch* II S. 449.

²⁸⁾ *H. Friedjung*, Österreich von 1848 bis 1860, II 1 (1912) S. 121, 127 f.

Mitarbeiter, war Thun für den Ministerpräsidenten. Und dieser nahm seinen Untergebenen nicht einmal gegen Kritik von fremder Seite in Schutz. Als der preußische Gesandte in Wien, Graf Arnim, später dem Fürsten einmal vorstellte, Thun stifte in Frankfurt viel Schaden, er sei „ein brüsker, rüder, abstoßender Mann, dessen Benehmen Niemandem zusagen könne“, da nahm Schwarzenberg diese überscharfe Charakteristik „gar nicht übel“²⁹⁾.

Thun aber fühlte sich zu Schwarzenberg durch die bewundernde Neigung hingezogen, die der Schwächere nicht selten dem Starken entgegenbringt. Er verehrte seine Briefe, nach Bismarcks Zeugnis, „wie Orakel“ und eignete sich seine Worte und Gedanken an³⁰⁾. Er hielt auf dem verhassten Frankfurter Posten nur aus, weil der Wille des Fürsten ihn dahin gestellt hatte. Die Nachricht von seinem plötzlichen Tode, diesem „gräßlichen Unglück“ für Österreich und für Europa, nahm ihm zunächst seinen inneren Halt. „Er war so bewegt,“ berichtet Bismarck³¹⁾, „daß er die heutige Ausschußsitzung abbrach“. Wochenlang fühlte er sich wie gelähmt, und der Widerwille gegen seine Stellung würgte ihn nun bis zum Ekel. Die zugleich warme und ehrfurchtsvolle Empfindung für seinen Chef, die auch aus Thuns Briefen spricht, mochte für ihn manche Härte mildern, die er von Schwarzenberg erfuhr. Ein freundliches Schicksal war es dennoch nicht, das ihn zwischen zwei starke Willensmenschen wie zwischen zwei Mühlsteine mitten hineingestellt hatte: auf der einen Seite der Feind seines Staates, stets kampfbereit, nach jeder Blöße spähend, mitleidlos hart; auf der anderen Seite der allgewaltige Chef, dessen kalte Ironie noch furchtbarer sein konnte als Bismarcks Fehdelust. Da würde auch ein Mann aus härterem Metalle als Friedrich Thun keine leichte Stel-

²⁹⁾ Arnim an Manteuffel, 31. Dez. 1851. Pr. a. P. I S. 322.

³⁰⁾ Brief B.'s an Manteuffel, 16. Okt. 1852. GW. I S. 250.

³¹⁾ Desgl. 6. Apr. 1852. GW. I S. 153. Thuns Brief vom 17. Apr. Anlage 5.

lung gehabt haben. Thun dagegen, dieser empfindliche, von Kopfschmerzen geplagte, zuweilen melancholische Mann, der sich in trüben Stunden sentimentaler Naturschwärmerei³²⁾, in heiteren dem Drange nach Lebensgenuß hinzugeben liebte — Thun hatte bisweilen das Gefühl, daß dieser doppelte Druck ihn zerreiben müßte. Denn er war ein Mann, der wohl schroff auftreten, heftig und ungestüm werden konnte; aber die Kraft wohnte nicht in seiner Seele.

Auch nicht die Leidenschaft für Politik. Thun war keiner von denen, die ein unwiderstehlicher Trieb zur Macht, ein Drang nach Wirken in großem Stile, zur politischen Laufbahn gezwungen hatte, sondern er war Diplomat geworden, weil die Diplomatie einer von den Berufen war, die für den jungen Aristokraten standesgemäß waren. Hinter ihm lag eine Laufbahn üblicher Art. Mit 27 Jahren, 1837, wurde er Attaché im Haag, drei Jahre später Legationssekretär in Turin. Seit 1844 arbeitete er in der Staatskanzlei und wurde 1847 Gesandter in Stockholm, 1849 in München, bis er seinen ersten Posten von ernster politischer Bedeutung am erneuerten Bundestag erhielt. Seine Berichterstattung ist gewissenhaft und intelligent; aber der zündende Funke fehlt ihr. Die vielfach recht trockenen Geschäfte am Bundestag wurden ihm zeitweilig zum Greuel, und das starke Maß von Geselligkeit und Vergnügen, dem er sich hingab, scheint ihm nicht zum wenigsten als Gegengewicht gegen die ungeliebte Arbeit unentbehrlich gewesen zu sein. Daß er in den Ferien, in seinen heimatlichen Wäldern, nicht gern an den grünen Tisch und an Aktenmappen dachte, ist nichts als menschlich. Auch Bismarck gesteht zuweilen, daß es ihm schwer fiel, seiner angeborenen Tintenscheu Gewalt anzutun; aber der Gedanke, wieder auf seinen politischen Kampfplatz zu treten, war doch nie ohne Reiz für ihn, den geborenen Staatsmann: aus Wien schrieb er im Sommer 1852 an seine Frau, er sehne sich nach Frankfurt, „als ob es Aniephof

³²⁾ Bismarck an Gerlach, 4. Dez. 1852, S. 45.

wäre“³³⁾). Und er mag sich sein Teil gedacht haben, als er einige Monate danach in den Bundestagsferien einen Brief von Thun erhielt, der ihm sein Jägerleben im Försterhaus von Tetschen schildert und dann fortfährt: „Indessen schwelge ich an dieser Lebensweise und denke schon mit Schrecken an das Joch, welches sich täglich in einer erschreckenden Weise nähert. Doch hoffe ich, daß ich durch Carlsbad und die Gebirgsluft genug Galle ausgewaschen und ausgeschwitzt habe, um mich dieser Höllenarbeit mit Resignation zu widmen“³⁴⁾).

Auch fehlte ihm als Politiker jene Rücksichtslosigkeit in der Wahl der Mittel, wie er sie mit Unwillen von seinem Nachfolger Prokesch angewendet sah. Bismarck versichert zwar, und gewiß mit gutem Grunde, daß Thun mit den „spanischen Praktiken des kaiserlichen Hofes“, wie Friedrich Wilhelm IV. zu sagen pflegte, d. h. mit den Künsten der Bestechung, nach gut österreichischer Tradition vollständig vertraut war³⁵⁾; aber im übrigen, z. B. im Gebrauch der Presse, zog Thun die Grenzen der politischen Moral enger und schärfer, als es vielfach üblich war, enger auch, als die österreichische Staatsleitung unter Fürst Schwarzenberg wie unter Graf Buol es tat³⁶⁾. Denn er war im Grunde doch mehr Kavalier als Politiker, war trotz seiner Fähigkeit zur Formverletzung doch ein echter Edelmann von starkem, ja leidenschaftlichem Ehrgefühl³⁷⁾. Er achtete daher auch in seinem großen preußischen Gegner den Edelmann, vertraute seiner Loyalität, wandte sich in ernstesten Krisen mit rückhaltloser Offenheit an ihn und schrieb auch da, wo Beschönigung sinnlos wäre, im amtlichen

³³⁾ An seine Frau, 14. Juni 1852.

³⁴⁾ Thun an Bismarck, 28. Sept. 1852. Archiv zu Friedrichsruh. Der politische Teil des Briefes gedruckt in BJB. IV S. 134 f.

³⁵⁾ Brief B.'s an Schleinitz, 17. Apr. 1861, GW. III S. 224. An Gerlach, 28. Dez. 1851, S. 14.

³⁶⁾ Näheres unten S. 151 f.

³⁷⁾ Für sein Ehrgefühl besonders kennzeichnend ist sein langer und erregter Brief vom 15. Jan. 1852 an Bismarck. BJB. III S. 58—63.

Bericht, daß Bismarck „ein Ehrenmann und ein offener, ehrlicher Charakter ist“³⁸⁾. Daher fühlte auch Bismarck sich trotz aller politischen Gegensätze menschlich zu ihm hingezogen: „Ich habe ihn eigentlich persönlich lieb, trotz der Bauernpfiffigkeit . . ., und hätte ihn recht gern zum Nachbarn bei Schönhäusen“³⁹⁾. So schrieb er unmittelbar, nachdem er ihm in einer Preßfehde hart zugesetzt hatte. Als Thun für den Berliner Gesandtenposten in Frage kam, wurde Bismarck durch Manteuffel zur Äußerung über ihn aufgefordert, und nach seinem sorgfältig abgewogenen Urteil⁴⁰⁾ hatte Thun — allerdings mit der bezeichnenden Einschränkung „für einen österreichischen Diplomaten“ — doch in seltnem Grade das Bedürfnis, für einen Mann von Ehre, auch im Kaiserlichen Dienst und Ausländern gegenüber, zu gelten. „Thun gefällt mir doch sehr“, urteilte Gerlach über ihn, „er hat eine gewisse anständige Naivetät“. Er sei noch der beste österreichische Diplomat⁴¹⁾. Es ehrt Thun, daß er niemals, auch nicht in Momenten der schärfsten politischen Gegnerschaft, an seinem Vertrauen des Edelmanns zum Edelmann irre geworden ist, und es ehrt zugleich Bismarck, daß Thun von ihm schreiben konnte: „Ich lasse dem Privatcharakter meines preussischen Kollegen vollkommene Gerechtigkeit widerfahren und bin fest überzeugt, daß er den Augenblick meiner Abwesenheit gewiß niemals benützen würde, etwas hier durchzuführen, was den Absichten Österreichs widerstreitet“⁴²⁾. Genau so hat umgekehrt auch Bismarck bekannt, daß er, wenn abwesend und durch Graf Thun vertreten, auch bei nur mündlichen Abreden sein Vertrauen niemals getäuscht gefunden

³⁸⁾ Aus Thuns Bericht v. 3. März 1852 (Nr. 25 E). W. A.

³⁹⁾ An Gerlach, 28. Dez. 1851, S. 14.

⁴⁰⁾ Vom 16. Okt. 1852, GW. I S. 250. Den Zusatz „für einen österreichischen Diplomaten“ hat Bismarck in Poschingers Ausgabe unterdrückt.

⁴¹⁾ Gerlach an Bismarck, 25. Febr. 1853, 5. Febr., 1854 S. 41, 83.

⁴²⁾ Bericht Thuns v. 26. Dez. 1851. Anlage 1.

habe⁴³⁾. Noch Jahre nach Thuns Weggang von Frankfurt hat Bismarck erklärt, wenn Männer wie Graf Thun oder Graf Rechberg an der Spitze der Geschäfte ständen, könnten die deutschen Regierungen Vertrauen zu Österreich gewinnen⁴⁴⁾.

Die, beiden Gesandten gemeinsame, konservative Richtung in der Innenpolitik hat gewiß dazu beigetragen, Thuns Vertrauen zu Bismarck zu stärken; denn er betont es wiederholt und gern, daß dieser „ein einsichtsvoller, durchaus rechtlicher und in den großen politischen Fragen des monarchisch-konservativen Prinzips korrekter Mann ist“⁴⁵⁾ — aber entscheidend für Thuns Urteil war dies nicht: sonst würde auch der erz-konservative Rochow besser vor ihm bestanden haben. Entscheidend war allein der Eindruck der Persönlichkeit Bismarcks. Es ist doch bezeichnend, daß abschätzige Bemerkungen über Preußen sich in Thuns Berichten und Briefen nicht ein einziges Mal in Verbindung mit dem Namen Bismarck finden, wie vorher wiederholt in Verbindung mit dem Namen Rochow — und dabei war dieser nur drei Monate, Bismarck anderthalb Jahre lang der Kollege Thuns, Rochow der bequemste, Bismarck der unbequemste Kollege. Das zeigt uns nicht nur, wie unendlich viel besser das Ansehen Preußens durch die feste Hand Bismarcks gewahrt wurde, als durch Rochows Liebedienerei — es wirft auch auf Thuns Charakter ein günstiges Licht. So wenig er die Größe des preußischen Staatsmannes erkannt hat, so empfänglich war er doch für sein echtes Menschentum, für seine stolze Edelmannsart. Und wie besorgt er auch einst dem Abgang Rochows und der Nachfolge Bismarcks entgegengesehen hatte — „denn Herr v. Bismarck ist vielmehr spezifisch-preußisch, viel entétirter soviel

⁴³⁾ Bericht Bismarcks v. 13. Dez. 1853, GW. I S. 401.

⁴⁴⁾ Bericht v. 23. Juni 1855, Pr. i. BT. II S. 242.

⁴⁵⁾ Bericht Thuns v. 25. Juni 1852. Anlage 6.

ich bisher beurtheilen kann, und viel aktiver“⁴⁶⁾ — wie sehr auch diese Besorgnis dann durch die späteren Erfahrungen gerechtfertigt wurde: dennoch hat Graf Thun nie aufgehört, im politischen Gegner den Menschen zu achten, hat gute persönliche Beziehungen zu Bismarck lange über die Frankfurter Zeit hinaus gepflegt, nahm sie in St. Petersburg wieder auf und ließ sie auch dann nicht abbrechen, als Bismarck Ministerpräsident geworden war⁴⁷⁾. Die Beziehungen der beiden Gesandten übertrugen sich auf ihre Familien. Zwischen der Gräfin Thun, einer geborenen Gräfin Lamberg, und Johanna von Bismarck bildete sich ein freundschaftlich nahes Verhältniß, und zwischen den Söhnen und Töchtern der beiden Häuser entstanden, namentlich in der Petersburger Zeit, innige Kinderfreundschaften⁴⁸⁾. Erst die Entscheidung von 1866, die den treuen Sohn Österreichs tief verwundete, machte allen Beziehungen zwischen Thun und Bismarck wie zwischen ihren Angehörigen ein Ende. Der Schöpfer des Reichs aber hat seinem einstigen Gegner eine freundliche Erinnerung bewahrt. Im Dezember 1870, bei einem Tischgespräch im Hauptquartier zu Versailles, sagte der Kanzler: „Mit Thun war auszukommen, der war ein anständiger Mensch“⁴⁹⁾.

Wir haben aus Friedrich Thuns frühem Mannesalter, etwa

⁴⁶⁾ Aus einem undatierten Brief Thuns an Schwarzenberg, vermutlich aus dem Mai 1851. *W. Varia* 1852.

⁴⁷⁾ Das Archiv zu Friedrichsruh enthält einen Brief Thuns an B. aus der gemeinsamen Petersburger Zeit (freundschaftliche Jagdeinladung) und einen undatierten von 1862 oder 1863, geschrieben auf der Durchreise durch Berlin. Der zweite Brief beginnt: „Werthester Excollege, Auf meiner Durchreise nach dem — Petersburg hier angekommen, wo ich mich 2—3 Tage aufzuhalten gedenke, werden Sie es hoffentlich begreiflich finden, daß ich den sehnlichsten Wunsch habe — trotz Ihrer jetzigen grandeur — Sie zu sehen und mit Ihnen über so manches zu schwätzen...“ Er schließt: „Mit den bekannten Gefühlen aufrichtigster Anhänglichkeit Ihr treu ergebener Fr. Thun.“

⁴⁸⁾ Freundliche Mitteilung des Fürsten Jaroslaw Thun.

⁴⁹⁾ *M. B u s c h*, Tagebuchblätter I S. 491.

aus seinem 29. Lebensjahre, ein fein ausgeführtes Bild in Miniaturmalerei auf Elfenbein⁵⁰⁾. Volles braunes, reich gelocktes Haar walt in so üppiger Fülle um das hübsche junge Gesicht, daß das Ohr beinahe in den Locken verschwindet. Die schön geschwungenen Augenbrauen berühren sich über der edel geformten Nase. In den großen dunklen Augen liegt ein weicher, sentimentaler Zug. Über den vollen rosigen Lippen steht ein zierlicher Schnurrbart. Das Ganze zieht an durch die adlige Linie; aber Kraft liegt nicht in diesen Zügen. Man glaubt es dem Bilde, daß dieser junge Graf ein Herzenbrecher war — an einen Staatsmann, einen Mann der Tat gemahnt nichts.

Das diesem Buche beigegebene Bild, von Kniehuber, zeigt ihn als Vierziger. Von dem Reiz des Jugendbildes ist noch manches geblieben. Der Ausdruck ist männlicher, die Mundpartie, der jetzt der Schnurrbart fehlt, fester geworden, das Haar noch immer voll und in flatternder Freiheit; ein Vollbart, der aber Kinn und Wange frei läßt, umrahmt die untere Hälfte des Gesichts. Im Blick scheint etwas Abweisendes zu liegen; man fühlt es, daß dieser Mann hochmütig sein und verlegen kann. Aber ein Rest der beinahe frauenhaften Weichheit des Jugendbildes ist geblieben, und wie einer, dem das schöne Geschlecht gleichgültig wäre, steht er auch jetzt noch nicht aus. Beherrschend über dem Ganzen liegt der Eindruck einer nicht nur äußeren Vornehmheit.

Zu dem Bilde der Persönlichkeit gehört schließlich ein glückliches Ehe- und reiches Familienleben⁵¹⁾. Graf Thun war Vater von drei Söhnen und sechs Töchtern, alles Kinder derselben Mutter. Wir gehen gewiß nicht fehl, wenn wir in den ge-

⁵⁰⁾ Wahrscheinlich von Daffinger, vielleicht von Waldmüller. Das Bild ist im Besitz von Herrn Dr. Grafen Franz Thun in Oberdöbling bei Wien, wo ich es dank freundlichem Entgegenkommen sehen durfte.

⁵¹⁾ Geschildert von der Gattin des Gesandten, Gräfin Leopoldine Thun, Erinnerungen aus meinem Leben (1926).



Graf Thun-Hohenstein
Nach einem Aquarell von Kriehuber

sunden Kräften dieses Lebens das Übergewicht über manche Züge des Leidens und der Schwäche finden. Er war ein Mann von hoher Intelligenz und geistiger Gewandtheit, in gesunden Tagen von großer Arbeitskraft, in franken gehemmt und leicht entmutigt. Er verstand sich gut auf das Handwerkzeug des Diplomaten; doch den Kniffen und Schlichen seines Berufes wurde durch ein kavalierrnäßiges Ehrgefühl die Grenze gesetzt. Er war ein Mann von Wort und hatte das Bedürfnis, die Achtung auch des Gegners zu erwerben. Heißblütig von Natur, hochmütig als Aristokrat, konnte er herausfordernd auftreten und fremden Stolz kränken, und er tat es vielleicht mehr als ihm bewußt war. Politisch war er konservativ mit klerikalem Einschlag, vor allem aber ganz und gar Österreicher, erfüllt von der großen Tradition des Kaiserstaates und zugleich von tiefer Abneigung gegen den preußischen Rivalen und gegen preußisches Wesen. Alles, was den menschlichen Gegensatz des Süddeutschen zum Preußen begründet, war in ihm verkörpert und gesteigert: heiteres Wesen und Genußfreude, Widerwille gegen Förmlichkeit wie gegen das strenge Gleichmaß des Dienstes, gegen alle äußerliche Korrektheit. Er wollte leben und leben lassen, Freude am Dasein haben und ertrug nichts schwerer als beruflichen Ärger. Ihm fehlte die Kraft, starke Hemmungen durch Einsetzen seiner ganzen Persönlichkeit zu überwinden. Ein politischer Kampf, in dem es hart auf hart ging, zermürbte seine Nerven. Für den Kampf mit einem Bismarck zumal reichten seine Kräfte nicht aus, und daß Graf Thun selber dies empfand, verdoppelte das Gewicht einer Last, die schon an sich zu schwer für ihn war.

Dritter Abschnitt

Bismarck und Thun als Gegenspieler

Es war ungünstig für Thun und blieb dauernd fühlbar, daß seine Beziehungen zu Bismarck mit jener leidigen Verstimmung der Besuche wegen begannen. Thun hat es später offenbar bereut, daß er durch Formverletzung Bismarck Anlaß zur Beschwerde gegeben hat, und er ist bald genug vorsichtiger und korrekter in seinen Umgangsformen geworden¹⁾. Allein ein so schwieriges Verhältnis wie das dieser beiden rivalisierenden Bundestagsgesandten ist leichter verfahren als wieder ins rechte Gleis gebracht. Wie sollten die Beiden ihre Meinungen austauschen, die Anträge und die Tagesordnung der Sitzungen vorberaten, wenn keiner mehr den anderen besuchen wollte? Bismarck war anfangs dazu bereit gewesen. Er war ja, als er nach Frankfurt ging, Anhänger einer Politik der preußisch-österreichischen Verständigung. Seine Instruktion wies ihn in die gleiche Richtung. Doch wie er sich diese Verständigung dachte, das hatte er kurz nach seiner Olmüzkrede in der Kreuzzeitung eindeutig ausgesprochen: Preußen müsse überall die gleiche und vor allen übrigen deutschen Staaten bevorzugte Berechtigung mit Österreich erhalten. „Erreichen wir das nicht, dann muß auch unsre Partei mit dem Spruch unsrer Vorfahren rufen: — dat walde Gott un sold Isen!“²⁾ Also: Verständigung gütlich versuchen — mißlingt dies, dann mit dem Schwert um Preußens Gleichberechtigung kämpfen! Das war der Geist des Abgeordneten Bismarck, der Olmütz verteidigte; das blieb der Geist des preußischen Gesandten am Bundestag.

¹⁾ Brief B.'s an Manteuffel, 5. Okt. 1851, GWB. I S. 69, vgl. S. 40.

²⁾ Kreuzzeitung v. 19. Nov. 1850. BZB. III S. 415.

Die ersten Meinungsverschiedenheiten, die im September und Oktober 1851 zwischen Wien und Berlin auftauchten, betrafen verhältnismäßig untergeordnete militärische Fragen, die Aufstellung eines Corps zum Schutze des Bundestags und eine Umlage für die Bundesfestung Rastatt. Bismarck übte die denkbar größte Zurückhaltung und besprach sich stets vorher mit Graf Thun, um diesem keine unnötigen Schwierigkeiten zu machen und die Meinungsverschiedenheit der beiden Großmächte vor den übrigen Staaten zu verschleiern. So gelang es, diese Fragen leidlich reibungslos zu erledigen, und Bismarck nahm sich auch für die Zukunft vor, „etwaige Reime einer Uneinigkeit zwischen uns und Österreich stets mit dem Grafen Thun unter vier Augen zu verhandeln, ehe ich mit einer derartigen Sache vor den Bundestag trete“³⁾.

Aber schon bei diesen ersten Vorbefprechungen glaubte Bismarck zu bemerken, daß Thun nicht volle Gegenseitigkeit übte und bei der Formulierung gemeinsamer Anträge nicht streng im Sinne der Abmachungen verfuhr⁴⁾. Als er dazu noch die Erfahrung machte, daß Thun, unter Hinweis auf die Last der Präsidialgeschäfte, nur selten zu ihm kam und die Pflicht des Besuches zu ganz überwiegendem Teile Bismarck zuschob, da verzichtete dieser auf eigentliche Besuche und kam nur kurz vor den Sitzungen in das Amtszimmer des Präsidialgesandten. Das wieder paßte dem Grafen Thun schlecht, da er dann, beschäftigt mit Vorbereitung der Sitzung, nicht die nötige Ruhe hatte, um auf Bismarcks Wünsche einzugehen. So wurde die Herstellung eines Einverständnisses zwischen beiden vor Beginn der Sitzung immer schwieriger. Doch bekennt Bismarck sich noch Mitte November 1851 grundsätzlich zu der Taktik, „am Bundestage den andern Gesandten gegenüber den Eindruck der vollsten Übereinstimmung Preußens

³⁾ B.'s Berichte und Briefe v. 1., 3., 6., 17. Sept., 3. u. 4. Okt. GW. I S. 32 ff., 40, 51, 66. Pr. i. BT. I S. 8 f. Anm. 2, S. 24 bis 26.

⁴⁾ GW. I S. 40, 51.

X und Österreichs festzuhalten und zu verstärken“⁶⁾). Als aber einen Monat später eine ernste Meinungsverschiedenheit über die Frage der Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen den Gegensatz der beiden Großmächte vor der Versammlung enthüllte, und Thun die Wahl Bismarcks in den hierfür einzusetzenden Ausschuß in unaufrichtiger Weise hintertrieb⁷⁾), da erlitt Bismarcks guter Vorsatz zur vertraulichen Vorbesprechung mit Thun wohl seinen schwersten Stoß. Es scheint, daß er seitdem auch auf die kurzen Besuche unmittelbar vor der Sitzung verzichtet hat. Fortan sahen die beiden Gesandten einander fast nur noch in den Sitzungen selbst, und die Versuche, der Versammlung das Bild großmächtlicher Eintracht vorzutäuschen, hatten ihr Ende erreicht⁷⁾).

Thun hat also nicht Unrecht, wenn er Bismarcks Zurückhaltung auf die Scheu zurückführt, sich dem Verdachte auszusetzen, daß er dem Präsidialgesandten „aufwarte“. Er übertreibt aber, wenn er in seiner Darstellung die Etiquettenfrage in den Vordergrund schiebt, und verrät zugleich ein nicht ganz ruhiges Gewissen, wenn er eifrig den Verdacht abzuwehren sucht, als trüge er selbst durch Pochen auf seine Stellung Schuld an dem Zerwürfnis. Nicht der Etiquettenstreit, sondern sachliche Gegensätze haben das Zerwürfnis herbeigeführt; aber die persönliche Entfremdung, die sich aus dem Einstellen der Besuche ergab, hat die Formen des Kampfes verschärft, und diese Verschärfung hat Thuns Nerven schwerer mitgenommen als die damals noch frische Kraft Bismarcks. Im Februar 1852, als Thun nach Wochen heißen Kampfes mit seinen Kräften zu Ende war, schrieb sein preussischer Kollege übermütig und mitleidlos an seine Schwester, die „Geliebteste aller Mollen“: „Meinen Freund Thun, der

⁵⁾ Bericht v. 19. Nov. 1851, GW. I S. 97.

⁶⁾ Bericht B.'s v. 22. Dez. GW. I S. 115.

⁷⁾ Die Darstellung kombiniert Thuns in Anlage 4 mitgeteilten Bericht mit den in den vorausgehenden Anmerkungen angeführten Zitaten aus Bismarcks Berichten und Briefen.

in meiner Abwesenheit bedenklich heiter geworden war, habe ich gleich in der ersten Sitzung wieder ins Bett gärgert, welches er nur ausnahmsweise wieder verließ. Gestern habe ich ihm gegeben, nun liegt er fest⁸⁾.

Thun führt außer Bismarcks Empfindlichkeit noch einen anderen Grund an, der das Auskommen mit ihm erschwere: seine Geschäftsunkenntnis und sein geringes Interesse an den Angelegenheiten des Bundestages. Diese Klage erscheint zum ersten Male in dem schon mitgeteilten Berichte vom 21. September 1851⁹⁾, also vier Wochen nachdem Bismarck selbständig die Geschäfte übernommen hatte. Danach wäre Bismarck noch ganz der Abgeordnete, der keine andere politische Praxis kenne als die der Kammer, der die Leitung seiner Partei für viel wichtiger halte als alles, was er von Thun lernen könne, der daher schlecht zuhöre und schwierig zu belehren sei. Was uns gegenüber dem Vorwurf der Geschäftsunkenntnis sofort stutzig machen muß, das sind Bismarcks eigene Berichte, die von Anfang an so eindringend und so wohlbedacht sind, daß dieser Vorwurf Thuns platt zu Boden fällt. Völlig glauhaft aber ist, daß Bismarck der Belehrung von österreichischer Seite schwer zugänglich war. Wir wissen aus seinen Briefen an Manteuffel und an Gerlach, daß er, bei aller Bereitwilligkeit zum Zusammengehen mit Österreich, doch den „Staatsmännern aus der Schwarzenbergischen Schule“ vom ersten Tage an mit dem größten Mißtrauen gegenübertrat¹⁰⁾. Graf Thun war fünf Jahre älter als Bismarck und stand vierzehn Jahre länger im diplomatischen Beruf. Es hatte ihn belustigt, daß der alte Rochow ihn um seinen „gediegenen Rat“ gebeten hatte; aber er hielt doch für notwendig, daß der junge und unerfahrene Bismarck Belehrung von ihm an-

⁸⁾ Briefe an Schwester und Schwager, hrsg. von H. Rohl (1915) S. 64.

⁹⁾ Oben S. 44.

¹⁰⁾ An Manteuffel am 26. Mai u. 29. Juni, GW. I S. 4, 17; an Gerlach am 22. Juni, S. 5.

nahm. Damit hatte er nicht nur wenig Glück, sondern machte obendrein die schmerzliche Erfahrung, daß sein preußischer Kollege überhaupt nicht viel vom Bundestage hielt. Bismarck hat schon nach dem Eindruck von wenigen Wochen, noch als Legationsrat, in vertraulichen Briefen kein Hehl aus seiner Skepsis gemacht. „Daß wir mit dieser ganzen Gesellschaft,“ schrieb er an Gerlach¹¹⁾, „Deutschland reformiren und Europa durch die Regeneration unseres Vaterlandes staunende Theilnahme ablocken werden, glaube ich nicht. Es ist kein einziger Mann von geistiger Bedeutung darunter, die meisten sind wichtig thuernde Kleinigkeitskrämer, die die Bundesvollmacht mit ins Bett nehmen, und mit denen keine Conversation zu führen ist, weil sie bis in die gleichgültigsten Gespräche hinein diplomatisiren, beobachten und zum Bericht notiren“. Und an Manteuffel¹²⁾: „Meine Erwartungen von den Resultaten der Bundestagsverhandlungen waren nicht hoch, als ich herkam, aber sie haben sich seitdem vermindert“. Am offenerzigsten schrieb er an seine Frau, am 18. Mai — acht Tage nach seiner Ankunft in Frankfurt: „Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen; aber eine solche nüchterne einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettag von Hammeltalg zu spüren ist, überrascht mich . . . Kein Mensch, selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigthuerei in dieser Diplomatie steckt“.

Bismarck hat als Gesandter die absprechenden Urtheile aus seinen ersten Wochen als Legationsrat sehr stark eingeschränkt und hat von einer ganzen Reihe der Männer, mit denen er nun um den riesigen runden, grünbehangenen Tisch im Bundespalais zusammensaß, später mit hoher Achtung ge-

¹¹⁾ Am 22. Juni, S. 6 f. Vgl. den Brief an Wagener, 5. Juni, Bismarckbriefe, hrsg. v. H. Roth, S. 108.

¹²⁾ Am 29. Juni, GW. I S. 17.

prochen und ihre Fähigkeiten anerkannt¹³⁾. Es war ein Kreis, aus dem manch verdienter Minister und Ministerpräsident hervorgegangen ist, und „der Bundestagsgesandte, wie ihn sich der Demokrat vorstellt“, erscheint in Bismarcks späteren Schilderungen als vereinzelte Ausnahme¹⁴⁾. Der Bayer von Schrenk, der Kurhesse von Dörnberg, die Hannoveraner von Bothmer und Graf Kielmannsegg, jener später Justizminister, dieser Finanzminister seines Heimatlandes, der Mecklenburger von Derken, später leitender Minister des Großherzogtums, der Holsteiner Bernhard von Bülow, den der Reichskanzler Bismarck zu seinem Staatssekretär des Auswärtigen machte, und noch manche andere widerlegen die verbreitete Vorstellung, an der Bismarck selbst freilich mit-schuldig war, als habe der deutsche Bundestag aus lauter Hohlköpfen bestanden. Nimmt man noch hinzu, daß jeder der drei Präsidialgesandten, die Bismarck in Frankfurt erlebt hat, ein Mann von geistigem Rang war, und prüft man endlich (was bisher nie geschehen ist), welche Summe von Wissen und ernster Arbeit, von juristischer Schärfe und politischer Berechnung in den Sitzungsprotokollen und ihren Beilagen niedergelegt ist, so wird man der Wahrheit näher kommen, wenn man sich unter dem Bundestag eine Versammlung kluger und geschäftskundiger Männer vorstellt, die zu überragen nicht so leicht war, wie man nach den Bildern voll genialer Spottlust aus Bismarcks Frankfurter Frühzeit annehmen möchte. Jener unvermeidliche Kleinkram, der keiner politischen Versammlung erspart bleibt, darf nicht den Gesamteindruck von der Arbeit und dem geistigen Niveau des Bundestages bestimmen.

Aber wenn auch der preußische Gesandte mit der Zeit von nicht wenigen seiner Kollegen höher denken lernte als im Anfang, und wenn er auch, wie sich von selbst versteht, die

¹³⁾ Siehe etwa die Charakteristiken v. 30. Mai 1853. GW. I S. 335—42.

¹⁴⁾ J. B. der Kurhesse v. Trott, GW. II S. 44.

Spottlust der ersten Wochen dem Grafen Thun gegenüber im Zaume hielt, so empfand dieser doch die innere Respektlosigkeit des preußischen Vertreters gegenüber dem Bundestag als solchem, als Einrichtung. Und diese kränkende Empfindung gewann für ihn an Bitterkeit, weil er nicht ohne Grund annahm, daß die preußische Regierung ebenso dachte wie ihr Vertreter. „Er geht von der Überzeugung aus,“ schreibt Thun Ende 1851 über Bismarck¹⁵⁾, „daß hier nichts zu machen sei, hat für die hiesigen Geschäfte gar kein Interesse und beschäftigt sich auch von hier aus viel mehr mit der Leitung der Angelegenheiten seiner Partei in Preußen als mit Bundesangelegenheiten“. Nur mit Mühe und Drängen sei er zu einiger Tätigkeit zu bringen. „Eben erst war er 14 Tage abwesend, und wir haben die dadurch verlorene Zeit noch nicht wieder einbringen können“. Daselbe Leiden im nächsten Jahre! „Es ist dies nun schon das 9. Mal in diesem Jahre,“ so heißt es Ende Juni 1852¹⁶⁾, „daß Herr v. Bismarck seinen Posten verläßt, und da eine jede Abwesenheit zum mindesten acht Tage, meistens aber mehrere Wochen beträgt, so kann man leicht ermessen, wie viel Zeit er hier anwesend gewesen seyn kann“. Obwohl Thun mit der Zahl 9 wieder, wie gewöhnlich, übertreibt — denn Bismarck hat in der genannten Zeit seinen Posten nur fünfmal verlassen¹⁷⁾, es sei denn, daß man Tagesausflüge, wie auch Thun sie gern machte, mitzählen wollte —, so bleibt doch bestehen, daß Frankfurt innerhalb der ersten sechs Monate des Jahres 1852 den preußischen Gesandten nur gerade neunzig Tage in seinen Mauern gesehen hat. Daß die Geschäfte des Bundestages darunter litten, wird man dem Präsidialgesandten glauben dürfen und kann daher die Entrüstung verstehen, mit der es ihn erfüllte, daß die preußische Regierung ihren Gesandten in Frankfurt „als den am meisten entbehrlichen und zur Disposition stehen-

¹⁵⁾ Anlage 1.

¹⁶⁾ Anlage 6.

¹⁷⁾ Nach Horst Rohl, Bismarckregesten I (1891).

den Staatsbeamten“ ansah¹⁸⁾). Als sie ihn dann gar noch zur Vertretung Arnims nach Wien sandte, schalt der gekränkte Thun, der preußische Bundestagsgesandte werde von seiner Regierung zu einer Art von diplomatischem Handlungsreisenden gemacht¹⁹⁾).

Bismarck selber war mit seiner vielseitigen Verwendung nicht immer einverstanden und wäre manches Mal gern als in Frankfurt unabkömmlich anerkannt worden. Besonders hat er die Doppelstellung am Bundestag und in der Zweiten Kammer, die er anfangs aus politischem Pflichtgefühl, dann mehr dem König zu Gefallen anderthalb Jahre lang auf sich nahm, doch auf die Dauer als zu starke Belastung empfunden. „Mir ist es auch scheußlich mit dieser Reiferei und Doppelexistenz, aber wenn sie mich ohne mein Zuthun wählen, fühle ich mich doch verpflichtet anzunehmen“²⁰⁾). Er hat aber stets die Bundestagsgeschäfte höher gestellt als die parlamentarische Arbeit, obwohl ihm die Frankfurter Diplomaten mit ihrer Wichtigtuerei viel lächerlicher waren als der Abgeordnete der 2. Kammer im Gefühl seiner Würde²¹⁾). Um einer Wahlrede willen die Bundesgeschäfte zu versäumen, ist ihm nicht in den Sinn gekommen²²⁾), und als seine Wahlmänner ihn schließlich vor die Alternative stellten, entweder dauernde Anwesenheit bei den Kammerverhandlungen zuzusagen oder auf Wiederwahl zu verzichten, da ist der Verzicht ihm nicht schwer geworden. Die letzte Entscheidung aber legte er in die Hand des vorgesetzten Ministers. Dieser gab sie Bismarck zurück, indem er selber dessen Bedenken anerkannte, aber hinzufügte, der König wünsche ihn in der Kammer zu sehen. Da hat Bismarck lieber eine Verstimmung an allerhöchster Stelle riskiert, als daß er fortfuhr, „zwei Herren zu dienen“. Er

¹⁸⁾ Anlage 6.

¹⁹⁾ Aus Thuns Bericht v. 12. Juni 1852. WA.

²⁰⁾ B. an seinen Bruder, 17. Aug. 1852. BBr. S. 145.

²¹⁾ An seine Frau, 18. Mai 1851.

²²⁾ An Manteuffel, 5. Okt. 1851, GW. I S. 67.

X wollte sich „ganz dem Bunde widmen“ können und außerdem nicht in die Klemme zwischen König, Ministerium und Partei kommen²³⁾). Je mehr er der Partei entwuchs, um so leichter ersichtlich fühlte er sich in der Kammer, wo er doch nicht durch Dick und Dünn mit der Partei hätte gehen können, und je voller der Diplomat sich entwickelte, um so weniger fühlte er sich am Bundestag ersichtlich. Endlich auch: der Weg zur Macht empor führte sicherer über die Diplomatie, als über die parlamentarische Tätigkeit.

X Wenn also Thuns Vorstellung von Bismarcks Drang zur Tribüne und zum Parteikampf stark übertrieben war, so traf er doch den entscheidenden Punkt mit seinem Vorwurf, daß Preußen und der preußische Gesandte im Grunde nicht viel vom Bundestage hielten. Hier lag der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Wien und Berlin. Das Schwarzenbergische Österreich wollte nicht nur, wie das Metternichs, die Leitung des Bundestages in der Hand behalten, sondern es wollte außerdem den Bundestag zu einer starken Zentralgewalt erheben und damit die frühere Ehrenstellung Österreichs in eine Machtstellung verwandeln. An Stelle des in den Dresdener Konferenzen gescheiterten Planes, neben den Bundestag eine starke Exekutivbehörde zu stellen, trat nun das Bestreben, dem Bundestag selbst höhere Machtfülle zu geben. Wie man das Bismarckische Deutsche Reich ein verlängertes Preußen genannt hat, so sollte der reaktivierte Deutsche Bund ein verlängertes Österreich werden. Gelang dies, so waren die Lebensadern Preußens als europäische Großmacht unterbunden. Thun war ein entschiedener Anhänger dieses politischen Zieles, täuschte sich aber darin, daß er auch bei allen übrigen nichtpreußischen Regierungen die Überzeugung voraussetzte, „daß in Deutschland eine möglichst kräftige, selbst-

X ²³⁾ An Manteuffel, 30. Sept., 15. Nov. 1852, GW. I S. 242, 258. An Gerlach, 6. Nov., S. 40 f. An B.'s Bruder, 10. Nov., BBr. S. 149. Von Manteuffel, 18. Okt., Anh. G. u. C. II S. 106 f.

ständige, konzentrierte Exekutivebehörde geschaffen werden müßte“²⁴⁾.

Der Weg zur Stärkung des Bundestages war schon in Dresden gemiesen worden: die Zahl der Fälle, in denen Einstimmigkeit für einen Bundesbeschluß erforderlich war, sollte mehr und mehr verringert werden. „Der kaiserliche Hof,“ hatte Österreich am 15. Mai in den Dresdener Konferenzen erklärt, „bekennt sich zu der Überzeugung, daß das Erforderniß der Einhelligkeit der Stimmen in den Grundgesetzen des Bundes, zum Nachtheile der gemeinsamen Interessen, durch die Bundesverfassung weiter ausgedehnt worden sei als dieß der Begriff eines zu bestimmten gemeinsamen Zwecken geschlossenen unauflösllichen Vereines souveräner Staaten erfordert, und daß gerade in diesem Umstande einer der am wenigsten zu läugnenden Mängel der bestehenden Bundesverfassung liege.“ Österreich hoffe, daß mit der Zeit auch die bisher noch festgehaltene Einstimmigkeit für das Gebiet der materiellen gemeinnützigen Interessen fallen werde²⁵⁾.

Die Forderung der Einstimmigkeit beschränken hieß die Zuständigkeit des Bundestages erweitern. Der in seiner Macht gesteigerte Bundestag sollte aber gleichzeitig selbständiger sein als bisher, unabhängiger von den Regierungen der Einzelstaaten. Die Bundestagsgesandten sollten von den Hemmungen jedesmaliger Instruktionseinholung befreit werden. Sie sollten eine allgemeine, möglichst dehnbare Instruktion erhalten, und nur in Fällen, in denen diese nicht ausreiche, sollte vor der Abstimmung eine besondere Instruktion eingeholt werden. So erklärte Österreich nachdrücklich in Dresden und sprach damit nur aus, was manch ehrlicher Freund des Bundes längst gedacht hatte. Jasper von Dercken, Mitglied schon des Rumpfbundestages für Mecklenburg-Strelitz, später des vollzähligen Bundestages für beide Meck-

²⁴⁾ Brief Thuns an Schwarzenberg, 7. März 1851. Wfl.

²⁵⁾ Acta der Ministerialkonferenzen in Dresden 1851. Originalprotokolle. Reichsarchiv Frankfurt a. M.

Ienburg, meinte im August 1850: „Die Verzögerung aller wichtigen Angelegenheiten durch unablässige Instruktionseinholungen, womit nach Umständen diplomatisch operirt wurde, ist es ganz vorzüglich gewesen, welche es dem früheren Bundestage unmöglich gemacht hat, Achtung und Vertrauen zu gewinnen.“ Zwar erfordere das föderative Prinzip, daß die Bevollmächtigten nach Instruktion stimmten; doch solle diese sich auf leitende Grundsätze beschränken²⁶⁾). Ein Mann wie Bernhard von Bülow, der kluge Vertreter Holsteins und Lauenburgs, den auch Bismarck bald hochschätzen lernte, vertrat zwar eine Regierung, die der von Österreich erstrebten Zentralisation Deutschlands entschieden widersprach; er sagte aber (im Hinblick auf die Dresdener Konferenzen) dennoch im März 1851 zu Thun, er begreife, daß man dem Unfuge von Instruktionseinholung ein Ende machen müsse, und die Einhelligkeit der Stimmen auf einige sehr wenige und seltene Fälle habe beschränken müssen²⁷⁾).

Bei dieser, zu Zeiten des Rumpf-Bundestages aufgestellten, aber in Dresden nicht abgeschlossenen Rechnung hatte Preußen jetzt durch den Mund Bismarcks mitzureden. Und alle Kämpfe, die dieser in Frankfurt mit Österreich ausfocht, gingen entweder um die Ausdehnung des Gebietes der Mehrheitsbeschlüsse, also um die Grenzen der Bundeskompetenz, die Preußen möglichst eng, Österreich möglichst weit ziehen wollte, oder sie richteten sich gegen andere Schachzüge, durch die Österreich seine Stellung in Deutschland, mittelbar oder unmittelbar, verstärken wollte. Ein solcher Schachzug war auch die gegen Preußen durchgesetzte Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen; denn diese Veröffentlichung beschränkte sich nicht auf den Inhalt der Verhandlungen, sondern brachte Zusätze im österreichischen Sinne. Bismarcks Abwehr bestand nicht nur in amtlicher Verwahrung und

²⁶⁾ H. v. Dercken, Leben des Staatsministers Jasper von Dercken (1905) S. 106.

²⁷⁾ Brief Thuns an Schwarzenberg, 7. März 1851. WA.

scharfen Worten, die er in der entscheidenden Debatte am 20. Dezember 1851 fallen ließ, sondern vor allem in dem Gegenzug, daß er die öffentliche Darstellung der österreichischen Partei öffentlich angriff. Thun hatte anfangs Bismarck gegenüber die Miene aufgesetzt, als ob ihm das einerlei wäre; als er dann aber die von seinem Gegner inspirierten Artikel zu lesen bekam, da berichtete er nach Wien empört über „das dem gewöhnlichsten Anstande gänzlich widerstreitende Benehmen der preußischen Presse“. Zwei Tage später, am 28. Dezember, schrieb Bismarck höchst befriedigt: „Unsre Preßfehde wegen der Publikation hat tiefen und schmerzlichen Eindruck gemacht und die Herren etwas zur Besinnung gebracht.“ Er war nach diesem Erfolge für einen Waffenstillstand, um den Gegner nicht zu verhärten²⁸⁾. Die unentbehrliche Gabe des Staatsmannes, ein sicheres Gefühl für Maßhalten, war, wie uns bald noch ein zweiter Anlaß zeigen wird, Bismarck schon im Anfange seiner diplomatischen Laufbahn zu eigen.

Der Kampf der beiden großmächtlichen Vertreter, der in Unterredungen unter vier Augen begonnen und sich im Schoße der Bundesversammlung fortgesetzt hatte, war damit an die Öffentlichkeit getreten. Von Verhüllen des Gegensatzes konnte keine Rede mehr sein. War doch längst auf einem anderen Gebiete, dem der Handelspolitik, der preußisch-österreichische Rivalitätskampf nicht nur diplomatisch, sondern auch in Zeitungen und Broschüren durchgefochten worden! Österreich suchte die Bundeskompetenz auf Zollfragen auszudehnen und durch den Eintritt seines ganzen Ländergebietes in den Zollverein diesen der preußischen Führung zu entwinden und ihn

²⁸⁾ B.'s Berichte v. 8. Nov., 18., 20., 22. u. 28. Dez. 1851. Pr. i. BT. I S. 39, 47—52. GW. I S. 108—111, 115 f., 121. Thuns Bericht v. 26. Dez., Anlage 1. — Das Thema der Veröffentlichung der BT.-Verhandlungen wird hier nicht weiter verfolgt, da es für B.'s Kampf mit Österreich von untergeordneter Bedeutung ist. Für das Tatsächliche siehe etwa C. v. K a l t e n b o r n, Gesch. der Deutschen Bundesverhältnisse u. Einheitsbestrebungen von 1806—56, II (1857) S. 372—75.

als Bundespräſidialmacht ſelber in die Hand zu bekommen. Oſterreich hatte den Kampf für dieſen großen Plan von Anfang, d. h. ſeit dem Herbf 1849, öffentlich in der Preſſe geführt. Kurz nach Bismarcks Ernennung zum Geſandten in Frankfurt war der Kampf in ein neues Stadium getreten. Preußen gewann durch Vertrag vom 7. Sept. 1851, gegen die Zuſage von Tarifiermäßigung, Hannover und Oldenburg für Anſchluß an den Zollverein zum 1. Januar 1854. Um die Tarifierreform durchzuſetzen, kündigte es im November 1851 den Zollverein zum 1. Januar 1854 und lud gleichzeitig ſeine Zollverbündeten zur Neuberatung des Tarifes ein. Dieſen Augenblick hielt Oſterreich für günſtig, um die mehr ſchutz-zöllneriſchen Süddeutſchen vom Zollverein abzuziehen, und ſo lebte der handelspolitische Federkrieg²⁹⁾ zwiſchen den beiden Großmächten und ihren Parteigängern zur ſelben Zeit wieder auf, zu der Bismarck die Preßfehde wegen Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen begann.

Unmittelbar nach der Kündigung des Zollvereins durch Preußen, Ende November 1851, als Oſterreichs Hoffnungen hoch gingen, fand jenes berühmte Geſpräch zwiſchen Thun und Bismarck ſtatt: der Oſterreicher ganz erfüllt von der geſchichtlichen Sendung des Kaiſerſtaates als der Vormacht Deutschlands, beredt „wie Poſa“ in ſeiner großdeutſchen Schwärmerei — der Preuße kühl und nüchtern, leicht ironiſch in der Form, ernſt in der Sache: Preußen und die Reformation ſeien zwar bedauerliche, aber nicht zu ändernde Thatſachen, und ehe dieſes Preußen der Erbschaft Friedrichs des Großen entſage, werde die Entſcheidung durch den Degen vorzugehen müſſen. Als darauf Thun den preußiſchen Staat mit einem Manne verglich, der einmal das große Loſ gewonnen habe und nun ſeinen Haushalt auf die jährliche Wiederkehr dieſes Ereigniſſes einrichte, da meinte Bismarck,

²⁹⁾ Über dieſen: Fr. Wilh. Lange, Bismarck u. die öff. Meinung Süddeutſchlands während der Zollvereinskriſe 1850—53. Gießener Diſſert. 1922, Kap. IV.

wenn man in Wien ebenso denke, dann werde Preußen noch einmal in die Lotterie setzen müssen³⁰⁾).

Dieses Gespräch, in das Bismarck zum ersten Male den metallenen Ton leicht hineinklingen ließ, war von der handelspolitischen Streitfrage ausgegangen, die damals den Tag beherrschte. Thun scheint den Griff an den Degen mehr für eine spielerische Gebärde gehalten zu haben — wer konnte auch ein Jahr nach Olmütz an ein kriegerisches Preußen glauben? Habsburgs Stern schien ihm noch immer im Aufsteigen zu sein, und Thun gehörte zu denen, die Österreichs Stellung in der zollpolitischen Frage für so günstig und siegesverheißend hielten, daß er nicht lange danach, zu Anfang 1852, der Meinung war, alle bei den Preußen herrschende Aufregung sei nichts als Furcht vor der Wunde, die Österreich ihnen handelspolitisch zu schlagen im Begriff stehe. Auch Bismarck, den diese Wochen voll Spannung natürlich nicht müßig sahen, erschien ihm, ungewohnt genug, als ein Bild der Sorge. „Denn seit der handelspolitischen Aufregung hatte er auch den Kompaß vollkommen verloren und demonstrierte unseren Kollegen in einer Weise, daß man hätte glauben sollen, er ginge darauf aus, die Preußische Regierung grundsätzlich in ihren Bundesgenossen zu ruinieren“. Nun aber die Begründung für das überraschende Urteil über den kompaßlosen Bismarck? Sie lag einfach darin, daß Bismarck damals eine Drohung — auch zum ersten Male — aussprach, die österreichischen Ohren viel peinlicher klang als Säbelrasseln, das man für Theater hielt. Er begnügte sich nicht damit, die Ausdehnung der Bundeskompetenz auf Zollsachen für unannehmbar zu erklären, vor rücksichtsloser Anwendung des Mehrheitsprinzips zu warnen, sondern er fügte die Drohung hinzu: wenn man jetzt das Mehrheitsprinzip schlechthin einführen wolle, „so hielte die zu schwache Schale (der

³⁰⁾ Brief B.'s an Manteuffel, Ende Nov. 1851. GW. I S. 104 f.

Bundesverfassung) es nicht aus und Preußen bliebe nichts übrig als sich von allem zurückziehen und — wie der König stets sage — zu warten, bis der Zeitpunkt kommt, wo Deutschland fühlt, daß es Preußen brauche“³¹⁾.

Bismarck ist in seinem Bericht³²⁾ über diese Unterredung ausführlicher als Thun, verschweigt aber seine letzten Worte, die Thun so erregt haben, die Drohung mit dem Austritt Preußens aus dem Bunde. Falls er sie aus Scheu vor etwaiger Mißbilligung durch Manteuffel verschwiegen hat, so ging diese Vorsicht vielleicht zu weit; denn Manteuffel hat gleichzeitig eigenhändig an den Fürsten Schwarzenberg geschrieben, um ihm „derb“ die Meinung zu sagen und mit dem „Zurückziehen Preußens in eine negative Stellung“ zu drohen³³⁾. Er hat außerdem ganz ähnliche Worte an den Freiherrn von Prokesch gerichtet, Österreichs Gesandten in Berlin. Manteuffels Brief und die etwa gleichzeitigen Berichte beider Gesandten, des Berliner und des Frankfurter, beunruhigten den Fürsten doch ernstlich. Er glaubte wirklich, Preußen wolle in Deutschland wieder einen getrennten Weg gehen, etwa gar die Ideen von 1848 wieder aufnehmen³⁴⁾. Auch Kaiser Franz Josef wurde von der Unruhe miterfaßt und sagte zum Herzog von Koburg, Preußen wolle aus dem Bunde austreten³⁵⁾.

Und dazu war die handelspolitische Frage nicht einmal die einzige, die zu solcher Besorgnis Anlaß gab. Da war vor allem die Flottenfrage, die ein ganzes Bündel von Fragen in sich schloß: war die 1848 geschaffene deutsche Flotte Bun-

³¹⁾ Brief Thuns v. 5. Jan. 1852. Anlage 2.

³²⁾ Vom 28. Dez. 1851. GW. I S. 210.

³³⁾ Laut Mitteilung Manteuffels an Bismarck durch Brief v. 28. Dez. 1851. Anh. G. u. E. II S. 42.

³⁴⁾ So berichtet Rochow am 11. Febr. 1852 aus St. Petersburg auf Grund der russ. Gesandtschaftsberichte aus Wien, die ihm Nesselrode vorlegte. Pr. a. P. I S. 362 f.

³⁵⁾ Arnim an Manteuffel, Wien 17. Febr. 1852. Pr. a. P. I S. 377.

deseigentum oder nicht? war sie eine organische Bundeseinrichtung? sollte sie erhalten, verteilt oder aufgelöst werden? wenn erhalten, sollte sie als Bundesflotte, als Zollvereinsflotte oder als Flotte der Uferstaaten bestehen? wenn sie Bundesflotte blieb, sollte auf Nachzahlung der Rückstände durch die säumigen Bundesmitglieder bestanden oder eine neue Umlage für alle ausgeschrieben werden? Bismarck dachte von der Flotte selbst gering, schätzte sie aber höher als ein Mittel zur Befriedigung der öffentlichen Meinung, die der Flotte nach seinem Urteil eine über den Wert des Gegenstandes hinaus lebendige Teilnahme zuwenden. Außerdem war er durch den Wunsch des Königs gebunden, der für Preußen die Führung einer deutschen Seemacht anstrebte. Bismarck war mit diesem Ziele ganz einverstanden, freilich weniger aus seepolitischen Erwägungen heraus, die ihm im damaligen Stadium der deutschen Frage mit Recht sehr fern lagen, als vielmehr deswegen, weil Preußen durch einen Erfolg in der Flottensache seine Stellung in Deutschland heben würde. Aber auch einen Mißerfolg fürchtete er nicht, wenn nur die Verhandlungen am Bundestage so liefen, daß man Preußen keinerlei Vorwürfe wegen mangelnden Eifers in dieser dem deutschen Volke teuren Frage machen könnte³⁰⁾.

So bedeutete also die Flottenfrage in ihrem Kerne nichts anderes für den Deutschen Bund als einen Anlaß zum Prestigekampf der beiden Großmächte. Vor allem deshalb hat sie die Frankfurter Versammlung so lange beschäftigt, vom 11. Juni 1851 bis zum 7. April 1852, dem Tage, an dem endgültig die Auflösung der deutschen Flotte beschlossen wurde. Aber auch während der Ausführung dieses Beschlusses durch Hannibal Fischer, die sich über ein Jahr hinzog, hatte die Bundesversammlung noch häufig genug Anlaß, die Auflösung

³⁰⁾ Siehe B.'s Berichte seit dem 12. Sept. 1851, seine Briefe an Gerlach v. 5. Jan., 6. u. 20. Febr. 1852, dazu die Protokolle der Bundesversammlung. Die Berichte z. T. im Anhang von Max Bär, Die deutsche Flotte v. 1848—52 (Leipzig 1898).

der Flotte auf ihre Tagesordnung zu setzen. Das Schlimmste war, daß die Flotte während der Zeit der Ungewißheit über ihr Schicksal fortlaufend Geld kostete, die Bundeskasse aber unter dem Streit der Bundesgenossen am meisten zu leiden hatte. Preußen hatte zur Gründung der Flotte im Jahre 1848 mehr beigetragen als irgendein anderer deutscher Staat; Österreich, Sachsen, Kurhessen und Luxemburg hatten überhaupt nichts gezahlt, die süddeutschen und einige mitteldeutsche Staaten nur einen Teil der Umlagen³⁷⁾. Preußen erhob daher zunächst, im Juni 1851, Einspruch gegen Ausschreiben einer neuen Umlage, ehe die Rückstände der alten gezahlt wären. Als der Bundestag dennoch eine neue Umlage beschloß, sah Preußen in diesem Beschluß eine Überschreitung der Bundeskompetenz: es könne sich nur um freiwillige Beiträge handeln, unerzwingbar durch Mehrheitsbeschluß. Einige Monate danach erklärte es sich bereit, seinen Anteil zu zahlen, falls gewisse Bedingungen erfüllt würden, deren wichtigste in der Bürgschaft gegen weitere finanzielle Anforderungen bestand³⁸⁾. Nach Bismarcks Auffassung waren diese Bedingungen tatsächlich, wenn nicht förmlich, beim Schluß des Jahres erfüllt, so daß er keinen Grund sah, die Zahlung länger zurückzuhalten. Dennoch aber, und obwohl er für den Fall fernerer Zahlungsverweigerung vor „unerwarteten Beschlüssen und neuen Verwickelungen“ warnte, hinderte ihn in letzter Stunde ein Telegramm seines Chefs Manteuffel, die vom Bundestag in der Sitzung des 31. Dezember erwartete Erklärung der Zahlungsbereitschaft abzugeben³⁹⁾.

³⁷⁾ Das Verzeichnis der Staaten nach ihren Zahlungen: Prot. BB. 1851, S. 314 f. Für Preußen vgl. S. 90.

³⁸⁾ Prot. v. 21. Juni, 8. u. 30. Juli, 31. Okt. 1851, S. 91, 111, 216, 444. Zu der (völlig überzeugenden) rechtlichen Begründung des Satzes, daß die Beiträge nur freiwillig sein könnten, vgl. außerdem Prot. 1852 Jan. 24, S. 184.

³⁹⁾ B.'s Berichte v. 29., 30., 31. Dez. 1851, GB. I S. 122 f.; Bär S. 249—55. Manteuffels Telegramm: Pr. i. BT. I S. 69 Anm. 1. Prot. BB. 31. Dez. 1851, S. 712.

Die Spannung erreichte damit einen bedenklichen Grad. Die Presse forschte mit Luchsaugen nach jedem Anzeichen, das einen Schluß auf die geheimen Vorgänge im Bundespalais zu erlauben schien. Man sah das Schicksal der Fotte wie den Frieden der beiden Großmächte, die Erhaltung des Deutschen Bundes auf dem Spiele stehen. Man gab jeder Äußerlichkeit einen politischen Sinn. Daß Bismarck, als er Anfang Dezember nach Berlin fuhr, seine Stimme, wie üblich, auf Thun übertrug, wurde denen, „die noch immer von einem Schisma im Bundestage träumten“, zur Beachtung empfohlen. Bald nach seinem Wiedereintreffen in Frankfurt wurde der Schlesischen Zeitung geschrieben, noch nie habe ein so inniges Einverständnis zwischen den beiden Großmächten geherrscht wie gegenwärtig. Als aber Ende Dezember die Krise sich zuspitzte, da wurde auch von Mitgliedern des auserwählten Kreises der Bundestagsgesandten, „die am mindesten verschlossen zu sein pflegen“, wißbegierigen Korrespondenten zugestanden, „daß ein etwas leidenschaftlicher, sicher an dem Ort unerhörter Austausch sich einander durchkreuzender Ideen stattgefunden“ hätte. Auch wurde bemerkt, daß auf der letzten allmonatlichen Abendgesellschaft beim Grafen Thun der preußische Gesandte gefehlt habe. War es wirklich nur wegen Unwohlseins seiner Gattin, oder war dieses Unwohlsein eine „Schulkrankheit“? Und wie sehr Bismarck im Herzen solchen Klatsch verachten mochte — die öffentliche Meinung nahm doch an seinem Verhältnis zu Thun so lebendigen Anteil, daß er glaubte, dazu nicht schweigen zu dürfen. Durch die Presse ging das Wortspiel, Herr von Bismarck sei ein Mann voll *M a r k* und *M u t*, der dem ungestümen *T h u n* und Treiben anderer entgegenzutreten wisse⁴⁰⁾. Als er Mitte Januar wieder in Berlin war, schrieb er an Legationsrat Wenzel von der preußischen Bundesgesandtschaft: „Ich werde zum 19. nicht

⁴⁰⁾ Die Zeitungsnachrichten in der Schlesischen Zeitung v. 2., 25. Dez. 1851, 2., 11. Jan. 1852. Die Erklärung in der Kreuzzeitung richtet sich vor allem gegen die Schlesische Zeitung.

in Frankfurt sein können, um so mehr wünsche ich aber, daß meine Frau, wenn sie wohl ist, auf Thuns Ball geht⁴¹⁾. Ihn ärgerte der Klatsch, und auf seine Veranlassung schrieb die Kreuzzeitung in der Form einer Mitteilung aus Frankfurt am 17. Januar: „Nur die Erfahrung, daß auch die abgeschmacktesten Erfindungen müßiger Correspondenten ihre gläubigen Leser finden, veranlaßt uns, auszusprechen, was hier am Ort jedermann bekannt ist, daß beide Herren öffentlich und in Privat-Gesellschaften stets in freundschaftlichem und vertraulichem Verkehr gesehen werden, und aus bester Quelle kann ich hinzufügen, daß das persönliche gute Einvernehmen beider Gesandten niemals aufgehört hat, die Überwindung der Schwierigkeiten zu erleichtern, welche die hier zur Verhandlung kommenden Differenzpunkte der Politik des Berliner und des Wiener Cabinets mit sich bringen. Alle entgegengesetzten Angaben gehören in das Gebiet willkürlicher Erfindung von Klatschgeschichten.“

Und Bismarck war völlig im Recht, wenn er ableugnen ließ, daß die politische Spannung auf seine gesellschaftlichen und persönlichen Beziehungen zu Thun Einfluß gehabt hätte. Als jenes Telegramm Manteuffels den in der Sitzung vom 31. Dezember erwarteten Ausgleich in letzter Stunde verhinderte, da gab er seinem österreichischen Kollegen einen Beweis seines Vertrauens. Er begriff seine Regierung selber nicht und gestand dem Grafen Thun offen, er wüßte nicht, was in Berlin vorgefallen sei⁴²⁾. Anscheinend war Manteuffel durch auswärtige Sorgen, Furcht vor einer Annäherung Österreichs an Frankreich, nervös geworden und wollte daher Wien seine Abhängigkeit von Berlin zum Bewußtsein bringen. Er rief Bismarck zur Besprechung nach Berlin⁴³⁾, und so war dieser außerstande, vorzubeugen, als der Bundestag am 7. Januar 1852, um nicht durch Zahlungsunfähigkeit

⁴¹⁾ GW. I S. 127.

⁴²⁾ Brief Thuns v. 5. Jan. 1852. Anlage 2.

⁴³⁾ Manteuffel an B., 28. Dez. 1851. Anh. G. u. E. II S. 43.

vor der Öffentlichkeit bloßgestellt zu sein, den zum mindesten ansehbaren Beschluß faßte, beim Bankhause Rothschild unter Verpfändung der bei ihm deponierten Bundesgelder eine Flottenanleihe aufzunehmen. Da tat Preußen einen Schritt, der die Krisis aufs höchste steigerte: es legte bei Rothschild Verwahrung gegen die Ausführung dieses rechtswidrigen Bundesbeschlusses ein und machte das Bankhaus haftbar für alle Preußen etwa erwachsenden Nachteile⁴⁴⁾. Das brachte dem alten Bankier angstvolle Stunden, dem Grafen Thun aber drückte die Schmach das Herz ab. Er hatte nach besten Kräften für friedliche Beilegung des Flottenhaders gearbeitet und meinte am Ziele zu sein, als jene telegraphische Weisung Manteuffels an Bismarck ihm alles verdarb. Für den Beschluß vom 7. Januar zu stimmen, war ihm nicht leicht geworden, zumal da er ohne Instruktion war⁴⁵⁾. Er hatte es nur getan, weil er keinen anderen Ausweg aus dem Defizit der Bundeskasse sah, und hatte ausdrücklich im Namen Preußens, dessen Stimme er für den abwesenden Bismarck führte, Verwahrung gegen den Beschluß eingelegt. Daß dieser Verwahrung eine zweite, jetzt von Berlin aus, beim Bankier Rothschild folgen würde: das überstieg allerdings seine Erwartung. Man fühlt noch die zitternde Erregung, in der Graf Thun sich nun in einem langen eigenhändigen Briefe an seinen preußischen Kollegen wandte⁴⁶⁾.

Er zwingt sich gewaltsam zur Mäßigung, um seiner Stellung willen, „um die ich mich nie beworben habe und aus der baldmöglichst erlöst zu werden ich die Vorsehung täglich bitte! ... Daß es aber je dahin kommen könne, daß eine d e u t s c h e B u n d e s - Regierung ein Interesse haben könne, die Auto-

⁴⁴⁾ Vier Telegramme u. ein Brief B.'s aus Berlin v. 9. bis 14. Jan. 1852 an Leg.-Rat Wenzel in Frankfurt. GW. I S. 125 bis 127; Pr. i. BT. I S. 70 f.

⁴⁵⁾ ProtBB. 1852 § 2, S. 5.

⁴⁶⁾ Am 15. Jan. 1852. BB. III S. 58—63. B.'s Antwort v. 19. Jan. ebenda S. 63—66.

rität und das Ansehen des Deutschen Bundes, dessen Mitglied sie ist, dermaßen in den Roth zu ziehen, daß sie gegen einen Bundesbeschluß bei einem Juden, der in seiner geschäftlichen Beziehung noch dazu dem Bunde untergeordnet ist, einen Protest eintragen werde, . . . das gestehe ich, darüber werde ich erröthen, so lange ich lebe! Am Abende, wo mir Legationsrath Wenzel diesen Protest vorlegte, hätte ich weinen können wie ein Kind über die Schmach unseres gemeinsamen Vaterlandes . . .“

Noch ehe Graf Thun Bismarcks ruhige Antwort auf seinen erregten Brief in Händen hielt, traf den durch Amtsärger und Aufregung längst zermürbten Gesandten ein neuer und der schwerste Schlag. Er empfing eine amtliche Weisung Schwarzenbergs⁴⁷⁾, in der die schneidenden Sätze standen: „. . . Um so mehr bitte ich E. E. nicht zu übersehen, daß in Fragen von so hoher Bedeutung, wie unsere Stellung zu Preußen, die Politik des Kaisers und seines Kabinetts nicht von Frankfurt aus bestimmt werden kann. Die vielfachen Schwierigkeiten Ihrer Stellung werde ich gewiß nie gering anschlagen; ich muß aber auch meine eigene Verantwortlichkeit bedenken, und wie könnte ich unserem Monarchen Rechenschaft zu geben imstande sein, wenn ich Gefahr laufen müßte, erst durch den Telegraphen aus Frankfurt zu erfahren, daß wir gegen Preußen marschiren. Welche Verwicklungen auch entstanden sein mögen oder künftig entstehen, immer muß ich mich darauf verlassen können, daß E. E. nicht ohne bestimmte Weisung mit Beschlüssen vorgehen, die für die kaiserliche Regierung von den weitgehendsten Folgen sein könnten“.

Es war nicht die erste Rüge, die Thun von seinem gestrengen Chef erhielt, in dieser scharfen Form aber die am wenigsten verdiente. Zugegeben, daß er erst in Wien hätte anfragen sollen, ehe er einem juristisch so bedenklichen An-

⁴⁷⁾ Vom 16. Jan. 1852. Obiges Zitat steht in Thuns Bericht v. 25. Jan. (Nr. 12 B). *W.*

trage wie dem auf Verpfändung von Bundesgeldern zustimmte, so bleibt doch der daraus abgeleitete Vorwurf heraufbeschworener Kriegsgefahr eine so groteske Übertreibung, daß man nach einer Erklärung sucht. Unter allen übrigen Amtshandlungen Thuns in Frankfurt ist nicht eine einzige, die diese Entladung des Schwarzenbergischen Sarkasmus erklären könnte, eines Sarkasmus, der in der Form kühlen Amtstiles nur um so verletzender wirken mußte. So bleibt nur eine Erklärung: die Sorge, Preußen könne aus der ständigen Häufung von Zermürfnissen in Frankfurt wirklich die mehrfach angedrohte Folgerung ziehen und aus dem Deutschen Bunde, in den Schwarzenberg es hineingezwungen hatte, wieder austreten. Das aber wäre in den Augen des österreichischen Ministerpräsidenten in der Tat ein *casus belli* gewesen. Nur trug gerade Thun die allergeringste Schuld an der Zuspitzung der Dinge. Die Schuld lag bei Schwarzenberg, der Preußen durch seine Bemühungen, den Zollverein zu sprengen, schwer gereizt hatte, und lag bei Manteuffel, der durch formalistische Bedenken oder aus taktischen Gründen noch im letzten Augenblick den Friedensschluß in der Flottenfrage durchkreuzt hatte. Schwarzenberg kannte die Friedensliebe seines Kaisers; begreiflich, daß die Entwicklung der Dinge ihn beunruhigte! So brauchte er einen Schuldigen, und der unglückliche Thun wurde das Opfer. Es kam hinzu, daß der preußische Gesandte in Wien, Graf Arnim, der Thun nicht leiden konnte, eben noch bei Schwarzenberg gegen ihn geheßt hatte⁴⁸).

Die ungebürlich scharfe Rüge traf Thun in einem Zustande gänzlicher Erschöpfung. Er war im Dezember wegen nervöser Abspannung um einen dreiwöchigen Erholungsurlaub eingekommen, hatte aber auf den schon bewilligten Urlaub verzichtet, weil die gleichzeitig erbetene Erlaubnis, die Bundesversammlung ebenso lange in die Ferien gehen zu lassen, ihm

⁴⁸) Oben S. 50. Vgl. Pr. a. B. I S. 444: Arnim über Thun.

versagt blieb. In normalen Zeiten pflegte der Präsidialgesandte, wenn er Frankfurt verließ, den Vorsitz und die Führung der österreichischen Stimme an Preußen zu übertragen. Nun hatte aber damals Preußens Haltung in der Flottenfrage sowie seine Pressehede wegen Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen nicht nur Österreich, sondern auch dessen Anhang, d. h. die Mehrheit der Bundesversammlung, schwer gegen Preußen und zum Teil auch gegen Bismarck aufgebracht. Thun hielt wegen dieser „allgemeinen Mißstimmung“ einen preußischen Vorsitz in diesem Augenblick für ein Ding der Unmöglichkeit und glaubte, daß nur durch seinen mäßigenden Einfluß „ein Conflikt der scandalösesten Art“ noch vermieden werden könnte. So meinte er dem Staate ein Opfer zu bringen, als er auf seinem Posten aushielt. Und dafür dieser Dank? Das war mehr, als der Vielgepeinigte ertragen konnte. Er brauchte Tage, ehe er die nötige Ruhe zur Erwiderung fand. Dann rechtfertigte er sich zunächst in einem amtlichen Bericht⁴⁹⁾.

„Es hat Momente gegeben, wo es in meine Hände gelegt war, durch e i n Wort den Bruch mit Preußen unwiderruflich zu besiegeln; ich überlasse es Euer Durchlaucht, zu beurtheilen, ob ich damals und in anderen ähnlichen Fällen mit der mir übertragenen Verantwortlichkeit ein leichtsinniges Spiel getrieben habe. Habe ich je etwas unverrückt im Auge behalten, so war es eben dies, keinen wichtigen, zu etwas verbindenden Schritt — sei es in der Bundesversammlung oder auch nur in den Ausschüssen — zu thun, ohne im voraus gewiß zu sein, daß er die Billigung meiner allerhöchsten Regierung finden werde. . . . So sehr ich also auch die Vergangenheit in der Erinnerung durchgehen mag, so bin ich doch nicht imstande, auch nur ein einziges Faktum aufzufinden, durch welches ich mir angemaßt hätte, die Stellung Österreichs zu Preußen zu kompromittiren oder das Kaiserliche

⁴⁹⁾ Bom 25. Jan. 1852 (Nr. 12 B). W.

Kabinet der Gefahr auszusetzen, erst durch den Telegraphen aus Frankfurt zu erfahren, daß Österreichische Truppen gegen Preußen zu marschiren hätten . . .“ Den dienstlichen Bericht ergänzte er durch einen Privatbrief, um noch „einige nicht so sehr in die Formen meiner Dienststellung gezwängten Worte beizufügen“. Dieser Privatbrief⁵⁰⁾ ist peinlich zu lesen, ein breites und gequältes Schriftstück, ein Abbild der seelischen Zermürbtheit, in der Graf Thun sich damals befand. Ein Mann mit gesundem Kraftgefühl würde auf die unbillige Rüge eine kürzere und festere Antwort gefunden haben. Ob und wie Schwarzenberg sich entschuldigt hat, wissen wir nicht. Daß er eingelenkt hat, wird dadurch wahrscheinlich gemacht, daß seine kränkende Weisung, dem Wunsche Thuns entsprechend, aus den Akten entfernt worden ist⁵¹⁾.

Der aufgeregten Stimmung bei Schwarzenberg und Thun, von der diese Episode Zeugnis gibt, stand ruhige Zuversicht bei Bismarck und anscheinend auch bei Manteuffel gegenüber. In den vierzehn Tagen (8. bis 22. Januar), die Bismarck als Manteuffels Gast in Berlin weilte, hatte er reichlich Gelegenheit zur Aussprache mit dem Ministerpräsidenten über alle schwebenden Angelegenheiten und durfte bei seiner Rückkehr nach Frankfurt des vollen Einverständnisses mit seinem Chef gewiß sein. Er fand in Berlin kein besonders reges Interesse für die Zänkereien des Bundestages: „Die Leute sind mit allem einverstanden, was ich sage, hören mich aber zerstreut an und kommen auf andre Gegenstände⁵²⁾. Er selber hatte zwar die

⁵⁰⁾ Anlage 3.

⁵¹⁾ Wir kennen die Weisung daher nur aus dem bei den Akten gebliebenen Rechtfertigungsbericht Thuns, der die ihm so schmerzliche Stelle wörtlich anführt. Ein Brief Schwarzenbergs über diese Angelegenheit findet sich auch nicht im Thunschen Familienarchiv zu Tetschen, wie Fürst Jaroslaw Thun die Güte hatte, mir mitzuteilen.

⁵²⁾ B. an Leg.-Rat Wenzel, Berlin 16. Jan. 1852. BZB. V S. 6.

Durchkreuzung des Flottenabkommens durch seine Regierung nicht gebilligt, war aber von dem Augenblick an, in dem der Bundestag mit seiner Anleihe bei Rothschild den strengen Rechtsboden verließ, gleich Manteuffel durchaus für eine scharfe Tonart gegen die Präsidialmacht, der die Hauptverantwortung für den Beschluß zukam. Graf Thun hatte inzwischen eine zweite Rechtsverletzung begangen; er hatte den Geheimrat Crüger, Mitglied der Bundeskassenabteilung, der den preussischen Protest beim Hause Rothschild eingelegt, wegen ungebührlichen Benehmens in seinem Zorne für entlassen erklärt, ohne Rücksicht darauf, daß Crüger preussischer Beamter war. Auch Bismarck hatte über den Dünkel und die Selbstüberschätzung dieses Mannes zu klagen und wünschte ihn manchmal dahin, wo der Pfeffer wächst⁵³⁾; in diesem Falle aber war es selbstverständlich, daß er für den preussischen Beamten eintrat. Und so konnte die erste Begegnung der beiden Frankfurter Gesandten, die sich noch in persönlich gutem Einvernehmen getrennt hatten, nicht gerade freundlich verlaufen. Bismarck fand seinen Kollegen in gereizter Stimmung, und bekam von ihm über Crüger so maßlose Worte zu hören, daß er den Grafen „auf das Unmögliche einer derartigen Behandlung dienstlicher Meinungsverschiedenheiten ernstlich aufmerksam machen mußte“⁵⁴⁾.

Aus Thuns Schilderung des Gespräches⁵⁵⁾ ergibt sich, daß Bismarck bei aller Schärfe ruhig beherrscht blieb. „Ich fand den Königl. preussischen Gesandten, wenngleich bemüht, einen freundschaftlichen, vertraulichen Ton mit mir beizubehalten, doch im ganzen viel mehr entschieden und gewappnet als vor seiner Reise nach Berlin.“ Auf den Ausdruck der Hoffnung, daß er gute Nachrichten bringe, entgegnete er sogleich: daran sei gar nicht zu denken, solange die Bundesversammlung in ihrer

⁵³⁾ B. an Manteuffel, 30. Sept. 1852, 14. Apr. 1853, GB. I S. 240 f., 322.

⁵⁴⁾ B. an Manteuffel, 24. Jan. 1852, GB. I S. 130.

⁵⁵⁾ In seinem Bericht an Schwarzenberg v. 29. Jan. 1852. BA.

feindseligen Haltung gegen Preußen fortfahre. In Berlin herrsche eine allgemeine Entrüstung, selbst bei Gerlach und dem König, die es lächerlich fänden, daß Bismarck nach Frankfurt zurückkehren wolle, wo er eine unwürdige Rolle spiele. Der König habe ihm einen anderen Posten angeboten, doch wolle Bismarck noch einen letzten Versuch machen. Die preußische Regierung billige den Protest, den der Regierungsrat Crüger gegen die Erhebung der 60 000 fl.⁵⁶⁾ beim Hause Rothschild eingelegt habe. Wenn die österreichische Regierung Ursache zur Beschwerde zu haben glaubte, so hätte sie sich an die preußische Gesandtschaft wenden müssen, um Crügers Abberufung zu begehren; der Präsidialgesandte habe kein Recht, einen preußischen Beamten zu entlassen. Thun wies diesen „Schulmeister-ton“ zurück, und die Unterredung nahm „bald einen ziemlich unangenehmen Charakter“ an. Bismarck sagte unumwunden, Preußen werde nun gar nichts mehr zahlen. Als er beim Abschiede meinte, er werde wohl bald seine Koffer packen, sagte Thun, er könne ihm nur gratulieren, aus der Stellung des Vertreters bei einer Versammlung herauszukommen, gegen deren Beschlüsse seine Regierung Protest bei einem Juden einlege — für einen Ehrenmann gewiß eine peinliche und unerquickliche Stellung. Doch möge Bismarck im Falle seiner Abberufung für Entsendung eines anderen Vertreters Sorge tragen. „Wer weiß, entgegnete Herr von Bismarck, ob wir es unserer Würde und unserem Ansehen entsprechend erachten werden, uns überhaupt in einer Versammlung, die entschieden feindselig gegen uns ist, vertreten zu lassen, und ob wir es nicht vorziehen, uns gänzlich zurückzuziehen.“ Thuns Bemerkung, daß die Beteiligung an der Bundesversammlung nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht sei, machte keinen Eindruck auf Bismarck: „Preußen werde sich nötigenfalls auf sich selbst zurückziehen und warten, bis man zur Erkenntnis komme, daß man seine Mitwirkung

⁵⁶⁾ 60 000 Gulden entsprachen ungefähr dem Monatsbedarf der Flotte. Prot. BB. 1852, S. 174.

am Bunde benöthige“. Im gleichen Sinne sprach Bismarck zu anderen Kollegen.

Dieses Gespräch bedeutete für Thun eine bittere Enttäuschung. Zum zweiten Male die unbehagliche Drohung mit Austritt aus dem Bunde! „Ich kann nicht läugnen, daß der ganze Eindruck des Auftretens Herrn von Bismarcks seit seiner Rückkunft für mich ein sehr schmerzlicher ist. Offenbar ist er von Berlin weniger versöhnlich zurückgekommen, als er hingegangen, er scheint den Bruch als einen vollendeten Akt anzusehen und dies auch durch seine ganze Haltung und alle seine Äußerungen zu erkennen geben zu wollen. Darnach sehe ich nicht ein, wie sich die Sachen hier besser gestalten sollen. Die Herren der preußischen Gesandtschaft sollen sich ganz laut dahin äußern, daß Herr von Bismarck als Gesandter nach Wien ernannt sei, und Graf Bernstorff ihn hier vertreten werde . . . Herr von Bismarck hat sich vom Anfange an als ein Mann gezeigt, der nie von einer einmal gefaßten Ansicht abgeht, und auf den G r ü n d e gar keinen Eindruck machen⁵⁷⁾. Zudem ist er allen geschäftlichen und diplomatischen Formen vollkommen fremd, bei anscheinender Mäßigung sehr heftig, und kann seine frühere Eigenschaft eines parlamentarischen Mauerbrechers nicht ablegen“.

Das Friedensbedürfnis war bei Österreich ungleich stärker als bei Preußen. Thun hatte, nach dem eben erhaltenen scharfen Verweise, allen Grund, eine friedliche Beilegung zu wünschen. Dem Fürsten Schwarzenberg aber fuhr der Schreck in die Glieder, als er den Namen Bernstorff las. Drei kampf-erfüllte Jahre hindurch, vom Mai 1848 bis zum Mai 1851, hatte Graf Bernstorff Preußen in Wien vertreten, bis Schwarzenberg nach dem Siege von Olmütz die Abberufung dieses wachsam und, wenn's nottat, schneidig scharfen

⁵⁷⁾ Ein Urtheil, das durch zahlreiche Stellen in Thuns späteren Berichten widerlegt wird.

Gegners seiner Politik bei Manteuffel durchsetzte⁵⁸⁾. Bernstorff jezt auf dem Frankfurter Posten, also wiederum Gegenspieler Österreichs und Schwarzenbergs, bedeutete in dessen Augen zugleich eine persönliche Kränkung und eine politische Gefahr. Der preußische Gesandte in Wien, Graf Arnim, den er sofort vertraulich sondierte, suchte ihn zu beruhigen: er wisse davon gar nichts, habe auch nicht einmal in den Zeitungen diese Nachricht gefunden. „Ew. Erzellenz wissen,“ schrieb Arnim an Manteuffel, „daß Graf Bernstorff hier perhorrescirt wird, sollte er für Frankfurt bestimmt sein, so würde man dies hier für feindselig halten, und deshalb hoffe ich, daß die dem Fürsten Schwarzenberg zugekommene Nachricht nicht begründet ist“⁵⁹⁾. So war Bismarck über Nacht zu einer Persönlichkeit geworden, deren Verbleiben auf dem Frankfurter Posten im österreichischen Interesse dringend zu wünschen war. Wie nützlich ihm das sein konnte, sollte sich bald genug zeigen. Natürlich hat er selber, um seine Stelle Thun gegenüber für den bevorstehenden Endkampf in der Flottenfrage zu stärken, jenes Gerücht von Bernstorffs Kommen durch die Herren seiner Gesandtschaft austreuen lassen. Daß diese auf eigene Faust dergleichen erzählt hätten, ist ausgeschlossen; zudem hat Bismarck, als er ein Jahr später dieselbe Finte noch einmal anwandte, sich offen dazu bekannt⁶⁰⁾. Die Österreicher konnten nun also darüber nachdenken, was schlimmer wäre: wenn der preußische Gesandte ohne Nachfolger verschwand — wie Bismarck selber drohte —, oder wenn ein ausgesprochener Gegner Österreichs den Posten erhielt — wie die Herren von der Gesandtschaft wissen wollten.

Diese kleinen Künste der Bismarckschen Diplomatie, in die wir hier Einblick erhalten, wurden aufgeboten, um dem

⁵⁸⁾ Ringhoffer, Im Kampfe für Preußens Ehre (1906) S. 153.

⁵⁹⁾ Arnim an Manteuffel, 3. Febr. 1852. Pr. a. B. I S. 357.

⁶⁰⁾ B. an den Prinzen v. Preußen, 2. Febr. 1853. GB. I S. 290.

Gegner die Lage noch etwas ernster erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit schon war. Zum vollen Bruch mit Österreich, zum Austritt aus dem Deutschen Bunde, würde Friedrich Wilhelm IV. sich nie entschlossen haben. Insofern war Bismarcks Politik gut gespielter Bluff. Es war zugleich Manteuffels Politik; aber in der Hand des Gesandten wurde die Waffe schärfer geführt als in der des Ministers. Das ergibt sich deutlich daraus, daß Ton und Farbe dieser Verhandlungen nur in Thuns Berichten einen ernsten Klang haben, bei Bismarck dagegen stark abgeblaßt erscheinen. Da ist nichts von Kofferpacken und von Verzicht auf weitere Vertretung Preußens am Bunde, auch nichts von der Drohung mit Bernstorff zu lesen. Wäre Bismarck mit dem allen nur das Sprachrohr seines Ministers gewesen, etwa nur den Anregungen folgend, die er soeben in Berlin von seinem Chef empfangen hätte, so würde er nicht unterlassen haben, darüber zu berichten. Statt dessen schweigt er über den wichtigsten Teil seiner Unterredung mit Thun vollkommen und berührt das Thema des Bundesbruchs nur gelegentlich nebenher, so im Bericht über eine Unterhaltung mit dem Oldenburger Gesandten: dieser fürchtete, Preußen könnte sich wirklich aus den Bundesverhandlungen zurückziehen, und Bismarck berichtet, er sei diesen Befürchtungen nicht entgegengetreten⁶¹⁾. Erst als er einen Schritt erwog, der ohne Zustimmung seines Vorgesetzten unausführbar war, schrieb er davon, und nun an Manteuffel und Gerlach zugleich, um der Deckung an hoher und höchster Stelle gewiß zu sein.

Der Schritt, den er plante, war die demonstrative Abreise ohne Bestellung eines Vertreters. Das wäre nicht der Bruch, sondern der drohende Schein des Bruches gewesen, ein passiver Widerstand, der sich jederzeit wieder einstellen ließ. „In Verbindung mit dem Ausbleiben Preußischer Zahlungen hat er vielleicht das Gute, der Ansicht entgegenzuwirken, daß

⁶¹⁾ B. an Manteuffel, 2. Febr. 1852. GW. I S. 135; vgl. S. 136 unten.

Preußen ein gutmüthiger Polterer sei, der sich eine Zeit lang sperrt und dann seiner lügenhaften Östreichischen Gattin doch nachgiebt⁶²⁾. Doch wollte Bismarck die Folge des Streites nicht zu einer Bedeutung erwachsen lassen, die in keinem Verhältnis zum Werte des Gegenstandes gestanden haben würde. Sein Ziel war erreicht, wenn Preußen sich unter keine rechtswidrigen Bundesbeschlüsse beugen ließ, und wenn der Bund sich endlich zu der von Preußen seit Beginn des Streites geforderten Anerkennung bequeme, daß die früheren Mehrleistungen Preußens für die Flotte ihm in irgendeiner Form angerechnet würden. Da auf Nachzahlung der Rückstände durch die säumigen Zahler von 1848 keinesfalls zu rechnen war, so konnte der Ausgleich auch darin gefunden werden, daß Preußen für seine früheren Mehrleistungen in Sachwerten, d. h. in Schiffen, entschädigt wurde. Diesem Ziele dienten die sorgfältig formulierten Anträge, die Bismarck am 24. Januar, in der ersten Sitzung nach seiner Rückkehr, dem Bundestage vorlegte⁶³⁾.

*

In diesen Tagen höchster Spannung wurde die Bundesversammlung, wurden vor allen anderen die Gesandten der beiden Großmächte daran erinnert, daß ein Streit im Schoße des Deutschen Bundestages nicht nur die Deutschen anging, sondern daß auch die Großmächte, als Garanten der Bundesakte, ein Recht hatten, mitzureden, wenn der Streit bedrohliche Gestalt annahm. Unter den Großmächten aber fühlte sich keine stärker interessiert als die, ohne deren Hilfe der Rumpfbundestag von 1850 nicht zum Vollbundestag von 1851 geworden wäre. Der Kaiser von Rußland, Nikolaus I., blieb der Rolle treu, die er damals als „*Protektor Germaniae*“

⁶²⁾ An Gerlach, 6. Febr., S. 20. Vgl. an Manteuffel, 2. und 7. Febr., GW. I S. 134, 138.

⁶³⁾ Prot. BB. 1852 S. 190. Dazu B.'s Briefe an Manteuffel v. 28. u. 29. Jan., GW. I S. 130—34.

gespielt hatte. Nur war er jetzt nicht mehr, wie in den Tagen von Olmütz, der Parteigänger Österreichs als des konservativeren Staates, sondern suchte, so gut er es verstand, eine möglichst unparteiische Schiedsrichterstellung zwischen den beiden Rivalen einzunehmen. Und dabei kam es Preußen zugute, daß sein Gesandter in St. Petersburg, General von Rochow, das Vertrauen des Zaren wie des Reichskanzlers Nesselrode in höherem Maße besaß als irgendein anderes Mitglied des diplomatischen Korps am russischen Hofe. Auch die Berichterstattung des russischen Botschafters in Wien, des Barons Meyendorff, des Freundes von Nesselrode und Rochow, verteilte Licht und Schatten überwiegend zugunsten Preußens. Meyendorff hatte in den elf Jahren seiner Berliner Gesandtentätigkeit (1839—1850) ein inneres Verhältnis zum preußischen Staate, zum konservativen Altpreußen, gewonnen, hatte seine Abkehr von der Revolution freudig begrüßt und sah nun mit Sorge, daß dennoch für Österreich Preußen der Gegner blieb, den es niederzuhalten galt. Das aber war nicht der Zweck, für den Meyendorff in den Verhandlungen von Olmütz den Vermittler gemacht hatte; sein Ziel war vielmehr ein friedliches Machtgleichgewicht zwischen beiden und darüber die Führerstellung Rußlands⁶⁴). So konnte er bei aller Bewunderung für Schwarzenberg, der ihm aus dem Stoffe eines Richelieu gemacht schien⁶⁵), dessen Politik im wesentlichen doch nur verurteilen.

Je mehr also der Zar mit den Augen Rochows und Meyendorffs sah, um so mehr wandte auch er sich von dem früher hochgeschätzten Staatsleiter Österreichs ab. Schwarzenbergs gegen Preußen gerichtete Zollpolitik fand er geradezu ab-

⁶⁴) D. Hoegsch, Peter von Meyendorff I, Einleitung und passim M.'s Briefe. Eine fein abgewogene Charakteristik M.'s bringt Willy Andreas, P. v. M., ein russischer Staatsmann der Restaurationszeit. Jahrbuch der Charakterologie II u. III (1926) S. 267 ff.

⁶⁵) Hoegsch II S. 457.



Bismarck im Jahre 1850 (?)
Nach einem alten Daguerreotyp im Bismarck-Museum
in Schönhausen

scheulich, und wenn er ja einmal wieder zu einem freundlicheren Urteil neigte, so war Rochow schnell bei der Hand, um die erwünschte Korrektur anzubringen⁶⁶). Ebenso mißbilligte Graf Nesselrode die Rücksichtslosigkeit des Ministerpräsidenten⁶⁷). Nur wurde zugleich das Feingefühl des alten Kanzlers verletzt durch die Würdelosigkeit, mit der die beiden streitenden Höfe von Wien und Berlin ihre wechselseitigen Beschwerden nach St. Petersburg trugen. „Die deutschen Staaten wollen nicht begreifen, daß ihr Haushaltsgezanke die nicht-deutschen Mächte nichts angeht, und daß es in ihrem Interesse liegt, ihre schmutzige Wäsche in der Familie zu waschen“⁶⁸). Gern also mischte er sich nicht ein. Nur wenn es zu arg wurde, wie jetzt in Frankfurt, glaubte er nach dem Rechten sehen zu müssen. Und aus der Ferne schien es, als läge die Hauptschuld bei den beiden Bundestagsgesandten. Meyendorff schilderte wiederholt, und nicht er allein, Thun und Bismarck als zwei rauhbeinige Gesellen ohne Lebensart. Schon daß sie Vollbart trugen und Zigarren rauchten, galt dem baltischen Edelmann offenbar als ungehörig für Diplomaten. „Thun und Bismarck sind alle beide härtige Männer, die sich im Duell sehr gut schlagen werden, die aber, einmal aneinander geraten, sich nicht leicht wieder vertragen werden“. Und ein ander Mal: „Alle beide sind Studenten, Zigarrenraucher und Bartträger ohne Haltung und Rücksicht“⁶⁹). Es kennzeichnet den Ruf, den die beiden Frankfurter Gesandten bei auswärtigen Kollegen genossen, daß auch der russische Gesandte in Hannover, Baron Budberg, im gleichen Tone wie Meyendorff von ihnen schreibt und an Bismarck tadelte,

⁶⁶) Berichte Rochows v. 29. Dez. 1851, 17. Jan. u. 17. Febr. 1852. Pr. a. P. I S. 3, 17, 342, 378.

⁶⁷) Bericht Rochows v. 23. Dez. 1851. Pr. a. P. I S. 305.

⁶⁸) Nesselrode an Meyendorff, 11. Febr. 1852. *Lettres et papiers de Nesselrode* X (1911) S. 154.

⁶⁹) Meyendorff an Nesselrode, 28. Dez. 1851, 3. Febr. 1852. *Soeßsch* II S. 437, 446.

daß er Thuns Anmaßung nach Studentenmanier bekämpfe, anstatt die deutschen Kleinstaaten an Preußen heranzuziehen; täte er das, so wäre Österreichs Stellung in Deutschland leicht erschüttert⁷⁰⁾.

Der russische Reichskanzler, der Patriarch unter den Ministern Europas, las diese Berichte mit Kopfschütteln. Er meinte: „Der liebe Gott hat Thun und Bismarck gewiß nicht geschaffen, um die deutsche Frage zu lösen“⁷¹⁾. Diese beiden, und als Dritter im Bunde Prokesch, Österreichs Gesandter in Berlin, waren in Nesselrodes Augen allesamt gleiche Streithähne. Unbegreiflich, daß ernste Männer sich über eine so alberne Sache wie die deutsche Flotte monatelang zanken konnten! Was für kümmerliche Diplomaten, denen heute die deutschen Dinge anvertraut sind! Zu entscheiden, wer in ihren Händeln Recht, und wer Unrecht hat, ist der erhabenen Stellung des Zaren nicht würdig⁷²⁾. Andererseits war aber völlige Zurückhaltung bedenklich; denn es schien ja, als könnte der Frankfurter Zwist zum ernststen Bruche werden, zum Austritt Preußens aus dem Bunde führen. Und so wurde der russische Gesandte am Stuttgarter Hof, Fürst Gortschakow, der zugleich beim Bundestag beglaubigt war, angewiesen, sich nach Frankfurt zu begeben und zum Frieden zu reden.

Es war eine Mission, so recht nach dem Herzen des eiteln Mannes, der sich dabei als „das schwache Echo der Stimme des Kaisers“ zu fühlen vorgab⁷³⁾. Zum ersten Male kreuzten sich die Wege der beiden künftigen Kanzler. Auf Bismarck hat der Russe keinen Eindruck gemacht. Zwei Jahre später schildert er ihn einmal, und schon damals in ähnlichen Farben wie nachmals in der Kanzlerzeit: „Gortschakow ist ein feier-

⁷⁰⁾ Budberg an Meyendorff, 3. März 1852. *Hoehsch* II S. 451.

⁷¹⁾ Nesselrode an Meyendorff, 26. Febr. 1852. *Lettres de Nesselrode* X S. 169.

⁷²⁾ Ebenda S. 153 f., 168.

⁷³⁾ Bismarck an Manteuffel, 11. Apr. 1852. *GB* I S. 161.

sicher, ungelentker Hans Narr, ein Fuchs in Holzschuhen, wenn er pffiffig sein will⁷⁴⁾). Auffallender Weise aber — aus Gründen, die sich nur vermuten lassen — hat Bismarck es vermieden oder verschmäht, etwas über die Vorlesung, die Gortschakow ihm gehalten hat, nach Berlin zu melden. Seine amtlichen Berichte wie seine vertraulichen Briefe schweigen gleichermaßen darüber, so daß wir auf Thuns Berichte angewiesen sind. Dem Österreicher erschien die Gelegenheit, gut Wetter in St. Petersburg zu machen, wichtig genug, um sie eifrig wahrzunehmen und darüber zu berichten. Durch Bismarck wissen wir nur, daß Gortschakows Anschauung, als er am oder kurz vor dem 7. Februar nach Frankfurt kam, „eine stark österreichisch-württembergische Färbung“ trug⁷⁵⁾; kein Wort aber, ob es Bismarck gelungen ist, den Fürsten besser zu unterrichten. Thun erst beantwortet die Frage, die sich uns aufdrängt, wie Gortschakow sich zu Bismarck gestellt, und mit welchem Erfolge denn dieser den preußischen Standpunkt vertreten habe.

Gortschakow richtete an Thun erst einige einleitende Worte über die europäische Notwendigkeit einer besseren Verständigung zwischen Preußen und Österreich, über die deutsche Flotte, die gar nicht verdiene, daß ihretwegen die beiden Mächte sich entzweiten, und fuhr dann fort: ihm scheine, daß man sich in Berlin nicht ganz mit Unrecht über rücksichtslose Behandlung beklage. Er habe Bismarck im allgemeinen von guten Gesinnungen beseelt gefunden und auf ihn durch das Argument gewirkt, „daß er als Chef der konservativen Partei in Preußen es nicht verantworten könnte, wenn er die Schuld trage, daß eine Spaltung zwischen Österreich und Preußen eintrete⁷⁶⁾). Mit mir (Thun) wolle er aber einen höheren

⁷⁴⁾ B. an Gerlach, 21. April 1854, S. 145.

⁷⁵⁾ Bericht B.'s v. 7. Febr. 1852. GW. I S. 139 (Nachschrift).

⁷⁶⁾ Das also war es, was B. verschwieg. Er selber war über den Standpunkt einer nach Parteizielen orientierten Außenpolitik hinausgewachsen, Manteuffel nicht ganz, Gerlach und der König

politischen Standpunkt nehmen“. Man wünsche in St. Petersburg dringend, daß Österreich versöhnlich gegen Preußen auf trete: „Preußen sey ein Kranker, gegen den man Nachsicht selbst wegen kleiner Launen haben und dessen Genesung man möglichst befördern müsse“. Thun suchte sich eingehend zu rechtfertigen und alle Schuld auf Bismarck zu schieben, mit dem er von Anfang an vergebens in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen gesucht habe. „Herr von Bismarck scheine aber darin, daß er den Präsidial-Gesandten auffuche, ein Vergeben der Würde seiner Regierung zu sehen, und daher komme es, daß ich ihn außer den Sitzungen fast gar nicht sähe. Seine Formen seyen oft höchst rücksichtslos, doch hätte ich nie Gewicht darauf gelegt . . . Gortschakow gestand mir zu, daß Herrn von Bismarck die Formen und Geschäftskennntnis gänzlich fehlen, daß er sich übrigens über mein letztes Verfahren gegen ihn sehr befriedigt geäußert habe.“ Thun schmeichelte sich, daß der russische Mittler mit anderer Ansicht als er gekommen, nach Stuttgart zurückkehren werde⁷⁷⁾.

Denn Gortschakow gab ihm die bestimmteste Versicherung, sich hier vollständig davon überzeugt zu haben, daß von Thuns Seite alles geschehe, um ein freundschaftliches Verhältnis mit Preußen zu erhalten und herzustellen, daß aber Herr von Bismarck nicht der Mann sei für den hiesigen Posten; in diesem Sinne werde er auch nach St. Petersburg berichten. Das letzte war nun freilich nicht im Sinne Thuns, der dem Fürsten entgegenhielt: „ich könne nicht läugnen, daß meiner überhaupt nicht. B. wollte offenbar vermeiden, einer von ihm abgelehnten Auffassung von den Aufgaben der preußischen Politik — Freundschaft mit Österreich um des konservativen Prinzips willen — durch das Gewicht der russischen Autorität eine neue Stütze zu geben. Darum schwieg er über Gortschakows Vorhaltungen. Sprach dieser doch im Namen des Zaren, des Orakels für Berlin!

⁷⁷⁾ So weit Thuns amtlicher Bericht v. 18. Febr. 1852 (Nr. 22 C, vertraulich). Das Folgende nach dem Privatbrief vom gleichen Datum, „Nachts 2 Uhr“ (1852 Varia).

Ansicht nach der gänzliche Mangel an Geschäftserfahrung und diplomatischer Routine allerdings manchen Nachtheil mit sich brächte, indessen dürften wir uns meiner innigsten Überzeugung nach keine Illusion darüber machen, daß der Wille und die Intentionen des Herrn von Bismarck noch immer besser seien als die seines Kabinetts, und daß wir bei einem Personal-Wechsel wenig gewinnen würden“. Also auch auf Thun hatte der Schreckschuß gewirkt, den Bismarck durch Verbreitung des Gerüchtes von Bernstorffs Nachfolge hatte abfeuern lassen!

Gortschakows Berichte über seine Frankfurter Sendung sind nicht so österreichisch ausgefallen, wie er dem Grafen Thun vorspiegelte. Dieser hatte zwar die Genugthuung, daß der Sendbote des Zaren ihm einen Bericht vor der Absendung zu lesen gab und sogar noch nach Thuns Andeutungen vervollständigte⁷⁸⁾ — das war aber gewiß nicht der Bericht, in dem Gortschakow schrieb: Thun und Bismarck trügen beide Schuld und beide wären noch sehr jung und unreif in den Geschäften⁷⁹⁾. Ganz der selbstgefälligen Art des Russen entspricht es weiterhin, daß er sich das Verdienst einer vollständigen Ausöhnung zwischen Preußen und Österreich zuschrieb. Bismarck will nichts davon wissen: die Verständigung sei bei Ankunft des Fürsten bereits erreicht gewesen. So schreibt er rückblickend zwei Monate später⁸⁰⁾ und unterliegt dabei einer Gedächtnistäuschung um einige Tage. Denn in demselben Bericht vom 7. Februar, der Gortschakows Ankunft meldet, ist von Verständigung so wenig die Rede, daß Bismarck seinem Chef mittheilt, er wolle, wenn die Abstim-

⁷⁸⁾ So erzählte Thun dem oldenburgischen Gesandten, der es Bismarck weitererzählte. B. an Manteuffel, 11. Apr. 1852. GW. I S. 161.

⁷⁹⁾ Nach Roshow, der Gortschakows Frankfurter Berichte zu lesen bekam. Bericht an Manteuffel v. 27. Febr. 1852. Pr. a. P. I S. 383.

⁸⁰⁾ Am 11. Apr. 1852. GW. I S. 161.

mung in der auf den 10. anberaumten Sitzung unbefriedigend ausfalle, demonstrativ abreisen; er habe diese Absicht gerüchtweise verbreiten lassen und damit Bestürzung unter seinen Kollegen erregt. Der Bayer, der ihn deshalb befragte, meinte sogar, dann würde auch die Mehrzahl der übrigen Gesandten abreisen!

Fürst Gortschakow ist also nicht nach der Verständigung gekommen, sondern unmittelbar vorher, im Momente der höchsten Spannung. Wenn Bismarck dem Russen das Verdienst der gelungenen Versöhnung bestimmt abstreitet, so trifft das für seine eigene Person vollkommen zu: er hat sich auch nicht um Haaresbreite aus seiner Bahn drängen lassen. Alle Wahrscheinlichkeit aber spricht dafür, daß auf Thuns empfindlichere Nerven die Vermahnung von russischer Seite einschüchternd gewirkt und damit den Ausgleich erleichtert hat. Schon am 9. Februar war der Wind fühlbar zu Preußens Gunsten umgeschlagen. „Thun und Fürst Gortschakow sagten heut beide, es könne kein größeres Glück für Deutschland passiren, als wenn ein so unbedeutender Zankapfel, wie die Flotte, spurlos verschwände, und Graf Thun meinte, er würde gern *pater peccavi* sagen, wenn dadurch aus der Noth zu kommen wäre“. Die Sitzung wurde verschoben, weil der Präsidialgesandte leidend war, und weil er, wie Bismarck vermutete, Zeit zur Bearbeitung einzelner Regierungen gewinnen wollte. Eine Verständigung und ein Nachgeben Österreichs in der Prinzipienfrage, wie die Kosten der Flotte zu verteilen seien, erschien Bismarck jetzt nicht mehr unmöglich⁸¹). Wie auf Österreichs Streitlust die Anwesenheit des Russen dämpfend wirkte, so die Drohung mit Bruch des Bundes auf die übrigen preußenfeindlichen Gesandten. Bismarck freute sich des gelungenen Bluffs; denn ein wirklicher Bruch war doch auch in seinen Augen „ein immerhin un-

⁸¹) Brief B.'s an Manteuffel v. 9. Febr. GW. I S. 139 f.

behagliches Ereigniß⁸²⁾. Am 16. Februar fand endlich die Sitzung statt, die über die preußischen Anträge vom 24. Januar zu entscheiden hatte. Die Abstimmung geschah gewissermaßen unter den Augen Rußlands: Österreich hatte jetzt den Beweis zu erbringen, daß es mit Unrecht der Rücksichtslosigkeit gegen Preußen beschuldigt worden war. Thun sah seine Aufgabe nur noch darin, den Rückzug Österreichs zu verschleiern, so gut es ging — in der Sache gewann Preußen einen vollen Sieg⁸³⁾. Der Prinzipienstreit um Anerkennung der früheren Leistungen Preußens war damit gewonnen, sein Prestige gegenüber Österreich gewahrt. Thun mußte sich mit der guten Zensur trösten, die Fürst Gortschakow ihm beim Abschied so bereitwillig, wenn auch hinterhältig genug, erteilte.

Nach diesem dramatischen Höhepunkte, der die Entscheidung brachte, bietet der weitere Verlauf des Flottenstreites am Bundestage kein Interesse mehr. Die Art, wie Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ von dieser Angelegenheit spricht, zeigt deutlich, was ihm als das eigentlich Wesentliche im Gedächtnis geblieben war: nicht die Frage, was aus der Flotte werden würde — ihr Schicksal war ihm Nebensache —, sondern ausschließlich die Abwehr der österreichischen Versuche, „Preußen autoritativ und finanziell zu verkürzen und für die Zukunft lahm zu legen“⁸⁴⁾. Diese Gefahr abzuwenden, war Bismarck völlig gelungen. Wie peinlich er auch in Nebenfragen darauf bedacht war, die Würde seines Staates zu wahren, das zeigt der durch ihn veranlaßte Abbruch der geschäftlichen Beziehungen, die bis dahin zwischen der preußischen Bundestagsgesandtschaft und dem Bankhaus Rothschild bestanden hatten. Denn das Bankhaus hatte Österreich mehr gehorcht als Preußen: es hatte ungeachtet des preußischen Protestes gegen Ausführung des Bundesbeschlusses

⁸²⁾ Bericht B.'s v. 14. Febr. M. Bär, Die deutsche Flotte S. 310.

⁸³⁾ Das Nähere im Prot. BB. 1852 Febr. 16, § 30.

⁸⁴⁾ G. u. E. I S. 83.

vom 7. Januar dem Bunde das Darlehn von 60 000 Gulden gewährt. Eine Fortsetzung des Verkehrs zwischen dem Bankhause und der preußischen Gesandtschaft wäre nach Bismarcks Meinung leicht so ausgelegt worden, als habe die preußische Regierung sich davon überzeugt, daß das Haus Rothschild nicht anders hätte handeln können. Also: Abbruch der Beziehungen⁸⁵⁾.

Auch das war echt Bismarckisch, daß er nicht einen Augenblick auf seinen Lorbeeren ausruhte, sondern das gesteigerte Ansehen, das sich für ihn und seinen Staat aus dem Siege in dem Flottenstreite ergab, auf der Stelle benutzte, um nun auch den anderen leidigen Zwist, der Preußen seit Dezember 1851 von Österreich und der Mehrheit der Bundesversammlung trennte, wieder aufzunehmen und ihm, getragen von der Gunst der Stunde, die für Preußen erwünschte Wendung zu geben. Damals hatte Graf Thun die Wahl Bismarcks in den Ausschuß für Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen hintertrieben, und die österreichisch gefärbten Veröffentlichungen selber hatten zu jener scharfen Preßfehde geführt, die Thun bis aufs Blut reizte⁸⁶⁾. Jetzt, fünf Tage nach der Flottenabstimmung, genügte ein einziger Antrag Bismarcks betreffend die Form der Veröffentlichungen, und der Antragsteller wurde ohne Schwierigkeit in den Ausschuß hineingewählt⁸⁷⁾. Noch am selben Tage fuhr er nach Berlin, um seinen Sitz in der zweiten Kammer einzunehmen.

Wir dürfen es Thun gewiß glauben, daß Bismarck, „als er vorige Woche von hier nach Berlin abreiste, in einer viel befriedigenderen Stimmung war. Da er an sich ein Ehrenmann und ein offener, ehrlicher Charakter ist, so konnte die Haltung der Bundesversammlung in der letzteren Zeit — ich möchte beinahe sagen, seit dem schmählischen Act Preußens, die Einlegung des Protestes bei Rothschild — der unge-

⁸⁵⁾ Bericht B.'s v. 11. März. GW. I S. 146.

⁸⁶⁾ Oben S. 60, 68 f.

⁸⁷⁾ Prot. BB. 21. Febr. 1852, S. 249.

messenen Aufgereiztheit seiner Regierung gegenüber, nicht verfehlen auf ihn einen Eindruck zu machen und ihn von manchen Vorurtheilen, als wie: man wolle Preußen die ihm gebührende Stellung nicht einräumen, Österreich liege nur an der Demüthigung Preußens, und sämtliche andere Bundesregierungen ließen sich von Österreich gängeln etc. etc., zurück[zu]bringen“. Thun war gern bereit, zu glauben, daß Bismarck sich der gehässigen Akte seiner eigenen Regierung im Grunde des Herzens gewiß schäme. Jedenfalls aber war ihm „klar, daß in dieser Frage wenigstens und in der allgemeinen Beurtheilung der hiesigen Bestrebungen Herr von Bismarck viel korrekter ist als seine Regierung“. Ihn erfreute und beruhigte das Versprechen des Abreisenden, in Berlin dahin zu wirken, daß die noch vorhandene Gereiztheit beseitigt werde⁸⁸⁾.

Sollte Graf Thun wirklich nicht empfunden haben, daß Bismarcks gute Stimmung nichts war als Siegerfreude? Oder scheute er sich nur, Schwarzenberg gegenüber diesen Gedanken auszusprechen, da er sich dann selber als besiegt bekannt haben würde? Daß Bismarck von seinen angeblichen Vorurteilen nicht geheilt war, sollte die Präsidialmacht bald genug erfahren. Nur hatte er gerade damals, nachdem er alles erreicht, was er wollte, keinen Anlaß, den Gegensatz zu betonen und Mißtrauen zu zeigen. Thun neigte dazu, politische Dinge persönlich zu nehmen, und mußte gelegentlich von Bismarck die Belehrung hinnehmen, daß Differenzen zwischen ihnen wie zwischen ihren Kabinetten nichts Persönliches und Willkürliches, sondern etwas durch die historischen und politischen Verhältnisse Gegebenes seien⁸⁹⁾. Thun konnte, wenn einmal alles nach Wunsch und friedlich ablief, seinen preußischen Kollegen vor Freude umarmen⁹⁰⁾; Bismarck war zu solchen Gefühlsausbrüchen nicht fähig, weil er auch in

⁸⁸⁾ Bericht Thuns v. 3. März 1852 (Nr. 25 E). WA.

⁸⁹⁾ Siehe etwa B.'s Bericht v. 28. Dez. 1851. GW. I S. 119.

⁹⁰⁾ B.'s Brief v. 9. Okt. 1851 an Manteuffel. GW. I S. 72.

Zeiten bester Harmonie nicht vergaß, daß die elementare Tatsache des deutschen Dualismus unverändert fortbestand.

In berechtigtem Selbstgefühl, nach aufregenden, aber erfolgekrönten Kämpfen war Bismarck nach Berlin gefahren, getreu seiner Doppelrolle als Diplomat und als Abgeordneter. Schon nach zehn Tagen ging es zurück nach Frankfurt, um eine wichtige Sitzung des Bundestages nicht zu versäumen. Wieder stand die Flotte auf der Tagesordnung: vor ihrer endgültigen Auflösung sollte die Bildung eines Nordseeflottenvereins aus den daran interessierten Staaten versucht werden, damit Preußen ehrenhalber alles getan habe, was zur Erhaltung einer deutschen Seemacht möglich war⁹¹). Nach weiteren zehn Tagen zurück nach Berlin: immer in rastloser Bewegung und aufreibender Arbeit. Denn ein Vergnügen war die damals fünfundzwanzigstündige Bahnfahrt zu jener Zeit noch weniger als heute. Und diesem Manne wagte der Führer der parlamentarischen Opposition, Georg von Vinde, vor versammelter Kammer zu sagen, alles, was er von seinen diplomatischen Leistungen wisse, beschränke sich auf die bekannte brennende Zigarre. Eine Ungezogenheit, die doppelt schwer wog, weil Vinde hiermit der Öffentlichkeit preisgab, was Bismarck ihm früher unter vier Augen und auf sein ausdrückliches Verlangen als etwas ganz Unwichtiges aber Spaßhaftes erzählt hatte: zu Rochows Zeiten hatte in den Sitzungen des Militärausschusses Österreich allein geraucht, dann durchbrach Preußen das Privileg, indem Bismarck eine Zigarre hervorzog und sich von der Präsidialmacht Feuer geben ließ — zum mißfälligen Erstaunen der geringeren Mächte. Begreiflich, daß Bismarck dem kranken Schwächer sofort damit heimzahlte, daß er ihm die gute Erziehung absprach⁹²).

Der Beleidigte forderte Bismarck, und Deutschlands kost-

⁹¹) Prot. BB. 1852 März 6., § 62.

⁹²) Stenograph. Berichte 2. Kammer, 22. März 1852, S. 910. Bismarcks Brief v. 4. Apr. an Frau v. Puttkamer: Briefe an Braut u. Gattin S. 327. Moritz Busch, Tagebuchblätter I S. 232.

barstes Leben hing von einem Pistolenschuß ab. In der Morgenfrühe des 25. März, am Tegeler See, als die Vögel munter im Sonnenschein sangen, wurde der Ehrenhandel ausgetragen. Bismarck hätte in letzter Stunde das Duell vermeiden können, wenn er erklärte, daß seine Äußerung ihm leid täte. Das konnte er nicht, wenn er bei der Wahrheit blieb. Er hatte das Abendmahl genommen und sprach ein Gebet vor dem Kugelwechsel. Zum Glück gingen beide Schüsse fehl. Aber Bismarcks Zorn verbrauchte nicht mit dem Pulverdampf. „Gott verzeihe mir die schwere Sünde, daß ich seine Gnade nicht sogleich erkannte, aber ich kann nicht leugnen, als ich durch den Dampf sah und mein Gegner aufrecht stehn blieb, hinderte mich eine Empfindung des Mißbehagens, in den allgemeinen Jubel einzustimmen“. Er würde das Gefecht gern fortgesetzt haben⁹³). Dieser Zorn galt sicherlich nicht nur der gesellschaftlichen Ungehörigkeit, der Indiskretion seines Gegners, sondern vor allem dem Lästerer seiner Diplomatenlehre, der über eine Tätigkeit aburteilte, von der er nichts ahnen konnte, galt dem grellen Mißverhältnis zwischen Binskes leichtfertigem Urteil und Bismarcks wirklichen Leistungen, die eben noch so schöne Früchte getragen hatten. Von diesen wußte die Mitwelt freilich nichts, und auch die Nachwelt erfuhr zunächst nur Bruchstücke. Erst heute zeigen uns Thuns Berichte den ganzen Zusammenhang und erklären damit den Zorn des schwer Gefränkten in all seinen Wurzeln.

⁹³) Außer B.'s eben genanntem Brief: L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I S. 747.

Vierter Abschnitt

Sendung nach Wien und Kampf um die Preßbestimmungen

Als Bismarck wenige Tage nach dem Duell seinen 37. Geburtstag im Familienkreise beging, war unter den Glückwünschen ein Brief des Hausministers, Grafen Anton Stolberg, dessen Sohn als Attaché zur preußischen Gesandtschaft in Frankfurt gehörte. Der Greis schrieb „dem jungen ritterlichen Kämpen“ in tiefer Bewegung: „Ich habe Ihre Erhaltung in dem kürzlichen Zweikampf als eines der glücklichsten Ereignisse meines Lebens begrüßt“¹⁾. Bald sollte Bismarck auch in dienstlicher Hinsicht einen Beweis der Hochschätzung erfahren, die er bei seiner Regierung genoß. Die Krisis im gekündigten Zollverein dauerte noch fort, und Österreich war entschlossen, alles zu versuchen, um in den erneuerten Zollverein mitaufgenommen zu werden, oder aber den Zollverein auseinanderzusprengen. Die wirtschaftlichen Interessen waren dabei Nebensache für Österreich, Hauptsache das politische Prestige: es wollte nicht zollpolitisch als Ausland für das übrige Deutschland gelten, sondern auch auf diesem Gebiete wahren, was es seinen legitimen politischen Einfluß in Deutschland nannte. In einem von Preußen allein geleiteten deutschen Zollverein erblickte es die Gefahr einer Wiederaufnahme der preußischen Unionspolitik von 1849/50, die Gefahr der Verdrängung Österreichs aus Deutschland. Preußen dagegen stellte die wirtschaftlichen Interessen voran und wollte um ihretwillen nur außerhalb des Zollvereins einen Handels-

¹⁾ Anhang G. u. E. II S. 50.

vertrag mit Österreich abschließen. Wien auf seine Bereitschaft hierfür zu sondieren und gleichzeitig auch auf dem Felde der Bundespolitik eine bessere Verständigung mit Österreich anzubahnen, das war die Aufgabe, mit der Bismarck im Juni 1852 als Vertreter des beurlaubten Gesandten Grafen von Arnim nach Wien — mit dem König zu reden: auf die hohe Schule der Diplomatie²⁾ — geschickt wurde.

Bismarck war sich von vornherein über die Undankbarkeit des ersten Auftrages klar und konnte seine Aufgabe daher nur darin sehen, das preußische Nein gegenüber einem, Österreich einschließenden Zollverein in eine Form zu kleiden, die in Wien möglichst wenig verletzete und einer gütlichen Einigung über Fragen der Bundespolitik nicht die Tür verschloß. Die Leitung der österreichischen Politik war durch Schwarzenbergs Tod (5. April) seit kurzem in neue Hand übergegangen, und es kam viel darauf an, daß der Nachfolger, Graf Karl Ferdinand von Buol-Schauenstein, richtig behandelt wurde. Ihm ging kein günstiger Ruf voraus. Er galt als hochfahrend. Eine stattliche Erscheinung, das Bild eines großen Herren, war er doch ohne Tiefe und ohne nachhaltige Kraft. Der französische Diplomat Rothan urteilt: „Seine Erfolge in der Welt und seine rasche Laufbahn hatten ihn aus dem Gleichgewicht gebracht; er war zum Stolze geneigt, um nicht zu sagen zur Gefekerei“³⁾. Das war gerade die Schwäche, für die Bismarck den schärfsten Blick hatte. Er ist nur zweimal mit Buol zusammengekommen, 1852 in Wien und 1856 in Frankfurt. Doch für sein Urteil über ihn genügte diese kurze Bekanntschaft: „Ich möchte nur eine Stunde in meinem Leben einmal das sein, wofür er sich alle Tage hält, dann müßte mein Ruhm vor Gott und Menschen feststehn“⁴⁾. Als Graf Buol nach kaum einjähriger Tätigkeit seinen Londoner Bot-

²⁾ G. u. E. I S. 83.

³⁾ H. Friedjung, Der Krimkrieg und die österreichische Politik (1911) S. 103.

⁴⁾ Brief B.'s an Manteuffel v. 16. Febr. 1856. GW. II S. 126.

schafterposten verließ, um Schwarzenbergs Nachfolge anzutreten, urteilte Prinzgemahl Albert über ihn: „Er hat im hiesigen Corps diplomatique oder der Gesellschaft sich auch nicht Einen Freund zu erwerben gewußt, vielmehr alles auf Nadeln gestellt“. Genau so unbeliebt wie in London aber war er bei den deutschen Regierungen, die er durch seine Haltung auf den Dresdener Konferenzen von 1851 alle gegen sich eingenommen hatte. Graf Thun klagte, er habe viele Lanzen zu brechen, um die Bundesgenossen mit Buols Ernennung zum Minister auszuföhnen⁵⁾.

Es war für Preußen zwar vorteilhaft, daß der neue Ministerpräsident als strenger Legitimist vom Frankreich des dritten Napoleon, dem Schwarzenberg hatte entgegenkommen wollen, wieder abrückte, also auf bessere Beziehungen zu Preußen angewiesen war⁶⁾. Der Umgang mit ihm aber wurde durch seine doktrinäre Enge erschwert, dazu für Preußen durch seine mangelnde Vertrautheit mit den deutschen Verhältnissen. Bismarck fand seine Unkenntnis „wirklich unglaublich“⁷⁾. Daher blieb nicht nur, wie vorausgesehen, in der handelspolitischen Sache jede Annäherung Österreichs an den preußischen Vorschlag aus, sondern auch in der Besprechung über schwebende Bundesangelegenheiten zeigte Buol zunächst, wegen seiner ungenügenden Orientierung, spröde Zurückhaltung, die auch von Mißtrauen nicht frei war. Nach seinen ersten Gesprächen mit Bismarck, aus dessen Sendung er nach eigenem Geständnis noch nicht klug wurde⁸⁾, schrieb Graf Buol an Thun, er wolle zu sehen, inwiefern der preußische Wunsch einer Verständi-

⁵⁾ Ernst II., Aus meinem Leben II S. 55. — Anlage 5. — Vgl. die gute Charakteristik bei Srbik, Metternich II S. 465.

⁶⁾ Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860 II 1 S. 212 f., 215.

⁷⁾ Wiener Brief B.'s an Manteuffel v. 19. Juni 1852. GW. I S. 189.

⁸⁾ Buol an Prokeš, 13. Juni. BrPrD. S. 261.

gung am Bunde auf praktischer Grundlage ruhe⁹⁾. Er hatte aus Thuns Berichten den Eindruck gewonnen, daß Preußen die Bundestagsgeschäfte bewußt zurücksetze: Bismarcks häufige Abwesenheit von Frankfurt lieferte ja den besten Beweis dafür! Buol ließ sich dieses Argument nicht entgehen und hat es Bismarck in den vier Wochen seines Wiener Aufenthaltes dreimal zu verstehen gegeben, daß er eigentlich nach Frankfurt gehöre und durch sein Fernsein die Bundesgeschäfte schädige¹⁰⁾.

Bismarck hat diese nicht gerade zartfühlenden Anspielungen als Diplomat mit vollendeter Höflichkeit beantwortet, als Familienvater und Ehemann innerlich freudig begrüßt. Der Diplomat erwiderte, daß gerade seine Anwesenheit in Wien die Verhandlungen in Frankfurt fruchtbar machen könne, wenn nur die kaiserliche Regierung die Hand bieten wolle, um die Differenzpunkte zwischen den beiden Kabinetten zu beseitigen, die hemmend auf die Frankfurter Verhandlungen einwirkten. Der Ehemann aber, der Briefe voll schwärmerischer Sehnsucht an die ihrer schweren Stunde entgegensehende Gattin schrieb, freute sich, einen Grund mehr zu beschleunigter Heimkehr zu haben, und gab Buols spitze Reden getreulich an Manteuffel weiter. Der sachliche Grund für baldige Abreise, daß er sich in der bisherigen Unentschiedenheit nicht mehr gut halten könne, ohne böses Blut zu machen, stimmte mit seinen persönlichen Wünschen so gut zusammen wie selten in seinem Diplomatendenleben. Als er Wien am 6. Juli verließ, durfte er sich dennoch sagen, daß er zum mindesten in einer Frage von Bedeutung dem Uhrwerk des Bundestages einen Anstoß gegeben habe, in der Behandlung der längst angeregten, aber

⁹⁾ Buol an Thun, 19. Juni. *W.*, Weisungen an den Bundespräsidialgesandten 1852. Vgl. Bismarcks Bericht v. 15. Juni. *GW.* I S. 183.

¹⁰⁾ Bismarcks Berichte v. 15. u. 19. Juni u. v. Anfang Juli. *GW.* I S. 183, 189, 200. Vgl. Anlage 6, S. 518.

bisher nicht zustande gekommenen Bundesmaßregeln gegen Mißbrauch der Pressfreiheit.

Die Aufgabe war wichtig, weil sie in das große Kapitel des zwischen Österreich und Preußen geführten Kampfes um die öffentliche Meinung Deutschlands hineingehörte. In der demselben Kapitel zugehörigen Frage der Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen hatte Preußen, erst an die Wand gedrückt, dann doch, wie wir sahen¹¹⁾, seinen Platz neben der österreichischen Partei im Bundestag behauptet. Der nun gefaßte Plan, die Presse zu zügeln, war ein echtes Kind der Reaktion. Noch zu Rochows Zeiten, in der Sitzung vom 8. Juli 1851, hatten Österreich und Preußen gemeinsam eine programmatische Erklärung abgegeben, die unter Hinweis auf die allerwärts noch immer fortwirkende Ungewißheit der politischen Zustände Deutschlands die Notwendigkeit von Bundesmaßregeln zur Sicherung der öffentlichen Ordnung begründete. Die revolutionäre Presse sei im Dienste der Männer des Umsturzes ein Mittel von so weitgreifender und verderblicher Wirkung geworden, daß die Ruhe der Staaten und der Gesellschaft gegen diesen Feind nicht mehr durch das gewöhnliche Strafrecht ausreichend geschützt werden könne. „Wollen die Regierungen den öffentlichen Geist nicht immer steigender Verderbniß preisgeben, so wird demjenigen Theile der Presse, welcher in Deutschland geradezu den Sturz der Monarchie, die socialistischen oder communistischen Lehren predigt, keine längere Duldung widerfahren dürfen“. Die Gesandten der beiden Großmächte beantragten daher Einsetzung eines Ausschusses, der dem Bundestag Mittel zur Durchführung dieser Grundsätze vorschlagen sollte. Dieser Ausschuß kam einige Wochen danach zu dem Ergebnis, daß mit möglichster Beschleunigung allgemeine Bundesbestimmungen zur Verhinderung des Mißbrauchs der Pressfreiheit unter sachmännischem Beirat zu erlassen seien¹²⁾.

¹¹⁾ Oben S. 60, 68 f., 80, 96.

¹²⁾ Prot. BB. 1851 Juli 8., Aug. 16., S. 131 f., 262—64.

Die damit nahe gerückte Gefahr von Eingriffen der Bundesgewalt in einzelstaatliche Rechte wurde sofort von einigen Mittel- und Kleinstaaten empfunden. An ernstem Widerstand gegen das Vorgehen des Bundes wagte jedoch niemand zu denken. Die Bundesversammlung machte sich das Ergebnis der Ausschußberatungen in derselben Sitzung vom 23. August 1851 zu eigen, in der sie den berühmten „Reaktions-Ausschuß“, wie die Gegner und selbst die Mitglieder ihn nannten, einsetzte: jenen Ausschuß, der die in den einzelnen Bundesstaaten seit 1848 eingeführten Verfassungsänderungen und Gesetze darauf zu prüfen hatte, ob sie mit den Grundgesetzen des Bundes im Einklang ständen. In derselben Sitzung wurden auch die Grundrechte des deutschen Volkes, die Schöpfung der Paulskirche, für rechtsungültig erklärt¹³⁾. Es war zugleich die letzte Sitzung, in der Theodor von Rochow Preußen am Bunde vertrat. Sein Nachfolger Bismarck, der zu einem der Referenten über Verhinderung des Mißbrauchs der Preßfreiheit ernannt wurde, war von vornherein entschlossen, den Erlaß eines Bundes-Preßgesetzes, und damit Eingriffe des Bundestages in die preußische Gesetzgebung, nach Kräften zu verhindern. Auch könnten nach seiner Meinung die vom Bunde angenommenen Grundsätze nur dann, wenn sie denen der preußischen Preßgesetzgebung entsprächen, unbedenklich als maßgebend für die Gestaltung der einzelstaatlichen Gesetzgebung anerkannt werden¹⁴⁾.

Die Beratungen des „Politischen Ausschusses“ und der Sachmänner zogen sich sehr lange hin und waren erfüllt von Mißtrauen zwischen Österreich und Preußen. Erst am 8. Dezember hielt die Sachmännerkommission ihre erste Sitzung ab. Preußen war in ihr nicht durch den von Bismarck vorgeschlagenen Beamten¹⁵⁾ vertreten, sondern durch Assessor Zitelmann, über den Bismarck anfangs ungünstig,

¹³⁾ Sitzung v. 23. Aug. Prot. S. 270 ff.

¹⁴⁾ Bericht B.'s v. 6. Sept. 1851. GB. I S. 38.

¹⁵⁾ Geh. Reg.-Rat Scherer. Ebenda.

später um so günstiger urtheilte¹⁶⁾). Als Österreichs Fachmann war Sektionsrat von Lakembacher delegiert, „vom Grafen Thun mit einer Auszeichnung behandelt, die mit dessen sonstigem Selbstgefühl und namentlich mit seiner prononzierten Abneigung gegen Juden auffällig kontrastirte“¹⁷⁾). Lakembachers erster Bericht, an Fürst Schwarzenberg selbst erstattet, gibt uns sofort ein lebendiges Stimmungsbild. Zitelmann, der Preuße, wird als ein höchst unbedeutender Mensch mit vorlauten und unangenehmen Manieren geschildert. Doch ist Lakembacher sich voll bewußt, „wie perfid die Preußen sind“, und weiß, daß es daher vorsichtig auftreten gilt. Sein Feldzugsplan geht davon aus, daß in Preußen die Regierung das Recht habe, fremde Druckschriften zu verbieten, das Recht der arbiträren Gewerbsentziehung und der Entziehung des Postdebts. „Die preußische Regierung könnte mit dieser Macht ihre Presse ganz anders zügeln, wenn sie wollte. Es convenirt ihr eben, den Blättern Luft zu lassen, um für sie zu prahlen und auf uns zu schimpfen. Dieselbe Macht aber, in die Hände kleiner Staaten gelegt, die mehr Rücksicht für uns haben müssen, und auf die man einen Druck ausüben kann, würde eine ganz andere Wirkung zur Folge haben und einen solchen gemäßigten Ton in den öffentlichen Blättern herbeiführen, daß auch die Preußen schon anstandshalber so offene Anfeindungen nicht länger dulden könnten. Es wäre daher schon viel gewonnen, wenn es nur gelingt, die preußischen Gesetze auf ganz Deutschland in Anwendung zu bringen. Zu mehr wird die Mitwirkung Preußens kaum zu erlangen seyn, und je mehr wir es voranstellen, daß es sich um nichts handle, als die nämlichen Rechtsgrundsätze, welche bereits in einem so intelligenten und politisch entwickelten Staate wie Preußen in gesetzlicher Gestalt sind, zur all-

¹⁶⁾ GW. I S. 94, 135, 256.

¹⁷⁾ Bericht B.'s v. 2. Febr. 1854. GW. I S. 422. Über Thuns Judenhäß: Leopoldine Thun, Erinnerungen a. m. Leben S. 59.

gemeinen Anerkennung im Bundesgebiete zu bringen, je weniger Odium fällt in dieser Sache auf Oesterreich¹⁸⁾.

Es war unleugbar geschickt ausgedacht: dem preußischen Staate sollte die von ihm selbst gedrehte Schlinge der Gesetzgebung um den Hals gelegt werden. Was Preußen seiner Presse antun durfte — auf Grund des erst kürzlich, am 12. Mai 1851, erlassenen Gesetzes¹⁹⁾ — das sollten die übrigen Staaten ihrer Presse künftighin antun müssen. Oesterreich würde sie dazu zwingen, zugleich aber die Verantwortung für diese Knebelung der Presse auf Preußen abwälzen, dessen Gesetzgebung ja zur Richtschnur für die der übrigen Staaten genommen worden war. Lakenbacher ging also bereitwillig auf Bismarcks Standpunkt ein, dem zufolge Preußen allgemeine Richtlinien nur anerkennen könnte, wenn sie mit der preußischen Gesetzgebung übereinstimmten. Diese an Schärfe zu überbieten, hielt er weder für nötig, noch für wünschenswert. Damit hatte er eine Stellung, die gerade durch Preußen schwer zu erschüttern war. Und hätte er sich damit begnügt, so würde Bismarck nichts gegen seinen Entwurf haben einwenden können. Allein er beschränkte sich eben doch nicht auf allgemeine Richtlinien, sondern brachte Bestimmungen hinein, die seinem Entwurf den Charakter eines Gesetzes gaben. An der Zuständigkeit des Bundes, ein Pressegesetz zu erlassen, schien ihm kein Zweifel möglich. Artikel XVIII d der Bundesakte besagt: „Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Pressfreiheit . . beschäftigen“. Die Karlsbader Beschlüsse von 1819 und ihre Annahme durch den Bundestag bewiesen, daß diese Zusage der Verfassung nicht toter Buchstabe geblieben war: Bundesbeschlüsse über die Grenzen der Pressfreiheit hatten als wirkames Recht bereits eine fast dreißigjährige Tradition hinter

¹⁸⁾ v. Lakenbacher an Schwarzenberg, Frankfurt 14. Dez. 1851. Wl., Beilagen zu den Weisungen an den Präsidialgesandten 1852.

¹⁹⁾ Gesetz-Sammlung f. die Königl. Preuß. Staaten 1851 S. 273 ff.

sich, als die Revolution von 1848 die deutsche Presse von ihren Fesseln befreite. Es war nicht nur das Recht, sondern, wie man jetzt im österreichischen Lager — anscheinend durch Lakenbachers Feder — scharfsinnig bewies: es war die Pflicht des Deutschen Bundes, jener Zusage seiner Verfassung aufs neue zu genügen, d. h. die Deutschen gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit wieder zu schützen, wie zu Metternichs Zeit. Gehörte die Erfüllung jener Zusage doch zu den „Rechten“, die Artikel XVIII der Bundesakte den Untertanen der deutschen Bundesstaaten verheißen hatte²⁰⁾!

Diese Beweisführung atmet den gleichen cynischen Geist wie der taktische Plan, den Lakenbacher in seinem angeführten Bericht dem Fürsten Schwarzenberg für die Mattsetzung Preußens vorschlägt. Möglich aber wurden beide Gedankengänge doch nur dadurch, daß Preußen sein vollgerüstet Maß von Mitschuld an den Sünden der Reaktion von 1819 wie der von 1850 trug. Lakenbacher und sein Anhang fühlten sich so siegesgewiß, daß sie ihren Entwurf eines Bundes-Preßgesetzes nebst Motiven drucken und an die Bundestagsgesandtschaften verteilen ließen, ehe auch nur die Sachmännerkommission, geschweige der für diese Arbeit bestimmte Politische Ausschuß des Bundestages, mit ihren Beratungen zu Ende gekommen waren. Graf Thun, den Bismarck deswegen durch einen Legationsrat zur Rede stellen ließ, sprach sein Bedauern aus und suchte den Vorgang als ein Versehen zu entschuldigen — eine Erklärung, die Bismarck mit begreiflichem Mißtrauen aufnahm²¹⁾. Sein eigener, durch politische Erwägungen bestimmter Standpunkt, dessen juristische und historische Begründung der preußische Preßfachmann, Assessor Zitelmann, übernahm und mit gediegener Sachkenntnis durchführte, war entschiedene Verneinung der Bundeskompe-

²⁰⁾ Denkschrift über die Kompetenz des Deutschen Bundestags zur Erlassung eines Bundes-Preßgesetzes. In den Beilagen zu § 220 des Prot. BB. 1852 Aug. 5., S. 33.

²¹⁾ Bericht B.'s v. 12. Mai 1852. GW. I S. 174.

tenz für Erlass eines Bundes-Preßgesetzes: der Bund habe nur das Recht, möglichst gleichförmige normative Bestimmungen gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit aufzustellen, und auch das nur im Wege gemeinschaftlicher Übereinkunft, d. h. durch Stimmeneinhelligkeit aller Bundesmitglieder²²⁾. Also wieder, wie auch sonst schon, der Streit um die Grenzen der Bundeskompetenz: Preußen für enge Grenzen und schwache Bundesgewalt, Österreich für das Gegenteil.

So war von Einigung noch keine Rede, als Bismarck im Juni 1852 nach Wien kam. Elf Monate waren verstrichen, seitdem der Bundestag die Preßangelegenheit aufgegriffen hatte. Bismarck nannte dem Grafen Buol die Verständigung über sie an erster Stelle unter den Fragen, die er in Wien ins Reine bringen wollte, fand den Minister aber zunächst nur wenig orientiert²³⁾. Er hat dann wiederholt mit ihm darüber gesprochen und ihm den preußischen Gegenentwurf für den Erlass von Bundesverfügungen über Mißbrauch der Preßfreiheit annehmbar zu machen gesucht. Buol selber erkennt den versöhnlichen Geist an, in dem Bismarck diese Unterredungen führte, bemüht, das Zustandekommen eines Beschlusses zu erleichtern. Und der preußische Gesandte durfte zufrieden sein, als Buol ihm zugab, „daß es sich nicht um Erlassung eines die Angelegenheiten der deutschen Presse vollständig regelnden Bundesgesetzes handeln könne, dessen Verkündung geradezu die Stelle der Preßgesetzgebung in den einzelnen Ländern zu vertreten bestimmt wäre, sondern daß nur die leitenden Grundsätze festzustellen seien, welche in allen Bundesstaaten, sei es nun unmittelbar kraft der Wirkung des Bundesbeschlusses, sei es durch die näheren Bestimmungen ihrer besonderen Preßpolizei- und Strafgesetze zur Geltung zu kommen hätten“. Doch wollte Buol sich auf

²²⁾ Zitelmanns Gutachten v. 22. Juni, in den Beilagen des Prot. BB. a. a. O., S. 45 ff.

²³⁾ B. an Manteuffel, 15. u. 19. Juni. GW. I S. 183, 189.

keine Beratung über die einzelnen Bestimmungen einlassen und verwies Bismarck dafür wie für die endgültige Fassung des Beschlusses auf Frankfurt. Graf Thun sei hinreichend ermächtigt, „um Namens der kaiserlichen Regierung dazu mitzuwirken, daß vermittelt zweckmäßiger Sichtung des Materials der vorhandenen beiden Entwürfe ein einstimmiger Antrag des Bundestagsausschusses zustande gebracht werde“²⁴⁾. Also auch die Einstimmigkeit war — wenigstens für den Ausschuß — grundsätzlich zugestanden. Mehr zu erreichen, konnte Bismarck zunächst nicht hoffen.

Allein trotz der versöhnlichen Worte Buols, die Graf Thun in Frankfurt bekräftigte, liefen die Dinge doch nicht so glatt, wie man hätte erwarten können. Bismarck gewann zwar den Eindruck einer aufrichtigeren Absicht als bisher, nur die Sache selbst zu fördern, und die Gesinnung Thuns wie die seines Chefs war sicherlich nicht die eines Lafenbacher. Auf ein eigentliches Bundes-Preßgesetz wurde nun verzichtet; der Entwurf der Fachmänner Österreichs und der Mehrheit enthielt keine Vollzugsanordnungen und nichts über die Höhe der Strafen, so daß hier ein weiter Spielraum für die Landesgesetzgebung blieb. Doch über das, was unter allgemeinen, gleichförmigen Grundsätzen zu verstehen sei, gingen die Meinungen noch immer weit auseinander. Das zeigte sich schon in dem verschiedenen Umfang der beiden Entwürfe. Der preußische enthielt in elf Punkten allgemeine Richtlinien für den Ausbau der einzelstaatlichen Preßgesetzgebung und wurde durch den österreichischen Entwurf mit seinen 32 zum Teil recht langen Paragraphen an Umfang etwa um das Fünffache übertroffen. „Man überzeugte sich bald,“ schreibt Zitelmann in seinem Gutachten, „daß jeder von beiden Entwürfen ein vollständiges Ganze bilde und von wesentlich verschiedenen Prinzipien ausgehe“. So blieb nur übrig, be i d e Entwürfe dem Politischen Ausschuß zu überreichen. Auf Ein-

²⁴⁾ Weisung Buols an Thun, 9. Juli. WA.

stimmigkeit in diesem war nun natürlich auch nicht zu rechnen²⁵⁾).

Der Ausschuß war einverstanden mit dem Verzicht auf ein eigentliches Bundes-Pressgesetz, legte aber doch den umfangreicheren österreichischen Entwurf zugrunde. Bismarck war bereit, sich damit abzufinden, wenn der Entwurf allerlei Änderungen erfuhr. Seine Einwände betrafen zum Teil untergeordnete Dinge, in denen die Einigung nicht schwierig war. Anders mit seinem Haupteinwand gegen die §§ 23 bis 26; denn hier lag die Schlinge, mit der eine antiösterreichische Presse und Publizistik im ganzen Bundesgebiet, mittelbar auch in Preußen, erdröselt werden sollte. Diese Paragraphen gaben jeder Bundesregierung, in deren Gebiet eine strafbare Druckschrift erschien, Anspruch auf Mitwirkung anderer Bundesregierungen zur Unterdrückung der Schrift. Wer in einem Bundesstaate wegen Pressvergehens verurteilt war, wurde bei abermaliger Aburteilung in einem anderen Bundesstaate mit den Strafen bedroht, die nach dem Landesgesetz dieses Staates auf dem Rückfall stehen. Und weiter (§ 25): „Wurde durch gerichtliches Urtheil die Unterdrückung oder Vernichtung einer Druckschrift in dem Staate, wo sie gedruckt oder verlegt worden, erkannt, so ist die weitere Verbreitung oder der Wiederabdruck im gesamten Bundesgebiete verboten“. Ebenso sollte niemand, dem die Gewerbebefugnis des Druckers, Buchhändlers, Inhabers einer Leihbibliothek usw. in einem Bundesstaate entzogen, und niemand, dem die Führung einer verantwortlichen Redaktion in einem Staate aberkannt worden war, in einem anderen Staate zu der gleichen Tätigkeit zugelassen werden. Zu den Vergehen aber, die eine solche Entziehung verwirkten, gehörten u. a. auch (§ 17) „Angriffe auf den Bestand des Deutschen Bundes und auf das Ansehen und die Würde der obersten Bundesbehörde . . ., Schmähungen, Entstellungen und Ver-

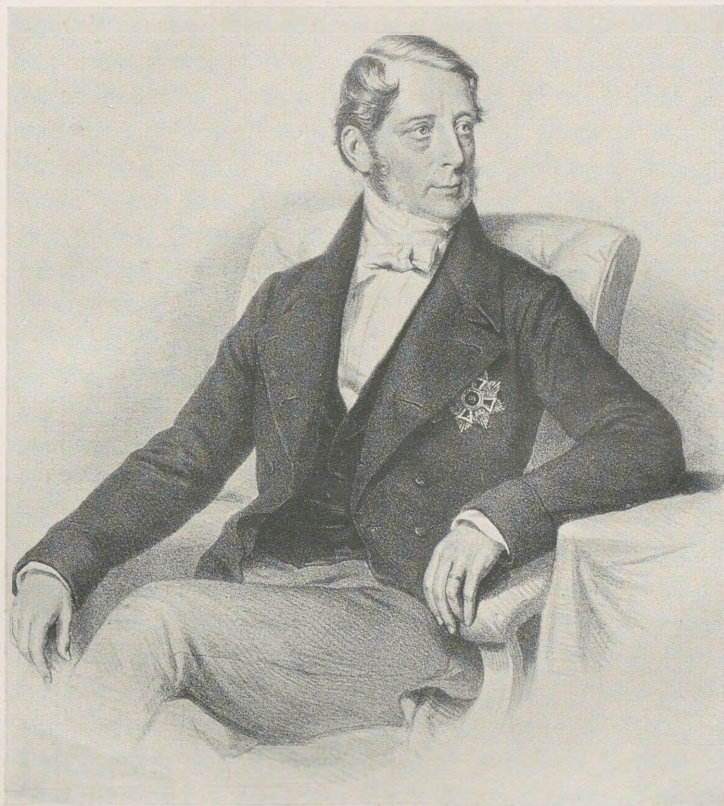
²⁵⁾ Dies und das Folgende nach den Akten im Prot. BB. 1852 Aug. 5. und in den Beilagen zum Prot.

spottungen der Staatseinrichtungen, Gesetze, Regierungsform und Verwaltungsmaßregeln“. Österreich konnte sein öffentliches Leben damit gegen jede hämische Kritik, gegen jede Karikatur und Satire eines Witzblattes im gesamten Bundesgebiet, auch in Preußen, schützen. Der Deutsche Bund aber war sakrosankt gegen jede Kritik, die seine Daseinsberechtigung anzweifelte.

Der Kladderadatsch bringt einmal, während der Bundestag über die Preßbestimmungen verhandelt, ein lustiges Bild, auf dem die gesamte Schriftleitung samt dem Verleger des Witzblattes, beladen mit Sinnbildern eingeengter Preßfreiheit, vor Herrn von Bismarck erscheint, um eine Bittschrift zu überreichen: „Geben Sie Gedankenfreiheit!“ Bismarck, in Frack und weißer Weste, steht sinnend am Tisch, die Hand auf einem Blatte mit der Aufschrift „Bundes-Preßgesetz“. Er sieht nicht gerade aus nach einem gnädigen Bescheide, und das entsprach nur der Wirklichkeit. Wegen persönlicher Erfahrungen mit der Presse war er grundsätzlich gar nicht abgeneigt, seinen Kollegen am Bundestag zu strengeren Maßregeln die Hand zu bieten²⁶⁾. Von liberalen Anpassungen zum Besten einer möglichst ungenierten Preßfreiheit war er vollständig frei. Aber er hielt es für unannehmbar, daß die Presse und der buchhändlerische Verkehr in Preußen von den Beschlüssen anderer deutscher Regierungen abhängig werde²⁷⁾. Aus diesem Grunde war er entschlossen, all die genannten Bestimmungen zu Falle zu bringen. Er führte seinen Kampf mit der Waffe jener genialen Offenheit, die später noch oft das Erstaunen seiner Gegner wecken sollte. Auf den Grafen Thun wirkte diese Kampfesweise halb belustigend, halb empörend. Es erheiterte ihn, „bei der oft bewunderungswürdigen naiven Offenherzigkeit des Herrn von Bismarck einige tiefere Blicke in die Absichten Preußens“ tun zu können. Aber es empörte ihn, und diesmal anscheinend

²⁶⁾ Brief B.'s v. 19. Juli an Manteuffel. GW. I S. 206.

²⁷⁾ Immediatbericht v. 6. Aug. 1852. Pr. i. BT. I S. 125.



Graf Buol-Schauenstein
Nach einer Lithographie von Kriehuber. 1854

noch mehr als in früheren Fällen, daß Preußen wieder einmal dem Bunde jede gesetzgeberische Befugnis abzusprechen und Mehrheitsbeschlüsse nach Möglichkeit einzuschränken suchte. Bei einigen von Bismarcks Offenheiten in den Ausschußverhandlungen fand Thun, daß sie „wirklich ans Komische streifen“, und nahm sie daher in seinen Bericht auf, um auch Buol eine Freude zu machen. Als Bismarck den auf die Presse zu legenden Druck in einigen Punkten zu mildern suchte²⁸⁾, war seine freimütige Begründung: „Ja, es ist eben in unserem Interesse, uns der Presse gegenüber, besonders der übrigen Staaten, den Schein der Freisinnigkeit zu wahren“.

Doch diese Bemerkung war harmlos gegen das, was folgte. Schade, daß Thuns Bericht nicht die Gesichter malen konnte, die er selbst und seine Kollegen bei Beratung des § 17 machten, des Paragraphen, der die strafbaren Preßvergehen aufzählte. Da folgen in wohlgeordneter Abstufung aufeinander Gotteslästerung, Majestätsbeleidigung, Angriffe auf das monarchische Prinzip und, wie schon erwähnt, auf den Bestand des Deutschen Bundes und auf das Ansehen und die Würde der obersten Bundesbehörde. Ganz am Schluß des langen Sündenregisters stehen Angriffe auf die Ehre und das Familienleben von Privatpersonen. Und aus dieser wohl-durchdachten Reihe wollte Bismarck, das Mitglied des Bundestages, zur Entrüstung seiner Kollegen, gerade die Angriffe auf den Deutschen Bund herausbrechen! Sie also sollten erlaubt sein: weil die Bundesversammlung für Preußen keine Behörde sei und ein Angriff auf den Bestand und die Würde des Bundes in Preußen weder verpönt noch zu verbieten beabsichtigt sei. Natürlich nicht! Sonst hätte ja auch das schöne Lied von Heine verboten werden müssen:

Oh Bund, du Hund,
Du bist nicht gesund . . .

²⁸⁾ Das Einzelne im Prot. BB. 1852 Aug. 5., S. 921 f. (§§ 5, 7, 8, 9). Dazu Thuns Berichte v. 12. Aug.: Anlage 7.

das Bismarck doch zum Nationalliede der Deutschen erheben wollte²⁹⁾!

Und so ging es lustig weiter. Als jene schlimmen Paragraphen 23 bis 26 an die Reihe kamen, da erklärte Bismarck in seinem erfrischenden Freimut: „Wir sehen gar nicht ein, warum wir zu Maßregeln zustimmen sollten, die uns möglicherweise genieren können. Nehmen wir z. B. den gegenwärtigen Fall der Handels- und Zollfrage. Es kann z. B. in Leipzig oder München über diese Angelegenheit eine Broschüre erscheinen, die den Ansichten der sächsischen oder bayrischen Regierung zuwider ist. Sie wird von der betreffenden Regierung verboten, für uns ist sie aber sehr willkommen, warum sollen wir sie also auch verbieten müssen?“ Allein Graf Thun und seine Kollegen hatten keinen Sinn für so gesunde Denkweise und so unerhörte Offenherzigkeit. Äußerungen wie diese alle erklären das immer wiederkehrende Urteil, Herr von Bismarck habe keine geschäftliche Erfahrung und Routine, sei allen diplomatischen Formen vollkommen fremd. Diese Männer hielten für Armut, was in Wirklichkeit größter Reichtum war: das preukische Kraftgefühl in Bismarck verschmähte die Krücken der konventionellen, unwahrscheinlichen Diplomatenphrase, auf denen die anderen einhergingen. Er konnte auch sein wie die anderen, wenn die es so wollten. Als er mit der Offenheit keinen Erfolg hatte, griff er sofort zur Finte, erklärte, daß er persönlich die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit dieser Paragraphen einsähe, und versprach, in Berlin nach Möglichkeit auf ihre Annahme hinzuwirken. Er hat nie daran gedacht, sich dafür zu verwenden, sondern hat vielmehr ein Ausharren im Widerspruch für geboten erklärt³⁰⁾. So hat Bismarck also, wenn Thuns Bericht zutrifft, damals seinen Kollegen gegenüber die gleiche Taktik befolgt, mit der er sich später manchmal fremden Staatsmännern gegenüber hinter seinen Monarchen zurückzog: er

²⁹⁾ Brief an seine Schwester v. 22. Dez. 1853.

³⁰⁾ Immediatbericht v. 6. Aug. a. a. O.

sei wohl bereit, nachzugeben, doch man müsse ihm Zeit lassen, seinen Allergnädigsten Herrn zu gewinnen³¹⁾. Und Thun ließ sich gern überzeugen, daß Bismarck persönlich seit seinem Aufenthalt in Wien viel kulanter sei als früher. Er meinte ihm das Zeugnis schuldig zu sein, daß er den besten Willen habe, die von seiner eigenen Regierung dem Werke in den Weg gelegten Schwierigkeiten zu beseitigen, daß die Schuld nur an den schlechten Instruktionen liege, an die Bismarck gebunden sei, und die größtenteils seiner eigenen Ansicht entgegenliefen. „Immer kommt es aber auch noch bei ihm als Argument vor, um in Berlin etwas zu erlangen, und bei jeder Frage, wo man anderer Ansicht ist, sagt er dann gleich: ja, darin wird man in Berlin wieder eine kleinliche Schifane und den vorherrschenden üblen Willen gegen Preußen sehen“. Eine Einigung über die genannten Paragraphen war unter diesen Umständen ausgeschlossen.

Bismarck war gerade in den Tagen dieser Preßdebatte so glücklicher Stimmung wie nur je. Seine Frau hatte ihm eben den zweiten Sohn geschenkt, und die Sonne des Lebens lachte ihn an. Und er war darin ein Mensch wie andere, daß Familienfreuden und -sorgen auch auf seine Stimmung in den Geschäften einwirkten. „Ich lebe hier wie Gott in Frankfurt,“ schrieb er damals übermütig an Gerlach³²⁾, „und dieses Gemisch von Regensburger Topf, Eisenbahn, Landjunker (bei Bockenheim), diplomatischem Republikaner und kammermäßigen Bundestags-Gezänk behagt mir so, daß ich auf dieser Welt höchstens mit meinem allergnädigsten Herren den Platz tauschen würde, wenn mich die Königliche Familie mit unerträglicher Dringlichkeit darum bäte“. Ein Schimmer dieser übermütigen Laune, die der Glückliche spielerisch und

³¹⁾ Das bekannteste unter zahlreichen Beispielen bespricht B. selbst in seinem Brief an Wilhelm I. v. 20. Sept. 1873. Anh. G. u. E. I S. 243 f.

³²⁾ Am 2. Aug. 1852. Vgl. den Eingang des Briefes v. 28. Apr. 1854 S. 147.

doch staatsmännisch zugleich an seinen Kollegen vom grünen Tische ausließ, blüht doch selbst aus Thuns verdrießlichem Berichte über die Preßdebatte noch heraus.

Als der Bundestag in der Vollsitzung vom 5. August 1852 zu den Verhandlungen und den Meinungsverschiedenheiten des Ausschusses Stellung zu nehmen hatte, wußte er keinen anderen Beschluß zu fassen, als den, die Instruktionen der Regierungen binnen zwei Monaten zu erwirken. Als die Instruktionen dann einliefen, ergab sich, wie zu erwarten war, daß die Ansichten weit auseinander gingen. Es war ein Sieg des preußischen Standpunktes, daß man nun auf Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß verzichtete und die ganze Sache an den Ausschuß zurückverwies, um durch vertrauliche Weiterbehandlung der Sache zu allseitiger Einigung zu gelangen³³⁾. Wenn Preußen nun fest blieb, so war der Bundestag vor die Wahl gestellt, entweder auf Maßregeln gegen Mißbrauch der Preßfreiheit überhaupt zu verzichten, oder sich dem preußischen Standpunkt anzubequemen. Er ging den zweiten Weg und fand Bismarck nachgiebig in einigen geringfügigen Streitpunkten, fest in allen anderen. Nicht eine einzige von den Bestimmungen, die Bismarck für gefährlich vom preußischen Standpunkte aus ansah, ist in die endgültige Fassung der „Bestimmungen zur Verhinderung des Mißbrauchs der Presse“ hineingekommen. Die anstößigen §§ 23 bis 26 mußten sämtlich fallen; fallen auch das Verbot von Angriffen auf den Bestand und die Würde des Deutschen Bundes. Was dann noch übrig blieb, war eine so stumpfe Waffe gegen antiösterreichische Regungen der öffentlichen Meinung, daß Preußen ruhig sein durfte. In der Abstimmung vom 6. Juli 1854 wurde endlich das Einverständnis der beiden Großmächte besiegelt, fast auf den Tag genau drei Jahre seit dem Aufrollen der Frage.

³³⁾ Bericht Bayerns am 4. Aug. 1853. Prot. BB. S. 700 ff.

Graf Thun hat diese fernere Entwicklung und den Abschluß des Streites nicht mehr auf seinem Frankfurter Posten erlebt. Die Sitzung vom 5. August 1852 war die letzte unter seinem Präsidium, die sich mit dieser Frage befaßte. Aber die bis dahin gemachten Erfahrungen genügten ihm vollauf zu trüben Betrachtungen über die Zukunft. Daß Preußen sich gegen jede Majorisierung am Bunde wehrte, um die ihm nach seiner Meinung gebührende Stellung zu behaupten, das erschien dem Grafen Thun als eine Art Geisteskrankheit (vielleicht klang ihm noch Gortschakows Wort vom kranken Preußen in den Ohren). Die genauere Diagnose stellte er auf „zurückgetretenen Großmachtsschwindel“. Auf die Frage aber, wer der Arzt sein solle, um diese Geisteskrankheit zu heilen, wußte er keine Antwort. Thun hatte nicht die große Gabe Bismarcks, die berechtigten Interessen auch des Gegners zu erkennen und anzuerkennen. Er war ehrlich überzeugt, daß Preußen mit seinem Kampfe für ein *Liberum veto* nicht nur den Deutschen Bund zur Ohnmacht verurteile, sondern am Ende auch sich selber schädige, sich um das Vertrauen aller deutschen Staaten bringe. Und er sah in dieser Verblendung Preußens die Züchtigung der Vorsehung für so manchen unrechtmäßigen Erwerb³⁴⁾.

Begreiflich, daß Graf Thun keine Freude mehr an seiner Tätigkeit hatte. Wirkliche Erfolge hatte er nur im ersten Jahre seines Präsidiums gehabt, in den Zeiten des Rumpfbundestages³⁵⁾. Als dann, im Mai 1851, die Stunde kam, zu der Preußen und seine Verbündeten den Bundestag beschieden, da faßte es den Präsidialgesandten, der bis dahin Herr im Felde gewesen, wie Kanonensieber an. „Ich kann doch nicht läugnen,“ schrieb er damals an Fürst Schwarzenberg, „daß ich heute ein gewisses — kuriöses Gefühl habe, etwa wie ein General den Tag vor der Schlacht, wenn er

³⁴⁾ Bericht Thuns v. 12. Aug.: Anlage 7 (B). Vgl. Anlage 9.

³⁵⁾ Auch da nicht immer mühelos. Vgl. Friedjung, Österreich v. 1848 bis 1860, II 1, S. 81.

seinen Feind, Stärke, Aufstellung usw. gar nicht kennt und auch keinen Operationsplan entworfen hat. Alles hängt eben von der nächsten Zukunft ab, und da wird der heilige Geist ein gutes Stück Arbeit an mir haben. Zum Glück kommen wir gerade in die Pfingstzeit³⁶⁾!“ Der Anfang war erfreulich und beruhigend für Thun: mit Herrn von Rochow war gut auszukommen. Im Rückblick und unter dem Eindruck der Erfahrungen mit Bismarck erschien der einst verächtlich angesehene Rochow jetzt sogar im hellsten Lichte: „Der war doch noch ein Geschäftsmann, ein erfahrener Diplomat von der Schule Friedrich Wilhelms III., mit dem man sprechen und handeln konnte“³⁷⁾. Aber durfte Thun seit Rochows Weggange auf Erfolge zurückblicken? auf einen einzigen Sieg über Bismarck? Arbeit hatte der Bundestag genügend geleistet, um ein Vielfaches mehr als der Rumpfbundestag. Weit über 2000 Foliosseiten der Protokolle bezeugten den Fleiß der Versammlung. Aber war nicht meistens leeres Stroh gedroschen worden? Und Erfolge hatte das Präsidium doch immer nur dann gehabt, wenn Österreich und Preußen derselben oder ungefähr derselben Meinung waren. So in der kurhessischen und der holsteinischen Frage, die beide schon zu Olmütz grundsätzlich entschieden waren. Auch eine große Zahl politisch gleichgültiger Fragen war friedlich erledigt worden. Hier von Erfolgen Österreichs zu sprechen, war nicht wohl möglich. Das Wort Erfolg wäre nur dann am Platze gewesen, wenn es dem Grafen Thun gelungen wäre — wie er einst gehofft hatte — aus dem Bundestage „eine möglichst kräftige, selbständige, konzentrierte Exekutivbehörde“ zu schaffen (S. 66 f.), die in den Dresdener Konferenzen gescheiterte Politik nachträglich in Frankfurt zum Siege zu führen. Statt dessen mußte er wieder und wieder die Erfahrung machen, daß Preußen den Weg zu diesem Ziele wie ein Felsblock sperrte. Es duldet weder Erweiterungen der Bundeskompetenz noch

³⁶⁾ Brief Thuns an Schwarzenberg, 11. Mai 1851. WA.

³⁷⁾ Anlage 5.

Mehrheitsentscheidungen in Fragen, die das preußische Staatsinteresse betrafen. Es wollte im Deutschen Bunde gleichberechtigt neben Österreich stehen, in Europa als unabhängige Großmacht. Es war unnachgiebig zähe auch in kleineren Fragen, wenn sie sein Prestige betrafen; so bei dem Streit um Anrechnung seiner Beiträge zur Deutschen Flotte. Es gab Österreich keine Waffe im Kampf um die öffentliche Meinung in die Hand; so bei dem Streit um Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen wie bei dem um Maßregeln gegen den Mißbrauch der Pressfreiheit.

Und das Niederdrückendste bei dem allen mußte sein, daß Thun in dieser allein wichtigen Frage des Kampfes um die Vorherrschaft am Bunde durch einen Gegner matt gesetzt wurde, der nur die Minderheit, oft nur eine sehr kleine Minderheit des Bundestages hinter sich hatte. Was half da der Trost, daß die Mehrheit der Bundesstaaten zu Österreich hielt? — Als es bekannt wurde, daß Thun Frankfurt verlassen wolle, wurde Bismarck durch eine Dame aus der Gesellschaft gefragt, warum wohl der Graf gern von hier weggehe. Dem Gefragten saß der Schelm im Nacken, als er antwortete, ein so fleißiger und tätiger Arbeiter könne an dem hiesigen Müßiggang und an der Erfolglosigkeit der Bundestags-Verhandlungen unmöglich Freude haben. Auf die weitere Frage, wie er selbst es denn unter solchen Umständen hier aushalte, gab Bismarck die Erklärung, er sei sein Lebenlang als Landbewohner ein bloßer Bummler gewesen, der nie etwas anderes getan habe als mit der Flinte im Arm auf der Jagd herumzustreifen, und das könne er hier höchst behaglich fortsetzen³⁸⁾. Alles echt Bismarck; zwischen Scherz und Renommisterei die reine Wahrheit: Thun ging wegen der Erfolglosigkeit der Bundestags-Verhandlungen.

Hoffnungslos aber blickte er darum doch nicht in die Zu-

³⁸⁾ Erzählt durch Herzog Ernst II., Aus meinem Leben II S. 58 f., nach einem Berichte aus Frankfurt v. 28. Okt. 1852, vermutlich von Fritsch, dem sächsl.-thür. Gesandten.

kunst — dazu war er ein viel zu guter und zu stolzer Österreicher. Am 12. Juni 1852 schrieb er an Graf Buol: „Ich habe doch die Überzeugung, daß, so unbefriedigend auch das Resultat der hiesigen Bemühungen sein muß, solange Preußen auf dem Standpunkte der passiven Renitenz beharrt, in Frankfurt der Schwerpunkt der rein deutschen Angelegenheiten ist, und wir Preußen nur von hier aus nach und nach zu einer würdigeren und seinen wahren Interessen selbst mehr entsprechenden Politik bringen können, indem wir uns nicht ermüden lassen, sondern den Beweis immer wieder klar liefern, daß Preußen es ist, welches alle nützlichen Ergebnisse am Bunde hintertreibt“³⁹⁾. Er selber aber war für seine Person der unbefriedigenden Arbeit müde geworden und wünschte sich einen leichteren und dankbareren Posten. Am 6. November 1852 hielt Graf Thun zu seiner großen Freude die sehnlich erwartete Ernennung zum Gesandten in Berlin in Händen, und am 18. November führte er zum letzten Mal den Vorsitz in der Bundesversammlung⁴⁰⁾.

³⁹⁾ Brief Thuns an Buol, 12. Juni 1852. WA., Varia 1852.

⁴⁰⁾ „Mit Sehnsucht sehe ich einer Mittheilung von Wien über eine definitive Ernennung nach Berlin... entgegen.“ Brief Thuns an Buol, 4. Nov. WA., Varia 1852. Vgl. Bismarck an Gerlach, 6. Nov., S. 42. Prot. BB. 1852, S. 1250, § 285. Sein Abschiedsbrief an den BL.: Prot. 1853, S. 115 f., § 29.

Zweites Buch

Die Präsidialgesandtschaft
des Freiherrn Prottesch von Osten
(1853—1855)

Erster Abschnitt

Die Persönlichkeit Profesch-Ostern

Graf Thuns legte Sorge in Frankfurt, die ihn schwer bedrückte, galt der Wahl seines Nachfolgers. Sowie etwas von seiner bevorstehenden Abberufung verlautete, schon im Oktober 1852, war das Gerücht geschäftig in Mutmaßungen über die Person des künftigen Präsidialgesandten. Zuerst wurde Graf Rechberg genannt, der schon einmal (1849) als österreichischer Bevollmächtigter bei der Frankfurter Centralgewalt in der Mainstadt residirt hatte. Dann hieß es, die meiste Aussicht habe Freiherr von Werner, Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußeren und Referent für deutsche Angelegenheiten. Neben ihm wurde der Name des Herrn von Handel genannt, früheren Kanzleidirektors am Bundestag und späteren Gesandten in Stuttgart. Noch eine Reihe anderer Namen wurden laut: der Zögling Metternichs, Baron Hübnér, Österreichs Gesandter in Paris; Graf Leiningen, General in Krakau; der badische Staatsmann Freiherr von Blittersdorf, ein geschworener Feind Preußens und Parteigänger Österreichs — sogar Graf Buol selber, hieß es, werde das dornige Amt übernehmen. Nur ein Name tauchte zunächst nicht einmal als Mutmaßung auf und wurde auch, als man ihn nannte, nur mit Unglauben gehört: der Name gerade dessen, der den Posten schließlich erhielt, Profesch von Osten. Das Gerücht ließ ihn beiseite, weil kein Mensch es auch nur für möglich hielt, daß ein Mann von seinem Ruf Präsidialgesandter am Bundestag werden könnte. Als Mantouffels durch ein Telegramm seines Wiener Gesandten erfuhr, daß Profesch ernannt sei, schrieb er an Bismarck, er werde sich

bemühen, es noch zu hindern¹⁾. Ja, als die Ernennung schon in der officiösen Oberpostamtszeitung stand, da war der Schreck bei allen Bundestagsgesandten derartig, daß sie nicht daran glauben wollten, und auch Bismarck zweifelte, ob es ernstlich gemeint sei. Er hielt für möglich, daß man durch die Wirkung dieser Zeitungsnachricht Prokesch selber den Beweis seiner Unmöglichkeit liefern oder sich die Zurückziehung dieser Kandidatur und die Ernennung Rechbergs als Konzession anrechnen lassen wollte²⁾.

Graf Thun war unglücklich, als er damit rechnen mußte, daß Prokesch, den er selbst auf dem Berliner Posten ablösen sollte, ihn in Frankfurt ersetzen würde. Selten sind Thun und Bismarck so völlig einer Meinung gewesen wie über die mangelnde Eignung Prokeschs für den Platz des Bundespräsidiums. Graf Thun hat eigenhändig zwölf Quartseiten vollgeschrieben, um den Grafen Buol zu beschwören, daß er das Unheil dieser Ernennung von Österreich abwende. Und als er sich wegen seiner Übersiedlung nach Berlin mit Prokesch brieflich in Verbindung setzte, da benutzte er die Gelegenheit, um diesem — scheinbar beiläufig und wie ohne jede Kenntnis seiner mutmaßlichen Bestimmung — einen kleinen Begriff von der physisch und moralisch aufreibenden „Saufstellung“ des Bundespräsidialgesandten zu geben³⁾. Vielleicht, daß er ihm noch im letzten Augenblick die Lust auf Frankfurt benahm! Bismarck dagegen meint, von genau der gleichen Beurteilung des kommenden Mannes ausgehend: „Ich finde den Vorgang, vom Preussischen Standpunkt betrachtet, gar nicht so übel, vom Österreichischen aber einen ganz unbegreiflichen politischen Fehler“⁴⁾. Die Zukunft sollte zeigen, wie recht sie

¹⁾ 4. Jan. 1853. Anh. z. d. G. u. G. II S. 114.

²⁾ Zahlreiche Stellen in B.'s Berichten u. Briefen v. 23. Okt. 1852 bis 7. Jan. 1853. GW. I S. 237, 257, 259 f., 261, 278. An Gerlach S. 42, 43, 49.

³⁾ Thuns Briefe an Buol und an Prokesch in Anlagen 8 u. 9.

⁴⁾ An Gerlach, 7. Jan. 1853, S. 49.

beide hatten, der eine mit seinem Kummer, der andere mit seiner Genugtuung darüber, daß die Wiener Regierung einen Mann nach Frankfurt sende, der das Talent hatte, sich mit jedermann zu verfeinden, und der niemandes Vertrauen genoß.

Wer war der Mann, dem solch schlimmer Ruf vorausging? — Wer in diplomatischen Berichten oder in der politischen Geschichtschreibung nach einer Antwort auf diese Frage sucht, dem tritt ein völlig anderes Bild entgegen als dem, der von der Geistesgeschichte her den Weg zu Profesch von Osten findet. Jener erfährt, welch üblen Ruf Profesch unter den Diplomaten genoß: den Ruf eines verlogenen, intriganten und oft taktlosen Menschen, der nirgends Vertrauen, häufig tiefe Abneigung erweckte. In Treitschkes Schilderung ist Profesch der gelehrige Schüler Metternichs, sein getreues Echo, „ein federgewandter, betriebsamer, mehr durch großsprecherische Anmaßung als durch echtes Talent ausgezeichnete junger Diplomat, der in Wien für ein Genie gehalten . . . wurde“. Er zählte „zu jenen diplomatischen Scheingrößen des alten Österreichs, welche wohl in der Hofburg Bewunderung, unter deutschen Männern nur Widerwillen erregen konnten“⁵⁾. Stellt man daneben das Bild, das, von der Gobineauforschung und von der Geistesgeschichte herkommend, der Anthropologe Ludwig Schemann von dem Freunde Gobineaus entwirft, so wird man belehrt, daß Profesch von Osten „einer der sympathischsten, der wertvollsten, der deutschesten Gestalten des vorigen Jahrhunderts“ gewesen sei⁶⁾. Daher habe die Nachwelt, zumal die politische Geschichtschreibung ein schweres Unrecht wieder gut zu machen, das Bismarcks dämonischer Haß, dem Hekatomben zum Opfer gefallen seien,

⁵⁾ Treitschke, Deutsche Geschichte III S. 357, 731; IV S. 744.

⁶⁾ L. Schemann, Gobineaus Rassenwerk (1910) S. 229. Die Vorstellung von Bism. als dem Mörder der Ehre Profeschs findet sich schon vorher bei Franz in den Historisch-politischen Blättern, 117. Bd. (1896) S. 708 f.

an der Ehre und dem Nachruhm des großen Österreichers verübt habe⁷⁾).

Schemann blieb nicht allein mit seiner Forderung einer radikalen Umwertung unserer Vorstellung von Profesch. Ein Landsmann des umkämpften Diplomaten, der Steiermärker Anton Berger, hat — als erste Skizze zu einem geplanten größeren Werke — über das Leben seines Helden mit warmem Herzen und in edler Sprache geschrieben, zugleich aber mit scharfer Spitze gegen Preußen. Wir sehen „ein edles, herrliches Menschentum“ sich uns offenbaren, „wahrhaft deutsche Art, wahrhaft nationale Gesinnung“. Und wir empfinden nicht nur den Glanz der Erscheinung dieses ungewöhnlichen Mannes, die Gewalt seines Wortes, „den unerhörten Reichtum seines Wissens“, sondern vor allem auch „seine absolute Ehrlichkeit“. In ihm ging „der letzte große Altösterreicher“ dahin⁸⁾).

Je vielseitiger ein Mann tätig ist, um so näher liegt die Wahrscheinlichkeit, daß die Urteile über ihn auseinander gehen. Aber so völlig unvereinbare Widersprüche des Urteils wie die hier angeführten begegnen uns doch nur sehr selten. Sie stellen den Forscher, der sich mit Profesch-Osten zu beschäftigen hat, zunächst vor die Aufgabe, dieser rätselvollen Persönlichkeit nachzuspüren und von ihr ein Bild zu gewinnen, dessen Züge, wenngleich widerspruchsvoll, doch einander nicht ausschließen, sondern in den Grenzen der Möglichkeit und Lebenswahrheit bleiben. Zu lösen ist diese Aufgabe aber nur, wenn wir den vielgestaltigen Mann allseitig zu erfassen suchen. Die folgenden Blätter müssen daher seinem Leben und seiner Entwicklung weiter und auf mehr Wegen und Nebenwegen nachgehen, als dies bei Graf Thun nötig war und bei Graf Rechberg nötig sein wird.

⁷⁾ Schemann, Bism. u. Profesch-Osten. Eine Ehrenrettung. Die Grenzboten, 73. Jg. I, II (1914).

⁸⁾ A. Berger, Profesch-Osten. Ein Leben aus Altösterreich (1795—1876). Graz 1921. Bgl. S. 64, 45, 89, 113.

Profesch-Osten war ein Diplomat, der in einem Punkte, aber nur in diesem, Bismarck glich: er war anders als die Junft. Nicht wegen seiner bürgerlichen Herkunft; auch der andere Metternichschüler, Alexander Hübner, ist zum Adel erst emporgestiegen; ebenso Baron Brenner, damals Bundeskanzleidirektor, später Gesandter in Athen, und noch einige andere. Nur durch seine Persönlichkeit war Anton Profesch einzig in seiner Art unter den Diplomaten nicht nur Österreichs, sondern seiner Zeit. Er gehörte zu den Menschen, die durch die Fülle ihrer Gaben beinahe erdrückt werden. Auch sein langes Leben war zu kurz, um sie alle zu entfalten, und die Gaben strebten zu weit auseinander, als daß ihr Träger zur harmonischen Persönlichkeit werden konnte. Wenn von ihm gesagt worden ist: „Profesch war in jeder Beziehung einer der geistig ersten Männer des damaligen Europa“⁹⁾, so greift dieses Urteil zu hoch; wohl aber war er einer der universalsten Geister des 19. Jahrhunderts. Er war Dichter, Historiker, Geograph, Archäolog, Numismatiker, Kunstkritiker, Mathematikprofessor, Militärschriftsteller, Offizier in Heer und Flotte, und endlich — Diplomat. Er hat auf keinem Gebiete Verächtliches geleistet, und es läßt sich kaum ein Beruf denken, in dem er den Durchschnitt nicht überragt haben würde. Aber er hat auch nirgends, weder in einer seiner vielen Liebhabereien, noch in seinem Hauptberufe als Diplomat, im höchsten Sinne Großes vermocht, schöpferisch gewirkt.

Im Jahre 1795 geboren, also zwanzig Jahre älter als Bismarck, gehörte Profesch mit seiner Hingabe an das klassische Ideal wie mit seinem Drang nach universaler Bildung mehr noch dem 18. als dem 19. Jahrhundert an. Der früh verwaisste Grazer Beamtensohn fand in seinem Lehrer und späteren Stiefvater, dem Historiker Julius Schneller, einen begeisternden Führer durch das Reich der Antike. Die durch ihn in der Jugend empfangenen Eindrücke wirkten lebenslang

⁹⁾ L. Schemann, Gobineau I (1913) S. 415.

nach. Profesch hat nie aufgehört, an seiner Bildung weiterzuarbeiten, doch wie vielseitig er Wissen und Anschauung auch auszubreiten bemüht war, so blieb das tragende Fundament seiner Bildung doch die Vertrautheit mit dem klassischen Altertum. Das Fundament vor allem seiner formalen Bildung. Sein historisches Hauptwerk, die sechsbändige „Geschichte des Abfalls der Griechen vom Türkischen Reiche“¹⁰⁾ — geschrieben in den Athener Gesandtenjahren und im Stil des Thukydides — hat in der deutschen Geschichtsliteratur stilistisch nicht seinesgleichen. Vereinzelt kommt das antikisierende Gewand, die Würde und Strenge der gedankenschweren Sprache zu starker Wirkung; auf die Dauer ermüdet sie: man glaubt nicht ein deutsches Original zu lesen, sondern eine Übersetzung aus dem Altgriechischen. Die Kunst der Nachahmung ist mit Recht bewundert worden; doch zeigt gerade dieses Werk, daß zwar ein seltenes Talent, aber kein schöpferisches Künftlertum dem Autor gegeben war.

Das Jahr 1813 gab der Laufbahn des Ahtzehenjährigen die erste Wendung: zu den Waffen. Wie einst in der Schule fiel auch im Offizierskorps bald seine Begabung auf. Nach Beendigung des Feldzugs von 1813/14 trat er als Ordonnanzoffizier in den Stab des Erzherzogs Karl. Zwei Jahre später wurde er auf Grund einer Arbeit über die Lalandischen Formeln Professor der Mathematik an der Kadettenschule zu Olmütz. Nach aber zwei Jahren, 1818, ging er als Ordonnanzoffizier in den Stab des Feldmarschalls Fürsten Schwarzenberg über und erhielt wegen seiner Sprachkenntnisse das politische Referat¹¹⁾. Nirgends waren es persönliche Verbindungen, die ihm den Weg bahnten, sondern überall die eigene Leistung, der Eindruck einer ungewöhnlichen geistigen Kraft

¹⁰⁾ Erst 1867 mit Unterstützung der Wiener Akademie veröffentlicht. Zwei Bände Darstellung, vier Bände diplomatische Akten.

¹¹⁾ Für seinen Lebensgang siehe Anton Berge rs in Anm. 8 genanntes Buch S. 21 ff., 32 ff.

und Regsamkeit. Dazu kam in jungen Jahren der Reiz einer bezaubernden Erscheinung. „Der schöne Fährnich“, wie er bei den Damen hieß¹²⁾, war von schlanker, hoher Gestalt, und aus dem schmalen Oval seines von dunklen Locken umrahmten Gesichtes mit den vollen Lippen und der kühnen Nase leuchtete unter langgezogenen dunklen Brauen die dunkle Glut der großen Augen so verlangend hervor, daß selbst die zärtliche Liebe seines Lehrers ihren Blick nicht ganz ohne Sorge aufnahm. Julius Schneller will es nicht gerade Eitelkeit und nicht Hochmut nennen; aber er bittet ihn doch, sich zu mäßigen, bittet ihn: „Sehen Sie, um Gottes willen, jung und bleiben Sie es lange¹³⁾!“

Was aus seinen Augen glühte, war der Drang, sich hervorzutun, war die Sehnsucht nach Ruhm. „Denn Ruhm ist dauernder als Baum und Stein und alles, was der Gebrechlichkeit des menschlichen Körpers spottet“ — so preist er den Ruhm in seiner glänzenden militärischen Erstlingschrift über die Schlacht bei Waterloo¹⁴⁾. Und von sich selber bekennt er kurz danach, im Selbstvertrauen der Jugend: „Hoffnungen für Leistung, für Namen, für Lob und Ruhm habe ich genug — Hoffnungen für mein eigentliches stilles Glück *R e i n e*¹⁵⁾!“ Er wußte, warum er so schrieb. Stilles Glück erwartete der Jüngling nicht vom Ruhme großer Taten, sondern nur von einem geliebten und liebenden Weibe, vom Lächeln des

¹²⁾ Caroline Pichler, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, hrsg. v. E. A. Blümml II (1914) S. 124, 134.

¹³⁾ Schneller an Profesch, 14. Juli 1822. Julius Schnellers Hinterlassene Werke, hrsg. v. Ernst Münch, II. Bd.: Briefwechsel mit Profesch (1834) S. 49. — Profeschs Jugendbild: „Aus den Tagebüchern des Grafen Profesch von Osten 1830—34“ (Wien 1909); ein schönes Altersbild bei L. Schemann, Quellen und Untersuchungen zum Leben Gobineaus I (1914) S. 348.

¹⁴⁾ Erschienen 1819. Wiederabgedruckt in den Kleinen Schriften I (1842). Das Zitat: S. 196.

¹⁵⁾ An Schneller, 12. Jan. 1821. Briefwechsel zw. Schn. u. Pr., S. 39.

Kindes, vom Frieden der Häuslichkeit. Aber in wie schönen Worten immer er dieses Glück preisen konnte, und wie heiß er sich oft danach sehnte¹⁶⁾ — dennoch ist er, vor die Wahl zwischen Glück und Ruhm gestellt, dem Ruhme gefolgt, über die Scherben seines Glückes hinweg. Als eine geliebte und liebenswerte Braut seiner Laufbahn hindernd im Wege stand, da hat er das heiße Herz gebändigt und die Dinge so gelenkt, daß die Braut und deren Mutter — es war die damals gefeierte Wiener Schriftstellerin Caroline Pichler — ihm sein Wort und seine Freiheit zurückgaben¹⁷⁾. Kühle Berechnung, an Strebertum grenzend, stand in seiner zwiespältigen Natur unausgeglichen neben dem Schwunge der Jugend.

Noch nicht fünfundzwanzigjährig, damals Adjutant des Feldmarschalls Schwarzenberg, des „herrlichen Fürsten“, wie Goethe ihn nennt, hat Profesch in Jena den Dichter aufgesucht. „Mit ihm durchfuhr ich die Gegend; an seiner Seite besuchte ich die Kabinete und Büchersammlungen; in seinem Garten lebt' ich mit ihm, theilte Mittags und Abends seine ländliche Tafel. Mit kindlicher Heiterkeit zeigte er mir einige Versuche, die auf den dritten Theil der Morphologie Bezug haben; wir sprachen über seine Jugend, seine Schöpfungen, seine Verhältnisse. Bis gegen Mitternacht las er mir aus seinem Divan, dann schloß er mich in seine Arme, und ich schied. — Von diesem Manne umarmt! — Ich gebe die seligste Umarmung der Liebe dafür!“¹⁸⁾. Goethe ist durch Profesch mit Hahnemanns Lehre von der Homöopathie „umständlich“ bekannt gemacht worden und nicht ohne Eindruck davon

¹⁶⁾ Siehe seine „Gedankenspähne aus den Jahren 1816—1824“: Kleine Schriften V (1844) S. 97 f.

¹⁷⁾ Caroline Pichler a. a. O., S. 144, 147, 154, 168 f.

¹⁸⁾ An Schneller, 27. Aug. 1820. Briefwechsel S. 26 f. Hier steht: „Wir sprachen über seine Jugend“ — offenbar verdrückt für Jugend. Das Buch enthält, wie der Herausgeber am Schluß zu entschuldigen bittet, wegen ungenauer Durchsicht „allfällige eingeschlichene kleine Unrichtigkeiten“.

geblieben¹⁹⁾. Profesch aber wahrte dem Dichterheros tiefe Verehrung. Gegen eine Schmähschrift auf ihn trat er mit leidenschaftlicher Entrüstung in die Schranken²⁰⁾. In seinem Herzen stand Goethe den Größten des Altertums zur Seite. Als Profesch bei einer Wanderung über die Stätten von Troja (1824) eines unwürdigen Angriffs auf die Dichtergroße Homers gedachte, mußte er sich gleichzeitig jener Lästung Goethens schmerzlich erinnern: „Denn vor allen Tugenden steht die Dankbarkeit oben an“²¹⁾. „Lebt Goethe noch?“ fragt er im Sommer 1825, als er in der Einsamkeit der griechischen Inseln, auf den Spuren uralter Vergangenheit, keinerlei Nachricht aus Deutschland erhält²²⁾.

Liebling der Musen zu sein und zu bleiben, erschien ihm als die höchste aller Lebenskunst auch dann noch, als er schon im diplomatischen Berufe das lockendste Ziel seines Ehrgeizes gefunden hatte. „Auf einer alten Grabschrift zu Athen,“ so schreibt er 1830 an Genz, „erinnere ich mich der Worte: ‚Wer war ich? Ein Liebling der Musen. Singend in Weisen Homers, sank ich lächelnd dem Tod in die Arme!‘ So denke ich, sollen wir Alle Lieblinge der Neun sein, die ja das Leben mit all seinen Erscheinungen und Entwicklungen umfassen, uns aber dabei der Heiterkeit befleißigen und noch Kränze im Haare haben, wenn uns der Genius anrührt und sagt: Du bist am Ziele!“²³⁾ Unter einer großen Zahl lyrischer Gedichte sind ihm unter griechischem Himmel manche von reiner Schönheit gelungen. Und wenn der volle Wurf auch nur die Gabe seltener Stunden blieb, so hat Profesch sich doch die

¹⁹⁾ Goethe, Tag- und Jahreshefte 1807 bis 1822. Ausgabe letzter Hand, 32. Bd. S. 183.

²⁰⁾ In der Zeitschrift „Hesperus“ 1823. Wiederabgedruckt in den kleinen Schriften V S. 365 ff.

²¹⁾ Erinnerungen aus Ägypten und Kleinasien III (1831) S. 33.

²²⁾ Profesch an Schneller, 14. Juli 1825. Briefwechsel S. 110, vgl. S. 120.

²³⁾ Aus dem Nachlasse des Grafen Pr.-D.. Briefwechsel mit Genz u. Metternich I (1881) S. 350.

Empfänglichkeit für Poesie wie für Kunst überhaupt durch das Leben bewahrt. Noch den Fünfundsiebzigjährigen hörte Graf Schack im Kreise seiner Familie mit wahrhaft jugendlichem Feuer Gedichte vortragen²⁴). Musik war ihm ein Wandeln über Gipfel und Kronen²⁵). „Wie viele Blüthen hat dieser Mann nicht in den Kranz meiner Jugend geflochten!“ sagt er von Beethoven²⁶). Eine meisterhaft gespielte Sonate Beethovens zog ihn zuerst zu dem Mädchen, das seine Frau wurde²⁷). Bei innerer Unruhe und geistiger Abspannung genügten dem von politischen Geschäften Ermatteten einige Töne auf dem Fortepiano, um ihn wieder arbeitsfähig zu machen²⁸). Vier Monate in Rom, wohin ihn in den Jahren 1831 und 1832 diplomatische Aufträge führten, rechnete Prokesch zu den reichsten seines Lebens. Der Genuß von Kunst und Musik, der Umgang mit großen Künstlern und edlen Menschen schenkten ihm Stunden, in denen alles „Maß und Gleichgewicht“ war²⁹). Schon auf der Reise nach Rom genoß er die Offenbarungen italienischer Kunst in vollen Zügen und schrieb seine „Briefe aus Italien“, die Mehrzahl aus Bologna. Eine Stadt zu schildern, war ihm damals gleichbedeutend mit Schilderung ihrer Kunstwerke³⁰). Das Schreiben überhaupt aber blieb ihm jederzeit Drang und Bedürfnis: „Ich schreibe wie der Biber haut und der Baum Blätter treibt“³¹).

Seine Feder wollte aber auch den ernststen Mäusen dienen,

²⁴) Graf v. Schack, Ein halbes Jahrhundert I (1888) S. 101.

²⁵) Gedanken-spähne. Kleine Schriften V S. 109.

²⁶) An Schneller, 21. Aug. 1827. Briefwechsel S. 310.

²⁷) An Genz, 24. Okt. 1830. Aus d. Nachlasse I S. 402.

²⁸) Aus den Tagebüchern 1830—34, S. 165.

²⁹) Prokesch-Osten, Mein Verhältniß zum Herzog von Reichstadt. Zwei Sendungen nach Italien (1878) S. 205 ff., 212.

³⁰) Triklinien. Briefe aus Italien. Zuerst 1833 in der „Wiener Zeitschrift f. Kunst, Literatur, Theater und Mode“, dann in den Kleinen Schriften V. Vgl. S. 246.

³¹) Aus dem Vorwort zur Geschichte des Abfalls der Griechen I (1867).

vor allem Alio. „Geschichte zu studiren, ist äußerer Gottesdienst, den man der Wissenschaft wie den Menschen schuldig ist“³²⁾. Die Geschichte war ihm mehr als Fachwissenschaft, war ihm ein notwendiger Bestandteil der Bildung. So stand er der Geschichte wesentlich anders gegenüber als sein großer Gegner in Frankfurt. Bismarck hat sich mit der Geschichte als Politiker beschäftigt. Die Vergangenheit war ihm ein Schlüssel, wenn auch nicht der einzige, zum Verständnis der Gegenwart, und keinem deutschen Staatsmann hat dieser Schlüssel mehr Pforten erschlossen als ihm. Bismarcks Kenntnistrang galt daher vor allem den Jahrhunderten der Neuzeit und der Geschichte der Großmächte. Schon das Mittelalter und vollends das Altertum lagen ihm ferner. Seine Geschichtskenntnisse stützten und bestärkten ihn in seiner aus der Politik der Gegenwart gewonnenen Einsicht in die Unvermeidlichkeit des preußisch-österreichischen Gegensatzes. Protesch kam nicht von der Gegenwart zur Geschichte, sondern vom klassischen Altertum, und trat nicht mit politischen Fragen an sie heran, sondern mit wissenschaftlichem Triebe. Überall, wo er griechischen oder hellenistischen Kulturboden betrat, in Griechenland, Kleinasien, Ägypten, hat er Inschriften gesammelt und sich mit Glück an der Ergänzung von Bruchstücken versucht³³⁾. Der Historischen Gesellschaft an der Universität Freiburg i. B. legte er im Jahre 1830 nicht weniger als 130 griechische Inschriften vor³⁴⁾. Sein Name ist in der Epigraphik noch heute unvergessen und lebt fort im Corpus Inscriptionum Graecarum³⁵⁾. Wie er durch seine Berichte über die Stätten von Troja ein Vorgänger Schliemanns

³²⁾ Gedankenpähne. Al. Schriften V S. 92.

³³⁾ Erinnerungen aus Ägypten u. Kleinasien II (1830). Siehe etwa S. 71 f.

³⁴⁾ Aus den Tagebüchern 1830—34, S. 41.

³⁵⁾ Aug. Boeckh, Kleine Schriften VI (1872): Über die von Herrn v. Protesch in Thera entdeckten Inschriften. Vgl. Corpus Inscriptionum Graecarum II S. 1084 ff.

wurde, so war er der erste Deutsche, der das der Wissenschaft neu erschlossene Land der Pyramiden mit dem Auge des Forschers sah. Die Münzkunde war vielleicht seine stärkste wissenschaftliche Passion. „Hätte ich Geld“, schrieb der dreißigjährige Hauptmann³⁶⁾, „so würde ich der Numismatik, — vielleicht der Kunst verfallen“. Nun, er ist ihr verfallen und ist der größte Münzensammler seiner Zeit geworden. Nicht nur unermüdlicher Eifer und großer Aufwand an Mitteln, sondern vor allem gediegene Sachkenntnis und wissenschaftlicher Ernst haben in seinen 10 900 antiken Münzen aus Griechenland, Kleinasien und Nachbarländern die größte und wertvollste Privatsammlung, die es gab, zusammengebracht³⁷⁾. Ihre wissenschaftliche Verwertung bildete ein gut Teil seiner Lebensarbeit. Noch der Achtzigjährige hat — es war seine fünfte und letzte numismatische Untersuchung — eine umfangreiche Münzgeschichte der Partherkönige geschrieben³⁸⁾. Wie in der Inschriften- und in der Münzkunde, hat sein Name einen Platz auch in der Erdkunde. Er hat nach eigenen astronomischen Bestimmungen eine Karte des Niles zwischen den Katarakten entworfen, und seine Schilderung der Stromlandschaft gehört wegen seiner ausdrucksvollen Kürze und Lebendigkeit nach sachmännischem Urteil zu den höchsten Mustern unserer geographischen Literatur³⁹⁾. „Ein vollendeter Forschungsreisender, wenn es je einen gab“, war das Urteil Alexanders von Humboldt über seinen „edlen und

³⁶⁾ An Schneller aus Smyrna, 10. März 1825. Briefwechsel S. 103.

³⁷⁾ J. Friedländer u. A. v. Sallet, Das königl. Münzkabinett (1877) S. 43 ff: über die Münzsammlung Profeschs, jetzt Teil des Berliner Münzkabinetts.

³⁸⁾ Les monnaies des rois Parthes. In: Mélanges de la Société Française de Numismatique et d'Archéologie, Paris 1874/75.

³⁹⁾ Peschel-Ruge, Gesch. der Erdkunde (1877) S. 590 f. Profesch von Osten, Das Land zwischen den Katarakten des Nil (1831).

geistreichen Freund⁴⁰⁾. Außer anderen gelehrten Gesellschaften haben die Akademien der Wissenschaften zu Wien und zu Berlin den seltenen Mann in ihre Reihen aufgenommen.

Es war mehr als der Drang, sich auszuzeichnen, was ihn zur Wissenschaft trieb. „Angenehmer Tag, denn ich war wissenschaftlich angeregt“, trug er in sein Tagebuch ein, noch erfüllt von dem, was er Physiker, Geologen und Geographen auf der ersten Naturforscherversammlung (1832) in Wien hatte vortragen hören. Er selber sprach damals in der geologisch-geographischen Sektion über das Labyrinth von Kreta und über die Gesteinsbildung von Nubien⁴¹⁾. Es war das Streben nach universaler Bildung und Weltansicht, das in dem späten Sohne des Humanitätszeitalters lebendig war. Man könnte dieses reiche Leben, das staatsmännisches Handeln mit unermüdlichem Forschertriebe vereinigt, trotz allen Abstandes an Ideenfülle mit dem Leben Wilhelms von Humboldt vergleichen, wenn von dem edlen Maße, das dem helenischen Geiste des Preußen erwuchs, wenigstens ein Abglanz dem ruhelosen Steiermärker zuteil geworden wäre. Näher liegt, zumal in politischer Hinsicht, der Vergleich mit Metternich, der auch in seinem stets lebendigen Anteil an der Naturforschung den gleichen Dualismus wissenschaftlichen Bedürfnisses und staatsmännischen Wirkens verkörpert wie Prokesch⁴²⁾. Nur daß dem Staatskanzler nie die Muße blieb, seine Doppelnatur auch als Mitarbeiter im Reiche der Forschung zu betätigen, wie Prokesch es konnte. Um so mehr tat es dem Fürsten wohl, doch in einem seiner Mitarbeiter und politischen Schüler einen Mann zu haben, mit dem er

⁴⁰⁾ „Mon noble et spirituel ami, Mr. le Baron de Prokesch voyageur accompli, s'il en fut un!“ Humboldt an Gobineau, 24. Dez. 1854. V. Schemann, Gobineaus Rassenwerk (1910) S. 113 f.

⁴¹⁾ Aus den Tagebüchern S. 163 f.

⁴²⁾ Erst H. v. Srbik hat uns die Bedeutung klargemacht, die in Metternichs geistigem Haushalt den Naturwissenschaften zukam: sein „Metternich“ I S. 292 ff.

auch über Physik und Geologie wie über Kunst und Geschichte seine Gedanken austauschen konnte⁴³⁾.

Man darf billig bezweifeln, ob Hauptmann Profesch, der seit Frühjahr 1823 in Triest in Garnison stand, ohne die seltene Vielseitigkeit seiner Anlagen je die Aufmerksamkeit des leitenden Staatsmannes von Österreich auf sich gezogen haben würde. Das Bedürfnis nach Anregung und unbefriedigter Tatendrang zugleich trieben den jungen Offizier im Jahre 1824, also während des griechischen Unabhängigkeitskrieges, mit einjährigem Urlaub in den Orient zu gehen, auf den politisch wichtigsten Schauplatz dieser Jahre. Nirgendwo sonst konnte der Offizier und der werdende Politiker, aber auch der Künstler und der Altertumsforscher, mehr lernen und leisten als im griechisch-türkischen Orient. Der klassische Boden Griechenlands zog ihn mit magischer Gewalt. Erst hier ging Homers Größe ihm voll auf, und erschauernd fühlte er die Weihe seiner Dichtung an der Küste von Ithaka wie auf den Gefilden von Troja. Kein Fußbreit Bodens blieb ihm stumm, und ihm war, als hätte er jetzt auf Erden nichts mehr zu sehen. Daß auch ein Stück Romantik in ihm lebte, zeigen uns ebenso seine Betrachtungen über den Wandel des Lebens und der Zeit, wie etwa die Spende eines Glases Samischen Weines auf die Marmortrümmern des Tempels der Ephesischen Artemis⁴⁴⁾.

Aber weder lullte die Romantik ihn ein, noch machten die alten Denkmäler und Inschriften ihn gegenwartsfremd. Eine Denkschrift von 1825 über die Vorbereitungen zum diesjährigen Feldzug in Griechenland, die Profesch durch Vermittlung des österreichischen Internuntius in Konstantinopel, Freiherrn von Ottenfels, an Metternich sandte, machte den

⁴³⁾ Aus den Tagebüchern Profeschs S. 17, 21, 23, 25, 27 f., 102, 163 f., 225.

⁴⁴⁾ Vgl. seine Briefe an Schneller, bes. S. 80 ff., 89 ff., seine Erinnerungen an Ägypten u. Kleinasien II passim von S. 271 an, bes. S. 297 f., und III: Troja.

Fürsten aufmerksam auf den klugen Beobachter, und die auf eigene Faust gewagte Reise des Offiziers wurde so durch die höchste Instanz in eine militär-politische Mission umgewandelt. Nicht zum Schaden des Auftraggebers: weitere Berichte, vor allem die große Denkschrift über die Möglichkeit der militärischen Eroberung der europäischen Türkei durch die Russen, bestärkten Metternich und Genz in der hohen Meinung, die sie von Anton Prokesch gewonnen hatten⁴⁵⁾. Und dieser selbst übertraf sich durch seine Berichte aus Ägypten, wohin ihn ebenso der Reiz des Neuen und Unbekannten wie der Rat seines Gönners Ottenfels im Jahre 1826 führte⁴⁶⁾. Er wuchs mit seiner Aufgabe und faßte nun klar, mit heißer Sehnsucht, als Ziel seines Lebens die diplomatische Laufbahn ins Auge⁴⁷⁾. Statt aller Einzelheiten, die nicht in diese Darstellung gehören, nur das Urteil des Urteilsfähigsten, Genz: „Prokesch ist ein Diamant vom reinsten Wasser, eines der seltenen Genies, die sich plötzlich, fast ohne Zwischenstufen, zum höchsten Grade der Brauchbarkeit erheben. Was aus diesem Menschen in zwei Jahren geworden ist, erscheint mir wie ein Wunder. Der Fürst und ich staunen, so oft wir seine Berichte und Briefe lesen. Was er in Alexandria geleistet, in zehn verschiedenen Fächern geleistet, grenzt ans Fabelhafte“⁴⁸⁾.

Zu den zehn verschiedenen Fächern gehörten auch die Wissenschaft und die Kunst. Wie damals die leitenden Staatsmänner Wiens nach seinen politischen Berichten, so verlangten bald die Häupter der Altertumswissenschaft, August Boeckh in Berlin und Friedrich Gottlieb Welcker in Bonn, nach seinen Inschriften⁴⁹⁾. Und neben all dieser Arbeit entstanden zuerst in den Briefen an Julius Schneller, dann

⁴⁵⁾ Berger S. 61. Die letztgenannte Denkschrift in Pr.'s Kleinen Schriften II.

⁴⁶⁾ Prokesch-Osten, Mehmed-Ali (1877) S. 1.

⁴⁷⁾ An Genz, 30. Juni 1827. Aus dem Nachlasse I S. 31, vgl. 18.

⁴⁸⁾ Genz an einen (ungenannten) Freund. Ebenda S. IX.

⁴⁹⁾ Schneller an Prokesch, 8. März 1831. Briefwechsel S. 379.

in Buchform, seine Reiseschilderungen, die manches schöne Stimmungsbild von poetischem Reiz enthalten. Profesch sieht mit dem Auge des Künstlers. Wie bildhaft und linienrein zeichnet er in kurzen Worten, deren keins zu viel oder zu wenig ist, den Gang der Wasserträgerinnen am Ufer des Niles⁵⁰⁾! Er entzückt durch Anmut, er hebt zu feierlicher Stimmung. Sein Stil ist schlicht und klar, bisweilen von einer edlen Einfachheit, die den klassisch geschulten Geist ver-rät. So tief ist seine Ehrfurcht vor historischer Größe und vor den Denkmälern der Geschichte, daß sein Auge für die Größe und Schönheit der Natur oft nur halb geöffnet erscheint. Die Beschreibung der Bauten, Denkmäler, Kunstwerke, die Sammlung der Inschriften aus hellenistischer Zeit, werden in seiner Darstellung zum eigentlichen Inhalt der Reise. Aber auch die Bewohner des Landes stehen voll Blut und Leben vor uns. Und dazu er selber in der Blüte seiner Kraft. Er ist voll Mut und liebt das Wagnis: er fährt die Nilkatarakte zur gefährlichsten Jahreszeit hinunter, um sie wirklich kennen zu lernen. Das ist derselbe Profesch, der als Stabschef eines kleinen österreichischen Geschwaders mit zwei Schiffen 36 Korsarenschiffe angreift und als Sieger, feierlich begrüßt von den Deputierten aller Flaggen, in Smyrna einzieht⁵¹⁾. Nie wieder hat dieser Mann, der hundert Gefahren bestand, dem alles gelang, was er angriff, so intensiv, so im Vollgefühl seiner Kraft gelebt wie im Orient. Weder die Gefahren des Meeres noch der Wüste, weder die Tücken des Klimas noch der Menschen, konnten, so schien es, ihm etwas Ernstliches anhaben. Er, der in der Heimat von Kopfschmerz, von Krämpfen, von Mattigkeit geplagt worden war, genas und erstarbte unter der Sonne des Südens und wurde „fest wie Eisen und Stahl“. Wohl packte ihn das Fieber, aber „acht Monate Fieber machten mich aus einem Nordländer zum Orientalen“⁵²⁾.

⁵⁰⁾ Erinnerungen aus Ägypten I S. 39.

⁵¹⁾ Berger, Profesch-Osten S. 63.

⁵²⁾ Briefe an Schneller, S. 152, 108, 309. Im Druck: „fast

Seine Laufbahn war gesichert. Mit 32 Jahren stieg er auf zum Major und durfte bestimmt hoffen, nach seiner Rückkehr diplomatisch verwendet zu werden. Genk schrieb ihm: „Sie sind noch zu mehr denn einem großen Geschäfte berufen“, und mahnte ihn väterlich-freundschaftlich zur Vorsicht in den trefflichen Artikeln, die er im „*Courier de Smyrne*“ veröffentlichte, damit ihm niemand den Hals breche⁵³⁾. An Prokesch aber zehrte der Tatendrang: „Ich habe noch nichts geleistet“, schrieb der junge Major, „was der Mühe werth wäre, gelebt zu haben, und das ist meine größte Qual“ . . .

„Ich hing mich an das Rad der Welt,
Hals pflügen der Geschäfte Feld;
Der Völker Treiben sprach mich an,
Ich stand in Schlachten meinen Mann,
Ich rang mit Noth, schwelgt' in Gefahr,
Doch blieb ich elend, wie ich war“⁵⁴⁾.

Als er Ende Februar 1830, nach beinahe sechs Wanderjahren, aus dem Morgenlande heimkehrte, da war er ein Mann, der nicht mehr übersehen werden konnte. Er hatte während der großen europäischen Krisis, die der griechische Befreiungskampf bedeutete, der österreichischen Orientpolitik unschätzbare Winke gegeben. Er hatte geholfen, die österreichische Flagge zu Ehren zu bringen, und den Handel zu schützen. Er war ein Publizist, ein Schriftsteller, ein Gelehrter von Ruf geworden. Großes lag hinter ihm — Größeres schien sich vor ihm aufzutun. Genk, Metternich und der Kaiser selbst empfingen ihn aufs ehrenvollste. Als Prokesch von Osten wurde er, mit großartiger Symbolik des Namens, in den Ritterstand erhoben. Österreich besaß keinen Kenner des

wie Eisen und Stahl“ — offenbar wieder (vgl. Anm. 18) Lese- oder Druckfehler.

⁵³⁾ Am 1. Aug. 1828. Aus d. Nachlasse des Gr. Pr.-D. I S. 161.

⁵⁴⁾ An Schneller, 21. Aug. 1827. Briefwechsel S. 309 f., 361.

Orients gleich ihm. Er wurde zum ersten Gesandten des Kaiserreichs in dem jungen griechischen Staate bestimmt.

Während der vier Jahre, die noch vergingen, bis er seinen Posten antreten konnte, arbeitete er in der Staatskanzlei unter Metternich und Genz, einem Manne, „dessen in keinem Cabinete Europas seines Gleichen saß“⁵⁵⁾. Selber Vollmensch und Kraftnatur, blickte Prokesch-Osten mit Verachtung auf alles Schwache und Halbe, und Genz blieb ihm der Mann, den er am meisten im Leben achtete. „Er war ein Mensch! Ich weiß nichts Besseres über ihn zu sagen. Was ich aber heute (1833) Mensch nennen höre, ist meist ein Krüppel, ein saft- und kraftloses Ding, das vom Menschen nichts als mehr oder weniger schlecht die Gestalt hat!“⁵⁶⁾ Mit Genz, und ebenso mit Metternich, teilte er die tiefe Abneigung gegen den demokratischen Zug des Jahrhunderts und die Sorge vor einer sozialen Umwälzung, die Europas staatliche Ordnung und geistige Kultur zerstören würde. „Was man auch sagen mag“, schrieb er schon in jenen Jahren, „und wie übel es vielen Ohren erklinge, den Wenigen gehört die Welt, nicht den Vielen, und am allerwenigsten den Allen“. Und ein andermal: „Wir haben die Vandalen nicht außen, sondern unten. Sie fallen nicht ein; sie steigen herauf“⁵⁷⁾. So fühlte er sich im ganzen mit den Regierungsgrundsätzen des Metternichschen Österreichs im Einklang. Nach dem Sturze des Fürsten und nach den Erfahrungen der Revolutionsjahre aber blickte er noch ernster als früher, oft geradezu düster in die Zukunft. „Je älter ich werde,“ schrieb er 1854 an Metternich, „desto mehr entfällt mir die Hoffnung, daß die Gesellschaft noch zu retten sei, und es kommt mir vor, als hätte die Vorsehung den Stab über sie gebrochen, und auch über uns,

⁵⁵⁾ Prokesch-Osten, Gesch. des Abfalls der Griechen I (1867) S. 403.

⁵⁶⁾ Aus den Tagebüchern S. 173.

⁵⁷⁾ Aus den zwischen 1816 und 1824 geschriebenen „Gedankenspännen“. Kleine Schriften V S. 94, 85.

die wir uns dem Verhängnis entgegenstemmen“⁵⁸⁾. Zwei Jahre später an Gobineau: „Der Niedergang vollzieht sich mit erschreckender Geschwindigkeit, und der materielle oder industrielle Fortschritt ist nur ein Mittel, ihn zu beschleunigen“⁵⁹⁾.

Der alternde Genz erwiderte die Zuneigung des Jüngeren warm. Schon drei Wochen nach der ersten Begegnung schrieb er an Profesch: „Ich ahnte, daß ich Sie bei näherer Bekanntschaft lieben würde. Und so geschieht es. Ich liebe Ihr mittheilendes Gemüth, Ihre großartige Toleranz, Ihre Nachsicht gegen menschliche Schwächen, Ihre eigenen, Ihren Leichtsin, Ihren Wunsch zu gefallen, und vieles, was ich noch von sogenannten Fehlern an Ihnen zu entdecken hoffe“⁶⁰⁾. Er rechnete es Metternich als unverzeihliche Sünde an — und sagte es ihm —, daß er einen Mann wie Profesch in dieser Zeit für nichts anderes als für Griechenland verwenden wolle. Aber der Staatskanzler, nicht ganz so nachsichtig mit den Schwächen des neuen Ritters, und wohl nicht ebenso überzeugt wie Genz, daß in ihm der neue Stern Österreichs aufgegangen sei, antwortete ihm: „Ich adoriere, ich liebe Profesch, aber machen Sie ihn zum türkischen Kaiser, so wird er nicht zufrieden sein; er ist egzentrisch und eitel“⁶¹⁾. So blieb es bei dem Athener Gesandtenposten, den Profesch von 1834 bis 1849 bekleidete — fünfzehn Jahre des Vor-Anker-Liegens in Windstille nach einer Laufbahn, deren Höhenflug im Sturmwind begonnen hatte. Er wurde Freiherr und stieg in der militärischen Rangleiter bis zum Feldmarschall-Deutnant empor. Er vollendete seine Denkwürdigkeiten und Erinne-

⁵⁸⁾ Aus dem Nachlasse. Briefwechsel mit Genz u. Metternich II S. 410.

⁵⁹⁾ Ludw. Schemann, Gobineaus Rassenwerk (1910) S. 232.

⁶⁰⁾ Genz an Profesch, 31. März 1830. Aus d. Nachlasse I S. 338.

⁶¹⁾ Aus den Tagebüchern S. 82.

rungen aus dem Orient⁶²⁾ und schrieb sein großes Werk über den Abfall der Griechen vom Türkischen Reiche und die Gründung des Hellenischen Königreiches; er pflegte edelste Geselligkeit und bildete mit seiner liebenswürdigen und geistreichen Gattin, einer Tochter des Hofrats Riesewetter, den Mittelpunkt alles höheren geistigen Lebens der griechischen Hauptstadt⁶³⁾. Aber wie das Staatsleben Österreichs in diesem Zeitraum stagnierte, so wurde dem Aufstieg seines ehrgeizigsten Sohnes in den Jahren der besten Kraft und der Reise Halt geboten. Als Prokesh endlich aus Athen in die Heimat zurückkehrte, war das Zeitalter Metternichs zur Küste gegangen. Der Gesandte selber aber war ein Mann von 54 Jahren geworden und fühlte in sich nicht mehr die alte Spannkraft, als ihn im Februar 1849 ein Brief des neuen Staatsleiters, des Fürsten Felix Schwarzenberg, nach Wien berief⁶⁴⁾.

„Ich soll nach Berlin — schauderhaft!“⁶⁵⁾ — Das lange Leben im Orient hatte ihn dem Abendlande entfremdet. Schon 1831 gestand er es Genz: „Mir ist, seit ich im Orient lebte, die europäische Civilisation ein Gräuel . . . Diese Civilisation hat das Glück ausgepeitscht aus Europa und ist die galopirende Schwindsucht der Völker“⁶⁶⁾. Und jetzt gar, nach fünfzehn weiteren Jahren im Lande Homers, jetzt war selbst in Wien ihm alles abstoßend, nur die Arbeit nicht. Wie würde er da erst Berlin ertragen? „Es ist kein Zweifel, daß es auf Erden keinen unangenehmeren Posten für mich geben kann als Berlin. Das Klima elend, die Menschen anmaßend, der König nicht der Reiter, sondern das Pferd, Salonoberflächlichkeit allüberall usw. — Mein eigentliches Feld wäre

⁶²⁾ Drei Bände. Stuttgart 1836/37.

⁶³⁾ J. Ph. Fallmerayer, Fragmente aus dem Orient II (1845) S. 468.

⁶⁴⁾ BrPrD. S. 1.

⁶⁵⁾ An seine Frau, Wien, 1. März 1849. Ebenda S. 3.

⁶⁶⁾ Aus dem Nachlasse II S. 33 f.

Constantinopel“. Der Gedanke, daß zur Stunde — kurz vor der Frankfurter Kaiserwahl — gerade in Berlin wichtigere, freilich auch schwierigere Diplomatenarbeit für Österreich zu leisten ist als irgendwo sonst: dieser Gedanke ist ohne Reiz für den europamüden Mann, der nun fühlt, „wie viel im griechischen Klima mir an alter Energie erschlappt ist“. Er mag nicht mehr zurück in den Norden, wo der Himmel aussieht wie eine Schlafmütze mit Frankfurter Weisheit gestopft. „Blühen die Rosen schon unter Deinen Fenstern?“ fragt er die ferne Frau am 4. März, „der blaue Himmel und die milde Luft mangeln mir sehr. Nach Neapel wäre ich gern gegangen“⁶⁷⁾. Das ist nicht mehr der alte Profesch. Lebenskunst und Lebensgenuß haben gesiegt über Ehrgeiz und Tatendrang. Wie viele Kinder des grauen Nordens haben im sonnigen Süden die gleiche Wandlung erfahren! Daß auch Profesch von Osten sie schließlich erfuhr, war kein Wunder — das Gegenteil wäre wunderbar gewesen.

Zu der menschlichen Abneigung gegen Berlin kam die politische Abneigung gegen den preußischen Staat. Profesch wurde zum ersten Mal auf Preußens Politik aufmerksam, als während des griechischen Freiheitskampfes Rußland durch seine aggressive Orientpolitik die Gefahr des Bruches mit England naherückte. Damals, im Jahre 1828, war es im wesentlichen die kluge Vermittlungspolitik Preußens, die, mit Frankreich zusammenarbeitend, die englisch-russische Krise überwand und Europa den Frieden erhielt⁶⁸⁾. Es war ein diplomatischer Erfolg, der dem europäischen Ansehen Preußens zugute kam. Profesch aber, damals in Smyrna, hatte ein unheimliches Empfinden, als er Preußen mit Frankreich zusammengehen sah: „Preußen! Preußen! Wäre es möglich? — Ich habe immer einen unwillkürlichen Schauer vor dieser Macht, die zu jung ist, um bedächtig zu sein, und zu viel be-

⁶⁷⁾ An seine Frau, 1.—5. März 1849. BrPrD. S. 3—7.

⁶⁸⁾ R. Ringhoffer, Ein Dezzennium preußischer Orientpolitik zur Zeit des Zaren Nikolaus (1897), S. 148.

sigt, um nicht mehr zu wollen⁶⁹⁾. Worte, die dem politischen Scharfblick des Schreibers nur Ehre machen können. Fünf Jahre später, als Preußen durch seine Zollvereinspolitik die wirtschaftliche Führung des nichtösterreichischen Deutschlands gewann, machte Profesch seinem Chef, dem Fürsten Metternich, den Vorwurf, er überlasse Deutschland an Preußen⁷⁰⁾. Wieder der gleiche klare Blick und die gleiche Besorgnis vor der jungen Macht.

Und nun brachte das Jahr 1848 den preußischen Ehrgeiz und die preußische Gefahr plötzlich an den hellen Tag. Profesch aber war ein guter Österreicher. Er hielt, als er im März 1849 seinen Berliner Posten antrat, für das Gebot der Stunde, den Glauben an das erneuerte Österreich, den er selber hatte, nun auch den Großmächten aufzunötigen. „In Petersburg ist er es schon — in Paris ist er auf dem Wege dazu — in London wird man es begreifen müssen. Unser schwierigster Punkt ist ohne Zweifel Berlin“⁷¹⁾. Profesch konnte als Österreicher kein Anhänger des deutschen Nationalstaatsgedankens sein. Er war aber auch, nach eigenem Geständnis, kein besonderer Verehrer des Germanentums⁷²⁾, wie denn auch seine eigenen Züge nichts Germanisches an sich tragen und ihn, wie sein Name, eher der slavischen, vielleicht noch mehr der dinarischen Rasse zuweisen⁷³⁾. Die wenig wohlwollenden Spitznamen, mit denen der spätere Bundespräsidialgesandte im Briefwechsel Bismarcks mit Gerlach bedacht wird — Profino, Präsidialtartar, Armenier, Mausfallenkrämer — haben das Gemeinsame, daß sein Wesen den Briefschreibern als fremdländisch erschien. Im Orient war Pro-

⁶⁹⁾ An Genz, 18. Juni 1828. Aus dem Nachlasse I S. 145.

⁷⁰⁾ Tagebuch v. 25. Dez. 1833, S. 199.

⁷¹⁾ An seine Frau, 3. März 1849. BrPrD. S. 5.

⁷²⁾ An Genz, 6. Febr. 1831. Nachlaß I S. 416.

⁷³⁾ Man vergleiche sein Jugendbild (Titelbild der Tagebücher 1830—34) mit dem dinarischen Typ der Abbildung 188 bei Hans G ü n t h e r, Rassenkunde des deutschen Volkes (1922) S. 99.

fesch zu der Überzeugung gekommen, daß es nur drei edle Menschenrassen gebe, die keltische, die arabische und die nubische⁷⁴⁾. Es mag ein hingeworfenes Wort sein, das man nicht auf die Goldwage legen darf; es war zudem beeinflusst durch die damals herrschenden unklaren Vorstellungen von Reltentum. Jedenfalls aber fehlte diesem, Europa und vor allem dem Norden entfremdeten Manne schlechterdings jede Voraussetzung, gerade preußisches Wesen zu verstehen.

Überdies galt er schon damals, bei seiner Rückkehr aus dem Orient, als politischer Intrigant. Und seine in die Leutnants- und Adjutantenzzeit zurückreichenden engen Beziehungen zum Hause Schwarzenberg mußten ihn gerade jetzt jedem preußischen Staatsmanne besonders verdächtig machen. Graf Bernstorff, der in Wien die ganze Schärfe des Kampfes gegen Felix Schwarzenberg auszuhalten hatte, sah mit starkem Unbehagen die Berufung Profesch's auf den Berliner Posten. „Ich darf voraussetzen“, berichtete er an den preußischen Außenminister Grafen von Arnim⁷⁵⁾, „daß der Ritter Profesch von Osten Cw. Erz., wo nicht persönlich, doch seinem Rufe nach bekannt ist, und glaube daher nicht, in eine weitere Charakteristik eingehen zu müssen. Nur im allgemeinen erlaube ich mir ganz gehorsamst zu bemerken, daß er mir immer als ein politischer Intrigant geschildert worden ist, und daß er mir und den meisten Gutgesinnten wenig Vertrauen einzulösen scheint. Namentlich wurde mir gestern noch aus sehr guter und sicherer Quelle mitgeteilt, daß er das Talent der Schmeichelei im höchsten Grade besitze, daß er sich dadurch als junger Mensch schon das besondere Wohlwollen des verstorbenen Feldmarschalls Fürsten Schwarzenberg zu verschaffen gewußt habe, und daß er seit jener Zeit in der Schwarzenbergischen Familie als ein Hausfreund und Schützling betrachtet werde“. So sah man in Berlin seiner Ankunft ausgesprochen unfreundlich entgegen.

⁷⁴⁾ An Schneller, 21. Mai 1829. Briefwechsel S. 345.

⁷⁵⁾ R. Ringhoffer, Im Kampfe für Preußens Ehre, S. 98.

Meyendorff, der schon mehrfach genannte russische Gesandte, schreibt kurz ehe Prokesch eintrifft: „Ihm geht kein sehr guter Ruf voraus“. Und ein Jahr später: „Ich habe seit einem Jahre täglich den Ärger, Prokesch zu sehen. Er beurteilt die Menschen und die Dinge schief, und sein Chef kann sie aus seinen Berichten nicht kennen und verstehen lernen“⁷⁶⁾.

Gewiß hatte Prokesch bei der scharfen Spannung, die während seines fast vierjährigen Aufenthaltes an der Spree (März 1849 bis Januar 1853) beinahe ununterbrochen zwischen Wien und Berlin herrschte, einen sehr schwierigen und undankbaren Posten. Beliebt konnte sich in Berlin damals der Vertreter der österreichischen Politik ebensowenig machen, wie gleichzeitig der Vertreter der preußischen, Graf Bernstorff, in Wien. Prokesch fand in Berlin den Haß gegen Österreich auf allen Gesichtern geschrieben, und wenn er auch den König davon ausnahm, so meinte er doch bei allen übrigen leitenden und regierenden Persönlichkeiten nur einen Gedanken, einen Wunsch zu sehen: Österreich von seinem Platze in Deutschland zu verdrängen und sich dafür hinzusetzen⁷⁷⁾. War aber wirklich, wie er selbst und Ludwig Schemann uns glauben machen wollen, die tiefe Abneigung, die ihm in Berlin fast überall und mit der Zeit in steigendem Maße entgegengetragen wurde, nur die ehrenvolle Anerkennung der Festigkeit, mit der er pflichtmäßig und erfolgreich die Interessen Österreichs vertrat? War er wirklich nur, wie er sich mit einem gewissen Stolz rühmte, der Sündenbock für die Anmaßung Preußens?⁷⁸⁾ Schon jenes Urteil Meyendorffs, das, wie wir sehen werden, nicht vereinzelt blieb, schließt diese Auffassung aus; denn wenn irgendeiner, so war dieser baltische

⁷⁶⁾ An Nesselrode, 9. März 1849, 13. März 1850. Hoegsch, Peter von Meyendorff II (1923) S. 170, 268.

⁷⁷⁾ An seine Frau, 2. Juli, an Fürst Schwarzenberg, 22. Okt. 1849. BrPrD. S. 74, 96.

⁷⁸⁾ Ebenda S. 74, 274, 282. Vgl. A. Berger, Prokesch-Osten S. 99.

Baron ehrlich um ein unparteiisches Urteil bemüht, und Profesch selber rühmte seine billige, vermittelnde Anschauung, sein scharfes und gerechtes Urteil, wenn auch Menendorffs Ziel, der friedliche Dualismus der beiden deutschen Vormächte, nicht das Ziel des Österreichers war⁷⁹⁾.

Profeschs eigene Berichte wie die Zeugnisse fremder Beobachter machen es klar, daß es nur seine Schuld war, wenn er in den Berliner Jahren ein größeres Maß von Erbitterung, als unvermeidlich war, auf sich zog. Profesch war, als er nach Berlin ging, ähnlich wie Bismarck bei Antritt seines Frankfurter Postens, überzeugter Anhänger einer Politik des guten Einvernehmens zwischen Österreich und Preußen. Nur mußte dieses Preußen allen und jeden Bund mit der Revolution abschwören, also nicht nur der Demokratie entsagen, sondern auch ihren Verführungskünsten widerstehen, d. h. auf den Gedanken einer preußischen Hegemonie in Deutschland oder Norddeutschland verzichten. Sein Wunsch nach einem friedlichen Ausgleich zwischen Wien und Berlin beruhte auf ganz ähnlichen Argumenten wie Bismarcks Friedensliebe in den Tagen von Olmütz: der Bruch zwischen Preußen und Österreich war die große Hoffnung der Demokraten. Und so hoffte Profesch im Frühjahr 1849 trotz Hölle und Teufel auf Einigung mit Preußen. Wie Bismarck in den Revolutionsjahren die Ehre Preußens in der Fernhaltung jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie sah, so schrieb auch Profesch: „Mich drückt die traurige Rolle, die eine so große Monarchie wie Preußen spielt. Sich hineingängeln lassen, auf Kommando der Revolution, in Unternehmungen, die keinen ehrenvollen Ausgang haben k ö n n e n!“ Er meinte preußischer zu empfinden als die Schwindler, die Preußen auf diesen Weg führen wollten, und war sich jetzt sogar „einer wirklichen Liebe für die Zukunft dieses Reiches bewußt“. Von einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Preußen war also in diesen ersten

⁷⁹⁾ An seine Frau, 6. Juli 1849; vgl. die Briefe an Schwarzenberg von 1850. BrPrD. S. 75, 92, 140, 166.

Berliner Monaten keine Rede bei Profesch. Ja, auf das menschliche Grauen, mit dem er an die Spree gegangen war, folgte zunächst sogar eine angenehme Enttäuschung: „Von der Aufgeblasenheit Berlins, von der man mir so viel erzählte, habe ich noch keine Spur gefunden, mit sehr geringen Ausnahmen“⁸⁰⁾.

Dem geistreichen und stets für ihn liebenswürdigen König trat er menschlich nahe. Jede Begegnung mit ihm war ihm erfrischend. Als Kenner des Orients, Griechenlands und Italiens konnte er ihm manches bieten und hatte auch in den schlimmsten Zeiten einen neutralen Boden für den Umgang mit dem königlichen Freunde der Kunst und Wissenschaft. Und welcher Reichtum an Geist und Bildung trat ihm am Hofe, an der Universität, in der Gesellschaft entgegen! Da war Alexander von Humboldt, der Uralte, aus der Fülle eines beispiellos reichen Lebens spendend und mit heiterer Ironie auf das Treiben der Welt blickend, voll freundschaftlicher Empfindung für den universal gerichteten Forschergeist Profesch-Ostens. Da war Daniel Rauch, dessen künstlerischer Genius, als zunächst an die Antike reichend, schon vor Jahren die bewundernde Huldigung des Österreichers empfangen hatte. Jetzt begrüßte der friedliche Greis ihn wie einen nahen Bekannten. Und ebenso warm war seit langem der Sammler griechischer Inschriften dem ehrwürdigen August Boeckh empfohlen, wie dem Archäologen Gerhard, einem Bekannten von Rom her. Der Geograph Profesch, der Kenner Kleasiens und Nubiens, fand als Gebender wie als Empfangender freundliche Aufnahme bei Carl Ritter, dessen Milde und inneres Gleichgewicht es ihm ebenso antaten wie sein erstaunlicher und geregelter Fleiß. Mit Schelling, dem jung gebliebenen Alten, hat er manchen Spaziergang durch den Tiergarten gemacht. „Sein weißes Haupt mit den leuchtenden Augen wurde, wenn er sprach, das eines griechischen Weisen“.

⁸⁰⁾ BrPrD. S. 20, 30, 43, 78, 63, 26.

Bei Savigny war Profesch ein jederzeit gern gesehener Gast, nahm mit Verehrung für das Haus teil an seiner edlen Geselligkeit und lernte Bettina von Arnim kennen, „deren Überschwenglichkeit man ihr nicht zum Vorwurf machen konnte, wenn man sie reden hörte und wirken sah“. So bot Berlin ihm ein anderes und sehr viel reicheres Bild, als er bei seiner Berufung geahnt hatte⁸¹⁾.

Alles das aber machte die politische Enttäuschung, die er dort erlebte, nur noch schmerzlicher für ihn. Er hatte anfangs gehofft, daß Preußen mit der Demokratie auch auf die Hegemonie zu verzichten bereit sein würde. Er suchte daher zu schonen, was er Preußens Eitelkeit und Dünkel nannte; als er aber mehr und mehr erkannte, daß nicht nur die führenden Männer, sondern alle Kreise und Parteien die Herrschaft über Deutschland als ein Recht Preußens ansahen, als sogar der „milde“ Herr von Schleinitz in friderizianischen Tönen zu ihm sprach, da überzeugte er sich, daß alle Worte und alle Zugeständnisse nichts ausrichten könnten gegen die Macht einer hundertjährigen Tradition, die allein in der Verdrängung Österreichs und in der Führung Deutschlands durch Preußen ihre Erfüllung finden konnte. Er gewann jetzt die Vorstellung und sprach sie wiederholt aus: „So oft Österreich in Not, wird ihm Preußen den Genickschlag zu geben bestrebt sein“⁸²⁾. Und nun zog er den von seinem Standpunkte aus allein staatsmännischen Schluß: „Das richtige Mittel wäre, Preußen ein für allemal zu brechen, in Sachsen wieder einen tüchtigen Körper herzustellen und Preußen überhaupt auf ein Maß zu reduzieren, das ihm die Kraft zur Unterjochung Deutschlands benimmt“⁸³⁾. Er ist im Herzen dieser Anschauung treu geblieben und würde am liebsten die Koalitionspolitik eines Kauniz gegen Preußen, das doch immer der Staat Friedrichs

⁸¹⁾ Profesch hat im hohen Alter seine Erinnerungen an Berlin niedergeschrieben. Ebenda S. 461 ff.

⁸²⁾ Ebenda S. 78, 80, 91 f., 129, 140, 142.

⁸³⁾ An Schwarzenberg, 17. Aug. 1850. Ebenda S. 154 f.

bleiben werde, erneuert haben. Er frage sich oft, bekannte er während des Krimkrieges, „ob man eine Konstellation nicht herbeiwünschen, und wenn sie da ist, benützen soll, um Preußen mit Hilfe der Seemächte auf eine unschädliche Größe zu reduzieren“. Frankreich war ihm als Bundesgenosse gegen den verhassten Rivalen unbedenklich willkommen, einerlei wer dort herrsche, und wäre es die Republik⁸⁴⁾. Das für ihn Schmerzhafte war nur, daß die ersehnte Konstellation nicht kommen wollte, weder in den Krisen der Jahre 1849 und 50, die er heißen Herzens in Berlin miterlebte, noch später zu Zeiten des Krimkrieges.

Da er ohne Bundesgenossen den offenen Krieg fürchtete, begann er den unterirdischen Kampf der Verdächtigung und der Heze. Mußte das Schwert in der Scheide bleiben, so sollte doch die Feder, die gegen Preußen kämpfte, um so schonungsloser geführt werden. Profesch war überzeugt, daß Österreich im Kampfe um die öffentliche Meinung Deutschlands ins Hintertreffen kommen müßte, wenn es nicht die Presse unter seine Werkzeuge aufnähme, den Publizisten ihre Richtung gäbe und sich die oppositionellen Blätter dienstbar machte⁸⁵⁾. So knüpfte er Verbindungen mit demokratischen Zeitungen an und schrieb selber aufhezkende Artikel, die auch die Person des Königs von Preußen rücksichtslos und beleidigend angriffen⁸⁶⁾. Diese Tätigkeit blieb, solange Profesch den Berliner Posten bekleidete, in der Hauptsache geheim. Doch knapp ein Jahr nach seiner Übersiedlung von Berlin nach Frankfurt kam sie durch einen Zufall ans Licht. Der Leichtsinn, der einst dem alten Genz so gut an dem jungen Profesch gefallen hatte, spielte diesem jetzt einen üblen Streich. Ein Schreibtisch aus dem Mobiliar des österreichischen Gesandten wurde verkauft; der Käufer fand darin einen Stoß Papiere, die ihm politisch interessant genug schienen, um sie dem

⁸⁴⁾ An Graf Buol, 22. März 1854. Ebenda S. 365 f.

⁸⁵⁾ An Schwarzenberg, 21. Juli 1849. Ebenda S. 77.

⁸⁶⁾ Pr. i. BT. I S. 361 ff.

Ministerpräsidenten von Manteuffel zu übergeben. Es waren Korrespondenzen des Freiherrn von Profesch mit preußenfeindlichen Preßagenten, Konzepte zu Zeitungsartikeln von seiner eigenen Hand, Briefe von verschiedenen Journalisten sehr zweideutigen Charakters an Profesch. Dessen ahnungsloser Nachfolger, Graf Thun, kam in eine fatale Lage, als Manteuffel ihm eines Tages aus einem Konvolut von Papieren in Profeschs Handschrift ein Stück über den Tisch reichte, das der Entwurf zu einem Zeitungsartikel aus dem Jahre 1850 zu sein schien. „Es ist“, berichtete Thun an Buol⁸⁷⁾, „in dem, dem General eigenen Lapidarstyl, in abgebrochenen Sätzen geschrieben, wobei der Präzision des Ausdrucks, der rhetorischen Form und der genialen Auffassung zu Liebe vielleicht zuweilen die Deutlichkeit und Klarheit des Sinnes geopfert wird“. Darin hieß es: „der entschiedenste Vertreter der Zeit sei Lord Palmerston und sein treuester Anhänger (oder Sohn) der König von Preußen; der Chef des Hohenzollernschen Hauses wolle sich eine Säule aus Schädeln bauen, und wenn auch zwischen ihm und der Revolution keine Gemeinschaft der Absichten, so seien doch beide démolisseurs“.

Es hat auch für uns etwas Überraschendes, daß ein Mann von der hohen Kultur und dem literarischen Feingefühl eines Profesch von Osten der Geschmacklosigkeit fähig war, den konservativsten und friedliebendsten aller Könige von Preußen, dessen wissenschaftliches Mäcenatentum auch auf den gelehrten Österreicher Eindruck machte⁸⁸⁾, als Mann des Umsturzes und blutdürstigen Tyrannen abzuschildern. Die Säule aus Schädeln ist eine so bizarre Stilgroteske, daß sie wohl nur aus der langjährigen Gewöhnung an orientalische Rhetorik zu erklären

⁸⁷⁾ 15. Febr. 1854. Wl.

⁸⁸⁾ „Solch eine Ausgabe ist ein Denkmal“, sagte er von dem „mit königlicher Munifizenz“ ausgestatteten Prachtwerk von Lepsius über Ägypten, das der König ihm schenkte. Pr. an seine Frau, 22. Juli 1852. BrPrD. S. 266.

ist. Graf Thun hatte Mühe, sich zu beherrschen, als er dies las. „Trotz des höchst — — peinlichen Eindrucks, den das Gelesene auf mich machte, gab ich das Blatt mit anscheinender Gleichgültigkeit zurück... Ich kann nicht verhehlen, daß auf mich der gelesene Artikel einen höchst — widrigen Eindruck machte und ich kann es mit der Stellung eines offiziellen hochgestellten Vertreters einer Macht bei einer anderen nicht für vereinbarlich, im Gegenteil für gänzlich ungeeignet halten, daß er sich zum Parteijournalisten, und noch dazu in sehr wenig anständiger Form herabwürdigt. Auch bei einer weniger kleinlichen Regierung, wie es die preußische nun einmal ist, würde ein solches Vorgehen begreiflicherweise Mißstimmung verursachen“. Thun besorgte zugleich, daß Profesch jetzt in Frankfurt ähnlich wirke wie 1850 in Berlin, und daß er damit alle Bemühungen Thuns um Besserung der preußisch-österreichischen Beziehungen zunichte machen werde. „Über die Frage, ob es der Würde eines Staates von der korrekten Politik Österreichs nicht entspreche, wenn derartige Dinge zu seiner Kenntnis kommen, auch unaufgefordert eine strenge Prüfung und — falls sich die Sache als begründet herausstellt — eine eklatante Satisfaktion eintreten zu lassen, erlaube ich mir kein Urtheil“. Er bat aber jedenfalls den Grafen Buol dringend, „daß Freiherrn von Profesch unter allen Umständen eine jede derartige Betheiligung an der Journalistik auf das Entschiedenste untersagt werde“.

Thuns Feingefühl wurde nun freilich durch seinen Chef durchaus nicht geteilt. Vielleicht wußte Graf Buol auch, daß Profesch seine journalistische Tätigkeit mit Billigung der kaiserlichen Regierung, damals des Fürsten Schwarzenberg, getrieben hatte⁸⁹⁾. Jedenfalls sah er die Schuld des Freiherrn von Profesch nur in dem Leichtsinne, mit dem dieser seine Papiere preisgegeben hatte, und hielt den so arg Bloß-

⁸⁹⁾ Dies ergibt sich aus dem Bericht, den der durch Manteuffel mit Prüfung der Papiere betraute Ministerialbeamte erstattete. Manteuffel las dem Grafen Thun daraus vor.

gestellten nur für den Berliner Posten, der ja hinter ihm lag, für ungeeignet; „für einen anderen mag er aber immer noch sehr nützlich seyn. Zwar will ich nicht in Abrede stellen, daß ein wohlwollendes Gefühl für den Präsidialgesandten in Berlin eine ganz gute Sache wäre; allein der Gedanke ist zu schön, als daß ich dessen Verwirklichung zu fassen im Stande wäre“⁹⁰⁾. Der Zwischenfall blieb ohne weitere Folgen, weil Bismarck, dessen Gutachten durch Manteuffel eingeholt wurde, abriet, die Enthüllung zum Sturze des Präsidialgesandten zu benutzen. „Sein Nachfolger würde antipreußische Tendenzen seiner Instruktion vielleicht mit mehr Geschick und Geschmack verdecken, aber zu deren Ausführung nur um so geschickter sein, zumal da er sich voraussichtlich das Vertrauen und die Achtung seiner Kollegen in höherem Grade erwerben würde, als es dem jetzigen Präsidialgesandten bisher gelungen ist“. Man solle nur dem Freiherrn von Prokesch ein Gefühl der Unsicherheit in seiner Stellung beibringen und die Papiere benutzen, um Preußens Duldsamkeit und Verträglichkeit bei den Bundesgenossen in ein vorteilhaftes Licht zu setzen. Außerdem solle man dem Wiener Kabinett zu verstehen geben, daß man Beweise für seine stets abgeleugneten Umtriebe in der Presse in Händen habe⁹¹⁾. Mit diesem letzten Schachzug wurde allerdings nur erreicht, daß Graf Buol den sittlich Entrüsteten spielte, weil Manteuffel von den Papieren keinen delikaten Gebrauch gemacht und sie nicht nach Konstatierung des Falles vernichtet habe⁹²⁾.

Zur Erklärung des ungünstigen Rufes, den Prokesch in Berlin genoß, kann diese Episode zwar nicht unmittelbar herangezogen werden, da die Enthüllung erst in seine Frankfurter Zeit fällt, wohl aber mittelbar. Hatte schon der besorgte Genß im Jahre 1828 dem Journalisten Prokesch warnend vorgehalten, „daß heute n i e m a n d so dreist, so

⁹⁰⁾ Buol an Thun, 26. Febr. 1854. WA.

⁹¹⁾ Bism. an Manteuffel, 2. Febr. 1854. GB. I S. 421.

⁹²⁾ Buol an Thun, 26. Febr. 1854. WA.

verwegen schreibt wie Sie⁹³⁾, so zwingt uns diese Episode zu dem Schluß, daß Takt, Geschmack und Vorsicht auch nicht zu den starken Eigenschaften des Diplomaten Prokesch gehörten. Ein Mangel an diesen Gaben aber mußte doppelt schwer empfunden werden, wenn der Diplomat eine Macht vertrat, die ohnehin mit feindlichen Augen und mit tiefem Mißtrauen betrachtet wurde. Und mancher grobe Verstoß gegen Takt und Vorsicht wurde noch während seines Berliner Wirkens bekannt. War es zu verwundern, daß Prokesch sich unbeliebt machte, wenn er einem höheren Beamten gegenüber Preußens äußere Politik, die hin und her schwankte und überall Fiasco machte, geradezu verhöhnte, oder wenn er die preussische Politik eine Leutnantspolitik nannte, die sich heute in ihrem Machtgefühl aufblase, morgen Treu und Glauben verleugne? So äußerte er sich gegen einen Publizisten (Dr. Toegel), ohne sich über dessen Verschwiegenheit zu vergewissern — kurz darauf war ein ausführlicher Bericht über diesen und ähnliche Ergüsse des kaiserlichen Gesandten in den Händen Manteuffels⁹⁴⁾. Wenn Prinz Wilhelm einmal von Prokesch als „diesem unnützen weißbröckigen Schwadronneur“ spricht, so werden dessen Verteidiger es schwer haben, eine solche Charakteristik als unbillig abzulehnen⁹⁵⁾. Hat Prokesch doch auch Nichtpreußen vor den Kopf gestoßen! Eine sehr heftige Szene mit Baron Buddberg, dem Nachfolger Meyendorffs in der russischen Gesandtschaft zu Berlin, hat seinem Rufe auch in St. Petersburg geschadet⁹⁶⁾. Dazu wurde dort bemerkt, daß Prokeschs Berliner Berichte aufreizend in Wien wirkten. Graf Nesselrode kam daher zu dem Schluß, der phantasievolle Mann, der aus schlechten Quellen schöpfe und

⁹³⁾ Aus dem Nachlasse PrD. I S. 160.

⁹⁴⁾ Gespräch Pr.'s Febr. oder März 1852 mit H. B. v. U n r u h; siehe dessen „Erinnerungen“ (1895) S. 169. Gespräch v. 1. März mit Dr. Toegel. P o s c h i n g e r, Manteuffel II S. 102.

⁹⁵⁾ Prinz W. an Manteuffel, 5. Apr. 1853. Pr. a. P. II S. 56.

⁹⁶⁾ Rochow an Manteuffel, 11. Okt. 1851. Pr. a. P. I S. 231.

mit wer weiß was für Leuten umgehe, sei seiner Aufgabe, zu vermitteln und Schärfen zu mildern, nicht gewachsen und müsse von Berlin entfernt werden. Der russische Kanzler ging so weit, daß er deswegen eindringliche Vorstellungen in Wien erhob⁹⁷⁾. Es war kurz vor Schwarzenbergs Tode, und nach dem wiederholten Zeugnis des preußischen Gesandten in Wien wurde damals der Fürst selber an Prokesch irre und hat ihn nur deshalb nicht abberufen, weil er nicht wußte, wohin mit ihm⁹⁸⁾.

Es ist also kein Zweifel möglich, daß Prokesch von Osten ganz wesentlich selber die Schuld trägt, wenn er sich in Berlin von Jahr zu Jahr immer unmöglicher machte. Und nachdem er einmal mißliebig geworden war, achteten kritische Augen auch auf kleine Verstöße und benutzten sie gern, um dem Verhaßten einen Denzettel zu geben. Daß Prokesch sich von einem Hofball sofort nach dem Souper zurückzog, „noch bevor Se. Majestät der König die Festgemächer verlassen hatte“, erregte „Verwunderung und Raillerie“ und gab der Bosphischen Zeitung Stoff zu einem bissigen Artikel. „Man will bei dem Herrn Gesandten öfters gelehrte Zerstreutheit bemerkt haben und meint, daß er sich vielleicht auch in jenem Augenblicke nicht genau seiner Pflichten erinnerte . . . ein Gesandter hat aber als e r s t e Pflicht, die größte Ehrerbietung gegen denjenigen Fürsten an den Tag zu legen, bei dessen Hofe er accreditirt ist“⁹⁹⁾. Einem Gesandten gegenüber, der die allgemeine Achtung genoß, wäre aus so geringfügigem Anlaß ein solcher Ausfall nicht möglich gewesen.

Es lag eben nicht nur, wie Schemann als Retter seiner Ehre meint, „in der Natur der Sache“, sondern zugleich in

⁹⁷⁾ Rochows Petersburger Berichte Febr. u. März 1852. Ebenda S. 263, 364, 366, 384.

⁹⁸⁾ Ebenda S. 382 und Arnims Wiener Bericht v. 18. März 1852, S. 389.

⁹⁹⁾ Rgl. privilegierte Berlinische Zeitung (Bosf. Ztg.) 1. März 1851. Vgl. U n r u h, a. a. O.

der Natur der Person, daß Profesch die gehaßteste Persönlichkeit in der politischen Welt Berlins geworden war; und wenn derselbe Forscher meint, niemand werde in Zweifel ziehen können, daß die Berliner Wirksamkeit sehr zu seinen Gunsten spreche, so beruht dieses Urteil auf unvollständiger Quellenkenntnis¹⁰⁰). Nur e i n Verdienst bleibt bestehen, und dieses eine erklärt, wie es geschehen konnte, daß ein Diplomat, der es in Berlin nicht nur mit den Preußen, sondern auch mit den Russen verdorben hatte, der selbst seinem Gönner Schwarzenberg als reis zur Abberufung erschien, dennoch wieder auf dem Schauplatz der deutschen Politik, am Bundestag zu Frankfurt, verwendet werden konnte. Dieses e i n e Verdienst war sein ehrliches Bemühen um Erhaltung des Friedens im November 1850, in den kritischen Tagen zwischen Brunnau und Olmütz. Dafür hat Kaiser Franz Josef ihm treuen Dank gewußt¹⁰¹). Aber wenn Profesch auch von Preußen Dank dafür erwartete, so vergaß er, daß er wahrlich nicht aus schonender Rücksicht auf Preußen für den Frieden gewirkt hat, sondern nur, weil er an dem guten Aus-

¹⁰⁰) Ludwig Sch e m a n n, Bismarck und Profesch-Osten. Eine Ehrenrettung. Die Grenzboten, 73. Jg. II (1914) S. 9, 10. Sch. konnte zwar noch nicht das Meyendorff-Werk von Hoeßsch benutzen, hätte aber auch aus den älteren Veröffentlichungen Poschingers entnehmen können, daß Profesch es an Takt wie an Urteilsfähigkeit oft hat fehlen lassen. Der Aufsatz enthält manches Treffende, geht aber von der ganz irrigen Vorstellung aus, daß Bismarck der Einzige gewesen sei, der Profesch vernichtend beurteilt habe. Wie unrichtig das ist, zeigt obige Darstellung. Als Pr. nach Frankfurt ging, war an seinem Rufe als Diplomat kaum noch etwas zu verderben. Ebenso unbegründet ist Sch.'s andere Vorstellung, daß Bismarck in seinem erbarmungslosen Hass gegen den e r f o l g r e i c h e n Vertreter der österreichischen Interessen zum Mörder der Ehre und des Rufes von Pr. geworden sei. Unter den drei Präsidialgesandten, mit denen B. zu tun hatte, war Pr. gerade der am wenigsten erfolgreiche, für B. daher der erwünschteste Vertreter Österreichs.

¹⁰¹) F r i e d j u n g, Österreich von 1848 bis 1860, II 1, S. 95 ff.

gang einer kriegerischen Politik für Österreich zweifelte. Seine Klage über Preußens Undank hat daher schwache Logik¹⁰²⁾. Ein Mann wie Graf Schack, weder Politiker noch Preuße, hatte gewiß ein unbefangenes Urteil. Er kannte Profesch von Athen her, freute sich, ihm in Berlin wieder zu begegnen, und genoß gern die edle Geselligkeit in seinem Hause, „das ein wahrer Musensitz war“. Doch „wurde die Agitation, die Profesch gegen die deutschen Bestrebungen Preußens betrieb, nach und nach so heftig, daß ich mir in dem Besuche seines Hauses, so anziehend mir daselbe auch sein mochte, einige Reserve auferlegen mußte“¹⁰³⁾. Und Graf Schack hatte als unabhängiger Mann keine anderen Rücksichten zu nehmen, als die, die ihm durch seine Neigungen und Überzeugungen geboten waren. Es mag für einen Undersdenkenden auf die Dauer schwer erträglich gewesen sein, immer wieder die gleichen Tiraden über die Eitelkeit und Rabulisterei der preußischen Politik aus dem Munde eines Mannes anzuhören, der alle Torheit und alle Leidenschaft auf preußischer, allen gesunden Menschenverstand und alle Mäßigung auf österreichischer Seite sah¹⁰⁴⁾.

Zu dem Vertrauen des österreichischen Kaisers, das Profesch unvermindert behielt, trat noch ein zweiter Grund, der uns erklärt, weshalb man einen in Berlin so übel beleumdeten Mann auf den Frankfurter Posten schickte. Das war die Ebbe, die damals in Österreich an fähigen Diplomaten herrschte. Von den wenigen, die außer Profesch ernstlich in Frage kamen, scheint niemand rechte Lust gehabt zu haben. Profesch selber stand bei dem Ministerpräsidenten gar nicht hoch in Ansehen. Er war dem Grafen Buol zu literarisch und

¹⁰²⁾ Siehe die Briefe an seine Frau v. 27. Juli 1852 u. 3. Jan. 1853, vergleiche damit seine Briefe an Schwarzenberg v. 5. Juni u. 17. Aug. 1850. BrPrD., S. 267, 293; 142, 154 f.

¹⁰³⁾ Ad. Fr. Graf v. Schack, Ein halbes Jahrhundert I (1888) S. 324.

¹⁰⁴⁾ BrPrD. S. 163, 219.

galt ihm für fähig, einer wohlgerundeten Phrase zu Liebe einen Handel mit Preußen als unvermeidlich bevorstehend hinzustellen. Der Minister belustigte sich in seiner nüchternen Kühle über die Diplomaten, die, unter Schwarzenberg an schneidende Sprache und Superlative gewöhnt, jetzt auch ihm gegenüber diesen Ton beibehielten¹⁰⁶). Gern also hat er Prokesch gewiß nicht nach Frankfurt geschickt, und Thuns eindringliche Warnung scheint die endgültige Ernennung noch einmal verzögert zu haben. Buols in Frankfurt lebende Schwester, Frau von Brints, gab ihren Abscheu gegen Prokesch unmittelbar nach dessen Ankunft so offen zu erkennen, daß Bismarck, obwohl an ihre ungezügelte Sprache gewöhnt, doch überrascht war¹⁰⁷). Sie wußte offenbar, wie wenig auch ihrem Bruder der neue Präsidialgesandte genehm war. Buol selber hat die Ernennung Meyendorff gegenüber mit der Begründung zu rechtfertigen gesucht, daß kein anderer besser in die deutschen Dinge eingearbeitet sei, und mit der Erinnerung daran, daß nächst Meyendorff selber niemand (im Jahre 1850) mehr getan habe, um den Bruch mit Preußen zu verhüten¹⁰⁷). Er fühlte also das Bedürfnis, Rußland darüber zu beruhigen, daß die Ernennung des in Berlin Verhafteten keine Kampfmaßregel gegen Preußen bedeuten solle. Ob ihm das gelungen ist? Der Prinz von Preußen machte kein Hehl aus seiner Auffassung. Er schrieb an seine Schwiegermutter in Weimar, die Schwester des Zaren, empört über „die Ernennung des Herrn von Prokesch, der Österreich mehr geschadet hat als uns, aber doch immer höchst unangenehm bleibt, ein bössartiger Mensch von anerkannter Perfidie“¹⁰⁸).

¹⁰⁵) Meyendorff an Nesselrode, 28. Apr. 1852. *Soeßsch* II S. 460.

¹⁰⁶) Bism. an Manteuffel, 12. Febr. 1853. *GW.* I S. 296.

¹⁰⁷) Buol an Meyendorff, 28. Jan. 1853. *Soeßsch* III S. 9.

¹⁰⁸) Prinz Wilhelm an Großherzogin Maria Paulowna, 24. Jan. 1853. Kaiser Wilhelms I. Weimarer Briefe, hrsg. von J. Schulke I (1924) S. 252.

Und an Bismarck schrieb er einen Brief, der von Entrüstung übersprudelt: „Meine Indignation können Sie sich denken . . . Sie werden einen schweren und sehr unangenehmen Stand bekommen, um so mehr, da man Sie forthaten will von Frankfurt a. M. als nicht Östreichisch genug. Ich erwarte, daß Sie ebenso fest gegen Profesch sein werden als Sie es gegen Thun waren, und daß Sie sich nicht werden fortschnellen lassen. Aber was soll man zu dieser Wiener Perfidie sagen, so unmittelbar nach des Kaisers Visite? Es ist völlig Östreichisch contra Preußen! Ich möchte wohl wissen, was man in Wien sagte, wenn man jetzt Bernstorff an Ihre Stelle setzte?? Man würde es eine Insulte nennen“¹⁰⁹). — Schließlich erhielt Profesch den Frankfurter Posten, weil Österreich keinen Besseren hatte.

Unser Bild, eine Zeichnung von Kniehuber, stammt aus dem letzten Jahre seiner Präsidialgesandtschaft. Es zeigt den Sechzigjährigen, dessen schlanker Gestalt die Uniform des Feldmarschall-Leutnants gut steht. Ein Gesicht sprühend von Leben, volle Lippen, eine mächtige, leicht gebogene Adlernase, große Augen unter starken, buschigen Brauen, die Stirn eher niedrig. Auf diesem wie auf allen anderen Bildern von Profesch-Osten geht der bestimmende Eindruck von der mittleren, durch die kühne Nase und das leuchtende Auge beherrschten Gesichtspartie aus. In leichten, natürlichen Wellen fließt das ergrauende aber noch dichte Haar um den Kopf, buschig noch die Schläfe bedeckend und abwärts ein Stückchen fortgesetzt, so daß die große Ohrmuschel rings umwaltet ist. Wie ein Diplomat sieht dieser Mann nicht aus, auch kaum wie ein Offizier, trotz der Uniform, die auch am Bundestag seine bevorzugte Tracht blieb. Auf einer anderen, um acht Jahre jüngeren Zeichnung von Kniehuber liegt im Auge der sinnende Blick des Dichters, und etwas Künstlerhaftes bleibt dem Eindruck auch unseres Bildes. Eine Unterhaltung mit

¹⁰⁹) Pr. Wilh. an Bism., 29. Jan. Anh. 3. G. u. E. I S. 18.

diesem Manne voll Geist und Phantasie muß fesselnd, kann bezaubernd sein. Aber ist es das Gesicht eines Menschen, das Vertrauen erweckt? Und liegt nicht in seinem Wesen etwas eigentümlich Fremdartiges?

Profesch hat an Frankfurt als Stadt gern zurückgedacht: „ich liebe diese Stadt mit ihrer alten Geschichte, mit ihrer wackeren, geselligen Bürgerschaft, mit ihrer anmutigen Umgebung und dem klassischen Taunus“¹¹⁰⁾. Aber auf seinem diplomatischen Posten fühlte er sich nicht wohl und blieb ein Fremder. Für ihn war nach wie vor Konstantinopel das Ziel seiner Sehnsucht. Doch dort wollte der Zar ihn nicht haben¹¹¹⁾. Erst als diese Rücksicht weggefallen war, nach dem Tode Nikolaus I., während der großen Orientkrisis des Krimkrieges, kehrte der im Orient Erprobte dorthin zurück, um nun bis in sein hohes Alter, von 1855 bis 1871, zuletzt durch Erhebung in den Grafenstand und Beförderung zum Feldzeugmeister belohnt, Österreich in Konstantinopel würdig und glanzvoll zu vertreten. Hier konnte auch die reiche Kultur seiner Persönlichkeit sich wieder frei entfalten. Graf Schaß, der ihn dort wieder sah, hat uns geschildert, wie in dem jugendfrischen Greise die alte Begeisterung für Kunst und Wissenschaft ungeschwächt weiterglühte. Er schied von ihm mit dem Gefühl, als hätte er sich von einem Symposion erhoben, wie jetzt keines mehr gehalten wird¹¹²⁾.

¹¹⁰⁾ BrPrD. S. 470.

¹¹¹⁾ Arnim an Manteuffel, 16. Okt. 1852. Pr. a. B. I S. 444 f. Vgl. BrPrD. S. 142; ferner Bismarcks Mitteilung 19. Febr. 1853. GW. I S. 298.

¹¹²⁾ Graf Schaß II S. 102. — Der während des Druckes erscheinende dilettantische Aufsatz von Richard K u e n z e r über Profesch-Osten („Hochland“ März 1927) wird durch konfessionelle und politische Neigungen und Abneigungen bestimmt und hat mit historischer Wissenschaft nichts gemein. R. folgt Schemann kritiklos, vergrößert aber dessen Fehler: die Idealisierung Profeschs wie die Ungerechtigkeit gegen Bismarck.



Freiherr Prokesch von Osten
Nach einer Lithographie von Kriehuber. 1855

Zweiter Abschnitt

Die Anfänge des neuen Präsidiums

Bismarck hatte anderthalb Jahre Frankfurter Erfahrungen und Kämpfe hinter sich, als der Wechsel im Bundespräsidium eintrat. Er hatte mit Erfolg verhindert, daß aus dem Bundestage eine kräftige Exekutivbehörde wurde, und hatte dafür gesorgt, daß Preußen seine staatliche Selbständigkeit im Bunde behielt. Stärkung des Bundes galt ihm mit Recht als gleichbedeutend mit Stärkung des österreichischen Einflusses in Deutschland. Als daher nun der Präsidialstuhl neu zu besetzen war, erschien ihm als der gefährlichste mögliche Nachfolger Thun der Geschäftskundigste und Liebenswürdigste unter den österreichischen Staatsmännern, der Unterstaatssekretär von Werner, der obendrein in dem Rufe stand, preußenfreundlich zu sein. Denn „alle jene Eigenschaften würden gegen Preußen in die Waagschale fallen, auch die angeblich preußenfreundliche Gesinnung Werners, deren Regungen ihre Gränze in den Wiener Instructionen finden und nur dazu dienen würden, uns bei den anderen Deutschen und außerdeutschen Regierungen als die Unverträglichen erscheinen zu lassen“¹⁾. Lieber als ein persönlich bequemer, aber politisch gefährlicher Bundestagspräsident war ihm ein persönlich unbequemer, aber politisch auch in den Augen der übrigen Gesandten belasteter Mann wie Prokesch von Osten. Bismarck hat zwar früher einmal, als Graf Thun amtsmüde schien, im April 1852, Manteuffel gebeten, ihn „nach Kräften vor dem Herrn von Prokesch zu schützen“²⁾; jetzt aber, nach der Ernennung des Gefürchteten, sah er diese nur noch unter dem

¹⁾ Bismarck an Gerlach, 4. Dez. 1852, S. 43.

²⁾ B. an Manteuffel, 23. Apr. 1852. GW. I S. 167.

Gesichtspunkte an, wie sie nach Möglichkeit zugunsten Preußens ausgenützt werden könnte. Und da fand er Grund genug zur Zufriedenheit.

Seine Kollegen, die in der Mehrzahl nichts lieber wollten, als Ruhe und Frieden am Bundestag, bestürmten ihn mit Fragen, ob diese Ernennung im Einverständnis mit Berlin geschehen sei. Bismarck verneinte entschieden und suchte die Vorstellung zu erwecken, daß Österreich mit der Ernennung dieses Preußenfeindes etwas getan habe, was es Preußen gegenüber wieder gut zu machen habe. Er wollte eine Stimmung schaffen oder verstärken, bei der die Bundestagsgesandten von vornherein geneigt wären, die Schuld an etwaigen Streitigkeiten mit Österreich der unrichtigen Wahl des Präsidialgesandten beizumessen. Bismarck erwartete bestimmt, daß Profesch nicht der Mann sein werde, Österreich die bisherigen Bundesgenossen zu bewahren und unter diesen selbst den Frieden zu erhalten. Er nahm sich jedoch vor, nicht der erste zu sein, der mit dem neuen Präsidialgesandten in persönlichen Konflikt gerate³⁾.

Auch Profesch, der über seinen Ruf ja genau Bescheid wußte, war entschlossen, jeden Anlaß zu einem derartigen Konflikt sorgfältig zu vermeiden. Er richtete an seinen preußischen Kollegen einen schmeichelhaften Brief, in dem er dessen ehrenhaften Charakter, seine Gabe höherer Anschauung, seine lebenswürdige Form in wohlgesetzten Worten rühmte⁴⁾. Der Brief war aufrichtig gemeint; denn drei Wochen später urteilt Profesch in einem Bericht an Buol fast mit denselben Worten über Bismarck. Und doch wird man unwillkürlich an die Art erinnert, wie einst Herr von Rochow sich bei Graf Thun einführte; denn auch die Wirkung des überhöflichen Briefes auf Bismarck war die gleiche wie einst die des Rochowschen Briefes

³⁾ B. an Manteuffel, 13. Jan. 1853. GW. I S. 280 f.

⁴⁾ Profesch an B., 18. Jan. 1853. Anh. z. d. G. u. C. II S. 114 f.

⁵⁾ B. an Gerlach, 21. Jan. 1853, S. 55. Zu Rochow vgl. oben S. 13, 14.

auf Thun: ein Gefühl der Verachtung für den Ankömmling⁶⁾). Bismarck bemerkte nicht ohne Genugthuung, daß der erste Eindruck des neuen Vorsitzenden auch auf die Kollegen nicht eben günstig war. „Seine persönliche Erscheinung gefällt hier nur wenigen; er spricht den Leuten zu viel und sagt ihnen zu übertriebene Schmeicheleien. Man merkt die Absicht und wird verstimmt“⁶⁾). Graf Bernstorff war doch gut unterrichtet, als er vier Jahre vorher dem für Berlin bestimmten Prokesch eine Charakteristik voraussandte, in der das Talent der Schmeichelei stark unterstrichen wurde (ob. S. 145).

Die Antrittsrede, mit der Prokesch-Osten sich am 3. Februar 1853 der Bundesversammlung vorstellte, stimmt zu diesem Eindruck so gut, daß Bismarcks Bericht nicht etwa durch Übelwollen oder Vorurteil erklärt werden kann. Es war die Rede eines Mannes von historischer Bildung und literarischer Form, aber zugleich weitschweifig und von einer das herkömmliche Maß überschreitenden Höflichkeit gegen die hochverdienten, durch gereifte Geschäftserfahrung ausgezeichneten Männer, in deren „erleuchtete Mitte“ Prokesch nun eintrat. Die historische Betrachtung, die von der Urzeit über Karl den Großen bis Napoleon führte und die deutsche Bundesverfassung als das naturnotwendige Erzeugnis der deutschen Geschichte nachzuweisen suchte, entfernte sich, wie Bismarck mit Recht bemerkte, von dem Charakter der in der Bundesversammlung üblichen Vorträge. „Wozu,“ meinte Prinz Wilhelm, „eine solche geschichtliche Deduction von Karl dem Großen an, in einem Collegium, das seit einigen 30 Jahren besteht?“ Das Ziel aber, auf das der Redner hinauswollte, mußte als ein friedenverheißendes Omen erscheinen; denn Prokesch verkündete die Berechtigung des politischen Sonderlebens, die Achtung vor den Rechten der deutschen Einzelstaaten. Zum Schluß erhielt Bismarck, in dem Prokesch „einen Mann gehobener Gesinnung, des umsichtigsten Eifers und der wärm-

⁶⁾ B. an Manteuffel, 12. Febr. 1853. GB. I S. 296.

sten Vaterlandsliebe“ zu verehren bekannte, einen ausgesucht höflichen Dank für die Führung der Präsidialgeschäfte in den Monaten nach Thuns Weggang⁷⁾). Dieser Dank gewinnt einen pikanten Beigeschmack, wenn man daneben einen Bericht des Bundeskanzleidirektors Freiherrn von Brenner hält, der kurz vor dem Eintreffen Prokeschs versichert, Bismarck habe sich in seiner vorübergehenden Präsidialstellung so ausnehmend gefallen, daß es ihn wohl einige Mühe kosten dürfte, demnächst in sein früheres Verhältnis als einfacher Bundestagsgesandter sich wieder hineinzufinden⁸⁾).

Bismarck erwiderte die Rede von Prokesch mit der vollendeten, wohlabgemessenen Höflichkeit, die er stets beherrschte, flocht auch eine Huldigung an den hervorragenden Namen ein, den der neue Gesandte Österreichs in der wissenschaftlichen Welt genoß, war aber doch etwas verstimmt, als er hinterher den vollen Wortlaut beider Reden in den Zeitungen wiederfand. Es gehörte bei solchen Anlässen zum Handwerkszeug des Redners, daß er die gereiften diplomatischen Erfahrungen und die genaue Geschäftskennntnis des zu Begrüßenden rühmte; es war nur korrekt, daß Bismarck dem Kaiser von Österreich den Dank des Bundestages für die Wahl einer zur Leitung der Geschäfte vor anderen befähigten Persönlichkeit aussprach; aber es stimmte schlecht zu seiner schon gekennzeichneten Taktik gegenüber dieser Wahl, daß diese Höflichkeiten — mit Bismarck zu reden, „die Schmeicheleien, welche ich die schamlose Stirn hatte, ihm ins Gesicht zu sagen“⁹⁾ — nun in alle Welt hinausgeschickt

⁷⁾ Prot. BW. 1853 Febr. 3., § 28. Ebenda Bismarcks Erwiderung. Sein Urteil über die Rede von Prokesch: Immediatbericht v. 4. Febr., Pr. i. BT. I S. 191; an Gerlach, 15. Febr., S. 58. Das Urteil des Prinzen W.: Anh. j. d. G. u. E. I S. 19.

⁸⁾ Frhr. v. Brenner an Gr. Buol, 10. Jan. 1853. WA. Diese Betrachtung gab der Wiener „Presse“ v. 9. Febr. Stoff zu einem wohl durch Brenner lancierten ironischen Artikel über Bismarck. Anh. j. d. G. u. E. II S. 118 f.

⁹⁾ Bismarck an Gerlach, 15. Febr. 1853, S. 58.

wurden. Profesch mußte sich die Belehrung gefallen lassen, daß er wohl seine eigene, aber nicht Bismarcks Rede ungefragt veröffentlichen durfte¹⁰⁾.

In Wien hatte man dem Amtsantritt des neuen Präsidialgesandten nicht ohne Bangen entgegengesehen, hatte Bismarck für die Vertretung des Präsidiums mit dem Orden der Eisernen Krone 1. Klasse ausgezeichnet und war nun erleichtert, als alles glatt verlief. Graf Buol beglückwünschte Profesch zu dem guten Empfang, vor allem zu den „freundlichen persönlichen Beziehungen, in welche gleich Ihre ersten Schritte Sie insbesondere zu dem Vertreter Preußens brachten“¹¹⁾. Es ist bezeichnend, daß Buol den damals in St. Petersburg weilenden Baron Meyendorff sofort unterrichtete, Bismarck sei als Erster Profesch freundlich entgegengekommen¹²⁾. Die russische Abneigung gegen diesen wird dadurch nicht gemindert worden sein. Der Frankfurter Gesandte Rußlands fand sofort etwas Anstößiges in der präsidialen Antrittsrede: Österreich war als „Mark gegen Süden und Osten“ bezeichnet worden! Bismarck zog aus der Empfindlichkeit über diesen Ausdruck den Schluß, der Gesandte sei angewiesen, ein feindseliges Auge auf Profesch zu haben. Scharf beobachtet wurde dieser gewiß von russischer Seite: hatte Rußland ihm doch die ersehnte Berufung nach Konstantinopel verdorben! Der Schluß lag nahe, daß er den Russen dafür mit jener Redewendung eins habe versehen wollen¹³⁾.

¹⁰⁾ B. an Manteuffel, 19. Febr. GW. I S. 298.

¹¹⁾ Buol an Profesch, 25. Jan. 1853: Mitteilung der Ordensauszeichnung für Bismarck; 11. Febr.: Glückwunsch zum Amtsantritt. WA., Weisungen an den Präsidialgesandten.

¹²⁾ Buol an Meyendorff, 28. Jan. 1853. Hoeksich III S. 9. Profesch war zur Zeit dieses Briefes zwar noch nicht in Frankfurt, hatte aber, nach Buol, „une fort bonne lettre“ von Bismarck erhalten.

¹³⁾ Bism. an Gerlach, 15. Febr., S. 58. An Manteuffel, 19. Febr. GW. I S. 298.

Es war ein heißer Boden, auf den der Österreicher in Frankfurt trat, von allen Seiten mit feindseligen oder mißtrauischen Augen betrachtet. Was ihm dennoch guten Mut für die Zukunft gab, war nicht zum wenigsten sein Vertrauen zu Bismarcks Charakter. Er kannte seinen jetzigen preußischen Kollegen schon von Berlin her, hatte ihn in der Revolutionszeit als Abgeordneten auf der Tribüne gesehen und seinen Mut wie die Kraft seiner Reden bewundert. Durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Radowiz fühlte er sich ihm damals politisch nahe gerückt. Die wenigen persönlichen Berührungen der beiden Männer, zu denen es auch schon in Berlin kam, waren reibungslos verlaufen¹⁴). Zehn Tage nach seiner Ankunft in Frankfurt berichtet Profesch an Graf Buol: „Ich habe bis jetzt keinen Grund, mit dem hiesigen Stande unzufrieden zu sein. Alle Bundestagsgesandten und namentlich Herr von Bismarck haben mich freundlich und vertrauensvoll aufgenommen, und ich lasse mir angelegen sein, das gute Verhältniß zu pflegen. Die Stellung des Letzteren hat gegenüber einer leidenschaftlichen Partei, die das Interesse Preußens nicht auf dem staatsmännischen Wege der Einigung mit Österreich, sondern auf dem unbrauchbaren des Antagonismus sucht, manche Schwierigkeit; aber sein ehrenwerther Charakter und seine höhere Auffassung sind Bürge, daß er sie seinerseits nicht vermehren wird“. Es erfüllte ihn mit Genugtuung, daß das der preußischen Gesandtschaft nahe stehende „Frankfurter Journal“, im Unterschiede von der Kölner und der Mittelrheinischen Zeitung, seine Antritts-

¹⁴) So berichtet Frhr. v. Brenner in dem oben (Anm. 8) angeführten Stück. Vgl. BrPrD. S. 470 und Poschinger, Mantuffel II S. 103. — Daß die gelegentliche Anwesenheit Profeschs in der Diplomatenloge der Zweiten Kammer auch Bismarck nicht entgangen war, zeigt eine Stelle in dessen Kreuzzeitungsartikel v. 9. Okt. 1849: „Herr v. Profesch gähnte unter den pomphafesten Angriffen auf Österreich.“ BVB. III S. 420.

sizung wohlwollend besprach¹⁵⁾. Noch wärmer als im amtlichen Bericht schrieb er an seine Frau: „Ich kann die freundschaftliche Haltung des Herrn von Bismarck nicht genug rühmen. Ich hoffe wirklich, daß wir, in würdiger Unabhängigkeit neben- und miteinander gehend, dem Bunde und Deutschland Nutzen bringen werden“¹⁶⁾. Genau am gleichen Tage, am 15. Februar, schrieb Bismarck an Gerlach: „Einstweilen bin ich im vollen Genuß der Langweiligkeit des Herrn von Prokesch . . . Er spricht sich übrigens vollständig tot und verlängert unsre Ausschuß-Sitzungen durch seine selbstgefällige Weitschweifigkeit auf das Dreifache“. Also Sympathie und Vertrauen auf seiten Prokeschs, Geringschätzung auf seiten Bismarcks.

Herr von Prokesch bekam bald einen Begriff von der peinlichen Strenge, mit der Bismarck darüber wachte, daß dem Bundespräsidium auch nicht ein Titelchen Ehre mehr erwiesen wurde, als ihm zukam. Der Kommandeur der in Frankfurt stehenden preußischen Bundestruppen, Generalmajor von Herwarth, wollte dem K. K. Feldmarschall-Leutnant Prokesch von Osten das preußische Offizierkorps vorstellen und erhielt durch den österreichischen Oberbefehlshaber der vereinigten Frankfurter Bundestruppen, Generalmajor von Schmerling, die Mitteilung der Stunde, zu der der K. K. Bundespräsidialgesandte die preußischen Offiziere empfangen werde. Sofort machte Bismarck, in verbindlicher

¹⁵⁾ Bericht Prokeschs v. 10. Febr. 1853. *WZ.* Vgl. das Frankfurter Journal v. 6. Febr., Extrabeilage zu Nr. 31. Der Artikel mag von Bismarck inspiriert worden sein, zeigt aber in Stil und Ausdrucksweise eine fremde Feder und geht sicher über das hinaus, was Bismarck an Freundlichkeit hatte sagen wollen. Prokeschs Rede wird als „eine Meisterrede in jeder Beziehung“ charakterisiert: „Kurz, präcis [!], abgerundet in ihrer Form, in ihrem allgemeinen Charakter von einem versöhnlichen sittlichen Ernst, der seine Wirksamkeit nicht verfehlen kann“.

¹⁶⁾ 15. Febr. BrPrD. S. 298.

Höflichkeit, aber mit entschiedener Deutlichkeit, Herrn von Profesch darauf aufmerksam, daß der Besuch ausschließlich dem Feldmarschall-Deutnant der verbündeten österreichischen Armee gelte, nicht aber dem Bundespräsidialgesandten, und bat diesen um entsprechende Belehrung des Generals von Schmerling. Profesch, der von dem Lapsus des Generals nichts zu wissen erklärte, nahm nicht den mindesten Anstoß, den kleinen Zwischenfall noch am selben Tage in dem von Bismarck gewünschten Sinne auf das korrekteste zu erledigen¹⁷⁾. Dieser hielt jedoch die Angabe, Profesch habe von Schmerlings Bescheid nichts gewußt, für unwahr und hat sich Manteuffel gegenüber so bestimmt in diesem Sinne geäußert, daß er gute Gründe dafür gehabt haben muß; seine Zweifel an der Wahrheitsliebe des Mannes nahmen nun feste Gestalt an und ließen ihn nicht mehr los¹⁸⁾. Profesch hat es damals nicht zu fühlen bekommen, daß Bismarck ihm nicht glaubte. Es sollte genug sein an der Warnung zum Amtsantritt, daß Preußen keine Erweiterung der präsidialen Ehrenrechte zulasse. Der Vertreter Österreichs fand nun, daß es „an sich nicht ganz leicht“ sei, ein gutes Einvernehmen mit seinem preußischen Kollegen zu bewahren¹⁹⁾.

Bismarck aber fand es bald noch wesentlich schwerer, mit dem österreichischen Kollegen in gutem Einvernehmen zu bleiben. Denn mangelnde Wahrheitsliebe blieb nicht der einzige Vorwurf, den er gegen ihn zu erheben hatte. Bald genug erlebte er bei Meinungsverschiedenheiten wiederholt Ausbrüche einer so zügellosen Heftigkeit, daß er Herrn von Profesch in ernststen Worten auf das Maß, welches anzuhören seine Stellung ihm gestatte, aufmerksam machen mußte²⁰⁾.

¹⁷⁾ Der Briefwechsel der Gesandten, vom 6. Febr. im BSB. III S. 69—72.

¹⁸⁾ B. an Manteuffel, 7. u. 12. Febr. GB. I S. 293, 295.

¹⁹⁾ Profesch an Buol, 13. Febr. BrPrO. S. 295.

²⁰⁾ B. an Manteuffel, 9. März. GB. I S. 306.

Da auch Bismarck heftig werden konnte, läge es nahe, die Schuld an solchen Auftritten auf beide zu verteilen; allein dem steht nicht nur eine Szene entgegen wie die in einer Ausschußsitzung, bei der Prokesch erst gegen Bismarck, dann gegen die Gesandten Bayerns und Hamburgs so ungezogen und heftig wurde, „daß wir alle drei mit gleichzeitigem Entschluß aufstanden und ihn allein ließen als Ruine der Deutschen Einigkeit. Ich habe einen so rohen, zänkischen Schulmeister noch nie gesehen!“²¹⁾ Sondern vor allem steht der Annahme einer Mitschuld Bismarcks an derartigen Auftritten entgegen, daß die Berichte wie die Privatbriefe Prokeschs aus diesen Monaten auch nicht einen einzigen Fall Bismarckscher Heftigkeit anzuführen haben. Vielmehr rühmte Prokesch, daß er „trotz mancher Schwierigkeiten persönlich im besten Verhältnis“ mit Bismarck stehe, nennt dieses Verhältnis „erflectlich gut“ und wiederholt das gleiche immer von neuem. Nur eine gewisse Empfindlichkeit, gelegentliche Mörgeleien, vor allem aber Mangel an Vertraulichkeit hat er an ihm auszufehen²²⁾. „Ich beklage mich über die persönliche Haltung des Herrn von Bismarck nicht. Ich wünsche sie offener, vertraulicher, aber sie genügt. Ich erweise ihm jede Rücksicht und gehe über die Häfeleien, die er von Zeit zu Zeit vorbringt, ruhig hinweg. Alle übrigen Bundesgesandten ohne Ausnahme benehmen sich auf das freundlichste und vertraulichste“²³⁾. Diese Sätze enthalten ungefähr das Schwerste, was Prokesch gegen seinen preußischen Kollegen vorzubringen hat. Nie aber ein Wort, daß Bismarck sich in der Form ihm gegenüber vergessen hätte. Wenn dieser sich vor Vertraulichkeit hütete, so wird Prokesch selber am besten gewußt haben, warum.

Sein Bedauern über Bismarcks Zurückhaltung hat die

²¹⁾ B. an Gerlach, 5. u. 6. Aug. 1853, S. 90 f., 94.

²²⁾ BrPrD. S. 298, 302, 304, 312, 314, 317, 325.

²³⁾ Bericht Prokeschs v. 17. Apr. 1853. WA.

dienstlichen Beziehungen der beiden Gesandten nicht gestört. Denn Bismarck blieb seinem Vorsatz treu, nicht der erste zu sein, der Handel beginne. Außerdem waren die Dinge, die den Bundestag im Frühjahr und Sommer 1853 beschäftigten, größtenteils so subalternen Natur, daß es nicht staatsmännisch gewesen wäre, einen Zwiespalt der Auffassung zu ernstlicher Krise anwachsen zu lassen.



Dritter Abschnitt

Die tote Saison

„In politischer Beziehung,“ schrieb Bismarck im April 1853, „haben wir jetzt hier eine todte Saison... und die Geschäfte verlieren sich einigermaßen ins Kleinliche“¹⁾. Die einzige wichtige Angelegenheit betraf die Frage, in welchem Umfang der Ausbau der beiden Bundesfestungen Ulm und Rastatt durchzuführen sei. Zwei ältere Bundesbeschlüsse lagen vor, einer von 1841, der den Bauplan, und einer von 1842, der die Maximalsumme der Baukosten festsetzte. Da sich nun ergab, daß diese Summe für die Ausführung des Bauplanes nicht ausreichte, so war zu entscheiden, welcher Bundesbeschluß maßgebend war, ob der Bauplan einzuschränken oder die Baukosten zu erhöhen seien. Österreich war für den zweiten Weg und sah in dem Bundesbeschluß von 1841 die unänderliche Grundlage für alle ferneren Beschlüsse. Der Präsident der Bundes-Militärkommission, die einen fachmännischen Beirat des Bundestages in Militärangelegenheiten bildete, Generalmajor von Schmerling, hatte noch unter Graf Thuns Präsidium, im Oktober 1852, diesen Rechtsstandpunkt auch als militärische Notwendigkeit ausführlich begründet. Hinter ihm stand die Mehrheit der Militärkommission. Preußen aber war für den ersten Weg, Einschränkung des Bauplanes, dessen Durchführung nach seiner Rechtsauffassung durch den einstimmig gefaßten Bundesbeschluß von 1842 an die maßgebende Voraussetzung gebunden worden war, daß er die Höchstsumme von 27½ Millionen Gulden nicht überschreite. Das preußische Mitglied der Militärkommission, Oberst Graf

¹⁾ Bismarck an Hermann Wagener, 27. Apr. 1853. BBr. S. 152.

Waldersee, begründete im Januar 1853 sein Sondervotum mit einer ausführlichen Kritik der Denkschrift Schmerlings und suchte nachzuweisen, daß die Bausumme nicht erhöht zu werden brauche, daß die noch verfügbaren Mittel vielmehr ausreichten, um die beiden Festungen genügend widerstandsfähig zu machen.

Das für den Frieden des Bundestages Bedenkliche lag nun darin, daß es sich um mehr handelte, als um zwei verschiedene Rechtsauffassungen und zwei abweichende militärische Gutachten. Schmerlings Denkschrift schlug auch einen politischen Ton an, der dann natürlich in Waldersees Gegenschrift sein Echo fand. Schmerling führte den Gedanken aus: Frankreich werde den nächsten Krieg um sein altes Ziel, die Eroberung des linken Rheinufers, im Süden Deutschlands auszufechten suchen. „Der gesichertere Norden, die weiter abliegenden Staaten Deutschlands werden daher für die Sicherung der bedrohten Verbündeten gemeinsame Opfer bringen müssen. Sie mögen dabei in Betrachtung ziehen, daß sie durch diese Opfer auch die eigene Sicherheit fester begründen. Wäre Deutschland ein Einheitsstaat, so würde man nicht ängstlich abwägen, was dem Süden, was dem Norden mehr Vortheil bringt; in der Beschützung der schwächsten Grenzen würde die Kräftigung des großen Ganzen gefunden werden. Den Vortheil, welchen ein Einheitsstaat für sich hat, kann nur das feste Zusammenwirken aller Glieder ersetzen, soll Deutschland nicht den mächtigen Nachbarn in einem Weltkriege zur Beute werden“. Es war keine dankbare Aufgabe, das edle Pathos dieser Sätze herabzustimmen. Waldersee tat es, indem er nachwies, daß der Norden keineswegs gesicherter sei als der Süden, daß er aber dennoch auf Befestigung seiner Grenzen aus Bundesmitteln verzichtet habe. Die auf preußische Kosten gebauten nieder-rheinischen Festungen dienten ebenso wie Rastatt und Ulm der Sicherung des gesamten Bundesgebietes. „Stets gewohnt, für das Wohl und die Sicherung des Gesamtvaterlandes

gegen äußere und innere Gefahren keine Opfer an Blut und Geld zu scheuen“, habe Preußen auch bei dieser Gelegenheit sein eigenes Interesse dem Wohl des Ganzen hintangeseht und beträchtliche Bundesmittel für die Verstärkung des ober-rheinischen Kriegstheaters bewilligt, „ohne die für die Sicherung des Niederrheins, gleichfalls im Interesse der Gesamtheit, gebrachten Geldopfer in die Waagschale zu legen“. Preußen habe seine bundesfreundlichen Gesinnungen damit erwiesen, könne aber nicht „immer weiter gesteigerte Anforderungen an die Gesamtheit für einen partiellen Zweck als begründet anerkennen“²⁾.

Es war wieder genau so wie beim Flottenstreit in den Jahren 1851/52. Auch bei diesem hatte Preußen zwar darauf verzichtet, sich zahlenmäßig anrechnen zu lassen, was es durch seine Ostseeflotte zur Verstärkung der gesamtdeutschen Seewehr beitrüge, hatte aber das Gewicht dieses Beitrages moralisch für sich geltend gemacht. Auch mancher Unbeteiligte, wie etwa der mecklenburgische Gesandte Jasper v. Derken, hielt es für ein unbilliges Verlangen, daß Preußen für die Verteidigung der nordwestlichen Grenze allein aufzukommen hätte, während die süddeutschen Festungen ganz aus Bundesmitteln, ohne Sonderbeiträge der zunächst beteiligten Staaten, gebaut werden sollten³⁾. Und genau so wie beim Flottenstreit, drohte auch jetzt wieder der Zwiespalt der Meinungen sich auf die Prinzipienfrage zuzuspitzen, ob der Bund zuständig sei, die von Österreich gewünschte Nachtragsbewilli-

²⁾ Beide Denkschriften in Prot. BB. 1853: Separatprotokoll 2. Apr., Beilage 1 und 8, S. 53 f., 99.

³⁾ Bericht Derkens v. 24. März 1853. Geh. u. Haupt-Archiv zu Schwerin. Ohne Datum gedruckt bei H. v. Derken, Jasper v. Derken (1905) S. 177 f. Nach J. v. De. wäre Preußen einer Verstärkung Rastatts vor allem deswegen abgeneigt gewesen, weil Baden und Württemberg, wenn zu gut gesichert, im Ernstfalle neutral bleiben könnten. Diese Annahme findet weder in den Berichten, noch in dem Verhalten Bismarcks eine Stütze; doch mag dieser den Gedanken als Argument verwertet haben.

gung durch Stimmenmehrheit zu beschließen, oder ob Einstimmigkeit erforderlich sei, wie sie im Jahre 1842 bei Festsetzung der Höchstsumme vorhanden war. Nach österreichischer Auffassung war Einstimmigkeit zwar erforderlich gewesen, um zu beschließen, daß überhaupt zwei neue Bundesfestungen gebaut würden; die hierfür nötigen Kosten aber könnten durch Stimmenmehrheit festgesetzt werden⁴⁾.

Der Handel war recht fatal für den preußischen Gesandten. Mochte das formale Recht noch so sehr auf Preußens Seite liegen, so hatte Österreich, in der stolzen Rolle eines Hüters deutscher Ehre und Wehrkraft, eines Beschützers der bedrohten Südstaaten, doch allen moralischen und politischen Vorteil für sich. Wie demütigend gegenüber dem Auslande, „wenn man die beiden Pfeiler des ganzen süddeutschen Vertheidigungssystems, um welche sich ganze Armeen sammeln, welche mächtigen Corps, nicht schwachen Besatzungen Schutz bieten sollen, in kleinlichem Maßstabe aufbauen, ja theilweise unvollendet lassen wollte!“⁵⁾ Der württembergische Gesandte versicherte Bismarck, sein König wolle gern in den freundschaftlichsten und innigsten Beziehungen zu Preußen stehen, erwarte aber, daß Preußen den süddeutschen Staaten seine Mitwirkung zur Herstellung dieser Festungsbauten nicht entziehen werde. Der Bayer war anfangs von der Unantastbarkeit des preußischen Rechtsstandpunktes überzeugt, wurde dann aber — wie Bismarck annahm, auf österreichischen Antrieb — angewiesen, die Bewilligung durch Mehrheitsbeschluß für zulässig zu erklären, und suchte nun Bismarck von der Nothwendigkeit zu überzeugen, daß auch Streitigkeiten über die Grenzen der Bundeskompetenz durch Stimmenmehrheit zu entscheiden seien⁶⁾. Der Gesandte Badens bekannte zwar im Vertrauen, daß seine Regierung die Festung Rastatt ganz ent-

⁴⁾ Bericht Bismarcks v. 3. Mai 1853. Pr. i. BT. I S. 229. An Gerlach 11. u. 13. Mai, S. 79 f.

⁵⁾ Aus Schmerlings Denkschrift (s. Anm. 2) S. 51 f.

⁶⁾ Berichte Bismarcks v. 3. u. 7. Mai. Pr. i. BT. I S. 229 f., 232.

schieden als eine Last und ein Opfer für den Deutschen Bund betrachte und am liebsten ganz davon befreit wäre; denn eben diese Festung würde den Kriegsschauplatz notwendig länger, als es sonst wohl der Fall wäre, auf dem Gebiete des Landes festhalten. Doch das durfte er nur unter vier Augen einem Kollegen sagen, zu dem er Vertrauen hatte — es war der Mecklenburger⁷⁾. Amtlich und öffentlich war auch Baden für den Bau möglichst starker Befestigungen.

Profesch-Osten hatte persönlich durchaus Verständnis für den preußischen Standpunkt. Er dachte nicht anders als Dergens und meinte, gar so unberechtigt sei der Widerstand Preußens in der Geldfrage nicht. Aber das äußerte er nur in einem vertraulichen Briefe an Buol⁸⁾. Denn er war sich der Gunst seiner Lage vollauf bewußt und war entschlossen, sie rücksichtslos auszunutzen. Dies war ein Fall, bei dem er nicht zu fürchten brauchte, als anmaßender Friedensstörer zu gelten; er trat ja nicht für präsidiale Machtbefugnisse oder für österreichische Sonderwünsche, sondern für die Sicherung Deutschlands, zumal Süddeutschlands, ein. Und so scheute er auch bedenklliche Mittel nicht und begann den Kampf damit, daß er den Druck des Walderseeschen Separatvotums durch eine kraß übertriebene Berechnung der Druckkosten zu hindern suchte. General von Schmerling stand ihm darin getreulich zur Seite.⁹⁾ Bismarck mußte sehr bestimmt auftreten, um den Druck durchzusetzen. Er war dabei entschlossen, jede unnötige Schärfe zu vermeiden, da er die unvorteilhafte Stellung Preußens ebenso fühlte wie seine Gegner die vorteilhafte Österreichs. Profesch machte ihm die Aufgabe der Mäßigung nicht leicht: zu kleinlichen Kniffen von der Art des eben erwähnten trat ein Benehmen, das aus gespielter Entrüstung

⁷⁾ Bericht Dergens v. 13. Mai 1853. Schweriner Archiv.

⁸⁾ Profesch an Buol, 23. Febr. 1853. BrPrD. S. 300.

⁹⁾ Erst sollte der Druck 2000, dann 1080 Gulden kosten, während es sich um 230 bis 280 G. handelte. B.'s Berichte v. 4. und 8. März. Pr. i. BT. I S. 205 f.

in natürlichen Jähzorn überging, trat eine hartnäckige Unzugänglichkeit gegen juristische wie gegen Zweckmäßigkeitsgründe. Bismarck war die verkörperte Geduld und Fürsorge für den Bundesfrieden. Graf Thun hat ihn nie so beredt für das Ansehen und die Festigkeit des Bundes reden, so eindringlich vor dem Schauspiel einer Zwietracht der beiden Großmächte warnen hören, wie Bismarck damals den tauben Ohren seines Nachfolgers predigte. Ein solcher Prinzipienstreit sei viel bedenklicher als das einstweilige Unterbleiben von Festungsbauten, deren praktische Bedeutung von unberechenbaren Zufällen des Krieges abhängen. Die Großmächte würden ihren gemeinschaftlichen Einfluß am Bunde verscherzen und zugleich ihre europäische Politik schädigen, wenn sie sich jetzt entzweiten¹⁰⁾. Lauter Argumente, die einst, zur Zeit des Flottenstreites, Graf Thun vertreten hatte. Damals waren Bismarcks Ohren taub gewesen, weil das Prestige Preußens auf dem Spiel stand. Jetzt verschloß sich Prokesch, weil er für das Prestige Österreichs kämpfte.

Die schon erwähnten guten Zensuren, die Prokesch in dieser Zeit dem Wohlverhalten Bismarcks in Briefen und Berichten ausstellte, zeigen uns, daß er die Friedensliebe des preußischen Gesandten anerkannte. Er sah seinen eigentlichen Gegner damals nicht in Bismarck, sondern in anderen Mitgliedern der preußischen Gesandtschaft. Ihm war bekannt, daß Thun sich wiederholt über Bismarcks geringe Geschäftskennntnis und sein mangelndes Interesse für Bundesangelegenheiten beklagt hatte. Der Grund, den Thun hierfür angeführt hatte, war zwar längst weggefallen: Bismarck spielte nicht mehr die Doppelrolle des Parlamentariers und des Diplomaten, er reiste nur selten noch nach Berlin. Das hinderte Prokesch indes nicht, die veraltete Klage hervorzuholen, für die er frei-

¹⁰⁾ B.'s Berichte v. 3. u. 7. Mai 1853. Pr. i. BT. I S. 230, 233 ff. Vgl. damit etwa Thuns Warnung vor dem traurigen Schauspiel der Unverträglichkeit, das die Bundesregierungen ihren Völkern gäben: Brief an Bismarck v. 15. Jan. 1852. BJB. III S. 62.

lich keine Belege beibringen konnte. So berichtete er am 17. April 1853: „In Frankfurt pflegt man die schlechte Verträglichkeit durch Weisungen aus Berlin, in Berlin durch Meldungen aus Frankfurt zu beschönigen. Die Krankheit sitzt dort und da und hat ihren Grund in der Natur der Leute. Sicher läßt, wie Graf Thun schildert, die Trägheit des Herrn von Bismarck das untergeordnete Personal der preußischen Bundesgesandtschaft einen Einfluß üben, den es nicht haben sollte; aber es ist nicht minder sicher, daß man zu Berlin diesem aus krankhafter Eitelkeit und Wohldienerei hervorgehenden Geschwätze das Ohr bereitwillig öffnet. Ich entschuldige gewissermaßen Herrn v. Bismarck, dem man Leute an die Seite stellte wie den Legationsrat Wenzel gothaischen Andenkens und den General von Waldersee, einen der unangenehmsten und nervenschwächsten Genossen, dessen Leben in Ärger und Hader dahinfließt, weil das undankbare Deutschland noch immer nicht preußisch ist und ein österreichischer General Vorsitzender der Militärkommission ist. Herr v. Bismarck erzählte mir selbst, daß das Ministerium neun Correspondenten in Frankfurt habe, und daß er einen zehnten und eilften ihrer Böswilligkeit wegen habe abschaffen müssen. Er fürchtet wohl selbst die Thätigkeit derer, die er nicht abschaffen kann, und will daher hinter denselben nicht zurückbleiben“¹¹⁾.

So gut auch die vielfache Berichterstattung in das System Manteuffel paßt, so bleibt es doch eine erheiternde Vorstellung, Bismarck als den Geführten und unfreiwillig vorwärts

¹¹⁾ Prokesch an Buol, 17. Apr. 1853. *W.* Vgl. seinen Brief v. 27. Febr.: „Das Ministerium Manteuffel hat außer ihm fünf oder sechs Correspondenten hier (Oberst Graf Waldersee, Legations-Rath Wenzel, Geh. Regierungs-Rath Krüger und die paar Journalisten, die mit Dr. Quehl in Verbindung stehen). Nicht alles, was nach Berlin klingt, kommt von ihm.“ *BrPrD.* S. 302. Die eingeklammerte Stelle fehlt im Druck und ist von mir aus dem Original im *W.* ergänzt. Zu dem Thema der vielfachen Berichterstattung aus Frankfurt gehören auch B.'s Mitteilungen an Gerlach v. 6. Aug. 1853.

Gedrängten geschildert und entschuldigt zu sehen. Bismarck war vielmehr völlig davon durchdrungen, daß Preußen in dieser Sache nicht nachgeben könne, ohne eine schwere Niederlage für sein Ansehen und seinen Einfluß am Bunde zu erleiden. Wenn über eine so wichtige Sache im Widerspruch mit Preußens amtlich ausgesprochenen Ansichten, bei bestrittener Kompetenz des Bundes, durch Mehrheitsbeschluß entschieden würde, so wäre das nach seiner Meinung „ein in der Geschichte des Bundes unerhörter Präcedenzfall und einer Abdication unsres berechtigten Einflusses gleich zu achten“¹²⁾. Bismarcks Sorgen aber lagen anderswo als Profesch vermutete. Wenn Österreich darauf beharrte, diese Sache, gestützt auf die Mehrheit der Bundesversammlung, gegen Preußen durchzusetzen, und wenn Preußen dann, wie beim Flottenstreit, den Bundesbeschluß anfocht, weil er nicht einstimmig war, so spielte der Staat Blüchers und Scharnhorsts in den Augen übelwollender Kritik die Rolle des rechthaberischen Eigensinns, der lieber die Verteidigung Süddeutschlands gegen die französische Gefahr sabotierte, als daß er seine Auffassung vom Wesen der deutschen Bundesverfassung einmal zurückstellte. Es galt also einen Weg finden, auf dem zugleich Preußens Rechtsstandpunkt gewahrt blieb und doch nicht der Festungsbau gehindert wurde. In seinen Bemühungen um einen solchen Weg aber fand Bismarck bei seiner Regierung nicht die verständnisvolle Unterstützung, die er brauchte. Hier lag bald für ihn der Schwerpunkt der Sorge und des Ärgers.

Es fehlte in Berlin nicht am guten Willen, sondern am klaren Überblick über die Dinge. Der Streit ging ja nicht nur um die Frage der Bundeskompetenz, in der Bismarck mit seiner Regierung vollkommen einig war, sondern auch um allerhand Nebenfragen, die zum Teil — wiederum ganz ähnlich wie bei dem Flottenstreit — mit der Nachzahlung von Rückständen aus den Jahren 1849 bis 1852 zusammenhingen.

¹²⁾ B. an Manteuffel, 7. Mai. GB. I S. 326.

Außerdem hatte man in den Revolutionsjahren Mittel aus dem Festungsbaufonds für andere Zwecke verwendet, für die Flotte und für die deutsche Zentralgewalt. Wurden diese Außenstände eingezogen und die Rückstände gezahlt, so war dem Festungsbaufonds aus seiner schlimmsten Not geholfen. Hier hat Bismarck eingeseht und Rettung aus der Sackgasse gesucht, indem er eine vorläufige Ersatzumlage für die Außenstände empfahl. Freilich war dies nur ein Behelf auf Zeit. Prokesch ging darauf ein, wenngleich widerstrebend; die übrigen Bundesgesandten, konfliktstheu wie sie waren, begrüßten den Ausweg freudig¹³⁾.

Alein im Auswärtigen Amt zu Berlin hatte man den Überblick über diese Dinge, die noch verwickelter waren, als hier in Kürze dargestellt werden kann, nach dem Tode des zuständigen Referenten verloren und sandte an Bismarck nun Weisungen, aus denen nicht klug zu werden war. „Wenn man mich doch einmal nach Berlin citiren wollte,“ schrieb der Berzweifelte an Gerlach, „die Rastatter Sache ist so confus, daß nicht herauszufinden ist“¹⁴⁾. Die Berufung nach Berlin kam zwar, aber zu spät, um Bismarck vor dem peinlichen Fall zu bewahren, daß er, seiner Weisung entsprechend, selber gegen den durch ihn angeregten rettenden Antrag stimmen mußte. Manteuffel hatte ihm schon früher einmal — es war im Flottenstreit — seine Bemühung um friedlichen Ausgleich durchkreuzt. Damals hatte Bismarck offen zu Thun gesagt, er wüßte nicht, was in Berlin vorgefallen sei (S. 76). Genau so handelte er jetzt gegen Prokesch. Er gab die bisher sorgfältig beobachtete Zurückhaltung diesem gegenüber zum ersten Male auf und legte seine Karten offen auf den Tisch. Prokesch berichtet am 3. Juni, dem Tage nach Bismarcks Abstimmung

¹³⁾ Die Rückstände: Prot. BB. 1853, S. 28. Vgl. Separatprotokolle v. 2. Apr. u. 12. Mai, S. 296 g, 378 bc. Immediatbericht B.'s v. 13. Mai, Pr. i. BT. I S. 241 f. An Gerlach vom gleichen Tage, S. 77—79.

¹⁴⁾ An Gerlach, 27. Mai. Dazu dessen Antwort v. 31. Mai.

wider Willen: „Ich habe mit Herrn von Bismarck gestern vor seiner Abreise noch eine lange Unterredung gehabt, die im ganzen seinen Willen und sein Bestreben beurfundete, seiner Haltung eine fruchtbringendere Richtung zu geben und auf ein aufrichtiges Zusammenwirken mit mir hinzuarbeiten. Er las mir mehrere unverhältnismäßig lange und wirklich ganz unverständliche telegraphische Weisungen, die er in Bezug eines einzigen, untergeordneten Gegenstandes, der Einzahlung des Rückstandes von 100 000 Gulden für den Ulm-Kastädter Bau-fond, in den letzten Tagen erhalten, als Beispiel der Verwirrung vor, die seit dem Tode des Geheimen Rathes von Bülow im Bureau des Auswärtigen herrsche, und erzählte mir, wie er sogar an die Person Seiner Majestät des Königs [durch den Brief an Gerlach] sich gewandt, um den irrigen Auffassungen und Widersprüchen, die ihm zu vertreten anbefohlen würden, entgegenzuwirken. Er schrieb das gestrige Botum gegen die Ersatzumlage ganz denselben Ursachen zu“.

Bismarck war es sich selber schuldig, daß er in einem solchen Fall den ungewöhnlichen Schritt tat, seine eigene Regierung vor dem österreichischen Gesandten preiszugeben. Dieser dankte ihm sein Vertrauen damit, daß er ihm seinen Bericht über die letzte Sitzung vorlas und an seinem Tisch unterzeichnete. In diesem Berichte heißt es: „Die Motivierung des preußischen Botums beharrte auf dem unfruchtbaren Felde des Prinzipienstreites“. Prokesch suche den Grund des preußischen Widerspruches „allein in einer oberflächlichen Auffassung zu Berlin, an der Herr v. Bismarck keine Schuld trägt“. Wir dürfen es ihm glauben, daß Bismarck sich mit diesem Berichte einverstanden erklärte¹⁵⁾. Das einzig Gute an der ärgerlichen Sache war, daß Preußen mit seiner überraschenden Negation den Bundesbeschluß nicht gefährdete: es blieb beinahe völlig

¹⁵⁾ Berichte Prokeschs v. 2. u. 3. Juni. *WA.* Vgl. seinen Brief an Bismarck v. 3. Juni. *Anh. z. d. G. u. G.* II S. 141. Die Abstimmung v. 2. Juni: Separatprotokoll S. 438 a—d; dazu B.'s Immediatbericht v. 6. Juni aus Berlin: *Pr. i. BT.* I S. 267 f.

allein. Mecklenburg allerdings, das sich auch sonst gern im preußischen Lager zeigte, meinte diesmal doppelten Grund dafür zu haben: sein Gesandter, v. Derksen, ohne Weisung gelassen, schloß sich der preußischen Stimme an, damit Mecklenburg, statt sich durch Abstimmung zu binden, abwarten könnte, ob Preußen seinen Anteil an der Ersatzumlage zahlen werde¹⁶). Da von den übrigen nur der Vertreter der 15. Kurie (Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg) dagegen stimmte, so wurde der rettende Antrag mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommen, und für dieses Jahr schützte der deutsche Bundesfriede den Fortgang der Festungsbauten in Rastatt und Ulm.



Kurz ehe diese Frage zwar nicht erledigt, aber doch aus einer akuten in eine latente Krisis verwandelt worden war, zählt Profesch-Osten einmal die schwebenden Fragen auf, in denen auf kein Einverständnis mit Preußen, sondern auf Gegensatz und Hemmung zu rechnen sein werde. Er nennt dabei an erster Stelle die Kettenburgische Angelegenheit¹⁷). Auch dies war eine Frage, in der es um die Bundeskompetenz ging. Wie gewöhnlich, war es Österreich, das die Kompetenz bejahte, Preußen, das sie verneinte. Doch ging es diesmal noch um mehr: die beiden Großmächte und ihre Gefolgsstaaten standen zugleich als konfessionelle Parteien gegeneinander. Es war eine Zeit konfessioneller Erregung, die Zeit, da der ober-rheinische Kirchenstreit heraufzog, da in Hannover Windthorst in die Rolle eines Vorkämpfers des Katholizismus hineinwuchs, da in Österreich die klerikale Strömung die kirchliche

¹⁶) Der im Protokoll (S. 438 c) angegebene, etwas künstliche Grund für Mecklenburgs Abstimmung war Vorwand. Den wahren Grund nennt Derkens Bericht v. 3. Juni an Graf Bülow, den Schweriner Ministerpräsidenten. Geh. u. Haupt-Archiv zu Schwerin.

¹⁷) Profesch an Thun, 24. Mai 1853. BrPrD. S. 316.

Disziplinalgewalt verstärkte, das Konkordat von 1855 vorbereitete und damit wichtige Gebiete des öffentlichen Lebens, wie Schulwesen und Ehre, der Kirche überantwortete. Das alles war noch im Werden, doch für Sehende schon sichtbar, als die erste schwache Welle der kommenden kirchenpolitischen Bewegung auch den Bundestag erreichte. Der zum Katholizismus übergetretene mecklenburgische Kammerherr von der Kettenburg reichte eine Beschwerde wegen Verletzung des deutschen Bundesrechtes ein. Es handelte sich um Artikel 16 der Bundesakte: „Die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien kann in den Ländern und Gebieten des Deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genuße der bürgerlichen und politischen Rechte begründen“. Herrn von der Kettenburg war durch seine Landesregierung unter Berufung auf das mecklenburgische Kirchenrecht verboten worden, auf seinem Gute katholischen Gottesdienst abhalten zu lassen. Der Priester, den er als Hauskaplan aus Mainz mitgebracht hatte, war des Landes verwiesen worden; denn katholischer Gottesdienst war in Mecklenburg außerhalb gewisser, sehr eng gezogener Grenzen nur mit landesherrlicher Genehmigung erlaubt¹⁸⁾.

Die Kettenburgische Beschwerde ging in den letzten Tagen von Thuns Präsidium, im November 1852, am Bundestage ein. Graf Thun sah sie skeptisch an: die protestantischen Regierungen bildeten die Mehrheit der Bundesversammlung, und Artikel 16 der Bundesakte schien ihm kaum genügende Anhaltspunkte zu bieten, um der Sache einen sicheren Erfolg zu verbürgen. „Da jedoch,“ schreibt Thun in einem seiner letzten Berichte¹⁹⁾, „begreiflicherweise die ganze katholische Bevölkerung Deutschlands mit großer Spannung und lebhaftem Antheil dem Verlauf dieser Angelegenheit entgegenfieht und mit

¹⁸⁾ Für das Nähere sowie für die Literatur über den Fall Kettenburg siehe A. D. M e n e r, Windthorst u. die kath. Kirche in Holstein. Zeitschr. f. Schlesw.-holst. Gesch., Bd. 55 (1926).

¹⁹⁾ Bericht (D) v. 16. Nov. 1852. WA.

Vertrauen vor allem auf Österreich als die natürliche Schutzmacht katholischer Interessen blickt, so erlaube ich mir, die wohlwollende Aufmerksamkeit E. E. auf diesen Gegenstand zu lenken“. Als nach Thuns Weggang die Angelegenheit beim Reklamationsauschuß schwebte, berichtete der Bundeskanzleirektor von Brenner im gleichen Sinne (am 27. Dezember): die Sache stehe zwar ungünstig, aber um so erwartungsvoller blickten die katholischen Gesandten auf Österreich, und um so größer würde die Wirkung sein, wenn Österreich sich als treuen Schirmherrn der Kirche zeige. Profesch-Osten, unter dessen Präsidium die Entscheidung fiel, dachte nicht anders. Er versuchte zunächst, den mecklenburgischen Gesandten, Jasper von Derßen, für einen Ausgleich zu gewinnen, damit Skandal vermieden werde; aber entweder wagte der Gesandte keine Schritte bei seiner Regierung, oder sie blieben erfolglos, und so mußte die Sache ihren Lauf am Bundestage nehmen.

So wenig dieser Fall an sich zu bedeuten hatte, so wichtig war die grundsätzliche Frage, ob der Bund für diese Beschwerde zuständig war oder nicht: als möglicher Präzedenzfall für größere Streitfragen verdiente die Angelegenheit ernste Prüfung. Und die Reklamations-Kommission des Bundestages, die sich zunächst damit zu befassen hatte, ist sich dieser Bedeutung auch voll bewußt gewesen. Beide Parteien haben zur Begründung ihres Rechtsstandpunktes ein stattliches Maß von Scharfsinn und Gelehrsamkeit aufgeboten. Der Kernpunkt der Frage war, ob ein unbeschränktes Recht auf Genuß des Gottesdienstes zu den bürgerlichen und politischen Rechten im Sinne der Bundesakte gehöre, oder ob die durch das Bundesrecht verbürgte freie Religionsausübung an die in den Einzelstaaten bestehenden kirchlichen Anstalten gebunden sei. Die Prüfung dieser Rechtsfrage führte nicht nur auf die Entstehungsgeschichte der Bundesakte, sondern bis auf die Bestimmungen des Westfälischen Friedens zurück. Die Mehrheit der Reklamationskommission (Hessen, Baden, Oldenburg) gab ihr Gutachten im Sinne der ersten Auffassung ab, bejahte also die

Zuständigkeit des Bundestages für die Kettenburgische Beschwerde und stellte den Antrag, die Schweriner Regierung um Aufklärung zu ersuchen. Verfasser des Gutachtens war der heftige Gesandte, v. Münch, ein Katholik. Die Minderheit (Hannover und Mecklenburg) bekannte sich zu der entgegengesetzten Auffassung und beantragte, der Bundestag solle sich für nicht ermächtigt erklären, auf die Beschwerde einzugehen²⁰). Die strengere Folgerichtigkeit in dieser verwickelten Rechtsfrage wird dem Gutachten der Minderheit kaum abzusprechen sein. Dieses war im wesentlichen das Werk des Hannoveraners, Freiherrn von Bothmer, eines Protestanten, unter Mitarbeit des Mecklenburgers von Derzhén. Bothmer suchte jedoch auf einen versöhnlichen Ausgleich hinzuwirken, bearbeitete in diesem Sinne Derzhén und Bismarck, stieß aber bei beiden auf entschiedene Ablehnung²¹).

Es ist begreiflich, daß auch manchen Protestanten nicht wohl bei der Aufgabe war, einen Rechtszustand zu verteidigen, der dem Zeitempfinden als rückständig erschien. Dazu kam noch eine weitere Erwägung. „Österreich,“ berichtet Derzhén am 18. März 1853, „interessirt sich für diese Sache sehr lebhaft. Prokesch hat mir wiederholt versichert, das Kaiserliche Gouvernement habe die wohlwollendsten Absichten gegen die Protestanten und habe sich zur Realisirung der ihnen zu gewährenden Verbesserungen (z. B. eines eigenen Centralorgans im Ministerio) bereits nach Berlin gewandt, um Vorschläge und Rath von dort zu vernehmen, allein das Aufsehen, welches die Kettenburgische Sache unter allen Katholiken verursacht, hindere jetzt das Gouvernement, in dieser Richtung vorzugehn“²²). Wäre sofort abgestimmt worden, wie Prokesch-Osten es wünschte, als die Sache am 17. März vor den Bundestag kam, so würde das Gewicht der Präsidialmacht, zu-

²⁰) Prot. BB. 1853 März 17., § 75, S. 250—266.

²¹) Brief Derzhén v. 18. März. Geh. u. Haupt-Archiv Schwerin.

²²) Zu Derzhén's Brief vgl. Bism. an Gerlach, 13. März, S. 63; Gerl. an Bism., 15. März, S. 44.

sammen mit der Abstimmung in der Reklamations-Kommission, wahrscheinlich zu einem Beschluß im Sinne des Mehrheitsgutachtens geführt haben. Damit aber würde der Bundestag einen Weg beschritten haben, der, zu Ende gegangen, erst bei der Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung Mecklenburgs im Geiste des Bundesrechts hätte Halt machen dürfen. An Präzedenzfällen für Eingriffe in das Verfassungsrecht der Einzelstaaten fehlte es nicht; es genügt, an Kurhessen zu erinnern. Die Folgen eines solchen Eingriffes wären in diesem Falle jedoch unübersehbar gewesen. Zog doch der Fürstlich Liechtensteinsche Bundestagsgesandte, Dr. J. L. B. von Linde, ein früherer Rechtsprofessor, bereits den Schluß, daß der Eingriff der „herrschenden Landeskirche“ mit dem Staatsrecht des Deutschen Bundes unvereinbar sei²³⁾! Als ein paar Jahre später Windthorst den Präsidialgesandten Grafen Rechberg scharf machen wollte, hielt er es schon nicht mehr für nötig, erst nachzuweisen, daß in einem zum Deutschen Bunde gehörenden Lande von einer lutherischen Landeskirche keine Rede sein könne²⁴⁾. An Zündstoff fehlte es zur Zeit der Kettenburgischen Beschwerde nicht. Von Freiburg bis Fulda standen die Bischöfe im Kampfe für das alte kanonische gegen das moderne Staatsrecht. Hätte sich jetzt der Bundestag zum Anwalt katholischer Kultfreiheit gegen das mecklenburgische Staatskirchenrecht gemacht, so wäre das Palais an der Eschenheimer Gasse wohl bald genug zum Schauplatz eines Kulturkampfes geworden, der alle schon bestehenden Gegensätze vertieft und vergiftet haben würde.

Bismarck ist es damals gewesen, der diese Gefahr abgewendet hat. Er war zwar überzeugt, daß der eroberungs-

²³⁾ J. L. B. v. Linde, Gleichberechtigung der Augsburgischen Confession mit der katholischen Religion in Deutschland nach den Grundsätzen des Reichs, des Rheinbundes und deutschen Bundes (Mainz 1853) S. 188.

²⁴⁾ Windthorst an Graf Rechberg, 27. Aug. 1857. A. D. Meyer a. a. O. S. 515.

lustige Geist im katholischen Lager es der preußischen Regierung auf die Dauer unmöglich machen werde, dem offenen Kampfe auszuweichen, und er würde seinen Staat gern als streitbaren Patron der evangelischen Kirche gesehen haben. Er bedauerte schmerzlich, damals schon erkennen zu müssen, was er später im Kulturkampf erfuhr, daß die konservative Partei Preußens für einen Kampf gegen die römische Kirche nicht zu haben sei²⁵). Aber wenn er diesen Kampf auch nicht fürchtete, so war es ihm doch ausgemacht, daß nicht der Bundestag die Stätte sein durfte, auf der die Streiter sich maßen. Er wollte unbedingt hindern, daß der Bund die Gelegenheit zu Eingriffen in das Kirchenrecht der Einzelstaaten erhielt. Und so schien es ihm richtig, in der Kettenburgischen Sache dieselbe Rolle des Friedensapostels zu spielen, die ihm gleichzeitig durch das preußische Interesse im Festungsbau-streit aufgenötigt wurde. Er warnte davor — und zwar mit großer Entschiedenheit, wie der mecklenburgische Gesandte hervorhebt²⁶) —, die vielen Anlässe zur Uneinigkeit im Schoße der Bundesversammlung auf eine gefährliche Weise dadurch zu vermehren, daß man Religionsstreitigkeiten vor ihr Forum ziehe, und wies zugleich auf die tiefen Eingriffe in die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten hin, die durch die Theorie des Majoritätstvotums ermöglicht würden. Er berief sich dabei auf den 13. Artikel der Wiener Schlußakte, nach dem in Religionsangelegenheiten kein Beschluß durch Stimmenmehrheit gefaßt werden durfte²⁷).

Mit diesen Warnungen durchkreuzte Bismarck die Absicht des Präsidialgesandten, sofort abstimmen zu lassen. Es wurde beschlossen, erst Instruktion von den Regierungen einzuholen. Als am 9. Juni die endgültige Entscheidung fiel, wurde das Minderheitsgutachten der Reklamations-Kommission, das den

²⁵) An Manteuffel, 15. Nov. 1852. GW. I S. 258. An Gerlach, 25. Nov. 1853, S. 108.

²⁶) Bericht Derzhens, 17. März. Geh. u. Haupt-Archiv Schwerin.

²⁷) Immediatbericht v. 18. März 1853. Pr. i. BT. I S. 216.

Bundestag für unzuständig erklärte, mit zehn gegen sechs Stimmen angenommen. Die Stellung der Regierungen wurde fast in allen Fällen durch das religiöse Bekenntnis entschieden²⁸⁾. Das Stimmverhältnis im Bundestage war durch die große Zahl der kleinen protestantischen Staaten zuungunsten des Katholizismus verschoben. Das allein hat es Bismarck ermöglicht, in dieser an sich geringfügigen, aber möglicherweise folgensweren Frage die Oberhand zu gewinnen. Österreich, als Vormacht des Katholizismus und damals obendrein von klerikalen Anschauungen beherrscht, wollte sich bei diesem Ausgang nicht beruhigen. Es beschritt nun den Weg der unmittelbaren Einwirkung auf die mecklenburgische Regierung und sandte dieser im August eine bei aller Höflichkeit doch sehr deutliche Note, an Umfang eine kleine Broschüre. Graf Buol bezweifelt darin nicht das Recht des mecklenburgischen Staates zu seinem Vorgehen gegen Kettenburg, bittet aber um Aufklärung über die Gründe, aus denen von diesem Rechte ein so strenger Gebrauch gemacht würde: der Eindruck sei unvermeidlich, daß Mecklenburg dem religiösen Bedürfnis seiner katholischen Untertanen keine ausreichende Befriedigung zugestehen wolle. Die Antwort des Schweriner Ministerpräsidenten Grafen Bülow änderte nichts an der Sachlage und

²⁸⁾ Prot. BB. 1853, § 152, S. 444—52. Bismarcks Bemerkung, daß die (vier) am oberrheinischen Kirchenstreit beteiligten Regierungen, außer Baden, sich auf seiten der katholischen Ansprüche gestellt hätten, trifft nicht zu. Denn Württemberg stimmte für das Minderheitsgutachten; Nassau erkannte zwar die Zuständigkeit des Bundestages für Kettenburgs Beschwerde an, sprach sich aber dennoch in seiner Kuriatstimme, in die es sich mit Braunschweig teilte, für das Minderheitsgutachten aus. Hessen-Darmstadt war also die einzige jener vier Regierungen, die für das Mehrheitsgutachten stimmte. Das Versehen, das Bismarck in seinem Berichte v. 30. Mai unterließ, wird ungeprüft in Sybels Einleitung übernommen. Pr. i. BT. I S. 253, 37*, Anm. 1 (wo außerdem „Oberrheinischen“ für „Österreichischen Sprengels“ zu lesen ist).

faßte die gewünschte Aufklärung kurz: der Fall des Herrn von der Kettenburg sei von so besonderen Vorgängen begleitet gewesen, daß er nicht zu dem allgemeinen Schluß berechtige, die großherzogliche Regierung weiche von den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Duldung ab²⁹⁾. Auch hier also hatte Österreich sich vergebens bemüht.

Zwei Jahre später wurde der Bundestag durch eine andere Beschwerde noch einmal versucht, sich in Mecklenburgs Religionsangelegenheiten zu mischen. Diesmal lautete die Klage, daß Bekennern des katholischen Glaubens ihre ständischen Rechte geschmälert würden. Die Beschwerdeführenden waren jetzt sogar *zwei* in ihrem Recht gekränkte Konvertiten, der Rittergutsbesitzer von Vogelsang und wieder Herr von der Kettenburg. Am Bundestag aber war der Ausgang der Verhandlungen — trotz der unveränderten katholischen Sympathien des Präsidiums, das damals Graf Reckberg führte — wiederum der gleiche, die Gruppierung bei der Abstimmung nur wenig verschieden³⁰⁾. Die Erbitterung über diese „Kettenburgischen Bundesbeschlüsse“, wie sie in der Presse genannt wurden, hielt auf katholischer Seite Jahre hindurch an. Es half nichts, daß der Großherzog im Dezember 1855, ein halbes Jahr nachdem der Bundestag sein letztes Wort gesprochen und durch Abweisung der Beschwerde zugunsten der mecklenburgischen Regierung entschieden hatte, im Gnadenwege Herrn von der Kettenburg die Anstellung eines katholischen Hausgeistlichen gestattete³¹⁾. So oft in den nächsten Jahren die Öffentlichkeit durch konfessionelle Streitigkeiten bewegt wurde, etwa wegen Bedrückung der Protestanten im Habs-

²⁹⁾ Die österreichische Note v. 4. Aug. 1853; die mecklenburgische Antwort, verfaßt von Graf Bülow, v. 16. Okt. Geh. u. Haupt-Archiv Schwerin.

³⁰⁾ Näheres unten S. 259 f.

³¹⁾ L. v. Hirschfeld, Friedrich Franz II., Bd. II (1891) S. 53. Vgl. H. v. Dercken, Das Leben u. Wirken des Staatsministers J. v. Dercken (1905) S. 172, 199.

burgerreiche, wurde von katholischer Seite an die Kettenburgischen Bundesbeschlüsse wie an eine unbeglichene Rechnung erinnert³²⁾).

Bismarck würde die tote Saison, die nach seinem Eindruck damals am Bundestag herrschte, gern mit lebendigem Inhalt erfüllt haben. Seitdem er am Bundestage war, wartete er auf die Gelegenheit zur Revision der Geschäftsordnung und des Bundeskanzleiwesens. Der Deutsche Bundestag besaß nur eine vorläufige Geschäftsordnung, die vor seinem ersten Zusammentritt vereinbart und in der Sitzung vom 14. November 1816 durch die Bundesversammlung angenommen worden war. Der ursprüngliche Gedanke, die vorläufige durch eine endgültige Geschäftsordnung zu ersetzen, sobald für diese ausreichende Erfahrungen vorlägen, wurde jedoch aufgegeben; man zog es vor, die einmal angenommene Ordnung von Fall zu Fall zu verbessern und zu ergänzen. Dies geschah durch ein rundes Duzend von Bundesbeschlüssen aus den Jahren 1817 bis 1841³³⁾. Als nach der Revolutionszeit in den Dresdener Konferenzen vom Frühjahr 1851 das berühmte „schätzbare Material“ für die deutsche Bundesverfassung zusammengetragen wurde, erklärten sämtliche Regierungen noch eine weitere Revision der Geschäftsordnung für dringend notwendig, damit der Geschäftsgang beschleunigt, der Meinungsaustausch in der Bundesversammlung befördert und die zeitraubende Einholung von Instruktionen tunlich beschränkt werde. Der allgemeine Wunsch, der verrufenen Schwerfällig-

³²⁾ Vgl. etwa die Artikelreihe der „Frankfurter Postzeitung“ über „Parität“ am 24., 26. u. 27. Apr. 1858, die den Fall Kettenburg eingehend darstellt und zur Verteidigung katholischer Kirchenpolitik (Tirol!) ausnußt. Dazu die Entgegnung im „Intelligenzblatt d. fr. St. Frankfurt“, 4. Mai 1858.

³³⁾ Einzeln aufgezählt im Vortrag des badischen Gesandten v. 4. Mai 1854. Prot. BB. S. 354.

feit der Bundesmaschinerie abzuhelpen, traf sich gut mit dem österreichischen Ziele: Ausstattung des Bundestages mit eigener — aber von Österreich gelenkter — Gewalt. Graf Thun, den wir von diesem Gedanken erfüllt sahen (S. 66), hat daher schon wenige Wochen nach Preußens Beitritt zum Bundestag den Antrag gestellt, die Dresdener Grundsätze anzunehmen, und durch einen Ausschuß formulieren zu lassen. Beides geschah. Doch das Ergebnis war schließlich nur die Vermehrung jenes Duzends älterer Bundesbeschlüsse um einen neuen, der vier Punkte zur Beschleunigung des Geschäftsganges aufstellte³⁴).

Was dadurch allenfalls gebessert wurde, betraf Mängel, die Preußen wenig Schmerzen machten. Die Sorgen des preussischen Gesandten lagen anderswo. Die geltende Geschäftsordnung gab dem Präsidialgesandten Vollmacht, Sitzungen nach Belieben anzuberaumen oder abzusagen, den Zeitpunkt einer Abstimmung nach Gutdünken festzusetzen, also eine Sache je nach dem Interesse Österreichs zu beschleunigen oder zu verzögern. Auch die Tagesordnung konnte größtenteils nach seinem Ermessen festgesetzt werden, so daß mit den ihm geneigten Gesandten Verabredungen vor der Sitzung getroffen, die übrigen durch den Verhandlungsgegenstand überrascht werden konnten. Da ferner das sogenannte Bundespalais identisch mit dem Gebäude der österreichischen Gesandtschaft war, hatten die Gesandten schwer Zugang zu den Akten, erhielten die gewünschten Stücke nie sofort und wurden, wenn es dem Präsidium gefiel, mit allerlei Vorwänden hingehalten. Ähnlich wie im Heiligen Römischen Reiche die Grenze zwischen österreichischen Zentralbehörden und Reichsbehörden flüchtig war, so wurde auch jetzt die Bundeskanzlei wie ein österreichisches Institut verwaltet. Ihr Direktor, damals Freiherr von Brenner, der Bismarck und Preußen wenig gewogen war, wurde gleichzeitig für die österreichische Gesandt-

³⁴) Prot. BB. 1851 Juli 8. (S. 128) u. Aug. 16. (S. 253).

schaft beschäftigt, besonders mit Überwachung der Presse im österreichischen Sinne. Die übrigen Beamten der Kanzlei wurden für die verschiedensten Zwecke in Anspruch genommen, bis hinunter zur persönlichen Bedienung des Präsidialgesandten. Ihre Gehälter aber wurden — entgegen einem Bundesbeschluß von 1816 — nur zum kleinsten Teil aus der Bundeskanzleikasse bestritten, zum größten Teil aus der Matrikularkasse. Zur Kanzleikasse steuerten alle 17 Bundesstaaten oder Staatenkurien gleichmäßig bei, während die Matrikularkasse durch Beiträge gespeist wurde, deren Höhe sich nach der Leistungsfähigkeit der Staaten richtete. So hatte Preußen zur Kanzleikasse nur $\frac{1}{17}$, zur Matrikularkasse aber fast $\frac{1}{3}$ beizusteuern. Diese Gehälterregelung lief also darauf hinaus, daß Preußen weit über seine Verpflichtung zum Unterhalt der auch für Österreich tätigen Bundesbeamten „und somit zur Besoldung von Werkzeugen antipreußischer Intriguen und Übergriffe“ beizutragen hatte³⁵⁾.

Im alten Bundestage der Metternichzeit, dem Bundestage, der im allgemeinen im Zeichen des Friedens zwischen Preußen und Österreich stand, bildete weder die Geschäftsordnung noch die Kanzleiverwaltung einen Grund zu ernster Beschwerde. Jetzt gewannen diese Dinge ein neues Gesicht. Bismarck war sich wohl bewußt, daß er in ein Wespennest griff, wenn er ernstlich daran rührte. Er hatte mit Graf Thun wiederholt darüber gesprochen, aber nicht energisch drängen wollen. Es gab unter dessen Präsidium noch so viele andere und wichtigere Streitfragen zu erledigen, daß er in dieser, für die Thun große Empfindlichkeit zeigte, abwartende Zurückhaltung für zweckmäßig hielt. Als aber Freiherr von Prokech gleich bei seiner Ankunft nach den dringendsten schwebenden Gegenständen fragte, da nannte Bismarck ihm die Revision der Geschäfts-

³⁵⁾ B.'s Berichte v. 21. Okt. 1852 u. 26. März 1853. Pr. i. BT. I S. 145 ff., 217 ff. Dazu B.'s Vortrag in der Sitzung v. 10. März 1853. Prot. BB. S. 217 ff. Brief an Gerlach, 6. August. 1853, S. 94 f.

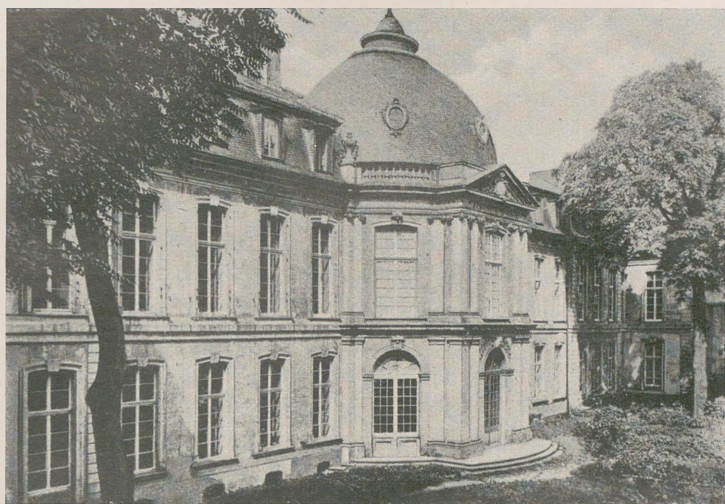
ordnung und des Bundeskanzleiwesens an erster Stelle und sorgte dafür, daß die Erinnerung daran wach blieb. Das Fehlen wichtiger anderer Geschäfte, die tote Saison, sollte ausgenutzt werden, um hier endlich einmal auszukehren.

Allein Profesch zeigte sich zunächst ebenso wenig reformlustig wie Thun. Bismarck suchte die Reform zu erzwingen, indem er am 10. März 1853 den Antrag stellte, der im Juli 1851 gewählte Ausschuß für endgültige Regelung der Geschäftsordnung solle seine Arbeit in Angriff nehmen, vor allem einen Haushaltsplan für die Bundeskanzlei in kürzester Zeit vorlegen. Der Antrag wurde an eben diesen Ausschuß zur Begutachtung überwiesen, und Profesch, der Vorsitzende des Ausschusses, hütete sich wohl, ihn einzuberufen³⁶⁾. Dann aber, als Bismarck nicht locker ließ, fand er, daß der verdrießlichen Sache auch eine andere Seite abzugewinnen sei: außer den preussischen Reformwünschen lag ja noch das Dresdener „schätzbare Material“ vor, mit dessen Hilfe man hoffen durfte, unberechtigter preussischer Ansprüche Meister zu werden³⁷⁾. So stießen zwei feindliche Reformbestrebungen aufeinander, und als der Präsidialgesandte endlich den Ausschuß, dessen Mitglied auch Bismarck war, einberief, am 14. Juli, da brach die explosive Leidenschaftlichkeit des Österreichers bei der Verhandlung über die Einschränkung der Bundeskanzlei wieder ebenso hemmungslos durch wie früher in den Debatten über den Festungsbau³⁸⁾. Wieder war es Bismarck, der die Ruhe bewahrte — hätte auch er sich vergessen, so würde Profesch gewiß nicht veräußert haben, davon zu berichten. Unvorsichtig genug erinnerte dieser daran, daß der Bundestag nur Gast im Hause des kaiserlichen Gesandten sei, und gab damit Bismarck die erwünschte Gelegenheit, zu erwidern, eben das Bewußtsein, die Liberalität der kaiserlichen Regierung schon

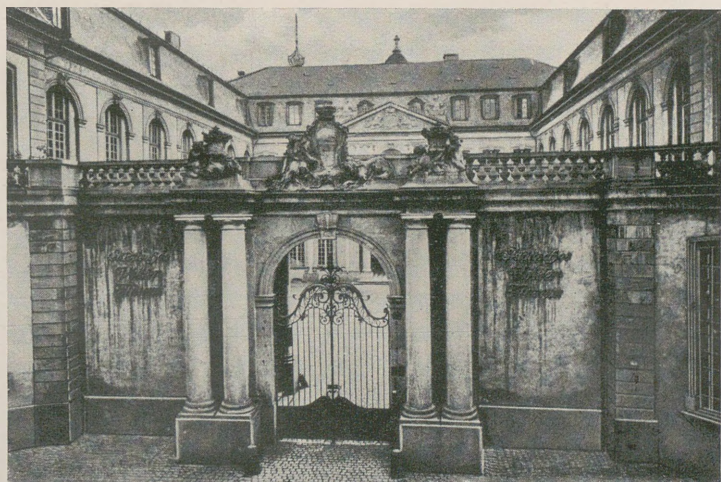
³⁶⁾ Prot. BB. 1851, S. 219 (§ 103); 1853, S. 218—220. B.'s Bericht v. 26. März. Pr. i. BL., I S. 217 ff.

³⁷⁾ Profesch an Buol, 10. Apr. 1853. BrPrD. S. 312.

³⁸⁾ Bericht B.'s v. 15. Juli. GB. I S. 352.



Gartenansicht



Vorderansicht

Das Bundespalais in Frankfurt a. M.
(jetzt städtisches Völkermuseum)

so lange mißbraucht zu haben, veranlasse ihn zu der Frage, ob es nicht der Würde des Bundes entspreche, sich ein eigenes Domizil zu verschaffen.

Bismarck war nicht nur durch größere Selbstbeherrschung, sondern auch durch bessere Sachkenntnis im Vorteil. Er hatte jetzt vor Prokesch voraus, was einst Graf Thun vor ihm als Anfänger vorausgehabt hatte: daß er besser in die Bundesgeschäfte eingearbeitet war. Seine „Denkschrift über die vorläufige Geschäftsordnung der Bundes-Versammlung vom 14. November 1816“ ist eine stattliche Druckschrift von 42 Folioseiten³⁹⁾. Sie wurde nicht nur allen Frankfurter Bundestagsgesandten übergeben, sondern außerdem sämtlichen deutschen Regierungen durch die preußischen Gesandtschaften zugestellt. Die in dieser Schrift gesammelte Arbeit wird zum größten Teil nicht durch Bismarck persönlich, sondern durch seinen Legationsrat Wenzel geleistet worden sein, auch in der Formulierung, die nur in einigen Abschnitten Bismarcksches Gepräge trägt⁴⁰⁾. Aber der Geist des Ganzen, die Richtung und Art der Kritik, die Anregung zu der nicht selten tief dringenden historischen Untersuchung, die den Nachweis von Lücken oder Unhaltbarkeiten der geltenden Geschäftsordnung erbringt, endlich der scharfe Blick für alle Bestimmungen, die dem Präsidium irgendwie eine Handhabe bieten, die formale Leitung der Geschäfte zur sachlichen Beeinflussung zu erweitern, — all das ist Bismarcks geistiges Eigentum. Er hat die Aufgabe der Revision dieser Geschäftsordnung nach allen Seiten durchdacht und seinem Mitarbeiter dann die Fingerzeige gegeben, wo und wie er in den alten Akten und Protokollen seit der Gründung des Deutschen Bundes nachzuforschen habe. Nur wer mitten in den Dingen stand, wer die Technik der präsidialen Geschäftsführung, die Leitung der Sitzungen aus eigener Erfahrung gründlich kannte, war im-

³⁹⁾ Gedruckt in der Deekerschen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei.

⁴⁰⁾ Das Konzept ist von Wenzels Hand, durchkorrigiert von Bismarck. GW. I S. 323, Anm. 1.

stande, so mannigfache und so zwingend begründete Kritik zusammenzutragen, wie es in dieser Denkschrift geschehen ist.

Dieser Arbeit mit einer annähernd gleichwertigen Antikritik entgegenzutreten, war Profesch von Osten außerstande. Es wäre rein sachlich nicht möglich gewesen. Doch hatte er offenbar auch gar kein ernstliches Streben, tiefer in den Stoff einzudringen. Denn er überließ die Kritik der preußischen Denkschrift seinem Kanzleidirektor, der allerdings reichere Bundestagserfahrung hatte als er selbst. Es genügte dem Präsidialgesandten, einen Abdruck „des seltsamen Elaborates des Herrn v. Bismarck gegen die Geschäftsordnung“ nach Wien zu schicken und die Bemerkungen des Freiherrn von Brenner beizulegen, „die genügendes Licht auf die Tendenz und Brauchbarkeit dieses Elaborates werfen dürften“⁴¹). Diese Gegenschrift Brenners, weitschweifig und im Ton oft gereizt wie sie ist, hält den Vergleich mit Bismarcks Denkschrift nicht von fern aus. Sie muß dieser in vielem Recht geben und sucht ihre Bedeutung dadurch abzuschwächen, daß sie erklärt, alle Mängel der bisherigen Geschäftsordnung seien durch den Gebrauch bereits beseitigt, und alle durch Bismarck vorgeschlagenen Neuerungen seien, mit wenigen Ausnahmen, längst durch die Praxis eingeführt. Sie spendet damit unbewußt der preußischen Arbeit das höchste Lob, das ein Reformprogramm erhalten kann: daß es die Summe der Erfahrungen zieht, die im Laufe der Zeit gemacht worden sind.

Um so schärfer geht Brenner mit den Ausnahmen ins Gericht. Denn ihm entgeht natürlich nicht, daß die präsidialen Machtbefugnisse die eigentliche Zielscheibe der Bismarckschen Reformwünsche sind. Es ist nicht ohne Humor, bei dem Österreicher zu lesen, die preußische Denkschrift suche „die Präsidialbefugnisse in ächt constitutioneller Weise zu beschränken, die Autorität des Vorsitzenden auf das Niveau der

⁴¹) Bericht Profeschs v. 22. Juni 1853. WA.

übrigen Gesandten herabzudrücken“⁴²⁾. Bismarck hatte in seiner politischen Laufbahn schon manchen Vorwurf erfahren — den echt konstitutioneller Gesinnung aber noch nicht. Und doch lag unbestreitbar etwas Wahres darin. Die Bundesverfassung glied eben mit ihrer rechtlichen Gleichstellung der Großen und Kleinen einem demokratischen Verein der deutschen Regierungen. Der kreisrunde Tisch des Sitzungsaaes war das Sinnbild ihrer Gleichheit an Rechten. Also durfte auch die Präsidialmacht nur *primus inter pares* sein und mußte sich konstitutionelle Schranken gefallen lassen. Bismarck zog aber aus der rechtlichen Gleichheit vor allem auch den Schluß auf Schonung der Einzelrechte und trieb die Logik dieses Gedankens bis zu der Forderung, daß eine Abstimmung ausgesetzt und Instruktion eingeholt werden sollte, wenn auch nur ein Gesandter darauf antrüge. Die Argumente, die Brenner gegen diese Überspannung des Gedankens ins Feld führt — vor allem die Gefahr der Verschleppung — haben ihre Wirkung nicht verfehlt, so daß es hierin schließlich zu einem Kompromiß kam.

In einem Punkte enthüllt der Kampf der beiden Denkschriften eine grundsätzlich verschiedene Auffassung vom Wesen des Bundestages. Jeder Gesandte, der verhindert war, an einer Sitzung teilzunehmen, hatte einen anderen Gesandten zu substituieren; dieser stimmte nach Weisung des Abwesenden. Bismarck stellte nun zur Erwägung, ob die Regierungen nicht das Recht erhalten sollten, bei Behinderung ihres Gesandten einen zeitweiligen Vertreter zu ernennen. Hiergegen wendet Österreich sich mit aller Schärfe: jede Versammlung, die ihren eigentümlichen Charakter bewahren wolle, halte sich fremde Elemente fern. „Dieß scheint um so wichtiger bei einer Behörde wie die deutsche Bundesversammlung, welche die Collectiv-Souveränität des Deutschen Bundes repräsentirt und deren Beschlüsse in administrativer und gesetzgeberischer

⁴²⁾ fol. 760 v, 761 r des Fasszifels. WA.

Beziehung eine oberste, selbst über den einzelnen Bundes-Regierungen stehende, verpflichtende Kraft haben“⁴³). Die Annahme des preußischen Vorschlages würde tief in das Wesen des Bundestages eingreifen und aus einem Kollegium von Bevollmächtigten eine Konferenz diplomatischer Agenten machen. Schon bei dem Kampf um die Bundes-Preßbestimmungen hatte Bismarck erklärt, daß die Bundesversammlung für Preußen keine Behörde sei (S. 113), und eine Reihe von Jahren später berichtete Graf Rechberg über den „sehr peinlichen Eindruck“, den eine preußische Zirkulardepesche unter den Bundestagsgesandten hervorrief. In dieser Depesche (vom 4. März 1858) wurde nämlich die Bundesversammlung als eine „Conferenz von diplomatischen Vertretern souveräner Staaten“ bezeichnet — eine Wendung, die Graf Buol scharf zurückwies: „Die deutsche Bundesversammlung aber ist keine bloße Konferenz, sie ist ein durch die Grundgesetze Deutschlands organisirter Körper“⁴⁴). Freiherr von Brenner hatte also eine ganz richtige Witterung für den tiefen Gegensatz, der Preußen und Oesterreich in ihrer Auffassung vom Wesen des Bundestages trennte. Daher sein scharfer Einspruch gegen Bismarcks Anregung. Dieser hatte es schwerlich anders erwartet; das zeigt die vorsichtige Formulierung seines Gedankens, die mehr ein Fühler als ein Vorschlag war.

Für die Reform als Ganzes war diese Frage von untergeordneter Bedeutung. Und überall da, wo es Bismarck ernstlich auf Änderung der alten Ordnung ankam, war auf seiner Seite die stärkere Kritik und die schärfere Begründung. Das

⁴³) Ebenda fol. 739. Bismarcks Anregung steht in seiner Denkschrift S. 9.

⁴⁴) Rechbergs Bericht (C) v. 9. März 1858. Weisung Buols an den Berliner Gesandten v. Koller vom gleichen Tage. WA. — Bismarck fand offenbar Gefallen an dem beanstandeten Ausdruck; denn dieser findet sich wieder in einem durch Sperrdruck hervorgehobenen Satze eines sichtlich durch B. inspirierten Artikels im „Intelligenzblatt der fr. Stadt Frankfurt“ v. 22. Apr. 1858.

zeigt sich besonders in der verzweifelten Gegenwehr des Bundeskanzleidirektors gegen Bismarcks Angriff auf das zur österreichischen Domäne gewordene Bundeskanzleiwesen. Allein alle persönliche Überlegenheit nicht nur über den Freiherrn von Brenner, sondern auch über den reizbaren und weniger kundigen Präsidialgesandten selbst konnte Bismarck einen vollen Sieg doch nur bringen, wenn er auch die Mehrheit der Bundesversammlung für seine Reformwünsche fest gewann. Nun hatte er zwar die Genugtuung, daß seine Denkschrift über Abänderung der Geschäftsordnung von all seinen Kollegen, mit Ausnahme dessen, den sie am meisten anging, sehr günstig aufgenommen und die Dringlichkeit der Änderungen anerkannt wurde. Er durfte aber trotzdem nur auf bedingte Unterstützung rechnen, weil die meisten sich scheuten, Österreich zu reizen; die Präsidialmacht hatte zu viele Mittel, für eine verweigerte Gefolgschaft Vergeltung zu üben. Und so verliefen die Sitzungen des Geschäftsordnungsausschusses meistens so, daß Bismarck und Prokesch erregt diskutierten, die übrigen Mitglieder, die Gesandten von Sachsen, Hannover, Hessen, Baden und Bremen, schweigend zuhörten oder schüchterne Vermittlungsvorschläge machten, für deren Ablehnung sie nach der Sitzung Bismarck dankten⁴⁵⁾.

Dieser hatte unter Graf Thun gezeigt, daß er nötigenfalls Preußens Willen auch ohne Rückhalt an der Mehrheit der Bundesversammlung durchzusetzen verstand. Den Kampf um Anrechnung der preußischen Beiträge zur deutschen Flotte sowie den um Maßregeln gegen den Mißbrauch der Pressfreiheit hatte er gewonnen, obwohl nur die Minderheit der Gesandten hinter ihm stand. Das war aber nur dadurch möglich geworden, daß er in diesen Fragen die Berechtigung des Bundestages zu Mehrheitsbeschlüssen anfechten und gegen den Versuch einer Majorisierung Preußens das schwerste seiner Geschütze, die Drohung Preußens mit Austritt aus dem Bunde, auffahren konnte. Diese Waffe war hier nicht an-

⁴⁵⁾ B.'s Bericht v. 9. Aug. Pr. i. B. I S. 295, 297.

wendbar, da der Bundestag Änderungen der Geschäftsordnung mit Zweidrittel-Mehrheit beschließen durfte. So wäre nur der andere Weg übrig geblieben, auf den Bismarck seinen Chef einmal beiläufig hinwies⁴⁶⁾, daß Preußen seine Mitwirkung zu allen Bundeszwecken, namentlich zu den im Interesse Österreichs liegenden, solange beharrlich versagte, bis man seinen Wünschen in der Revision der Geschäftsordnung gerecht geworden wäre. Allein bei solchem Verhalten wäre eine gehässige Kritik unvermeidlich gewesen und die Anerkennung wieder verscherzt worden, die Bismarcks Denkschrift gefunden hatte, daß Preußen nicht für Sonderrechte, sondern für die Rechte der Gesamtheit eintrete⁴⁷⁾. Herrn von Prokesch war doch recht ungemütlich zu Mute, als er sich der vereinigten, wenn auch nicht sehr festen Front der übrigen Bundesgesandten gegenüber sah. Mit der ihm eigenen erfinderischen Phantasie fügte er diesem Eingeständnis seiner Isolierung hinzu: „Diese Lage ist Herrn v. Bismarck selbst so neu, daß sie ihn schwindeln macht“⁴⁸⁾. Das war durchaus nicht der Fall; die kühle Klarheit seines Urteils hat Bismarck keinen Augenblick verlassen. Er sah den Vorteil seiner Stellung; aber er wollte ihn nicht ohne Not gefährden. Auch wäre es taktisch unmöglich gewesen, daß er zur selben Zeit, zu der er im Festungshaustreit und in der Kettenburgischen Sache eindringlich von der Notwendigkeit des Bundesfriedens sprach, die Meinungsverschiedenheiten über die Geschäftsordnung und die Kanzleiverwaltung zu einem Streite anwachsen ließ, der jede gedeihliche Arbeit am Bundestage untergraben haben würde. Schließlich kam noch ein Grund hinzu, der für Bismarck stets am schwersten wog, ein Grund der europäischen Politik: die orientalische Krisis nahm seit dem Frühjahr 1853 immer ernstere Gestalt an. Da durfte Preußen keine Bundespolitik treiben, bei der es

⁴⁶⁾ In seinem Bericht v. 26. März 1853. Pr. i. BT. I S. 219.

⁴⁷⁾ Bericht v. 9. Aug. S. 295.

⁴⁸⁾ Prokesch an Biegeleben, 12. Aug. 1853. BrPrD. S. 329.

leicht in die isolierte Stellung des Friedensstörers hineingeraten wäre.

Die Natur des Geschäftsordnungsstreites selber also, die übrigen Bedürfnisse der preußischen Bundespolitik und endlich die europäische Lage waren die zwingenden Gründe, die dem preußischen Gesandten einen Kampf auf Biegen oder Brechen untersagten und ihm Mäßigung zur Pflicht machten. Unter diesen Umständen war kein voller Sieg, sondern nur ein Kompromiß erreichbar. Ein so hoch gestecktes Ziel wie Kauf oder Miete eines eigenen Bundespalastes, in dem nicht Österreich, sondern der Deutsche Bund selbst Hausherr gewesen wäre, war für diese Kompromißpolitik unerreichbar, aber auch für den Zweck, den Bismarck anstrebte, Einschränkung der Präsidialbefugnisse, nicht unbedingt notwendig. Und wenn schließlich auch dieses Ziel nicht in allen Punkten so vollständig erreicht wurde wie preußischerseits wünschenswert, so lag doch auch kein Grund vor, die für diesmal durchgesetzte schon recht weitgehende Revision der Geschäftsordnung als etwas Abgeschlossenes anzusehen. Der erste, unerwartet große Erfolg konnte später durch einen zweiten ergänzt werden. Es war nie Bismarcks Art, das Bessere zum Feinde des Guten werden zu lassen.

Die Ziele wie die Schwierigkeiten der Geschäftsordnungsrevision sind mit dem Gesagten ausreichend erklärt. Ihrem Gange im Einzelnen brauchen wir nicht zu folgen. Nur ein für Bismarcks Taktik charakteristischer Zug verdient noch Beachtung. Da die Arbeit des Ausschusses im August 1853 durch die Bundesferien unterbrochen und erst im November wieder aufgenommen wurde, war sie noch nicht am Ziele, als die Frage des Festungsbaues nach halbjährigem Schlummer erwachte. Die finanzielle Nothilfe, die man im Juni gefunden hatte, reichte nicht über den Jahreschluß hinaus. Preußen hatte inzwischen Zeit gehabt, zu überlegen: sollte es an seinem negativen Standpunkt festhalten und einer Überschreitung der im Jahre 1842 festgesetzten Höchstsumme für die Festungs-

bauten von Ulm und Rastatt hartnäckig seine Zustimmung verweigern, oder sollte es sich wenigstens etwas dem Standpunkte Österreichs und der Mehrheit der Militärkommission anpassen? Seit dem Gutachten des Obersten Grafen Waldersee vom Januar 1853 hatte die Weltlage sich bedrohlich geändert. Im Oktober war zwischen Rußland und der Türkei ein Krieg ausgebrochen, der nicht so aussah, als ob er lokalisiert bleiben würde. Wenn aber die Westmächte der Türkei beisprangen, so war nicht abzusehen, ob die Mitte Europas in einem Kriege zwischen Ost und West würde neutral bleiben können. Preußen würde sein Ansehen in Süddeutschland schwer geschädigt haben, wenn es bei dieser Weltlage aus Sparsamkeitsgründen dem Ausbau der beiden Bundesfestungen weitere Schwierigkeiten gemacht hätte. Und so zeigte es sich in Unterhandlungen, die im Herbst 1853 mit Österreich durch beiderseitige Militärkommissare geführt wurden, zu einem Entgegenkommen auf mittlerer Linie bereit. Es gab die alte Höchstsumme preis, und anstelle der reichlich $3\frac{1}{2}$ Millionen Gulden, die in der Denkschrift des österreichischen Generals von Schmerling gefordert waren, rechnete jetzt, im Januar 1854, ein neues preußisches Gutachten, erstattet von Oberst Fischer, immerhin 1 800 000 Gulden heraus⁴⁹⁾.

Für Bismarck war diese Wendung höchst willkommen. Ein weiteres Verharren Preußens in der Negative würde auch die Aussichten auf Revision der Geschäftsordnung verschlechtern haben. Nun aber empfahl er sofort und wiederholt, als er seine Regierung in der Festungsfrage Österreich entgegenzukommen bereit sah, an die Mehrbewilligung für Ulm und Rastatt Forderungen gegen Österreich zu knüpfen. Er nannte verschiedene Gebiete, auf denen diese Gegenleistung liegen könnte, ließ aber keinen Zweifel, daß weitaus am erwünschtesten ein Entgegenkommen in der Revision der Geschäftsordnung sei. Er fand sogar ein, wenn auch noch so schwaches,

⁴⁹⁾ Pr. i. BT. I S. 366, Anm. 2.

verbindendes Glied zwischen den beiden Angelegenheiten, indem „die eine die Verstärkung der Wehrhaftigkeit des Bundes nach außen, die andere die Belebung der föderativen Beziehungen im Innern zum Ziele hat“⁵⁰⁾. Manteuffel war ganz damit einverstanden, daß man ein politisches Handelsgeschäft versuche, sei es auf dem Felde der Geschäftsordnung, sei es in einer anderen Frage der Bundespolitik. Von Profesch freilich gewann Bismarck den Eindruck, daß ihm die Stellung des Bundespräsidiums sehr viel mehr am Herzen liege als der Ausbau der Festungen. Galt ihm doch — und nicht ohne Grund — die Revision der Geschäftsordnung nur als ein Krieg gegen das Präsidium⁵¹⁾! Und in diesem Kriege, dessen Schauplatz der grüne Tisch des Geschäftsausschusses war, verlor Profesch einen Posten nach dem anderen und hielt schließlich nur wenige Stellungen noch hartnäckig fest. Die letzte Entscheidung über das Maß des österreichischen Entgegenkommens aber lag nicht bei ihm: im April 1854 wurde der Abschluß der Verhandlungen auf Bismarcks Anregung nach Wien verlegt, wo die europäische Lage zu ernste Sorgen verursachte, als daß man nicht gern bereit gewesen wäre, sich mit Preußen auf dem Felde der Bundespolitik friedlich zu vertragen⁵²⁾. Der Ausbruch des Krimkrieges hat mitgeholfen, daß die Kabinette von Wien und Berlin sich im Geschäftsordnungs- wie im Festungsstreite endlich miteinander verglichen.

Im Juni 1854 kam es in zwei rasch aufeinander folgenden Sitzungen des Bundestages zum Friedensschluß in beiden Fragen, die seit den ersten Monaten 1853, also seit Beginn

⁵⁰⁾ B.'s Berichte v. 2. Dez. 1853, 13. Jan., 21. März 1854. Pr. i. BT. I S. 327, 347, 368.

⁵¹⁾ über Manteuffels Stellung: Pr. i. BT. I S. 366, Anm. 2. über Profesch: B.'s Bericht v. 12. Apr. 1854. Poschinger, Bism. u. der Bundestag, S. 184. BrPrO. S. 317, 319, 323.

⁵²⁾ B.'s Anregung in seinem Bericht v. 12. Apr. a. a. O., Manteuffels Erwiderung v. 19. Apr. Pr. i. BT. I S. 382, Anm. 2.

der neuen Präsidialgesandtschaft, die Geduld vor allem der beiden Vorkämpfer, Bismarck und Prokesch-Osten, auf manche harte Probe gestellt hatten. Am 16. Juni wurde „unter allseitiger Zustimmung“, wie das Bundestagsprotokoll in stolzem Sperrdruck hervorhebt, beschlossen, anstelle der vorläufigen Geschäftsordnung von 1816 die neue als definitive Ordnung der Bundesversammlung fortan zur Richtschnur zu nehmen. Am 22. Juni legten die Gesandten Österreichs und Preußens einen gemeinsamen Antrag vor, für Verstärkung der Bundesfestungen Ulm und Rastatt eine Summe zu bewilligen, die nur ganz geringfügig über die von dem preußischen Obersten Fischer berechnete hinausging. Der Antrag wurde dem Militärausschuß überwiesen, von diesem zur Annahme empfohlen und am 3. August vom Bundestag angenommen, allerdings nicht ohne Bedenken und kritische Bemerkungen der süddeutschen Gesandten, die an dem Kompromiß keine rechte Freude hatten und die Kürzung der ursprünglich durch Österreich vertretenen Summe bedauerten⁵³⁾.

Um so einmütiger war die Anerkennung des Fortschritts, der auf dem Felde der Geschäftsordnung „lediglich durch die Anträge Preußens“, wie Bismarck rühmen durfte, erzielt worden war⁵⁴⁾. Es war in der That ein Gewinn nicht nur für Preußen, sondern für alle Mitglieder des Bundestages, daß hinfort der Präsidialgesandte für die Ansage und Absage von Sitzungen, Mitteilung der Tagesordnung, Fristsetzung für Instruktionseinholung und Abstimmung an strengere Regeln gebunden war als bisher. Auch in dem Punkte, den Prokesch am hartnäckigsten verteidigt hat, entscheidet die neue Ordnung gegen ihn: dem Präsidium bleibt ein Vorschlagsrecht nur für die *A n s t e l l u n g* der Kanzlei- und übrigen Bundesbeamten, nicht mehr für ihre Entlassung und Versetzung; hierfür wird allein der Wille der Bundesversammlung maßgebend gemacht. Und auch das Vorschlagsrecht für die Anstellung wird in

⁵³⁾ Prot. BW. 1854 S. 529, 568 a—e, 610 a—c, 748 a—d.

⁵⁴⁾ B.'s Bericht v. 16. Juni 1854. Pr. i. BT. II S. 24.

seinem Werte dadurch verringert, daß fortan eine geheime Abstimmung über die Präsidialvorschläge zu entscheiden hat — der spätere Gegner des geheimen Wahlrechts weiß es hier zu schätzen. Nicht erreicht aber hat Bismarck sein Ziel, daß außer dem Präsidium auch jede der übrigen 17 Stimmen das Recht erhalte, Wahlvorschläge für den Posten des Bundeskanzleidirektors zu machen⁵⁵). Um so vollständiger ist sein Erfolg darin, daß der Zutritt zum Bundesarchive und Einsicht in die Akten als ein Recht anerkannt werden, das jedem Bundestagsgesandten jederzeit zusteht. Der Gesandte, der früher ein Aktenstück einsehen wollte und den Bescheid empfang, es sei nicht zur Stelle, war machtlos, da das Archiv ihm verschlossen blieb⁵⁶).

So wird durch die neue Geschäftsordnung überall der österreichische Einfluß in die Schranken zurückverwiesen, die den Schutz der Einzelrechte verbürgen müssen, wenn der Deutsche Bund ein völkerrechtlicher Verein gleichberechtigter Mitglieder bleiben soll. Der Präsidialgesandte ist nur *primus inter pares*. Die Beamten der Bundeskanzlei sind nicht mehr von ihm, sondern vom Bunde abhängig. Auch ihre Besoldung ist wieder, entsprechend Bismarcks Forderung und der bei Begründung des Bundes getroffenen Ordnung, Sache der Bundeskanzleikasse, wird also gleichmäßig von allen Bundesgenossen getragen und nicht mehr der Matrifularkasse aufgebürdet, zu der die Staaten nach ihrer Leistungsfähigkeit beitragen⁵⁷). So allein entspricht es dem Geiste der Bundes-

⁵⁵) Vorgeschlagen in seiner Denkschrift S. 27.

⁵⁶) Den Text der alten und der neuen Geschäftsordnung siehe in den Prot. BB. 1854 S. 387 ff., 549 ff. Die Abweichungen zwischen der Arbeit des Ausschusses (ebenda S. 387 ff.) und der endgültigen Fassung sind geringfügig. Über die Stellung von Profesch zur Ernennung und Entlassung von Bundesbeamten siehe seinen Brief an Buol v. 12. Juli 1853 (BrPrD. S. 323) und Bismarcks Bericht v. 16. Apr. 1854 (Pr. i. BT. I S. 381).

⁵⁷) Schon am 1. Dez. 1853 zum Bundesbeschluß erhoben. Prot. BB. 1853, S. 934.

verfassung: wenn die Stimme der Kleinen soviel wiegt wie die Stimme der Großen, müssen auch ihre Beiträge zu den Verwaltungskosten des Bundes ebenso hoch sein. — Alles in allem war es eine Revision der Geschäftsordnung, die hart an eine Verfassungsreform grenzte. Und dieser Geist der neuen Ordnung sollte auch ein nach außen hin sichtbares Schild erhalten. Die alte Geschäftsordnung von 1816 bestimmte: „Das Siegel, dessen sich die Bundesversammlung vorläufig bedienen wird, ist das der Kaiserlich-Österreichischen Gesandtschaft mit der Umschrift: Kaiserlich-Österreichische Bundes-Präsidialkanzlei“. Aus diesem Sage wurde in der neuen Ordnung: „Das Siegel, dessen sich die Bundesversammlung und die Bundeskanzlei bedient, ist der deutsche Reichsadler mit der Umschrift: ‚Deutscher Bund‘ respective ‚Deutsche Bundeskanzlei‘“.

Bismarck hat damit zwar keine Neuerung eingeführt, aber eine schon eingeführte sachungsmäßig festgelegt. Der Frühlingsturm des Jahres 48 hatte auch den Bundestag durchweht. In den ersten, begeisterten Anfängen der deutschen Einheitsbewegung, in letzter Stunde vor dem Zusammenbruch des alten Regiments zu Wien und Berlin, am 9. März 1848, faßte der Bundestag auf Antrag des preußischen Vertreters, Graf Dönhoff, den einmütigen Beschluß, den alten deutschen Reichsadler als Wappen des Deutschen Bundes anzunehmen, da es kein anderes geschichtliches Symbol für die tausendjährige Einheit der deutschen Stämme gebe. Und zugleich wurde beschlossen, auch die Bundesfarben der deutschen Vorzeit zu entnehmen, in der das deutsche Reichspanier schwarz, rot und golden gewesen sei⁵⁸⁾.

Beide Teile des Beschlusses wurden ausgeführt, und der Bundestag ließ es sich die stattliche Summe von 253 Gulden und 42 Kreuzern kosten, um zwei schwarz-rot-goldene Fahnen aufzustechen⁵⁹⁾. Der erneuerte Bundestag von 1850/51 über-

⁵⁸⁾ Prot. BB. 1848 März 9., § 137.

⁵⁹⁾ Prot. BB. 1851, S. 616.

nahm auch diese Fahnen, so wenig sie zu seiner Gesinnung paßten, und wenn die hohe Versammlung tagte, wehte es schwarz-rot-golden vom Bundespalais. Bismarck waren diese Farben ein Greuel. „Sehen Sie,“ rief er Gruner zu, als er sie bald nach seiner ersten Ankunft in Frankfurt über der Eschenheimer Gasse flattern sah, „die Schurken, jetzt haben sie die schwarz-rot-goldene Fahne aufgepflanzt, wenn es ihnen paßt, werden sie die rote aufpflanzen⁶⁰⁾!“ Und als er im Juni 1852 in Wien den Grafen Rechberg aussprechen hörte, der Deutsche Bund würde durch diese Farben der Demokratie Kräfte entziehen, da sank seine Meinung von Rechbergs politischer Einsicht ein gut Stück tiefer⁶¹⁾. Da auch die übrigen Mitglieder des Bundestages keine Freude an dem Schwarz-Rot-Gold hatten, das sonst nach Möglichkeit beseitigt worden war, so benutzte man im August 1852 den Beginn der Ferien, um ohne förmlichen Bundesbeschluß die Stange mit der verwitterten Fahne stillschweigend für immer herunterzuholen⁶²⁾. Der zweite Teil des Bundesbeschlusses vom 9. März 1848 war damit erledigt, und Bismarck handelte zwar nicht gerade konsequent, aber seinem Zwecke dienlich, wenn er jetzt den ersten Teil wieder hervorholte und die Forderung aufstellte, daß der alte deutsche Reichsadler auch in der Geschäftsordnung der Bundesversammlung förmlich als Bundeswappen anerkannt werde⁶³⁾. Solange dies nicht der Fall war, bestand immer noch die Möglichkeit, auch den ersten Teil jenes

⁶⁰⁾ J. v. Gruner, Rückblick auf mein Leben. Deutsche Revue, 26. Jg., 2. Bd. (1901) S. 43.

⁶¹⁾ B. an Manteuffel, 11. Juni 1852. GW. I S. 179.

⁶²⁾ B. an Manteuffel, 6. Apr. u. 18. Aug. 1852. GW. I S. 154, 228.

⁶³⁾ „Es dürfte nunmehr die Zeit gekommen sein, aus diesen vorläufigen Anordnungen [der Geschäftsordnung von 1816] in definitive überzugehen und sowohl die Kanzlei, als auch den durch Bundesbeschluß vom 9. März 1848 zum Wappen des Deutschen Bundes erklärten alten deutschen Reichsadler mit der Umschrift ‚Deutscher Bund‘ respective ‚Deutsche Bundes-Kanzlei‘

Bundesbeschlusses von 48 als revolutionär in der Stille zu beseitigen und Österreichs Adler wieder einzuführen. Es war das erste Mal, daß Bismarck den Geist von 1848 beschwor, um eine Waffe gegen Österreich zu gewinnen.

Nur ein wesentlicher Wunsch Bismarcks blieb bei der Revision der Geschäftsordnung unerfüllt: die Bundesversammlung erhielt keine eigenen Räume, sondern blieb Österreichs Gast in dessen Gesandtschaftspalais. Von dem Ziele aber, das Prokesch sich bei Beginn des Reformkampfes gesetzt hatte, das „schätzbare Material“ der Dresdener Beschlüsse von 1851 für die zentralistischen Bestrebungen Österreichs nutzbar zu machen, war auch nicht das Geringste erreicht worden. Prokesch hatte nicht einmal einen ernststen Versuch dazu gemacht. Er war auf der ganzen Linie gescheitert.

zu allen Ausfertigungen und überhaupt als Siegel zu benützen.“
Bismarcks Denkschrift S. 24.

*

Bierter Abschnitt

Im Zeichen des Krimkriegs

Am 20. Juni 1853 wurde dem Frankfurter Journal aus Wien geschrieben: „Ich habe Ihnen zu berichten, daß Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph Ihren Allerhöchsten Willen ausdrücklich kundgegeben, fernerhin die Gedächtnisfeier des Schlacht-tages von Collin (18. Juni 1757) nicht zu begehen. Der vor-gestrigige Gedächtnistag ist mithin als der letzte zu betrachten, an welchem Laudons Sieg über König Friedrich mit einer gottesdienstlichen Feier in der Augustinerkirche ausgezeichnet wurde. Gute Nachbarschaft und unverbrüchliche Freundschaft bilden ein Palladium für die Solidarität der konservativen Interessen; die letzten Jahre, wo gegen den gemeinsamen Feind, die Partei des Umsturzes, Preußens und Österreichs Siege gemeinsame Ziele verfolgten, haben den alten Hader in den Hintergrund gedrängt, und man hält es nicht mehr für angemessen, noch jetzt sich gegenseitig Niederlagen ins Gedächtnis zurückzurufen, an denen die Erinnerung jedes Volkes gern mit schweigender Trauer vorbeigeht“¹⁾.

Der Verzicht auf dieses Dankfest kurz vor dem hundertsten Jahrestag der Schlacht bei Kolín sollte ein für die weite Öffentlichkeit sichtbares Zeichen der friedfertigen Gesinnung sein, die Österreich seinem preußischen Nachbarn damals entgegenbrachte und die es auch bei ihm zu wecken wünschte. Der leicht zu erkennende Grund dieses Wunsches lag im Anwachsen der orientalischen Krise. Eben rüsteten die Truppen des Zaren zum Marsch über den Pruth in die Donaufürstentümer. Es war eine der unwillkommensten Krisen, die es für Österreich geben konnte. Denn ihre Ursache, die aggressive Orientpolitik

¹⁾ Frankfurter Journal vom 24. Juni 1854.

Rußlands, stellte die Donaumonarchie vor eine verzweifelte Wahl: entweder ließ sie sich im Südosten, von den Donaumündungen her, widerstandslos durch die russische Macht umklammern, oder sie verstärkte die europäischen Kräfte des Widerstandes gegen das Zarenreich und lud damit dessen Feindschaft auf sich. Rußlands Feindschaft aber bedeutete Untergrabung der machtvollen Stellung, die Österreich in Deutschland mit russischer Hilfe in den Tagen von Olmütz gewonnen hatte. Nur wenn es gelang, Preußen in eine anti-russische Front miteinzureihen und es so durch Rußlands Feindschaft mitzubelasten, war die Trübung der österreichisch-russischen Beziehungen allenfalls zu ertragen.

Bismarck durchschaute diesen Zusammenhang vom ersten Augenblick an klarer als irgendein anderer preußischer Staatsmann. Das freundliche Gesicht des alten Rivalen war ihm unbehaglich. „Gegen Östreich,“ schrieb er im Juli 1853 an Gerlach²⁾, „kann ich mich des Mißtrauens nicht erwehren; ich bin überzeugt, daß es unaufrichtig gegen uns verfährt, es wird uns nach Bedürfniß und ohne Gegenleistung benutzen und bei Seite werfen . . . Ich will meinen Kopf zum Pfande setzen, daß das heutige Östreich nie unser e h r l i c h e r Bundesgenosse sein wird; das der Vergangenheit war es auch nicht, wenn es schon einmal aus der Noth eine Tugend machte“. Zugleich aber war ihm schon im Anfang der Krisis klar, daß Preußen versuchen mußte, aus den europäischen Verlegenheiten Österreichs einen Gewinn auf dem Gebiete der Bundespolitik herauszuholen. Dieser Gewinn sollte nichts Geringeres sein als die Rückkehr zu dem alten, vormärzlichen Bundesverhältnis. Das damals geltende ungeschriebene Gesetz, nach dem Österreich vor Verständigung mit Preußen nichts Wichtiges an den Bundestag brachte, also die stillschweigende Anerkennung eines preußischen Vetorechtes durch Österreich und ebenso umgekehrt, sollte jetzt erneuert und förmlich durch den

²⁾ Am 8. u. 9. Juli, S. 85.

Wiener Hof anerkannt werden. Kurz nach Ausbruch des russisch-türkischen Krieges, im November 1853, trat Bismarck mit dieser Anregung hervor³⁾. Er verfolgte damit ein Ziel, das durchaus im Geiste seiner Instruktion von 1851 lag; denn diese ging von der Voraussetzung aus, daß die beiden Höfe sich über alle dem Bundestage vorzuschlagenden Maßregeln vorher verständigten. Bestand jetzt Aussicht, daß diese Voraussetzung endlich zur Wirklichkeit werde? Prokesch hatte erst einige Monate vorher, als der Kampf um die Geschäftsordnung in vollem Gange war, Bismarcks Erinnerung an das alte Bundesverhältnis mit den Worten zurückgewiesen, er glaube nicht, daß ein Staatsvertrag zwischen beiden Mächten über eine derartige Gegenseitigkeit vorhanden sei⁴⁾. Doch selbst Fürst Schwarzenberg ist nie so weit gegangen, den Gedanken einer Verständigung zwischen Wien und Berlin vor Verhandlung am Bundestag derartig kurzerhand zurückzuweisen. Er hat sich sogar einmal, um den Schein zu wahren, grundsätzlich zur Verpflichtung wechselseitiger Rücksichtnahme bekannt und gleichzeitig den Vorwurf eigenmächtiger Bundespolitik an Preußen zurückgegeben⁵⁾.

Es war ein Lieblingsgedanke Bismarcks, ein Abkommen mit Österreich über gegenseitiges Vetorecht zustande zu bringen. Er hat wiederholt Anläufe darauf unternommen, den letzten und ernstesten unter Graf Rechbergs Bundespräsidium. In die Wirklichkeit übertragen, wäre ein solches Abkommen gleichbedeutend gewesen mit weitgehender Beschränkung der Bundeskompetenz, und damit rührte der Gedanke an das eigentliche Problem der Bundespolitik überhaupt. Ein möglichst starker Bund unter österreichischer Leitung war und blieb das bald mehr, bald weniger tatkräftig verfolgte Ziel der Wiener Politik von der Wiederherstellung des Bundestages im Jahre 1850 bis zum Frankfurter Fürsten-

³⁾ Bericht v. 14. Nov. GW. I S. 391.

⁴⁾ Bericht v. 9. Aug. Pr. i. BT. I S. 294.

⁵⁾ Rochow an Manteuffel, 11. Febr. 1852. Pr. a. P. I S. 363.

tag von 1863. Schwächung der Bundesgewalt, solange die Führung bei Österreich lag, war und blieb in demselben Zeitraum das Ziel der preußischen Politik. Friedrich Wilhelm IV. persönlich war vielleicht der einzige, der sich nicht zu diesem Ziele bekannte, sondern die Rolle der zweiten deutschen Macht, die seinem Staate in Wien zugebach war, als angemessen empfand. Er wäre daher gern bereit gewesen, den Bundestag mit aller möglichen Macht und Würde zu bekleiden. Aber Preußens Politik wurde nicht nach der Phantasie seines Königs gestaltet, und Manteuffel konnte ebenso wenig wie Bismarck vergessen, daß Preußen in Frankfurt dem Präsidium Österreichs unterstand⁶⁾. Der Gedanke der Gleichberechtigung mit dem Kaiserstaat erfüllte auch ihn und die gesamte preußische Politik seit 1848. Was Manteuffel von Bismarck unterschied und seiner Politik die Schärfe gegen Österreich nahm, war nur Mangel an Mut, nicht eine grundsätzlich abweichende Auffassung.

War aber das gegenseitige Vetorecht, das der Politik der Gleichberechtigung entsprach, überhaupt ein erreichbares Ziel? Wer von der nachfolgenden Zeit, von Königgrätz her, zurückblickt, wird geneigt sein, ex eventu zu schließen und die Frage zu verneinen. Wer aber vom Beginn der fünfziger Jahre auf die Erfahrungen der Zeit Metternichs blickte, mußte sie bejahen, und der Bismarck der Frankfurter Zeit hat sein Ziel nicht nur im Anfang für erreichbar gehalten. Er hat zwar schon sehr früh, schon nach wenigen Monaten Frankfurter Luft, mit der Möglichkeit gerechnet, daß Preußen die Gleichberechtigung mit dem Schwerte werde erkämpfen müssen. Er hat andererseits aber auch noch im letzten Jahre seines Frankfurter Wirkens die Zeit vor 1848 als Beweis für die Möglichkeit einer friedlichen gemeinsamen Bundesleitung angeführt⁷⁾. Und er hat Jahre lang für den zweiköpfigen

⁶⁾ Manteuffel an Bismarck, 18. Okt. 1852. Anh. 3. d. G. u. E. II S. 104.

⁷⁾ Bericht v. 11. Jan. 1858. GW. II S. 276 f. *nicht der Tab. 2*

Deutschen Bund gekämpft, in dem die beiden Großmächte „ehrliche Bundesgenossen ohne eifersüchtige Hintergedanken“ sein könnten⁹⁾. Ein anderes Kampfziel kam für ihn gar nicht in Frage, solange Friedrich Wilhelm IV. König war. Er mußte mit seinem friedliebenden Monarchen als einer gegebenen Realität rechnen, und erst als der Thronwechsel sich vorbereitete, konnte er im Vertrauen auf das verletzbare preußische Ehrgefühl des neuen Herren daran denken, mit aller Vorsicht sein Kampfziel höher zu stecken und auf den Bundesbruch hinzuarbeiten. Er hat zuletzt dieses Ziel eindeutig verfolgt. Liegt darin aber das Eingeständnis, daß er mit seinem früheren, all die Jahre hindurch erstrebten Ziele des friedlichen Dualismus auf der Grundlage gegenseitigen Vetorechtes nach etwas Unerreichbarem gerungen habe?

Ganz und gar nicht! Bismarck hat sich allerdings von der Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen überzeugen müssen. Aber was ihn überzeugte, das war nicht ein für unbeugsam gehaltener Widerstand Österreichs gegen den Gedanken der Gleichberechtigung Preußens, sondern es war die immer wieder schmerzlich beklagte Tatsache, daß in Berlin der Wille fehlte, jenen Widerstand durch rücksichtslose Ausnützung der europäischen Nöte Österreichs zu brechen. Ohne ein hartes Muß war natürlich nicht daran zu denken, daß Österreich einwilligte, sich mit dem alten Nebenbuhler zu gleichen Rechten in die Herrschaft über Deutschland zu teilen. Dieses Muß wäre aber nach Bismarcks Überzeugung zu schaffen gewesen, wenn man eine Krise wie die des Krimkrieges auszunutzen verstanden hätte. In dem persönlichen Versagen der Berliner Machthaber während dieser Krise, wie während der von 1859, nicht aber in der sachlichen Unlösbarkeit der Aufgabe selbst, lag der entscheidende Grund für das Scheitern aller Bemühungen Bismarcks um eine friedliche Lösung des

⁹⁾ Der Ausdruck steht in Bismarcks Brief v. 23. Febr. 1854 an Manteuffel. GW. I S. 429. Derselbe Gedanke weiter ausgeführt an Gerlach, 20. Febr., S. 129.

deutschen Dualismus. Ob freilich eine solche, Österreich abgepreßte Lösung Dauer verheißen hätte, das ist eine weitere und größere Frage, die zu bejahen schwer fällt. Die Gleichberechtigung Preußens wäre nach menschlichem Ermessen nur eine Stufe, ein Waffenstillstand im Kampfe um die Vorherrschaft über Deutschland gewesen.

Bismarck mußte schon bei Ausbruch des Krimkrieges erkennen, daß zunächst eine andere Sorge viel dringender war als der Kampf für ein preußisches Vetorecht am Bundestage. Diese andere Sorge war, daß Preußen nicht durch Österreich und die Westmächte in das Schlepptau ihrer Politik genommen werde. Weshalb nahm Preußen teil an dem Wiener Protokoll vom 5. Dezember 1853 und vereinigte sich darin mit Österreich, England und Frankreich zu der Erklärung, daß der Besitzstand der Türkei eine Bedingung des europäischen Gleichgewichts und notwendig für die Ruhe aller anderen Mächte sei? „Welches sind unsre Interessen, die uns zu diesem Schritte geleitet haben, und was haben wir davon, uns mit Rußland zu erkälten?“ Bismarck fand auf die Frage nach dem Beweggrund der preußischen Politik nur die bittere Antwort: „Weil wir uns graulten, allein zu sein!“ Und nun kämpfte er gegen die in der Umgebung der Majestät herrschende „Graulichkeit“ vor dem Gedanken einer Vereinsamung Preußens, überzeugt, daß ein so gesunder und kräftiger Staat jederzeit, wann er es wünschte, jedem als Bundesgenosse willkommen sein werde. Ihm graute nicht, wenn Preußen allein stand, sondern im Gegenteil nur dann, „wenn wir vor dem möglichen Sturm dadurch Schutz suchten, daß wir unsre schmucke und seefeste Fregatte an das wurmstichige alte Orlogschiff von Östreich koppelten. Wir sind der bessere Schwimmer von beiden“⁹⁾.

Seine Beunruhigung wuchs, je liebenswürdiger Prokeß zu ihm wurde. Aus dem zänkischen Schulmeister wurde „ein

⁹⁾ An Gerlach, 18.—20. Dez. 1853, S. 113, 116 f. An Mantteuffel, 15. Febr. 1854. GW. I S. 427.

Bild der Sanftmuth und Nachgiebigkeit“, und der jähzornige Mann wurde „so zuthunlich und schwarz-weiß wie mein Stallkater“¹⁰⁾. Er wurde es in solchem Maße, daß er eines Tages — im Februar 1854, kurz ehe Frankreich und England ihr Ultimatum wegen Räumung der Donaufürstentümer an Rußland übersandten — Bismarck freundschaftlich auseinandersetzte, was er tun würde, wenn er jetzt preußischer Minister wäre: „er würde sich auf einen so guten Fuß mit Ostreich und den Westmächten setzen, als dieß ohne wirkliche Kriegführung gegen Rußland möglich wäre, jedenfalls aber ungefäumt mit Ostreich in Unterhandlung treten, um eine für Preußen vorteilhaftere Abgrenzung der Stellung beider Mächte in Deutschland zu gewinnen“¹¹⁾. Einen besseren Kronzeugen für die Berechtigung seiner politischen Pläne konnte Bismarck sich nicht wünschen; zum ersten Mal war er mit seinem österreichischen Kollegen ganz einverstanden über preußische Politik. Nur wollte er, daß man nicht eher mit Wien verhandle, als bis man gewiß sei, daß man dort aus Noth wirklich so denke, wie Prokesch ihm andeutete.

Allein in Wien hatte man gar keinen Grund, so zu denken, da die preußische Regierung ebenso Rußland wie den Westmächten gegenüber freie Hand behalten wollte und daher engen Anschluß an Österreich für nötig hielt, um nicht ganz isoliert zu bleiben. Bismarck wurde unter der Hand durch Gerlach bedeutet, „die ewigen Zänkereien mit Österreich zu vermeiden“, wie schwer es ihm auch gemacht werden möge¹²⁾. Es war, als hinge das Heil Preußens davon ab. Und doch war noch ungewiß, wohinaus Österreich wollte. Gewiß aber waren die Vorteile einer Politik, die allen gegenüber freie Hand behielt. Verkannte die preußische Regierung das und sah sie ihren Vorteil im Anschluß an Österreich, so hatte weder

¹⁰⁾ An Gerlach, 20. Febr., S. 129. An Manteuffel, 15. Febr. 1854. GW. I S. 427.

¹¹⁾ An Manteuffel, 26. Febr. GW. I S. 431.

¹²⁾ Gerlach an Bismarck, 5. Febr. 1854, S. 80.

sie ein Druckmittel, um Zugeständnisse in der deutschen Frage zu erzwingen, noch hatte Österreich Anlaß, solche Zugeständnisse anzubieten. Bismarck sah kommen, daß Preußen leer ausgehen oder „mit ziemlich werthloser Wiener Währung“ abgefunden werden würde¹³⁾. Am 14. März 1854 sprach eine österreichische Zirkulardepesche aus, die Interessen, die Österreich verteidige, seien auch die der übrigen deutschen Staaten. Darum hoffe das kaiserliche Kabinett, Preußen und das übrige Deutschland würden ihre Kräfte mit denen Österreichs vereinigen; es gäbe kein anderes Mittel, den Gefahren, die Europa bedrohten, Einhalt zu gebieten¹⁴⁾. Es war Bismarck eine Beruhigung, daß er, zur Zeit dieser Depesche in Berlin anwesend, persönlich einwirken konnte, und es spricht für sein damaliges Ansehen beim König und bei Manteuffel, daß er die Kammerrede entwerfen durfte, durch die der Ministerpräsident, seinen eigenen Entwurf beiseite lassend, am 18. März Preußens Politik des Friedens und der freien Selbstbestimmung verteidigte, als geboten durch Preußens und Deutschlands Interessen. Freilich zeigen die Abweichungen zwischen Bismarcks Entwurf und Manteuffels Rede, daß Bismarck das preußische, Manteuffel das deutsche Interesse voranstellte und gleichzeitig das Einvernehmen mit Österreich stärker unterstrich. Bismarck spricht von der Ehre und Unabhängigkeit Preußens, Manteuffel von der Deutschlands, Bismarck von der Ehre und Selbständigkeit Preußens, Manteuffel von der des Vaterlandes. Bismarck erwähnt „die Rücksichten auf unsere deutschen Bundesgenossen“ und fügt in Klammern als Frage hinzu: „und das Bewußtsein des Einverständnisses mit Österreich?“ Dagegen Manteuffel: „die Rücksichten auf unsere deutschen Bundesgenossen und die Zuversicht der von uns bereits eingeleiteten Verständigung mit diesen und vor allem mit Osterreich.“ Der Ton der deutschen Mission Preußens, der

¹³⁾ Bismarck an Manteuffel, 23. Febr. 1854. GWB. I S. 429.

¹⁴⁾ J. v. J a s m u n d, Aktenstücke zur orient. Frage I (1855) S. 285. P o s c h i n g e r, Manteuffel II S. 403.

bei Bismarck nur leise mitanklingt, wird in Manteuffels Rede vernehmlicher hörbar¹⁵⁾).

Bismarck fargte damals mit dem Worte Deutsch und verschmähte es, seine eingestanden preußisch-egoistische Politik „mit dem räudigen Hermelin des deutschen Patriotismus aufzupuhen“. Das Wort war zu oft mißbraucht, als Deckmantel für Sonderinteressen benutzt worden. „Unter w a h r h a f t deutscher Politik versteht eigentlich jede Regierung etwas Andres; im ganzen kann man sagen, daß jeder damit dasjenige bezeichnet, was er von den Andern verlangt“¹⁶⁾. Genau so hat Bismarck sich später, als deutscher Reichskanzler, gegen jede „Spiegelfechterei mit dem Europäertum“ gewehrt: „Ich habe das Wort Europa immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten“¹⁷⁾. Bismarck hat sich nie gescheut, was der eigene Staat brauchte, im Namen des eigenen Staates zu fordern. So hat er auch während des Krimkrieges mit der ganzen Kraft seiner Logik und mit der Bildhaftigkeit seiner Sprache bald auf den Generaladjutanten, bald auf den Ministerpräsidenten des ängstlichen Monarchen einzuwirken gesucht, um ihnen, und durch sie dem Könige Mut zu machen, sich dreist zu einer spezifisch preußischen Politik zu bekennen, statt sich durch eigene oder fremde Phrasen über deutsche Politik einfangen zu lassen¹⁸⁾. Mein Mut und Selbstvertrauen, die zu einer im übrigen Deutschland so unpopulären Politik gehörten, waren nicht gerade das Kennzeichen der damaligen Berliner Regierung. Manteuffel glaubte, über

¹⁵⁾ Die Entwürfe Bismarcks und Manteuffels im Anh. z. d. G. u. E. II S. 156—162. Manteuffels Rede außer im Stenographischen Bericht der Kammern auch bei Poschinger, Manteuffel II S. 407—410.

¹⁶⁾ An Gerlach, 25. Nov. u. 18. Dez. 1853, S. 105, 111.

¹⁷⁾ Diktat v. 9. Nov. 1876. Die große Politik... 1871—1914. Diplom. Akten des Ausw. Amtes II (1922) S. 88, 92.

¹⁸⁾ An Gerlach, 19. u. 20. Dez., S. 116 f.

Preußens Grenzen hinaus zu wirken, wenn er in seiner Kammerrede als vornehmste Sorge der preußischen Politik die Ehre und Unabhängigkeit *Deutschlands* bezeichnete. Bismarck dagegen war überzeugt: sie glauben's doch nicht, sie merken Absicht und sind verstimmt. Er hielt für ganz verkehrt, die kleinen Staaten zu suchen, statt sie kommen zu lassen: „sie werden uns ganz bestimmt suchen, wenn wir mehr unsern eignen Curs steuern und ihnen überlassen, uns zu folgen; sie haben außer uns schließlich keinen Anhalt“¹⁹⁾. Auf Prokesch aber wirkte Manteuffels Rede, trotz der Versicherung des Einverständnisses vor allem mit Österreich, durchaus nicht beruhigend. Er hörte vielmehr den Klang der deutschen Mission heraus und zog den Schluß, Preußen wolle „Deutschland durch die Lockung des Friedens an sich ziehen, faktisch das Gagernsche Projekt der Ausscheidung Österreichs erneuern, uns womöglich recht tief hineinreiten und dann im Trüben die Hegemonie herausfischen“²⁰⁾. Er traute den Berliner Herren sehr viel mehr Mut zu, als sie hatten.

Bismarcks Kampf gegen die österreichische Politik wurde in diesen Wochen und Monaten weniger in Frankfurt als in Berlin ausgefochten. Hier hatte Graf Buol den Hebel anzusetzen, wenn er Preußen mit sich ziehen wollte. Es war aber doch ein Fehler und eine Unterschätzung der Bedeutung Bismarcks, daß er seinen Frankfurter Gesandten, wie dieser selber schmerzlich empfand, und wie auch seinem preußischen Kollegen nicht entging, zunächst über die Ziele der österreichischen Politik im Dunkeln ließ²¹⁾. Buol erleichterte damit Bismarck seine Aufgabe. Der ungeheure Abstand an persönlicher Bedeutung wie an amtlicher Wertschätzung, der zwischen Bismarck und Prokesch bestand, tritt niemals sonst so deutlich hervor wie in

¹⁹⁾ An Gerlach, 25. Nov., S. 105 f.

²⁰⁾ Prokesch an Buol, 20. März 1854. BrPrD. S. 361.

²¹⁾ Prokesch an Buol, 22. März, ebenda S. 367. Bismarck an Manteuffel, 29. März, GW. I S. 439; vgl. 478. Später wurde Prokesch besser unterrichtet.

diesen kritischen Wochen, in denen der eine wiederholt persönlich ins Steuerrad des Staatsschiffes greifen darf, der andere nicht einmal erfährt, wohin der Kurs geht. Prokesch empfand das um so tiefer, als er sich doch als Fachmann gerade für orientalische Dinge fühlen durfte. In seinen Augen waren sämtliche europäischen Regierungen und vollends die öffentliche Meinung ohne alles Verständnis für die orientalische Frage²²⁾.

Auch Bismarck aber war keineswegs zufrieden mit dem Maße des Einflusses, das ihm auf Preußens Politik eingeräumt wurde. Als der eben für seinen Standpunkt gewonnene und sich gestärktühlende General von Gerlach durch eine lebensgefährliche Erkrankung seiner Frau einige Tage lang vom Dienste beim König abgehalten wurde, da — am 20. April — gelang dem in Berlin verhandelnden österreichischen Feldzeugmeister Heß zusammen mit dem kaiserlichen Gesandten in Berlin, dem Grafen Thun, der Abschluß eines Schutz- und Trugbündnisses zwischen Österreich und Preußen²³⁾. Bismarck war tief niedergeschlagen: „Der 20. April täuscht die Erwartungen der deutschen Staaten und discreditirt Preußen bei ihnen; sie sehn, daß Osterreich sein Herr ist!“²⁴⁾ Doch vermied er Manteuffel gegenüber sorgfältig jedes Schmollen, gewann es über sich, ihm seinen „aufrichtigen Glückwunsch“ zu senden, und legte den Vertrag, der den Eintritt der einen Macht in den Krieg immerhin an das Einverständnis der anderen band, sofort dahin aus, daß er als Hemmschuh der antirussischen Politik Österreichs benutzt werden müsse. Geschah dies, so war, „außer der Courage, noch

²²⁾ Siehe seinen Brief an Graf Ficquelmont v. 26. März. BrPrD. S. 367—370.

²³⁾ Gerlach an Bismarck, 24. Apr. 1854, S. 91 f. Der Wortlaut des Vertrages Pr. i. BT. IV S. 186 f. Vgl. Friedjung, Der Krimkrieg und die österreichische Politik (1911) S. 54.

²⁴⁾ Randbemerkungen B.'s zu eigenem Gebrauch. GW. I S. 447.

nichts verloren“²⁵⁾. Um die Courage zu stärken, ging Bismarck Anfang Mai wieder nach Berlin. Gerlach fand, daß die Unterhandlungen mit Österreich über alle Begriffe schlecht geführt würden, und bestimmte den König, sofort den Frankfurter „Glückschneider“ herbeizurufen²⁶⁾. Manteuffel verbarg nicht seine Verstimmung, daß Bismarck diesmal ohne vorherige Anfrage bei ihm, wie zur Überwachung und Korrektur seiner Politik, hergezitiert wurde. Er bedeutete seinen Untergebenen, daß sein Berliner Aufenthalt wegen der Bundestagsgeschäfte nicht von langer Dauer sein könnte²⁷⁾.

Die zehn Tage, die Bismarck in Berlin blieb (7.—16. Mai) genügten diesmal für die Aufgabe der Rückenstärkung. Er fand, man fange doch an, in den höheren Regionen einzusehen, daß eine feige Politik die allergefährlichste sei²⁸⁾. Der König, schon vor seiner Ankunft durch Gerlach erfolgreich bearbeitet, schrieb einen Brief an Kaiser Franz Josef, um ihn vom Einschreiten abzumahnern und an die vertragsmäßig ausbedungene Übereinstimmung zu erinnern. Das gab dem Aprilbündnisse die von Bismarck gewünschte Auslegung als Bremse der österreichischen Politik und verstimmte nicht wenig in Wien²⁹⁾. In einem anderen Punkte war Bismarck nicht so erfolgreich. Eine zwischen Wien und Berlin vereinbarte gemeinsame Erklärung der beiden Großmächte sollte ihre Haltung in der orientalischen Krisis dem Bundestag darlegen, und diesen zum Anschluß auffordern. Österreich legte dabei Wert darauf, daß diese von ihm eingeleitete und von Preußen nur mitgemachte Politik als den Interessen ganz Deutsch-

²⁵⁾ B. an Manteuffel, 25. Apr. GB. I S. 442. Vgl. an Gerlach, 28. Apr., S. 148.

²⁶⁾ Gerlach, Denkwürdigkeiten II S. 143, 145. Sein Brief an Bismarck v. 3. Mai. G.'s Briefe an B., S. 93.

²⁷⁾ Manteuffel an B., 3. Mai. G. u. E. I S. 97.

²⁸⁾ B. an seinen Bruder, 10. Mai. BB. S. 174 f.

²⁹⁾ Gerlach, Denkwürdigkeiten II S. 147, 150. Friedjung, Krimkrieg S. 63.

lands entsprechend dargestellt würde. Zu diesem Zweck mußte ein unmittelbares Interesse Deutschlands an der orientalischen Frage konstruiert werden. Das wurde in der Freiheit des Donauhandels und der Donauschiffahrt gefunden. Bismarck wollte nichts davon wissen. Er fand, die Donaumündung habe sehr wenig Interesse für Deutschland, das Adriatische Meer und Englands Herrschaft auf den Ionischen Inseln zehntausendmal mehr. Er wollte daher, daß der Abschnitt über die Wichtigkeit der unteren Donauländer für Deutschland gestrichen werde. Es war umsonst — der Abschnitt blieb. Sein Wortlaut ist von Bedeutung, weil er uns zeigt, wie Bismarck das Interesse Deutschlands an der orientalischen Frage nicht verstanden sehen wollte:

„Es erscheint ihnen (den Höfen von Österreich und Preußen) als eine Forderung der politischen Stellung Deutschlands, als ein Element seiner erhaltenden Politik, und als eine Bedingung der natürlichen Entfaltung seines Nationalreichtums, daß in den Ländern der untern Donau geordnete und den Interessen des mittleren Europas entsprechende Zustände bestehen. Der Industrie und dem Handel Deutschlands eröffnet sich im Oriente ein weites und fruchtbares Feld des Wettseifers mit anderen Nationen, ein Gebiet, das für die Verwerthung deutscher Intelligenz und Arbeitskraft um so größere Wichtigkeit gewinnen muß, je rascher die Entwicklung der allgemeinen Culturzustände und Verkehrsverhältnisse fortschreitet. Die materiellen Interessen Deutschlands sind in der Richtung der großen Wasserstraße nach dem Osten des mächtigsten Aufschwungs fähig, und es ist daher ein allgemein deutsches Anliegen, die Freiheit des Donauhandels möglichst gesichert, und die naturgemäße Belebung der Verkehrswege nach dem Orient nicht durch Beschränkungen zurückgedrängt zu sehen“³⁰⁾.

³⁰⁾ Prot. BB. 1854 Mai 24., S. 448 b. Bismarcks Widerspruch gegen diesen Passus: Berichte v. 26. u. 27. Apr., Randbemerkungen v. 27. GB. I S. 446, 447. Pr. BT. II S. 9.

Der bestimmte, aber vergebliche Widerspruch Bismarcks gegen diese Sätze leuchtet blizartig in den tiefen Gegensatz preußisch-deutscher und österreichischer Orientpolitik hinein, wie er durch den Zeitraum zweier Generationen, von den Tagen des Krimkrieges bis zum Weltkrieg, bestanden hat. Österreich, der Donaufstaat, hat ein unmittelbares, ein lebensnotwendiges Interesse an der Gestaltung der Landkarte im unteren Donaugebiet; für Preußen und das übrige Deutschland ist dieser Winkel Europas — Sefuba! So wenigstens will Bismarck die Lage aufgefaßt sehen. Er will nicht, daß Deutschland sich durch Österreich einreden lasse, es habe ein unmittelbares Interesse an den orientalischen Dingen. Für ihn gibt es nur ein mittelbares: die orientalische Frage soll ihm als Werkzeug dienen, um Preußens Beziehungen zu anderen Staaten nach Wunsch zu regulieren. Preußen, und später ebenso das Deutsche Reich, soll selber im Orient uninteressiert bleiben, damit es den Vorteil der freien Hand behalte, den es in dieser Frage vor allen übrigen Großmächten dank seiner geographischen Lage voraus hat. So kann es durch Druck nach der einen, Entgegenkommen nach der anderen Seite, hier den Gegner in Schach halten, dort den Freund verpflichten. Damals war Österreich der Gegner, der am Deutschen Bunde in Schach gehalten, in seiner Führerstellung eingeschränkt werden sollte: man brauchte nur seinen orientalischen Wünschen die kühle Schulter zu zeigen, um es in Frankfurt gefügig zu machen. Rußland war der Freund, den man schon verpflichten konnte, wenn Preußen nur der feindlichen Front der Westmächte und Österreichs fernblieb und eine mittlere Stellung zwischen den beiden Lagern einnahm. Bei solcher Ausnutzung der orientalischen Krisis aber mußte natürlich jede Erklärung vermieden werden, die sich zur Solidarität der österreichischen und der preußisch-deutschen Orientinteressen bekannte, wie das in den von Bismarck beanstandeten Sätzen nur allzu nachdrücklich geschehen war.

Es ist etwas Erstaunliches: der erste Augenblick, der Bis-

mark zur Beschäftigung mit der orientalischen Frage zwingt, findet ihn in voller Klarheit über sein politisches Programm. Und das Programm des Bundestagsgesandten ist dasselbe wie später das des Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers: nie sich hineinziehen lassen in die orientalischen Händel, nie ein eigenes Interesse an ihnen bekunden, immer aber sie ausnutzen für die Gestaltung der Beziehungen Preußen-Deutschlands zu den Großmächten! Und genau so, wie der Bundestagsgesandte sich wehrte gegen Österreichs Versuch, Preußen und den Bund während des Krimkrieges in sein Lager zu locken, genau so hat der Reichskanzler während der orientalischen Krisen der siebziger und achtziger Jahre Österreich zurückgewiesen, so oft es das Deutsche Reich zum Teilhaber seiner antirussischen Orientpolitik zu machen versuchte. Durch vier Jahrzehnte dasselbe Bild im Wechsel der Zeiten! Doch wie der Sinn der Bismarckschen Orientpolitik im Jahre 1854 in Berlin nicht verstanden wurde, ebenso blieb er, zu Deutschlands Verderben, nach Bismarcks Sturz ein unverstandenes Kapitel seiner Geschichte³¹⁾.

*

Am 24. Mai wurde die gemeinsame österreichisch-preußische Erklärung über die Orientpolitik dem Bundestag vorgelegt und durch sämtliche Gesandte mit höflichen und inhaltsleeren Dankesbezeugungen beantwortet. Am Tage darauf trat unter bayrischer Führung in Bamberg eine mittelstaatliche Konferenz zusammen, um Stellung zu der Deutschland drohenden Kriegsgefahr zu nehmen, die durch das Aprilbündnis und vor allem durch einseitig österreichische Auslegung seiner Bestimmungen heraufbeschworen wurde. Denn am Bundestag und auch bei Bismarck wuchs die Besorgnis vor bedenklichen Folgen des Bündnisses, als dieses in der Presse, zum Teil auch der

³¹⁾ Weiter ausgeführt von A. D. Meyer, Bismarcks Orientpolitik. Göttinger Universitätsrede 1925.

preussischen, im Sinne gänzlicher Abhängigkeit Preußens von Österreich ausgelegt wurde³²⁾). Bismarck hatte schon zu Anfang April, vor Abschluß des Bündnisses, mit Genugtuung bemerkt, daß die Sympathien der Mittelstaaten für Österreich durch die Gefahr, in dessen kriegerische Händel verwickelt zu werden, einen fühlbaren Rückschlag erlitten. Er begrüßte die Möglichkeit, die Zumutungen, die Österreich an seine deutschen Bundesgenossen stellen wollte, durch die Mittelstaaten herabstimmen zu lassen; er hielt daher seine schützende Hand über die Bamberger, von denen der französische Gesandte in Frankfurt richtig sagte: „Ils font le jeu de la Prusse“. Profesch, ärgerlich, daß der Bund sich nicht als „wohlgeschultes Campagnepferd“ vorführen ließ, sondern die Beine steif machte, würde gern ein von Wien und Berlin gemeinsam ausgehendes Tadelsvotum gegen die Bamberger Konferenz geschleudert haben. Bismarck aber, der sein Vergnügen an ihrem staatsmännischen Gebahren und an ihrer Courage hatte, stellte ihm mit Erfolg das Zwecklose und vielleicht Gefährliche einer solchen Maßregelung vor Augen und bestimmte ihn, statt dessen lieber dem Bundestag eine Woche Pfingstferien zu gönnen und auf Landpartien eine unbefangene Heiterkeit zur Schau zu tragen³³⁾. „Ich sehe in Herrn v. Bismarck,“ schrieb Profesch damals³⁴⁾, „was die orientalische Frage angeht, nicht den Mann seiner Regierung, sondern den einer, allerdings mächtigen Partei in Berlin. Seine Auffassung ist ganz die der Mittelstaaten; er verhehlt dies nicht und lobt ihren Muth.“

Bismarck hütete sich indessen vor Überschätzung der Interessengemeinschaft, die damals zwischen Preußen und den Bambergern bestand; er hoffte nur, daß Preußen bei den Mittelstaaten den Grad von Vertrauen wiedergewinnen würde, den

³²⁾ B. an Manteuffel, 20. Mai, 16. u. 17. Juni. Pr. i. BZ. II S. 17. GW. I S. 457. An Gerlach, 20. Mai, S. 154.

³³⁾ B.'s Berichte v. 29. März u. 5. Apr. Pr. i. BZ. I S. 373, 374, 379. An Gerlach, 6. u. 10. Juni, S. 155 f.

³⁴⁾ Bericht Profesch v. 7. Juni. WA.

es vor 1848 besaßen. Er wollte nichts davon wissen, daß die Mittel- und Kleinstaaten als geschlossene Gruppe, als Glied einer deutschen Trias, zu selbständiger politischer Bedeutung emporstiegen; es war vielmehr ganz in seinem Sinne, daß die Bamberger beschlossen, der Deutsche Bund als Ganzes solle dem Aprilbündnis beitreten. Das bedeutete eine Stärkung der preußischen Stellung, einen weiteren Kiegel gegen mißbräuchliche Auslegung des Bündnisses durch Österreich. Als der Bund am 24. Juli endlich den Beitritt beschloß, wurde der Beschluß an die für die beiden Großmächte nicht gerade schmeichelhafte Voraussetzung geknüpft, daß sie ihre in Art. 11 der Bundesakte umschriebene Verpflichtung durch ihre gesamte deutsche und außerdeutsche Macht erfüllen würden. Diese Verpflichtung bezog sich darauf, im Kriegsfall sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen. Da nur Österreich über außerdeutsche Truppen gebot, richtete sich das in dieser Klausel angedeutete Mißtrauen vor allem gegen die österreichische Politik³⁵).

Es ist daher kein Wunder, daß Profesch in diesen Wochen an der Gesinnung der Staaten und ihrer Gesandten am Bunde wenig Erfreuliches fand. Sie alle hätten sich seit dem 24. Mai, dem Tage der gemeinsamen österreichisch-preußischen Vorlage, mehr oder weniger widerhaarig benommen. „An der Spitze der aus eigenen Ansichten Übelwollenden stand Herr v. Bismarck. Seine ganze Haltung war eine persönliche Protestation gegen seine offizielle Pflicht, der er übrigens getreu, wenn auch auf das Minimum reduziert, nachkam. Der Mund versagte ihm während der zwei Monate jedes helfende Wort, und heute sprach er seine Zustimmung nur mit einem Seufzer aus“³⁶). Profesch erkannte zwar richtig, wie wir schon sahen,

³⁵) Prot. BB. 1854 S. 737. B.'s Berichte v. 23. u. 25. Juli. Pr. i. BT. II S. 45. GW. I S. 470. An Gerlach, 6. u. 28. Juni, S. 155 f., 158.

³⁶) Profesch an Buol, 24. Juli. BrPrD. S. 379 f.

daß Bismarcks politische Ansichten mit denen seiner Regierung nicht zusammenfielen. Wenn er ihn aber über den nunmehr beschlossenen Beitritt des Bundes zum Aprilbündnis setzen läßt, so hat er entweder falsch beobachtet oder falsch berichtet; wahrscheinlich das zweite: lag ihm doch daran, den Beschluß des 24. Juli in Wien als eine Frucht seiner eigenen, trotz Bismarck siegreichen Bemühungen darzustellen! Der aber hatte in eben diesen Wochen, in denen die Mittelstaaten Trumpf im Spiel des Bundestages waren, sein heimliches Vergnügen an der gedrückten Stimmung des sonst so anmaßenden Präsidialgesandten: „Prokesch ist stiller als sonst, sucht sich einen Ausdruck resignirter Bescheidenheit zu geben und geht öfter in Civil“³⁷⁾.

Die Zivilkleidung des sonst in Generalsuniform Gesehenen gehörte zu den kleinen diplomatischen Finten Prokesch-Ostens. Er war damals ebenso kriegerisch gesinnt wie seine Regierung und würde nichts lieber gesehen haben als einen Krieg, den Österreich als Haupt des gesamten Deutschen Bundes an der Seite der Westmächte gegen Rußland zur Eroberung der Donaufürstentümer geführt haben würde. Und dauernd lastete auf Bismarck die schwere Sorge, daß der Kaiserstaat „an der Donau im Namen Mitteleuropas auftreten und hinter seinem kranken Staatswesen die Preußischen Thaler und die deutschen Bajonette rasseln lassen würde, um seinen eignen Zwecken zu dienen“³⁸⁾. Ohne seinen preußischen Bundesgenossen zu fragen, schritt Österreich weiter auf dieser Bahn, richtete am 3. Juni an Rußland in drohendem Tone die Aufforderung, die Donaufürstentümer zu räumen, schloß am 14. ein Bündnis mit der Türkei, das den österreichischen Truppen das Recht gab, an Stelle der Russen in die Moldau und Walachei einzurücken, und vereinigte sich, als die russische Antwort auf sich warten ließ, mit den Westmächten am 8. August zu der gemeinsamen Forderung der vier Punkte: Rußland sollte auf

³⁷⁾ An Gerlach, 28. Juni, S. 159.

³⁸⁾ An Manteuffel, 23. Febr. GW. I S. 430.

das alleinige Protektorat über die Donaufürstentümer wie auf seine Schutzhoheit über die Christen des Orients verzichten; es sollte die Freiheit der Donauschifffahrt anerkennen und in eine Änderung des Dardanellenvertrages von 1841, d. h. in eine Beschränkung seiner Souveränität über das Schwarze Meer willigen. Das waren Kriegsziele, die mit den Interessen Preußens und Deutschlands nichts gemein hatten. Nur dreiste Spekulation auf die Schwäche der Berliner Regierung durfte hoffen, Preußen wiederum, wie beim Aprilbündnis, mit sich zu reißen.

Nur zu Anfang schien diese Spekulation fehlzuschlagen. Manteuffel erinnerte am 15. Juli den Grafen Buol ernst an den Zweck und die Grenzen des Aprilbündnisses³⁹⁾. Bismarck bestärkte seinen Chef im Widerspruch gegen die Zumutung, daß Preußen sich an den Kosten und Gefahren einer österreichischen Eroberung beteiligen solle, die nur die Machtverschiedenheit mehren und damit Preußens Stellung in Deutschland herabdrücken würde⁴⁰⁾. Als aber Graf Buol ohne Vorwissen Preußens am 28. Juli ein Rundschreiben an die deutschen Regierungen sandte, in dem er einen gemeinsamen österreichisch-preußischen Antrag auf Mobilmachung der halben deutschen Bundeskontingente ankündigte und die Regierungen bat, ihre Frankfurter Gesandten mit entsprechenden Vollmachten zu versehen, da war zwar Friedrich Wilhelm IV. sehr verletzt und ließ den deutschen Regierungen durch ein Rundschreiben Manteuffels seine Überraschung über die österreichische Ankündigung aussprechen; der gerechte Unwille über diese Nichtachtung aber hinderte ihn nicht, auch jetzt als getreuer Schildträger in Österreichs Fußstapfen zu treten: sein Gesandter in St. Petersburg wurde angewiesen, den österreichischen Hof bei Vertretung der vier Punkte mit allen Kräften zu unterstützen⁴¹⁾. Kaiser Nikolaus I. war

³⁹⁾ Pr. i. BT. II S. 44, Anm.

⁴⁰⁾ Bericht v. 25. Juli. Pr. i. BT. IV S. 215.

⁴¹⁾ Buols Rundschreiben Pr. i. BT. II S. 55 Anm. 1. Vgl. Bism.

empört und schrieb nicht mehr an seinen preußischen Schwager⁴²⁾). Ebenso empört aber und zugleich beschämt war Bismarck. Er fand das unverträglich mit der Ehre, die Se. Majestät die Offiziersehre zu nennen pflege, und nicht gehandelt wie ein großer Staat. Preußen schien ihm zur Rolle eines Geld- und Rekrutendepots für den west-östlichen Divan herabzusenken⁴³⁾). Friedrich Wilhelm IV. zeichnete in der Tat ein ähnliches Bild der Lage, wenn er an Franz Josef schrieb: „Eure Majestät stehen an der Spitze von 72 Millionen Menschen, und Preußen hat einen bescheidenen Teil an dieser erhabenen Stellung“⁴⁴⁾). Noch ganz kürzlich hatte der König von Württemberg gegen Bismarck seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß Österreich das Vertrauen der deutschen Fürsten jetzt verscherze und Preußen zuweise. Wie aber, wenn auch Preußen keinen sicheren Rückhalt bot? Würde dann nicht, wie ein Frankfurter Kollege warnend zu Bismarck sagte, die Zeit wiederkehren, in der die deutschen Staaten einen Wettlauf um Sonderverträge mit Frankreich anstellen würden⁴⁵⁾)?

Es war eine schwere Probe auf diplomatische Disziplin, die Bismarck bei dieser Politik seiner Regierung zu bestehen hatte. Er vermied, wie seine Pflicht war, und wie auch Prokesch anerkannte, alles, was die Spaltung der Meinungen zwischen beiden Mächten darlegen könnte⁴⁶⁾, und verbarg im ganzen den tiefen Abstand seiner eigenen Meinung von der seiner Regierung. Nur eine Kritik versagte er sich nicht: er bezeichnete die vier Punkte, die Österreich und die Westmächte

an Leg.-Rat Wenzel, 3. Aug.: BZB. V S. 10 f. Manteuffels Rundschreiben v. 3. Aug.: Posinger, Manteuffel II S. 447 f. Ebenda S. 448 f. die Anweisung nach Petersburg v. 13. Aug.

⁴²⁾ Th. Schiemann, Rußland unter Nikol. I., Bd. IV S. 324.

⁴³⁾ An Gerlach, 15. Aug., S. 162 f.

⁴⁴⁾ Friedrich Jung, Krimkrieg S. 86.

⁴⁵⁾ B. an Manteuffel Ende Juli u. 17. Aug., GW. I S. 476, 483. Vgl. an Gerlach, 26. Aug., S. 166.

⁴⁶⁾ Bericht Prokeschs v. 7. Aug. WA.

von Rußland forderten, deren Annahme nun auch Preußen befürwortet hatte, als wertlos und in gar keinem Verhältnis zu den Opfern und Aussichten eines Krieges stehend. Mit klarem Blick in die Zukunft sagte er zu Prokesch, „sie seien nur eine Klemme am Schwanz des Bären, nicht geeignet, um ihn zu halten, sondern nur, um ihn zu reizen, damit er die erste Gelegenheit, sie abzuschütteln, ergreife, und diese Gelegenheit werde kommen“⁴⁷⁾. Sie kam 1870/71 mit der Zerreißung der Pontusklausel des Pariser Friedens, die dem besiegten Rußland den demütigendsten der vier Punkte aufgezungen hatte. Den Hauptvorteil aber, das Schwergewicht der russischen Freundschaft, hatte nun der auf seiner Seite, der dem Bären die Schwanzklemme abschütteln half — Bismard⁴⁸⁾.

Zunächst erlebte Österreich den Triumph, daß seine Truppen an Stelle der russischen im September 1854 in die Donaufürstentümer einrücken konnten — ein Triumph, den es durch Zerreißn der alten Freundschaftsbände mit dem Zarenreich erkaufte. Fortan lag dessen Feindschaft als schwere Hypothek auf der österreichischen Politik, am schwersten im Jahrzehnt der deutschen Einigung, die im Sinne der preußischen Vorherrschaft nur möglich wurde, weil jetzt Preußen, wie einst Österreich in den Tagen von Olmütz, den Vorteil der Rückenbedeckung durch Rußlands wohlwollende Neutralität auf seiner Seite hatte. Österreich aber hätte seinen vorübergehenden Triumph vom September 1854 nur dann in einen dauernden Besitz der Donaufürstentümer verwandeln können, wenn es an der Seite der Westmächte in den Krieg gegen Rußland eingetreten wäre. Das wagte es nicht ohne die Waffenhilfe Preußens und des Deutschen Bundes, und auf diese Waffenhilfe bestand trotz aller Schwäche der preußischen Staatsleiter wenig Aussicht. Die tiefe Abneigung aller deutschen Staaten,

⁴⁷⁾ Bericht Prokeschs v. 17. Aug. VII.

⁴⁸⁾ Zusammenhängend dargestellt von Kurt Heindorf, Die Schwarze Meer(Pontus)-Frage 1856—1871 (1925).

für den Ruhm des Hauses Österreich zu bluten, war die beste Rückenstärkung für Preußen. Prokešch täuschte sich nicht über die gefährliche Wirkung, die jenes Rundschreiben vom 28. Juli bei den deutschen Regierungen gehabt hatte⁴⁹⁾). Bismarck aber konnte mit Befriedigung feststellen, daß die Phrase von den „deutschen Interessen“ ihre Wirkung verliere, sobald die Erhaltung des Friedens für Deutschland in diesen Begriff nicht mehr eingeschlossen sei⁵⁰⁾).

So geriet Österreichs Politik unmittelbar, nachdem seine Truppen in die Moldau und Walachei eingerückt waren, in eine verzweifelte Klemme: dem Deutschen Bunde war sie zu kriegerisch, den Westmächten nicht kriegerisch genug. Prokešch sah voraus, daß es für Österreich weder zum Kriege, noch zu einer ehrenvollen Lösung kommen werde. Die Erkenntnis seiner Ohnmacht am Bundestage stimmte ihn bitter. Seine Briefe im Spätsommer und Herbst fließen über von Groll auf Preußen, das keinen Mann aufstelle, keinen Taler ausbebe, während Österreich Millionen opfere, von Groll auf die Mittelstaaten, die Bismarck blindlings folgten und für die Wiener Politik nur fromme Wünsche und albernen Tadel übrig hätten, aber keinen Finger für Österreich rührten. Es fehlte dem reizbaren Manne an Selbstbeherrschung, um seine üble Laune zu verbergen. Er ließ sie an seinen Kollegen aus, die es Bismarck wiedererzählten, sagte ihnen Grobheiten über ihre Person und ihre Regierung und erklärte den Bund für ein unnützes Institut. Man mußte ihn meiden wie eine böse Raze, wenn man nicht gebissen werden wollte⁵¹⁾). Die ganze Unwahrhaftigkeit der Fiktion von gemeinsamen Bundesinteressen trat wieder einmal grell hervor. War es früher oftmals Preußen, das den Bund geringschätzig behandelte, so diesmal gar der Vertreter der Präsidialmacht. Der Deutsche Bund war eben jedem Einzelnen seiner Mitglieder genau so-

⁴⁹⁾ Prokešch an Buol, 7. Aug., BrPrD. S. 384.

⁵⁰⁾ B.'s Bericht v. 24. Sept. Pr. i. BT. II S. 80.

⁵¹⁾ Ebenda S. 81; BrPrD. S. 388—399.

viel wert, wie der Einzelne Vorteil von ihm hatte. Und der Hauptwert des Bundes lag, wie Bismarck längst erkannt hatte, in der gemeinsamen Versicherung gegen Kriegsgefahr. Daß Österreich hieran rührte, um seiner selbst willen rühren mußte, war schlimm für sein Ansehen am Bunde. Österreich renne wie toll in sein Verderben, sagte König Friedrich Wilhelm zu Gerlach; erst habe es die Dankbarkeit [gegen Rußland] von sich geworfen, und jetzt sei diese erste Präsidialmacht von Deutschland im Begriff, sich vom Bunde zu trennen und diesen preiszugeben.

Auch die Fiktion, daß die beiden Großmächte zusammenhielten, mußte bei dieser Lage in die Brüche gehen und wurde Ende September durch Österreich selber preisgegeben⁵²⁾. Bismarck gewann damit freie Hand zu schrofferem Auftreten, und Prokesch bekam seine veränderte Haltung bald zu fühlen. Seit der Landung der Engländer und Franzosen auf der Krim blickten alle Augen auf den Kriegsschauplatz, vor allem auf Sebastopol. „Herr v. Bismarck hofft“, schrieb Prokesch, „daß kein Mann von den verbündeten Truppen davonkomme“⁵³⁾. Der Präsidialtatar — wie Bismarck seinen Kollegen nach Verbreitung der Tatarennachricht vom angeblichen Fall Sebastopols nannte — fand, die Sprache des preußischen Gesandten könnte keine schroffere sein, wenn er die Kriegserklärung in der Tasche hätte⁵⁴⁾. Dann aber lenkte Bismarck plötzlich und überraschend ein. Er mußte erfahren, daß in Berlin das Vertrauen auf die deutschen Mittelstaaten nicht stark genug war, um der Furcht vor der Isolierung Preußens in Europa das Gegengewicht zu halten. Die Zumutung Österreichs, das Aprilbündnis auch auf den Fall auszudehnen, daß nicht österreichisches Gebiet, sondern nur die österrei-

⁵²⁾ Rundschreiben v. 21. Sept. an die österreichischen Gesandten b. d. deutsch. Regierungen. P o s c h i n g e r, Manteuffel II S. 453 f.

⁵³⁾ Bericht Prokeschs v. 26. Sept. Wl.

⁵⁴⁾ Prokesch an Buol, 10. Okt., BrPrD. S. 399; vgl. 394. „Präsidialtatar“: Bism. an Gerl., 13. Okt., S. 169.

chischen Truppen in den Donaufürstentümern angegriffen würden, fand seit Mitte Oktober nicht mehr unbedingte Zurückweisung in Berlin. Man war dort vielmehr verhandlungsbereit und wollte nur Sicherheit haben, daß Österreich in Zukunft keine wichtigen politischen Entschliefungen ohne Zuziehung seiner deutschen Bundesgenossen mehr fasse⁵⁵⁾. Bismarck klagte, seine Kollegen lachten ihn aus, wenn er ihnen sagte, Preußen würde fest bleiben⁵⁶⁾. Aber gegen Prokesch zog er nun andere Saiten auf. Er suchte ihm das Unsichere in der Haltung Preußens aus der Zurückhaltung Österreichs über seine Ziele zu erklären. Preußen wolle vor allem Deutschland einen Krieg ersparen, dessen größte Last es selber tragen müßte und dessen nächste Wirkung sein würde, daß Frankreich und England sich mehr und mehr zurückziehen würden; überdies wäre dann das mit Rußland beschäftigte Deutschland bloßgestellt gegen Frankreich, diesem also die letzte Entscheidung in die Hand gelegt. Preußen wäre zu Opfern und zur Verständigung mit Österreich bereit, aber nur, wenn es sein Ziel kenne. „Der Ton des Herrn von Bismarck war gestern ungemein milde, wie ich solchen an ihm seit lange nicht gewohnt war, und schon die Thatfache seines Besuches in den Abendstunden mußte als Ausnahme von der Regel mir auffallen. Er brachte keine der ihm sonst so gebräuchlichen anmaßenden Behauptungen, absprechenden Urtheile und verletzenden Ausfälle vor. Mir schien der ganze Schritt ein Resultat der Erkenntniß der falschen Lage, in die Preußen durch die Wirksamkeit seiner Partei gebracht worden ist, und der Furcht der Folgen dieser Lage“⁵⁷⁾.

Der Schritt war vielmehr ein Versuch Bismarcks, den Österreicher dahin zu bringen, daß er sich auf ein bestimmtes Kriegsziel festlegte. Doch Prokesch wich aus: „was Österreich

⁵⁵⁾ Weisung Manteuffels v. 13. Okt. an Gr. Arnim, Gesandten in Wien. Posching er, Manteuffel II S. 461.

⁵⁶⁾ An Gerlach, 18. Okt., S. 172.

⁵⁷⁾ Bericht (B) Prokeschs vom 18. Okt. Wl.

wolle, sey der ganzen Welt klar!“ Graf Buol aber triumphtierte: man werde sich in Berlin drehen und wenden, um es nach keiner Seite hin zum Bruche kommen zu lassen, am Ende aber, wenn es zur Entscheidung komme, doch vom Strome mit fortgerissen werden⁵⁸⁾). Bismarck machte einen letzten Versuch, abzuwenden, was er für Unheil hielt: er nahm Prokesch gegenüber die Sprache des Zutrauens zur Festigkeit der Berliner Regierung mit solcher Bestimmtheit an, daß dieser darin den Widerhall der Berliner Sprache zu hören meinte und entmutigt nach Wien berichtete, Preußen wolle auf der „kleindeutschen Politik“ beharren. Nebenher ging eine eifrige publizistische Tätigkeit Bismarcks, damals besonders im Frankfurter Intelligenzblatt. Es berührt eigentümlich, daß Prokesch, der doch selber für die Presse schrieb, jetzt geringschäßig urteilte, Bismarck habe aus alter Angewöhnung einen übergroßen Begriff von der Wirksamkeit der öffentlichen Meinung⁵⁹⁾). Später pflegten Bismarcks Widersacher im entgegengesetzten Sinne, und damit ebenso unrichtig, zu urteilen, ihm Unterschätzung der öffentlichen Meinung vorzuwerfen. Bismarck wußte, daß damals die Entscheidung in Berlin ganz wesentlich von der Haltung der übrigen deutschen Regierungen abhing. Deren Festigkeit gegenüber den österreichischen Wünschen aber war zugleich mit dem Zutrauen zur Festigkeit des preußischen Kabinetts ins Wanken geraten und sollte nun durch die Stimmen der Presse neu gestärkt werden. Das war der Sinn der gesteigerten journalistischen Tätigkeit Bismarcks. Gegen Gerlach aber strömte er gleichzeitig seinen Groll über die Furchtsamkeit in Berlin aus. In seinem Briefe vom 25. Oktober sprüht und spritzt es von Hohn und Spott, die derbsten Bilder sind ihm gerade gut genug, um die Lage zu zeichnen.

Es war alles umsonst. Mehr denn je lag diesmal die Stelle des schwächsten Widerstandes nicht bei Manteuffel, sondern

⁵⁸⁾ Buol an Prokesch, 24. Okt. BrPrD. S. 402.

⁵⁹⁾ Prokesch an Buol, 1. Nov., Anlage 12.

beim König selber. Dieser fürchtete den Angriff Österreichs, Englands und Frankreichs, wenn er nicht nachgäbe, und so erhielt das Aprilbündnis am 26. November einen Zusatzartikel, durch den der Bündnisfall auch dann als gegeben anerkannt wurde, wenn die österreichischen Truppen in den Donaufürstentümern angegriffen würden. Österreichs einzige Gegenleistung war die Zusage, künftig nichts mehr ohne Vorwissen Preußens mit den Westmächten abzuschließen. Der Zar, dem der König die Furcht als Beweggrund seiner erneuten Nachgiebigkeit nicht verbarg, sah in diesem Geständnis die Abdankung Preußens als unabhängiger Staat⁶⁰). Bismarck beschied sich in Resignation, als er erfuhr, daß die neue Nachgiebigkeit auf den persönlichen Entschluß des Königs zurückging — eines Königs, dem man, wie er wenige Jahre danach Reudell gestand, nur mit Hilfe der Religion gehorchen könne. Später, im Kraftgefühl seiner eigenen Großtaten, hat er noch schärfer über ihn geurteilt: „Man konnte ihn nicht bei einer Sache festhalten; wenn man fest zugriff, blieb nur eine Handvoll Schleim“. Damals aber beschwichtigte er, wie er an Manteuffel schrieb, seine Sorgen mit der Betrachtung, daß der König durch langjährige Beteiligung an der großen Politik ihm an Reife des Urteils voraus sei, fügte freilich hinzu, der König habe für Österreichs Sünden so viel Nachsicht, „als ich mir von unserem Herrn im Himmel für die meinigen wünsche“⁶¹).

Wie Preußen dem Drucke von Wien aus nachgab, so Österreich dem Drucke, der von Paris und London her geübt wurde. Durch ein Ultimatum, das den Abbruch der diplomatischen Beziehungen androhte, erzwangen Frankreich und England von Österreich am 2. Dezember die Unterzeichnung

⁶⁰) Gerlach, Denkwürdigkeiten II S. 239.

⁶¹) Manteuffel an Bism., 30. Nov. Anh. 3. d. G. u. E. II S. 222 f. (Nachschrift). B. an Mant., vor 8. Dez. GW. I S. 514. Reudell, Fürst u. Fürstin B., S. 57. Lucius von Ballhausen, Bism.-Erinnerungen (1920) S. 20.

eines Schutz- und Trutzbündnisses zu dritt, so daß damit die Kriegsgefahr wie für Österreich so auch für Preußen wieder ein gut Stück näher gerückt wurde⁶²⁾. Da Preußen zum Beitritt eingeladen werden sollte, begann sofort eine neue Zeit der Sorge, und Bismarck hatte aufs neue einen Kampf gegen die Furcht zu kämpfen. Mit Ingrimme sah er, daß „Furcht das einzige ist, was die Entschlüsse bestimmt: jeder fürchtet sich vor dem andern, und alle vor Frankreich; die Schwaben auf der Hasenjagd. Es muß uns Söhnen Teuts erst einmal sehr schlecht gehn, ehe wir Courage haben; solange wir noch etwas zu verlieren haben, fürchten wir uns; sind wir ausgezogen und durchgeprügelt, so ist jeder ein Löwe“⁶³⁾. Wenn Preußen jetzt aus Furcht vor dem Alleinsein dem österreichisch-westmächtlchen Dreibunde beiträt, so hatte die Wiener Politik ihr Ziel erreicht: Österreich war dann, dank der deutschen Rückendeckung, das stärkste und wichtigste Glied einer europäischen Koalition und brauchte den Krieg mit Rußland nicht mehr zu scheuen. Bismarck hat kaum je die österreichische Politik mit gereizteren Worten charakterisiert als damals: „dieses jüdische Gemisch von Feigheit, Gewinnsucht und Unverschämtheit“; aber ihn tröstete die Gewißheit, daß ein schwerer Kagenjammer nicht ausbleiben werde. Österreich hatte sich gleichzeitig in Abhängigkeit von den Westmächten begeben und es mit Rußland heillos verdorben. Zog erst mit einer der Westmächte ein Konflikt herauf, wie ihn die italienische Frage jederzeit mit Frankreich bringen konnte, so war Österreich obendrein noch durch Rußlands Feindschaft belastet. Dies alles steht klar vor Bismarcks in die Zukunft dringendem Blick, und seine Feder stellt das Bild auch vor Manteuffels Auge, damit dieser dafür Sorge, daß Preußens Beziehungen zu Rußland, wenn schon getrübt, so doch stets besser bleiben als die Österreichs. Hier aber macht seine Feder

⁶²⁾ Friedjung, Krimkrieg S. 122 ff. Das Bündnis bei Jasmund I Nr. 278.

⁶³⁾ An Gerlach, 15. Dez. S. 180.

halt und deutet seinen letzten Gedanken nur an: eine Weltlage wie die eben gezeichnete soll Preußen die große Stunde der Abrechnung mit Österreich bringen⁶⁴).

Nicht oft hat Manteuffel die Anerkennung seines gestrengen Untergebenen in so hohem Maße gewonnen, wie für seine Haltung gegenüber der neuen Verlegenheit, die für Preußen aus dem österreichisch-westmächtlchen Bündnis vom 2. Dezember erwuchs. Manteuffel war gegen den Beitritt, weil er Preußen auf keine Verpflichtung festlegen wollte, die es leicht in den Krieg mit Rußland hineinführen konnte. So erlebte er die ungewohnte Genugtuung, daß Bismarck seine reservierte Stellungnahme als „eine wahre Herzstärkung“ empfand⁶⁵). Aber auch der König war diesmal ernstlich über den Bundesgenossen in Wien verstimmt. Nach Österreichs Zusage, nicht mehr ohne Vorwissen Preußens mit den Westmächten zu paktieren, sah er in dem neuen Bündnis einen Verrat an Preußen und wollte von weiterem Verhandeln mit Wien nichts mehr wissen⁶⁶). Schlimme Erfahrungen mit dem österreichischen Bundesgenossen führten in Berlin endlich zu der Erkenntnis, die für Bismarck von Anfang an feststand: daß Preußen seinen eigenen Weg gehen müsse, und nicht den Weg Österreichs. Auch am Bundestag herrschten Besorgnis und Entrüstung über die neue Wendung der Dinge. Der Beitritt des Deutschen Bundes zu dem Zusatzartikel vom 26. November, also die Anerkennung des Bündnisfalles auch bei einem Angriff auf die in den Donaufürstentümern stehenden Truppen Österreichs, war der letzte, teuer erkaufte Erfolg, den die Präsidialmacht am 9. Dezember auf dem Felde ihrer Orientpolitik zu Frankfurt errang⁶⁷). Protesch von Osten,

⁶⁴) An Manteuffel, 4. bis 9. Dez. GW. I S. 512—516.

⁶⁵) Mant. an B., 17. Dez. Anh. 3. d. G. u. E. II S. 229 f. B. an Mant., 19. Dez., GW. I S. 518.

⁶⁶) Gerlach, Denkwürdigkeiten II S. 251. Friedjung, Krimkrieg S. 126.

⁶⁷) Prot. BB. 1854, S. 1137. Über die Wirkung der Nachricht

dem Bismarck seit der Nachricht vom Abschlusse des Dezerberbündnisses manche schlaflose Nacht bereitet hatte, sah sich mehr und mehr vereinsamt: „Ich habe nur an Herrn v. Marschall [dem Gesandten Badens] und manchmal an Herrn v. Rostiz [dem Sachsens] eine wirkliche Unterstützung; die übrigen Gesandten erheben ihre Stimme nie gegen Herrn v. Bismarck, der die Ansichten der Kreuzzeitung, als wären sie die seiner Regierung, vertritt. Die persönliche Gesinnung des Herrn v. Bismarck könnte wohl kaum einen so unverhohlenen Ausspruch finden und so fest darin beharren, wenn er sie nicht wenigstens in der Umgebung des Königs, in welcher er wurzelt, die herrschende wüßte. Aber er scheint sie auch in Herrn v. Manteuffel vorauszusetzen und in dessen Gewandtheit, den Kern seiner Politik genügend zu verhüllen, viel Vertrauen zu haben. Ich kann mir den redlichen Übertritt Preußens in unsern Weg ohne Wechsel der Personen in Berlin und auch ohne Wechsel des preußischen Vertreters am Bunde, gar nicht denken“⁶⁸).

Auf einen solchen Wechsel aber war zum Glück für Preußen damals keine Aussicht, und Graf Buols Hoffnung, die Berliner Regierung werde schließlich doch vom Strome mit fortgerissen werden, wurde diesmal zuschanden. Profesch hatte alle Ursache, dem Neujahr mit viel Sorge entgegenzusehen. „Wenn Österreich ein Pferd vorne anspannt, spannen wir eins hinten an“, pflegte Bismarck zu sagen⁶⁹), und das Schlimme für Österreich war, daß auch die übrigen Staaten ihre Pferde und Pferdchen hinten anspannten. So kam der Bundeswagen seit dem 9. Dezember keinen Schritt mehr vorwärts, und als v. 2. Dez. auf den Bundestag vgl. Profesch an Buol, 5. Dez. BrPrD., S. 406, und Bism.'s Bericht v. 10. Dez. Pr. i. BT. II S. 120. Friedjung a. a. O.

⁶⁸) Profesch an Buol, Brief v. 22. Dez. 1854. WA. — Zur Stellung Badens vgl. D n d e n, Großh. Friedr. I. u. die dt. Politik 1854—71 I (1927) S. 5 ff., 18 ff., 33 ff.

⁶⁹) Profesch an Buol, Brief v. 22. Dez. BrPrD., S. 410 f. Vgl. Bism. an Gerlach, 16. März 1853, S. 64.

Österreich im Januar 1855 den zuerst ein halbes Jahr vorher gemachten Versuch einer Mobilisierung der Bundesstreitkräfte wiederholte, da machte es nur seine eigene Isolierung am Bunde offenkundig. Jenes Rundschreiben vom 28. Juli 1854, das dreist einen gemeinsamen Mobilmachungsantrag der Höfe von Wien und Berlin ankündigte, war flach zu Boden gefallen und hatte in Frankfurt kaum weniger verstimmt als in Berlin. Diesmal verfuhr die Wiener korrekt und sondierten erst in Berlin, ob man dort bereit sei, gemeinsam mit Österreich die gewünschten militärischen Maßnahmen am Bunde zu beantragen. Österreich wünschte, daß neben seinen und Preußens Streitkräften die Hälfte der Kontingente der übrigen Staaten für die Operationen verfügbar gemacht würden. Manteuffels Antwort, an der ein Gutachten Bismarcks mitgearbeitet hatte, ging dahin, daß Preußen zur Zeit — nachdem Rußland die vier Punkte als Grundlage für Friedensverhandlungen angenommen hatte — keinen Anlaß zur Übernahme militärischer Leistungen sehe und daher auch am Bundestag keine Initiative zur Bereitstellung der Bundeskontingente übernehmen könne⁷⁰). Trotz dieses Abblitzens in Berlin gab Österreich das Spiel nicht verloren, appellierte „an den gesunden Sinn der deutschen Regierungen“, vertrat mit dem ganzen Gewicht seines Einflusses die Rüstungsanträge als dringendes Gebot der deutschen Interessen und fügte noch die Forderung der Wahl eines Bundesoberfeldherrn hinzu⁷¹).

„Inqualificirbar“ nannte König Friedrich Wilhelm IV. den Rund-Erlaß vom 14. Januar 1855, in dem Österreich diese Anträge zu begründen versuchte. Er meinte, der Erlaß habe

⁷⁰) Buol an Esterházy, österr. Gesandten in Berlin, 24. Dez. Manteuffel an Arnim, preuß. Ges. in Wien, 5. Jan. 1855. *J a s m u n d* Nr. 284, 287. Bism. an Manteuffel, 1. u. 3. Jan. *GW. II* S. 1—8.

⁷¹) Rund-Erlaß Buols an die österr. Gesandtschaften in Deutschland, 14. Jan. *J a s m u n d* Nr. 291.

Gottlob manchem Fürsten die Augen geöffnet⁷²⁾. Die Art aber, wie Bismarck diesem Einschüchterungsversuch entgegentrat, gehört zu seinen glänzendsten diplomatischen Leistungen in Frankfurt. Gegen eine erhöhte Kriegsbereitschaft hatte er gar nichts einzuwenden; aber sie sollte nicht, wie Österreich wünschte, als Bedrohung Rußlands wirken, sondern als Ausdruck eines festen Willens, die wirklichen Interessen Deutschlands, d. h. seine Neutralität, gegen jede Bedrohung und jeden Druck, einerlei ob er von Ost oder West käme, zu verteidigen. Nicht die angebliche Absicht eines russischen Angriffs auf die Donaufürstentümer, sondern nur der Ernst der europäischen Gesamtlage sollte die Rüstungen des Bundes rechtfertigen⁷³⁾. Es war eine in ihrer Einfachheit geniale, in ihrer Wirkung verblüffende Parade des österreichischen Hiebes. Die Scheu der Mittel- und Kleinstaaten, Österreich durch glatte Verneinung seiner Rüstungswünsche zu verletzen, wurde gebührend berücksichtigt, der politische Sinn des Wiener Antrags aber wurde in sein genaues Gegenteil verkehrt, der Deutsche Bund nicht herausgelockt aus seiner Neutralität, sondern im Gegenteil in ihr befestigt, und schließlich — was Österreich vielleicht am schmerzlichsten empfand: es mußte die Rolle eines Führers in der Bundespolitik mit der des Geführten vertauschen. Ein volles Jahr hindurch war Bismarcks Rolle in der Orientkrisis nur die eines Bremsers und Kritikers, eines „Fließschneiders“ — wie Gerlach ihn nennt — der preußischen Politik gewesen. Jetzt endlich, zum ersten Mal, konnte er, durch Rückhalt an seiner Regierung gestärkt, einen vollen Triumph über Österreich erringen.

Prokesch war anfangs nicht auf diesen Ausgang gefaßt. Er spottete über Bismarcks Koketterie mit den Bundesstaaten, über seine Sorge um ihre Interessen, um die Freiheit ihrer

⁷²⁾ Brief des Königs v. 27. Jan. an den Herzog v. Koburg. *Ernst II., Aus meinem Leben* II S. 219.

⁷³⁾ B.'s Berichte u. Briefe v. 22.—26. Jan. *Pr. i. BT.* II S. 141 bis 150. *GW.* II S. 9—13. *Prot. BW.* 1855 Jan. 25., § 13.

Entschlüsse; aber er glaubte nicht, daß Österreich überstimmt werden würde. Denn er vertraute auf Bayern. Aber auch als dieses Vertrauen ins Wanken geriet, durchschaute er noch nicht, worauf Bismarck hinaus wollte, und glaubte nur, Preußen wolle die Kriegsbereitschaft auf eine Phrase reduzieren⁷⁴⁾. Es half Prokeß gar nichts, sondern verschlechterte nur seine Stellung, daß Frankreich mit einer gespreizten und im Tone anmaßenden Note in die schwebenden Verhandlungen des Bundestages einzugreifen suchte und die Rolle eines Anklägers der preußischen Politik bei den deutschen Bundesregierungen übernahm. Es war Wind in Bismarcks Segel, nichts weiter. Denn die schon vorher aufgetauchten Gerüchte, Frankreich plane einen Durchmarsch seiner Truppen durch Süddeutschland, wurden nun verstärkt und die deutschen Südstaaten Preußen in die Arme getrieben⁷⁵⁾. Preußens Vertreter am Bunde hatte eben noch — am 25. Januar 1855, dem Tage vor Absendung der französischen Drohnote — in stolzen Worten erklärt, sein König werde, als deutscher Bundesfürst wie als Souverain einer europäischen Macht, alle Zumutungen zurückweisen, die von Deutschland kriegsrische Opfer für andere als für die eigenen, selbständig erwogenen Interessen Deutschlands forderten. Der König hoffe auf das einmütige Zusammenstehen mit seinen Bundesgenossen und erblicke in der eigenen Macht wie in der des gesamten Deutschlands die ausreichende Gewähr für Aufrechterhaltung der Würde und Unabhängigkeit des gemeinsamen Vaterlandes⁷⁶⁾.

Es waren Worte von so Bismarckischem Klange, wie man sie später aus demselben Munde noch oft zu hören bekam und schließlich als Gewohnheit hinnahm. Damals war dieser

⁷⁴⁾ BrPrD., S. 417 f., 421 (22 u. 26. Jan.).

⁷⁵⁾ Rund-Erlaß an die französl. Gesandten in Deutschland, 26. Jan. Tasmund Nr. 298. B.'s Berichte v. 3. Jan., 3. u. 7. Febr. GB. II S. 8, 15. Pr. i. BT. II S. 160.

⁷⁶⁾ ProtBB. 1855, S. 60 f.

Klang noch ungewohnt. Der Mann aber, der so sprach, war unermüdlich tätig: er bearbeitete die Bundestagsgesandten, er schrieb für die Presse, er bereiste die benachbarten Residenzen. „Die Höfe von Darmstadt und Wiesbaden zittern unter dem Gewichte der wiederholten Besuche des Herrn v. Bismarck.“ So schreibt Prokesch am 1. Februar, jetzt nicht mehr ironisch, denn: „Die Gothaer erheben wieder das Haupt und hoffen auf eine deutsche Einheit unter Preußen“⁷⁷⁾! Auch in Berlin war der Rastlose Mitte Januar zehn Tage lang: die jüngst erhaltene Berufung ins Herrenhaus gab ihm den willkommenen Anlaß. Von seinem Auftreten, von der Sprache, die er dort führte, erzählt der österreichische Gesandte in Berlin, damals nicht mehr Thun, sondern Graf Esterházy, in einem Briefe an Prokesch: „Herr v. Bismarck, den ich persönlich nicht kenne, setzt die Berliner Salons durch seine ungemessene, triviale und im höchsten Grade unkluge Sprache über Österreich wahrhaft in Erstaunen. Man begreift nicht, zumal in unserem diplomatischen Corps, wie ein an solcher Stelle befindlicher königl. preuß. Beamter es wagen dürfe, dergleichen Unsinn feil zu bieten. Ich bin ein erklärter Feind Österreichs“ — bemerkte er jemandem, der mir die Worte ganz warm wiedergab — „der Dualismus zwischen den beiden Mächten war stets in Deutschland einheimisch . . . seit Karl dem Großen (!) — (depuis Charlemagne — das Gespräch war französisch) — dieser Dualismus führt in jedem Jahrhundert zu zwei bis drei großen Kriegen. Nun denn, so mögen wir einen guten Krieg mit Österreich haben, um es aus Deutschland hinauszuschaffen!“ Dann weiter: „Für Preußen taugt jetzt nur die Neutralität“. Endlich dem Marquis de Moustier (französischem Gesandten in Berlin): „Ein festes, inniges Bündnis mit Frankreich und Rußland wäre dasjenige, was den Interessen Preußens am meisten entspräche“.

⁷⁷⁾ BrPrD., S. 424.

Graf Esterházy meinte dem Freiherrn von Prokesch als dem Kollegen dieses seltsamen Diplomaten „durch die obigen, vollkommen authentischen und mit größter Treu wiedergegebenen Redensarten mindestens ein heiteres Viertelstündchen bereiten zu sollen“; er hielt kaum für nötig, zu bemerken, daß er dergleichen Mißeren durchaus keinen Einfluß auf seine politischen Richtungen gestatte. Allein Prokesch, der den Brief Esterházy nach Wien weiter sandte, nahm die Sprache Bismarcks bitter ernst und bemerkte dazu: „Den Verschmach, mit welchem Graf Esterházy sie belegt, kann ich nicht ganz theilen, weil die preußische Regierung den von Herrn v. Bismarck gewünschten Weg geht, wenn auch nicht im schnellen Schritt jener Wünsche“⁷⁸). Das tat sie allerdings nicht. Aber Bismarck hat auf eigene Faust noch mehr gewagt, als die österreichischen Diplomaten ahnen konnten. Er machte den russischen Gesandten am Bundestag, Herrn von Glinka, auf den 36. Artikel der Wiener Schlußakte aufmerksam⁷⁹). Die wechselseitige Schutzpflicht der Bundesglieder gegen fremde Angriffe wird in diesem Artikel dahin ergänzt, daß umgekehrt auch kein Bundesstaat fremden Mächten Anlaß zur Beschwerde geben dürfe. Sollte dennoch eine solche Beschwerde geführt und von der Bundesversammlung begründet befunden werden, so liegt es dieser ob, das schuldige Bundesglied zur schleunigen und genügenden Abhülfe aufzufordern und weiteren friedestörenden Folgen durch geeignete Maßregeln rechtzeitig vorzubeugen.

⁷⁸ Esterházy an Prokesch, Berlin 18. Jan. 1855. Prokesch an Buol, 26. Jan. 1855. Esterházy's Brief geführt in BrPrO., S. 423 Anm. Ebenda der Brief Prokesch's, mit einer sinnstörenden Aenderung des Herausgebers: Zeile 6 des Textes lies statt Tadel: Verschmach (= Verspottung).

⁷⁹) „Le Baron de Bismarck pense que la Russie devrait, aux termes de cet article, réclamer l'intervention de la Diète contre l'Autriche.“ Bericht Glinka's, russ. Vertreters in Frankfurt, v. 2. Febr. 1855. F. de Martens, Recueil des Traités ... de la Russie t. VIII (St. Petersburg 1888) S. 453 f. Siehe dazu Günther Franke, Bismarck's Nationalgefühl (1926) S. 58.

Also darf Rußland jetzt die Intervention des Deutschen Bundes gegen Österreich in Anspruch nehmen! So holt der erfinderische Geist Bismarcks sogar aus der deutschen Bundesverfassung Waffen, die er dem Ausland zum Kampf gegen Österreich in die Hand drückt. Denn für ihn ist auch Österreich Ausland, dieses Österreich, das er einst — in seiner Olmüzkrede — genannt hat „den Repräsentanten und Erben einer alten deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat.“ Doch damals galt es, Preußen gegen die Demokratie verteidigen — da war Österreich der Bundesgenosse; jetzt galt es, Preußen bewahren, daß es nicht fremden Interessen dienstbar gemacht werde, wie Österreich — darum der Feind jetzt — es versuchte. Kaiser Nikolaus I., zwar erfreut über die gute Gesinnung, die aus Bismarcks Anregung sprach, hat dennoch keinen Gebrauch von jenem Artikel gemacht. Es tat auch nicht mehr not. Denn Österreich sah sich mit seinem Mobilmachungsantrag schon in den Ausschußverhandlungen am 30. Januar so völlig isoliert, daß Prokesch, um diese Isolierung nicht allzu offenkundig werden zu lassen, lieber den Antrag zurückzog und sich dem von Bayern redigierten Mehrheitsantrag, dessen geistiger Vater aber Bismarck war, anschloß. Es war die Politik der guten Miene zum bösen Spiel, und Graf Buol erteilte daraufhin seinem Gesandten sogar das Lob, er habe den Bund noch einmal formell gerettet⁸⁰⁾.

Der Preis aber, den Österreich für die „Rettung“ des Deutschen Bundes zahlte, die Annahme des Mehrheitsantrages, bedeutete doch, daß die Sorge, die Prokesch schon ein halbes Jahr vorher erfüllt hatte, sich ernstlich erneute, und daß das preußisch-österreichische Bündnis jetzt die Richtung von Ost nach West zu nehmen schien⁸¹⁾. Denn die Ausschußanträge, die am 8. Februar, nun auch mit Österreichs Zustimmung,

⁸⁰⁾ Bism. an Gerlach, 31. Jan., S. 188 f. Buol an Prokesch, 4. Febr. BrPrD., S. 425.

⁸¹⁾ Prokesch an Buol, 1. Aug. 1854. BrPrD., S. 382.

Bundesbeschluß wurden, erklärten es für geboten, die Streitkräfte des Bundes derart bereit zu halten, daß sie „zur Abwendung drohender Gefahr in jeder Richtung alsbald zusammengezogen und verwendet werden können“⁸²). Profesch nahm zwar seinem Chef gegenüber die Miene an, als sei die Klausel „in jeder Richtung“ eine kindische Phrase, die niemand täuschen werde; aber gleichzeitig erwachte doch der alte Grimm auf Preußen von neuem in ihm, und noch in demselben Briefe, geschrieben am Tage des Bundesbeschlusses, entwirft er dem Grafen Buol ein Bild der politischen Ziele Preußens, als unerbittlich auf Niederhaltung Oesterreichs gerichtet. „Keine Rücksicht, keine Concession, kein Vertrag wird dieses Streben ändern; keine Versicherung dagegen wird irgend einen Werth haben, nur die Furcht kann es zeitweise aussetzen machen, wie im Jahre 1850 — aber nur die Gewalt, der Sieg und die Machtverminderung können es brechen.“ Es ist dieselbe Sprache, die er in der Revolutionszeit als Gesandter in Berlin geführt hat. Und zugleich mit dem Haß des Oesterreichers auf den preußischen Rivalen regt sich in noch größerer Tiefe die unversöhnliche Feindschaft des Katholiken gegen den Protestantismus: „Aus Deutschland wird nie etwas zu machen seyn, solange die protestantische Kraft, die Mutter der Spaltung, und Fortgebährerin aller Arten von Revolutionen, nicht gebrochen ist. Wie das durch Indifferentismus und Bureaucratie geschehen könne, begreife ich freilich nicht. Die abentheuerliche Furcht der letzteren vor der Kirche und die hochmüthige Unkenntniß des ersteren von der Macht dieses Werkzeuges im guten Sinne, sind die natürlichen Verbündeten unserer Feinde“⁸³).

Nie seitdem Profesch am Bundestag wirkte, war seine Stimmung auf Preußen gereizter als damals, zur Zeit seiner

⁸²) Prot. BB. 1855, Febr. 8., S. 137.

⁸³) Der Druck dieses Briefes v. 8. Febr. (BrPrD., S. 427) unterschlägt diesen wichtigen Passus, den Ausfall gegen den Protestantismus, den ich hier nach dem Original im W. mittheile.

schwersten Niederlage, die sich auf die Dauer durch keine Beschwichtigung, keine optimistische Deutung verhehlen ließ. Er gestand es dem Grafen Buol offen zu: „Wie die Sachen heute liegen, bilden die Mittelstaaten eine Phalanx unter preußischem Kommando . . . Die Anmaßungen des Herrn von Bismarck gehören zur Regel. Das Betrübendste aber ist die Haltung des Herrn von Schrenk, die durch keine Weisung aus München gemildert ist. Österreich erscheint heute wie vom Bunde in Bann gethan, und es wird laut geprahlt, daß man es durch den Bund unter Preußens Führung zähmen und Schamade zu schlagen zwingen müsse. Die ‚bewaffnete Neutralität‘ als eine Maßregel gegen Frankreich und Österreich wird als das non plus ultra der Weisheit gepriesen, und daß wir selbst dazu mithelfen, uns selbst dadurch binden, ist der Stoff der Erheiterung“⁸⁴). An seinen Pariser Kollegen, Herrn von Hübnert, schrieb er ebenso bitter: „Preußen geht ruhig und ungehindert seinen Weg. Es verachtet Wien, Paris und London. Ein paar Phrasen an diesen Orten scheinen und sind vielleicht genügend, um hinter dem Schilde seine (nicht russische, sondern preußische) Politik in größter Offenheit zu treiben. Diese Politik hat zur Aufgabe, Österreich um jeden Erfolg seiner ungeheueren Anstrengungen zu bringen, es einfach auf den status quo ante zurückzuführen, und es mit zerlumpten Finanzen und verllorener Konfideration zu einem Gegenstande des Spotts und des Bedauerns zu machen, und die faktische und bald auch die formelle Hegemonie in Deutschland an sich zu bringen. Daß es dabei Rußland schützt, ist zufälliger Nebenerfolg — es arbeitet auf eigene Rechnung“⁸⁵).

In dieser Schilderung erscheint die preußische Politik vielleicht etwas zu stolz, aber im Kerne vollkommen richtig gezeichnet. Kein anderer Staatsmann Österreichs hat damals ihre Ziele klarer durchschaut als Prokesch von Osten. Wie viel tiefer blickt er doch als Graf Esterházy, der in Berlin nichts

⁸⁴) Prokesch an Buol, 23. Febr. BrPrD., S. 433.

⁸⁵) 1. März 1855. Ebenda S. 435.

als Zerfahrenheit und völlige Ratlosigkeit sieht, in jenen feindseligen Äußerungen Bismarcks aber nichts als Unterhaltungsstoff für ein heiteres Viertelstündchen! Ihm, der in Berlin die Spannungen zwischen Ministerium und Camarilla, zwischen König und Ministerium, ständig vor Augen hat, erscheint die preußische Politik nur als Zerrbild, als Widerspiel feindlicher Parteien und Personen. Profesch dagegen, in Frankfurt den Hofabalen entriickt, die Verkörperung Preußens in Bismarck vor sich sehend, erkennt deutlich die einheitliche Linie, auf der sich seit Dezember 1854 die preußische Politik bewegt. Und es ehrt ihn als Berichterstatter: sobald er sich, aller Selbstbeschwichtigung zum Troß, zur Erkenntnis des vollen Ernstes der Lage gezwungen hat, da schenkt er auch seinem Minister klaren Wein ein, wie herb er auch schmeckt. Graf Buol, der Verächter der preußischen Politik, die er so oft als ängstliche Halbheit kennen gelernt hat, durch die Berichte seines Berliner Gesandten in dieser Auffassung nur bestärkt und daher außerstande, zu glauben, daß sie je Erfolg haben könne, mag nicht wenig betroffen gewesen sein, als er die schonungslosen Berichte aus Frankfurt las, die so grell mit Esterházy's kontrastierten. „Österreich wie vom Bunde in Bann gethan!“ Buol unterstrich die Worte und setzte ein Ausrufungszeichen an den Rand — ein solches Bild hatte die gesamte Geschichte des Deutschen Bundes noch nicht gesehen.

Es war umsonst, daß Profesch einen verzweifelden Versuch machte, dem Bundesbeschluß vom 8. Februar durch eine sophistische Auslegung die Richtung auf die bewaffnete Neutralität zu nehmen und der deutschen Kriegsbereitschaft einseitig die gewünschte Front gegen Osten zu geben. Er erklärte nämlich am 22. Februar im Bundestag, Österreich habe nur dem Beschluß der Kriegsbereitschaft zugestimmt, ohne sich die Motive des Beschlusses anzueignen. Das war richtig. Aber da außer Österreich nur noch eine einzige Stimme, die Kuriatstimme von Braunschweig und Nassau, ihre Zustimmung mit der gleichen Klausel verbunden hatte, so bestand kein Zweifel,

daß die überwältigende Mehrheit des Bundestages auch die Motive, d. h. die Kriegsbereitschaft „in jeder Richtung“, angenommen hatte. Es gab ein erregtes Wortgefecht zwischen den beiden Vorkämpfern, Prokeß und Bismarck; diesmal aber schwiegen auch die Anderen nicht: die führenden Mittelstaaten, Bayern, Sachsen und Hannover, griffen ein, und zwar auf Bismarcks Seite. Das Ergebnis war nur die erneute Feststellung der österreichischen Isolierung und tiefe Verstimmung über den präsidialen Versuch, einen Bundesbeschluß gewaltsam umzudeuten. Daran konnte es auch nichts ändern, daß Graf Buol sofort danach mit einer Zirkulardepesche seinem Frankfurter Gesandten zu Hilfe kam und den deutschen Höfen ebenso gewaltsam klar zu machen suchte, daß die durch Prokeß vertretene Auffassung der Bundeskriegsbereitschaft die allein mögliche und sinnvolle sei⁸⁶⁾.

Und es war gerade so umsonst, daß auch jetzt wieder Frankreich seinem österreichischen Bundesgenossen beisprang. Nur eine Nebenaktion der französischen Diplomatie war es, daß sie noch einmal, wie schon wenige Wochen vorher, die Höfe der Mittelstaaten, vor allem die süddeutschen, einzuschüchtern suchte: die Existenz derer sei bedroht, die sich Österreich nicht anschließen und den französischen Truppen keinen Durchmarsch gewährten, die Willfähigen aber dürften auf Gebietserweiterung rechnen⁸⁷⁾. Der Hauptvorstoß, den Paris jetzt führte, richtete sich gegen den Hauptfeind, gegen Bismarcks Person. Die französische Regierung beschwerte sich durch ihren Berliner Gesandten, de Moustier, bei Manteuffel über die Sprache, die Bismarck in der erregten Bundestagsitzung vom 22. Februar gegen Prokeß geführt hatte. Die Beschwerde folgte der

⁸⁶⁾ Prot. BB. 1855, Febr. 22., S. 174 f., § 64, vgl. S. 138. — B. an Manteuffel, 22. Febr. GB. II S. 21 f. Buols Rund-Erlaß v. 28. Febr. (nicht Januar) bei J a s m u n d Nr. 307. Dazu Manteuffels Rund-Erlaß v. 8. März. P o l s i n g e r, Manteuffel III S. 12 f.

⁸⁷⁾ Bism. an Mant., 27. Febr. Pr. i. BL. II S. 174.

Sizung selbst in kürzester Frist, ehe auch nur das Protokoll gedruckt war. Es lag nahe, die Quelle der französischen Kenntnis bei Prokesch zu suchen. Und in der That wurde festgestellt, daß dieser sich unmittelbar nach der Sizung zu den Gesandten von England und Frankreich begeben und ihnen vertrauliche Vorgänge der Sizung sowie private Gespräche mit Kollegen preisgegeben hatte, um eine Einmischung der fremden Mächte in die Verhandlungen des Bundestages zu provozieren. Bismarcks Genugthuung über diese für Prokesch vernichtende Enthüllung war größer als seine Entrüstung über den dreisten Streich selbst. Denn die politische Gesinnung, die dem Auslande eine Handhabe zum Eingriff in Bundesangelegenheiten bot, war ja auch ihm nicht fremd, wie er eben noch durch seinen an Rußland erteilten Rat gezeigt hatte. Nur ging er bei solchen Schritten vorsichtiger zu Werke, als Prokesch es hier tat, und er verzeichnete gern die Äußerung eines Kollegen, daß die Rolle eines geheimen Agenten Frankreichs unverträglich sei mit der Stellung des Vorsitzenden der deutschen Bundesversammlung⁸⁸).

Manteuffel hatte nun das Wort zu der Beschwerde des französischen Gesandten über Bismarck. Er fand scharfe und würdige Worte, um die Ungebühr dieser Einmischung zurückzuweisen. „Seiner Majestät Regierung war gewohnt — und wird ihrerseits von dieser Gewohnheit nicht abgehen — die Beziehungen des Deutschen Bundes als den Ausdruck der Nationalunabhängigkeit Deutschlands und also vor jeder fremden Einmischung geschützt zu betrachten. Wir sind überzeugt, daß andere Regierungen mit uns in dieser Ansicht übereinstimmen und gleich uns niemals gestatten werden, daß diese fremde Oheraufsicht über Bundesbeschlüsse geübt werde, noch bevor sie in Handlungen übergegangen und dadurch in den Bereich der Öffentlichkeit getreten sind; diese Regierungen werden unser gerechtes Erstaunen theilen, wenn sie sehen, daß

⁸⁸) Bism. an Mant., 23. März. GW. II S. 37.

selbst die vertrauliche Sprache ihrer Vertreter am Bundestage der Beaufsichtigung und Kritik des Auslandes ausgesetzt ist⁸⁹⁾).

Bismarck durfte zufrieden sein. Er gestand übrigens Manteuffel gern zu, daß Vorsicht im Reden nicht seine hervorragendste Tugend sei; im vorliegenden Falle aber fühlte er sich schuldfrei. Solange er einen Kollegen von der Lügenhaftigkeit des Herrn von Prokesch habe, seien auch bei vorsichtiger Fassung seine Worte vor keiner Entstellung sicher. Er bekannte stolz, in den gegen ihn gerichteten Einflüsterungen nur ein schmeichelhaftes Zeugnis für den Eifer seiner Pflichterfüllung zu sehen⁹⁰⁾. Und der Stolz auf den Haß, den der Feind ihm zollte, war berechtigt. Wie in Paris, so war in Wien Bismarck der bestgehaßte Mann. Beinahe gleichzeitig mit dem Vorstoß aus Paris, nur wenige Tage früher, erfolgte ein ganz ähnlicher aus Wien. Eine Verabredung zwischen den beiden Kabinetten ist nicht erkennbar; sie ist möglich, aber nicht notwendig anzunehmen. Der Groll über den Erfolg vom 8. Februar war an der Donau ebenso stark wie an der Seine. Man wünschte in Wien Prokesch von Osten, als den besten Orientkenner, über den Österreich verfügte, bei den damals eröffneten, freilich noch vorzeitigen Friedensverhandlungen zu verwenden. Man konnte sich aber nicht entschließen, für die Zeit seiner Abwesenheit von Frankfurt die Führung der österreichischen Stimme, wie sonst üblich, auf den preußischen Bundestagsgesandten zu übertragen. Das war nach den jüngsten Vorfällen begreiflich; aber die Form, in der Österreichs Entschluß, für die Zeit der Wiener Verhandlungen einen neuen zeitweiligen Präsidialgesandten beim Bunde zu beglaubigen, der Berliner Regierung mitgeteilt wurde, war tief verlegend für Bismarck. Die Unmöglichkeit, ihn zu substituieren, wurde mit der Richtung begründet,

⁸⁹⁾ Manteuffel an Hatzfeldt, preuß. Gesandten in Paris, 2. März. Poschinger, Manteuffel III S. 10 f.

⁹⁰⁾ Bism. an Mant., 16. März. GW. II S. 31—34.

„welche Herr von Bismarck persönlich seiner Thätigkeit gibt und welcher er durch nur zu notorisch gewordene Äußerungen selbst im Verkehr mit Gesandten nichtdeutscher Mächte geradezu das Gepräge der Feindseligkeit gegen Oesterreich aufgedrückt hat“. Die Anspielung bezog sich auf Bismarcks unvorsichtige Äußerungen während seines Berliner Aufenthaltes im Januar, über die Graf Esterházy berichtet hatte. Wieder nahm Manteuffel seinen Frankfurter Gesandten mit dem Ausdruck peinlichen Erstaunens über die Wiener Rundgebung nachdrücklich in Schutz, bezeichnete ihn als „einen ausgezeichneten und treuen Diener Sr. M. des Königs, den sein Monarch mit besonderem Vertrauen beehrt“, und fügte mit deutlichem Seitenhieb auf den Präsidialgesandten hinzu, es sei nur zu wohl bekannt, mit welchen Schwierigkeiten Herr von Bismarck in seiner amtlichen Stellung in Frankfurt zu kämpfen habe⁹¹⁾.

Bismarck saß also fest im Sattel wie nur je. Ihn hob das Bewußtsein, zum vornehmsten Zielpunkt für die Angriffe der Feinde Preußens geworden zu sein. Er brauchte auch Manteuffel gegenüber kein Hehl mehr aus seiner Feindschaft gegen Oesterreich zu machen. Seinem „tiefgefühlten Dank für die ebenso wohlwollende als energische Apologie“, mit der der Ministerpräsident ihn in Schutz genommen hatte, fügte er das Bekenntnis hinzu: „Ich war gewiß kein principieller Gegner Oesterreichs, als ich herkam vor vier Jahren, aber ich hätte jeden Tropfen Preussischen Blutes verläugnen müssen, wenn ich mir eine auch nur mäßige Vorliebe für das Oesterreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen. Daß mir dabei, und besonders außer Dienst, nicht selten mehr Ruhe und Zurückhaltung zu wünschen wäre, sieht niemand deutlicher ein als ich selbst, und in diesem Bewußtsein erfüllt mich E. E. nachsichtige Beurtheilung mit der leb-

⁹¹⁾ Pr. i. BL. II S. 176 Anm. 1. — Ganz anders als der König und Manteuffel urtheilte damals der Prinz von Preußen über Bismarck; ihm klangen dessen Reden „tollhäuserlich“. O n d e n , Großh. Friedrich I. S. 37.

haftesten Dankbarkeit“⁹²⁾. Sehr viel größeren Dank aber schuldete die preussische Regierung ihrem Gesandten, dessen unermüdliches Wirken wesentlich dazu mitgeholfen hatte, daß Preußen nun endlich den Mut gefunden, seinen eigenen Weg zu gehen. Das Ergebnis war genau so, wie Bismarck es von Anfang an vorausgesagt hatte: die übrigen deutschen Staaten scharten sich um Preußen als den Beschützer der wirklichen deutschen Interessen; Österreich aber fand ohne Preußen-Deutschland nicht den Mut zu kriegerischem Vorgehen gegen Rußland. Jetzt galt es, die neu errungene hegemonische Stellung Preußens in Deutschland festhalten. Zu dieser „Ehrenpflicht“, deren Erfüllung nun auch aus den Reihen der Mittelstaaten von Preußen gefordert würde, rief Bismarck den Ehrgeiz des Königs auf⁹³⁾. Er zeigte damit das Bild einer Zukunft, die zu groß für Friedrich Wilhelm IV. war.

⁹²⁾ B. an Mant., 28. Febr. GB. II S. 23. M. hatte B. kurz vorher zu größerer Vorsicht ermahnt. Anh. 3. d. G. u. G. II S. 243.

⁹³⁾ Immediatbericht B.'s, 7. Febr. Pr. i. BT. II S. 160.



Fünfter Abschnitt

Neuer Wechsel im Bundespräsidium

Im Jahre 1830, nach einer Reise durch Süd- und Mitteldeutschland, schrieb Prokesch an Genz: „Ich bin als Österreicher unter den Deutschen fast so fremd und angefeindet als einst unter den Griechen gestanden!“ Fünfundzwanzig Jahre später, nach zweijähriger Verwaltung des Bundespräsidiums, hätte er genau so schreiben können. Nicht nur die undankbaren Aufgaben, die ihm der Frankfurter ebenso wie vorher der Berliner Posten eintrug, erklären es, daß der Politiker Prokesch von Osten keine Freunde gewonnen hat. In seiner Art, zu verhandeln und die Geschäfte zu leiten, lag etwas Verlegendes oft auch dann, wenn er nicht, was ihm leicht geschah, vom Zorne übermannt wurde. „Taktlosen Professor“ nennt ihn einmal der hessische Ministerpräsident von Dalwigk und meint, er habe durch sein Verhalten in der Bundesversammlung die österreichischen Interessen nicht minder geschädigt als die allgemeinen deutschen¹⁾. Eine Handlung wie die eben erzählte Preisgabe von Amtsgeheimnissen des Bundes an das Ausland geht über den Begriff der Taktlosigkeit noch ein gut Stück hinaus.

Bismarck versichert, unter seinen Kollegen, die für Österreich gefügigsten mit eingerechnet, sei kaum einer, der nicht unter den Indiskretionen, Verlegungen und Unwahrheiten des Herrn von Prokesch gelitten hätte²⁾. Er selber hat ihn einen der unwahrsten Menschen genannt, die ihm jemals vor-

¹⁾ Aus dem Nachlasse des Gr. Pr.-D. I (1881) S. 388.

²⁾ Bericht Bismarcks, 23. Dez. 1854. GB. I S. 520.

³⁾ B. an Manteuffel, 23. März 1855. GB. II S. 38.

gekommen seien⁴⁾. Was an einer Behauptung wahr und was „Prokesch“ sei, war die Frage, mit der Derksen einmal an Bismarck herantrat⁵⁾. Prokesch hat offenbar das Recht zur Lüge, das unter Diplomaten gilt, gar zu unbekümmert ausgeübt. Es machte ihn nicht leicht verlegen, wenn er überführt wurde. Bekannt ist die, durch Moritz Busch freilich etwas unklar überlieferte Anekdote, die den Österreicher in der Rolle des verstummenden, aber unbeschämten Lügners zeigt. Zuerst sein entrüsteter Ausruf: wenn das unwahr wäre, so hätte er ja im Namen seines Kaisers gelogen! dann Bismarcks gelassenes „Allerdings, Excellenz!“ zum Schlusse lächelndes Anstoßen mit einem Glase Wein⁶⁾. Prokesch hat es später in Konstantinopel nicht anders getrieben als vorher in Frankfurt. Einer, der ihn gut kannte und genau Bescheid wußte, Charles Testa, langjähriger erster Dragoman-Sekretär bei der deutschen Botschaft in Konstantinopel, stellte ihn auf eine Stufe mit dem berüchtigten russischen Botschafter Graf Ignatiew, den die Türken den „Vater der Lüge“ nannten⁷⁾. Es fehlte Prokesch offenbar an der Feinheit und Vorsicht des geborenen Diplomaten. Er wurde zu leicht durchschaut. So litt sein Ruf schwerer als der manches Andern, der routinierter, aber nicht ehrlicher war. Und wenn er dann einmal versuchte, den Diplomaten beiseite zu lassen, menschlich warm zu sein, so erschien als Maske oder als sentimentales Spiel, was sehr wohl der spontane Ausdruck seines lebhaften Temperamentes gewesen sein kann. Bismarck war nicht der einzige, der Anwandlungen von Herzlichkeit bei Prokesch nur ironisch nahm⁸⁾.

⁴⁾ H. v. Unruh, Erinnerungen (1895) S. 194.

⁵⁾ B. an Gerlach, 13. März 1853. Vgl. Derkens Bericht v. 18. März. Geh. u. H.-Archiv Schwerin, Bundesakten XXI b.

⁶⁾ M. Busch, Tagebuchblätter I S. 492. Anfang und Ende in Buschs Erzählung stimmen nicht zusammen.

⁷⁾ Persönliche Mitteilung des mit Testa befreundeten Herrn v. Mesmer-Saldern, 1892—94 deutscher Militärattaché in Konstantinopel.

⁸⁾ Siehe etwa Bism. an Manteuffel, 4. Juli 1855. GW. II

Das aber, was die Stärke, ja die Größe dieses Österreichers ausmachte, das, worin er allen Bundesgesandten, Bismarck eingeschlossen, weit überlegen war, der Reichtum und die wunderbare Vielseitigkeit seines Geistes, der wissenschaftliche Trieb, der künstlerische Sinn und die Fülle seiner Kenntnisse — das kam in der Welt des Bundestages überhaupt nicht zur Geltung. Profesch dachte von den Fähigkeiten der Männer, die sich in der Eschenheimer Gasse unter seinem Vorsitz versammelten, keineswegs gering, und er hat auch einige wenige von ihnen in freundlicher Erinnerung behalten⁹⁾; doch es waren nur die ihm politisch am nächsten Stehenden — der Mensch Profesch blieb einsam in diesem Kreise. Der einzige unter den Frankfurter Diplomaten, dessen geistige Kultur er als ebenbürtig empfand, war kein Deutscher: es war Graf Gobineau, damals Legationssekretär bei der französischen Gesandtschaft. Mit ihm knüpfte er eine Freundschaft fürs Leben¹⁰⁾. Es ging ihm in Frankfurt nicht anders als überall sonst: die Politik brachte ihm fast nur Gegner und persönliche Feinde, die eigenen Landsleute nicht ausgeschlossen; Freundschaften erwuchsen ihm immer nur auf der Grundlage gemeinsamer geistiger Interessen. Die unangenehmsten Erinnerungen seines Lebens aber blieben für ihn mit dem Sitzungs.saale des Bundespalais verknüpft. So gestand es der Siebzigjährige einem Freunde, mit dem er zehn Jahre nach seinem Weggange von Frankfurt die ungeliebte Stätte wieder aufsuchte¹¹⁾.

S. 62. Brunnow an Meyendorff, 2. Nov. 1855. H o e g s c h III S. 414.

⁹⁾ Den sächsischen, v. Kostitz, den hannoverschen, Graf Kielmannsegg, und den badischen, v. Marschall. BrPrD. S. 472. Ebenda S. 471 sein Gesamturteil über die „ausgezeichneten“ Vertreter.

¹⁰⁾ Darüber vortrefflich L. S c h e m a n n, Gobineaus Rassenwerk (1910) und: Gobineau, eine Biographie I (1913).

¹¹⁾ S c h e m a n n, Gobineau I S. 407. Vgl. BrPrD. S. 409: „Einen unangenehmeren Posten als den hiesigen kann es auf der Erde nicht geben“ (1854).

Bismarck hat, als Profesch nach Frankfurt kam, dessen Werke zur Hand genommen, um aus ihnen den neuen Präsidialgesandten näher kennen zu lernen. Er ist schwerlich in der Lektüre sehr weit gekommen. Die einzige Lesefrucht aber, die sich aus den Werken Profesch-Ostens in Bismarcks Briefen findet, ist so peinlicher Art, daß sie nur deshalb erwähnt sei, weil sie seinen völligen Mangel an Sympathie für Profesch — „Brechmittel“ nennt er ihn einmal¹²⁾ — auch von der physischen Seite her grell beleuchtet. Es ist der erste Satz aus den „Gedankenspähnen“, einem Jugendwerke Profesch: „Gerüche werden mächtige Wecker der Erinnerung“, von Bismarck angewandt auf den Verfasser selbst, dessen übelriechender Atem ihm Ekel erregte. In vertraulichen Briefen kommt Bismarck auf diesen körperlichen Fehler seines Gegners wiederholt zu sprechen, und nur in diesem Sinne ist auch das leicht mißverständliche Wort „seine geistig und körperlich übel berüchtigte Person“ zu verstehen¹³⁾. Gänzlicher Mangel an geistiger Gemeinschaft, politischer und religiöser Gegensatz und zu dem allen noch körperlicher Widerwille gegen ihn, der sein ständiger Nachbar am Sitzungstisch war: das ergab ein Maß von Abneigung, wie Bismarck es nicht oft im Leben empfunden haben mag. Und diesen zahllosen Zeugnissen der Abneigung steht nicht ein einziges Zeugnis gegenüber, aus dem man auf Hochachtung für die geistige Kraft und die reiche Bildung seines politischen Gegners schließen könnte. So ist mit gutem Grunde ausgesprochen worden, Bismarck scheine keine über das vage Gerede der Fama hinausgehende Ahnung davon gehabt zu haben, daß er in Profesch einen der

¹²⁾ Bism. an Manteuffel, 14. März 1858. GW. II S. 298.

¹³⁾ Das Zitat aus den „Gedankenspähnen“ in Pr.-D.'s Kleinen Schriften V (1844) S. 57. B. zitiert es ungenau: an Gerlach, 15. Febr. 1853, S. 57; dazu die Briefe v. 8. Jan. 1853, S. 50, u. v. 21. Febr. 1854, S. 132, und der Brief an B.'s Schwester v. 22. Dez. 1853. Rohls Ausg. S. 65.

reichsten, universellsten Geister des damaligen Europa vor sich hatte¹⁴⁾.

Profesch-Osten sagt einmal schön: „Der Mensch ist eine Münze mit dem Bilde einer Gottheit und mit einer gemeinen Kehrseite“¹⁵⁾. Für das profane Auge des Politikers aber lag die Münze Profesch stets mit der Kehrseite nach oben; das Bild der Gottheit enthüllte sich nur dem, der aus der Welt des geistigen Schaffens herkam. Es ist doch sehr charakteristisch: die vielen Zeugnisse, die den bezwingenden Zauber der Persönlichkeit Profesch-Ostens schildern, von seiner Jugend bis an die Schwelle des Todes, sind sämtlich Zeugnisse von Männern, die nicht als Politiker mit ihm zu tun hatten, sondern den Forscher, den Gelehrten, die Künstlernatur, den universal gebildeten Menschen suchten und fanden. Umgekehrt aber bringen die Berichte der Diplomaten und Staatsmänner, einerlei ob österreichische oder fremde, mit denen Profesch in Berlin oder in Frankfurt zusammengekommen ist, auch nicht einen Beleg dafür, daß von der Persönlichkeit ein starker Eindruck ausgegangen wäre, wohl aber manchen Beleg für das Gegenteil. Die Persönlichkeit des geborenen Staatsmannes — das zeigt uns Bismarck immer von neuem — übt ihre stärkste Wirkung gerade im politischen Kampfe. Daß diese Wirkung nicht von Profesch ausgegangen ist, beweist uns besser als alles andere, daß er zum Politiker großen Stils, zum Staatsmann nicht geschaffen war.

Nun hieß es plötzlich, Profesch werde Frankfurt verlassen, um an den Wiener Friedenskonferenzen teilzunehmen. Er selber war nicht wenig betroffen, als er am 14. Februar 1855 das Telegramm mit dieser Nachricht erhielt. Eine Abberufung gerade jetzt mußte durch jeden Unbefangenen in ursächlichen Zusammenhang mit der schweren Niederlage gebracht werden, die Österreich soeben am Bundestage erlitten hatte. Er bat

¹⁴⁾ Schemann, Bismarck u. Profesch-Osten. Eine Ehrenrettung. Grenzboten 73. Jg. II (1914) S. 71.

¹⁵⁾ Gedankenpähne. Kleine Schriften V S. 102.

den Grafen Buol sofort und dringend, daß es in seiner Berufung ausdrücklich heiße: „unter Beibehaltung seines damaligen Postens“. Das wurde ihm ohne weiteres zugesagt, unter schmeichelhafter Anerkennung seiner gründlichen Kenntnis der orientalischen Zustände, die den Grafen Buol durch diese terra incognita führen solle; nur für die Dauer der Wiener Verhandlungen werde Graf Rechberg in Frankfurt an seine Stelle treten¹⁶⁾). Man könnte dieser sachlich gut begründeten Versicherung Glauben schenken, wenn nicht eine dem Grafen Buol so nahe stehende Dame wie seine in Frankfurt lebende Schwester, Frau von Brints, der Chef des „Österreichischen weiblichen Hauptquartiers“ am Bundestag, überzeugt gewesen wäre, daß Prokesch nicht, jedenfalls nicht für die Dauer, nach Frankfurt zurückkehren werde¹⁷⁾). Es muß offen bleiben, was bei dem Entschluß der Wiener Regierung, den Präsidialgesandten abzuuberufen, stärker gewirkt hat, der ernstliche, besonders vom Kaiser gehegte Wunsch, seine orientpolitischen Kenntnisse erst in Wien, dann in Konstantinopel zu verwerten, oder vielleicht doch das erschütterte Vertrauen Buols zu der Eignung Prokeschs für den Frankfurter Posten.

„Der Abgang des Herrn von Prokesch,“ schreibt Bismarck, „erfüllt alle Leute hier mit Freude, nur ihn und mich nicht; ich halte Rechberg für ebenso schlimm in seiner politischen Richtung, und dabei für geschickter und energischer. Selbst die fremden Gesandten freuen sich, Prokesch los zu werden; der Englische spricht es unverholen aus, der Französische ist zu vorsichtig dazu, denkt aber ebenso.“ Überraschend jedoch wirken die Worte: „Entweder will man ihn auf eine schonende Weise aus einer Stellung beseitigen, in welcher er nicht zur Zufriedenheit gewirkt hat, oder man beabsichtigt hier Dinge,

¹⁶⁾ BrPrD. S. 428—430.

¹⁷⁾ Bism. an Manteuffel, 4. Juli 1855. GW. II S. 62, vgl. I S. 7.

für deren Ausführung man eines minder wohlwollenden und gewissenhaften Charakters als des Herrn von Prokesch bedarf.“ Dieses Urteil, das allen sonstigen Äußerungen Bismarcks über Prokesch widerspricht, zeigt uns, daß er ihn im Grunde jedenfalls nicht für böseartig hielt. In dem Augenblicke, da er ihn verlieren soll, sieht er ihn zum ersten Male in besserem Lichte und bedenkt vor allem, daß ein Schlimmerer an seine Stelle treten könnte. Es erschien ihm politisch undenkbar, daß Österreich sich bei seiner Niederlage beruhigen würde. Auch seine Kollegen machten sich auf etwas wie einen Staatsstreich gefaßt, Bismarck selber jedenfalls darauf, daß Graf Rechberg die Aufgabe habe, dem Bunde die Alternative zwischen dem vollständigen Anschluß an , und dem Bruch mit Österreich zu stellen¹⁸⁾.

Als Prokesch von Osten am 3. März 1855 bis auf weiteres Abschied vom Bundestage nahm und den Grafen Rechberg als zeitweiligen Präsidialgesandten einführte, war Bismarcks Verhalten das freundlichste. Von ihm ging auch die Ehrung aus, daß sämtliche Bundestagsgesandten unmittelbar nach der Sitzung ihrem scheidenden Präsidenten unter Bismarcks Vortritt einen formellen Abschiedsbesuch machten. Bismarck

¹⁸⁾ B. an Mant., 27. u. 28. Febr. u. 1. März 1855. Pr. i. BZ. II S. 173, 180, 182. Schemann (Grenzboten 73 II S. 74) meint: „Psychologisch erklären wird man es wohl nie können, wie Bismarck dazu gekommen ist, dies eine Mal sich selbst in seinen tausend anderen Kundgebungen Lügen zu strafen.“ Im Zusammenhang der politischen Handlung gesehen, erscheint B.'s Urteil nicht so unverständlich, wenn es auch überraschend bleibt. Ganz unhaltbar aber ist Schemanns Auffassung, daß nur in diesem einzigen Urteil die Wahrheit über Prokesch als Charakter auch bei Bismarck durchgedrungen sei. Zu dieser Auffassung kann nur kommen, wer Prokesch allein als den Mann der geistigen Kultur, nicht als Politiker kennt und daher Bismarcks scharfe Äußerungen über diesen nur als Zerrbilder des Hasses deuten kann. Im Eifer, Prokesch Gerechtigkeit zu tun, wird Sch. ungerecht gegen Bismarck.

fand, für eine Trennung von sechs Wochen sei die Haltung Profeschs dabei zu elegisch gewesen¹⁹⁾. Der neue Vertreter Österreichs aber erfüllte das Gegenteil seiner Erwartungen. Er bekannte sich zu der Überzeugung, daß Österreich gegenwärtig die Aufgabe habe, sich mit Preußen zu verständigen und so für beide eine gesicherte Stellung zwischen den Westmächten zu gewinnen²⁰⁾. Da man in Wien also auf Vergeltung für den 8. Februar zu verzichten schien, so ließ auch Bismarck jeden Streit ruhen und zeigte sich von der gewinnendsten Seite. „Herr v. Bismarck fährt fort,“ schreibt Rechberg am 7. März, „sein Bestreben, sich mit der Bundespräsidialgesandtschaft auf besseren Fuß zu stellen, an den Tag zu legen. Ich war gestern mit sämtlichen Herren der Präsidialgesandtschaft bei ihm zu Tische geladen. Während der Tafel brachte er einen Toast zur glücklichen Entbindung Ihrer Majestät der Kaiserin aus. Nach Tische sprach er mir lange über seinen Wunsch, daß zwischen Österreich und Preußen eine Verständigung zu Stande gebracht werden könnte.“ Der Verlauf des Gespräches zeigt, daß Bismarck jetzt mit Erfolg den Versuch erneute, der im Oktober 1854 Profesch gegenüber gescheitert war: eine Erklärung Österreichs über die Ziele seiner orientalischen Politik zu erlangen. Er versicherte Rechberg der Zustimmung Preußens und sogar der Bereitschaft zur Unterstützung des berechtigten österreichischen Zieles, der russischen Suprematie in den Donaufürstentümern ein Ende zu machen (ein Ziel freilich, das damals bereits in der Hauptsache erreicht war, so daß Preußens Unterstützung nicht mehr viel zu bedeuten hatte). Dagegen sei der König von Preußen durch den Glauben, daß das kaiserliche Kabinett die gegenwärtigen Verwicklungen benutzen wolle, um ehrgeizige Absichten in jenen Gegenden zu befriedigen, aufs Äußerste erregt worden. Graf Rechberg erklärte diese Absichten für Irrtum, worauf

¹⁹⁾ Br. Pr.-D. S. 438. Prot. BB. 1855 S. 226 f. Bismarck an Gerlach, 9. März, S. 204.

²⁰⁾ Immediatbericht B.'s, 5. März. Pr. i. BL. II S. 185.

Bismarck erwiderte, dann sei einer Verständigung nichts mehr im Wege²¹⁾).

Wir haben keinen Anlaß, in diesen Worten etwas anderes zu suchen als was sie besagen. Denn Bismarck hat den Bruch mit Österreich nie als unausweichbare Notwendigkeit, sondern immer nur als Wahrscheinlichkeit angesehen; er hat daneben stets den Gedanken an eine friedliche Lösung des deutschen Dualismus im Auge behalten. Doch ist es begreiflich, daß Rechberg über diese friedfertige Eröffnung überrascht war und sich fragte, ob Bismarck damit die Stimmung in Berlin wiedergäbe oder ihn nur ausholen wollte. Sicherlich traf das zweite zu; denn Bismarcks eigene Berichte schweigen über dieses Gespräch²²⁾. Rechberg hatte also ein richtiges Empfinden, als er hat, falls man in Berlin sondieren wolle, sich nicht auf diese ganz vertrauliche Unterredung zu beziehen; er wolle Bismarck nicht kompromittieren. Doch lag in Wien kein Bedürfnis zu sondieren vor, solange Hoffnung auf Erfolg der bevorstehenden Friedensverhandlungen bestand. Bismarck aber erhielt bald auch Gründe unerfreulicher Art, die Brücke zu einer Verständigung mit Österreich offen zu halten. Wie hatte er kämpfen müssen, um seinen Erfolg vom Februar zu erringen! Und nun, kurz nach Rechbergs Eintreffen, beschlich ihn die Sorge, daß nicht einmal dieser Erfolg gegen jeden Einwand gesichert war. Österreich dachte nicht daran, seine bedenkliche Auffassung, die nur den Beschluß vom 8. Februar gelten ließ, jedoch nicht die ihn auslegenden *Motive*, zurückzunehmen. Die Art aber, wie Manteuffel der österreichischen Auffassung widersprach, genügte Bismarck nicht, galt ihm nur als zaghafte Verneinung. Der Gesandte glaubte zwar nicht an den Ernst der Absicht eines französischen Durchmarsches durch Süddeutschland; aber er hielt die Drohung damit für ein Einschüchterungsmittel, das in der

²¹⁾ Rechberg an Buol, 7. März 1855. WA.

²²⁾ Einiges bringt B.'s Brief an Gerlach v. 7. März.

Hand Österreichs und Frankreichs den Südstaaten gegenüber doch recht wirksam werden konnte. Er forderte daher ein entschlossenes Auftreten dagegen, forderte eben jene in den Motiven verkündete Kriegsbereitschaft in „jeder“ Richtung. Andernfalls sah er infolge der herrschenden Beunruhigung die Mehrheit der Stimmen am Bundestag dem preußischen Kommando wieder entgleiten. Auch diesmal, wie schon so oft, war ihm seine Regierung nicht energisch, nicht mutig genug²³⁾.

Und es blieb nicht bei diesem einen Grunde, der die eben gewonnene Führerstellung Preußens am Bunde bedrohte. Die antiösterreichische Gruppierung vom Februar war zu gutem Teile dadurch möglich geworden, daß Bayern mit Preußen ging. Da war es recht unbequem für Bismarck, daß Graf Rechberg, selbst geborener Bayer, Studienfreund und Duzbruder des bayrischen Gesandten, Freiherrn von Schrenk, war. Denn diese persönliche Beziehung wirkte sich politisch aus und bestärkte Herrn von Schrenk in seiner Ansicht, daß Bayern schließlich doch auf Österreichs Seite gehöre. Der Katholizismus bildete ein weiteres Bindeglied zwischen beiden²⁴⁾. Das Bewußtsein dieses Gemeinschaftsgefühles gewann verstärkte Kraft, als eben damals, im April und im Juni, jene Kettenburgisch-Vogelsangsche Beschwerde über Schmälierung der ständischen Rechte mecklenburgischer Katholiken verhandelt werden mußte. Dem bayrischen Gesandten fiel dabei die Rolle des Wortführers der Reklamationskommission zu, deren Beschluß einen, wenn auch nur vorsichtigen, Eingriff in die inneren Angelegenheiten Mecklenburgs bedeutete. Österreich aber war in Frankfurt wie an einzelnen Höfen eifrig bemüht, auch in der Bundesversamm-

²³⁾ Manteuffels Rund-Erlaß v. 8. März bei Poschinger, Manteuffel III S. 12. Dazu B. an Mant., 12. März. GW. II S. 27. An Gerlach, 12. März, S. 206.

²⁴⁾ B. an Manteuffel, 1. März, 13. Apr. Pr. i. B. II S. 182, 211 f. An Gerlach, 27. u. 28. Apr., S. 218.

lung eine Mehrheit für den Kommissionsantrag zu gewinnen. Wieder, wie vor zwei Jahren, war Bismarck in Sorge, daß die Erörterung religiöser Fragen die Gegensätze am Bundestag vermehren und verschärfen könnte. Den Hauptnachteil würde Preußen davon gehabt haben: sein gutes Verhältnis zu Bayern wäre zerstört worden; Bayern aber war, wie Prokesch einmal sagt²⁵⁾, der Vordermann, nach dem alle Mittelstaaten sich richteten. Die katholische Partei blieb zwar in der Kettenburgischen Sache wieder, und aus gleichen Gründen wie im Jahre 1853, sehr in der Minderheit. Aber schon die bloße Tatsache österreichisch-bayrischer Zusammenarbeit war unerfreulich für Bismarck; kein gutes Zeichen auch, daß diesmal Württemberg mit den beiden katholischen Staaten ging²⁶⁾).

Denn Rechberg, verträglich und zurückhaltend wie er war, ganz das Gegenteil von Prokesch, brachte es bald dahin, daß er nicht nur mit dem bayrischen Jugendfreund, sondern mit all seinen Kollegen besser stand als sein Vorgänger. Mit ihm kehrte das durch Prokesch wie durch Graf Buols Krimkriegspolitik zerstörte Vertrauen zu Österreich überall da zurück, wo die traditionelle Hinneigung zum Kaiserstaat nur vorübergehend unterbrochen worden war. Acht Wochen nach Rechbergs Eintritt in die Bundesversammlung hatte Bismarck das verdrießliche Gefühl, daß jeder Hebel, den er anfasse, morsches Holz sei und ihm in der Hand bröckle, sobald es sich um eine noch so geringe antiösterreichische Bewegung handle. Die stolze Phalanx, die noch vor kurzem seiner Führung gefolgt war, bestand nicht mehr. „Verlangen Sie also nicht,“ schrieb er resigniert an Gerlach, „daß ich hier Heldenthaten verrichte.“ Wie kampflustig er auch sein mochte, so blieb ihm

²⁵⁾ BrPrD. S. 388.

²⁶⁾ Prot. BB. 1855, §§ 144, 207: 12. Apr. u. 8. Juni. Pr. i. BT. II S. 209 f. Über den früheren Verlauf der Kettenburgischen Sache siehe oben S. 181 ff.

doch nichts übrig, als sich jetzt auch auf die Möglichkeit einer Verständigung mit Österreich einzustellen²⁷⁾.

So gewann Graf Rechberg ein wesentlich anderes Bild von Bismarck als Prokesch, und die vier Monate seiner einstweiligen Bundespräsidentschaft, von Anfang März bis Ende Juni 1855, zeigten der Versammlung das ungewohnte Bild einer kaum getrübbten äußeren Eintracht zwischen ihren beiden vornehmsten Mitgliedern. Die Worte „mild und versöhnlich“ — „versöhnlich und mild“ kehren in Rechbergs Berichten und vertraulichen Briefen an Buol zur Kennzeichnung von Bismarcks Verhalten immer von neuem wieder. Graf Rechberg unterstützte diese Stimmung, indem er die gefährlichsten, d. h. die grundsätzlichen Erörterungen außerhalb der Sitzungen vertraulich mit Bismarck abzumachen suchte. „Es wird hierdurch der äußere Anstand bewahrt und unsere Meinungsverschiedenheiten mit Preußen treten weniger offen an den Tag“²⁸⁾. Auch Bismarck ist in diesen Wochen des Lobes voll für den Grafen und bringt sein anfängliches Mißtrauen zum Schweigen. Rechberg aber ließ sich durch das Bestreben, äußerlich Reibungen zu vermeiden, auch nicht für einen Augenblick in seinen Bemühungen hemmen, Preußens Stellung am Bunde, die ja zur Zeit seines Kommens noch Vormachtstellung war, nach Kräften zu untergraben. Ende März empfahl Rechberg seiner Regierung, beim Bunde den Antrag auf Mobilmachung zu stellen und, falls dieser durch Preußens Bemühen zu Fall gebracht würde, Sonderverträge mit den einzelnen Staaten zu schließen und diese dadurch zu gewinnen, daß man ihnen drohe, Österreich werde dem Bunde, wenn von ihm im Stich gelassen, keine ferneren Opfer mehr bringen; es werde vielmehr seine eigenen Interessen verfolgen und die sich nicht an Österreich anschließenden Regierungen der Willkür Preußens überlassen. „Die von Herrn v. Bismarck dahier

²⁷⁾ B. an Gerlach, 27. u. 28. Apr., S. 218.

²⁸⁾ Brief Rechbergs an Buol, 14. März. *W.*

unvorsichtig gemachten Äußerungen über das Bedürfnis Preußens, sich nicht in Polen, aber in Deutschland, in Sachsen und Hannover zu vergrößern, würden in einem solchen Augenblicke schwer ins Gewicht fallen und manche Bedenkllichkeiten erzeugen, über die man jetzt noch leichtsinnig hinwegsieht.“ Doch warnte Rechberg vor schriftlichen Eröffnungen und riet zu mündlichem Vorgehen²⁹⁾.

Graf Buol ging zwar auf den ersten Teil des Rates nicht ein: auf dem Gebiete der Mobilmachungsanträge hatte er wohl genug Erfahrungen gesammelt. Wohl aber befolgte er den zweiten Teil des Rates und suchte den Österreich abgeneigten Regierungen Angst vor Preußen zu machen. So vorsichtig er hierbei auch zu Werke ging, sicherte dennoch einiges durch. Der russische Geschäftsträger am Bundestage, Herr von Glinka, wollte bestimmt von einem sorgfältig geheimgehaltenen Rund-Erlaß an die kaiserlichen Gesandten wissen: diese sollten danach die deutschen Höfe dringend auffordern, sich durch Bundesbeschluß oder einzeln verbindlich für die Politik Österreichs zu erklären; sonst werde dieses aus dem Bunde austreten. Einen so unvorsichtigen Rund-Erlaß, an den auch Bismarck nicht recht glauben wollte, hat es nicht gegeben³⁰⁾; wohl aber wird, wie Rechberg es wünschte, mündlich gearbeitet worden sein. Denn was Glinka erzählt, stimmt gut zu Rechbergs Anregungen, und auch Bismarck wurde stutzig, als der hannöversche Bundesgesandte, Graf Kielmannsegge, kurz danach gegen ihn die Bemerkung fallen ließ, in Hannover sei die Furcht vor Auflösung des Bundes und vor einer Isolierung mit Preußen am stärksten³¹⁾. Die Friedensgesinnung war also bei Graf Buol wie bei Graf Rechberg an die Voraussetzung geknüpft, daß Österreich erst den preussischen Einfluß zurückdrängen, seine alte Vormachtstellung

²⁹⁾ Bericht Rechbergs v. 27. März. VII.

³⁰⁾ Im Wiener Staatsarchiv hat der Rund-Erlaß jedenfalls keine Spur hinterlassen.

³¹⁾ B. an Manteuffel, 8. Mai 1855. Pr. i. BL. II S. 223.

am Bundestage wiedergewinnen müsse: das war und blieb, als könnte es nicht anders sein, beider politisches Ziel. Das letzte und schärfste Mittel aber, mit dem die Präsidialmacht für dieses Ziel kämpfte, war kein anderes als auch Bismarck, zu Graf Thuns Zeiten, es angewandt hatte, um Preußen vor Majorisierung zu bewahren: die mehr oder weniger verhüllte Drohung mit Austritt aus dem Bunde!

Ein bizarres Ding dieser Bund! Für die Mittel- und Kleinstaaten wertvoll als die billigste Versicherung gegen Kriegs- und Annexionsgefahr, die europäische Bürgschaft ihres staatlichen Daseins, für die beiden Vormächte nichts als ein Hebel ihrer Machtpolitik, für niemanden ein Gesamt-vaterland, wie die übliche Phrase lautete. Eifersucht, Mißtrauen, ständige Intrigue waren die einzigen Gewächse, die in diesem Glashause die rechte Lebenslust fanden. Es gibt keine bessere Rechtfertigung für den Weg, den Bismarck von Frankfurt nach Königgrätz gegangen ist, als die Geschichte des Deutschen Bundes seit 1850.

Für den Nachlebenden aber hat es etwas Erheiterndes, das Versteckspielen, das gegenseitige Sichüberbieten an Verstellung und Winkelzügen zu beobachten, das jetzt zwischen den beiden Vorkämpfern am Bundestag aufgeführt wurde. Außerlich nichts als Vertrauen und Wunsch nach Versöhnung, nach Reinigung der Luft. „Reichberg sagt mir täglich, es müsse wieder dahin kommen, daß gar nichts am Bunde verhandelt werde, worüber nicht vorher Einigkeit zwischen Berlin und Wien erzielt sei.“ Was konnte Bismarck sich Besseres wünschen? Dies war ja das Ziel, dessen Erreichung ihm bei Antritt seines Postens vorgeschrieben worden war, das Ziel, für das er gekämpft hatte, seitdem er Preußen am Bundestage vertrat! Auch die Preßzänkereien sollten aufhören; denn die beiden Regierungen, meinte Reichberg zutreffend, setzten sich nur gegenseitig herab, wenn sie ihre intimsten Streitigkeiten vor dem Forum des Zeitung lesenden Publikums aus-

trügen³²⁾. Und zur selben Zeit — auf Rechbergs Anstiften! — im tiefsten Geheimnis jener Versuch, die widerstrebenden Staaten durch schärfsten Druck zum unbedingten Anschluß an die österreichische Politik zu zwingen! Rechberg spielte seine Versöhnungsrolle so gut, daß Bismarck ihn nicht zu den vollkommen Eingeweihten des Wiener Kabinetts zählte, geschweige, daß er in ihm den Anstifter der Geheimaktion vermutet hätte. Erst nach Wochen erfuhr er zufällig, daß jene Insinuation am Hofe von Darmstadt gemacht und sogar von Rechberg wiederholt worden sei, zweifelte aber auch jetzt noch, daß es Rechberg damit Ernst gewesen wäre³³⁾.

So konnte dieser gleich im Beginn seiner Präsidialgesandtschaft den Triumph genießen, daß es ihm gelungen war, den gefürchteten Gegner zu überlisten. Allein die Rechnung gleicht sich dadurch wieder aus, daß er gleichzeitig in ganz ähnlicher Weise durch Bismarck hinters Licht geführt wurde. Dessen erfinderischer Geist erwog, als er Österreichs Stellung am Bundestag wieder erstarken sah, einen ganz neuen Gedanken. Die Wiener Friedensverhandlungen verliefen hoffnungslos. Damit rückte die Gefahr wieder näher, daß es doch noch zum Kriege Österreichs gegen Rußland und dann zu verstärktem Druck auf den Deutschen Bund kam. Um Österreich vor dem Bruch zu warnen und bei friedlicher Politik zu erhalten, sollte ihm das Schreckbild eines bewaffneten Neutralitätsbündnisses zwischen Deutschland, den nordischen Staaten und Holland im Spiegel der Zukunft gezeigt werden³⁴⁾. Nun dachte freilich kein Mensch in Berlin an einen so hochfliegenden Plan. Bismarck hatte ihn angeregt, doch, wie es scheint, ohne Erfolg. Kredenzte er aber nun dem Grafen Rechberg diesen Plan als sein eigenes Gewächs, so machte er schwerlich den gewünschten Eindruck. Und so teilte er eines Tages seinem österreichischen

³²⁾ B. an Manteuffel, 13. u. 25. Apr. Pr. i. BT. II S. 212, 214.

³³⁾ B. an Mant. 5. Mai u. 9. Juni. Pr. i. BT. II S. 220, 233. An Gerlach, 10. Juni, S. 227 f.

³⁴⁾ B. an Mant., 13. Apr. GB. II S. 42.

Kollegen vertraulich und mit der Miene ernstster Besorgnis diesen Gedanken eines bewaffneten Neutralitätsbündnisses als festen Entschluß der Berliner Regierung mit und fügte hinzu, er sehe ein, daß dies ein falscher Weg sei, der zum Bruche mit Oesterreich und zur Sprengung des Bundes führen müsse; er habe sich daher entschlossen, noch heute nach Berlin zu reisen, Vorstellungen gegen diesen Plan zu machen, und das königliche Kabinett womöglich zu bestimmen, wenigstens den Versuch zu machen, sich offen mit Oesterreich zu verständigen und für die Allianz mit ihm annehmbare Bedingungen zu erlangen.

Das Gespräch fand am 9. Mai statt. Kaum hatte Bismarck, „sehr ernst und betroffen“, Rechbergs Zimmer verlassen, als dieser sich hinsetzte, um die beunruhigende Nachricht unter dem frischen Eindruck des eben Gehörten nach Wien zu melden. Es ließ ihm keine Ruhe, und am nächsten Tage sandte er einen zweiten Bericht nach: „Wie Euer Excellenz aus meiner ehrerbietigsten Expedition von gestern zu entnehmen geruht haben werden, ist Preußen im Begriffe, einen sehr entscheidenden Entschluß zu fassen. Es will eine Rolle spielen und will weder offen für noch gegen Rußland sich erklären; es verfiel daher auf den Gedanken, sich an die Spitze einer Neutralität zu stellen, welcher nicht nur Deutschland, sondern auch Holland und die scandinavischen Reiche sich beigesellen würden. Herr von Bismarck, der, bei unstreitig großen Geistesgaben, die Gefahren zu erkennen scheint, welche die Befolgung dieser Politik für Preußen mit sich führet, wünscht, wie er mir sagte, noch in letzter Stunde eine Verständigung mit Oesterreich und ein enges Anschließen Preußens an dasselbe zustande zu bringen; er scheint jedoch die sich entgegenstellenden Schwierigkeiten keineswegs zu verkennen und verließ mich sehr ernst und düster gestimmt“⁸⁵⁾.

In Wahrheit wird Bismarck, als er von Rechberg schied,

⁸⁵⁾ Rechberg an Buol, 9. u. 10. Mai. Wl.

recht vergnügt über seine wohlgelungene Kriegslist nach Berlin gefahren sein. Gleichzeitig mit ihm traf dort ein Brief des Grafen Buol an Manteuffel ein, ein rätselhafter Brief nach dem Urteil des Empfängers³⁰⁾. Es war ein Annäherungsversuch, der indessen über unklare Allgemeinheiten nicht hinausging und daher keinen Eindruck machte. Der Ausdruck der Hoffnung Buols auf preußische Unterstützung, falls die Würfel für den Krieg fielen, bot jedenfalls keinen Anknüpfungspunkt für eine preußisch-österreichische Verständigung auf dem Felde der Bundespolitik. Nach Frankfurt zurückgekehrt, berichtete Bismarck, von Rechberg mit Spannung erwartet, in dem gewohnten versöhnlichen Tone, der König sei von dem Wunsche nach Verständigung erfüllt und werde eine Annäherung Österreichs wohlwollend entgegennehmen; doch für eine Initiative Preußens sei der Augenblick nicht günstig. Er versuchte zugleich, doch vergebens, aus Rechberg herauszubekommen, welches Programm den Österreichern als Grundlage einer Verständigung vorschwebte. Der Versuch gelang offenbar deswegen nicht, weil es ein solches Programm nicht gab. Um Zugeständnisse auf dem Felde der deutschen Bundespolitik anzubieten, fühlte Österreich sich doch nicht bedrängt genug, trotz Scheiterns der Friedensverhandlungen und trotz des Schreckschusses mit dem Phantom des deutsch-nordisch-holländischen Neutralitätsbündnisses. Bismarck gab nun vorläufig den Gedanken an Verständigung mit Österreich auf, für so wünschenswert er ihn damals, bei der Unzuverlässigkeit der Mittelstaaten, auch hielt. Er hoffte, das Wiener Kabinett werde zu einer vernünftigen und deutschen Politik durch die Einsicht bekehrt werden, daß ein Verharren auf der gefährlichen Bahn seiner Orientpolitik durch Preußen zum Schaden

³⁰⁾ 8. Mai 1855. Pr. a. P. III S. 115. Gerlach, Denkwürdigkeiten II S. 310 f.

Österreichs ausgenutzt werden könne. Ein bekehrtes Österreich aber sollte in Berlin offene Arme finden³⁷⁾.

Es zeigt sich hier wie auch sonst: Bismarcks Gegnerschaft gegen Österreich ist kein unverrückbarer Grundsatz seiner Bundespolitik. Jeder Weg ist ihm willkommen, der Preußen aufwärts führt. „Einförmigkeit im Handeln war nicht meine Sache“.³⁸⁾ Gelingt es durch ehrliche Verständigung mit dem Nebenbuhler, so soll die Streitart begraben sein. Wahrlich nicht leichtfertig, sondern erst nach dem Scheitern aller Verständigungsversuche hat er den Gedanken einer friedlichen Lösung des deutschen Dualismus aufgegeben, Bundesbruch und Krieg als die allein mögliche Lösung ins Auge gefaßt.

Bismarck genoß den ihm angenehmen Umgang mit Rechberg noch bis Ende Juni. Er meinte, sein Verbleiben in Frankfurt sei wünschenswert, wenn es zu einer Verständigung mit Österreich komme; „so lange wir schlecht stehn, wünsche ich niemand als Prokesch“. Denn dieser war durch seine Ungeschicklichkeit ein willkommenerer Gegner als Rechberg, mit dem Bismarck auch aus persönlichen Gründen nicht gern Streit gehabt hätte. Als Prokesch Anfang Juli wirklich wiederkam, meinte Bismarck: „Die Östreicher sind sehr thöricht, daß sie ihn wieder hergeschickt haben . . . ich wünsche mir gar keinen Andern“³⁹⁾. Bismarck und Rechberg schieden im besten Einvernehmen. Die beiden Diplomaten hatten in Formen gegenseitiger Hochachtung mit einander verkehrt und hatten einander mit einer so vollendeten Kunst hintergangen, wie keiner sie dem andern zutraute, so daß keiner sich als der Überlistete fühlte. Ihre Empfindungen für einander wurden bis zuletzt

³⁷⁾ B. an Manteuffel, 18. Mai. GB. II S. 47 ff. Rechberg an Buol, 18. Mai. WA.

³⁸⁾ Gespräch mit Friedjung (1890) über seine deutsche Politik. Kampf um die Vorherrschaft II S. 578.

³⁹⁾ B. an Mant., 23. März u. 13. Apr. Pr. i. BA. II S. 204, 212. An Gerlach, 3. Apr. u. 30. Juni, S. 213, 234. An B.'s Bruder, 22. Juli. BBr. S. 183.

durch persönliches Wohlwollen und durch ein Maß von Vertrauen bestimmt, das in nichts zerronnen wäre, wenn der eine die Berichte des andern hätte lesen können. Bismarck hat sich in unverdächtiger Form sogar zu freundschaftlichen Gefühlen für den scheidenden Reichberg bekannt⁴⁰⁾.

Den wiederkehrenden Profesch aber begrüßte er mit derselben Unbefangenheit, wie dieser ihn, und ließ ihn mit keiner Silbe merken, was er über seine unwürdige Denunziantenrolle nach der Sitzung vom 22. Februar inzwischen erfahren hatte. Es war ja nicht Bismarck's Absicht, Profesch unmöglich zu machen, sondern die Blößen, die er sich gab, zum Besten Preußens auszunutzen. Die Gelegenheit dazu fand sich bald, ohne daß Bismarck die Lippen zu öffnen brauchte. Kleinliches Auftreten in einer ganz untergeordneten Frage, in die Bismarck sich nicht mischte, brachte die Gesandten der Mittelstaaten gleich in der ersten Sitzung gegen Profesch auf und bereiteten diesem eine kleine Wahl-Niederlage — es handelte sich um Ausschlußwahlen —, die er sich leicht hätte ersparen können⁴¹⁾.

Der Auftrag, den Profesch mitbekommen hatte, zeigt, daß man in Wien die Behandlung der orientalischen Frage am Bunde jetzt doch vorsichtiger anfaßte als vor der Niederlage im Februar. Die neue österreichische Vorlage war ziemlich harmloser Art und lief auf den Wunsch hinaus, der Bund möge die vorläufige Fortdauer der am 8. Februar beschlossenen Kriegsbereitschaft erklären. Die einzige Gefahr war, daß Österreich seine Auffassung des Beschlusses vom 8. Februar bei dieser Gelegenheit wieder einzuschmuggeln suchte. Bismarck beugte durch Vorbesprechungen mit den Gesandten der Mittelstaaten rechtzeitig vor. Als kleinere Schwierigkeiten anderer Art auftauchten, war er es, der das meiste tat, sie zu beseitigen, und ehe der Juli zu Ende ging, war die Angelegen-

⁴⁰⁾ An Gerlach, 30. Juni, S. 234.

⁴¹⁾ Immediatbericht B.'s v. 6. Juli. Pr. i. BT. II S. 252. Prot. BB. 1855 Juli 5., § 239: Profesch in den standesherrlichen Ausschluß nicht wiedergewählt.

heit zu allseitiger Zufriedenheit ins Reine gebracht. Sogar Prokesch berichtet im Verlauf der Verhandlungen nach Wien, daß Bismarck's Verhalten, und zwar mehr als das seiner Regierung, ganz auf Vermeidung von Streit und auf Betonung dessen, worin Berlin und Wien übereinstimmten, gerichtet war. Der gerechte Grund zu persönlicher Verstimmung, den Bismarck gegen Prokesch hatte, ist auch nicht für einen Augenblick fühlbar geworden. Und wenn je, so hat der preussische Gesandte damals gezeigt, daß er nicht der Gegner des Deutschen Bundes schlechthin war, sondern nur der eines Bundes, in dem die Interessen Preußens mißachtet wurden. Unter einem so friedlichen Sterne wie noch nie seit der Reaktivierung des Bundestages konnte die hohe Versammlung Anfang August in die Ferien gehen, an denen sie hielt, wie wir Bismarck glauben dürfen, als an einem der schätzenswertesten Bundesgrundrechte⁴²⁾.

Während der Ferien entschied sich, was seit Juni in der Schwebe war: die Versetzung Prokesch-Ostens von Frankfurt nach Konstantinopel. Es war der persönliche und dringende Wunsch Franz Josefs selbst, den einst im Orient trefflich bewährten Mann, der sein Vertrauen unvermindert genoß, wieder dorthin zu stellen, wo er sein Bestes leisten konnte. Finanzielle Bedenken, die Prokesch anfangs zurückhaltend machten, wurden durch das Eingreifen des Kaisers überwunden⁴³⁾. Die Berufung war ehrenvoll, da der Posten in Konstantinopel seit dem Krimkrieg an Bedeutung gewonnen hatte und jetzt einer der wichtigsten und schwierigsten in der Monarchie war. Auch hatte Prokesch nun einen sehr viel besseren Abgang von Frankfurt, als er ihn im Frühjahr gehabt

⁴²⁾ Rund-Erlaß Buols v. 28. Juni. Jasmund, Aktenstücke II Nr. 365. B.'s Berichte v. 3.—27. Juli. Pr. i. Bl. II S. 247—260, IV S. 234—236. Prokesch's Berichte v. 4. Juli an, besonders der v. 11. Bl. Prot. Bl. Juli 19. u. 26., S. 753 ff., 852.

⁴³⁾ BrPrD. S. 444 f.

hätte. Er schied zu einer Zeit des äußerlich guten Einvernehmens mit den Vertretern sämtlicher Staaten. Und so wird es dem äußeren Hergange nach richtig gewesen sein, was Profesch kurz vor seinem Weggange schrieb: „Alle meine Kollegen, mit Ausnahme des preussischen, geben mir Beweise freundlichen Wohlwollens und der Anerkennung der wohlgemeinten Bestrebungen der kaiserlichen Regierung während der Jahre, als ich die Ehre hatte, dieselbe am Bunde zu vertreten“⁴⁴⁾. Andererseits aber lag in allem, was vorgefallen war, Grund genug dafür, daß der Abgang Profesch-Ostens allgemein als ein erfreuliches Ereignis angesehen wurde. Bismarck ist nicht der einzige, der dies berichtet. Der Vertreter der sächsisch-thüringischen Häuser, von Gritsch, schrieb dem Herzog von Koburg, das geringe Bedauern, mit dem man Profesch-Osten scheiden sehe, erkläre sich aus den Schwächen seiner „dichterischen Natur“ — eine ironische Umschreibung für seine geringe Wahrheitsliebe⁴⁵⁾. Die Befriedigung war um so größer, als an seine Stelle Graf Rechberg trat, der während seiner zeitweiligen Präsidentschaft allgemeine Zuneigung gewonnen hatte.

Profesch kam Ende Oktober noch einmal nach Frankfurt, um seinem Nachfolger die Geschäfte zu übergeben. Die erste Sitzung nach den Ferien war die letzte von ihm geleitete. Er schloß sie mit der Anzeige des bevorstehenden Wechsels im Präsidium, dankte für das durch drei Jahre bewiesene Vertrauen und sprach die Hoffnung aus, gegenseitige Achtung und freundschaftliche Erinnerung mitnehmen zu können. Um der nach diesen Worten — so erzählt es Bismarck — zur Heiterkeit neigenden Stimmung der Versammlung nicht neue Narbung zu geben, beschränkte der preussische Gesandte sich darauf, dem Scheidenden die Glückwünsche der Versammlung für seinen neuen Posten auszusprechen. Doch am 8. November,

⁴⁴⁾ Bericht Profesch's v. 31. Okt. WA.

⁴⁵⁾ Ern st II., Aus meinem Leben II S. 226.

dem Tage des endgültigen Abschieds und der Einführung Rehbergs, hatte er dann eine längere, wohlgesetzte Erwiderrungsrede bereit, ein Muster jener gemessenen Höflichkeit, die nicht ein Wort zu viel oder zu wenig sagt. Für ein Abschiedsfest zu Ehren von Prokesch aber war Bismarck nicht zu haben: „Die Heuchelei wäre zu groß.“⁴⁶⁾

⁴⁶⁾ Immediatbericht B.'s v. 26. Okt. GB. II S. 75. Prot. BB. Okt. 25., Nov. 8., S. 940, 945. Bism. an Gerl., 29. Okt., S. 255. Vgl. Brunnow an Menendorff, 2. Nov. H o e k s c h III S. 414.





Graf Rechberg
Nach einer Lithographie von Kriehuber

Drittes Buch

Die Präsidialgesandtschaft
des Grafen Rechberg
(1855—59)

Erster Abschnitt

Die Persönlichkeit Rechbergs

Graf Johann Bernhard von Rechberg und Rothenlöwen war ein Charakter, der dem Forscher keine Rätsel aufgibt. Und da er nach Ablauf seiner Frankfurter Amtszeit fünf Jahre lang, von 1859 bis 1864, Österreichs Außenpolitik leitete, so hat die Forschung mehr Anlaß gehabt, sich mit seiner politischen Persönlichkeit zu beschäftigen als bei Graf Thun und bei Prokesch von Osten, die beide nie zu führender Stellung emporgestiegen sind. Sein Bild ist daher wiederholt, am besten durch Friedjung, gezeichnet worden¹⁾. Die Frankfurter Berichte Rechbergs bringen wohl einige neue Züge, doch keinen, der nicht zu dem bereits bekannten Bilde des Staatsmannes widerspruchlos stimmte.

Auch Graf Rechberg, 1806 geboren, war wie sein Vorgänger ein gut Stück älter als Bismarck. Auch er hatte, als er nach Frankfurt kam, bereits reiche diplomatische Erfahrung hinter sich. Seine Laufbahn, die er im Jahre 1829 als Attaché bei der Berliner Gesandtschaft begann, führte ihn über London, Darmstadt, die Wiener Staatskanzlei, Brüssel und Stockholm nach Rio de Janeiro, wo er von 1843 bis 1847 seinen ersten selbständigen Gesandtenposten bekleidete. Zu Anfang des Jahres 1848 aus Brasilien zurückgekehrt, erlebte er die Wiener Märzrevolution mit und stand der flüchtenden Familie des gestürzten Metternich ritterlich bei. „Von den zahlreichen Schmeichlern des Fürsten blieben nur zwei An-

¹⁾ Zusammenhängend im Biographischen Jahrbuch und deutschen Nekrolog, hrsg. v. Bettelheim, IV (1900), dazu gelegentlich in Friedjungs Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland I (8. A. 1910) S. 45 ff., 102 f.

hänger, Hügel und ich; ich habe es auf mich genommen, nach besten Kräften die beiden Prinzessinnen und die drei Söhne zu schützen.“ Er tat es tapfer und kaltblütig, mit persönlicher Lebensgefahr. Er, der weniger als manch anderer dem Staatskanzler zu Dank verpflichtet war, hielt ihm die Treue auch jetzt, wo nichts dabei zu gewinnen war, als das Bewußtsein einer mannhaften Tat²⁾.

Im März 1849 kam Rechberg als Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt zum ersten Mal nach Frankfurt und blieb bis Ende des Jahres. In der Zwischenzeit bis zu seiner zweiten und wichtigeren Amtsperiode in Frankfurt verschiedenartig verwendet, leitete er eine Zeitlang an der Seite des Feldmarschalls Radeky die Zivilverwaltung des lombardisch-venezianischen Königreiches. So hatte sich der politische Horizont des fünfzigjährigen Mannes, der nun die bis dahin schwierigste seiner Aufgaben, das Bundespräsidium, übernahm, nach ungewöhnlich vielen Richtungen hin erweitert. Dies half ihm zu jenem sicheren Blick für die Kräfte Österreichs, den Friedjung ihm mit Recht nachrühmt.

Für Rechbergs Beziehungen zu Bismarck war es nicht gleichgültig, daß er einem uralten, früher reichsunmittelbaren schwäbischen Geschlechte angehörte. Der Stammsitz des Hauses, der Hohen-Rechberg, liegt dem Hohenstaufen gegenüber, und die Reichsgrafen von Rechberg führten das staufische Wappen im Banner. Bismarck äußert einmal seine Verwunderung darüber, welche schlechte Gesellschaft die Diplomatie eines an aristokratischem Blute so reichen Staates wie Österreich im ganzen doch bilde, und führt zum Belege eine lange Reihe von Namen niederer oder gar zweifelhafter Herkunft an³⁾. Der Stammbaum eines Rechberg aber mußte auch den höchsten Anforderungen an adlige Herkunft genügen. Aller-

²⁾ Stern-Rubart h, Sturz u. Flucht Metternichs. Deutsche Rundschau, Bd. 199 (1924) S. 287 ff. v. Srbik, Metternich II S. 288 ff.

³⁾ An Gerlach, 3. Febr. 1854, S. 126.

dings war Bismarck, als er während seines Wiener Aufenthaltes im Juni 1852 den Grafen kennen lernte, von dessen kleiner, brillentragender Erscheinung enttäuscht. „Ich hatte ihn anders gedacht,“ (schreibt er¹⁾), „er sieht mehr wie ein Kammergerichtsrat aus, als wie ein Diplomat und Graf Rechberg“. Die Enttäuschung ist begreiflich. Rechberg hatte etwas vom Aussehen eines Gelehrten oder eines Geistlichen. Unter einer mächtigen, schön gewölbten Stirn ein Paar Augen, die flug beobachtend, aber zugleich gütig durch die Brille in die Welt schauen. Scharf springt die schmale Nase vor, scharf modelliert das Kinn; der beinahe lippenlose, festgeschlossene Mund des glattrasierten Gesichtes wird fast nur durch eine schwach bewegte Linie bezeichnet. Es ist ein Gesicht, das sofort Vertrauen einflößt; ein Bild der Ehrlichkeit, der vornehmen Gesinnung. Es hat etwas völlig Schmuckloses, Sachliches. Glatt legt sich auch das Haar über den Schädel; die Augenbrauen, die bei Prokesch wie ein Dach hervorstehen, sind bei Rechberg nur eben angedeutet. Neben der Selbstsicherheit des genialen Steiermärkers wirkt sein Nachfolger beinahe bescheiden. Und was bei Prokesch eher im Übermaß vorhanden war, Phantasie, das scheint dem Betrachter dieses Bildes bei Rechberg nur schwach entwickelt zu sein.

Bismarck hat den Grafen als vertrauenswürdigen Charakter und ehrliebenden Mann geachtet. Wir sahen schon, daß er anfangs im Vertrauen sogar einen Schritt zu weit gehen konnte. Erst im letzten Jahre ihres Zusammenwirkens wurde er irre an Rechbergs Vertrauenswürdigkeit, warf ihm hinterlistige Intrige vor und äußerte sich, wie wir sehen werden, in der schärfsten Form über den früher so günstig beurteilten Kollegen. Und Bismarck ist nicht der einzige, von dem solche Urteile vorliegen. Der Hamburger Syndikus und Bundestagsgesandte Edward Banks, der den Grafen während der ersten Periode seines Frankfurter Wirkens, im Jahre 1849,

¹⁾ An Manteuffel, 11. Juni 1852. GW. I S. 179.

kennen lernte, schreibt über ihn: „Er ist einer der intrigantesten und boshaftesten Gesellen, die mir noch vorgekommen.“⁵⁾ Rehberg hat eben nicht, so wenig wie Bismarck, auf die unentbehrlichen Künste der Diplomatie verzichten können und hat sie bisweilen sogar recht geschickt gehandhabt. Das mag solche Urteile erklären. Dennoch waren bei Rehberg, nicht anders als bei Bismarck, Ehrliche und Aufrichtigkeit Wesenszüge seines menschlichen Charakters. Und diese, nicht die Intrigen des Diplomaten, prägten sich dauernd dem Erinnerungsbilde seines nicht leicht vergessenden Gegners ein.

Bismarck tat sich etwas darauf zugute, daß er es verstanden habe, das Vertrauen Rehbergs zu gewinnen. Er hat es wiederholt erzählt, wie dieser ihm einmal von zwei Weisungen seiner Regierung, einer geheimen und einer ostensiblen, versehentlich die geheime reichte. Bismarck gab sie dem erschrockenen Kollegen mit dem Bemerken zurück, er werde vergessen, was er gelesen habe: „Sie haben mir den Brief nicht geben wollen, also haben Sie ihn mir nicht gegeben.“ Daß Bismarck in der Tat keinen Gebrauch von seiner Kenntnis der geheimen Weisung machte, hat ihm das Vertrauen des Grafen erworben⁶⁾. Auch in den letzten anderthalb Jahren ihres gemeinsamen Wirkens, als ihre amtlichen Beziehungen den Charakter schärfster Gegnerschaft annahmen, hat Rehberg zwar oft erbitterten Zorn gegen Bismarck empfunden, aber

⁵⁾ Das Urteil steht in einem Briefe von Banks an seine Frau, Dresden, 29. Dez. 1850, geschrieben nach einem Festmahle beim König von Sachsen, an dem auch Rehberg teilnahm. Banks war Vertreter Hamburgs auf den Dresdener Konferenzen, seiner politischen Haltung nach für Preußen und gegen Österreich eingenommen. Ich danke den Brief dem Urenkel von Banks, Herrn Privatdozenten Dr. Ludwig Wolff in Göttingen.

⁶⁾ Die älteste, aber nur kurz überlieferte Erzählung bei Graf Otto v. Br a n s t e i n b u r g, Denkwürdigkeiten (1901) S. 96. Dann (1870) bei Moritz Busch, Tagebuchblätter I S. 491; S y b e l III S. 394. Zuletzt G. u. E. I S. 332. Vgl. F r i e d j u n g im Biogr. Jahrb. IV S. 290.

sein Mißtrauen richtete sich doch stets mehr gegen die preußische Politik als gegen die Person ihres Trägers. Und keiner der drei Präsidialgesandten hat so erstaunliche Beweise Bismarckschen Freimutes erfahren wie er. Zu keinem hat Preußens großer Gesandter offener, ernster und eindringlicher über die Möglichkeit eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich geredet, als zum Grafen Rechberg. Vielleicht hat er ihn dabei überschätzt; denn die große Denkweise Bismarcks begegnete keiner gleich großen bei dem Gegner.

Rechbergs Wesen hat etwas Gebundenes, das unfrei bis zur Enge werden kann. Nach den zwanglosen, nicht selten geistreichen Briefen und Berichten Protetch-Ostens, die immer ein stark persönliches Gepräge tragen, wirkt alles, was Rechberg schreibt, konventionell. Wenn er seinen Vorgänger erwähnt, geschieht es immer mit Aufmarsch sämtlicher Titulaturen „S. E. der Herr Feldmarschall-Lieutenant und Bundespräsidial-Gesandte Herr Freiherr Protetch von Osten“, in den Privatbriefen an Buol alles säuberlich mit eigener Hand ausgeschrieben. Seine Kurialien sind an Korrektheit nicht zu übertreffen: „Ich habe in meinem gehorsamsten Berichte dem erleuchteten Ermessen Euer Excellenz den ehrerbietigen Vorschlag unterlegt.“ Die Residenz des Bundestages erscheint in den Briefen nie anders als in französischer Schreibung „Francfort“. Die Briefe wie die Berichte haben wenig persönlichen Stil, einen bescheidenen Wortschatz, enthalten manche Trivialitäten und sehen dazu die Dinge nicht immer so wie sie sind, sondern wie der Schreiber wünschte, daß sie wären. In Bismarck aber sah er, bei aller Anerkennung seiner hohen Begabung, schließlich doch einen Mann, dem der richtige Blick für die wirkliche Lage der Dinge abgehe. Und dieser in Frankfurt gewonnene Eindruck blieb haften. Als Bismarck im Sommer 1862 Gesandter in Paris wurde, schrieb Rechberg, jetzt leitender Minister: „Wenn Herr v. Bismarck eine vollständige diplomatische Erziehung hätte, so wäre er einer der ersten Staatsmänner Deutschlands, wenn nicht der erste; er ist

mutig, fest, höchstrebend, voll Feuer, aber unfähig, eine vor-gefaßte Idee, ein Vorurteil, eine Parteianschauung irgend einem Grundsatz höherer Ordnung zu opfern; er besitzt keinen praktischen politischen Sinn, er ist ein Parteimann im stärksten Sinne des Wortes⁷⁾. Es ist bezeichnend für Rechbergs Hochschätzung der Korrektheit und erinnert zugleich an früher gehörte Urteile Thuns und Gortschakows, daß er Bismarcks unzureichende diplomatische Erziehung so stark unterstreicht. Auch an Humor fehlte es dieser nüchternen und pedantischen Natur. Er fragte Bismarck einmal, warum ein lebenswürdiger, begabter junger Mann, der der preußischen Gesandtschaft angehörte, plötzlich abberufen wurde. Bismarck erwiderte: „Ich kann ihn nicht brauchen; der Kerl kann nicht lügen“⁸⁾. Rechberg fühlte sich von dieser Antwort befremdet: Bismarcks launiger Freimut war dieser verkörperten Korrektheit gegenüber nicht immer am Platze.

In den beinahe vier Jahren, die die beiden Männer am Bundestag mit- und gegeneinander gewirkt haben, sind sie manches Mal scharf zusammengestoßen. Als eines „zornigen, aber ehrliebenden Herrn“ dachte Bismarck noch im Alter des einstigen Kollegen⁹⁾. Zornig — ja, das konnte der kleine Graf recht von Herzen werden, und es scheint, daß Bismarck seine Freude daran hatte, in dem sonst so korrekten und vorsichtigen Manne ein heißes Herz zu finden. Er hat oft, und stets mit einem gewissen Wohlgefallen an Rechberg, erzählt, wie es einmal zwischen ihnen beinahe zum Duell gekommen wäre¹⁰⁾. Die bekannte Anekdote braucht hier nicht wiederholt zu werden. Nur darauf sei hingewiesen, daß Bismarck aus der Überlieferung dieser Duellgeschichte alles, was irgendwie hämisch wirken oder Rechberg hätte herabsetzen können, sorg-

⁷⁾ Friedjung, Vorherrschaft I S. 46.

⁸⁾ Ebenda II S. 584.

⁹⁾ G. u. E. I S. 332.

¹⁰⁾ Ebenda S. 331 f. Sybel III S. 394. Busch, Tagebuchblätter I S. 231 f. Vgl. Friedjung, Biogr. Jahrb. a. a. O.

fältig zu verbannen suchte. Die Art, wie Moritz Busch in der ursprünglichen Fassung seines Buches „Graf Bismarck und seine Leute“ (1878) von diesem beigelegten Duell erzählen wollte, verletzte nach Bismarcks taktvoller Empfindung die dem noch lebenden Rechberg schuldige Rücksicht. Außerdem sei dieser später als Minister sehr befreundet mit ihm gewesen. Bismarck dachte vor allem an die politische Kampfgenossenschaft des Jahres 1864; die Briefe, die sie damals wechselten, tragen beiderseits die Anrede „Verehrtester Freund“. Ebenso wollte Bismarck nichts davon wissen, daß Busch die Geschichte mit den verwechselten Depeschen preisgebe: „Rechberg lebt noch, und ich habe Bedenken, ihn öffentlich zu beschämen.“ Unbarmherzig fuhr sein großer Bleistift durch die Korrekturbogen und strich beide Geschichten durch¹¹⁾.

Meyendorff berichtet im Jahre 1853 aus Wien, Rechberg führe den Spitznamen „Kragbüste“. Drei Jahre früher meint er einmal, mit Diplomaten wie Prokesch in Berlin und Rechberg in Frankfurt mache man nur böses Blut¹²⁾. Als Graf Thun vom Bundestage abberufen werden sollte und nun die Mutmaßungen über die Person des Nachfolgers auftauchten, da urteilte auch Manteuffel: „Rechberg oder Prokesch wären allerdings sehr schlimm“¹³⁾. Allein mit dieser Zusammenstellung geschieht dem Grafen Rechberg doch Unrecht: Prokesch hat unvergleichlich mehr böses Blut gemacht als Rechberg. Und dieser hat in den vier Monaten seiner zeitweiligen Bundespräsidentenschaft bewiesen, daß er sein hitziges Temperament sehr wohl zu zügeln und allgemeine Sympathien zu erwerben wußte. Er ging nach Frankfurt in dem Bewußtsein, daß er das Terrain, das unter Prokesch für Österreich

¹¹⁾ G. Böttcher, Bismarck als Zensor (1907), facsimilierte Seiten: I 194 f., II 89. Der Briefwechsel von 1864: Gabriele Rechberg, Bism. u. Rechberg. Österreich. Rundschau, Bd. 43 (1915) S. 197 ff.

¹²⁾ Hoesjch, Meyendorff III S. 50, II S. 269.

¹³⁾ Manteuffel an Bism., 18. Okt. 1852. Anh. G. u. C. II S. 104.

verloren gegangen war, wiederzugewinnen habe. Und das ist ihm gelungen. Profesch dachte später an den Sitzungsaal des Bundespalais nur mit Widerwillen zurück. Rehberg erinnerte sich noch im Alter mit Genugthuung an seine Frankfurter Erfolge: als er kam, war Oesterreich am Bunde isoliert; noch ehe er ging, war es Preußen¹⁴). Allerdings verhielt es sich nicht so, daß das erste nur die Schuld von Profesch, das zweite nur das Verdienst von Rehberg gewesen wäre; aber daß sich dieser in Frankfurt bewährt, gut bewährt hat, ist nicht zu bestreiten.

Bismarck war schon, ehe Rehberg nach Frankfurt kam, nicht im Zweifel, daß er ein viel fähigerer Diplomat wäre als Profesch¹⁵). Er hat keinen Anlaß gehabt, dieses Urteil zurückzunehmen. Seine eigenen Erfahrungen haben es durchaus bestätigt. Freilich wollte diplomatische Überlegenheit über Profesch in Bismarcks Augen nicht viel besagen. Und Graf Thun galt ihm doch, wenn er von seinem letzten Frankfurter Jahre oder von St. Petersburg aus zurückblickte, als beiden Nachfolgern weit überlegen durch Fähigkeit und Geschick wie durch bessere Formen und größere Ruhe¹⁶). Die Erinnerung an heftige Auftritte mit Thun wurde völlig überschattet durch das, was Bismarck mit Profesch und Rehberg erlebte. Einmal aber hat er auch über die Fähigkeiten und den geistigen Horizont Rehbergs vernichtend geurteilt. In einem Gespräche, das er im März 1861 mit Thun, jetzt seinem Kollegen im Petersburger diplomatischen Corps, über den nunmehrigen Leiter der österreichischen Politik führte, fanden die beiden Gesandten sich ungefähr einer Meinung. „Sein (Thuns) Urteil über Rehbergs Befähigung zu dem Posten eines dirigierenden österreichischen Ministers fängt an, mit demjenigen zusammenzufallen, welches ich mir durch mehr-

¹⁴) Friedjung, Vorherrschaft II S. 583.

¹⁵) B. an Gerlach, 26. Febr. 1855, S. 196.

¹⁶) B. an Manteuffel, 14. März 1858; an Schleinitz, 15. Juli 1860. GW. II S. 298, III S. 90.

jährige gemeinschaftliche Arbeiten mit meinem Frankfurter letzten Kollegen habe bilden können. Ich halte Rechberg für einen ungewöhnlich beschränkten Staatsmann, auch abgesehen von den Forderungen, die man an den auswärtigen Minister einer Großmacht stellen muß. Ich sage das ohne Bitterkeit und ohne kränkende Absicht, mit der Ruhe des klassifizierenden Naturforschers¹⁷⁾. Die Bitterkeit, gegen die Bismarck sich hier verwahrt als etwa beteiligt an seinem Urteil über Rechberg, bezieht sich auf die leidenschaftlichen Kämpfe der letzten Frankfurter Zeit und auf Rechbergs Anteil an Bismarcks Abberufung von Frankfurt. Nicht genug mit dem allen, war Bismarck damals, in den Petersburger Jahren, überzeugt, daß Graf Rechberg ihm einen schlechten Ruf „aus persönlichem Haß durch alle Mittel der österreichischen Diplomatie anzuhängen bemüht“ wäre¹⁸⁾. Tun wir ihm Unrecht, wenn wir trotz seiner Verwahrung annehmen, daß ein unbewußtes Mitschwingen seines tiefen Grolles an dem überscharfen Urteil doch mitgewirkt hat?

Richtig und auch von der Geschichtsforschung anerkannt ist ja, daß Rechberg nicht das Format für den Leiter der Außenpolitik hatte. Er hatte keine eigenen, schöpferischen Gedanken, sondern zehrte von dem Kapital, das er von Metternich, seinem Meister, überkommen hatte. Er war von klarem Blick und hat nicht selten richtiger gesehen als Buol und als der Kaiser; aber ihm fehlte die Kraft, sich mit dem für richtig Erkannten durchzusetzen. Er war daher oft, wie Dalwigk von ihm sagte¹⁹⁾, der Mann der kleinen Mittel. Aber daß er auch abgesehen von dieser höchsten Anforderung an politisches Können nicht genügt hätte, läßt sich nicht aufrecht erhalten. Und Bismarck selbst hat nur damals, aus dem Petersburger

¹⁷⁾ B. an Schleinitz, 18. März 1861. GW. III S. 190.

¹⁸⁾ Brief an Auerwald, August 1860, mitgeteilt von Petersdorff i. d. Deutsch. Rundschau, Okt. 1926, S. 63.

¹⁹⁾ Tagebuch v. 27. Juli 1864. Schüßler, Die Tagebücher des Frhrn. v. Dalwigk (1920) S. 142.

Eril, so absprechend über die Fähigkeiten seines einstigen Kollegen geurteilt. Als kein Grund mehr vorlag, über seine Verdrängung vom Schauplatz der deutschen Politik zu grollen, seit seinem Aufstieg zum Ministerpräsidenten, ruhte alle Verstimmung. Aus Bismarcks späterer Zeit ist so wenig wie aus den Frankfurter Jahren ein ähnlich abschätziges Urteil über Rechbergs Fähigkeiten bezeugt. Diesem aber hat es tiefe Genugtuung bereitet, als er, längst der Politik entrückt, die Veröffentlichung von Bismarcks Frankfurter Berichten noch erlebte. Sie galten ihm als Ehrenerklärung vor der Welt²⁰⁾. Ja, er hat schließlich noch, in seinem 93. Jahre, kurz vor seinem Tode, das Erscheinen der „Gedanken und Erinnerungen“ erlebt. Der freundschaftlich achtungsvolle Ton, in dem der große Gegner von einst in diesem Werke von ihm spricht, ist die letzte Lebensfreude des vergessenen und vereinsamten Mannes gewesen. An seinem Todestage lag Bismarcks Buch auf seinem Schreibtisch²¹⁾.

In jenem aus der Petersburger Zeit stammenden Worte von dem „ungewöhnlich beschränkten Staatsmann“ mögen aber auch Erinnerungen an die konventionelle Gebundenheit Rechbergs, die ja so unbismarckisch wie nur möglich war, ihren Niederschlag gefunden haben. Denn weder in seinem politischen Blick, noch in seiner geistigen Bildung war Rechberg beschränkt. Er hatte klare Vorstellungen von den Machtgrundlagen für Österreichs Stellung in Deutschland wie in Europa, und er dehnte das Feld seiner politischen Beobachtung auch auf das Gebiet der geistigen Kräfte, der Ideen aus. Weder von Graf Thun noch von dem wissenschaftlich

²⁰⁾ Friedjung, Biogr. Jahrbuch IV S. 300. Verletzende Schärfen wurden allerdings auf Bismarcks Veranlassung in Poschingers Ausgabe unterdrückt oder im Ausdruck gemildert. Siehe etwa GW. II S. 271, 298 die durch * bezeichneten Stellen.

²¹⁾ Freundliche Mitteilung von Herrn Dr. Friedr. Engel in Wien, der auf Grund des Nachlasses eine Biographie Rechbergs vorbereitet.

reich gebildeten Protesch-Osten haben wir einen Bericht wie den, durch den Graf Rechberg seine Regierung auf die von der deutschen Geschichtschreibung drohende Gefahr aufmerksam macht. Für journalistische Tätigkeit hatte Rechberg nach Bismarcks Zeugnis nur geringe Vorliebe²²⁾ — durchaus begreiflich, da eine gewandte Feder nicht seine Stärke war. Aber für den Wert einer guten Presse war er darum nicht blind. Als Ende 1858 Österreichs europäische Lage sich umwölkte, gleichzeitig aber die Neue Ära in Preußen Hoffnung auf bessere Beziehungen mit Berlin gewährte, da wies er den Grafen Buol auf die dringende Notwendigkeit hin, „in der öffentlichen Meinung das Bedürfnis eines innigen Zusammengehens Österreichs mit Preußen und Deutschland noch schärfer zu wecken“. Und bekümmert fügte er hinzu: „Aber ich sehe mich vergebens nach einer Feder um, die der Aufgabe gewachsen wäre. Ein Genz würde uns Noth thun“²³⁾.

Und über die Tagespresse hinaus hatte er ein offenes Auge für die politische Bedeutung der damals führenden deutschen Historiker, für die liberale und kleindeutsche Richtung ihrer Werke. „Diese Schule treibt mit der Geschichte Politik und systematisch Propaganda.“ Die Dunder und Drossen, die Enbel und Waiz, die Häußler und Gervinus erscheinen ihm um so gefährlicher, als sie gut zu schreiben verstehen, gelesen werden und daher auch als Mitarbeiter führender Zeitschriften und Tageszeitungen willkommen sind. Unzweifelhaft hat der Gesandte richtig gesehen, wenn er in der Geistesarbeit dieser Männer eine Gefahr für Österreich, für den Glauben Deutschlands an das Recht Österreichs zur Führerstellung erblickte und den Grafen Buol auf diese Bundesgenossen, diesen geistigen Vortrupp der preussischen Politik und ihres Strebens nach deutscher Hegemonie, mit ernster Warnung hin-

²²⁾ Immediatbericht v. 5. Jan. 1856. Pr. i. BT. II S. 285.

²³⁾ Brief Rechbergs an Buol, 14. Dez. 1858. Wl. Der Satz „Ein Genz...“ durch Buol angestrichen.

wies²⁴⁾. So hat auch Bismarck gelegentlich auf Äußerungen antipreußischer und ultramontaner Geschichtschreibung ein Auge gehabt²⁵⁾.

Schon bei der Nachfolge für Graf Thun hatte sich gezeigt, wie schwierig es war, einen Mann zu finden, dem dieser Posten am Bundestag ohne Bedenken anvertraut werden konnte. Wie viele Namen waren damals erwogen und verworfen worden! Die Wahl, die schließlich getroffen wurde, die Prokesch-Ostens, kam einer Verlegenheitswahl nahe und war ein Vertrauensbeweis jedenfalls nur von Seiten des Kaisers, nicht von Seiten Buols. Der Frankfurter Posten aber hatte seit dem Winter 1852/53 ständig an Bedeutung gewonnen — dank e i n e m Manne, dem Vertreter Preußens. Wesentlich von Frankfurt aus war der österreichischen Politik im Krimkrieg Schach geboten worden. Wien mußte den Besten, den es hatte, an den Bundestag schicken. Es war ein hoher Vertrauensbeweis für Graf Rechberg, daß diesmal beim Wechsel im Bundespräsidium anscheinend kein Name außer dem seinen ernsthaft genannt wurde. Er hatte schon bei Thuns Abgang als dessen möglicher Nachfolger gegolten, und wenn Bismarck gut unterrichtet war, so hat Rechberg damals mit dem Bemerken abgelehnt, das sei ein Posten, auf dem man zu leicht den Hals breche²⁶⁾. Als er jetzt, Anfang November 1855, als endgültig ernannter Präsidialgesandter nach Frankfurt ging, da hatte er bereits vier Monate Bundeserfahrung hinter sich, und diese vier Monate gaben ihm kein geringes Recht auf Selbstvertrauen.

²⁴⁾ A. D. Meyer, Graf Rechberg über die kleindeutsche Geschichtschreibung. Hift. Zeitschr., Bd. 133, S. 258 ff.

²⁵⁾ An Gerlach, 25. Nov. u. 18. Dez. 1853, S. 108 f., 113.

²⁶⁾ B. an Manteuffel, 15. Nov. 1852. GB. I S. 257.

Zweiter Abschnitt

Neue Kämpfe. Ein Verständigungsversuch

Dem Amtsantritt des Grafen Rechberg ging eine Bewegung in der deutschen Presse voraus. Der Krimkrieg hatte dem Frankreich Napoleons III. einen starken Zuwachs an Macht und Einfluß gebracht. Deutschlands Rolle während dieser großen Krisis aber war nicht, was sie offenbar hätte sein können, wenn die deutsche Macht einheitlich zusammengefaßt gewesen wäre. Diese schmerzliche Erfahrung brachte wieder, wie in der Revolutionszeit, die Unzulänglichkeit der deutschen Bundesverfassung weiteren Kreisen zum Bewußtsein. Der Ruf nach Bundesreform ging durch die Zeitungen und wurde auch in einigen Volksvertretungen, besonders Süddeutschlands, erhoben. Graf Buol suchte diese Stimmung für Österreichs orientalische Politik nutzbar zu machen, indem er eine andere Note in die Erörterungen hineinbrachte: es dürfe nicht wieder vorkommen, daß bei einem Kriege ein Bundesglied von den anderen im Stich gelassen werde. Zeitungen, in deren Sprache man die Ansicht der Wiener Regierung zu finden gewohnt war, redeten von der Notwendigkeit einer starken Zentralgewalt, eines Bundesgerichts und eines Kaisers, der über die Ausführung der Urteile zu wachen habe. Mit dieser Erinnerung an die politischen Ziele, die Österreich auf den Dresdener Konferenzen von 1851 verfolgt hatte, erhielt die öffentliche Aussprache eine ihren Urhebern unerwünschte Wendung. Der unvorsichtige Fühler, den Wien ausgestreckt hatte, wurde unsanft zurückgestoßen, und die preussische Regierung, deren zurückhaltender Orientpolitik das dritte Deutschland gern gefolgt war, half wirksam dazu mit:

sie gab die Lösung aus, es bestehe kein Zusammenhang zwischen der deutschen Verfassungsform und der orientalischen Frage¹⁾.

Allein Graf Buol hielt trotz dieses Mißerfolges an seinen Gedanken fest. Er gab dem Grafen Rechberg bei Antritt seines Frankfurter Postens eine Weisung mit, in der die Ziele seiner Bundestagspolitik mit einer Bestimmtheit ausgesprochen werden wie vielleicht in keinem zweiten amtlichen Schriftstück seines Ministeriums. Da heißt es zunächst im Hinblick auf die Beziehungen zu Preußen: „Was Berlin betrifft, so erzeugt die dort noch immer befolgte Richtung Gegensätze, deren erster Nachtheil darin besteht, daß sie gar nicht ausgesprochen werden können, ohne Gereiztheit in den Verkehr der Kabinete zu bringen. Ist es in Berlin in der That System geworden, nicht zu wollen, daß durch die Bundesinstitution Gutes bewirkt, daß auf diesem allein legalen Wege der Unzufriedenheit mit der bestehenden Verfassung Deutschlands die Nahrung entzogen werde, so wird eine Sinnesänderung hierin nicht durch Vorstellungen Oesterreichs, sondern, wenn überhaupt, nur durch die moralische Macht übereinstimmender Überzeugungen aller anderen einflußreicheren Bundesregierungen hervorgebracht werden können.“ Der österreichische Gesandte sollte also versuchen, alle größeren Staaten auf seine Seite zu bringen, um dadurch Preußens Mitarbeit am Bunde zum „Guten“, d. h. im Sinne Oesterreichs, zu erzwingen.

Die Voraussetzung aber, unter der allein nach österreichischer Auffassung der Bund Gutes bewirken könne, ist nichts Geringeres als dies: „Als die Fundamentalbedingung einer Besserung in den inneren Verfassungszuständen Deutschlands muß . . . die kaiserliche Regierung eine wahrhaft allgemeine Anerkennung und entschiedene Durchführung des Sazes ansehen, daß die Gesetzgebung des Bundes über der Gesetzgebung der einzelnen Staaten steht. Einzig in der festen Handhabung dieses Sazes, welcher auch an der Spitze der Dresdener Vor-

¹⁾ v. Sybel, Die Begründung des Dt. Reiches II S. 234 ff.

lagen steht²⁾), liegt die Gewähr für die Erhaltung nicht nur einer wahren Einigkeit, sondern auch einer nach allen Richtungen hin wohlbefestigten Rechtssicherheit in Deutschland. Klare und den Bedürfnissen der Gegenwart angepasste Gesetze des Bundes, die keinen Mißbrauch in den Verfassungen, keine übergreifende Gewalt in den constitutionellen Körperschaften in den einzelnen Staaten dulden, andererseits aber die verfassungsmäßigen Zustände in denselben schützen würden, wenn und insoweit sie mit den Bundesgesetzen harmoniren, müßten unstreitig in ganz Deutschland eine unberechenbar wohlthätige Wirkung äußern³⁾).

Das war in der gemäßigten Sprache des Amtsstils doch derselbe Gedanke, den vorher mit kühnerer Phantasie die unverantwortlichen Stimmen der durch Buol beeinflussten Presse ausgeführt hatten. Kein Zweifel: der Ministerpräsident strebte zu den politischen Zielen des Fürsten Schwarzenberg zurück, zu den Zielen, die dieser nach seinem Siege von Olmütz in den Dresdener Konferenzen verfolgt, aber nur zu beschei-

²⁾ Die 2. Kommission der Dresdener Konferenzen hatte sich mit dem Wirkungskreise der obersten Bundesbehörde und mit den Beziehungen zwischen Bund und Einzelstaaten zu befassen. In dem von dieser Kommission am 25. April 1851 erstatteten Vortrage (gedruckt als Beilage zum Protokoll) wird ausgesprochen, daß die oberste Bundesbehörde in allem, was die Selbsterhaltung und die wesentlichen Zwecke des Bundes (laut Artikel 2 der Bundesakte) angehe, für alle Bundesstaaten verbindliche Normen aufstellen könne. „Sämmtliche Mitglieder des deutschen Bundes erneuern das Anerkenntnis, daß die Verfassung und Gesetze der deutschen Bundesstaaten den Gesetzen und Beschlüssen des Bundes nicht entgegenstehen dürfen, und daß in allen Fällen, also auch insbesondere, wo ein solcher Widerspruch stattfinden sollte, die Bundesgesetze und Beschlüsse unbedingt zum Vollzuge kommen müssen, welcher Vollzug nötigenfalls durch die geeigneten Zwangsmaßregeln von Bundeswegen zu bewirken ist.“ Reichsarchiv zu Frankfurt a. M.

³⁾ Instruktionpunkte für den Grafen Rechberg. Wien 31. Okt. (4. Nov.) 1855. Wl.

denem Teile erreicht hatte. Für die Reform der deutschen Bundesverfassung war damals ja nichts als die viel bespöttelten „schätzbaren Materialien“ aus den Konferenzen hervorgegangen. Im Frühjahr 1851, ehe Preußen am erneuerten Bundestag vertreten war, hatte auch Graf Thun sich für den Gedanken einer starken, selbständigen Bundesexekutive begeistert und auf seine Verwirklichung gehofft. Aber dieser Frühlingstraum zerrann, sobald Preußen durch den Mund seines stolzesten Sohnes in Frankfurt mitsprach. Nur für die Fragen, in denen Preußen mit Österreich einig war, bedeuteten die Dresdener Beschlüsse ein Programm, das der Bundestag aufnahm und durchführte: für die Befieglung der Reaktion, für die Reinigung der einzelstaatlichen Verfassungen vom Unrat der Revolution. Als aber Bismarck die ebenfalls in Dresden besprochene Revision der Geschäftsordnung des Bundestages in seine feste Hand nahm, und Prokess-Osten nun zum Kampfe um seine präsidentialen Ansprüche gezwungen war, da wurde diesem das Vorbild von Schwarzenbergs Dresdener Politik zu einem ebenso unerreichbaren Ideal wie vorher dem Grafen Thun. Hatte Buol Grund, auf besseren Erfolg zu hoffen, wenn er jetzt wiederum den Geist Schwarzenbergs beschwor? War die Zeit jetzt etwa günstiger, um eine Bundesgesetzgebung zu schaffen, die über der Gesetzgebung der Einzelstaaten stehen sollte? Und war Rechberg der Mann, dieses letzte und höchste Ziel der österreichischen Bundespolitik zu verwirklichen? Es ist schwer zu glauben, daß er sich selber dafür hielt und an seiner Weisung viel Freude gehabt hat.

Am Bundestage herrschte einige Spannung, ob auf die Aussprache in den Zeitungen nun eine Ära der Verfassungsreform für den Deutschen Bund folgen werde. Bismarck war der Meinung, daß das Gerede von Bundesreform nur dem Zwecke diene, die Kleinen zu ängstigen und Österreich als den Träger, Preußen als den Gegner der volkstümlichen Idee einer starken deutschen Zentralgewalt hinzustellen. Bald genug ergab sich, daß keine deutsche Regierung vorhatte, An-

träge auf Reform der Bundesverfassung zu stellen, und ein wochenlanges Gesprächsthema für die Herren in der Eschenheimer Gasse wurde zur Ruhe gesetzt⁴⁾).

Bismarck war nach dem Wechsel im Präsidium begreiflich gespannt, ob Graf Rechberg auch jetzt noch das versöhnliche Gesicht zeigen werde, das er als zeitweiliger Präsidialgesandter vielleicht nur aufgesetzt hatte, um sich die Wege zu ebnen. Allein es ging auch jetzt fürs erste vortrefflich. Beide Gesandte sind des Lobes voll für einander. Bismarck bezeugt die versöhnliche Haltung, die Rechberg in einigen von Prokess hinterlassenen Streitigkeiten untergeordneter, aber schwieriger Natur bewies, und Rechberg meldet beinahe gleichzeitig: „Herr von Bismarck ist sehr mild . . . und ergreift jede Gelegenheit, mir die Versicherung zu ertheilen, daß er keinen sehnlicheren Wunsch hege als den, eine Verständigung zwischen unseren Regierungen zu Stande kommen zu sehen“⁵⁾). Während der geschäftlichen Stille, die bis zum Ende des Jahres herrschte, blieb dieser Friede ungetrübt. Er dauerte sogar noch bis tief in den Januar hinein. Dann aber begann die letzte Krisis, die für die preußisch-österreichischen Beziehungen und damit auch für den Bundestag aus dem Krimkriege hervorging. Der Krieg neigte seinem Ende zu, und damit näherte sich für Preußen die Frage, ob es einer etwaigen Einladung zu dem Friedenskongresse folgen sollte oder nicht. Bismarck war dagegen, damit Preußen nicht seine freie Stellung zwischen den Parteien aufgebe und unter den moralischen Druck einer Mehrheit von Rußland feindlichen Staaten trete. Er fürchtete außerdem, daß Preußen, wenn es zur Partei in den Friedensverhandlungen würde, seine während des Krieges geknüpften näheren Beziehungen zu den übrigen deutschen Staaten, also eine Verstärkung seiner Machtposition, ver-

⁴⁾ Briefe und Berichte Bism.'s v. 30. Okt. bis 16. Nov. 1855. *GW.* II S. 76, 79 f. *Pr. i. BL.* II S. 269.

⁵⁾ Immediatbericht Bism.'s v. 16. Nov. *Pr. i. BL.* II S. 270. Vgl. an Balan, *GW.* II S. 76. Rechberg an Buol, 21. Nov. *BL.*

lieren würde. „Wir laufen Gefahr, mit einem Schlage die Früchte zweijähriger Weisheit und Ruhe einzubüßen, wie sie sich in unsrer Einheit mit den deutschen Staaten, in unsern geschonten Beziehungen zu Rußland und in unsrer haltbaren und einflußreichen Position gegenüber den Kriegführenden darstellen, wenn wir dem westlichen Programme beitreten, solange dasselbe nicht abgeklärter ist als bisher“⁶⁾).

Wie ernst Bismarck diese Frage nahm, zeigt uns schon in seinen eigenen Briefen und Berichten die schneidende Schärfe der Beweisführung und ein Ton der Sorge, der uns an seine Stimmung im Frühjahr 1854, bei Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Rußland und den Westmächten, erinnert. Doch erst Rechberg gibt uns einen Begriff von der Erregung und Rastlosigkeit, die Bismarck jetzt ergriffen. „Preußen scheint wenig Geneigtheit zu zeigen, seine bisherige Politik zu verlassen und sich bei den Conferenzen zu betheiligen. Es richtet daher wieder seine ganze Thätigkeit auf Deutschland, um eine Annäherung Deutschlands an Österreich zu verhindern und sich in seiner isolirten Stellung den Rücken zu decken. Auf der preußischen Gesandtschaft steht demnach der Barometer wieder auf Sturm. Es werden aus der Rüstkammer die ganze Sammlung veralteter Beschwerden und Anklagen gegen Österreich wieder hervorgeholt und werden ihnen neue beigelegt“⁷⁾. Und Bismarck fand für diese Anklagen bei vielen seiner Kollegen ein geneigtes Ohr. Denn Österreich wünschte, wie vorher während des Krieges so jetzt bei den Friedensverhandlungen, zu dem Gewicht seiner eigenen Macht das des Deutschen Bundes in die Waagschale legen zu können. Hierin die Wiener Politik zu unterstützen, sah die Mehrzahl der übrigen Staaten mit Recht keinen Anlaß: was gingen den Bund die Friedensbedingungen an? In Berlin aber dachte man anders. Der König wünschte eine Meinungsverschiedenheit zwischen Preußen und Österreich möglichst wenig hervortreten zu lassen.

⁶⁾ B. an Manteuffel, 25. Jan. 1856. GB. II S. 97.

⁷⁾ Bericht Rechbergs v. 27. Jan. 1856. BA.

Er wollte andererseits freilich auch Rußland schonen, indem er dazu half, daß ihm nicht mehr zugemutet werde, als es in den Präliminarverhandlungen bereits eingeräumt hatte. Mit dieser Politik war weder ein Fernbleiben Preußens von den Friedensverhandlungen vereinbar, noch eine feindselige Haltung gegenüber der Vorlage, die Österreich Anfang Februar am Bundestag einbrachte, um dessen Unterstützung für die Friedensverhandlungen zu gewinnen. Bismarck mußte seine Hoffnung auf eine entschiedenere Wahrung des bisherigen preußischen Standpunktes zu seinem Leidwesen begraben.

Der auch in Wien wie in Berlin bestehende Wunsch, den Schein vollen Einvernehmens zu bewahren, ging doch nicht so weit, daß Buol versucht hätte, den Wortlaut seiner Vorlage an den Bundestag vorher mit der preußischen Regierung zu vereinbaren. Die entscheidenden Schlußworte lauteten: „daß das gesammte Deutschland im Vereine mit Österreich die Grundlagen annimmt und aufrecht zu erhalten willens ist, auf welchen durch die bevorstehenden Unterhandlungen der allgemeine Friede fest und dauerhaft errichtet werden soll“. Hier hätte man in Berlin gern eine weniger bindende Wendung gesehen, etwa in dem Sinne, daß Deutschland den Frieden auf der gewonnenen Grundlage zu fördern willens sei⁸⁾. Das ließ sich nun nicht mehr ändern; aber Bismarck hielt auch die Berliner Fassung für unzureichend, für eine zu starke Festlegung des Bundes und für bedenklich, falls der Friede nicht zustande käme. Schlichte Gutheißung der österreichischen Vorlage durch den Bundestag kam für ihn überhaupt nicht in Frage, da der Bundestag sich damit „in das Schlepptau der österreichischen Interpretation“ begeben würde. Doch eine allen Teilen genehme Fassung für die Antwort zu finden, die der Bund den Österreichern erteilen sollte, erwies sich als eine schwierige Aufgabe, zu deren Lösung

⁸⁾ Manteuffel an B., 27. Jan. Pr. i. BL. II S. 302, Anm. 2. Prot. BB. 1856 Febr. 7., S. 81.

langwierige Auseinandersetzungen in Frankfurt selbst wie zwischen den Kabinetten der Großmächte und der größeren Mittelstaaten erforderlich waren. In der schließlich vereinbarten Fassung, die ein Kompromiß darstellte, gibt der Bund die Erklärung ab, daß er die von allen Kriegsführenden angenommenen Präliminarien als Grundlage der Friedensverhandlungen aufrecht erhalten wolle, jedoch — und die folgende wichtige Klausel ist im wesentlichen Bismarckscher Herkunft — „unter Vorbehalt seines freien Urteils rücksichtlich der von den kriegführenden Mächten vorzubringenden Specialbedingungen“. Die Klausel blieb hinter dem zurück, was Bismarck für wünschenswert hielt. Die den Entwurf begründenden Motive des Ausschußberichtes erläuterten dafür die Tragweite dieser Klausel um so nachdrücklicher. Das Ergebnis war: als die Bundesversammlung am 21. Februar die mühsam erarbeitete Fassung einhellig annahm, da stimmte Österreich zu, ohne sich die Motive anzueignen⁹⁾. Es befolgte die gleiche Taktik wie ein Jahr zuvor, als es am 8. Februar 1855 zwar dem erwünschten Beschluß der Kriegsbereitschaft zustimmte, aber nicht den unerwünschten Motiven des Beschlusses. Freilich hatten diesmal die Motive lange nicht jene einschneidende, geradezu sinngebende Bedeutung wie damals; aber Österreich wollte sich dennoch nicht, mit Bismarck zu reden, in das Schlepptau der Interpretation des Bundestages begeben.

In die bewegten Wochen zwischen der österreichischen Vorlage und der Antwort des Bundestages fiel die Durchreise des österreichischen Ministerpräsidenten. Graf Buol war unterwegs zum Pariser Friedenskongreß und machte in Frankfurt zwei Tage Station, nicht nur aus Höflichkeit gegen den Bundestag, sondern auch in der Hoffnung, die schwebenden Verhandlungen über die Beantwortung der Vorlage durch persönliche Einwirkung zugunsten Österreichs beeinflussen zu

⁹⁾ B.'s Berichte v. 28. Jan. bis 22. Febr. GW. II S. 100 bis 129. Prot. BB. 1856 Febr. 21., § 75.

können. Die Art seines Auftretens kennzeichnete seine Vorstellung von der Würde der Präsidialmacht. Er stieg in der österreichischen Gesandtschaft, also im sogenannten Bundespalais, an einem Tage ab, an dem gerade Sitzung war. Vor der Sitzung sagte Rechberg seinem preußischen Kollegen, Graf Buol würde sich freuen, ihn zu sehen, wenn Bismarck nach der Sitzung zu ihm kommen wollte. Die Österreicher hatten das Feingefühl des preußischen Gesandten in Formfragen unterschätzt. Ein Souverän hätte so handeln dürfen, ein fremder Ministerpräsident nicht. Bismarck schückte Mangel an Zeit vor und ging nach Hause. Rechberg aber hatte die gleiche Mitteilung auch an jeden einzelnen der übrigen Bundesgesandten gerichtet, und die meisten folgten — ahnungslos — der Aufforderung. So genoß Buol den erschlichenen Triumph, daß die Bundesversammlung ihm in corpore ihre Aufwartung machte — schade nur, daß unter den Huldigenden die Hauptperson fehlte! Bismarck aber genoß den verdienten Triumph, daß nun er den Besuch des Grafen Buol empfing, der ihn wenige Stunden später zusammen mit Rechberg in seiner Wohnung aufsuchte. Seine Genugtuung wuchs, als er vom Verlauf der gemeinsamen Aufwartung im Bundespalais Näheres erfuhr. Der französische Gesandte schilderte ihm belustigt, wie er beim Verlassen des Grafen Buol im Vorzimmer die ganze „Bundestags-Herde“ unter Obhut des Grafen Rechberg aufgestellt traf, den Augenblick erwartend, in dem sie ihre Huldigungen darbringen dürfte¹⁰).

Das diplomatische Ringen dieser Wochen wurde durch einen erbitterten Zeitungskampf begleitet, und zwar waren es gerade Frankfurter Blätter, darunter das amtliche Organ des Bundes selbst, die Oberpostamtszeitung, die scharfe Angriffe gegen Preußen und gegen den nichtösterreichischen Teil des

¹⁰) B.'s Berichte v. 14. bis 16. Febr. GW. II S. 122—126. Pr. i. BT. II S. 336 f.

Deutschen Bundes führten. Bismarck berichtete darüber an Manteuffel und erhielt die Ermächtigung, nach vertraulicher Besprechung mit seinen Kollegen nötigenfalls einen förmlichen Antrag bei der Bundesversammlung zu stellen. Er benutzte die Anwesenheit Buols, um auch mit Rechberg darüber zu sprechen; dieser konnte sich dann von seinem Chef gleich die erforderliche Weisung geben lassen. Bismarck selber meldet nichts über seine Verhandlung mit dem Präsidialgesandten, die am 16. Februar stattfand; Rechberg aber gibt uns ein Bild von der starken Erregung, in der Bismarck, gereizt und überarbeitet wie er war, sich damals befand. Der preußische Gesandte, erzählt Rechberg, habe ihm das Ansinnen gestellt, den Ausschuß für Preßangelegenheiten zu berufen, um einen preußischen Antrag auf Einschreiten des Bundes bei dem Frankfurter Senate gegen zwei am Orte erscheinende Blätter, die „Oberpostamtszeitung“ und „Deutschland“, zu besprechen. Rechberg habe bereitwillig seine Mitwirkung zugesichert, würde aber den Antrag stellen, „das Einschreiten des Bundes nicht auf Frankfurt und einige in Frankfurt erscheinende Zeitungen zu beschränken, sondern es auf das ganze Bundesgebiet auszudehnen, um innerhalb desselben allen deutschen Regierungen den Schutz gegen schmählische Angriffe und Verläumdungen zu gewähren, den sie zu verlangen berechtigt sind. Herr von Bismarck erwiderte mir in so aufgeregtem Tone, daß ich die Unterredung fallen ließ und sie erst vorigen Montag [18. Febr.] nach beendigter Sitzung des Ausschusses für Militärangelegenheiten wieder aufnahm. Der königlich-preußische Bundestagsgesandte ging diesmal mit großer Ruhe in dieselbe ein. Er scheint für jetzt den oben erwähnten Antrag der preußischen Regierung nicht weiter verfolgen zu wollen.“ Bismarck sprach jetzt vielmehr von der Notwendigkeit der Verständigung mit dem kaiserlichen Kabinett, und dem stimmte Rechberg zu. Der Zeitungskampf war ihm zu widerwärtig. „Die Schmähungen der unter der Leitung des (Berliner) Preßbureaus stehenden Presse gegen die kaiserliche Regierung

übertreffen in den letzten Wochen Alles, was bisher gegen Österreich geschrieben wurde“¹¹⁾).

Bismarck befand sich in der Tat in einer schwierigen Lage. Was dem einen recht war, mußte dem anderen billig sein. Bei dem langwierigen Kampfe um Preßbestimmungen des Bundes in den Jahren 1852—54 hatte gerade er Wert darauf gelegt, daß dem Bunde nicht zu scharfe Waffen gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit in die Hand gegeben würden. Es war unvermeidlich, daß Preußen mit den Vorteilen auch die Nachteile der Preßfreiheit am eigenen Leibe zu fühlen bekam. Graf Buol war mit seinem Gesandten vollkommen einer Meinung, daß der Bund nur allgemein, nicht gesondert gegen die Frankfurter Blätter, einschreiten dürfe¹²⁾. Die Unanfechtbarkeit des österreichischen Standpunktes erklärt gewiß zum Teil die Gereiztheit Bismarcks, dem mit einer allseitigen Zähmung der Presse nicht gedient gewesen wäre. Hinzu kam aber, daß damals seine Nerven durch die Fülle der Arbeit und die Aufregung des Kampfes aufs höchste angespannt waren. Ehe mit der orientalischen Krisis die große Mehrung der Geschäfte kam, in den ersten drei Jahren seiner Frankfurter Tätigkeit, war Bismarcks Tag in der Regel mit Arbeit nicht überlastet. „Ich habe täglich von 9 bis 3 Uhr ziemlich angestrengt zu thun, dann reite ich bis 5, und nach dem Essen bin ich faul; oft muß ich aber die Abende doch zu Hülfe nehmen“¹³⁾. Als das härtere Joch des Ministerlebens ihn drückte, da faßte es ihn zuweilen „wie Heimweh nach den unschuldigen Freuden der Eschenheimer Gasse“, und noch für den Greis war das Erinnerungsbild dies: „Man hatte mit Politik genug zu tun,

¹¹⁾ B. an Manteuffel, 30. Jan., u. M.'s Antwort v. 8. Febr. Pr. i. BT. II S. 306 f. Rechbergs Bericht v. 20. Febr. 1856. WB.

¹²⁾ B. an Mant., 20. Febr. WB. II S. 129. Vgl. Pr. i. BT. II S. 347.

¹³⁾ B. an seinen Bruder, 21. Apr. 1853. BBr. S. 151.

ohne davon überwältigt zu werden, und dazu kamen zwei bis drei Monate Ferien. Es war ein rechtes Herrenleben¹⁴⁾.

Es gab aber auch Zeiten, in denen das Bild anders aussah, und dazu gehörten die des Krimkrieges. Nicht so sehr am Umfang von Bismarcks Berichten ist das Mehr an Arbeit zu erkennen. Aber was waren all die Händel aus der Zeit Thuns und aus dem ersten Jahre Prokesch-Ostens, verglichen mit dem, was jetzt auf dem Spiele stand? Das Höchste, worum es damals für Preußen ging, war ein Mehr oder Weniger von Prestige am Bundestag — jetzt ging es um seine Geltung in Europa. Damals konnte Bismarck vieles selbstherrlich entscheiden — jetzt flogen die Depeschen hin und her, jetzt mußte bei den Gesandten und den Höfen einer ganzen Reihe von Bundesstaaten gleichzeitig gearbeitet werden. „Der Depeschenverkehr ist hoch angeschwollen,“ schreibt Bismarck Ende Januar an seinen Bruder, „mehrere Nächte habe ich bis 2 und 3 schreiben, chiffriren und dechiffriren müssen.“ Dazu ein Ärger, der bis zur leidenschaftlichen Erregung, bis zum körperlichen Kranksein anwachsen konnte, wenn er Grund sah, an der Festigkeit seiner Regierung zu zweifeln. Nach Empfang einer Weisung Manteuffels, die ihm zu zaghaft war, hat er die ersten 24 Stunden „unter fortwährenden Anfällen gallichten Erbrechens gelitten, und ein mäßiges Fieber verläßt mich keinen Augenblick“. Auch war sein Allgemeinbefinden nicht mehr das beste: „Ich fühle an mir die Wirkungen der sitzenden Lebensweise und der Frankfurter Dinners, die mir die Perspektive auf Carlsbad eröffnen. Dabei dient es wesentlich zur Entwicklung von Leberleiden, daß ich in Schönhausen einen höchst streitsüchtigen und übergreifenden Pächter und keinen geeigneten Vertreter meiner Interessen

¹⁴⁾ E. Marks u. R. U. v. Müller, Erinnerungen an B. (1915) S. 372 f. R. Schwemer, Gesch. d. fr. St. Frankfurt III, 2 (1918) S. 70.

habe“¹⁵⁾). Diese Klagen über Galle und Leber, die sich in seiner späteren Laufbahn noch oft wiederholen sollten, fielen damals gerade in die Zeit seines erregten Auftritts mit Graf Reichberg. Dieser aber sollte noch mehr als einmal erleben, daß auf der preußischen Gesandtschaft das Barometer auf Sturm stand.

Der Kampf um die Beantwortung der österreichischen Vorlage zu den Pariser Friedensverhandlungen und die anschließende Aussprache über die Haltung der Presse hatten dem Grafen Reichberg nach einem friedfertigen Anfang seines Bundespräsidiums den ersten scharfen Zusammenstoß mit Bismarck gebracht. Und das Ergebnis dieses wochenlangen Ringens war ein für keinen Teil voll befriedigendes Kompromiß. Auch die Haltung der Mittelstaaten war so, daß weder Österreich noch Preußen reine Freude an ihnen haben konnte. Reichberg wurde von einem Gefühl der Geringschätzung für die politische Weisheit des Bundestages erfaßt. „Die Leute bleiben eben was sie immer waren und stets bleiben werden, politische Kinder, die Vergnügen an kleinlicher Rechthaberei finden und, auch wenn sie Concessionen machen, sie durch kleinliche Wortklaubereien wieder abzuschwächen suchen. Herrn von Bismarck jedoch muß ich hiervon ausnehmen. Dieser verfolgt in dem kleinlichen Streit den Zweck für die preußische Regierung, die Hintertüren für den Fall des unglücklichen Ausganges der [Pariser] Conferenzen offen zu lassen. Er ist und bleibt der Mann der Parthen, welche die russische Allianz quand même als Fahne aufgepflanzt hat, weil sie in ihr und mit ihr die einzige Schutzwehr zu erreichen glaubt in dem Kampfe mit den liberalen Theorien des gegenwärtigen Jahrhunderts. Er verfolgt daher einen tiefer liegenden Zweck, wenn er durch alle Mittel bestrebt ist, den Bundesbeschluß vom 21. Februar abzuschwächen und

f. 294

¹⁵⁾ An seinen Bruder, 29. Jan. BBr. S. 199. An Gerlach, 11. Febr., S. 278 f. An Manteuffel, 16. Febr. GB. II S. 126.

ihn in den Augen des Publicums als bedeutungslos darzustellen“¹⁵⁾).

Diese Worte zeigen uns ebenso wie jenes schon angeführte Urteil von 1862 (S. 279 f.): Rechberg erkennt zwar deutlich, daß Bismarcks Gestalt die übrigen Bundesdiplomaten übertragt; er blickt aber doch nicht tief genug, um zu sehen, daß nicht der Primat der Innenpolitik, nicht der Parteistandpunkt, sondern das Gebot der Außenpolitik, die europäische Lage über Bismarcks politische Haltung entscheidet. Hätte er dies erkannt, so würde er seine Hoffnung auf friedliches Zusammenarbeiten mit Preußen wohl noch stärker herabgestimmt haben, als er es damals zu tun begann. Er war nach Frankfurt mit dem Entschluß gegangen, sich mit Preußen zu vertragen, soweit dies ohne Preisgabe der österreichischen Führerstellung am Bunde möglich war. Wie hat er sein erregbares Temperament beherrscht, um im Gegensatz zu Prokešch ganz als der Träger einer Versöhnungspolitik aufzutreten! Vier Monate als zeitweiliger und über zwei Monate als endgültiger Präsidialgesandter ohne einen einzigen Zusammenstoß mit dem gefürchteten Vertreter Preußens! Das war eine Leistung, die keinem seiner Vorgänger gelungen war. Sollte es nun aus sein und der alte Hader von neuem beginnen? Graf Rechberg war entschlossen, nichts unversucht zu lassen, um eine sichere, Dauer verheißende Grundlage für gute preußisch-österreichische Beziehungen zu schaffen. Es war ihm sonnenklar, daß eine solche Grundlage nur darin bestehen könnte, daß die beiden Großmächte über ihre Anträge unter einander einig würden, ehe sie mit ihnen vor den Bundestag träten. Das war es ja, was Bismarck den beiden Vorgängern Rechbergs wieder und wieder gepredigt hatte, doch ohne praktischen Erfolg; Prokešch hatte diesen Gedanken sogar grundsätzlich zurückgewiesen: er wisse von keinem Staatsvertrag über eine solche Gegenseitigkeit des Einver-

¹⁵⁾ Brief Rechbergs an Buol, 28. Febr. 1856. *W.*

ständnisses! Rechberg aber hatte diese Anregung von vornherein auf den Tisch geworfen, hatte sich bei Bismarck gleich nach seinem ersten Auftreten in Frankfurt damit eingeführt¹⁷⁾. Jetzt, nach den unerfreulichen Erfahrungen der Februarkämpfe, wollte er den Versuch machen, auch seinen Chef, ja den Kaiser selbst dafür zu gewinnen. Gelang es, so wurde ein neues Kapitel in der Geschichte des Bundestages aufgeschlagen.

Er entwarf eine ausführliche Denkschrift (datiert vom 28. Februar 1856), die mit einem historischen Rückblick auf die vormärzliche Zeit des Bundestages begann. „Seit der Gründung des Deutschen Bundes hatte die kaiserliche Regierung durch dreißig Jahre das System befolgt, in allen wichtigen Angelegenheiten, namentlich wenn sie Interessen von europäischem Charakter betrafen, sich vorläufig mit Preußen ins Vernehmen zu setzen, nach erzieltm Einverständniß in entsprechendem Sinne auf die übrigen deutschen Regierungen einzuwirken und sodann die dergestalt vorbereitete Frage ohne weitere Schwierigkeit am Bundestage zum formellen Abschluß zu bringen. Die Mittelstaaten, im Bewußtsein ihrer untergeordneten Bedeutung, waren damit zufrieden, und die damalige Lage der Dinge rechtfertigte und begünstigte ein solches Verfahren.“ Rechberg würdigt die Gründe, aus denen dieses Verfahren mit dem Jahre 1848 aufhören mußte: Österreich bedurfte der Mittelstaaten im Kampfe gegen die Unionsbestrebungen Preußens, in der kurhessischen Frage, in der Zollvereinskrise und in andern Fragen. Er hebt aber auch die Bedenken hervor, „welche in der Regel gegen eine Majorisirung Preußens zu sprechen scheinen“.

„Preußen hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung und Kräftigung des Bundes; es sieht in demselben den wirksamsten Damm, der sich der Erfüllung seiner Hegemoniegedanken entgegenstellt. Es wird daher ganz consequent mit

¹⁷⁾ Siehe oben S. 209, 263.

seiner längst verfolgten Politik handeln, wenn es bei passender Gelegenheit, durch die Weigerung, sich einem Majoritätsbeschluß zu fügen, dem Ansehen des Bundes einen tödtlichen Streich versetzt. Oesterreich dagegen ist durch sein Interesse darauf hingewiesen, den Bund, gerade weil er das mächtigste Bollwerk gegen preußische Vergrößerungsgelüste ist, zu halten und zu stärken. Das kaiserliche Cabinet kann es daher nur im äußersten Falle darauf ankommen lassen, der preußischen Regierung den gewünschten Anlaß zu bieten, um die Bundes-Institution factisch zu vernichten.“ Das sind Worte, die von einem ungewöhnlich klaren Blicke und von ungewöhnlichem Mute zur Wahrheit zeugen. Schonungslos wird der ganze unehrliche Phrasensflitter heruntergerissen, mit dem die offizielle Sprache das gebrechliche Gerüst des Deutschen Bundes zu behängen und zu verhüllen pflegt. Offen wird zugegeben: an der Erhaltung des Bundes, wie er jetzt ist, hat nur Oesterreich, nicht Preußen, ein Interesse. Soll es anders werden, so bleibt kein Ausweg als der schon angedeutete, die Rückkehr zum vormärzlichen System. Rechberg empfiehlt, Verhandlungen mit den Mittelstaaten über allgemeine und europäische Fragen ganz auszusetzen, solange keine Verständigung über diese mit Preußen erreicht ist. Einfache Mittheilungen über den Stand der Lage an den Bundestag müssen an die Stelle von Verhandlungen treten.¹⁸⁾

Graf Rechberg hat mit der Ausarbeitung dieser Denkschrift begonnen unmittelbar nachdem sein Chef nach Paris weitergereist war. Die Sache war ihm zu wichtig für Verhandlung in einem flüchtigen Gespräch, das keine Spuren in den Akten hinterlassen hätte. Zu Bismarck sagte er, während er daran schrieb, daß er mit Ausarbeitung eines Promemoria für den Kaiser beschäftigt sei, um die Notwendigkeit einer Änderung der österreichischen Politik gegen Preußen darzutun; Graf Buol mude dem Bunde zu viel zu. Bismarck konnte nur zu-

¹⁸⁾ Denkschrift Rechbergs v. 28. Febr. 1856. *WA.*

stimmen, als er aus Rechbergs Munde all das zu hören bekam, was er selber so oft gesagt, vor allem auch dem Ausdruck der Sorge zustimmen, daß die Mittelstaaten bei fortgesetzter Übung des Schiedsrichteramtes zwischen Berlin und Wien schließlich den Großmächten über den Kopf wachsen und gegen diese ihre Anlehnung an Frankreich nehmen würden. „Aber,“ so meinte er, „ich fürchte, Rechberg predigt in der Wüste, wenn er dergleichen nach Wien schreibt.“¹⁰⁾

Die Denkschrift vom 28. Februar ging zunächst nach Paris und wurde durch Graf Buol sofort beantwortet. Ob dieser sie nach seiner Rückkehr noch dem Kaiser vorgelegt hat, ist fraglich und nicht sehr wahrscheinlich. Buols Antwort aber ist ungefähr so ausgefallen, wie Bismarck erwartet hatte. Der Minister beginnt zwar mit der Erklärung des Einverständnisses; doch gilt dieses Einverständns nur für die Behandlung der deutschen, nicht der europäischen Dinge am Bundestag. Bei einem preußisch-österreichischen Gegensatz in einer ausschließlich deutschen Frage „wird es allerdings meistens ein geringeres Übel sein, die angeregte Frage ganz fallen zu lassen, als sich der Gefahr auszusetzen, eine Spaltung im Bunde hervorzurufen. Denn selbst vorausgesetzt, daß die Majorität für unsere Auffassung gewonnen wäre, so ist nicht zu verkennen, daß das in der Minorität gebliebene Preußen alsdann versucht sein könnte, seinen Widerstand gegen den Majoritätsbeschluß bis auf das Äußerste zu treiben, es auf die Bundesexekution ankommen zu lassen und somit entweder die schmachlichste Compromittirung oder den gewaltsamen Bruch der Bundesinstitutionen herbeizuführen.

In europäischen Fragen dagegen, bei welchen Österreich als Großmacht vitale Interessen zur Geltung zu bringen hat, deren Nichtbeachtung von den verderblichsten Folgen für seine Weltstellung und seine Beziehungen zu den übrigen europäischen Großmächten begleitet sein würde, können aller-

¹⁰⁾ B. an Manteuffel, 20. Febr. GM. II S. 129.

dings solche Conjunctionen eintreten, wo, nach zahllosen, mit unermüdblicher Geduld gemachten Versuchen, um zu einer dem europäischen Bedürfnis entsprechenden Verständigung mit Preußen zu gelangen, uns keine andere Wahl übrig bleibt, als die von uns eingehaltene Richtung selbständig auch am Deutschen Bunde zu vertreten, auf die Gefahr hin, daß Preußen, von mehr oder weniger Stimmen unterstützt, eine entgegengesetzte Ansicht an den Tag lege ...“ Allzu ernst nimmt Buol aber die aus einer solchen Majorisierung Preußens drohende Gefahr des Bundesbruchs nicht. Hat doch eben erst das Ergebnis des 21. Februars gezeigt, daß Preußen dann doch lieber nachgibt! „Daß dieses nun freilich nur unter Mitwirkung der Mittelstaaten erreicht werden kann, liegt klar am Tage. Darin aber vermag ich nicht sowohl einen Sieg der Mittelstaaten, als einen Sieg unserer gesunden Politik bei den Mittelstaaten zu erblicken.“

Die Summe der Erfahrungen, die Graf Buol während des Krimkrieges mit der preußischen Politik gemacht hat, erklärt seinen Zweifel an einer preußischen Politik des Biegens oder Brechens. Nur einmal, und nur dank der mittelstaatlichen Unterstützung, war Preußen fest geblieben und hatte über Österreich gesiegt: in dem Bundesbeschluß vom 8. Februar 1855, der aus der von Österreich gewollten Kriegsbereitschaft gegen Rußland eine Kriegsbereitschaft nach jeder Richtung, eine Art bewaffnete Neutralität, machte. In allen übrigen Fällen hatte Preußen, und mit ihm der Deutsche Bund, sich entweder von Österreich mitziehen lassen, wenn auch widerstrebend, oder, wie jetzt eben noch, sich mit einem für Österreich annehmbaren Kompromiß abgefunden. Die einzige schwache Stelle in Buols Schlußfolgerung war die stillschweigende Voraussetzung, daß die Staatsleitung Preußens immer in so wenig festen Händen liegen würde wie in denen Friedrich Wilhelms IV. und Ottos von Manteuffel. Die Möglichkeit, daß auch einmal Kraft und friderizianisches Selbstvertrauen in Berlin am Ruder sitzen könnten, scheint dem

österreichischen Minister kaum in den Kreis seiner Berechnung getreten zu sein. Preußen galt ihm auch nicht als vollständige europäische Großmacht, sondern als eine Macht, die des Rückhalts am Bunde bedurfte. Und so blieb er unzugänglich gerade für die wichtigste und für Österreich schmerzlichste Wahrheit der Rethberg'schen Denkschrift: daß Preußen kein Interesse an der Erhaltung des Bundes haben sollte. Er schließt seine Antwort an den Präsidialgesandten mit der sanguinischen Betrachtung:

„Allerdings dürfte Preußen sich immer geneigt zeigen, einen Moment allgemeiner Aufregung zu benutzen, um zu seinen Gunsten an dem Bundesgebäude zu rütteln; allein diese Fälle ausgenommen, kann ich nicht annehmen, daß Preußen an der Aufrechterhaltung des Bundes kein Interesse haben sollte, nachdem eben dieses Verhältniß ihm eine größere Wichtigkeit als seine europäische Stellung gibt, und gerade sein Einfluß auf die Bundesglieder ihm die Mittel biethet, uns mit einigem Erfolge entgegenzutreten. Daß es übrigens auch zur gehörigen Einsicht kömmt, wieweit es in seiner Opposition gehen darf, und wann die Zeit zum Nachgeben gekommen ist, hat der letzte Erfolg erwiesen. Diesem nach dürften E. E. wie bisher immer darauf bedacht sein, soviel wie möglich das beste Einvernehmen mit dem preußischen Bevollmächtigten zu unterhalten, ohne ihm jedoch zu verhehlen, daß unsere Nachgiebigkeit nicht über gewisse Gränzen gehen kann. Da, wo es sich um eine prinzipielle Frage handelt, oder die Gefahr vorliegt, daß unsere Bundesstellung mit unserer europäischen Stellung in Widerspruch gerathen könnte, ist ein Compromiß unmöglich. In einem solchen Falle erscheint selbst als die geringere Gefahr für Österreich, in der Minorität zu stehen. Dies wäre immer nur ein vorübergehender Mißstand, während das Aufgeben eines Prinzips einem solchen Gegner gegenüber uns nur

immer neue Niederlagen und neuen Umdank vorbereiten würde“.²⁰⁾

Rechbergs Kassandraruß traf ein ungläubiges Ohr. Es war dem Minister ausgemacht, daß Österreichs europäische Stellung keinesfalls unter seinem Verhältnis zum Bunde leiden dürfe; aber es kam ihm nicht in den Sinn, daß der gleiche Satz auch für Preußen gelte.

²⁰⁾ Buol an Rechberg, Paris, 2. März 1856. WA.



Dritter Abschnitt

Ein Jahr der politischen Windstille

(Frühjahr 1856 bis Frühjahr 1857)

In den vier bewegten Wochen, die dem Bundesbeschluß vom 21. Februar 1856 vorausgingen, war der Bundestag zum letzten Male von den Stürmen heimgesucht worden, die seit dem Ausbruch der großen Orientkrisis, der größten des Jahrhunderts, die friedliche Mitte des Erdteils volle zwei Jahre lang umbrandeten. Weder die Pariser Friedensverhandlungen, noch der Eintritt Preußens in die Reihe der Kongreßteilnehmer, zog den Bundestag, der selber dem Kongreß fern blieb, ernstlich in Mitleidenschaft. Es begann eine ungewohnt lange Zeit der politischen Windstille, in der nur „der maßlose Geselligkeitstrieb des Völkchens der Bundesphäaken“ Bismarck am Aufkommen eines Ruhegefühls hinderte. Doch brachte der März dem angestregten Gesandten vierzehn Tage Bundesferien und gleichzeitig dem Jäger die Freuden der Schnepfenjagd im sommerwarmen Frühlingswetter¹⁾.

Auch die Zeit der geschäftlichen Stille war alles andere als sorgenfrei für Bismarck. Seit dem Frühjahr mehrten sich die Anzeichen für eine moralische Erschütterung des in Preußen herrschenden Regimentes. Die berühmten Potsdamer Briefdiebstähle stellten seit dem Winter 1855/56 den Generaladjutanten von Gerlach bloß und trübten seine Beziehungen zu Manteuffel. Gerlach sah in der Geschichte ein Stück zu

¹⁾ B. an Manteuffel, 12. März 1856. GB. II S. 133. An seinen Bruder, 22. März. BBr. S. 201 f. An seine Schwester, Briefe an Schw. u. Schwager, S. 71.

X
 seinem politischen Sarge²⁾). Für die nicht mehr feste Gesundheit des Königs war der Skandal Gift. Noch schwerer traf es ihn — und zugleich auch wieder die Staatsautorität —, als der Berliner Polizeipräsident von Hinkeldey im März das Opfer eines Duells wurde, das der König hätte hindern können. Selbstvorwürfe zermürbten den Leidenden auch seelisch, und bald danach, im Mai, wurden die ersten Anzeichen nachlassender Geisteskraft bemerkt. Kam es zum Thronwechsel, so schlug die Stunde des Liberalismus. Auf die gleiche Aussicht deutete die anscheinend bevorstehende englische Heirat des Prinzen Friedrich Wilhelm. „Die politische Folge könnte nur sein,“ meinte Bismarck³⁾, „Englischen Einfluß und Anglomanie bei uns einzubürgern.“ Liberalismus und Anglomanie, gesehen vom Standpunkte der preußischen Außenpolitik, waren damals ungefähr das Schlimmste, was Bismarck sich vorstellen konnte: der große Gewinn aus den Jahren des Krimkrieges, die Freundschaft mit Rußland, war dann verspielt. Graf Rechberg bemerkte, daß ein Druck auf seinem preußischen Kollegen lag: „Herr von Bismarck,“ schreibt er am 21. Mai, „zeigte sich in letzter Zeit sehr verstimmt und zurückhaltend. Seine Verstimmung scheint übrigens auch vorzüglich dadurch begründet, daß er sich keinen Täuschungen hingiebt über die bedrohliche Wendung, welche die inneren Angelegenheiten in Preußen genommen haben“⁴⁾).

Es wird die mögliche außenpolitische Rückwirkung der inneren Verhältnisse gewesen sein, was vor allem ihn zur Sorge stimmte. Wie sehr er auch von vornherein, als der geborene Staatsmann, außenpolitisch zu sehen gewohnt war, so hatte er doch erst seit dem Krimkrieg die Gelegenheit zu außenpolitischem Wirken erhalten, und erst jetzt wurde der

²⁾ Näheres bei Poschinger, Manteuffel III S. 49 f., 83 ff. Vgl. Gerlachs Briefe an B., S. 180; G. u. E. I S. 115.

³⁾ An Gerlach, 19. März, S. 287.

⁴⁾ Brief R.'s an Buol. WA.

Drang zur großen, zur europäischen Bühne die alles beherrschende Leidenschaft in ihm. Erst jetzt auch, in den Erfahrungen dieser beiden Kriegsjahre, sind ihm die europäischen, die „naturnotwendigen“ Grundlagen des preußisch-österreichischen Gegensatzes in voller Klarheit zum Bewußtsein gekommen. „Ich kann mich,“ schrieb er an Gerlach, „der mathematischen Logik der Tatsachen nicht erwehren, sie bringt mich zu der Überzeugung, daß Österreich unser Freund nicht sein kann und will.“⁵⁾ Dieses Österreich aber sah er, wenngleich ohne Erfolg, um die Freundschaft Frankreichs buhlen, während Napoleon, dessen Gunst seit dem Friedensschlusse auch dem Zaren wertvoll war, kein Hehl daraus machte, daß die Annäherung an Preußen ihm willkommener wäre als die an eine der beiden Kaisermächte. So stand die europäische Schachpartie gut für Preußen, und es kam nur darauf an, daß die Gunst der Stunde ausgenutzt und nicht aus Legitimitätsbedenken gegen die Verbindung mit dem Bonapartismus verschert wurde. Bismarck kannte diese Bedenken des Königs und Gerlachs zu gut, als daß er gewagt hätte, offen einem Bündnisse mit Frankreich das Wort zu reden. Er wollte schon zufrieden sein, wenn er erreichte, daß man die übrigen Mächte zu der Überzeugung brachte, ein Bündnis mit Frankreich sei nicht von vornherein aus den Möglichkeiten der preußischen Politik ausgeschlossen. Dazu genügte schon etwas mehr Freundlichkeit, die Preußen nichts kostete, gegen Napoleon, z. B. eine Einladung nach Berlin, die anscheinend in den Wünschen des französischen Kaisers lag. Der bloße Anschein der Freundschaft dieses zur Zeit mächtigsten Monarchen von Europa mußte Preußens Geltung bei den Großmächten wie bei den deutschen Staaten heben. Bismarck konnte mit seinen Bundestagserfahrungen besser als jeder andere preußische Diplomat erkennen, daß die Mittelstaaten,

⁵⁾ An Gerlach, 28. Apr. 1856. Vgl. Max Lenz, Geschichte B.'s (3. A. 1911) S. 84.

wenn es einmal Ernst würde, ihren Schutz nicht in der erbärmlichen Verfassung des Deutschen Bundes suchen würden, sondern bei dem, der Frankreich für sich hätte.

Das etwa waren die wichtigsten Gedanken, die der Gesandte seinem Chef persönlich vortrug, als dieser auf der Heimreise vom Pariser Friedenskongreß am 20. und 21. April in Frankfurt verweilte. Bismarck hat sie dann in zwei langen eigenhändigen Briefen, klassischen Denkmälern seiner Staatsweisheit, schriftlich niedergelegt⁶⁾. Er durfte nicht hoffen, mit diesen völlig neuen, revolutionären Gedanken über die Orientierung der preußischen Außenpolitik sofort in Berlin Anklang zu finden. Es unterstützte immerhin bald danach mittelbar seinen Gedankengang, daß Napoleon III. der einzige außerdeutsche Herrscher war, der dem König von Preußen in einer Herzens- und Ehrensache beistand. Die Freigabe der politischen Gefangenen, die in Preußens ehemaligem Schweizer Fürstentum Neuenburg im September 1856 einen Putsch zugunsten des früheren Landesherrn gemacht und nun Treue und Loyalität schwer zu büßen hatten, war dem tief erregten König so wichtig, daß er dafür die sonst verschmähte Mitwirkung des Kaisers der Franzosen gern in Anspruch nahm. So hatte diese kleine Angelegenheit, die dennoch während des Winters 1856/57 Europa monatelang in Atem hielt, als wichtigstes Ergebnis die von Bismarck gewünschte Annäherung Preußens an Frankreich zur Folge⁷⁾.

Doch schon ehe dieses Ergebnis eintrat, zog Bismarck aus seiner Beurteilung der europäischen Lage Folgerungen für seine Haltung am Bundestag. Früher war sein Ringen mit dem Präsidialgesandten zu gutem Teil ein Ringen um die Stimmen der Mittelstaaten gewesen. Wie hatte er sich im Januar und Februar 1855 um sie bemüht, einzelne Höfe per-

⁶⁾ Vom 26. Apr. u. 10. Mai 1856. GW. II S. 138 ff., 149 ff. Nach dem Konzept im BVB. II S. 63 ff., 74 ff.

⁷⁾ Beste Darstellung des Neuenburger Handels bei Seydel II S. 247–269. (1813)

sönlich bereisend! Für den Grafen Buol war auch jetzt, wie seine Antwort auf Rechbergs Denkschrift zeigt, die Gewinnung der Mittelstaaten der Haupthebel seiner Bundespolitik, um Preußen mattzusetzen. Bei Bismarck aber kam damals jene Anschauung zur Reife, der er im letzten Jahre seines Frankfurter Wirkens in der monumentalsten Denkschrift dieser Periode offenen Ausdruck gegeben hat: „Preußen würde für die Erfüllung seiner Aufgabe in Deutschland erst volle Freiheit erlangen, wenn es aufhörte, erheblichen Wert auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regierungen zu legen. Alle Anstrengungen, dieselben zu gewinnen, bleiben für immer erfolglos, und jede Rücksichtnahme auf ihre Wünsche und Empfindlichkeiten ist für Preußen eine nutzlose Selbstbeschränkung“^{a)}). Bismarck kam damit nur auf einen Gedanken zurück, den er schon bei Antritt seines Frankfurter Postens ausgesprochen, dann aber doch nicht zur Richtschnur seiner Bundespolitik genommen hatte. Schon aus dem Mai 1851 ist von ihm das Wort überliefert, Preußens Unheil komme bloß daher, daß es sich mit den kleinen deutschen Staaten zu viel abgegeben habe; diese seien ihm zu einem Block am Bein geworden, den man je eher, je lieber von sich abschütteln müsse, dann werde man wieder frei und mit Energie sich bewegen können^{b)}).

Wenn er sich jetzt, auf Grund reicher Bundestagserfahrung, aufs neue zu dieser Einsicht bekannte, so wollte er damit nicht eine Politik der Rücksichtslosigkeit gegen die Mittelstaaten empfehlen, wohl aber eine Politik, die auch den Schein des Verbens um ihre Freundschaft vermied, eine Politik, die vielmehr Rücksicht auf Preußens Interessen und auf seine Macht bei den Mittelstaaten als selbstverständlich voraussetzte. In diesem Sinne war sein Verhalten, als Bayern im Frühjahr 1856 beim Bundestag anregte, eine gemeinsame

^{a)} Denkschrift v. März 1858. GW. II S. 317.

^{b)} Äußerung Bism.'s zu Ugedom. Schwemer, Gesch. d. fr. St. Frankfurt III, 2 (1918) S. 61.

Handelsgesetzgebung für alle deutschen Bundesstaaten ins Leben zu rufen¹⁰⁾. Es war ein Gedanke, den schon zwanzig Jahre früher (1836) Württemberg auf der ersten Generalkonferenz des Zollvereins angeregt hatte; doch schon auf der nächsten, im Jahre 1838, wurde das Ziel, als zu hoch gesteckt, wieder aufgegeben. Besseren Erfolg hatte der bescheidenere Antrag, durch den Württemberg 1846 die Zollvereinsgenossen aufforderte, ein gemeindeutsches Wechselrecht zu schaffen. Der größere Gedanke des Handelsrechts hat bald darauf die Männer der Einheitsbewegung von 1848 wieder beschäftigt und gedieh bis zum Teilentwurf eines Gesetzbuchs, gearbeitet durch eine Kommission des Reichsjustizministeriums in Frankfurt, doch Entwurf geblieben wie das ganze Werk der Paulskirche. Württemberg aber hielt an seinem alten Plan fest und legte ihn der zehnten Zollvereinskonferenz von 1853/54 aufs neue vor. Diesmal konnte Preußen über eigene Entwürfe zum Handelsrecht berichten, größtenteils entstanden auf Grundlage des Frankfurter Entwurfs. Bei der völligen Einmütigkeit, die auf der Konferenz herrschte, schien endlich der Weg frei für Schaffung eines gemeindeutschen Handelsrechts. Preußen sollte seine Entwürfe vollenden und damit die Grundlage für eine künftige Vereinbarung schaffen¹¹⁾.

Das war die Vorgeschichte und die Lage der Dinge, als der bayrische Antrag vom 21. Februar 1856 die Angelegenheit vor das Forum von Frankfurt brachte. Die Zuständigkeit des Bundestages für Fragen des Handels und Verkehrs stand nach Artikel 19 der Bundesakte außer Zweifel; nur eine gesetzgeberische Befugnis des Bundestages ließ sich aus diesem Artikel nicht ableiten. Daher sollte nach dem bayrischen Antrag eine Kommission von Rechtsgelehrten und Sachverständ-

¹⁰⁾ Prot. BB. 1856 Febr. 21., Apr. 3., §§ 71, 116.

¹¹⁾ L. Goldschmidt, Handbuch des Handelsrechts I (2. A. 1875) S. 64 f., 68 f. P. Rehme in Ehrenbergs Handbuch des gesamten Handelsrechts I (1913) S. 237 f. P. A. G. v. Meyer, Corpus Juris Confoederationis Germanicae III (1869) S. 30 ff.

digen ein Handelsgesetzbuch entwerfen und ihren Entwurf dem Bundestag vorlegen. Dann sollten die einzelnen Regierungen sich äußern und nach erreichter Einigung das gemeinsame Handelsrecht im Wege der Landesgesetzgebung einführen. Dieser ganze Vorschlag aber, der die Initiative von Berlin nach Frankfurt verlegte, bedrohte die Stellung, die in wirtschaftlicher Hinsicht seit der Gründung des Zollvereins Preußen als Führerstaat Deutschlands gewonnen hatte. Bismarck wollte daher so wenig wie die Berliner Regierung, daß auf diesem Felde anders als durch die Initiative eines preußischen Entwurfs etwas zustande käme. Der Schwerpunkt durfte nicht aus dem preußischen Zollvereinsprimat in die Bundesversammlung und deren Präsidium verlegt werden. Er wollte aber auch nicht, wie man in Berlin anfangs vorhatte, daß Preußen dem bayrischen Antrag widerspräche; denn es würde mit solcher Verneinung einer gemeinnützigen Angelegenheit Deutschlands allein stehen, als ein Hindernis deutscher Einigung erscheinen. Als am 17. April 1856 über den bayrischen Initiativantrag vom 21. Februar abgestimmt wurde, da war Bismarck durch Manteuffel angewiesen, gegen den Antrag zu stimmen. Hätte er sich an seine Weisung gehalten, so wäre das deutsche Handelsgesetzbuch ohne Preußen und gegen Preußen gemacht worden. Preußen würde bestenfalls einen Teil der deutschen Staaten abgespalten und für seinen Gesetzentwurf gewonnen haben. Jedenfalls wäre ein widerwärtiger Kampf entbrannt, dessen Makel auf Preußen als Störenfried der deutschen Einheit hätte fallen müssen, und ein Dualismus der Handelsgesetzgebung wäre die wahrscheinliche Folge gewesen. Dem hat Bismarck vorgebeugt, indem er es auf sich nahm, seine Weisung in der Tasche zu behalten. Er erklärte in der Sitzung nur, er sei noch ohne Instruktion und behalte sich das Protokoll offen. Er vertraute darauf, und mit Recht, daß er durch das Gewicht seiner Gründe Manteuffel werde umstimmen können. Sein Vorschlag, für den er seine Regierung gewann,

ging dahin, daß Preußen dem bayrischen Antrag zustimmte, aber den Zeitpunkt für den Zusammentritt der Kommission für noch nicht gekommen erklärte. Eine solche Kommission sei zur Ausarbeitung eines selbständigen Entwurfes für ein Handelsgesetzbuch erfahrungsmäßig gar nicht imstande; sie könne nur einen bereits aufgestellten Entwurf revidieren, andernfalls sei Verwirrung unvermeidlich. Preußen, das bereits jahrelange Arbeit auf einen derartigen Entwurf verwendet habe, könne daher einen Sachverständigen für die geplante Kommission erst dann instruieren, wenn — was bald zu erwarten stehe — die bisherigen Arbeiten vollständig ausgereift seien. Preußen erwarte vom Bundestag und von Bayern, daß sie von der Berufung der Kommission einstweilen noch abjähren¹²⁾.

Das war eine Haltung, gegen die sachlich nichts einzuwenden war. Auch von wissenschaftlicher Seite her wurde an der Möglichkeit gezweifelt, daß eine aus den verschiedensten Gegenden und Rechtsgebieten Deutschlands zusammenberufene Kommission ihre Beratungen ohne eine bereits vorhandene Grundlage beginnen könne¹³⁾. Es war zugleich eine Haltung, die den preußischen Primat wahrte und doch dem Vorwurf hegemonialer oder sonderpolitischer Bestrebungen vorbeugte. Denn Bismarcks Botum (vom 29. Mai) sprach die Erwartung aus, daß der Kommission ähnliche Entwürfe wie von Preußen auch von anderer Seite zur Auswahl vorgelegt würden. In der Tat machte Baden kurz danach den Vorschlag, daß der Napoleonische Code du commerce als Grundlage für ein allgemeines Handelsgesetzbuch angenommen werde: er bilde ein geschlossenes Ganzes und gelte bereits auf einem sehr weiten Gebiete, auch in mehreren deutschen Staaten (wie in Baden selbst); möglicste Übereinstim-

¹²⁾ B.'s Bericht v. 29. Apr. GB. II S. 145 ff. Sein Botum im Bundestag: Prot. BB. 1856 Mai 299., S. 432 ff.

¹³⁾ Wilh. Endemann, Der Entwurf eines deutschen Handelsgesetzbuchs (1858) S. 157.

mung der Handelsgesetzgebung aber sei besonders wünschenswert. Hessen-Darmstadt und die beiden Mecklenburg waren jedoch zunächst die einzigen Staaten, die gleich Preußen die Abordnung von Sachverständigen noch für verfrüht ansahen¹⁴⁾. Da Bayern, hinter dessen Antrag der Ehrgeiz seines Königs stand, eine gewisse Ungeduld an den Tag legte, Österreich für sich keinen Grund zum Warten hatte und dem König Max gern gefällig war, so hätte nicht viel gefehlt, daß eben noch vor Eintritt des Bundestages in die Sommerferien beschlossen wurde, die Kommission am 15. November zusammentreten zu lassen, ohne Sicherheit, daß bis dahin der preußische Entwurf reif zur Beratung vorläge. Bismarck war empört über diese Rücksichtslosigkeit gegen Preußen und hatte doppelten Grund zur Empörung, da das wohlerwogene preußische Votum in dem zunächst zuständigen handelspolitischen Ausschuß, dessen Referent kein anderer als der bayerische Gesandte war, überhaupt noch nicht vorgelegen hatte. Er forderte daher vor allem sofortige Berufung des Ausschusses zur Besprechung der Angelegenheit; einen Beschluß wollte er nicht gefaßt sehen, weil einige Ausschußmitglieder bereits in die Ferien gegangen waren.

Denn faßte der nicht vollzählige Ausschuß einen Beschluß, so konnte es sein, daß Bismarck in der Minderheit blieb. Und wenn dann die geplante Kommission der Sachverständigen wirklich am 15. November zusammentrat, so bestand die Gefahr, daß ihren Beratungen nicht der preußische Entwurf, sondern der Code de commerce, als die erste umfassende und systematische Bearbeitung des Handelsrechts, zugrunde gelegt wurde. Bismarck hatte sich über dieses Gesetzbuch inzwischen so weit unterrichtet, daß er es mit Begründung seines Urteils für eine durchaus ungeeignete Grundlage der Beratungen erklären konnte. Auch hier hat die Wissenschaft nicht anders

¹⁴⁾ Badische u. hessische Vota v. 5. Juni. Prot. BB. 1856, S. 452. Das mecklenburgische v. 3. Juli, S. 528.

geurteilt als er, und mit dem fachmännischen Urteil ging das nationale Selbstgefühl der deutschen Juristen zusammen: „Der deutschen Gesetzgebung ziemt es auch ohne ein solches Vorbild aus eigenen Kräften ein Werk zu vollenden, welches den Verhältnissen der Gegenwart, den Anschauungen des Volksbewußtseins entspricht“¹⁵⁾.

Bismarck hatte also doppelten Grund, fest zu bleiben, um der preußischen Politik, wie um der deutschen Gesetzgebung willen. Und er zeigte sich von seiner schärfsten Seite, als der handelspolitische Ausschuß, der seit April nicht mehr getagt hatte und nun am Rande der Ferien eilig, unvollständig und unvorbereitet zusammentrat, dennoch zur Abstimmung über eine Frage von solcher Bedeutung schreiten wollte. „Hierüber,“ berichtet Graf Rechberg¹⁶⁾, „entspann sich ein sehr heftiger Streit mit dem königlich bayerischen und den übrigen anwesenden Gesandten, die sich alle auf das am Bunde altergebrachte Herkommen beriefen, daß auch bei Abwesenheit eines oder mehrerer Mitglieder der Ausschuß rechtsgültig die ihm vorgelegten Geschäfte abmachen könne.“ Anfangs stand Bismarck einer gegen vier, und nach Rechberg herrschte „sehr allgemeine Entrüstung über die Anmaßungen des Herrn Gesandten für Preußen“. Alles habe seine Grenzen, meinte Rechberg, so auch das Warten auf Preußen. Dennoch setzte Bismarcks stärkerer Wille sich durch, vor allem mit Androhung eines schon bereit gehaltenen Sondervotums, das den im Berichtsentwurf des Ausschusses empfohlenen Code de commerce zerpfückte, und am Schlusse stand Bismarck drei gegen zwei. Nur Österreich hielt bis zuletzt fest zu Bayern. Es ist ein Bild, das auch in der deutschen Rechtsgeschichte einen Platz verdient: Preußens großer Staatsmann, der im Kampf um die Führerstellung seines Staates zugleich für deutsches Recht und Gesetz sacht, während seine Gegner aus

¹⁵⁾ B.'s Berichte v. 27. u. 30. Juli. Pr. i. Bt. III S. 22—26. Endemann a. a. O.

¹⁶⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 29. Juli. Wl.

lauter Mißgunst auf Preußens schwer erarbeitete Führerschaft welschem Rechte die Pforte öffnen wollen. Es war das erste große gesamtdeutsche Gesetzbuch unserer neueren Geschichte, um das in den heißen Stunden jener Ausschußsitzung gerungen wurde. Und Bismarck gewann den Sieg, vollständigen Sieg.

Wenige Tage darauf, am 2. August, legte der Ausschuß in der letzten Bundestagsitzung vor den Ferien das Ergebnis der Beratungen vor: man habe vor der Frage gestanden, ob die Rechtsgelehrten und Sachverständigen zum 15. November berufen werden sollten, oder ob man sich vor endgültiger Festsetzung des Termines über den Zeitpunkt vergewissern wolle, bis zu dem Preußen seinen Sachverständigen werde abordnen können; die Mehrheit des Ausschusses habe sich für die zweite Auffassung entschieden. Bismarck hatte die Genugtuung, daß die Bundesversammlung jetzt einstimmig im gleichen Sinne beschloß. Auch Bayern und Österreich gaben ihren Widerstand auf¹⁷⁾. In Berlin aber drängte er nun auf beschleunigten Abschluß der Vorarbeiten. Schon in der dritten Bundestagsitzung nach den Ferien, am 13. November, konnte Bismarck mitteilen, daß der preußische Entwurf eines Handelsgesetzbuches voraussichtlich am 1. Dezember würde vorgelegt werden können. Zugleich aber brachte er noch etwas anderes zur Sprache. Er hielt mit gutem Grunde für das schließliche Ziel der österreichischen Politik, Preußen die bisherige Hegemonie auf dem Gebiete der materiellen Entwicklung zu entwenden und sich selber damit die Grundlage einer künftigen politischen Führerschaft Deutschlands zu schaffen. Diese Politik gewann ein neues Arbeitsfeld, wenn die Kommission der Sachverständigen, wie Graf Rechberg wünschte, in Frankfurt zusammentrat und dann unvermeidlich unter österreichischem Vorsitz tagte, also auch unter den Einfluß des Bundespräsidiums geriet. Diese Gefahr mußte vermieden werden. Und so erklärte Bismarck in derselben Sitzung vom

¹⁷⁾ Prot. BB. 1856 Aug. 2., § 257.

13. November, seine Regierung verspräche sich nur dann ein gedeihliches Ergebnis, wenn als Konferenzort eine Stadt gewählt würde, in der die Arbeit der Kommissare nicht durch politische und diplomatische Einflüsse beirrt werden könnte. „Aus diesem Grunde muß die königliche Regierung sich entschieden gegen Frankfurt als Ort des Zusammentrittes der Kommission aussprechen und erlaubt sich vielmehr Nürnberg oder Bamberg vorzuschlagen, welche sich, ähnlich wie Leipzig als Sitz der Konferenzen über das Wechselrecht, zu diesem Zwecke durch ihre geographische Lage und andere Bedingungen empfehlen.“

Wieder der Schachzug eines Meisters. Damit war zugleich das bayrisch-österreichische Einvernehmen gesprengt. Denn Bayern ging nur zu gern auf die Anregung ein, daß die Konferenz unter seiner Staatshoheit tagen sollte. Hatte es doch durch seinen Antrag den Stein ins Rollen gebracht, glaubte also Anspruch auf die Ehre eines Konferenzortes in seinen Grenzen zu haben! Es hatte nicht viel zu sagen, daß die lieben Nachbarn sofort eifersüchtig wurden und für das bedrohte moralische Ansehen des Bundes und seines obersten Organs ihre Stimme erhoben, am lautesten Sachsen, das im stillen wohl wieder auf Leipzig gehofft hatte, etwas gemessener Württemberg und Hessen. Die Mehrzahl der übrigen aber stimmte wie Preußen und Bayern. Bismarck hatte im stillen dafür gesorgt, daß den einzelnen Bundesregierungen von Berlin aus vertraulich mitgeteilt wurde, Preußen mache die Besichtigung der Konferenz davon abhängig, daß die Wahl nicht auf Frankfurt falle. Nur aus dem Norden kam eine unerwartete Unterstützung des Frankfurter Ehrenrechtes. Hamburg nämlich hielt sich selber für den besten Konferenzort, wegen der Ausdehnung seines Handels, wegen der vierzigjährigen Wirksamkeit seines Handelsgerichts, wegen seiner Commerzbibliothek und wegen zahlreicher Handelsinstitute: alles Gelegenheiten für die Konferenz, sich die für ihre Arbeit erforderlichen Auskünfte zu verschaffen. Allein

sosort enthüllte sich im Kleinen dasselbe Bild wie vorher im Großen: Bremen und Lübeck wollten natürlich von Hamburg nichts wissen, und da sie dessen kommerzielle Überlegenheit über Nürnberg nicht bestreiten konnten, so stimmten auch sie für Frankfurt, den Sitz der Bundesversammlung. Daß die freie Stadt Frankfurt selber mit ihnen ging, bedarf nicht der Begründung. So trat einer der seltenen Fälle ein, in denen die sonst immer einheitlich abgegebene Kuriatsstimme der Freien Städte gespalten war.

Bismarck, der die Geister der Eifersucht gerufen hatte, um Preußen vor Frankfurt als Konferenzort zu schützen, wird seinen Spaß an dem Bilde gehabt haben. Nürnberg blieb Sieger in dem Rennen. Österreich verbarg sein Befremden nicht, war aber klug genug, um großherzig zu erklären, es liege zu sehr in den Wünschen der kaiserlichen Regierung, zum Gelingen des Werkes beizutragen, als daß sie nicht mit gleicher Geneigtheit sich beteiligen würde, auch wenn die hohe Versammlung Nürnberg zum Sitz der Kommission bestimmte¹⁸⁾. So erhielt Bayern die Ehre des Gastgebers, mußte sie aber später an Hamburg abtreten; die Kommission selber verlegte ihren Sitz dorthin, als sie zur Beratung der seerechtlichen Abschnitte kam. Als Tag ihres ersten Zusammentritts wurde der 15. Januar 1857 festgesetzt. Beide Großmächte hatten Entwürfe eingereicht. Der preußische wurde, als der inhaltreichere, zu Grunde gelegt, der österreichische aber mitbenutzt. Österreich führte den Vorsitz, doch Preußen stellte den Referenten. Aus der Rivalität wurde friedlicher Wettbewerb mit geistigen Waffen. Österreich hatte die höhere Ehre, Preußen den größeren Einfluß¹⁹⁾. Völlig

¹⁸⁾ Prot. BB. 1856 Nov. 13., § 299; Dez. 4., § 328; Dez. 18., §§ 351, 352. B.'s Berichte v. 14. u. 27. Nov., 5. u. 6. Dez. Pr. i. BT. III S. 49 f., 55 f., 61 f.

¹⁹⁾ Goldschmidt, Der Abschluß und die Einführung des allgem. Deutschen Handelsgesetzbuchs. Zeitschrift f. das gesammte Handelsrecht V (1862) S. 205 f., 213.

schlummerte freilich auch in Nürnberg nicht der Gegensatz der beiden Großmächte. Zur Eifersucht Österreichs trat partikularistische Eigenbrötelei bei Sachsen, Hannover und den Hanseaten²⁰⁾. Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommission über ihr Verhältnis zum Bundestag riefen auch in diesem — wie später zu erzählen sein wird — schon nach einem halben Jahre den Streit noch einmal wach. Doch Preußen behielt, wie in Zollpolitik und Wechselrecht, die Führung auch im Handelsrecht und hat als erster Staat das neue Gesetzbuch, gleich nach seiner Vollendung (1861), eingeführt. Die übrigen Staaten folgten mit verschwindenden Ausnahmen im Laufe weniger Jahre, Österreich 1862, so daß der Deutsche Bund noch im letzten Jahrfrucht seines Bestehens auf dem Wege zur deutschen Rechtseinheit einen großen Schritt vorankam. Welchen Anteil daran aber der künftige Schöpfer von Deutschlands politischer Einheit gehabt hat, das ist bislang nicht nach Verdienst gewürdigt worden. Er hat damals die Dinge mit einer diplomatischen Kunst und Sicherheit gelenkt, wie kein anderer am Bundestag es vermochte; wenn es not tat, fest bis zur Schroffheit, unfehlbar in der Berechnung der Wirkung seiner Maßnahmen, und schließlich durch einen vollen Sieg belohnt. Er hat nur für Preußen gekämpft, aber damit Deutschland gedient.

*

Dieselben Spät-Julitage 1856, in denen der preußische Gesandte im handelspolitischen Ausschuß mit aller Schärfe gegen Österreich und Bayern auftrat, brachten ihm noch einen anderen Zusammenstoß mit denselben beiden Mächten und dazu mit Kurhessen. Der Anlaß ergab sich aus Bismarcks Kampfe für Regelung der Rangverhältnisse der Bundestagsgesandten. Die Art des Zusammenstoßes und der Verlauf dieses Kampfes sollen in einem späteren Abschnitt behandelt

²⁰⁾ R. v. Delbrück, Lebenserinnerungen II (1905) S. 92.

werden. Hier sei nur eins hervorgehoben. Es ist merkwürdig, wie schief Graf Rechberg, in dem beruhigenden Bewußtsein, die Mehrheit des Bundestags hinter sich zu haben, über die Ursache von Bismarcks Eifer in solchen Kämpfen geurteilt hat. Er hielt dessen hitziges Auftreten für ein Zeichen von Schwäche und sagte — nicht so ganz mit Unrecht — als Ergebnis die Isolierung Preußens voraus. Die Betrachtungen, die Rechberg an diese beiden Vorfälle knüpft, zeigen zugleich, daß auch er, nicht anders als die meisten österreichischen Staatsmänner, außerstande war, sich vorzustellen, daß Preußen bei einer sich von Österreich abwendenden Politik auf seine Rechnung kommen könnte.

Der Präsidialgesandte schreibt²¹⁾: „Solange nicht ein zweiter Fürst Wittgenstein in Berlin wieder aufersteht, der Einsicht genug besitzt, um zu erkennen, daß Preußen sich selbst am meisten schadet, wenn es nicht aufrichtig mit Österreich Hand in Hand geht, und der die Stellung hat, seine Absichten nach allen Seiten hin durchzuführen, werden wir auf keine wesentliche Besserung in Berlin hoffen können. Dieser Zeitpunkt wird aber erst dann eintreten, wenn durch sein Beharren in der gegenwärtigen Politik Preußen sich selbst so sehr geschadet haben wird, daß es sich in seinem eigenen Interesse zur Umkehr gezwungen sehen wird. Durch ruhiges Verharren auf dem Rechtsboden können wir . . . diesen Augenblick rascher herbeiführen, als man es in Berlin zu glauben scheint. Wenn wir nur noch einige Ausschuß- und Bundestags-Sitzungen haben wie die letzten, so ist Preußens Einfluß in Deutschland auf lange gebrochen, und sie werden dann in Berlin auch zur Einsicht kommen, daß sie in Deutschland ohne Österreich nicht gehen können. Es ist das Bewußtsein, daß ihm sein Einfluß entgeht, was Herrn von Bismarck für jetzt noch reizt und ihn zu Versuchen treibt, ihn durch Gewalt wieder an sich zu reißen. Je tiefer er sich in dieser

²¹⁾ Brief Rechbergs an Buol, 30. Juli 1856. WA.

Richtung hin einläßt, um so sicherer kommen wir zu unserem Ziel. Je schroffer er gegen die Personen, je übermüthiger er in Bezug auf in Verhandlung begriffene Fragen auftritt, desto fester begründet er bei der Mehrheit der deutschen Regierungen das Bedürfnis, bei Oesterreich Schutz zu suchen“.

Wir wissen schon, warum Bismarck solchen Erwägungen nicht Raum giebt: die Haltung der Mittelstaaten gegen Preußen hängt, wenn es einmal Ernst wird, von ganz anderen Dingen ab als von seiner Liebenswürdigkeit oder Schroffheit. Wer Frankreich für sich hat, der hat die Mittelstaaten: das war seit dem Ausgang des Krimkrieges seine Überzeugung. Und es dauerte gar nicht lange, bis er die Probe aufs Exempel hatte. Die Neuenburger Angelegenheit brachte schon im Herbst 1856 eine preußisch-französische Annäherung: sie brachte zugleich eine Annäherung der Mittelstaaten an Preußen. Die beim Bunde als Ganzem wie bei einzelnen seiner Glieder erbetene diplomatische Unterstützung Preußens bei der Eidgenossenschaft zur Befreiung der gefangenen Royalisten wurde anstandslos gewährt²²⁾. Bismarck bemerkte die Wirkung der guten Beziehungen zu Frankreich mit derselben Genugthuung, wie Rechberg die Orientierung Preußens nach Westen mit Sorge beobachtete. „Preußen,“ berichtet dieser im November, „nähert sich entschieden an Frankreich in dem Maße als man in Berlin glaubt, daß unsere Beziehungen zu Paris sich lockern. Sogar der unlängst noch so entschiedene Franzosenfresser Herr von Bismarck überbietet sich in Artigkeiten, wozu ihm der Aufenthalt des Prinzen Napoleon Gelegenheit gab. Er läßt die Dankbarkeit seines königlichen Herrn für die in der Neuenburger Sache gefundene Unterstützung als Vorwand gelten. Auffallend sind jedenfalls die vom Grafen Montessun (französischem Gesandten am Bunde) . . . gesprochenen Worte: „Nous sommes assurés de la

²²⁾ Prot. BB. 1856 Okt. 30., § 270; Nov. 6., § 291; Nov. 20., § 310; Dez. 18., § 345; 1857 Jan. 22., § 34. B.'s Berichte seit 30. Okt. passim. Pr. i. BT. III S. 32 ff.

Prusse', während er sich weit weniger bestimmt über die russische Allianz aussprach⁽²³⁾. Was dem Grafen Rechberg am meisten auffiel, war die Tatsache, daß Bismarck seine Artigkeiten sogar auf das Gefolge des Prinzen Napoleon erstreckte — dergleichen war er bei seinem preußischen Kollegen nicht gewohnt. Und nicht ohne Selbstbewußtsein ist die Beobachtung, die Rechberg während einer zu Ehren des Prinzen gegebenen Abendgesellschaft auf der französischen Gesandtschaft machte. Bismarck stellte sich möglichst sichtbar auf, um dem Prinzen Gelegenheit zu geben, ihn zu sprechen; das Ergebnis war auch das gewünschte: wiederholte längere Unterhaltung mit der französischen Kaiserlichen Hoheit. „Sedoch unterhielt sich der Prinz,“ schließt Rechberg, „auch mit dem englischen Gesandten, der sich gleich mir mehr zurückgezogen hatte, und mit mir“⁽²³⁾).

Rechberg tat gut, sich nicht „in Evidenz zu stellen“. Zwischen Wien und Paris lag mancherlei in der Luft. Was Österreich während des Krimkriegs getan hatte, war genug, um den Groß Rußlands, zu wenig, um den Dank der Westmächte zu ernten. Die Kühle aber, die in Paris herrschte, mußte zur Gefahr für Österreich in dem Augenblick werden, in dem Italien sich wieder regte. Und diese Sorge, wiewohl die schwerste, war nicht die einzige Sorge der österreichischen Politik. Eine andere war die Zukunft der Donaufürstentümer, eine dritte die schleswig-holsteinische Frage. Wohl war das Jahr, das dem Pariser Frieden folgte, ein Jahr der politischen Windstille; doch als es herum war, standen Wolken genug am Himmel.

²³⁾ Brief Rechbergs an Buol, 5. Nov. 1856. WA. Vgl. B. an Manteuffel, 4. Nov. GB. II S. 166.

²⁴⁾ Bericht Rechbergs v. 5. Nov. WA.

Vierter Abschnitt

Die schleswig-holsteinische Frage

Die schleswig-holsteinische Frage bestand für den Deutschen Bund staatsrechtlich nur als holstein-lauenburgische Frage, da nur die beiden Elbherzogtümer, nicht aber Schleswig, zum Bundesgebiet gehörten. Diese Frage war eine der wenigen Bundesangelegenheiten, in deren Auffassung Preußen und Österreich einander näher standen, als der Mehrzahl der Mittel- und Kleinstaaten. Als Preußen sich im Vertrage von Olmütz unterwarf, hatte es seine eigene schleswig-holsteinische Politik opfern und Österreich die Hand reichen müssen zur Auslieferung der Herzogtümer an Dänemark. Es gab damit weniger einem österreichischen, als einem europäischen, zumal russischen Drucke nach. Wie in den deutschen Dingen überhaupt, mußte seit 1850 auch in dieser wichtigsten Teilfrage der großen deutschen Frage der nationale Gedanke Verzicht leisten zu Gunsten des konservativen Prinzips, das keine Änderung der bestehenden Staatenordnung und Machtverteilung in Europa zulassen wollte. Da in dieser grundsätzlichen Auffassung die preußische Regierung der Reaktionszeit eines Sinnes mit der österreichischen war, konnten in der schleswig-holsteinischen Frage die Vertreter der beiden Großmächte am Bundestag im allgemeinen Hand in Hand gehen. Die übrigen Bundesstaaten, die den europäischen Druck weniger stark fühlten als Österreich und Preußen, liefen keine allzu große eigene Gefahr, wenn sie der öffentlichen Meinung Deutschlands, die in Schleswig-Holstein ihr Schoßkind sah, Rechnung trugen und am Bundestag den Anwalt

des verlassenen Bruderstammes machten. So ergab sich, dauernd in den ersten Jahren, zeitweilig auch später, für diese e i n e Frage in Frankfurt die ungewohnte Gruppierung: auf der einen Seite die beiden deutschen Großmächte, auf der anderen die Mehrzahl der Mittel- und Kleinstaaten.

Nun war freilich die Einigkeit der beiden Großmächte weniger auf Interessengemeinschaft in der schleswig-holsteinischen Frage gegründet, als auf den Zwang der europäischen Lage. Die Einigkeit war daher unvollkommen, und der Machtkampf zwischen Preußen und Österreich, der in alle wichtigeren, am Bundestag verhandelten Fragen hineinspielt, macht auch vor dieser nicht Halt. Nur daß er hier gleichsam in gedämpften Tönen geführt wird und sein Ziel zu verhüllen sucht. Und so dürfen die schleswig-holsteinischen Dinge auch in dieser Darstellung, die den Kampf Bismarcks mit Österreich am Bundestage schildern will, nicht unberührt bleiben. Die Aufgabe kann nicht sein, die Behandlung dieser schleichenden Krisis durch den Bundestag in all ihren Phasen zu verfolgen; es soll nur gezeigt werden, inwiefern auch in dieser Frage trotz grundsätzlich übereinstimmender politischer Richtung Preußen und Österreich nicht als Bundesgenossen, sondern als Nebenbuhler zu einander standen.

Gemeinsam und im Namen des Bundes hatten die beiden Großmächte im Jahre 1851 in Holstein die alte Ordnung und die dänische Herrschaft wieder aufgerichtet. In gemeinsamer diplomatischer Arbeit erlangten sie für Schleswig-Holstein-Lauenburg jene bescheidenen verfassungsmäßigen Zugeständnisse Dänemarks, die durch einen Austausch von Erklärungen im Dezember 1851 und durch die dänische Kundgebung vom 28. Januar 1852 verbrieft wurden. Gemeinsam endlich legten sie diese Ergebnisse ihrer Arbeit dem Bundestage vor. Mit Stimmenmehrheit, aber zum Teil mit offenem Ausdruck des Bedauerns über das unbefriedigende Maß des Erreichten, beschloß der Bundestag am 29. Juli 1852, die durch Dänemark übernommenen Verpflichtungen als den Gesetzen und Rechten

des Bundes entsprechend anzuerkennen¹⁾). Dagegen wagten die Großmächte nicht, den Bund zur Beteiligung an den Londoner Verhandlungen über Regelung der Erbfolge in Schleswig-Holstein einzuladen, und trugen ebenso Scheu, das am 8. Mai 1852 abgeschlossene Londoner Protokoll, das über die Augustenburgischen Erbansprüche hinwegging, nachträglich dem Bunde mit der Aufforderung zum Beitritt vorzulegen. Friedrich Wilhelm IV. würde diesen Beitritt zwar gern gesehen haben; doch Bismarck war mit Manteuffel einig, daß damit preußischen Interessen nicht gedient wäre, und war ebenso mit Graf Thun darüber einig, daß es sehr schwer halten werde, die Zustimmung des Bundes zu einem Vertrage zu erlangen, der als Verletzung deutscher Fürstenrechte angesehen wurde²⁾).

In all diesen Dingen bestand also am Bundestag ein Gegensatz nur der Mittel- und Kleinstaaten zu den Großmächten, nicht aber zwischen Österreich und Preußen. Nur einmal tauchte in einer grundsätzlichen Frage eine Meinungsverschiedenheit zwischen Thun und Bismarck auf. Sie ist geringfügig und hat keine Rolle gespielt, da sie nur eine Möglichkeit betraf, die nicht ausgeführt wurde. Erwähnung verdient sie nur als ein Zeugnis für den politischen Weitblick Bismarcks. Dieser hat bekanntlich später, als die Leitung der schleswig-holsteinischen Frage in seiner Hand lag, nach dem Waffengang von 1864, die konkurrierenden Erbansprüche deutscher Fürstenhäuser, vor allem die der Oldenburger, als Waffe im Kampf gegen den Augustenburger benutzt. Nun

¹⁾ Prot. BB. 1852 Juli 29., § 197. B.'s Bericht v. 3. Aug. GB. I S. 215—218. Die Erklärungen v. Dez. 1851 u. die Kundgebung v. Jan. 1852 im Urkundenbuch z. Gesch. der Holstein-Lauenburgischen Angelegenheit am Dt. Bunde 1851—58 (Frankf. 1858) S. 4—34.

²⁾ B.'s Berichte u. Briefe v. 6. u. 7. Apr., 3. Aug., 1. Okt., 17. Nov. 1852. GB. I S. 154—157, 215 f., 243 f., 259. Pr. i. BT. I S. 157 f.

konnte er gewiß im Jahre 1852 nicht voraussehen, daß er selber zwölf Jahre später diese Waffe verwenden würde. Wohl aber erkannte er damals schon, daß eine restlos reine Erledigung der verwickelten staatsrechtlichen Frage nicht im preußischen Interesse lag. Lieber Fortdauer der hoffnungsvollen Undurchsichtigkeit! Österreich dagegen, das von der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nur Verdruß, aber keinen Gewinn zu erwarten hatte, konnte es nur begrüßen, wenn möglichst bald reiner Tisch gemacht wurde. So ist es begreiflich, daß Graf Thun anregte — wenn auch mit starkem Zweifel am guten Erfolge —, es müßten Verhandlungen zwischen Dänemark und den deutschen Regierungen, die auch nur eventuelle Erbensprüche zu erheben hätten, eröffnet werden: „Dieß hielte ich an sich für das Geeignetesten, um dieser Frage alle Gefahr und allen Zündstoff für die Zukunft zu entziehen.“ Bismarck aber, berichtet Thun, vertrat demgegenüber die — zunächst überraschende — Ansicht, Dänemark habe gar nicht das Recht, sich an einzelne deutsche Regierungen wegen Beitritts zum Londoner Vertrag zu wenden, sondern müßte deswegen an den Bund gehen. Wolle man nicht den Bund moralisch gänzlich umbringen, so dürfe man nicht zulassen, daß Artikel IV des Protokolls (der den Beitritt anderer Mächte ins Auge faßt) für Deutschland auf eine andere Weise als durch den Beitritt des Bundes ausgeführt werde. Da Bismarck sonst gerade nicht von Sorge um das moralische Ansehen des Bundes bewegt wurde, so hatte Thun allen Grund zur Verwunderung. Er verteidigte gegen Bismarcks Ansicht das unbestrittene Recht einer jeden souveränen Macht, sich mit gleichen souveränen Mächten in direkte Verbindung zu setzen, und meinte treffend: „Ich zweifle, ob Preußen selbst den in diesem speziellen Falle ausgesprochenen Grundsatz in allen Fällen auch auf sich würde anwenden lassen“³⁾. Es kam Bismarck in diesem Augenblick

³⁾ Thuns Bericht v. 29. Juli 1852. WA.

eben nur darauf an, einen Grund gegen die Einleitung der von Thun empfohlenen Sonderverhandlungen mit einzelnen Staaten geltend zu machen, und da war auch das moralische Ansehen des Deutschen Bundes als Argument verwendbar. Hinter diesem Meinungsaustausch aber lag verborgen die elementare Tatsache, daß Preußen und Österreich bei aller scheinbaren Übereinstimmung doch innerlich grundverschieden zur schleswig-holsteinischen Frage standen, Österreich von dem Wunsche erfüllt, daß die in ihr schlummernde Gefahr der Friedensstörung möglichst vollständig, und zwar durch Lösung der Frage im konservativen Sinne aus der Welt geschafft werde, Preußen, zum wenigsten Bismarck, mit dem uneingestandenem Wunsche, daß die Wunde vorläufig offen gehalten werde.

In den folgenden Jahren wurde der Bundestag an Schleswig-Holstein nur dadurch erinnert, daß die Versorgung der invaliden Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee, sowie der Witwen und Waisen gefallener Offiziere im Jahre 1853 als Bundesangelegenheit übernommen wurde und den Bundestag daher seitdem Jahr für Jahr beschäftigte. Österreich und Preußen, als Bundeskommissare für die holsteinische Angelegenheit mit dieser Ehrenfrage betraut, erklärten in gemeinsamer Vorlage, daß den aus schwerster Not um Hilfe bittenden Offizieren die lebhafteste Teilnahme gebühre und ihnen aus Gründen der Billigkeit ein Anspruch auf Fürsorge durch den Deutschen Bund zukomme. Es war damals das Einzige, was der Bund für Schleswig-Holstein tun konnte, und die Menschlichkeit gebot ebenso wie die politische Klugheit — die Rücksicht auf das Urteil der öffentlichen Meinung —, dieses Einzige nicht zu versagen¹⁾. Es mußte schon sehr schlimm um den Bundesfrieden bestellt sein, wenn, wie es später wirklich geschah, selbst diese Frage, in deren Be-

¹⁾ Prot. BB. 1853, §§ 10, 242, 327: Bittschrift der Offiziere v. 20. Juli 1852, österreichisch-preußische Vorlage v. 11. Aug. 1853, Bundesbeschluß v. 15. Dez. 1853.

urteilung nur der von Kopenhagen instruierte Gesandte für Holstein und Lauenburg abseits stand, zu einem Felde des Kampfes und der Schifane zwischen den beiden Vormächten des Bundes gemacht wurde.

Der erste Versuch Dänemarks, seinen Verpflichtungen von 1851/52 zu genügen, fiel völlig unbefriedigend aus. Die drei Herzogtümer erhielten Sonderverfassungen, erst Lauenburg, dann Schleswig, zuletzt Holstein; doch in keinem Falle wurden die von den drei Provinzialständen erhobenen Bedenken gegen die Verfassungsentwürfe berücksichtigt⁵⁾. Der Erlaß der Verfassungen fiel in die Zeit vom Dezember 1853 bis Juni 1854, also gerade in die Monate, da der Ausbruch der orientalischen Krisis Europa in Atem hielt. So blieb der Bundestag fürs erste verschont von einer Aufforderung, für das gekränkte Recht der Elbherzogtümer einzutreten. Auch der nächste Schritt Dänemarks, der Erlaß der Gesamtstaatsverfassung vom 2. Oktober 1855, die die deutsche Bevölkerung der drei Herzogtümer einer dänischen Reichstagsmehrheit zu unterwerfen suchte, geschah noch unter dem Schutze des Krimkriegs. Erst eine Weile nach dessen Beendigung, im Juni 1856, gingen Preußen und Österreich diplomatisch in Kopenhagen vor. Am Bundestag, der daher jetzt nicht in die Schranken zu treten brauchte, atmete man erleichtert auf, als der Kelch an ihm vorüberging. „Es würde gewiß,“ schreibt Nechberg im Juni 1856, „zu ebenso unerquidlichen als aufregenden Verhandlungen führen, wenn der Bund veranlaßt werden würde, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Der Wunsch, daß dies vermieden werden könne, ist daher hier auch von allen Seiten laut ausgesprochen, und man wird der kais. Regierung zu großem Danke verpflichtet sein, wenn sie durch geeignete Vorstellungen die königl. dänische Regierung veranlaßt, die zunehmende Aufregung in den Herzogthümern

⁵⁾ N. Neergaard, Under Junigrundloven II, 1 (1916) S. 68—74.

durch conciliatorisches Vorgehen zu beschwichtigen“. Nächst dem Gesandten für Holstein-Lauenburg, Bernhard v. Bülow, war es besonders Rechberg selber, dem davor graute, diese Frage an den Bund gebracht zu sehen. „Von den deutschen Regierungen wird dieselbe als eine Nationalitätsfrage behandelt; als kais. Gesandter muß ich aber, der Konsequenzen wegen, jede Beziehung auf das Nationalitätsprinzip hintanzuhalten trachten“⁶⁾.

Österreich und Preußen traten gesondert, aber in einheitlichem Sinne in Kopenhagen auf. Sie erinnerten Dänemark an seine 1851/52 übernommenen Verpflichtungen und wiesen auf die Gefahr hin, die eine Beschwerde der Stände beim Bundestag für Dänemark heraufbeschwören müßte. Doch aus beiden Notizen war herauszuhören, wie ungern man in Wien und in Berlin die Möglichkeit ins Auge faßte, sich aufs neue mit einer so widerwärtigen Sache befassen zu müssen. So beeilte Dänemark sich nicht mit der Antwort, und als es im September endlich das Wort zu seiner Rechtfertigung ergriff, geschah es in einer Weise, die den deutschen Mächten zeigte, wie wenig ihre Warnungen gewirkt hatten. Dänemark wußte von keiner Verletzung seiner Verpflichtungen und bestritt, daß die Beschwerden der holsteinischen Ständeverammlung der Stimmung im Lande entsprächen. Schon im Oktober antworteten Wien und Berlin, empfahlen dringend gütliche Vereinbarung mit den Ständen Holsteins und Lauenburgs und ließen keinen Zweifel, daß sie andernfalls die Streitfrage an den Deutschen Bund bringen würden. Von Schleswig war kaum noch die Rede; die feste Haltung Dänemarks hatte wohl die ohnehin nicht geringe Scheu, an die europäische Seite der Frage zu rühren, noch gesteigert: sprach man nur von Holstein und Lauenburg, so besprach man eine deutsche, keine europäische Angelegenheit. Die National-

⁶⁾ Berichte Rechbergs v. 18. Juni u. 12. Juli 1856. Dazu Bismarcks Bericht v. 2. Juni. Pr. i. BT. III S. 6 f.

zeitung hat später einmal über den Bundestag geklagt, „der aus der Schleswig-holsteinischen Sache die Sache der ‚Elbherzogtümer‘ (o über das hübsche Wort!) geschnitzt hat“⁷⁾. Sehr mit Unrecht: der Bundestag konnte nicht anders! Für ihn gab es nur eine holstein-lauenburgische Frage. Die beiden deutschen Großmächte waren es, die vor der Schleswig-holsteinischen Frage scheuten wie das gebrannte Kind vor dem Feuer und sie daher gern zu einer holstein-lauenburgischen Frage verkleinerten.

Kein Wunder, daß Dänemark sich abermals in ungehöriger Weise mit seiner Erwiderung Zeit nahm. Erst im Februar 1857 ließ es sich herbei, das staatsrechtliche Colloquium fortzusetzen, und antwortete jetzt noch selbstbewußter als das erste Mal. Das Wort „Personalunion“, das die preußische Note auf das Verhältnis der unter dänischem Szepter vereinigten Lande zu einander anwendet, wird mit einem Ausdruck des Befremdens als offenkundigen Tatsachen widerstreitend gerügt und durch den Begriff „der althergebrachten Realunion zwischen Dänemark und den Herzogtümern Holstein und Lauenburg“ ersetzt, Schleswig also als integrierender Bestandteil der Krone Dänemark verstanden. Eine umfangreiche Denkschrift zur Begründung des dänischen Rechtsstandpunktes atmet den gleichen Geist vollendeter Selbstsicherheit wie die dänischen Noten⁸⁾. Doch selbst nach dieser Antwort zögerten die Großmächte noch, an den Bund zu gehen, d. h. einen Weg zu beschreiten, der logischer Weise kaum anders als mit der Bundesexekution gegen Dänemark enden konnte. Und die gemeinsame Scheu vor dieser unerwünschten Folge knüpfte die beiden sonst so wenig anhänglichen Weggenossen nur noch fester an einander. Im März berichtet Reckberg

⁷⁾ Nationalzeitung 31. März 1858, Morgenausgabe.

⁸⁾ Der gesamte Notenwechsel mit den Denkschriften in Prot. BB. 1857, S. 676—742. Die Gegenüberstellung von Personal- und Realunion: S. 711, 721, 724. Die Noten allein auch in dem oben (Anm. 1) zitierten Urkundenbuch S. 70—99.

über ein Gespräch mit Bismarck, der ihm sagte, „er habe keine Zeit gefunden, diese voluminöse Antwort der dänischen Regierung zu lesen und kenne auch die Ansichten des Herrn von Manteuffel hierüber nicht näher; nur so viel könne er mir versichern, daß das preußische Cabinet fest entschlossen sei, in dieser Angelegenheit nur im engsten Einverständnis und nach vorläufiger Besprechung mit dem kaiserlichen vorzugehen“⁹⁾. Auch dieses wünschte Fühlung mit Preußen zu behalten; aber weder in Wien noch in Berlin war etwas von der scharf antidänischen Gesinnung zu spüren, die am Bundestag, wie Bismarck berichtet, von seinen deutschen Kollegen ohne Ausnahme zur Schau getragen wurde. Der preußische Gesandte empfand ganz richtig, wenn er meinte, dem Grafen Rechberg sei die Aussicht auf Verhandlung der Frage am Bunde sehr unangenehm; aber auch er selber empfahl ein hinauszügernes Verfahren, damit man inzwischen auf die auswärtigen Höfe und durch diese auf Dänemark wirken könnte¹⁰⁾. Er dachte sogar, wenn wir Rechberg glauben dürfen, an Berufung der Unterzeichner des Londoner Protokolls und an europäische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemarks: „Dänemark sei das einzige Land, in welchem die durch die Revolution im Jahre 1848 geschaffenen Institutionen nicht nur beibehalten, sondern fortentwickelt worden seien. Die jetzigen beklagenswerthen Zustände in Holstein und Lauenburg seien nur die natürliche Folge der Herrschaft des Radicalismus in Kopenhagen, und die Großmächte könnten hiezu nicht gleichgültig zusehen“¹¹⁾. Bismarck hat wenige Wochen später dem Kaiser Napoleon ähnliche Klagen über die dänische Verfassung und Regierungsweise, über die Herrschaft einer demokratischen und national fanatisierten Parlamentsmehrheit vorgetragen. Er wünschte also sicherlich die monarchischen Regierungen gegen den demokratischen

⁹⁾ Bericht Rechbergs v. 11. März 1857. *MA*.

¹⁰⁾ B.'s Bericht v. 9. März. *Pr. i. BL. III S. 89*.

¹¹⁾ Bericht Rechbergs v. 18. März. *MA*.

Nationalismus der Dänen scharf zu machen. Aber er dachte nicht daran, Preußen bei dem gewagten Versuch einer auf das Londoner Protokoll gestützten europäischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemarks eine irgendwie führende Rolle zuzuschieben; denn in seinen Berichten nach Berlin steht von dieser Anregung nichts.

Ehe Bismarck nicht die Stellung der europäischen Kabinette zu der wiedererwachten Schleswig-holsteinischen Frage kannte, wollte er weder von einem Vorgehen Preußens noch des Bundes etwas wissen. Die Klagen der unterdrückten Schleswig-Holsteiner rührten sein Herz gar nicht, und nur in der Rücksicht auf die öffentliche Meinung Deutschlands sah er einen unausweichbaren Antrieb für Preußen, dieser Herzensfrage der Nation nicht die kalte Schulter zu zeigen und sich durch Österreich an deutschem Eifer übertreffen zu lassen. „Ich stellte ihm die Frage,“ meldet Rechberg vertraulich am 18. März, „ob er Nachrichten aus Berlin habe, die die Absicht der kaiserlichen wie der königlich preußischen Regierung bekundeten, die holsteinische Frage an den Bund zu bringen, und wie er, eintretenden Falles, glaube, daß sie von uns dahier zu behandeln sei. Er antwortete, daß ich einsehen würde, wie man in Berlin sich durch Wien werde bestimmen lassen müssen und, wenn auch ungern, doch der öffentlichen Meinung wegen hinter Österreich nicht zurückbleiben könne. Was die Behandlung am Bunde betreffe, so müsse vor Allem ins Klare gezogen werden, was man wolle; man schreie von allen Seiten, aber auf die Frage: welches die Beschwerdepunkte eigentlich seien, deren Abstellung von Dänemark gefordert werden müsse, sei man ihm immer noch die Antwort schuldig geblieben“. Rechberg war von Bismarcks Freimut so betroffen, daß er den Grafen Buol bat, von dieser ganz vertraulichen Unterredung keinen Gebrauch zu machen; er habe nur deshalb darüber berichtet, weil bei dem gewichtigen Einflusse des preußischen Bundestagsgesandten in

Berlin aus Bismarcks Worten auf die künftige Haltung Preußens in dieser Frage geschlossen werden könne.

Seine letzten Gedanken hat Bismarck freilich dem Österreicher nicht enthüllt. Der entscheidende Grund für seine eisige Kühle gegenüber der nationaldeutschen Seite der schleswig-holsteinischen Frage lag in der Erwägung, daß damals eine etwa zu erreichende Loslösung der Herzogtümer vom dänischen Gesamtstaate keinen Gewinn, sondern wahrscheinlich eine Schädigung für Preußens Stellung am Bunde wie in Europa bedeutet haben würde. Am Bunde, weil ein neues deutsches Großherzogtum an der Elbe nur die Zahl der mit Österreich gehenden Stimmen in Frankfurt vermehrt hätte; in Europa, weil ein verkleinertes Dänemark unter fremden, wahrscheinlich englischen oder russischen Einfluß geraten wäre¹²). Außerdem würde jede jetzt erreichbare Lösung dieser Frage leicht einer für Preußen ersprißlicheren, die später etwa möglich wurde, den Weg verbaut haben. Also mußte Preußen in seiner schleswig-holsteinischen Politik möglichst konservativ sein, nur nicht so weit, daß es durch die öffentliche Meinung Deutschlands verurteilt oder durch Österreich beschränkt würde.

Während zwischen Wien und Berlin verhandelt wurde, ob und wie man Dänemark noch einmal Langmut beweisen und dem Appell an den Bund ausweichen könnte, erbat und erhielt Bismarck die Erlaubnis, in den Osterferien nach Paris zu reisen, um Napoleon zu sondieren. Es gelang ihm, den damals auf Erhaltung des Friedens bedachten Kaiser der Franzosen für seinen Gedankengang zu gewinnen: die Bedrückung Schleswig-Holsteins durch die Kopenhagener Demokraten gefährde den Bestand des dänischen Gesamtstaates und damit den Frieden Europas; beides könne nur erhalten werden, wenn die Großmächte, wie Rußland bereits getan

¹²) Für die Belege siehe A. D. Meyer, Die Zielsetzung in B.'s schlesw.-holst. Politik. Zeitschr. d. Ges. f. schl.-h. Gesch., 53 (1923) S. 112 ff.

habe, in Dänemark zur Vernunft redeten¹³⁾. Es war für den Verlauf der schleswig-holsteinischen Kriſis in dem von Bismarck gewünschten Sinne von Wert, daß Frankreich jezt seine Stimme in Kopenhagen mit der Rußlands warnend und zur Mäßigung ratend vereinte. Für das Verhältnis Preußens und Österreichs am Bundestag aber sollte, wie später zu zeigen sein wird, Bismarcks Pariser Reise eine weit größere Bedeutung gewinnen: Frankreich wurde fortan der Hauptstein im Brettspiel von Bismarcks Politik.

Die letzte Gelegenheit zur Umkehr, die die beiden deutschen Großmächte der dänischen Regierung boten, ehe sie ihre Vorlage über die holstein-lauenburgische Verfassungsfrage an den Bundestag brachten, wurde von Dänemark nur halb ergriffen. Die Stände von Holstein und Lauenburg sollten, wie von Österreich und Preußen gewünscht, zusammengerufen werden, allerdings nur um bei der Revision ihrer provinziellen Sonderverfassungen mitzureden, nicht um zu dem Haupttätigkeitsgegenstand, der Gesamtstaatsverfassung von 1855, Stellung zu nehmen¹⁴⁾. Dieser Entschluß Kopenhagens, scheinbar einzulenken, wurde in Frankfurt telegraphisch am 13. Mai bekannt, unmittelbar ehe Österreich und Preußen ihre gemeinsame Vorlage an den Bundestag bringen wollten. War es nun Bismarck, der dieses neue retardierende Moment in dem langsam sich entwickelnden Drama sofort mit Eifer ergriff, den peinlichen Eindruck ausmalte, den die Nichtachtung dieses dänischen Entgegenkommens bei den fremden Kabinetten machen mußte, und sich für Zurückhaltung der geplanten Vorlage aussprach? So stellt Rechbergs Bericht vom 13. Mai es eindeutig dar: „Ich glaubte mich nicht weigern zu können, diesem Wunsch (Bismarcks) zu entsprechen.“ Oder war es vielmehr Rechberg, der zuerst die Chamade blies und

¹³⁾ B.'s Bericht v. 1. Mai 1857. GB. II S. 211 ff. über Rußlands nachdrückliche Einwirkung auf Dänemark berichtet ausführlich Thun am 29. März. WA.

¹⁴⁾ Urkundenbuch S. 99—113. Neergaard II, 1 S. 151 f.

seinen Kollegen bestimmte, vor dem entscheidenden Schritt noch einmal nach Berlin zu berichten? So stellt Bismarcks Bericht vom gleichen Tage es ebenso eindeutig dar¹⁵⁾). Sicher ist, daß sie beide froh waren, die Vorlage an den Bund hinausschieben zu können. Der Anlaß dazu aber, das Telegramm aus Kopenhagen, wäre nicht gekommen, wenn Bismarck nicht Herrn von Bülow, den Gesandten für Holstein, bestimmt hätte, telegraphisch bei seiner Regierung anzufragen. Also hat Rechbergs Bericht die größere Wahrscheinlichkeit für sich. Bismarck ist es gewesen, der gebremst hat. Seine Instruktion gebot ihm, die Vorlage zusammen mit Österreich einzubringen. Er hielt dies für unerwünscht und verstärkte das Gewicht seiner Gegengründe, indem er in seinem Berichte aus Rechbergs bereitwilligem Einverständnis einen Wunsch machte, dem er sich verpflichtet gefühlt habe, nachzugeben: denn die Depesche aus Kopenhagen stelle ein Novum dar, das Einholung einer neuen Instruktion rechtfertige. Bismarcks Scheu vor dem Schritt an den Bund aber galt dem Präsidialgesandten als Beweis, wie wenig sich Österreich auf Preußen verlassen dürfte, wenn es zur Bundesexekution und zu Verwicklungen mit dem Auslande kommen sollte.

Und dieses Mißtrauen Rechbergs wuchs mit jedem Monat. Vom Mai bis in den Juli zog ein unfruchtbarer Notenwechsel zwischen den beiden deutschen Höfen und Kopenhagen die Angelegenheit weiter hin. Bismarck war ganz damit einverstanden: „Es schadet schwerlich, wenn wir die Sache einige Monat älter werden lassen, und meiner persönlichen Auffassung nach sehe ich überhaupt nicht ein, was wir dabei gewinnen, wenn sie schleunig und zu gründlicher Befriedigung aller Theile beigelegt würde. Es ist gewiß gut, unser Verhalten so einzurichten, daß man nicht den Eindruck erhält, als entzögen wir uns klaren und bestimmten Forderungen des

¹⁵⁾ Rechbergs Bericht: Anlage 18. B.'s Bericht: Pr. i. BT. III S. 108—111.

Verufes, Deutschland nach außen zu vertreten; aber sobald die Holsteiner unter ihrem Herzog sehr glücklich lebten, so würden sie kein Interesse mehr für Preußen haben⁽¹⁶⁾. Die Bedeutung dieses Gedankens für Bismarcks damalige Stellung zur Schleswig-holsteinischen Frage ist Rechberg nicht klar geworden. Wer konnte auch ahnen, daß Bismarck damals einer durchgreifenden Lösung dieser Frage abhold war, weil er auf eine Zukunft hoffte, die in ihrem Schoße die Erfüllung nicht nur der deutschen, sondern auch seiner eigenen preußischen Hoffnungen trug? In Rechbergs Vorstellung folgte Bismarck, so oft er in der holsteinischen Sache zur Mäßigung sprach, nur einem einzigen Kompaß: „Er hat vor allem das Zustandekommen eines engen Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich im Auge und wünscht alles zu beseitigen, was störend auf dasselbe einwirken könnte⁽¹⁷⁾.“ So lautete Rechbergs Kommentar, als Bismarck im Juli wieder gegen „vorzeitige Einmischung des Bundes“ auftrat. Frankreich hatte damals, trotz Bismarcks Pariser Reise, die noch am meisten dänenfreundliche Haltung unter den Großmächten; also — schloß Rechberg — sucht Bismarck, und ebenso sein gleichgesinnter Chef Manteuffel, alles zu vermeiden, was Dänemark wehetun könnte. Als ob dieser Kompaß allein ihren Kurs bestimmt hätte! Besser als die Hemmungen, denen die preußischen Staatsmänner in der holsteinischen Frage gehorchten, erkannte Rechberg die treibenden Kräfte ihrer Politik: die Rücksicht auf die Gesinnung des Königs und vor allem die Eifersucht auf Österreich, dem um keinen Preis die Ehre gelassen werden dürfte, Deutschlands Interessen an der Eider kräftiger zu vertreten als Preußen. „Herr von Bismarck in seiner so unvorsichtigen Aufrichtigkeit bezeichnet die bisherigen Schritte der beiden Kabinette in Kopenhagen als ein Wettrennen um Popularität in Deutschland⁽¹⁸⁾.“

¹⁶⁾ B. an Manteuffel, 2. Juli 1857. GW, II S. 240.

¹⁷⁾ Bericht Rechbergs v. 8. Juli. WA.

¹⁸⁾ Brief v. 1. Juli an Buol. Anlage 23.

Rechbergs Einschätzung des preußischen Bundesgenossen und Nebenbuhlers war also richtig im ganzen, aber unzureichend, was Bismarck anging. Und vor allem war ihm nicht bewußt, daß Österreich durch Preußen nicht anders eingeschätzt wurde als umgekehrt. Bismarck sah in Österreich, und ebenfalls mit gutem Grunde, nur einen sehr lauen Genossen, der bei den Kabinetten der Großmächte die Verantwortung für die gemeinsame schleswig-holsteinische Politik auf Preußen abzuschieben suchte¹⁹⁾. Also Mißtrauen hier wie dort und nirgends eine wirkliche, fest verbindende Interessengemeinschaft der beiden Mächte, die dennoch zusammenarbeiten und Dänemark wie dem Deutschen Bunde ein Bild der Eintracht vor-täuschen mußten! Es ist ein Bild, das Deutschlands ganzen politischen Jammer in der Bundestagszeit lebendig vor uns hinstellt.

Die außerordentliche Tagung der holsteinischen Stände im August und September 1857 wurde zu einem einzigen Protest gegen den dänischen Gesamtstaatsgedanken und schloß mit einer wuchtigen Zusammenfassung aller Beschwerden, der die äußerlich gewahrte Form der Treue und Ehrerbietung gegen den König-Herzog nichts von ihrer Schärfe nehmen konnte²⁰⁾. Damit hatte das für den Deutschen Bund zuständige Organ Holsteins gesprochen. Bald darauf ging die Ritter- und Landschaft des Herzogtums Lauenburg — und zwar auf Anstiften des benachbarten Hannover — sogar in aller Form den Bundestag um Schutz ihrer verfassungs- und verfassungsmäßigen Rechte an²¹⁾. Nun kam endlich, am 29. Oktober, der lang erwartete große Tag, an dem Österreich und Preußen ihre gemeinsame Vorlage wegen der Verfassungsangelegenheit der Herzogtümer Holstein und Lauenburg an den Bundestag

¹⁹⁾ B. an Manteuffel, 2. Juli 1857. GB. II S. 240. Vgl. 16. Apr. 1858. Pr. i. BT. III S. 297.

²⁰⁾ Neergaard II, 1 S. 152—156. Die „Bedenken“ der Stände auch in den Prot. BB. 1857 S. 755—769.

²¹⁾ Am 21. Okt. Ebenda S. 646.

brachten. Einigkeit aber bedeutete diese Gemeinsamkeit längst nicht mehr. Und die deutsche Öffentlichkeit wußte zur Genüge darum. Von österreichischer Seite war Ende September in der Presse verbreitet worden, die kaiserliche Regierung werde, wenn sie nach Ablauf der Ferien keine Verständigung mit Preußen über eine gemeinsame Vorlage erreicht habe, diese selbständig an den Bund bringen. Österreich nahm also das Verdienst der Führung bei diesem „Akte nationaler Energie“ für sich in Anspruch²²⁾. Damals hatte es ein gewisses Recht dazu: Buol eröffnete Verhandlungen in Berlin und wies auf den schlechten Eindruck hin, den es machen müßte, wenn man länger zögere, dem Bunde die holsteinische Frage zu überantworten²³⁾. Nur war es nicht gerade freundlich gehandelt, daß Österreich diesen Verhandlungen die Zeitungsmeldung vorausschickte, es werde nötigenfalls allein vorgehen. Drei Wochen später übte Preußen Vergeltung: es instruierte seinen Bundestagsgesandten einige Tage früher als Österreich den seinigen und ließ jetzt in der preußischen Presse dieselbe Melodie spielen wie vorher Österreich in der ihm ergebenen. Von Berlin wurde die Nachricht lanciert, die preußische Regierung habe ihren Vertreter angewiesen, die Mitwirkung des Bundes in der holsteinischen Sache ungesäumt anzurufen und die Unterstützung Österreichs in Anspruch zu nehmen. Auch in der außerpreußischen Presse hieß es nun, Preußen gehe voran, Österreich werde sich hoffentlich nicht versagen und der Lauheit anklagen lassen²⁴⁾.

So ging, mit Bismarck zu reden, der Wettlauf um die Gunst der öffentlichen Meinung von neuem los. War zuerst Bismarck darüber verstimmt, daß Österreich in diesem Rennen

²²⁾ B. an Manteuffel, 29. Sept. GB. II S. 254 f.

²³⁾ Buols Weisung (Nr. 1) an Frhr. v. Koller, österr. Gesandten in Berlin, 30. Sept. 1857. WB.

²⁴⁾ „Die Zeit“ 26. Okt. 1857 Abendnummer (352; vgl. auch Nr. 361); Deutsche Allgemeine Zeitung (Leipzig) 30. Okt.; Weimarer Zeitung 29. Okt.; Weserzeitung 30. Okt. Morgenausg.

führte, und drängte er daher seine Regierung zur Eile, so war es hinterher Rechberg, den der Zorn noch ganz anders packte, als gerade in den Entscheidungstagen, kurz vor und nach dem 29. Oktober, der Ruhm Preußens fast in der ganzen deutschen Presse verkündet wurde. Eben hatte der Prinz von Preußen die Stellvertretung für seinen erkrankten Bruder, den König, übernommen. Ihm wurde vielfach das Verdienst der endgültigen Entscheidung zugeschoben, Preußens vorheriges Zögern mit der Erkrankung des Königs entschuldigt. In manchen Blättern war eine Stimmung wie ein Jahr später wieder, bei Beginn der Neuen Aera. „Wie gern geben wir uns der Hoffnung hin, in dieser raschen Entschlossenheit und Kraftäußerung ein Omen für die Politik des Prinzen jetzt und in späterer Zukunft sehen zu dürfen!“²⁵⁾ Von Österreich war nur beiläufig die Rede, im Tone der Hoffnung und Ermutigung. Eine von Wien ausgesandte bittere und sarkastische Richtigstellung der österreichischen Rolle im politischen Spiel der letzten Wochen fand nur in wenigen deutschen Blättern Aufnahme²⁶⁾. Den Berliner Offiziösen wurde darin der Vorwurf gemacht, sie hätten hinterlistig die Gelegenheit benutzt, um Zweifel an der patriotischen Gesinnung des andern Großstaates auszustreuen.

Graf Rechberg nahm diesen Kampf der Presse bitter-ernst. Er sah mit Groß, daß Preußen in diesem, wie er meinte, gefährlichen Spiel es wirklich dahin gebracht habe, „trotz der Berichtigungen der besser unterrichteten Blätter den Glauben zu verbreiten, daß Preußen es gewesen ist, welches zuerst diese Angelegenheit an den Bund bringen wollte, und Österreich bestimmt hat, dem preußischen Cabinet zu folgen. Man scheint indessen es in Berlin zu übersehen, daß die Wahrheit schließlich doch durchdringen wird,

²⁵⁾ Mezerzeitung 31. Okt. Abend. Vgl. Deutsche Allgem. Zeit. 30. Okt. 1857.

²⁶⁾ Z. B. in der Agl. Privileg. Berlinischen (Wossischen) Zeitung v. 31. Okt. und in der Frankfurter Postzeitung v. 29. Okt.

und das Ansehen der Regierung bei einem solchen Spiel wenig gewinnen dürfte. Man überlegt nicht, welcher üble Eindruck ein solches Vorgehen auf das Ausland machen muß, dessen Pläne auf die Hoffnung eines Mangels an Einverständnis zwischen den beiden deutschen Großmächten berechnet sind; und man läßt endlich außer Acht, wie hoch die Hoffnungen in der öffentlichen Meinung durch eine solche Sprache gesteigert werden, und wie bedenklich es ist, in einer Sache, welche das Nationalgefühl so tief erregt, Hoffnungen zu erwecken, wenn man, wie es in Berlin der Fall ist, nicht beabsichtigt, die Sache auf die Spitze zu treiben, und in der Verweisung dieser Angelegenheit an den Bund nur ein Mittel sucht, das Odium, welches eine minder energische Betreibung der Frage mit sich bringt, von sich auf den Bund abzuwälzen. Es wäre dies allerdings ein bequemes Mittel, die so verhaßte Institution des Bundes zu Grunde zu richten und deren Fortbestand zur Unmöglichkeit zu machen⁽²⁷⁾.

Rechbergs Sorge vor Enttäuschung des erregten Nationalgefühls war auch Bismarcks Sorge gewesen, und eben deshalb hatte dieser seine Regierung gedrängt, die Verantwortung für den ferneren Verlauf der Sache dem Bunde aufzubürden⁽²⁸⁾. Das hatte der kluge Österreicher durchschaut, und sein längst erschüttertes Vertrauen zu Preußens Loyalität war damit völlig zerstört. War zerstört in dem Augenblick, da er Arm in Arm mit seinem preußischen Kollegen vor die oberste Bundesbehörde trat, um vor den Augen ganz Deutschlands, die seit vielen Jahren nicht mehr so erwartungsvoll nach Frankfurt geblickt hatten, eine Ehrensache der Nation in die Hände der hohen Versammlung zu legen. Es war in der That weit gekommen mit dem Bunde, wenn in einem solchen Augenblicke jede seiner beiden Vormächte von der anderen nur das Schwärzeste denken konnte, jede bemüht, der anderen

²⁷⁾ Rechbergs Bericht (B) v. 4. Nov. 1857. *WZ.*

²⁸⁾ Siehe Anm. 22.

den nationalen Wind aus den Segeln zu fangen, die Prästidialmacht überzeugt, daß ihr Rivale nur den einen Wunsch habe, den Bund zugrunde zu richten. In jedem Staate und jedem Staatenbunde gibt es einen Kontrast zwischen Ideal und Wirklichkeit und muß ihn geben. Aber im Deutschen Bunde der Reaktionszeit hatte dieser Kontrast einen Grad erreicht, der zum Hohn auf den Bund selbst wurde. Vor Jahren hatte Bismarck einmal in einem von Laune und Satire sprühenden Brief an seine Schwester sich gerühmt, er dürfe sich schmeicheln, den Bund allmählich mit Erfolg zum Bewußtsein des durchbohrenden Gefühls seines Nichts gebracht zu haben²⁰⁾. Er hat nicht nur auf dieses Bewußtsein, sondern auch auf das Nichts des Bundes hingearbeitet. Aber hat nicht Österreich, unbewußt und ungewollt, in anderer Weise dasselbe getan? Der Unterschied war nur der, daß Preußen den Bund schwach zu halten suchte, weil es ihn nicht beherrschen konnte, während Österreich, am offensten während des Krimkrieges, den Bund als Werkzeug für seine eigene Politik auszunutzen suchte und ihn für ein unnützes Institut erklärte, wenn das nicht gelang (S. 228). In der Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage aber waren im Grunde beide gleich unehrlich: beide tatenscheu, doch mutig scheinend — sie hatten beide einander nichts vorzuwerfen.

Wieviel die preußisch-österreichische Vorlage vom 29. Oktober 1857 bei näherem Zusehen auch verlieren mag — die Wirkung dieses Schrittes an den Bundestag als obersten Richter in der holsteinischen Sache war in der Öffentlichkeit dennoch groß, um so größer dadurch, daß so langes Zaudern und Erwägen vorhergegangen war. Nur ein folgenschwerer Schritt, das war die Empfindung, geschieht mit so viel Vorbedacht. Manche Pressestimmen lesen sich, als habe Deutschland seine Kriegsbereitschaft verkündet. Am Vorabend der Entscheidung wollten einige Blätter von einem Ultimatum an Dänemark wissen. Besonders in Norddeutschland, in der

²⁰⁾ Briefe an Schwester u. Schwager S. 66 (22. Dez. 1853).

Nähe des Landes, das nun plötzlich wieder, wie im Frühling 1848, im Mittelpunkt der nationalen Hoffnung stand, wurde die Vorlage als großes Ereignis angesehen. „Der Bund muß sich damit befassen,“ triumphtierte die Weserzeitung, „er sitzt endlich dran Nachdem die deutschen Großmächte und der Bund sich so weit eingelassen haben, muß doch etwas geschehen in der Sache; man kann sie deutscherseits nicht so wieder aus der Hand geben, ohne das sonst landesübliche Maß von Blamage zu überschreiten . . . Wie man weiß, ist die Stimmung, dem Bundestage zu folgen, auf eine Marschordre des Bundestages zu warten, in deutschen Ländern eine rechte Seltenheit. Möge doch die Neuheit der Situation an entscheidender Stelle reizen, sie zu benutzen!“³⁰⁾ Und wieder, wie im Frühling 48, schien Schleswig-Holstein zum Schicksalsland der deutschen Einheit werden zu sollen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung in Leipzig schrieb: „Die deutsche Einheit, so oft und so viel ein Spott und ein Hohn für das Ausland, und leider auch für einen großen Teil des Inlandes — jetzt hat sie ein Feld, um sich zu bewähren und den Hohn der Zweifler zuschanden zu machen“³¹⁾. Durch die Blätter aller Parteien, von den Demokraten bis zur Kreuzzeitung, ging das gleiche Gefühl, jetzt werde Deutschland gewogen in Europa!

Und der Flug dieser Begeisterung machte nicht, wie das Staatsrecht des Deutschen Bundes, Halt an der Eider. Der Bundestag wurde erinnert, auch an Schleswig zu denken, wenn er dort auch nach dem strengen Buchstaben des Gesetzes nicht zuständig sei. Die berufenen Hüter deutscher Ehre dürften nicht dulden, daß Deutschlands Heiligstes, die Muttersprache, von den Bögen der dänischen Gewalt mit Füßen getreten werde³²⁾. Die Nationalzeitung brachte eine Artikel-

³⁰⁾ Weserzeitung 31. Okt. Abend.

³¹⁾ Deutsche Allgem. Ztg. (Leipzig) 30. Okt.

³²⁾ Ebenda 31. Okt.

reihe „Die Dänen in Schleswig“, leidenschaftlich erregte und aufreizende Anklagen gegen die dänische Zwingherrschaft. Sie gab das Stichwort aus: „Keine Halbheit in den Herzen und keine Halbierung des Landes! . . . Es giebt in Deutschland keinen gesunderen, besser zusammenstimmenden Staat als einen freien Schleswig-Holsteinischen“.

Dem Grafen Rehberg wurde angst und bange, als er diesen Sturm durch Deutschland gehen sah. Nachdem die holstein-lauenburgische Frage, schrieb er am 4. November an Graf Buol, an den Bund habe gebracht werden müssen, gelte es den damit verbundenen Gefahren ausweichen, der äußeren, Einmischung Europas, und der inneren. „Wenn es eines Beweises bedurft hätte, um die Existenz der zweiten darzulegen, so würde er durch die ungeheure Aufregung, welche durch das bloße factum der Verweisung dieser Frage an den Bund in ganz Deutschland hervorgerufen wurde, geliefert worden sein. Diese Aufregung besteht und hat das innerste Mark des Volkes durchdrungen; es muß ihr Rechnung getragen werden, wenn man nicht die Revolution hervorrufen will.“ Graf Buol hatte bis dahin von der großen Aufregung wohl wenig bemerkt. Er setzte an den Rand des letzten Satzes zwei große Ausrufungszeichen. Auf Bismarck machte der Blättersturm überhaupt keinen erkennbaren Eindruck. Innerhalb des Bundestages aber fand die öffentliche Meinung ihr Sprachrohr im Gesandten von Hannover, Herrn von Heimbruch. Hannover wurde jetzt, wie es früher (1852) schon Bayern gewesen war, der Vertreter jener für die beiden Großmächte so unbequemen mittelstaatlichen Politik, die, unbeleitet durch europäische Verantwortung, allein das nationale Gefühl zu ihrer Richtschnur nahm. Unmittelbar nachdem Österreich und Preußen in der großen Sitzung vom 29. Oktober ihre Vorlage gemacht hatten, erklärte Hannover, es sei höchste Zeit, zu handeln, längeres Zögern würde nur die Folge haben, daß die dänische Regierung auf dem Wege zum Einheitsstaat weiter fortschritte. Als Grenznachbar der

bedrohten Herzogtümer stelle daher Hannover den Antrag, der Bundestag möge prüfen, ob Dänemark seine Verpflichtungen von 1851/52 erfüllt habe, oder nicht; ergebe die Prüfung, daß sie nicht erfüllt seien, so möge der Bundestag alle rechts- und vertragswidrigen Bestimmungen und Einrichtungen für ungültig erklären, falls Dänemark nicht innerhalb bestimmter Frist seine Verbindlichkeiten erfülle.

Weniger im sachlichen Inhalt, als in der Schärfe der Form und im Verzicht auf weitere Verhandlungen mit Kopenhagen lag das Charakteristische der Erklärung. Als Heimbruch vor der Sitzung eine Konferenz mit den Gesandten Österreichs und Preußens erbat und ihnen die Erklärung vorlegte, da stieß er auf Bedenken bei Graf Rechberg, „der überhaupt einige Ängstlichkeit in dieser Sache an den Tag legt“, während er von Bismarck eher unterstützt wurde³³⁾. Heimbruch ließ sich bestimmen, „einige der animosesten Stellen“ auf den Rat der beiden Gesandten zu unterdrücken; aber auch in abgeschwächter Gestalt wirkte die Erklärung dennoch so scharf, daß Bernhard von Bülow, Dänemarks Gesandter für Holstein-Lauenburg, die ihm sonst eigene Ruhe verlor — ein besorgliches Omen für den ferneren Verlauf der Dinge³⁴⁾.

Der Verfasser dieser Erklärung, Staatsrat Zimmermann, Generalsekretär des Ministeriums in Hannover, der schon den Lauenburgern ihre Beschwerdeschrift geschrieben hatte³⁵⁾, versicherte persönlich dem Grafen Rechberg, Hannover sei entschlossen, immer einen Schritt weiter zu tun als die übrigen. Da der Gedanke nahe lag, daß andere ebenso handeln würden,

³³⁾ Bericht Heimbruchs an seinen Minister, Grafen Adolf Platen zu Hallermund, 29. Okt. 1857. St.-A. Hannover 16. G. Nr. 12 dd fol. 168.

³⁴⁾ Prot. BV. 1857, § 306 S. 633 f. Immediatbericht Bismarcks v. 30. Okt. Pr. i. BT. III S. 167 f.

³⁵⁾ So wurde dem Grafen Buol aus Hannover berichtet. Siehe Buols Weisung (Nr. 2) v. 30. Sept. 1857 an v. Koller in Berlin. BA.

um ihrer Regierung die Gunst der öffentlichen Meinung zu gewinnen, war Rechberg in schwerer Sorge, wie er alle diese Popularitätsbestrebungen im Zaume halten und einen ruhigen Geschäftsgang sichern sollte. Heimbruch bemühte sich, entsprechend einer Weisung von seiner Regierung, zum Referenten des Ausschusses gewählt zu werden, der nun die österreichisch-preussische Vorlage zu behandeln hatte³⁶⁾. Graf Rechberg würde am liebsten verhindert haben, daß Hannover überhaupt in den Ausschuß hinein kam; aber Bismarck überzeugte ihn, daß es besser sei, es mit hineinzunehmen, um Ausschreitungen vorzubeugen³⁷⁾. Bismarcks Politik ging auf ein doppeltes Ziel: er wollte Hannover von Österreich ab auf die preussische Seite hinüberziehen; er wollte andererseits aber dem, auch im preussischen Interesse erwünschten, Kampf des Präsidialgesandten gegen die Scharfmacher in der holsteinischen Frage seine Unterstützung nicht versagen. Aus dieser doppelten Zielsetzung ergab sich eine mittlere Richtung. Das Ergebnis entsprach Bismarcks Wünschen: Hannover lehnte sich an Preußen an. Die beiden feindlichen Brüder aber, Österreich und Preußen, hielten trotz gegenseitigen Mißtrauens doch allen Regungen einer eigenmächtigen mittelstaatlichen Politik gegenüber fest zusammen. Rechberg würde das einflußreiche Amt des Ausschußreferenten gern Bismarck zugeschoben haben — ein Vertrauensbeweis, wie er in den dienstlichen Beziehungen der beiden zu einander nicht häufig vorkam. Allein Bismarck hütete sich wohl, die verhängliche Ehre anzunehmen, und machte geschickt geltend, die

³⁶⁾ Weisung des Grafen Platen v. 23. Okt. an Heimbruch: „S. Kgl. Maj. wünschen dringend, daß Sie in diesen Ausschuß kommen und Alles aufbieten, dies zu erlangen, auch womöglich Referent in dieser Sache zu werden.“ St.-M. Hannover 16. H. Nr. 102 vol. I fol. 7. Dazu Heimbruchs Bericht v. 5. Nov. über die Ausschichtslosigkeit seiner Wahl zum Referenten. Ebenda fol. 137.

³⁷⁾ Brief Rechbergs an Buol v. 31. Okt. WM.

Wahl des Referenten müsse dem Auslande zeigen, daß nicht nur die beiden Großmächte, sondern alle Bundesregierungen von tätigem Interesse für diese Sache beseelt seien³⁸⁾. Bismarck unterstützte die Kandidatur Heimbruchs³⁹⁾. Das war eine ungefährliche Gefälligkeit für Hannover; denn seine Wahl war ausgeschlossen, da die Mehrheit den extremen Standpunkt Hannovers ablehnte. In der Hand Bayerns, das diesmal, anders als 1852, die schleswig-holsteinische Frage mit sachlicher Ruhe und Vorsicht behandelte, war das Amt des Referenten zur Zufriedenheit der Mehrheit wie der großstaatlichen Gesandten aufgehoben.

Im weiteren Verlauf der Dinge, der hier nicht im einzelnen geschildert zu werden braucht, zeigte Rechberg sich als der besorgtere und nervösere Teil, Bismarck als der Mutigere und Ruhigere. Ihn regte die Angelegenheit nicht auf, und er gab das geblissentlich zu erkennen. Als der Bayer, Freiherr v. Schrenk, eine Weisung erhielt, die die Berufung einer Ausschussitzung nötig machte, war Rechberg doch etwas ärgerlich, als Bismarck die Einladung zur Sitzung ablehnend beantwortete: er wolle an dem Tage auf die Jagd gehen. Da Rechberg weder die preußische Unterstützung entbehren noch Bismarck umstimmen konnte, so mußte er nachgeben und die Sitzung so legen, wie es Bismarck genehm war⁴⁰⁾. Dieser wußte ja doch, daß Rechberg ihn brauchte. Seine überlegene Gewandtheit in der Debatte war dem Präsidialgesandten ebenso wertvoll wie die preußische Abstimmung, die in der holsteinischen Frage damals weisungsgemäß stets mit der

³⁸⁾ B.'s Bericht v. 6. Nov. Pr. i. BT. III S. 167 f., Anm. 1. Über das Zusammenarbeiten mit Bism. gegen Hannover schreibt Rechberg vor allem in seinem Berichte v. 11. Nov.

³⁹⁾ Bericht Heimbruchs v. 9. Nov. St.-M. Hannover a. a. O., fol. 140.

⁴⁰⁾ Bericht Rechbergs v. 18. Nov. WM. Über die Bedeutung der bayrischen Weisung siehe Bismarcks Bericht v. 19. Nov. Pr. i. BT. III S. 173.

österreichischen ging. Wien und Berlin arbeiteten einträchtig und in enger Fühlung zusammen. Bismarck aber, seit Beginn seiner Frankfurter Zeit mit der schleswig-holsteinischen Frage vertraut wie kein anderes Mitglied des Bundestages, beherrschte den verwickelten Stoff besser als Rechberg. Als Hannover den Versuch machte, auch die staatsrechtlichen Verhältnisse Schlesiens vor das Forum des Bundestags zu ziehen, wie zahlreiche Stimmen der Öffentlichkeit es wünschten und hofften, da kämpfte Rechberg mit den Argumenten, die Bismarck ihm geliehen hatte, gegen diese Überbreitung der Eidergrenze durch den Deutschen Bund⁴¹⁾.

Schließlich hatte Bismarck auch den besseren Überblick über die europäischen Voraussetzungen dieser Frage, an der alle Großmächte durch Vertrag und politische Interessen beteiligt waren. Und wenn der Bundestag auch nur eine holstein-lauenburgische Frage kennen wollte, so gab es doch keinen Zweifel, daß eine Bundesexekution auch südlich der Eider — wenn diese Beschränkung im Ernstfalle überhaupt durchführbar blieb — die Unterzeichner des Londoner Protokolls mit auf den Plan rufen würde. Darüber war auch Rechberg völlig im klaren; er fürchtete überdies, daß dann Rußland und Frankreich einander näher kommen, Österreichs europäische Stellung also verschlechtert werden würde. Ja, er rechnete damit, daß eine französisch-russische Einsprache gegen Bundesexekution die beiden Kabinette auf ein gemeinsames Feld führen und dem Fürsten Gortschakow die erwünschte Gelegenheit bieten könnte, ein engeres Bündnis zwischen Rußland und Frankreich zustande zu bringen, „von allen Allianzen die gefährlichste für das K. K. Kabinet“. Bedrückt von dieser Sorge, kam er wiederholt darauf zu sprechen und bat seinen Chef um Aufklärung über die Haltung der europäischen Mächte⁴²⁾. Bismarck wußte in der Hauptsache aus eigener

⁴¹⁾ Bericht B.'s v. 8. Jan. 1858. Pr. i. BT. III S. 198.

⁴²⁾ Rechbergs Berichte (A) v. 23. Okt. u. 4. Nov., Brief v. 23. Okt. 1857. WA.

Kenntnis Bescheid. Nicht nur in Paris hatte er persönlich sondiert und war seitdem mit dem französischen Gesandten in Frankfurt in enger Fühlung geblieben. Auch mit Fürst Gortschakow hat er über Schleswig-Holstein verhandelt und mit Herrn von Fonton, dem russischen Gesandten in Frankfurt, manche vertrauliche Aussprache darüber gehabt⁴³⁾. Für Reichberg war der Verkehr mit diesen Gesandten weniger erziebig, da Österreichs Beziehungen zu den beiden Kaiserreichen in Ost und West an Intimität hinter denen Preußens weit zurückblieben.

Auch über die Stimmung in Kopenhagen aber war niemand am Bunde besser unterrichtet als Bismarck. Er hatte im August 1857, also während der Tagung der holsteinischen Stände in Ikehoe, eine Ferienreise nach Dänemark gemacht, den König und den leitenden Minister Carl Christian Hall vertraulich gesprochen und nicht nur ihre Ansichten kennen gelernt, sondern auch selber einen starken Eindruck hinterlassen. Er galt den Kopenhagener Staatsmännern zwar als extravagant, aber als ein Mann von tonangebendem Einfluß auf die preußische Politik und von viel weiterem und höherem Blick als die meisten Deutschen⁴⁴⁾. Nach Frankfurt zurückgekehrt, sprach Bismarck sich gegen Bernhard von Bülow sehr zufrieden über die Eindrücke aus, die seine Kopenhagener Unterredungen ihm hinterlassen hätten. Er hatte herausgehört, daß ein Entgegenkommen Dänemarks zu erwarten wäre, solange Deutschland die Eidergrenze respektierte⁴⁵⁾. Kurz nachdem Österreich und Preußen ihre gemeinsame Vor-

⁴³⁾ Mit Gortschakow im Juli 1857. GW. II S. 240 f. Zu Fonton vgl. Pr. i. BT. III S. 298 f.

⁴⁴⁾ Über B.'s dänische Reise vgl. A. D. Meyer i. d. Zeitschr. f. schlesw.-holst. Gesch. 53 (1923) S. 114 f. Über die dän. Beurteilung B.'s: A. F. Kriegers Dagbøger, udgivet af Koppel, Friis, Munch, I (1920) S. 238.

⁴⁵⁾ Bericht Bülows v. 24. Sept. 1857. Kriegers Dagbøger I S. 233. Bismarck selbst berichtet am 5. Apr. 1861 aus der Erinnerung über sein Gespräch mit Hall. GW. III S. 204.

lage an den Bund gebracht hatten, am 10. November, schrieb Bismarck daher einen ausführlichen, sorgfältig überlegten Brief an seinen dänischen Gastfreund, den Politiker und späteren Minister Baron Blixen Finede. Der Brief, berechnet auf den Minister Hall, begründet, warum die Einbringung der Vorlage an den Bund für Preußen unausweichbar gewesen war, und setzt zugleich auseinander, daß um der deutschen öffentlichen Meinung willen ein Erfolg in dieser Sache eine ebenso unausweichliche Notwendigkeit für den Bundestag bedeute. Blixen Finede, der gern eine Rolle spielte, bot dem Minister Anfang Januar an, nach Frankfurt zu reisen, um Bismarck die schwierige Stellung der dänischen Regierung klar zu machen. Hall ging darauf ein, und Bismarck hatte dadurch während Blixens mehrtägigem Frankfurter Aufenthalt aufs neue Gelegenheit, die Ansichten der dänischen Regierung an der Quelle zu studieren⁴⁶⁾. Erst jetzt erhielt auch Rechberg durch eine längere Unterredung mit Baron Blixen die gleiche Gelegenheit⁴⁷⁾.

Dank all diesen Einblicken in die Haltung der Kabinette von Paris, St. Petersburg und Kopenhagen hatte Bismarck das, was Rechberg in der holsteinischen Frage abging, ein sicheres Gefühl für das Erreichbare. Er wußte, daß ohne einen großen europäischen Konflikt nicht mehr zu gewinnen war, als die Aufhebung der dänischen Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg — dieses Zieles aber war er gewiß, während Rechberg es nicht war. Das Ergebnis der Ausschußberatungen, das am 14. Januar 1858 der Bundesversammlung vorgelegt werden konnte, entsprach den Bismarckschen Anschauungen. Es wurde beantragt, der Bundestag möge die holsteinische Verfassung von 1854 sowie die

⁴⁶⁾ Tage Friis, Blixen Finede og Bismarck. En Brevveksling. Danske Magazin 6. R. II (1916) S. 374 ff., 379. Riegers Dagbøger I S. 238. Bismarck an Manteuffel, 15. März 1858. GW. II S. 300.

⁴⁷⁾ Rechbergs Berichte (A u. B) v. 13. Jan. 1858. WA.

dänische Gesamtverfassung von 1855 in ihrer Anwendung auf Holstein als in verfassungsmäßiger Wirksamkeit bestehend nicht anerkennen und möge die königlich-herzogliche Regierung auffordern, in Holstein und Lauenburg einen dem Bundesrecht wie den Verbindlichkeiten von 1851/52 entsprechenden Zustand herbeizuführen. Als es am 11. Februar zur Abstimmung kam, bemängelte Hannover, getreu seinem Vorsatz, immer einen Schritt weiter zu gehen als die übrigen, die Nichterwähnung Schleswigs und wurde durch Sachsen-Koburg-Gotha darin entschieden unterstützt. Im übrigen aber fanden die Anträge, von der dänischen Stimme abgesehen, einen nahezu ungeteilten Beifall. Rechberg hatte sich grundlos gesorgt. Noch größer als seine Sorge vor den Scharfmachern im Bundestage war und blieb freilich seine andere vor europäischen Schwierigkeiten. Bis zum letzten Augenblick hat er auf die Fassung der Anträge abschwächend zu wirken gesucht⁴⁸⁾.

Bismarck aber benutzte nun jede Gelegenheit, um den Keil zwischen Österreich und Hannover noch tiefer zu treiben. Als Staatsrat Zimmermann aus Hannover in diesen entscheidenden Februartagen wieder in Frankfurt erschien und dem Grafen Rechberg vorhielt, „die Dänen in ihrem Benehmen fortfahren lassen, heiße die Sache aufgeben, und wir wollten sehen, was Deutschland dazu sage“ — da schilderte ihm Bismarck, als der Hannoveraner auch zu ihm kam, „im strengsten Vertrauen“, wie schrecklich Graf Rechberg sich gestern bei ihm über Hannovers Haltung gebärdet habe. Und Zimmermann berichtete seinem König, daß er unter den Frankfurter Herren den preußischen Gesandten am aufrichtigsten für Hannover und am mutigsten gefunden habe⁴⁹⁾. Der große Diplomat hatte einen neuen und einflußreichen Fürsprecher für das Zu-

⁴⁸⁾ Prot. BB. 1858, § 19 (S. 58), § 70. Immediatbericht B.'s v. 12. Febr. Pr. i. BT. III S. 226 f.

⁴⁹⁾ Immediatbericht Zimmermanns an Georg V. v. 3. Febr. St.-A. Hannover 16. H. Nr. 102 vol. I fol. 212—214.

sammengehen Hannovers mit Preußen gewonnen. Doch sein bester Helfer — wider Willen — beim Festerknüpfen dieser neuen Entente war kein anderer als Österreichs Gesandter.

Graf Rechberg stellte vor sich selber und vor seinem Chef die Furcht vor Europa als Furchtlosigkeit gegenüber der öffentlichen Meinung Deutschlands dar. Hannover galt dieser als der tapfere Anwalt des schleswig-holsteinischen Rechts, und das Lob, das die Öffentlichkeit ihm zollte, regte die übrigen Mittelstaaten zur Eifersucht auf. Das benutzte Rechberg, um Hannover für seine eigenmächtige Politik heimzuzahlen und es womöglich kaltzustellen. Hatte er schon nach der Sitzung vom 29. Oktober versucht, der Wahl des hannöverschen Gesandten in den schleswig-holsteinischen Ausschuß vorzubeugen, so setzte er jetzt, nach dieser neuen Erfahrung mit dem Draufgängertum Hannovers, wirklich durch (wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit), daß Heimbruch bei den Wahlen zum Exekutionsausschuß des Bundestages — am 18. Februar — übergangen oder doch nur als Stellvertreter hinzugewählt wurde. Die Wahl war streng geheim; doch der übergangene blieb keinen Augenblick im Zweifel, daß er in dem Wahlergebnis „eine offene Kundgebung der Mißstimmung des Kaiserlich Österreichischen Gesandten oder dessen Regierung“ zu sehen habe. Um so höher rechnete er es Bismarck an, daß dieser ihn, obwohl zu möglichster Übereinstimmung mit Rechberg angewiesen, dennoch aufs loyalste unterstützt hatte⁵⁰⁾. Bismarcks Beweggrund lag dabei nicht nur in dem Wunsche, die preußisch-hannöversche Entente zu pflegen, sondern er hielt auch das Verhalten der Bundestagsmehrheit für unpolitisch. Da im Ernstfalle Hannover seiner geographischen Lage wegen der Nächstbeteiligte an einer Exekution gegen Dänemark sein mußte, so war das Wahlergebnis eine auch die öffentliche Meinung herausfordernde

⁵⁰⁾ Bericht Heimbruchs v. 18. Febr. Ebenda vol. II fol. 9, 10.

Demonstration gegen Hannover⁵¹⁾. Und das ganz ohne Not — wozu?

War es, wie Bismarck meinte, vor allem eine Politik der persönlichen Verstimmung? Wollte Rechberg Hannover für allen Kummer strafen, den es ihm in den letzten Wochen wiederholt bereitet hatte? Es scheint doch, daß auch diesmal die nie schlummernde Sorge vor Europa den Oesterreicher bestimmt hat. Seine Berichte sind voll davon. Ihm lag vor allem am Zustandekommen von Wahlen, die ruhige Verhandlung im Exekutionsauschuß verbürgten. Um so mehr drückte es ihn, daß Bismarck nicht mit ihm ging. Schon in der Sitzung am 11. Februar war es Rechberg unliebsam aufgefallen, daß der preußische Gesandte, dessen Mitwirkung in dieser Angelegenheit von europäischer Bedeutung er doch so dringend brauchte wie nur je, sich mit dem Hannoveraner gut zu stellen und ihn möglichst zu schonen suchte. Völlig umsonst hatte er sich dann bemüht, vor den Auschußwahlen Bismarck wieder auf Oesterreichs Seite herüberzuziehen⁵²⁾. Die Wege der beiden deutschen Großmächte schienen deutlich auseinander zu führen. Und wohin ging Preußens Weg? Die Furcht, der schlechteste Berater in der Politik, brachte Rechberg auf absonderliche Gedanken. Er hielt seinem Kollegen vor, der Bund sei es der Bevölkerung Holsteins und Lauenburgs schuldig, sie nicht zu dem Glauben zu verleiten, als seien sie zum Widerstand gegen ihre Regierung berechtigt. Allein Bismarck erwiderte gleichmütig: „Die Holsteiner sind ruhige Leute, sie werden sich nicht sofort erheben“. Kein Zweifel, daß er meinte, was er sagte. Rechberg aber war tief betroffen. „Diese Äußerung mußte mir um so bedenklicher erscheinen, als es Herrn von Bismarck an politischer Einsicht nicht gebricht und ich natürlicher Weise in Versuchung kam darüber zu zweifeln, ob nicht eine Volkserhebung in den Herzogthümern in seinen Wünschen

⁵¹⁾ B.'s Berichte v. 2. u. 19. Febr. Pr. i. BT. III S. 219, 232. Prot. BV. 1858 Febr. 18., § 83.

⁵²⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 23. Febr. 1858. WA.

liege, oder ob er wirklich, ohne es reiflicher überlegt zu haben, diese Worte, welche er im Laufe der Discussion öfters wiederholte, ausgesprochen habe⁵³⁾.

Aber selbst wenn dieser schlimmste Argwohn grundlos war, so stand es doch für Rechberg fest, daß der Preuße wieder einmal auf Kosten Österreichs um die Gunst der deutschen Volksstimme buhlte. Nur deshalb hatte Bismarck seine Stimme Heimbruch gegeben. „Es ist hiemit ein bedenkliches Präcedenz geschaffen, das, wenn er fortfahren sollte, mit der öffentlichen Meinung zu coquettiren, es mir auch in künftigen Fällen nicht wohl möglich machen wird, ihm immer zu folgen. Seine Politik ist offenbar dahin gerichtet, ein überstürzendes Vorgehen von Seite des Bundes zwar zu verhindern, aber sich selbst so zu stellen, daß das ganze Odium hiervon auf Österreich zurückfällt. Wollte ich ihm auf dieser Bahn folgen, so würden wir beide fortgerissen werden und die Leitung der Angelegenheiten aus den Händen geben, da ich nur durch das Gewicht des kaiserlichen Cabinetes eine kleine Majorität zu Stande zu bringen vermochte. Ob es mir in künftigen Fällen gelingen dürfte, wenn Preußen nicht den Muth hat, offen mit uns zu gehen, auch nur eine Mehrheit von zwei oder einer Stimme für mich zu gewinnen, scheint mir sehr zweifelhaft⁵⁴⁾.

Der Mangel an Mut lag hierbei wie in der gesamten Behandlung der holsteinischen Frage gewiß nicht auf seiten des preußischen Vertreters. Dieser hatte den europäischen Mächten gegenüber vielmehr den größeren Mut. Für Rechberg aber wurde die preußisch-hannöversche Entente, die damals begann und in der holsteinischen Frage bis zu ihrem vorläufigen Abschluß im November 1858 anhielt, zum Anlaß dauernder Sorge vor europäischen Schwierigkeiten. Er wiegelte bei den fremden Gesandten, die bis in die Ausschüsse hineinhorchten,

⁵³⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 17. Febr. VII.

⁵⁴⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 23. Febr. VII.

eifrig ab: eine vereinzelte Stimme wie die Hannovers sei nicht der Ausdruck der Bundesversammlung⁵⁵⁾. Und man muß ihm zugute halten: völlig grundlos war seine Sorge nicht. Die Frage, wie der Deutsche Bund seinen gegen Dänemark gerichteten Beschluß vom 11. Februar vollziehen werde, ohne der dänischen Souveränität zu nahe zu treten, beschäftigte auch die fremden Mächte. Der englische Außenminister, Earl of Malmesbury, machte Anfang Mai den Versuch, die Gesandten Hannovers und Preußens einzuschüchtern, holte sich aber von beiden die gebührende Antwort. Der Hannoveraner, Graf Kielmannsegge, lehnte es ab, seine Regierung vor zu schroffem Auftreten in Frankfurt zu warnen; es gelte, das Recht Deutschlands zu verteidigen. Der Preuße, Graf Bernstorff, sprach im gleichen Tone: von Konzessionen könne hier keine Rede sein; es handle sich nur darum, ob Dänemark den Herzogtümern gerecht werden wolle. Doch Malmesbury warnte davor, Truppen in Bewegung zu setzen. „Ne cassez pas les vitres! C'est tout ce que je vous demande!“⁵⁶⁾

Österreichs Furcht vor europäischen Krisen hatte ihren guten Grund in der leichten Verwundbarkeit des Kaisersstaates. Aber wegen dieser Furchtsamkeit seiner schleswig-holsteinischen Politik mußte es den Kampf um die Gunst der öffentlichen Meinung in Deutschland notwendig an Preußen und Hannover verlieren. Die schleswig-holsteinische Frage bildete ja nur eins von vielen Feldern, auf denen dieser Kampf seit der Reaktivierung des Bundestages ununterbrochen geführt wurde. An dem großen runden Tisch in der Eschenheimer Gasse ist keine irgendwie wichtige Frage ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung verhandelt worden, und je wichtiger eine Sache war, um so eher wurde sie in den Händen der Bundestagsgesandten, zumal der beiden führenden

⁵⁵⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 17. Febr. 1858.

⁵⁶⁾ Bericht des Grafen Kielmannsegge, London 4. Mai 1858. St.-M. Hann. 16. H. Nr. 102 vol. II fol. 154, 155.

Gegenspieler, zur taktischen Waffe im Kampfe um die Gunst jener Göttin. Was hat die Deutschen in den fünfziger Jahren tiefer bewegt als das Schicksal der deutschen Flotte und das Schicksal des verlassenen Bruderstammes zwischen Elbe und Königsau! Und gerade diese beiden Herzensfragen des deutschen Volkes wurden am Bundestag nicht nach ihrem wirklichen Gehalt gewertet, sondern — wenigstens von den beiden Großmächten — ganz überwiegend als Waffen im Kampf um die öffentliche Meinung, will sagen: um das Prestige in Deutschland. Deutsche Politik hat am Bundestag niemand getrieben, so wenig wie einst am Regensburger Reichstag irgendein Staat. Aber jeder wollte in Deutschland so viel gelten wie nur irgend möglich und würdigte daher auch den Wert einer guten Presse. Wenn Rechberg seinem großen Kollegen und Gegner vorwirft, er coquettierte mit der öffentlichen Meinung, so sagt das Wort viel zu wenig. Bismarck hat ihre Regungen während seiner ganzen Bundestagszeit aufmerksam beobachtet und hat sie stets zu beeinflussen gesucht, zumal wenn er eines Bundesgenossen im Kampfe gegen Österreich bedurfte. Über je mehr geheime Kanäle Österreich, besonders in Süddeutschland, verfügte — durch die katholische Geistlichkeit wie durch verwandtschaftliche Beziehungen zwischen kaiserlichen und süddeutschen Staatsdienern —, um so mehr wollte Bismarck die öffentlichen Mittel der Propaganda, die in Presse und Parlament gegeben waren, durch die preussische Regierung ausgenutzt sehen⁵⁷⁾, und nutzte sie selber aus, wo er nur konnte.

*

Vom 11. Februar 1858, dem Tage des Bundesbeschlusses, der die bestehenden Verfassungsverhältnisse in Holstein und Lauenburg anfocht, bis zum 6. November, dem Tage der

⁵⁷⁾ Siehe besonders B.'s Brief v. 14. März 1858 an Mantuffel. GW. II S. 295 f., 299.

dänischen Rundgebung, die die Gesamtstaatsverfassung von 1855 für die beiden Herzogtümer, und dazu die beanstandeten Paragraphen der holsteinischen Provinzialverfassung von 1854 aufhob, führte noch ein langer, vielfach gewundener und hindernisreicher Weg, dem diese Darstellung aber nicht im einzelnen folgen wird. Denn das, worauf es im Zusammenhang dieses Buches allein ankommt, die Bedeutung der schleswig-holsteinischen Frage für den Kampf Preußens mit Österreich am Bundestag, wird durch ein Gesamtbild deutlicher gemacht, als wenn ein langsames und vorsichtiges Schachspiel Zug um Zug vorgeführt würde.

Es sind neun Monate schleppender Verhandlungen zwischen dem Bunde und Dänemark, zwischen Wien und Berlin, Verhandlungen, die durch zwei einander ständig widerstrebende Rücksichten beeinflusst werden: hier der Druck der öffentlichen Meinung Deutschlands, am Bundestag dauernd durch Hannover verkörpert, dort die Scheu vor — bei Dänemark die Hoffnung auf — europäische Einmischung. Es sind neun Monate, vergiftet durch Mißtrauen der beiden deutschen Großmächte gegen einander, von denen keine die gefährliche Ehre sucht, in der vordersten Reihe zu stehen, um nicht die Schuld des Mißlingens tragen zu müssen, während doch jede sich scheut, die Anklage der nationalen Lauheit auf sich zu ziehen. Neun Monate des öffentlichen Preßkampfes und der heimlichen Intrige zwischen den Vormächten des Deutschen Bundes: Rechberg will sogar in der Correspondence Havas antiösterreichische Artikel finden, die von der preussischen Gesandtschaft zu Frankfurt inspiriert seien⁵⁸⁾, und Bismarck ist davon, daß Preußen durch Österreich bei den fremden Kabinetten planmäßig der Ruhestörung, in Deutschland aber der Lauheit angeklagt werde, so fest überzeugt, daß er Manteuffel empfiehlt, den Schriftwechsel mit Wien über die dänische Frage, soweit möglich, ganz einzustellen⁵⁹⁾.

⁵⁸⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 9. März 1858. WA.

⁵⁹⁾ B.'s Bericht v. 16. Apr. Pr. i. BT. III S. 297, vgl. 337.

Die Scheu der Großmächte und ihrer beiden gegen einander mißtrauischen Bundestagsgesandten, sich in der holsteinischen Frage irgendeine Blöße zu geben, etwas zu sagen oder zu tun, was der eine gegen den andern illegal ausnützen könnte, erreicht bisweilen einen absonderlichen Grad. Da die Politik der beiden Kabinette nach wie vor auf gemeinsamen Kurs eingestellt ist, man aber nicht die Weisung für jede einzelne Abstimmung vorher zwischen Wien und Berlin vereinbaren kann oder will, so erhalten die Gesandten nicht selten die Weisung, einer solle sich nach dem andern richten. Und nun will keiner das erste Wort sprechen. Einmal ist es Rechberg, über dessen unentschiedene Passivität Bismarck zu klagen hat⁶⁰⁾. Ein andermal ist es Bismarck, der seinem Partner mit gleicher Münze, aber dazu mit schonungsloser Offenheit heimzahlt. Bismarck erklärt dem Präsidialgesandten, er habe die Weisung erhalten, sich seinem Votum anzuschließen, und er fügt die schneidenden Worte hinzu, die Rechberg festhält: „Preußen sei es satt, in dieser Sache, in der man es entweder mit dem Auslande oder mit der öffentlichen Meinung verderben müsse, sich vorschieben zu lassen und das Odium, das nicht ausbleiben könne, auf sich zu laden. Man werde daher in Berlin sich nicht aussprechen, ehe das kaiserliche Cabinet seine Ansicht nicht ausgesprochen habe, und er werde im Ausschusse auch keine Meinung äußern, bis ich mein Votum nicht abgegeben hätte. Es gebühre mir die Ehre des Vorsizes, das kaiserliche Cabinet könne also auch die Lasten tragen“⁶¹⁾.

In einem Falle ist Bismarck sogar einer ihm unwillkommenen Ausschußsitzung dadurch ausgewichen, daß er wegen Unpäßlichkeit absagte und dann auf die Jagd ging. Allein der Zufall wollte es, daß seine Absage nicht rechtzeitig eintraf. Über eine Stunde warteten die versammelten Herren

⁶⁰⁾ B.'s Bericht v. 31. März. Pr. i. BT. III S. 289.

⁶¹⁾ Rechbergs Bericht v. 30. Sept. 1858. *WZ.* Die gesperrten Worte durch R. unterstrichen.

vergeblich; die Zeit der Sitzung war durch Rechberg ausdrücklich mit ihm verabredet worden. Schließlich schickten sie zu Bismarck und erfuhren, daß er auf der Jagd sei. Kein Wunder, daß dies „ihm von den sehr empfindlichen Mitgliedern des Ausschusses um so mehr verübelt wurde, als sie darin eine Geringschätzung erblicken zu müssen glaubten“. Sehr gegen ihren Willen vertagte Rechberg nun die Sitzung. Er war überzeugt, daß Bismarck nur deswegen nicht erschienen war, um sich nicht aussprechen zu müssen, sondern freie Hand zu behalten. In dieser Auffassung bestärkte ihn, daß Bismarck die Vertagung der Sitzung nicht als eine Rücksicht, für die er zu danken hätte, auffaßte, sondern vielmehr sein Bedauern nicht verhehlte, daß die Sitzung nicht stattgefunden hätte⁶²).

Es gibt keine Indiskretion, keine Entstellung und Verleumdung, die der eine Bundesgenosse dem andern nicht zutraut. Monate lang vermeiden die beiden Gesandten einander zu besuchen und sehen sich nur noch, wie einst Bismarck und Thun, in den Sitzungen und bei zufälligen Anlässen. Am 16. Juni berichtet Rechberg: „Herr von Bismarck hat mich eben mit seinem Besuche beehrt. Es ist das erste Mal seit 25. Februar d. J., daß er wieder zu mir gekommen ist“. Und am 30. September: „Herr von Bismarck scheint seine Absicht, mir keinen Besuch zu machen, auf eine auch für die Geschäfte nachtheilige Weise ausdehnen zu wollen. Obgleich es seine Pflicht gewesen wäre, nach seiner Rückkehr aus Berlin sich beim Präsidium zu melden, so hat er dies doch bisher unterlassen und hat, wenn er in Geschäften zu verkehren hat, entweder den schriftlichen Weg gewählt, oder eine Gelegenheit, bei welcher er mir begegnen mußte, abgewartet“. Von der gegenseitigen persönlichen Zuneigung der früheren Zeit ist nichts mehr geblieben. Rechbergs angeborene Reizbarkeit wird immer größer. „Bei dem leisesten Widerspruch explodirt er

⁶²) Rechbergs Bericht v. 15. Sept. Wl.

wie ein projectile creux von Orsini. Er hat zu schlechte Nerven für diese Stellung“, meint Bismarck⁶³⁾. Dieser aber will nach Rechberg nur „die Unfähigkeit des Bundes bekunden, eine deutsche Frage durchzufechten. Es soll der Bund, der allein der Durchführung der preußischen Hegemonie einen wirksamen Damm entgegenstellt, unhaltbar gemacht und hiermit seiner gänzlichen Beseitigung vorgearbeitet werden“⁶⁴⁾. Bismarck wettert gegen die Taktik des Wiener Kabinetts, „jeden fremden (d. i. deutschen) Diplomaten, der sich ihm nicht fügt, der es wagt, die Interessen seines eigenen Landes gegen den Willen des Wiener Cabinetes zu vertreten, mit allen Mitteln der offenen Feindschaft, der Verläumdung und der Intrigue rastlos zu verfolgen, bis er sich aus Furcht oder Ermattung in der Abwehr dem Willen Österreichs fügt“. Er schildert, wie nach einer Sitzung Graf Rechberg zwei von den Gesandten, die gegen ihn und für Hannover gestimmt hatten, „mit seiner persönlichen Feindschaft und der seiner Regierung bedrohte, ihnen sagte, daß er dieses Verhalten nie vergessen, und daß es sich zeigen werde, wer auf die Dauer stärker sei, sie oder Österreich“⁶⁵⁾. Rechberg aber entwirft zur selben Zeit genau das gleiche Bild von Bismarcks Taktik: „Preußen fühlt, daß es dahier den festen Boden verloren hat und nimmt daher zu allen Mitteln Zuflucht, welche geeignet scheinen, die entgangene Majorität wieder zu sichern. Auf die Bundestagsgesandten wird mit einer Feinheit der Berechnung, welche einer besseren Sache würdig wäre, ein Terrorismus ausgeübt, der seine Wirkung nicht ganz verfehlt. Die Individualität eines jeden derselben, seine Stellung zu seiner eigenen Regierung, die mehr oder minder persönliche Schwankung der einzelnen Regenten — Alles wird reiflich erwogen,

⁶³⁾ B. an Manteuffel 5. März 1858. GB. II S. 293.

⁶⁴⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 26. Mai. WB.

⁶⁵⁾ B.'s Berichte v. 14. März u. 26. Febr. GB. II S. 295, 288.

um eine Einschüchterung geltend zu machen, von der man sich Folgen verspricht⁶⁶⁾.

Eine Reihe anderer Streitfragen, von denen später zu reden sein wird, Fragen, die theils mittelbar — wie die Versorgung der schleswig-holsteinischen Offiziere —, theils gar nicht mit der dänischen Angelegenheit zusammenhingen, verschärfte noch die Gehässigkeit des Streites, so daß dieses letzte Jahr aus Bismarcks Frankfurter Zeit zu seinem kampferfülltesten wurde und zugleich zu dem unerfreulichsten Kapitel aus der Geschichte des Bundestags in der gesamten Reaktionszeit. Die Unhaltbarkeit, man darf sagen, die innere Unsittlichkeit dieses Staatenbundes mit zwei großen und vielen kleinen Köpfen, die wie die Schlangenhaare der Gorgo aufeinander loszischen und doch am selben Haupte festgewachsen sind, organisch zu einander gehören, wird in keiner anderen Periode so handgreiflich deutlich wie in diesem Jahre 1858, das die Lösung einer nationalen Ehrenfrage in die Hand des Deutschen Bundes gelegt hat. Und es wirkt fast erstaunlich, daß diese Lösung — wenn auch nur unvollkommen und nur innerhalb der engen Grenze, die die beiden Großmächte sich von vornherein setzten, nur für die beiden reindeutschen Herzogtümer südlich der Eider — dennoch gelungen ist. Sie ist gelungen, weil die Scheu der beiden Großmächte vor der Bundesexekution noch übertroffen wurde durch Dänemarks Scheu, es angesichts der Warnungen Rußlands und Frankreichs zum äußersten kommen zu lassen.

So blieb die ganze Tiefe der Kluft, die zwischen den beiden Vormächten des Bundes bestand, zum Glück für Deutschland verhüllt. Sie würde sich unvermeidlich offenbart haben, wenn es zur Exekution, die seit Juni drohte, gekommen wäre. Denn da diese, wenn auf Holstein-Lauenburg beschränkt, weder kriegsrischen Ruhm noch ein politisches Ergebnis bringen konnte, das dem deutschen Nationalgefühl Genüge getan hätte, so erklärte

⁶⁶⁾ Reichbergs Bericht (D) v. 13. März. III.

Bismarck dem Grafen Rechberg aufs bestimmteste, Österreich müßte sich an der Exekution auch mit Truppensendungen beteiligen, „um die Solidarität ganz Deutschlands dem Auslande gegenüber recht deutlich zu constatiren . . . Preußen könne nicht allein das Odium in dieser Angelegenheit tragen“. Das war eine Sprache, die den Ohren Rechbergs wie Buols sehr unangenehm klang; da war eher schon Bismarcks anderer Vorschlag annehmbar, daß die Großmächte — wie 1863 geschehen — die Exekution einem Mittelstaat überließe und erst im Falle dänischen Widerstandes eingriffe⁶⁷⁾. Aber würde ein solches Vorgehen das Ansehen Deutschlands gehoben haben? Und würde der soldatische Prinz von Preußen sich mit diesem durch die politische Vorsicht empfohlenen Ausweg abgefunden haben? Der Prinz sah die schleswig-holsteinische Frage mehr vom Standpunkt der deutschen Ehrenpflicht als von dem der politischen Schwierigkeiten und war daher — anders als Bismarck und Manteuffel, von Rechberg und Buol gar nicht zu reden — ein entschiedener Anhänger der Exekution. „Ich gehe dabei von der Ansicht aus,“ schrieb er im Mai 1858 an seinen Schwager, Karl Alexander von Weimar, „daß diese verprudelte Angelegenheit (und namentlich durch Preußen verprudelt) durch mich viel fester angefaßt werden kann, als durch den König, so daß ich also mit aller Energie vorzugehen gedenke, wobei ich glaube, die öffentliche Meinung Deutschlands hinter mir zu haben“⁶⁸⁾. Der Eifer, mit dem er die Sache am Bunde betrieben haben wollte, mußte aber nach Bismarcks Überzeugung die Wahl der Exekution auf Preußen lenken, „und wir werden dann, wenn wir mit Anstand aus der Sache herauskommen wollen, der Sache eine der nationalen Auffassung mehr entsprechende Wendung geben und vielleicht so weite Ziele in dieser Rich-

⁶⁷⁾ Rechbergs Berichte v. 23. Juni u. 7. Juli. BA.

⁶⁸⁾ Prinz Wilhelm an Großherzog Karl Alexander, 1. Mai 1858. Wilhelms I. Weimarer Briefe, bearb. v. J. Schulze, I S. 296.

tung stecken müssen, daß der Bund Anstand nimmt, uns zu folgen⁶⁹⁾. Eben damals, Mitte Juli, lagen die Gesandten Englands, Rußlands und Frankreichs Bismarck in den Ohren, um Preußen nachdrücklich zur Mäßigung zu ermahnen. Wohl hat er später, als Leiter der preußischen Politik, sich durch ganz Europa nicht imponieren lassen, aber nur weil er für diplomatische Vorbereitung seiner Politik gesorgt hatte. Und zu solcher Vorbereitung, die im Jahre 1863 Erfolg verhiess, gab es 1858 nur die ersten Ansätze. Eine damals in Preußens Hand gelegte Bundesexekution würde entweder, wenn sie die europäischen Gefahren vermeiden wollte, also die Eider nicht überschritt, das deutsche Nationalgefühl unbefriedigt gelassen haben, oder sie würde, wenn sie dem Nationalgefühl genügen wollte, Preußen in unberechenbare Gefahren gestürzt haben. Deshalb zog Bismarck damals einen Weg vor, auf dem die Exekution nur angedroht, aber schließlich vermieden wurde. Es war ein unendlich mühevoller Weg, mit Schwierigkeiten auf allen Seiten, am Bunde, bei Österreich, bei den fremden Mächten und endlich beim Prinzen von Preußen. Bismarck konnte den Weg mit Erfolg zu Ende gehen, weil Manteuffel rückhaltlos hinter ihm stand. Die maßvolle, innerhalb des Bundesrechts bleibende Zielfestung des Gesandten entsprach der stets zur Vorsicht geneigten und auf Erhaltung des Friedens bedachten Art des Ministers. So hat Bismarck für seine Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage am Bunde inmitten aller Schwierigkeiten doch an seinem Chef einen festen Rückhalt gehabt.

Das schließlich erreichte Ziel, die Aufhebung der beanstandeten Verfassungsgesetze für Holstein und Lauenburg, ging hinaus über das, was unter österreichischer Führung der Bundespolitik hätte erreicht werden können, blieb aber zurück hinter dem, was die öffentliche Meinung begehrte. Nur am Bundestag selbst ist Bismarcks entscheidender Anteil an dem

⁶⁹⁾ Brief B.'s an Manteuffel, 14. Juli. GW. II S. 363.

Erreichten nach Verdienst gewürdigt worden. Am Tage nach der Bundestagsitzung vom 11. November 1858, in der Dänemark seinen Rückzug kundgab, hat Bismarck dem Prinzregenten nicht ohne Stolz berichtet, daß er nach der Sitzung auch von solchen Kollegen, die ihm früher entgegengetreten waren, Glückwünsche zu diesem für das Ansehen des Bundes so günstigen Ergebnis empfangen habe, das ausschließlich der preussischen Festigkeit und Besonnenheit zu danken sei⁷⁰⁾. In der Öffentlichkeit erregte der deutsche Sieg nicht entfernt so freudiges Aufsehen wie ein Jahr zuvor die Überweisung der holsteinischen Angelegenheit an den Bundestag durch Österreich und Preußen. Die Kölnische Zeitung stellt fest, daß nun tabula rasa gemacht sei, und fragt „Was nun weiter?“⁷¹⁾ Viele Blätter nahmen überhaupt keine Notiz von dem Ergebnis einjährigen Ringens mit einem Gegner, der jeden Schritt hartnäckig verteidigt hatte. Andere Ereignisse beherrschten jetzt die politische Erörterung: die Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen von Preußen, d. h. der Beginn seiner selbständigen Regierung und der Neuen Ära, der Sturz des unbeliebten Ministeriums Manteuffel und die Vorbereitung der Landtagswahlen in Preußen. Nur die Nationalzeitung widmet der Doppelbedeutung des 6. Novembers nachdenkliche Worte. In dem Zusammentreffen von Manteuffels Fall mit der Aufhebung der dänischen Gesamtstaatsverfassung am gleichen Tage sieht sie „zwei Ereignisse von ungeheurer Tragweite“. Noch aber ist es ihr ungewiß, ob dieser Tag Deutschland zu einer einheitlichen nationalen Entwicklung von der Memel bis zum Rheine, von der Adria bis zur Königsau führen oder es in neue, unabsehbare Verwicklungen stürzen werde. Nachdrücklich betont sie, daß der 6. November wichtig für Schleswig-Holstein sei, nicht bloß für Holstein und Lauenburg, „für Schleswig-Holstein, dessen Name in den letzten

⁷⁰⁾ B.'s Bericht v. 12. Nov. GW. II S. 387.

⁷¹⁾ Kölnische Zeitung 13. Nov. 1858.

Jahren bei den deutschen Diplomaten fast ebenso verfehmt war, als die Nationalmelodie des unterdrückten Volkes bei seinen Unterdrückern“. Erst wenn dies einmal aufhöre, werde das den Dänen abgerungene Zugeständnis zu einem wirklichen Gewinn für Deutschland werden; denn noch lauere dahinter das Gelüste nach vollständiger Einverleibung Schleswigs⁷²⁾.

Der Mann, der die zweifelnde Hoffnung einer gedrückten Zeit verwirklichen sollte, hat damals in dieser schwierigsten Teilfrage der gesamten deutschen Frage seine hohe Schule durchgemacht. Er hat die verborgenen Klippen und Untiefen des Gewässers kennen gelernt, durch das er sechs Jahre später mit einer Kunst ohnegleichen das Staatsschiff Preußens hindurchsteuern wird. In seinem Kielwasser aber wird dann die stolze österreichische Fregatte willig folgen, gesteuert von demselben Manne, mit dem Bismarck am Bundestag gerade um Schleswig-Holsteins willen Kämpfe geführt hat, bitter bis zur persönlichen Feindschaft, Kämpfe mit so verletzenden Waffen, wie sie nur in wenigen anderen Bundestagsfehden gebraucht worden sind. Daß der Minister Bismarck den Minister Rechberg, den Peiniger und Gepeinigten dieser Frankfurter Zeit, im Jahre 1864, als er seine Unterstützung braucht, nicht nur zum politischen Teilhaber, sondern darüber hinaus für ein freundschaftliches Vertrauensverhältnis gewonnen hat, das bleibt einer der erstaunlichsten Erfolge der Bismarckschen Kunst, über Menschen zu herrschen. Politisch kehren 1863/64 die Motive von 1857/58 wieder, zum Teil in verstärktem Maße, so der Gegensatz zwischen den beiden Großmächten einer-, den Mittelstaaten andererseits, Österreichs anfängliche Scheu vor der Exekution, seine Furcht vor europäischen Verwicklungen wie seine Sorge, der nationalen Lauheit gezogen zu werden. Wie lebendig mag Rechberg an seine Frankfurter Erfahrungen erinnert worden sein! Und nun wird gerade er, der seinen Bundesgenossen und die elemen-

⁷²⁾ Nationalzeitung 10. Nov. Morgenblatt.

tare Kraft seines Strebens nach preußischer Hegemonie ganz genau kennt, gerade er wird berufen, Preußens Kraft durch Österreich zu verstärken, damit der dämonische Mann die ersten Stufen zur weltgeschichtlichen Größe emporsteige. Am Bundestag zu Frankfurt hat Rechberg gewiß nicht gedacht, daß Bismarck einst lächelnd von ihm sagen würde: „Il travaille pour le roi de Prusse“⁷³⁾.

⁷³⁾ Zum italienischen Gesandten in Berlin auf einem Hofball im Januar 1864. *Origines diplomatiques de la guerre de 1870/71*, I S. 233.



Fünfter Abschnitt

Rangstreitigkeiten

Bismarck hat vom ersten Augenblick seiner Frankfurter Tätigkeit an gezeigt, daß er nicht gesonnen war, der Würde seiner Stellung das Geringste zu vergeben. Wie er politisch die Gleichberechtigung Preußens und Österreichs erstrebte, so hielt er peinlich darauf, daß auch gesellschaftlich dem Präsidialgesandten nicht mehr Ehre zukam, als ihm ohne Schädigung des preußischen Ansehens gewährt werden konnte. Das hatte Graf Thun in dem Streite um die Besuche erfahren, Prokesch-Osten gleich nach seinem Amtsantritt bei Empfang des preußischen Offizierskorps. Und wie Bismarck in seinen späteren Frankfurter Jahren überall fester zugriff, immer mehr aus der Defensiv in die Offensiv überging, so hat auch erst Graf Rechberg die ganze Schärfe kennen gelernt, mit der sein Kollege Rangfragen zu beurteilen fähig war. Der vielbespöttelte Regensburger Reichstag mit seinen Rang- und Titelfragen, mit seinem Kampf um rote oder blaue Samtkissen, erscheint uns doch in milderem Lichte, wenn wir sehen, daß sein Nachfolger, der Frankfurter Bundestag, zum Schauplatz ähnlicher Streitigkeiten wurde, und das zu gutem Teil durch seinen größten Gesandten, durch Otto von Bismarck.

Frankfurt hatte keinen Hof. Den Platz des Souverains, bei dem die fremden Mächte ihre Gesandten beglaubigten, nahm eine Körperschaft ein, der Deutsche Bundestag. Da diese wie jede Körperschaft nach außen hin durch ihren Vorsitzenden vertreten wurde, so erhielt der Präsidialgesandte ein Relief, das ihn gleichzeitig über seine Kollegen und über die fremden Diplomaten hinaus hob. Zu Bismarcks Zeit mag auch die Außerlichkeit dazu beigetragen haben, daß die Österreicher

Erzellenzen waren, der preußische Gesandte nicht. Die Amtsvorgänger Bismarcks haben den Titel Excellenz fast alle geführt. Sie waren ihm aber sämtlich an Alter voraus und brachten in der Mehrzahl, als Minister oder Generäle, den Titel nach Frankfurt schon mit. Jedenfalls hastete der Titel, der damals in sehr hohem Ansehen stand, nicht am Posten des preußischen Bundestagsgesandten, während es nie einen kaiserlichen Präsidialgesandten gegeben hat, der nicht Excellenz gewesen wäre. *Président de la Haute Diète Germanique* — *President of the German Diet* war der volltönende Titel, den die fremden Regierungen, zu Bismarcks Ärger und ohne Anerkennung durch den Bundestag, dem Präsidialgesandten gaben¹⁾. Graf Thun hat einmal ausdrücklich erklärt, er wäre nicht bloß Gesandter, sondern auch Bundestagspräsident²⁾. Jedenfalls ließ Österreich sich diesen Titel, den die Bundesakte nicht kennt und den Bismarck für verfassungswidrig erklärte, gern gefallen. Es lag nahe, daß der Titel auch die Vorstellung steigerte, die sich fremde Diplomaten, wenig vertraut mit den verwickelten deutschen Verhältnissen, von der Stellung des Präsidialgesandten machten. Die Analogie mit der Stellung des Präsidenten oder auswärtigen Ministers föderativer Republiken ist Bismarck im Gespräch mit den englischen Vertretern am Bunde entgegengehalten worden³⁾. Der Präsidialgesandte stand so hoch, daß er als solcher nie einen Besuch machte oder erwiderte. Auf seiner Visitenkarte stand entweder nur sein Name oder ein Titel, der mit seiner Stellung am Bundestag nichts zu tun hatte. Der „kaiserliche Kämmerer“ Graf Thun, der „Feldmarschall-Lieutenant“ Freiherr von Prokesch, der Graf Rech-

¹⁾ Siehe etwa Prot. BB. 1856, S. 464. Auch: *Président de la Haute Diète fédérale*, ebenda S. 466. Vgl. B.'s Bericht v. 2. Jan. 1858. GW. II S. 269.

²⁾ Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, II, 1 (1912) S. 128.

³⁾ B.'s in Anm. 1 angeführter Bericht.

berg machten wohl Besuche, nicht aber der Bundes-Präsidialgesandte⁴⁾).

Für die gesellschaftliche Rangstellung ergab sich nun hieraus, daß der Präsidialgesandte allen übrigen Gesandten, den Bundestags- wie den auswärtigen Gesandten, bei allen Gelegenheiten voranging. Er war unbestritten die erste Persönlichkeit Frankfurts. Niemand, auch Bismarck nicht, hatte etwas dagegen einzuwenden. Die Tradition war in der Zeit Metternichs so fest gewurzelt, daß nicht daran zu denken war, sie zu erschüttern. Die Bundesverfassung begründete zwar, wie Minister Ancillon schon in den dreißiger Jahren einmal hervorhob⁵⁾, keinen Vorrang des Präsidiums. Durch die Tatsache der allseitigen stillschweigenden Anerkennung aber war ein solcher Vorrang geschaffen worden.

Die Schwierigkeiten begannen bei den nachgeordneten Rangstufen. Wer folgte dem Präsidialgesandten im Range, der preußische Bundestagsgesandte oder die beim Bundestag beglaubigten Gesandten fremder Kronen? Im Jahre 1827 hören wir zum ersten Male die Beschwerde des Preußen, daß er in seinem Hause und bei seinen Kollegen vom Bundestag den fremden Gesandten den Vortritt lasse, ohne daß diese ihm in den fremden Gesandtschaften seine Höflichkeit stets erwiderten. Die Verstimmung wurde zur Spannung, als die Gesandten Englands und Frankreichs auf Anerkennung ihres Vorrangs bestanden und der Vertreter Preußens nun vermied, ihnen in Gesellschaften zu begegnen. Metternich, vom preußischen Gesandten in Wien befragt, gab im November 1835 zur Antwort, daß den fremden Gesandten nur in den Häusern der Bundestagsgesandten der Vortritt zu geben sei; im übrigen gebühre diesen der Vorrang vor ihren am Bunde beglaubigten auswärtigen Kollegen. Der Präsidialgesandte,

⁴⁾ B.'s Bericht v. 16. Okt. 1858. Pr. i. BT. III S. 438.

⁵⁾ Ancillon an den preuß. Bundestagsgesandten General v. Schoeler, 11. Apr. 1836. GStA., Bundestagsgesandtschaft Rep. 75 B Gc 18 fol. 50—52: Ausfertigung.

Graf Münch-Bellinghausen, erklärte jedoch diese Entscheidung für undurchführbar und bestimmte Metternich zur Annahme seines Vorschlags: die deutschen Gesandten sollen sich am Sitz des Bundestages überall als zuhause betrachten und aus diesem Grunde den Fremden in jedem Hause Frankfurts den Vortritt lassen; die Fremden aber treten allenthalben vor dem Präsidialgesandten oder seinem Stellvertreter zurück und erkennen damit den höheren Rang der Bundesversammlung als Körperschaft an.

Das gab der Sache eine Wendung, die dem Präsidialgesandten wohl gefallen konnte. Danach bildete er eine Rangstufe für sich, dann kamen die fremden Gesandten, dann erst die übrigen Bundestagsgesandten. Begreiflich, daß Preußen, als Großmacht durch diese Ordnung am schwersten von allen Bundesstaaten getroffen, nichts von ihr wissen wollte. Begreiflich aber auch, daß die Gesandten der europäischen Großmächte nicht hinter denen der deutschen Kleinstaaten rangieren wollten. So blieb nur der Ausweg der Gegenseitigkeit, den Ancillon vorschlug: die Deutschen geben bei sich zuhause den Fremden den Vortritt, und diese erwidern die Höflichkeit in ihren Häusern. Metternich, dem alles recht war, was zum Frieden dienen konnte, war einverstanden; aber Münch-Bellinghausen tat nichts, um diese im Jahre 1836 zwischen Berlin und Wien getroffene Vereinbarung in Frankfurt durchzuführen. Die Dinge blieben in der Schwebe und nahmen für Preußen nur dadurch eine günstigere Wendung, daß in den vierziger Jahren der österreichische Gesandte häufig und lange Zeit abwesend war, das Präsidium mit seinen Ehrenvorrechten inzwischen also in Preußens Hand lag^o).

^o) Die Akten über diesen zehnjährigen Rangstreit sind in dem in Anm. 5 genannten Faszikel gesammelt. Auf diesen Akten beruht B.'s Darstellung in Anlage 14, die auch für das Folgende benützt wurde.

Als Bismarck nach Frankfurt kam und den preußischen Gesandten hinter den fremden rangieren sah, besprach er sich mit dem Doyen des diplomatischen Corps und verlangte für seine Person die Anerkennung der Gegenseitigkeit im Vortritt. Damit wäre der Streit aus der Welt geschafft gewesen, wenn es nicht Gefelligkeit auch außerhalb der Diplomatenhäuser gegeben hätte, in Privatkreisen und bei den städtischen Behörden. Auf diesem Felde aber beanspruchten die Fremden unterschiedslos den Vorrang für sich¹⁾. Bismarck ließ es geschehen, solange er im Datum seines Beglaubigungsschreibens, das nach der Wiener Kongressakte den Rang bestimmt, jünger war als die Fremden. Doch mit den Jahren führte Personalwechsel auf den fremden Posten zur Umkehr des Verhältnisses, ohne daß Bismarck, rangälter wie er nun war, am dritten Orte den Vortritt erhalten hätte. Durfte er das hinnehmen? Sollte Preußen nicht nur hinter Österreich stehen, sondern sollte der Abstand zwischen beiden dadurch noch vergrößert werden, daß man eine mittlere Rangstufe zugunsten der fremden Diplomaten einschob? Auf einem Schauplatz, der von dem Kampfe Preußens um seine Gleichberechtigung mit Österreich erfüllt war, bedeutete ein solcher Zustand auch einen politischen Nachteil, eine Schädigung Preußens. Der Zustand war obendrein sinnwidrig, da auch nach der Anschauung der fremden Gesandten dem Bundestag als Körperschaft der Vorrang vor dem diplomatischen Corps als Körperschaft gebührte. Bismarck war entschlossen, hier Wandel zu schaffen.

Es galt nur, den günstigen Zeitpunkt abzuwarten. Eine Zeit voll europäischer Spannungen wie die des Krimkrieges war ungeeignet. In der politischen Stille aber, die auf den Friedensschluß folgte, konnte der Versuch wohl gemacht werden. Bismarcks Forderung war, daß die Bundestagsgesandten als gleichen Ranges mit den fremden Diplomaten

¹⁾ Rechybergs Bericht v. 10. Apr. 1856. Anlage 15.

anerkannt würden. Die ihm verhaßte Ehrerbietung des Deutschen vor dem Auslande war ihm in diesem Fall doppelt anstößig, weil die Würde des preußischen Staates dadurch mittelbar auch Österreich gegenüber geschädigt wurde. Er begann den Kampf damit, daß er Einladungen in Privathäuser ablehnte, in denen der fremde Gesandte mehr galt als der Bundestagsgesandte. Ehe er weitere Schritte tat, unterrichtete er sich, gerade wie vor Eintritt in den Kampf um Revision der Geschäftsordnung, durch ein bis in die Anfänge des Bundestages zurückgreifendes Aktenstudium über die Vorgeschichte und die Rechtsgrundlage der Angelegenheit. Dann, im März 1856, erstattete er ausführlich Bericht und bezeichnete als wünschenswertes Kampfziel Gegenseitigkeit des Vortritts in Diplomatenhäusern, am dritten Ort aber Alternat zwischen den fremden und den Bundestagsgesandten nach der Stimmordnung des Bundestages. Das bedeutete: erster Platz dem Präsidialgesandten, zweiter Platz dem ältesten fremden, dritter Platz dem preußischen, vierter Platz dem zweitältesten fremden, fünfter Platz dem bayrischen Gesandten usw. Mit dem Vorschlag des Alternates hatte Bismarck das beliebte Auskunftsmittel des Regensburger Reichstages, dessen Geschichte ihm gut bekannt war, aus der Vergangenheit hervorgeholt. Manteuffel lieferte ihm als willkommenes Material aus derselben Quelle einen Beschluß der kurfürstlichen Reichstagsgesandten von 1702, keinem fremden Gesandten im Range nachstehen zu wollen^{a)}. Gelang es, die erstrebte Neuordnung durchzusetzen, so war der anstößige Abstand zwischen Österreich und Preußen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt. Für den Fall aber, daß es nicht gelänge, spielte Bismarck dem Grafen Rechberg gegenüber mit dem Gedanken, die vom Wiener Kongreß eingeführte Rangordnung nach der Anciennität der Gesandten gleichmäßig für alle Frankfurter Diplo-

^{a)} Über den Alternat siehe J. St. Pütt er, Institutiones iuris publici (6. A. 1802), § 97, 98; über den Beschluß von 1702: Anlage 14, letzte Anm.

maten, deutsche wie fremde, einzuführen. Alle Vorrechte des Präsidialgesandten waren dann mit einem Schlage beseitigt.

Die Frage war nun, auf welchem Wege man am besten zum Ziele kam. Bismarck war für Regelung durch Bundesbeschluß, Rechberg empfahl persönliche Verständigung mit den fremden Gesandten. Bismarck erklärte sich zunächst einverstanden und wollte abwarten. Doch am 19. Juni 1856 brachte er am Bundestag den Antrag ein, die hohe Versammlung wolle die diplomatischen Rangverhältnisse erwägen, um eine sichere Norm zu gewinnen, nach der sich ihre Mitglieder in zweifelhaften Fällen richten könnten. Wäre es nach Graf Buol gegangen, so wäre der Antrag als unzulässig abgelehnt worden. Der österreichische Minister erkannte weder das Bedürfnis an, eine Rangordnung aufzustellen, noch die Befugnis des Bundestags, diese von sich aus zu regeln⁹⁾. Doch der Antrag ging den normalen Weg. Zu seiner Begutachtung sollte, wie üblich, ein Ausschuß zusammentreten, der vierzehn Tage später gewählt wurde und Ende Juli zum ersten Mal tagte. Bismarck wiederholte nun im Ausschuß seinen Vorschlag, die Frage durch Bundesbeschluß zu regeln; Rechberg riet ab, damit der Bundestag nicht durch etwaige Ablehnung seines Beschlusses bloßgestellt werde. Zwei von den fünf Ausschußmitgliedern, Bayern und Kurhessen, unterstützten den Präsidialgesandten, so daß dieser die Mehrheit für sich hatte. Bismarck opponierte heftig und gereizt, ohne daß es zur Einigung kam. Die Angelegenheit wurde bis nach den Ferien vertagt¹⁰⁾.

Eins aber kam dem preußischen Gesandten in diesem Streite zugute und verschob allmählich das Bild zu seinen Gunsten. Ob er auch nur um Preußens willen kämpfte, so führte er damit doch zugleich die Sache der übrigen. Auch

⁹⁾ Erlaß Buols an Graf Trauttmansdorff, österr. Geschäftsträger in Berlin, v. 26. Juni 1856. Abschrift im GStA., Bundestagsgesandtschaft B Gc 18 fol. 117, 118.

¹⁰⁾ Prot. BV. 1856, §§ 200, 216, S. 485, 540. Rechbergs Bericht (A) v. 29. Juli. W.

i h r e Stellung wurde gehoben, wenn Preußen seinen Willen durchsetzte. Die fremden Gesandten aber horchten auf, als sie ihren Vorrang bedroht sahen. Sie forderten jetzt nicht nur in den Häusern der Bundestagsgesandten, sondern auch in ihren eigenen den Vortritt vor den deutschen Herren. Auf diese Anmaßung folgte die gebührende Antwort: die Bundestagsgesandten wollten jetzt auch bei sich zuhause und im Bundespalais nichts mehr von einem Vorrang der fremden Gesandten wissen. Die Schatten des Heiligen Römischen Reiches schwebten von dem versunkenen Regensburger Reichstag langsam hinüber zur Eschenheimer Gasse. Bismarck hatte sie gerufen. Rechberg hatte leicht reden: diese Streitigkeiten seien kleinlich und erbärmlich — s e i n e Stellung blieb ja unangefochten. Inzwischen litt das lustige gesellige Leben der Bundesphäaken aufs schwerste. Überall gab es unerfreuliche Erörterungen. Der Präsidialgesandte konnte schließlich nicht mehr seine deutschen und die fremden Kollegen zusammen einladen. Er mußte ihnen getrennt Gesellschaften geben¹¹⁾.

Man hätte ja so gern wieder Frieden geschlossen. Die fremden Gesandten boten an, die Gesandten der Königreiche als gleichstehend zu behandeln, ihnen also bei sich zuhause den Vortritt zu geben. Rechberg durfte nicht daran denken, das anzunehmen. Es wäre der Bruch Österreichs mit den nicht-königlichen Gesandten gewesen. Er erwiderte den Fremden, seit dem Wiener Kongreß gebe es keine Scheidung mehr zwischen den Gesandten königlicher und anderer Höfe. So ging der Winter 1856/57 im Schmollen hin. Im nächsten Sommer ruhte der Streit. Doch nach den Ferien, im Herbst 1857, als die Geselligkeit wieder anfang, kam es endlich zur Entladung. Natürlich war es Bismarck, der den Funken ins Pulverfaß warf.

Die Stadt Frankfurt pflegte alljährlich im November den Herren vom Bundestag wie den fremden Diplomaten ein Festessen zu geben, das sogenannte Bürgermeister-Diner. Es war

¹¹⁾ Bericht Rechbergs v. 19. Nov. 1856. Anlage 17.

für die freie Stadt der stolzeſte Tag im Jahre: die Vertreter der deutſchen und der europäiſchen Mächte zu Gaſte beim Bürgermeister der Bundeshauptſtadt. Es war wie ein Abglanz der ehemaligen Kaiſerzeit. An Pracht und Aufwand wurde nicht geſpart¹²⁾. Doch man kann ſich denken, mit welcher Spannung diesmal die Rangordnung bei Tiſch erwartet wurde. Bismarck war mit ſeinen Anſprüchen als Erſter am Plage. Frankfurt hatte zwei Bürgermeiſter. Der Ehrenplatz zur Rechten des älteren gebührte ohne weiteres dem Präſidialgeſandten, der zur Linken dem Doyen des fremden diplomatiſchen Corps, damals Sir Alexander Malet. Den nächſten Platz aber, zur Rechten des jüngeren Bürgermeiſters, forderte Bismarck, nach dem Grundſatz des Alternates, für Preußen. Das Stadtoberhaupt, damals Eduard Ludwig Harnier, ſagte es ihm zu. Doch nun meldeten ſich die fremden Geſandten. Am Tage des Feſteſſens gingen ſie in corpore — nur der Ruſſe verſchmähte es, mitzumachen — zu Harnier und erklärten ihm, ſie würden bei dem Diner nicht erſcheinen, wenn der Platz zur Rechten des jüngeren Bürgermeiſters dem diplomatiſchen Corps entzogen und Herrn von Bismarck gegeben würde. Eine ſchwierige Lage für das Stadthaupt!

Harnier, einer der führenden Männer des Senates, war ſeit Jahrzehnten Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der Stadtrepublik, durchdrungen von der europäiſchen Bedeutung Frankfurts. Es war derſelbe Mann, der im Jahre 1832, um dem preußiſchen Zollverein die Spitze zu bieten, mit Lord Palmerſton jenen berühmten Handels- und Schifffahrtsvertrag auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Frankfurter und der großbritanniſchen Flagge abgeſchloſſen hat¹³⁾.

¹²⁾ Vgl. die Schilderung des Bremer Bundestagsgeſandten bei Sch w e m e r, Geſch. d. fr. St. Frankfurt III, 2 (1918) S. 103 f.

¹³⁾ Sch w e m e r II S. 460 ff. T r e i t ſ c h e, Deutſche Geſch. IV S. 401. Zur Charakteriſtik Harniers: Sch w e m e r paſſim, beſ. III, 1, S. 38 f., 406; III, 2, S. 99. Dazu B.'s Bericht v.

Einer seiner Lieblingsgedanken war der leider unanfechtbare Satz, daß die deutsche Bundesverfassung — also auch Frankfurts Stellung in ihr — durch die Wiener Kongreßakte unter europäische Garantie gestellt sei. Es war nicht zu erwarten, daß dieser geschmeidige und ehrgeizige Mann dem preußischen Gesandten zu Gefallen die Vertreter Europas kränken würde. Er trug zwar preußische Sympathien zur Schau, arbeitete unter der Hand aber mit den Österreichern zusammen. Als Vertreter Frankfurts im Bundestage und Stimmführer der freien Städte in Abwesenheit des Hamburger Gesandten, war er Bismarcks Kollege und versuchte diesen gütlich zum Nachgeben zu stimmen. Es versteht sich, daß er sich umsonst bemühte. Bismarck blieb dem Diner fern. Aber er forderte nun, daß der Ausschuß zur Regelung der Rangstreitigkeiten endlich seine Pflicht tue und bestimmte Vorschläge mache. Hinter ihm stand die große Mehrzahl der Bundestagsgesandten, die in der Haltung der fremden Gesandten eine Geringschätzung des Bundestags sahen. Rechberg erkannte, daß es ernst wurde. Er mußte mit seinen Kollegen zusammen für die Würde des Bundestages eintreten.

Also gingen die Verhandlungen von neuem los, erst im Ausschuß, dann mit den Fremden. Drei der besten Köpfe aus der Bundesversammlung, Bismarck, Rechberg und der Kurhesse von Dörnberg, vereinigten sich im Bundespalais zu gemeinsamer Sitzung mit drei Vertretern des Auslandes, dem Russen, dem Franzosen und dem Belgier, von denen der letzte der anspruchsvollste war. Rechberg begann mit einer staatsrechtlichen Belehrung für die Fremden: die Bundestagsgesandten seien mehr als bloße Deputierte ihrer Regierungen, sie trügen einen diplomatischen Charakter, gleichwertig dem der fremden Gesandten, hätten also Anspruch auf Reziprozität im Vortritt. Da der Bundestag einig war, mußten die Fremden nachgeben, und am 7. Dezember 1857 wurde in fünf

Artikeln ein Frankfurter Friede geschlossen, der ebenso wie sein größerer Nachfolger den Sieg der Bismarckschen Politik besiegelte. Der Zwischenrang fiel, der zugunsten der Fremden zwischen dem Präsidialgesandten und seinen Kollegen vom Bundestag bestanden hatte. Für alle nur denkbaren Zweifelsfälle wurde künftigen Streitigkeiten durch klare Bestimmungen vorgebeugt¹⁴⁾. Es war nur ein heiteres Nachspiel ohne weitere Folgen, daß nach dem Friedensschluß Bürgermeister Harnier mit dem Anspruch hervortrat, daß er in den der Stadt gehörigen Häusern allen übrigen Gesandten außer dem präsidialen vorangehe. Damit wäre also zugunsten der in Harnier verkörperten Frankfurter Sondertümelei eine neue Zwischenstufe zwischen Präsidium und einfachen Bundesgesandten eingeschaltet worden. Rechberg und Bismarck sorgten beide dafür, daß der Bürgermeister rasch aus seinem ehrgeizigen Traume erwachte¹⁵⁾.

Bitterernst dagegen war ein anderes Nachspiel, das freilich nur mittelbar mit den Rangstreitigkeiten zusammenhing. Seit den Tagen des Wiener Kongresses führten die Reichsgrafen von Bentinck einen Rechtsstreit gegen den Großherzog von Oldenburg um Wiedereinsetzung in ihre Herrschaft Kniphausen und um Anerkennung von Kniphausen als deutsches Bundesland¹⁶⁾. Es war ein Streit, der Gluten von Tinte und Ballen von Papier gekostet hat. Da der damalige Träger des Rechtsanspruchs britischer Untertan und Generalmajor war, erwirkte er eine empfehlende Note des englischen Gesandten in Frankfurt an den Bundestag. Schon die Tatsache, daß eine auswärtige Regierung auf einen bei der Bundesversammlung anhängigen Rechtsstreit einzuwirken suchte, reizte Bismarcks nationales Empfinden. Zudem traf die Note gerade im November 1857 ein, als der Rangstreit

¹⁴⁾ Berichte Rechbergs und Bismarcks v. 9. Dez. 1857. Anlagen 29 und 30.

¹⁵⁾ B.'s Bericht v. 11. Dez. Pr. i. BT. III S. 183 f.

¹⁶⁾ Siehe vor allem Prot. BB. 1851, § 155, S. 342—368.

mit den fremden Diplomaten seinen Höhepunkt erreichte und der Ausgang noch nicht abzusehen war. Ferner enthielt sie wieder den „verfassungswidrigen“ Titel *President of the Diet*.¹⁷⁾ Auch ihr Inhalt war anstößig, da die Note zwar die alleinige Zuständigkeit des Deutschen Bundes für die Bentindische Sache anerkannte, gleichzeitig aber von dem europäischen Charakter eines der Verträge sprach, auf die der Graf seine Ansprüche stützte. Um das Maß voll zu machen, hatte der englische Gesandte, Sir Alexander Malet, es nach seiner Gewohnheit für ausreichend gehalten, die Note nur dem Präsidialgesandten zu überreichen, statt, wie die Gesandten von Rußland und Frankreich zu tun pflegten, auch dem preussischen und anderen Gesandten gleichzeitig Kenntniss zu geben. Und ebenso wenig hatte Rechberg für nötig befunden, seinen preussischen Kollegen vorher zu unterrichten, wie dieser bei allen wichtigeren Gegenständen vor Verhandlung im Bundestag beanspruchte.

Es war also ungefähr alles zusammengekommen, was Bismarcks Kampflust reizen konnte. Um den Präsidialgesandten zu erziehen, widersprach er dessen Antrage, die Note sofort an den Bentindischen Ausschuss weiterzugeben, und setzte durch, daß dieser an sich selbstverständliche Beschluß auf die nächste Sitzung verschoben wurde. Es war sein übliches Vorgehen, wenn Rechberg ihn über einen, näherer Prüfung würdigen Punkt der Tagesordnung nicht vorher unterrichtet hatte. Zur Begründung seines Widerspruchs erklärte Bismarck, es müsse vorerst untersucht werden, ob der englischen Regierung das Recht zustehe, sich in diese innere Angelegenheit des Bundes zu mischen. Rechberg wies aus der Wiener Schlussakte (Art. 36) einwandfrei nach, daß fremde Staaten Rechtsansprüche ihrer Untertanen gegen Bundesglieder beim Bunde vertreten dürften. Trotzdem lebhafte und lange Debatte, in

¹⁷⁾ In französ. Übersetzung gedruckt: Prot. BB. 1857, § 336. Das Original scheint nach B.'s Bemerkung englisch gewesen zu sein. GW. II S. 269.

der Oldenburg sich natürlich Bismarck unbedingt angeschlossen, dieser aber „sich soweit fortreißen ließ, diese Angelegenheit sogar mit der des Don Pacifico zu vergleichen“¹⁸⁾. Es mag etwas hart für die Ohren der erlauchten Versammlung geglungen haben, daß ein deutscher Reichsgraf und englischer General mit einem portugiesischen Juden auf eine Stufe gestellt wurde. Bismarck ist in der Hitze des Kampfes offenbar weitergegangen, als er eigentlich wollte. Bentinck und Kniphausen waren ihm ja einerlei; es kam ihm nur darauf an, den Grafen Rechberg und den englischen Gesandten zu erziehen. Sir Alexander war, trotz freundschaftlicher Beziehungen zu Bismarck, den preußischen Wünschen in Sachen der Rangordnung durchaus entgegen. Und er war es, nach Bismarcks Zeugnis, nicht aus Überhebung, sondern aus falscher Auffassung von der Stellung des Bundespräsidiums. Er vermied geschäftliche Gespräche mit Bismarck, gerade als wäre er nicht beim Bundestag, sondern nur beim Präsidium beglaubigt. Diese Vorstellung aber, daß die fremden Gesandten in amtlicher Beziehung nur zum Präsidium ständen, war während der Rangstreitigkeiten auch von anderen Mitgliedern des diplomatischen Corps ausgesprochen worden. Die Übergabe der Note für Bentinck bot also willkommenen Anlaß, in eine wichtige Formfrage, die mit der Rangfrage zusammenhing, Klarheit zu bringen.

Allein die Behandlung dieser Frage durch Bismarck hatte zunächst eine ganz andere Wirkung, als die von ihm beabsichtigte. Graf Rechberg benutzte die unvorsichtigen Äußerungen seines preußischen Kollegen, um diesen bei Sir Alexander Malet anzuschwärzen, überging die formale Seite der Angelegenheit und erweckte bei dem Engländer die Vorstellung, daß Bismarck einen scharfen sachlichen Einspruch gegen Englands Fürsprache für Graf Bentinck erhoben hätte.

¹⁸⁾ Bericht Rechbergs v. 19. Nov. WA. Dazu Bismarcks Berichte v. 19. u. 26. Nov. Pr. i. BT. III S. 174—177.

Und damit spielte Rechberg dem preußischen Gesandten einen bösen Streich. Denn bei den nahen persönlichen und politischen Beziehungen der Höfe von Preußen und England mußte eine solche Mitteilung in London höchst befremdend wirken. Die sofortige Folge war, daß die englische Regierung sich über Bismarcks feindselige Haltung beim Berliner Rabinett beschwerte. Diese Wendung kam dem verklagten Gesandten schwerlich ganz unerwartet. Denn seinem ersten Bericht, in dem „der ungewöhnliche Vorgang“ auswärtiger Einmischung in einen deutschen Rechtsstreit nicht gerade wohlwollend beleuchtet wurde, ließ Bismarck, sobald er von Rechbergs Besuch bei den Gesandten Frankreichs und Englands nach jener Sitzung erfahren hatte, einen ausführlicheren zweiten Bericht nachfolgen, in dem der Einspruch aus formalen Gründen als das allein Entscheidende im Vordergrund stand¹⁹⁾. Manteuffel war also vorbereitet und nahm daher die englische Beschwerde über seinen Untergebenen nicht tragisch. Bismarck aber geriet in lodernden Zorn. Er schrieb eine ausführliche Rechtfertigung, bestritt sein feindseliges Auftreten gegen die englische Einmischung, berief sich auf seine, auch Manteuffel bekannten lebhaften Sympathien für England und erbot sich, wenn es gewünscht würde, eine Erklärung der Bundesversammlung zu seiner Rechtfertigung herbeizuführen. Noch nach Monaten kam er auf die „hinterlistige Intrigue“ zurück, die Rechberg ihm mit England gespielt hätte — Vertrauen könnte er seitdem nicht wieder zu ihm fassen²⁰⁾. Seine Urteile über Rechberg wurden fortan bitterer und schärfer. Aus dem einst für ihn so anziehenden Kollegen, dem er Vertrauen geschenkt hatte, wurde eine „wahre kleine Giftflasche“, ein Mann, mit dem auf die Dauer gar nicht geschäftlich zu verkehren sei. Und zweifellos hatte Rech-

¹⁹⁾ Vgl. B.'s Bericht v. 19. mit dem v. 26. Nov. a. a. O.

²⁰⁾ Pr. i. BT. III S. 189, Anm. 3. B.'s Berichte v. 2. u. 4. Jan., 5. März. GW.II S. 267 ff., 293.

berg illonal gehandelt; zur Rede gestellt, schwieg er betreten²¹). Bismarck aber war zum mindesten der Unvorsichtigkeit schuldig, und dieses Bewußtsein wird den Zorn seiner Abwehr gesteigert haben.

Um so zufriedener durfte Bismarck mit dem politischen Ergebnis des ärgerlichen Zwischenfalles sein. Manteuffels Versicherung, daß der preußische Bundestagsgesandte nur aus formalen, nicht aus sachlichen Gründen Schwierigkeiten bereitet habe, war der englischen Regierung eine erwünschte Aufklärung. Die gleichzeitig erteilte Belehrung über die verfassungsmäßige Stellung des Präsidialgesandten zum Bundestag aber hatte die für Bismarck erfreuliche Folge, daß die Instruktion der englischen Regierung für ihren Frankfurter Vertreter abgeändert wurde. Der englische Außenminister, Lord Clarendon, bekannte, er sei in der Tat des Glaubens gewesen, daß nur der „Präsident“ des Bundestages mit der auswärtigen Diplomatie zu verkehren habe; das solle fortan anders werden. England denke nicht daran, Preußens Stellung in Deutschland gegenüber der Österreichs herabdrücken zu wollen²²). So kam schließlich sogar noch ein kleiner Erfolg Preußens für seine auswärtige Geltung heraus.

*

Der hohe Wert, den Bismarck auf Form- und Rangfragen legte, hatte seine Berechtigung darin, daß Preußen die Gleichstellung mit dem Kaiserstaat noch zu erkämpfen hatte. Dies erklärt es, daß er in vielleicht überpeinlicher Weise alles zu vermeiden suchte, was auch nur den möglichen Schein einer Überordnung Österreichs über Preußen erwecken konnte. In einem Falle aber lernen wir Bismarcks Bewertung von

²¹) Diese Erzählung sowie das Wort von der Giftflasche gehören zu den von B. in Poschingers Ausgabe unterdrückten Stellen. GW. II S. 271, 298.

²²) Erlaß Manteuffels an B., 28. Jan. 1858. Pr. i. BT. III S. 196, Anm. 1.

Formfragen in einer Steigerung kennen, die zunächst überraschend wirkt. Ende Dezember 1858 erhielten der preussische, der österreichische und eine Reihe anderer Bundestagsgesandter von ihren Regierungen den Auftrag, das hessische Großherzogspaar zu seiner silbernen Hochzeit zu beglückwünschen. Graf Rechberg berichtet darüber²³⁾:

„Als er (Bismarck) erfuhr, daß ich eine gleiche Bestimmung erhalten hatte, war er sehr besorgt, sich den Vorrang vor mir zu sichern, und hatte deshalb einen lebhaften Auftritt mit dem großherzoglich hessischen Bundestagsgesandten und Oberceremonienmeister Herrn Freiherrn von Münch, dem er auf das bestimmteste erklärte, er werde nicht dulden, daß ich weder vor ihm, noch vor dem General von Budderg, welcher von S. M. dem Kaiser von Rußland in gleichem Auftrage nach Darmstadt geschickt wird, den Rang einnehme. Mir sagte er, er bedauere es recht sehr, so spät erfahren zu haben, daß ich ebenfalls nach Darmstadt kommen würde, da er sonst die nöthigen Einleitungen getroffen hätte, um mir den Vorrang zu sichern. Nun sei aber leider nichts mehr zu machen, da er schon officiell bei der großherzoglichen Regierung angesagt worden sei und bei außerordentlichen Missionen der Tag der Ansage den Rang bestimme. Er habe sich dieser Tage viel mit dieser Frage beschäftigt und habe nach Durchgehung der Akten und betreffenden Papiere sich davon überzeugt, daß diese Regel als Richtschnur angenommen werden müsse. Ich habe ihm geantwortet, daß ich die Richtigkeit dieser Ansicht nicht anerkennen könne. Nach dem klaren Wortlaut der Bestimmungen des Wiener Congresses in Bezug auf Rangverhältnisse werde der Rang durch den Zeitpunkt bestimmt, an welchem die Notification der erfolgten Ankunft stattgefunden habe. Ich müßte jedenfalls darauf bestehen, daß von den Bestimmungen des Wiener Congresses nicht Umgang genommen werde; aber ich wolle ganz loyal vorgehen und wolle

²³⁾ Berichte (A u. B) v. 24. Dez. 1858. WA.

ihm die Stunde meiner Abfahrt nach Darmstadt nicht verheimlichen. Lege er oder seine Regierung Werth darauf, den Vorrang zu haben, so stehe es ihm frei, etwas früher sich nach Darmstadt zu begeben und dem Herrn Minister des Außern Freiherrn von Dalwigk seine Ankunft sogleich zu notificiren.

Ich glaubte vor allem mein Augenmerk darauf richten zu müssen, dem kaiserlichen Cabinete wegen Rangstreitigkeiten jede Verlegenheit oder Unannehmlichkeit ersparen zu sollen und durch meine Haltung zu beweisen, daß Oesterreich keiner so kleinlichen Mittel bedarf, um seinen Rang als erste europäische Großmacht zu behaupten. In diesem Sinne habe ich mich auch Herrn von Münch gegenüber ausgesprochen und habe ihm noch beigelegt, wie ich den Absichten meines allerhöchsten Hofes am besten dadurch zu entsprechen glaubte, daß ich alles zu vermeiden suchte, was der großherzoglichen Regierung Verlegenheit bereiten könnte“.

Die Erklärung für Bismarck's Eifer in dieser anscheinend so gleichgültigen Sache liegt nahe. Am Bundestag hatte Oesterreich als Präsidialmacht den ersten Rang. Am Hofe zu Darmstadt aber erschienen die Frankfurter Kollegen nicht in ihrer Eigenschaft als Bundestagsgesandte, sondern als Spezialbevollmächtigte ihrer Regierungen. Und wenn Oesterreich auch in diesem Falle den Vortritt hatte, so konnte der Eindruck entstehen, daß der Kaiserstaat schlechthin, nicht nur als präsidierender Bundesstaat, etwas Höheres darstelle als das Königreich Preußen. Dieser Eindruck sollte auf jeden Fall vermieden werden. Daher die nachdrücklichen Vorstellungen beim Freiherrn von Münch. Und daß Bismarck gegen Rechberg zunächst mit der Wahrheit zurückhielt, hatte ebenfalls seinen guten Grund. Da der kaiserliche Gesandte noch so altmodische, aus der Zeit des Heiligen Römischen Reiches stammende Vorstellungen hatte wie die, daß der Kaiserstaat den Rang der ersten europäischen Großmacht einnähme, so war Bismarck entschuldigt, wenn er auf Widerspruch gegen seinen Wunsch, diesmal voranzugehen, gefaßt war. Es war auch nicht

Großmut, was den Österreicher so nachgiebig stimmte, sondern politische Erwägung. „Ich schmeichle mich der Hoffnung,“ schreibt er in einem weiteren Bericht vom gleichen Tage, „durch die Art, wie ich diese läppische Angelegenheit behandelt habe, den hohen Ansichten Eurer Excellenz zu entsprechen, da gerade in diesem Augenblicke ein Streit über Präcedenz nachtheilig auf die bessere Gestaltung unseres Verhältnisses zu Berlin hätte zurückwirken können. Die übrigen Gesandten mißbilligen das Vorgehen Preußens und zollen der Mäßigung der kaiserlichen Regierung, welche sich über solche Kleinigkeiten hinauszusetzen weiß, ihren vollen Beifall“. Die Neue Ära in Preußen und ihr Minister Schleinitz boten Österreich damals die Freundeshand — also jetzt keinen Streit beginnen, der die Aussicht auf bessere Zeiten wieder zerstören könnte!

Buol war in der That mit dem Verhalten seines Gesandten völlig einverstanden. Nur die Worte „als erste europäische Großmacht“ strich sein Bleistift durch. Es ist merkwürdig genug und ein Beweis für den Bann der Überlieferung, daß ein Mann wie Rechberg, dem Überschätzung der österreichischen Macht völlig fern lag, der sich vielmehr der Verwundbarkeit seines Staates beinahe ängstlich bewußt war, dennoch eine so hohe Vorstellung vom Range Österreichs haben konnte. Er war also hierin nicht anders als seine Vorgänger, zumal Graf Thun, der ja auch mit dem Gefühl eines gar nicht bestreitbaren Vorranges dem preußischen Gesandten gegenübertrat. Das ist wohl zu beachten und enthält die beste Verteidigung Bismarcks gegen Rechbergs Vorwurf, daß er sich um läppischer Kleinigkeiten willen erregte. Es war keine Kleinigkeit, daß diese Vorstellungen von Österreichs Erhabenheit nicht nur im Herzen der kaiserlichen Diplomaten lebten, sondern auch außerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle mehr oder weniger anerkannt oder doch geschont wurden. Das ging bis ins Herz der preußischen Monarchie: wer wollte Friedrich Wilhelm IV. davon freisprechen, daß er sich vor dem ehrwürdigen Schimmer der Kaiserkrone gefühlsmäßig beugte?

Oder ein Mann wie Bismarcks Vorgänger, General von Rochow, der auf offener Straße um den weit jüngeren Grafen Thun geflissentlich herumging, damit Österreichs Vertreter den Platz zur Rechten erhalte? Erst aus solchen Beobachtungen heraus gewinnen wir das richtige Augenmaß für Bismarcks Verhalten, das sonst leicht als kleinlich erscheinen könnte. Wenn der Weg für Preußens Aufstieg zur Führung Deutschlands frei werden sollte, so mußte mit Österreichs Erbe aus großer Vergangenheit und mit allem, was dieses Erbe stützen konnte, rücksichtslos aufgeräumt werden. Politischer Kampf geht nicht nur um materielle Vorteile, sondern auch um die Imponderabilien des Gefühlslebens. Das wußte niemand besser als Bismarck, und es war ein Zeichen von Mut, daß er um dieses Kampfes willen auch den Makel nicht scheute, kleinlich zu erscheinen.

Reichberg berichtet weiter²⁴): „Herr von Bismarck hat sich in Bezug auf die Rangverhältnisse in Berlin angefragt und hat die Antwort erhalten, daß, wenn man bei dem großherzoglich hessischen Hofe von der Ansicht ausgehe, daß der Rang sich nach der Anmeldung der bevorstehenden Ankunft bestimme, so sei es natürlich, daß er den später Angemeldeten und mithin auch mir vorgehe, da ich dort nicht in der Eigenschaft eines Präsidialgesandten, sondern in der des Special-Bevollmächtigten Seiner Majestät des Kaisers fungiere. Im entgegengesetzten Falle aber werde er ermächtigt, sich des Ausweges, den er vorgeschlagen habe, zu bedienen, sich gleich nach Übergabe des Schreibens an Seine Kön. Hoheit den Großherzog frank zu melden und Darmstadt sofort wieder zu verlassen. Herr von Bismarck hat mir den darauf bezüglichen Erlaß vorgelesen. Ich habe ihm darauf erwidert, der großherzogliche Oberceremonienmeister Freiherr von Münch habe mir gesagt, daß man in Darmstadt die Ansicht festhalte, es richte sich, nach den Bestimmungen des Wiener Congresses, der Rang nach

²⁴) Bericht (B) vom 24. Dez. 1858. Wl.

dem Zeitpunkt der Notification der wirklich erfolgten Ankunft und nicht nach dem der Anmeldung der bevorstehenden Absendung“. Da Bismarck jedoch die Stunde von Rechbergs Abreise zu wissen bekam, lag es auch jetzt noch in seiner Hand, sich den Vortritt zu sichern. „Er dankte mir in warmen Ausdrücken, ihm durch mein conciliatorisches Entgegenkommen diesen Ausweg offen zu halten, und wird ihn ohne Zweifel benützen“.

Das hat Bismarck getan. „Obgleich auf demselben Bahnzuge von Frankfurt mit mir in Darmstadt ankommend, war er mir, nachdem ich Ihm hiezu Gelegenheit gebothen hatte, rasch zum Herrn Minister von Dallwigk vorausgeeilt und hatte sich vor mir bei ihm gemeldet“²⁵⁾. Nur der kurhessische Gesandte war Bismarck zuvorgekommen. Dem aber ließ der Preuße kampflos den Vortritt, obwohl jener, wie Rechberg feststellte, sich erst nach ihm von Kassel aus angemeldet hatte. Nicht mit Kurhessen, nur mit Österreich lag Preußen im Rangstreit. Wenn es aber um sein Preußen ging, dann war für Bismarck nichts Großes zu groß, um den Kampf dafür zu wagen, und nichts Kleines zu klein, um es seiner Beachtung wert zu halten.

²⁵⁾ Brief Rechbergs an Buol, Darmstadt 26. Dez. 1858. WA.

Sechster Abschnitt
Biegen oder Brechen
(1857/58)

Als Bismarck Ende April 1857 aus Paris zurückkehrte, fiel dem Grafen Rechberg ein entschiedener Stimmungswandel auf. Im Laufe des Winters hatte der preußische Gesandte wiederholt versichert, er wolle auf Herstellung eines guten Einvernehmens zwischen Preußen und Österreich hinwirken. Noch unmittelbar vor seiner Abreise hatte er sich im gleichen versöhnlichen Sinne geäußert. Nach seiner Rückkehr erzählte er dem Grafen nur, er habe den Kaiser Napoleon öfters und lange gesprochen, zeigte sich aber über Inhalt und Ergebnis dieser Unterredungen sehr verschlossen. Schon das fand Rechberg auffallend, da Verschlossenheit sonst nicht in Bismarcks Gewohnheiten zu liegen pflegte. Beunruhigend aber war ihm, daß sein preußischer Kollege sich jetzt gegen die Gesandten Rußlands und Frankreichs „ganz ungewöhnlich zuvorkommend“ zeigte¹⁾.

Bismarcks Pariser Verhandlungen galten der Neuenburger und der holsteinischen Angelegenheit. Sie enthielten nichts, was Österreich hätte beunruhigen können. Die Unterhaltungen, die er mit dem Kaiser wie mit seinem Vetter, dem Prinzen Napoleon, führte, betrafen allerdings noch andere und wichtigere Dinge, vor allem den Wunsch der französischen Politik nach einem engeren Verhältnis zu Preußen. Und der Faden dieser Gespräche wurde fortgesponnen, als schon vierzehn Tage nach Bismarcks Rückkehr aus Paris Prinz Napoleon dem Berliner Hof seinen Besuch machte. Der leitende Gedanke war eine französische Ermutigung zu preußischen Gebietserweiterungen in Norddeutschland. Das hätte

¹⁾ Bericht Rechbergs v. 29. Apr. 1857. WA.

für Österreich bedenklich werden können, wenn man in Berlin durch so „unzüchtige Zumutungen“, wie Bismarck scherzte, verführt worden wäre. Doch davon war zum Bedauern des Gesandten keine Rede; Österreich durfte ruhig sein. „Ich habe zur Zeit in Berlin wenig Einfluß,“ sagte Bismarck Ende Mai zu Reudell, „meine Bemühungen, die günstigen Dispositionen des kaiserlichen Frankreich für uns nutzbar zu machen, werden keine Erfolge haben“²⁾. So blieb ihm nur das Mittel, wenigstens die Furcht Rechbergs, daß die Gunst Frankreichs genutzt werden k ö n n t e, seinen politischen Zielen am Bundestag dienstbar zu machen. Daher das Geheimnisvolle, mit dem Bismarck sich umgab. Er brauchte für den Vorstoß, den er plante, bei dem österreichischen Gesandten die Stimmung der Sorge, und so schwieg er über Paris, zeigte ihm aber dauernd und in gesteigertem Maße seine herbste Miene. Der nächste Anlaß zum Streit sollte eine radikale Auseinandersetzung bringen.

Dieser Anlaß kam bald genug und ging von der Bundesfestung Rastatt aus, deren Baugeschichte schon einmal, 1853 und 54, einen bitterbösen Streit zwischen Preußen und Österreich hervorgerufen hatte. Durch Bundesbeschluß vom 3. August 1854 war dieser erste Streit im Wege des Kompromisses beigelegt worden (S. 202). Aber schon im Oktober gab es neuen Hader. Der Anlaß war diesmal der geringfügigste, der sich denken ließ; doch dahinter lag die ganze bittere Rivalität der beiden deutschen Großmächte. Es war Bismarck ein Dorn im Auge, daß Österreich zur Besatzung der badischen Festung einen Anteil stellte. Obendrein bildete nur ein Beschluß des Rumpfbundestages, den Preußen nicht anerkannte, die Grundlage dieses Besatzungsrechts. Nun forderte die Bundes-Militärkommission bei Eintritt der kalten Jahreszeit Beschaffung einer dritten Wolldecke für die kaiserliche „Kriegsbesatzung“

²⁾ Vgl. Bismarcks Pariser Berichte mit Manteuffels Zurückhaltung gegenüber Prinz Napoleon: Pr. a. P. III S. 345. Reudell, Fürst und Fürstin B., S. 54—56.

in Rastatt. Der preußische Militärbevollmächtigte bestritt den Charakter der „Kriegsbesatzung“ und widersprach der Bewilligung auch aus etatsrechtlichen Gründen. Er gab daher in der Militärkommission ein Sondervotum ab. Als die Sache darauf an den Militärausschuß des Bundestages kam, gab dessen preußisches Mitglied, Bismarck, dem bisher nur sachmäßig begründeten Widerspruch einen politischen Beigeschmack: er bestritt die Rechtsgrundlage für Anwesenheit der Österreicher in Rastatt und drohte, daß Preußen dieser Besatzung alles, was sie vom Bunde beanspruche, verweigern werde. Es gab erregte Auftritte im Militärausschuß. Bismarck blieb ungerührt, als man ihm vorhielt, die kaiserliche Truppe sei durch Cholera bedroht, sie brauche die Decken dringend. Doch schließlich fand man für den Beschluß eine allgemeine Fassung, mit der Bismarck sich zufrieden gab³⁾.

Durch knapp zwei Jahre ruhte jeder Streit wegen der badischen Bundesfestung. Doch im Sommer 1856 flackerte er von neuem auf, als Österreich den Festungsbauplan etwas zu ändern wünschte. Noch einmal wurde ernstem Streite durch ein Kompromiß vorgebeugt⁴⁾. Im Mai 1857 aber, nach Bismarcks Rückkehr aus Paris, begann ein Kampf, der an Schärfe und Bitterkeit alle früheren weit hinter sich ließ. Der Anlaß lag diesmal nicht im Bauplan und seinen Kosten, sondern in der Besatzungsfrage. Die Höhe der Besatzung war bisher nur vorläufig geregelt, und zwar dahin, daß die sehr bescheidene Friedensbesatzung (2500 Mann) überwiegend durch Baden, für die Genietruppen durch Österreich gestellt wurde. Die Kriegsbesatzung sollte zu einem Drittel aus österreichischen, zu zwei Drittel aus badischen Truppen gebildet werden. Baden wünschte Erleichterung von dieser Last und einigte sich im April 1857 mit Österreich auf einen an die Bundesversammlung zu richtenden Antrag, der die Friedensbesatzung

³⁾ Profesch-Ostens Berichte: Anlagen 10 und 11.

⁴⁾ Prot. BB. 1856 Juli 17., Aug. 2., §§ 231, 263. B.'s Berichte v. 7. Juli bis 3. Aug. Pr. i. BT. III S. 9—22 Anm. 1.

auf 5000, die Kriegsbesatzung auf 10 500 Mann festsetzte und eine Verständigung der beiden antragstellenden Regierungen über ihre Garnisonanteile vorsah. Es war leicht vorauszusehen, daß bei dieser Verständigung der Hauptanteil an der Besatzung Österreich zufallen würde⁵⁾.

Niemand sah hierin etwas Verhängliches. Weder Man- teuffel noch Friedrich Wilhelm IV. waren auf den Gedanken gekommen, daß dieser Antrag preußischen Interessen zu nahe trete. Preußen hatte in der Bundesfestung Luxemburg das alleinige Besatzungsrecht in Friedenszeiten und stellte den überwiegenden Anteil der Kriegsbesatzung; nur drei nord- deutsche Kleinstaaten und Luxemburg selbst waren im Kriege mit schwachen Truppenkörpern beteiligt, nicht aber Österreich. In der Bundesfestung Mainz und in der Bundeshauptstadt Frankfurt standen österreichische und preußische Truppen neben einander. In Ulm war zu Friedenszeiten keine der Großmächte vertreten, sondern nur Bayern und Württem- berg; im Kriegsfall nahm Österreich an der Besatzung teil. In Landau stellte Bayern allein die Friedensbesatzung, doch im Kriegsfall trat ein preußisches Bataillon hinzu. Jetzt sollte in Rastatt die Garnison verstärkt und ihre Anteile sollten verschoben werden, so daß die Hauptlast von Badens schwachen auf Österreichs starke Schultern gelegt wurde. Die militärische Zweckmäßigkeit des Antrages war so einleuchtend, daß auch Bismarck sie bestätigen mußte. „Wenn wir uns daher lediglich auf den Standpunkt der B u n d e s p o l i t i k stellen, so würden wir die Wünsche Österreichs mehr zu fördern, als ihnen entgegen zu treten haben“⁶⁾. Allein Bismarck wollte die Frage gar nicht unter dem Gesichtspunkt der Bundes- politik entschieden sehen, sondern ausschließlich unter dem der preußischen Politik. Reehberg erzählt einmal, daß Bis- marck während einer erregten Auseinandersetzung „sich zu

⁵⁾ Prot.BV. 1857, § 226 S. 450 f.

⁶⁾ Bericht B.'s v. 12. Mai 1857. Pr. i. BT. III S. 104.

dem Ausdruck verleiten ließ: er sei preußischer Gesandter und habe das Interesse Preußens und nicht das des Bundes zu vertreten⁷⁾). Es war eine jener Offenheiten, die der Gegner so anstößig und undiplomatisch fand. Bismarck aber wollte nichts davon wissen, daß „alle Sonderinteressen gewissermaßen als pudenda verhüllt und ihr Vorhandensein bestritten wird“. Er fand, daß Preußen zu kurz komme, wenn es nicht den Mut habe, sich zu seinen Sonderinteressen zu bekennen, sondern die unehrliche Gefechtsweise mitmache, die auf dem Trugschluß einer bei allen Bundesregierungen vorhandenen uneigennützigen Hingabe an Deutschlands Gemeinwohl beruhe. Im vorliegenden Falle sah er die Gefährdung eines preußischen Interesses darin, daß Baden seit kurzem in das Fahrwasser einer österreichfreundlichen, klerikalen Politik geraten war und dem preußischen Einfluß völlig entgleiten mußte, wenn Österreich in den dauernden Besitz der einzigen Festung des Landes geriet. Deshalb, nicht aus militärischen und bundespolitischen Gründen, wollte er für Preußen einen Anteil an der Rastatter Besatzung erkämpfen, falls es nicht gelang, die bisherigen Besatzungsverhältnisse beizubehalten⁸⁾).

Schon zweimal hätte Preußen Gelegenheit gehabt, sich an der Rastatter Besatzung zu beteiligen. Der preußenfreundliche Großherzog Friedrich von Baden hat im Jahre 1854 — bei einem Besuch, den er, noch als Prinzregent, dem Berliner Hof abstattete — Preußen zur Teilnahme an diesem „patriotischen Verteidigungswerk“ eingeladen. Er hat im nächsten Jahre die Berliner Regierung noch einmal auf die Bedeutung der Angelegenheit hingewiesen. Allein beide Male war die Antwort eine eindeutige Ablehnung. König Friedrich Wilhelm, seine militärischen Berater, die leitenden Männer seiner Regierung: sie alle wollten nichts davon wissen, daß Preußen

⁷⁾ Reichbergs Bericht (D) v. 15. Juli 1857. WA. Vgl. B.'s Brief an Thun, 19. Jan. 1852. GW. I S. 128 f.

⁸⁾ B.'s Berichte v. 2., 6. u. 12. Mai. Pr. i. BT. III S. 97 ff.; pudenda: S. 104.

sich so weit im Süden mit einer Garnisonpflicht belaste. „Der Hauptgedanke dieser Ablehnung“, heißt es in der Aufzeichnung des Großherzogs⁹⁾, „lag in der Überzeugung, daß im Falle eines Krieges mit Frankreich Preußens äußerster linker Flügel am Main seine Grenze finde und eine weitere Ausdehnung dieser Linie nur mit Nachteilen verbunden sein könne“. Damit mußte der Großherzog sich bescheiden. Konnte man aber nach diesen Vorgängen, von denen Bismarck vermutlich nie etwas erfahren hat, in Berlin jetzt überhaupt daran denken, Anteil an der Rastatter Besatzung zu fordern? Nur deshalb, weil Österreichs Besatzung verstärkt werden sollte? Lag darin nicht das Eingeständnis, daß es für Preußen keine sachlichen Gründe mehr gab, sobald die Eifersucht auf Österreich ins Spiel kam?

Es ist ein schwerwiegender Beleg für den mächtigen Einfluß Bismarcks bei seiner Regierung, daß er, wie schon so oft, auch diesmal Manteuffel für seine Auffassung gewann. Denn — ganz abgesehen von dem peinlichen Eindruck, den man beim Großherzog von Baden erwecken mußte und erweckt hat — darüber konnte kein Zweifel bestehen, daß ein Sieg in dieser Sache, für die Preußen auch nicht einen Schein von Bundesinteresse anführen konnte¹⁰⁾, nur mit den allergrößten Schwierigkeiten zu erringen war. Und es gehörte ein Bismarck dazu, um das mit seinem Posten ohnehin schon verbundene Maß von Kampf und Mühe eben jetzt, beim Heran-

⁹⁾ Herm. D n e n, Großh. Friedr. I. v. Baden u. die deutsche Politik 1854—71, I (1927) S. 72 f.

¹⁰⁾ Das in der Öffentlichkeit verwertete Argument, Rastatt liege den großen preußischen Waffenplätzen näher als den österreichischen (Intelligenzblatt d. fr. St. Frankfurt, 25. Mai 1858, Nr. 122), war zwar militär-geographisch von Gewicht, stand aber in Widerspruch zu Preußens früherer Haltung und war bundespolitisch bedenklich. Das Bundesinteresse erforderte eine starke Bindung Österreichs am Oberrhein. Bismarck selber gab zu, daß die Verteidigungsfähigkeit des Bundesgebietes und die Haltbarkeit des Bundes selbst nur gewinnen könnten, wenn Baden und

nahen des schleswig-holsteinischen Sorgenbündels, freiwillig um eine neue große Streitfrage zu vermehren. So konnte nur ein Staatsmann handeln, der es darauf ankommen ließ, ja im Stillen vielleicht wünschte, daß der Bundesfriede einen schweren Stoß erhielt.

Die Verstärkung der Rastatter Besatzung war außenpolitisch nicht unverfänglich, da sie als Herausforderung Frankreichs wirken konnte. Preußen, seit dem Neuenburger Zwischenfall mit Frankreich auf bestem Fuße, hatte keinen Grund, zu wünschen, daß Paris gereizt werde. Manteuffel machte daher in Wien geltend, es scheine ihm bedenklich, Frankreich jetzt herauszufordern, und schrieb im gleichen Sinne an seinen Pariser Gesandten, den Grafen Hatzfeldt. Nicht lange danach wollte Graf Buol aus ganz zuverlässiger Quelle wissen, daß Preußen in der Rastatter Garnisonfrage förmlich Klage gegen Österreich in Paris geführt habe. Der Großherzog von Baden hatte die gleiche Nachricht. Die Folge des Schrittes war ein, wenn auch ruhig gehaltener, doch unerwünschter französischer Rund-Erlaß über diese Angelegenheit. „Solange nicht Preußen selbst,“ schreibt Buol im Juni 1857 an Rechberg, „das traurige Geständniß seiner Unthat macht, müssen wir es zu ignoriren scheinen. Ich hoffe, daß eben die Verwerflichkeit der Demarche sie scheitern machen wird; denn ich traue doch so viel gesunden Sinn der Mehrzahl der deutschen Regierungen zu, daß sie in ihren Ansichten und Voten sich nicht von dem Staate influenciren lassen werden, gegen den ihnen diese Leistungen Schutz biethen sollen“¹¹⁾.

So kam von vornherein, doch ohne Bismarcks Schuld, etwas Gehässiges in die Rastatter Angelegenheit. Am Tage, ehe Österreich und Baden ihren gemeinsamen Antrag der

die süddeutschen Streitkräfte überhaupt in Abhängigkeit von Österreich gebracht wurden. Pr. i. BT. III S. 105.

¹¹⁾ Manteuffel an Hatzfeldt, 17. Mai 1857. Pr. a. P. III S. 348. Weisung Buols an Rechberg, 11. Juni 1857. WB. —

Bundesversammlung vorlegten, sprach Rechberg mit Bitterkeit über die Einmischung fremder Mächte. Bismarck aber fand zu rügen, daß der Antrag eingebracht wurde, ehe die von der Berliner Regierung erhobenen Bedenken auch nur beantwortet waren¹²⁾. So war in der Sitzung vom 18. Juni, in der der Antrag eingebracht wurde, die Luft von elektrischen Spannungen erfüllt, die sich in einem heftigen Gewitter entluden. Die Debatte nahm die leidige Form eines Geschäftsordnungsstreites an, in dem Bismarck Sieger blieb. Er setzte durch, daß die Wahl des Ausschusses, dem der Antrag überwiesen werden sollte, auf die nächste Sitzung verschoben wurde. Ihm lag daran, Zeit zu gewinnen. Im normalen Geschäftsgang, der schließlich auch eingehalten wurde, wanderte der Antrag zunächst an den Militärausschuß, der ebenso wie alle übrigen Ausschüsse durch Wahl aus der Bundesversammlung hervorgegangen war; er unterschied sich von den übrigen nur dadurch, daß er ständigen Charakter trug, statt in seiner Zusammensetzung zu wechseln¹³⁾. Der Militärausschuß aber hatte den Antrag zur sachlichen Begutachtung an die Bundesmilitärkommission weiterzugeben. Diese bestand aus sechs Offizieren, den Militärbevollmächtigten der größeren Einzelstaaten, und bildete einen technischen Beirat des Bundestages in Militärangelegenheiten. Sie hatte ihre eigene Geschäftsordnung und eigene Berichterstattung. Österreich führte den Vorsitz. Auf Grund ihres Gutachtens hatte der Militärausschuß die Anträge zu formulieren, über die der Bundestag beschließen mußte.

Nun war Bismarck nicht im Zweifel, daß die Militärkommission von ihrem sachmännischen Standpunkte aus den

über den französischen Rund-Erlaß s. auch H. v. Derken, J. v. Derken (1905) S. 208, über den Großherzog v. Baden: Duden a. a. O.

¹²⁾ Berichte B.'s v. 17. u. 19. Juni. Pr. i. BT. III S. 118, 121.

¹³⁾ Bericht B.'s v. 27. Febr. 1859. GB. II S. 411.

österreichisch-badischen Antrag befürworten würde. Er würde sie daher am liebsten umgangen und den Antrag einem besonderen Ausschusse überwiesen haben. Doch mußte er sich bald von der Unausführbarkeit dieses Gedankens überzeugen und war zufrieden, daß es gelang, wenigstens den Beschluß der Überweisung hinauszuziehen. Inzwischen konnte erwogen werden, wie auf die Militärkommission am besten einzuwirken wäre. Graf Rechberg, der noch den frischen Zorn über Preußens Schuld an der französischen Einmischung in sich trug, fühlte sich bis aufs Blut gereizt, als Bismarck ihm einmal ums andere mit der Geschäftsordnung kam und so den gewünschten Beschluß vereitelte. „Von allen Sitzungen,“ erzählt Rechberg, „die stattgefunden haben, seit ich die hiesigen Geschäfte übernommen habe, war es unstreitig die peinlichste. Herr von Bismarck schien es darauf angelegt zu haben, mich zu reizen, um mich zu Äußerungen zu verleiten, durch welche ich mich ins Unrecht versetzt hätte. Er hat aber in seiner Leidenschaftlichkeit sein Ziel überschossen, und fiel selbst in die Grube, die er mir graben wollte. Ich benützte meinerseits die Anspielung, die er darauf gemacht hatte, daß diese Angelegenheit einem besonderen Ausschusse überwiesen werden möge, ihn zu verleiten, dieß sofort zu beantragen, und bemerkte, daß, wenn der Herr Gesandte für Preußen dieß wolle, er es beantragen sollte. Er hütete sich aber, hierauf einzugehen, wohl fühlend, daß er mir ein schönes Feld, ihm tüchtig zu dienen, gebotten haben würde, auf welchem ich mit Zuversicht darauf zählen konnte, von der großen Mehrheit des Bundes entschieden unterstützt zu werden . . . Sein Streben geht offenbar dahin, daß die Bundesversammlung für jetzt das Eingehen in den Antrag ablehne. Hiegegen ist die Geschäftsordnung und die Rücksicht, welche die Bundesversammlung der kaiserlichen Regierung schuldig ist. Er wird hiemit nicht durchdringen, aber er wird auf Mittel sinnen, es auf indirectem Wege zu erreichen. Ich werde daher jedem Ver-

suche, die Überweisung an den Militair-Ausschuß abermals zu verzögern, entschieden entgegentreten“¹⁴⁾).

Bismarck hat durch sein Verhalten in dieser Sitzung nicht nur seinen österreichischen Kollegen schwer gereizt, sondern auch den Großherzog von Baden ernstlich verstimmt. Dieser fand das Benehmen des preußischen Bundestagsgesandten „so fehlerhaft und unpassend“, daß er eine Beschwerde in Berlin für angezeigt hielt. Er wollte der preußischen Regierung zum Bewußtsein bringen, daß sie „solche rechtswidrigen Ausschreitungen ihrer Diener“ nicht zugeben könne, ohne von denen, die „unter dem Drucke derartiger Anarchie“ zunächst leiden müßten, mit aller Schärfe angegriffen zu werden. Großherzog Friedrich versprach sich zwar von einem solchen Schritt keine Besserung im Benehmen des preußischen Gesandten, legte aber Wert auf Befundung seines festen Willens, „bundesfeindlichen Bestrebungen entschieden entgegen zu treten“¹⁵⁾. Die Beschwerde wurde dadurch gegenstandslos, daß Bismarck keine weiteren Schwierigkeiten machte. In der Sitzung vom 25. Juni wurde der österreichisch-badische Antrag an den Militärausschuß überwiesen, von diesem bald darauf an die Militärkommission weitergegeben. Über ein halbes Jahr hatte die Bundesversammlung Ruhe vor dieser Streitfrage; erst im Februar 1858 reichte die Militärkommission den Antrag mit ihrem Gutachten an den Ausschuß, und damit an den Bundestag zurück. —

Die Zwischenzeit war jedoch alles andere als eine Zeit der Ruhe und des Friedens für die hohe Versammlung. Denn als Bismarck die Beteiligung Preußens an der Rastatter Besatzung anregte, war es ihm nicht nur um den politischen Einfluß auf Baden zu tun, sondern dahinter stand — ihm noch wichtiger — sein altes politisches Ziel: er wollte den An-

¹⁴⁾ Brief Rechbergs v. 24. Juni 1857. WA. Dazu B.'s Bericht v. 19. Juni, a. a. O.; Prot. WB. 1857, S. 448—51.

¹⁵⁾ Der Großherzog an seinen Minister v. Mensenbug, 20. Juni 1857. D n d e n, I S. 44 f.

laß benutzen und die volle Gleichberechtigung Preußens neben Österreich am Bunde noch einmal, und jetzt mit dem ganzen drohenden Ernste, dessen er fähig war, umkämpfen. Volle Gleichberechtigung bedeutete für ihn, wie wir wissen, nichts anderes, als daß Österreich auf den Vorteil verzichtete, den es zu normalen Zeiten in der Verfügung über die größere Stimmenzahl hatte; es sollte sich verpflichten, keinen wichtigen Antrag einzubringen, dem Preußen nicht vorher zugestimmt hätte. Zur Zeit des Krimkriegs wäre dieses Ziel, ein preußisches Vetorecht am Bundestage, nach Bismarcks Überzeugung zu erreichen gewesen, wenn nur seine Regierung Verständnis dafür gehabt und Österreichs Notlage rücksichtslos ausgenützt hätte. Nach Beendigung des Krieges, zu einer Zeit ungünstiger Stellung Österreichs am Bunde, versuchte Rechberg, wie schon erzählt, in seiner Denkschrift vom 28. Februar 1856, den Grafen Buol dafür zu gewinnen; er hatte geringen Erfolg, weil Buol im Ernste nicht glauben wollte, daß Preußen eine Majorisierung am Bunde eines Tages durch den Bruch des Bundes zu beantworten wagen würde.

Jetzt, am 15. oder 16. Juni 1857¹⁰⁾, also wenige Tage, ehe Österreich und Baden ihren Rastatter Antrag am Bundestag einbrachten, kam Bismarck in einer ganz vertraulichen Unterredung mit Rechberg auf das alte Thema in einer Weise zurück, die die Grenzen seiner früheren Forderungen und Drohungen noch überschritt. Die Rastatter Frage bildete nur den Ausgangspunkt der Unterredung. In allen Fragen, erklärte Bismarck, werde er Österreich auf das Äußerste entgegengetreten; es könne bei dem gegenwärtigen Verhältnisse nicht bleiben und müsse entweder zur Verständigung oder zum entschiedenen Bruch kommen. Und nun wagte er Worte von großartiger Offenheit: seit dem Jahre 1816 habe das kaiserliche wie das preußische Kabinett stets das Interesse Deutsch-

¹⁰⁾ Nach Rechbergs Bericht v. 17. Juni war das Gespräch „kürzlich“. Am 15. Juli datiert er es auf den 15. Juni. Bismarck spricht am 17. Juni von seiner „gestrigen“ Aussprache.

lands und die Opferbereitschaft für Deutschland vorgeschützt; er könne seine Regierung von der Beschuldigung nicht freisprechen, das kaiserliche Kabinett durch diese Sprache zu dem irrigen Glauben verleitet zu haben, daß es im Falle eines äußeren Krieges auf Preußen zählen könne, während das Berliner Kabinet, wenn nicht früher eine Verständigung zustande komme, sich auf die Seite der Gegner Österreichs würde stellen müssen. Diesem Lügen-System, durch welches man sich gegenseitig irreführe, müßte man entsagen und auf die offene Sprache zurückkommen, die man zu Zeiten des Regensburger Reichstages noch geführt habe. Der preußische wie die anderen Gesandten hätten dort die Interessen des eigenen Landes offen vertreten, das Interesse Deutschlands aber sei nicht als Vorwand gebraucht worden¹⁷⁾.

Auch Bismarck hat über diese Unterredung, „meine sehr offene und entgegenkommende Aussprache“, wie er sie nennt, an Manteuffel berichtet, aber nicht mehr, als dieser vertragen konnte. Kein Wort davon, daß Preußen im Kriegsfall zu Österreichs Feinden stehen würde; statt dessen die vorsichtige Umschreibung seiner freimütigen Rede: „Ich fügte vertraulich hinzu, daß es mir im Interesse eines besseren Verständnisses mit Österreich recht lieb sei, wenn der vorliegende Fall (die Rastatter Frage) dazu führe, dem Wiener Kabinett eine tatsächliche Anschauung derjenigen Gefahren zu gewähren, welche ein rücksichtsloses und einseitiges Vorgehen einer deutschen Macht gegen die andere in seinem Gefolge haben könne, und wenn eine richtige Würdigung derselben auf den Grafen Buol in dem Sinne zurückwirke, daß er die Notwendigkeit der Verständigung mit uns mehr als bisher erkenne.“ Diese harmlose Fassung wird Manteuffel nicht beunruhigt haben. Nach Bismarcks Bericht hätte Graf Rechberg ihm mit der verwunderten Frage erwidert, in welchem Punkte Preußen denn eigentlich über die österreichische Politik zu klagen hätte. „Ich

¹⁷⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 17. Juni. Anlage 19. Vgl. B.'s Bericht v. 17. Juni: GB. II S. 232 ff.

konnte darauf nur erwidern, daß ich aus dieser Frage einen Mangel an Geneigtheit entnehmen müsse, auf das angeregte Thema offen einzugehen, und deshalb auch meinerseits darauf verzichte.“ Etwas mehr hat Bismarck, wenn wir Rechberg folgen, doch auf dessen Frage entgegnet: „eine Verständigung würde nur dann von Dauer sein können, wenn die Stellung Preußens in Deutschland so geregelt würde, daß zwischen Österreich und Preußen gar kein gemeinsamer Punkt gelassen würde. Solange irgendeine Gemeinsamkeit bestehe, würde Preußen in die untergeordnete Stellung versetzt, aus welcher es sich immer bestreben müsse, herauszukommen, und es würde sich hiedurch der Kampf immer von Neuem wieder entspinnen“. Das hieß also: nur die Auflösung des Deutschen Bundes beseitigt restlos alle Reibungsflächen zwischen Österreich und Preußen. Und wirklich hat Bismarck kurz danach zu einem Bekannten Rechbergs gesagt, für Österreich sei kein Platz mehr im Bunde, es müsse austreten. Solche Ausblicke sollten das Ende bezeichnen, das der verwegene Warner für unvermeidlich ansah, wenn Preußen nicht innerhalb des Bundes zu seinem Rechte kam. Was er unter diesem Rechte verstand, das hat Bismarck allerdings oft genug gesagt, so daß ihm in dieser Stunde die Lust fehlen mochte, es noch einmal zu wiederholen: ein Vetorecht am Bundestage. Es war nur das alte Lied, aber diesmal gesungen in schärferer Tonart als je zuvor, den Blick drohend auf kriegerische Möglichkeiten gerichtet. Daß Bismarck im Herzen damals schon die Zerschlagung des Bundes für die wünschenswerteste, für die allein gesunde Lösung des deutschen Rätsels hielt, wird nicht zu bezweifeln sein. Doch solange er Friedrich Wilhelm IV. zum König hatte, wußte er, daß ein solches Ziel nur ein Zukunftstraum war, bestenfalls ein Mittel, um Österreich zu schrecken.

Und Bismarcks Worte fielen mit solcher Wucht auf Rechberg nieder, daß diesem alle Lust verging, sich näher mit ihm einzulassen. Es war ihm nur ein schwacher Trost, daß der König von Preußen sicherlich anders denke als sein Gesandter.

Denn bei Bismarcks entscheidendem Einfluß auf das Berliner Kabinett und bei seiner Annäherung an die französische und die sardinische Gesandtschaft in Frankfurt, glaubte er doch den drohenden Worten, selbst wenn sie nur im Unmut gesprochen waren, ernste Bedeutung beilegen zu müssen. Er dachte nicht anders als später Disraeli: „Take care of that man! He means what he says“, und rechnete nun mit Preußens Feindschaft nicht nur in der Rastatter Frage und am Bundestag überhaupt, sondern vor allem in der europäischen Politik. In dieser Ansicht bestärkte ihn die gesteigerte Erbitterung der von der preussischen Bundestagsgesandtschaft beeinflussten Blätter, die gleichzeitig in der Frage des Zollvereins und der der Donaufürstentümer gegen Österreich loszogen. Hatte Rechberg, grundsätzlich aller Preßfehde abgeneigt, wie er war, bis dahin den österreichischen Organen äußerste Mäßigung gegen Preußen empfohlen, so sah er jetzt, daß Österreich dabei den Kürzeren ziehen würde und nunmehr andere Saiten aufziehen mußte¹⁸⁾. Vor allem aber wurde Rechberg in seiner Überzeugung von dem Ernste des angesagten Kampfes dadurch bestärkt, daß er die Gesamthaltung Bismarcks und seiner Regierung Österreich gegenüber neuerdings zu auffallend verändert fand, um nicht eine gewisse Übereinstimmung zwischen den Ansichten des Berliner Kabinetts und seines Gesandten anzunehmen. Sollten nicht Österreichs europäische Schwierigkeiten, die in Wirklichkeit bestanden und in der Einbildung Preußens wohl noch größer erschienen als sie waren, als Lockreiz wirken, um den Augenblick zu nutzen und Österreich Zugeständnisse in Deutschland abzurufen? Zu auffallend doch: je intimer Bismarcks Verhalten zur französischen Gesandtschaft, um so leidenschaftlicher sein Auftreten gegen Österreich! und dieses offene Geständnis, dieses Hinschleudern des Fehdehandschuhs folgte unmittelbar auf den Besuch des Prinzen Napoleon am preussischen Hofe. Dazu ein vielsagendes Wort,

¹⁸⁾ Rechbergs Bericht (C) v. 17. Juni. Anlage 19, letzte Fußnote zu Bericht A.

das „der in seiner Sprache oft so unvorsichtige preußische Bundestagsgesandte fallen ließ“. Er sagte: „Man scheint in Wien nicht zu ahnen, wie weit die Verbindung deutscher Regierungen mit dem Auslande gediehen ist, und wie nahe die Intervention Frankreichs in den deutschen Angelegenheiten bevorsteht, die das bestehende Bundes-Verhältniß zum Bruche bringen müßte“.

War Bismarcks Rede denn, fragte sich Rechberg, im Grunde etwas anderes als der Ausdruck tiefer Unzufriedenheit Preußens mit seiner tatsächlichen Machtstellung in Deutschland? „Diese Unzufriedenheit wird in Preußen allgemein getheilt und es giebt keine Classe des Volkes, die sie nicht fühlt und die nicht nach Vergrößerung strebt. Leider ist die Parthey, welche Einsicht genug besitzt, um zu erkennen, daß die Stellung Preußens nur durch ein inniges Verhältniß mit Oesterreich gehoben werden kann, nur schwach vertreten und seit 1848 ohne allen politischen Einfluß. Die große Mehrzahl bekennt sich zu der Politik Friedrichs des Großen; sie glaubt, daß Preußen berufen ist, sich auf Kosten Oesterreichs seine Lage zu verbessern, und hat einen entscheidenden Einfluß in der höheren Beamtenwelt, die der besseren Überzeugung ihres königlichen Herrn auf jede Weise entgegenzuwirken weiß. Sie vergißt in ihrer Verblendung die Lehren der Geschichte der napoleonischen Kriege, und wir haben von ihr im Falle eines gemeinsam begonnenen Krieges eher einen zweiten Baseler Frieden als ein treues Festhalten an Oesterreich zu erwarten. Diesen traurigen, aber leider bestehenden Verhältnissen müssen wir bei unseren politischen Combinationen Rechnung tragen“¹⁹⁾.

Es ist ein ehrenvolles Zeugnis für die ruhige Festigkeit Rechbergs, daß er in dem wohlgezielten Feuer von Einschüchterungsgründen, das Bismarck nach Wochen voll drohender Sturmzeichen plötzlich über ihn ergehen ließ, nicht die Nerven verlor, sondern trotz seiner Überzeugung vom Ernste der Lage

¹⁹⁾ Briefe Rechbergs v. 17. Juni u. 1. Juli. Anlagen 20 u. 23.

vielmehr den Schluß zog: nun auf keinen Fall Schwäche zeigen! Er war persönlich durchaus für den Gedanken einer grundsätzlichen Verständigung mit Preußen. Das hatte er bewiesen, und Bismarck wußte es. Jetzt aber warnte er seinen Minister mit allem Nachdruck vor Zugeständnissen. Er erinnerte ihn an die Geschichte: jeder Erfolg nur ein Stachel für Preußens Ehrgeiz! der Markgraf begehrt den Kurhut, der Kurfürst die Königskrone, der König von Preußen aber strebt nach der Oberherrschaft über Deutschland. Graf Buol war ganz mit seinem Gesandten einig. Er dachte jetzt noch weniger an Verständigung mit Preußen als bei Empfang der Reichberg'schen Denkschrift vom 28. Februar 1856. Aber in einem Punkte unterschied er sich nachteilig von seinem Warner. Dieser hat in seiner Denkschrift doch so viel Wirklichkeitsinn und Mut zur Wahrheit gezeigt, daß er offen aussprach, Preußen habe kein Interesse an der Erhaltung und Kräftigung des Bundes, Österreich dagegen brauche ihn als Bollwerk gegen preußische Vergrößerungsgelüste (S. 301 f.). Darin lag das Eingeständnis, daß auch für Österreich der Bund nicht um des Bundes, nicht um Deutschlands willen wertvoll sei, sondern nur als politisches Macht- und Kampfmittel. Reichberg wird also für Bismarcks mutiges Wort von dem Lügensystem, mit dem gebrochen werden müsse, immerhin Verständnis gehabt haben, wenn er es in seinem Bericht auch vermied, dies anzudeuten. Dem Grafen Buol dagegen fehlt jeder Sinn für den großartigen Freimut des Preußen. Er stellt nur mit einem gewissen Behagen fest, daß der Vertreter Preußens am Deutschen Bunde nicht nur Österreich, sondern auch seine eigene Regierung beschuldige, das Interesse Deutschlands nur als Vorwand und Maske zu gebrauchen²⁰⁾. Er bringt keine Spur von Hochachtung für diesen Kampf mit offenem Visier auf, sondern nur sittliche Entrüstung über den dreisten Mut seines Gegners: „Die Sprache

²⁰⁾ Buols Weisung an Koller, 25. Juni. Anlage 21: Anlage.

des Herrn von Bismarck ist miserabel und kaum glaublich. Eben in dem hohen Grade ihrer Verwerflichkeit liegt aber ein Grund, uns nicht zu alarmiren . . . Er droht nicht mit Krieg, aber will sich Dem anschließen, der uns bekriegt. Eine Sprache, die sich von einem piemontesischen Minister erwarten läßt, aber in dem Munde eines Preußens doch gar erbärmlich klingt⁽²¹⁾. Und der österreichische Gesandte in Berlin, Freiherr von Koller, dem Buol mit diesen Worten eine Abschrift des Rechbergischen Berichtes zuschickt, stößt noch lauter in dasselbe Horn, empört ob „der unglaublichen, revolutionären Sprache eines bössartigen brouillon“⁽²²⁾).

Bismarck muß sich sehr fest in seiner Stellung gefühlt haben, daß er es wagte, so frei von der Leber weg zu sprechen. Hätte Manteuffel seine Sprache nicht rügen und ihn in Wien verleugnen müssen, wenn Buol angefragt hätte, ob Bismarcks Gesinnung die seiner Regierung und seines Königs wäre? Der Freiherr von Koller brannte darauf, Rechbergs Bericht dem Ministerpräsidenten, noch lieber dem Könige vorzulegen, und er hoffte, die vorläufig versagte Genehmigung hierzu beim nächsten Rückfall Bismarcks doch noch zu erwirken. Allein Buol hatte ihm den Bericht nur gesandt, damit er aufmerke, ob Anschauungen solcher Art in Preußen Boden gewannen. Er wollte Rechberg nicht bloßstellen, indem er dessen Bericht über eine „ganz vertrauliche“ Unterredung der preußischen Regierung preisgab. Denn gelang es nicht, durch diesen Vertrauensbruch Bismarck zu stürzen, so war nur Rechberg der leidende Teil, seine ohnehin schwierige Stellung in Frankfurt noch dornenreicher gemacht. Und war es denn ausgeschlossen, daß Bismarck seinen Einschüchterungsversuch mit Wissen, vielleicht gar im Auftrag seines Chefs gemacht hatte? Einmal hatte Buol sich in Berlin über Bismarck beschwert und war gründlich damit abgefahren: der ausgezeichnete und treue

²¹⁾ Buols Brief an Koller, 25. Juni. Anlage 22.

²²⁾ Koller an Buol, 2. Juli. Anlage 25.

Diener des Königs wurde warm gegen ungerechte Anklagen in Schutz genommen, das Wiener Kabinett aber spitz an die Schwierigkeiten der amtlichen Stellung Bismarcks erinnert (S. 248). Also war doch wohl Schweigen und Aufmerken das bessere Teil. Das Einzige, was österreichischerseits erfolgt zu sein scheint, war ein vorsichtiger Zühler des Kaisers Franz Josef selbst bei König Friedrich Wilhelm, als dieser im Juli 1857 sein Gast in Schönbrunn war. Doch auf die Bemerkung des Kaisers, daß Bismarck in Frankfurt wohl etwas heftig scheine, antwortete der König, er sei mit ihm sehr zufrieden²³⁾. Das war alles. Bismarck hat bei all seiner scheinbaren Unvorsichtigkeit, die seine Frankfurter Kollegen so oft verwunderte, in der Regel doch ein sehr sicheres Gefühl für die Grenzen gehabt, bis zu denen sein Freimut ohne Gefahr gehen konnte. Er war in der Offenheit meistens — nicht immer — ebenso berechnend wie in der Finte und Verstellung. Das gilt besonders für die wohlüberlegten vertraulichen Unterredungen, in denen Bismarck sein Wichtigstes auszusprechen pflegte. Er hat ihren Wert daher auch für die historische Erkenntnis höher angeschlagen, als den der amtlichen Verhandlungen²⁴⁾.

Diesmal enthüllte die Offenheit seine innersten Gedanken und wies drohend auf die letzten Möglichkeiten der preußischen Politik hin. Fünf Jahre später, als die beiden Bundestagsgesandten zu den leitenden Ministern ihrer Staaten geworden waren, bekam Österreich zum zweiten Male, und mit gleicher Offenheit, aus Bismarcks Munde die Warnung zu hören: wenn Österreich nicht den Weg der Verständigung beschreite, dann könne es Preußen im Falle eines Krieges leicht auf der Seite seiner Gegner finden. So erklärte Bismarck im Dezember 1862 dem Grafen Károlyi, dem kaiserlichen Gesandten in Berlin, und setzte einige Wochen später durch Veröffentlichung

²³⁾ Edwin an Otto v. Manteuffel, 10. Juli 1857. Pr. a. B. III S. 360.

²⁴⁾ Busch, Tagebuchblätter II S. 171, vgl. S. 78 f.

eines Berichtes über diese Unterredung die Welt in Erstaunen. Was einst der Bundestagsgesandte unter vier Augen dem Grafen Rechberg sagte, das wiederholte der Ministerpräsident vor der Öffentlichkeit. Die Wirkung in Wien war beide Male die gleiche: Entrüstung über solche Sprache²⁵⁾. Der Zweck des Bismarckischen Freimutes, Warnung vor Beharren in den bisherigen Bahnen der österreichischen Politik, ist weder 1857 noch 1862 erreicht worden. Für die Beurteilung der Bismarckischen Diplomatie aber sind diese beiden Episoden wertvoll. Wie geschickt er die einzelnen Schritte einer diplomatischen Handlung verschleiern konnte, wie völlig er auch das herkömmliche Handwerkszeug der Finte, des Bluffs, der Halbwahrheit und der Unwahrheit zu meistern wußte — über die letzten großen Ziele seiner Politik deckte er keinen Schleier, sondern stellte sie dem Gegner als unausweichbare geschichtliche Notwendigkeiten hin. Der Gegner mochte dann entscheiden, ob er sich ihnen in den Weg werfen oder die Bahn freigegeben wollte.



Bismarck hat seine Ankündigung, er werde Österreich fortan in allen Fragen aufs Äußerste entgegentreten, sofort wahr gemacht, und das nicht nur in wichtigen Dingen wie in der Raftatter Frage. Auch der geringste Anlaß war ihm willkommen, um Österreich den Ernst seines Willens zum Kampfe fühlen zu lassen. Im Zusammenhang mit der Bismarckischen Geschäftsordnungsrevision war das Kanzleipersonal abgebaut und — zur Entrüstung von Profesch²⁶⁾ — drei nur auf Widerruf angestellte Bundeskanzlisten zu Ende 1854 entlassen worden, doch unter Gewährung ihrer Gehaltsbezüge bis Ende

²⁵⁾ Rund-Erlaß Bismarcks v. 24. Jan. 1863 und Österreichs Antwort v. 28. Febr. Ludw. Hahn, Fürst Bismarck I (1878) S. 80 ff.

²⁶⁾ BrPrD., S. 382.

1855. Da sie indessen keinen anderen Lebensunterhalt fanden, wurde ihnen Januar 1856 als „definitiv letzte Beihilfe“ noch einmal die Hälfte ihres Gehaltes und im Oktober dann doch noch eine Unterstützung aus der Bundeskasse bewilligt. Niemand erhob Bedenken, so daß die erforderliche Einstimmigkeit stets vorhanden war. Nun kamen aber zwei dieser abgebauten Kanzlisten, der 75jährige Singenich und Chalaupka, Vater von sieben Kindern, im Jahre 1857 aufs neue mit einem Unterstützungsgesuch und wiesen ihre große Hilfsbedürftigkeit nach. Die Reklamationskommission ließ sich erweichen und beantragte, dem alten Singenich, der keine andere Versorgung mehr finden konnte, „für den vielleicht kurzen Rest seines Lebens“ ein Gnadenbrot von 300 Gulden jährlich aus der Matrikularkasse zu bewilligen, Chalaupka durch eine einmalige Beihilfe von 300 Gulden zu unterstützen²⁷⁾. Das ist die schlichte Vorgeschichte einer Angelegenheit, die so ungeeignet wie nur irgendeine erschien, um zur hochpolitischen Aktion hinaufgeschraubt zu werden. Dennoch geschah es durch die Art, wie erst Bismarck die Sache angriff, und dann Rechberg darauf reagierte.

Bismarck stellte fest, daß beide Bittsteller als Feldweibel im österreichischen Heere gedient hatten, Singenich sogar 37 Jahre lang; er hatte alle Feldzüge seit 1801 mit Auszeichnung mitgemacht. Der Bundeskanzlei dagegen hatten beide nur wenige Jahre aushilfsweise gedient. So war sachlich schwer etwas dagegen einzuwenden, wenn Bismarck den Schluß zog: nicht der Deutsche Bund, sondern der österreichische Fiskus ist hier unterstützungspflichtig. Nun hatte aber Rechberg sich bereits persönlich für die Sache der Bittsteller eingesetzt, in der begreiflichen Voraussetzung, daß auch diesmal kein Widerspruch zu erwarten sein werde; er konnte nicht mehr zurück. Und als Bismarck ihm jetzt, unmittelbar nach seiner Kampfansage,

²⁷⁾ Prot. BB. 1853, § 289, S. 883; 1854, § 335; 1855, § 357, S. 1075 f.; 1856, §§ 20, 280; 1857, § 213.

mittheilte, daß er gegen seinen Antrag, der Einhelligkeit erforderte, stimmen werde, da empfand Rechberg dies, und gewiß nicht ohne Grund, als Schikane gegen Österreich, dessen Unvermögen, am Bunde Schutz zu gewähren, dargetan werden sollte. Das Ungewitter, das sich in der Ankündigung schärfster Fehde gegen Österreichs gesamte Bundespolitik entlud, hat Rechberg kalten Blutes über sich ergehen lassen; aber als die Kriegserklärung auf seinen Antrag für Sinzenich und Chalaupka ausgedehnt wurde, da war es mit der Selbstbeherrschung des Präsidialgesandten zu Ende. Zum ersten Male, erzählt Bismarck, seitdem er geschäftlich mit ihm verkehre, verlor Graf Rechberg vollständig die Herrschaft über sein von Natur heftiges Temperament. Es war dem Grafen sonnenklar, daß Bismarck aus Grundsatz, weil er eben Kampf wollte, ihm diese Verlegenheit bereitete; und zugleich war ihm klar, daß nichts gegen den sachlich unanfechtbaren Widerspruch zu machen war. Wie böseartig Bismarck sein mochte — Recht hatte er doch: das reizte zur Wut.

Nur eine schwache Stelle hatte Bismarcks Standpunkt. Wenn Österreich für die beiden abgebauten Bundeskanzlisten unterstützungspflichtig war, hatte dann nicht Preußen für die Mehrzahl der schleswig-holsteinischen Offiziere zu sorgen, denen der Bund ihre Pension zahlte? Mit Genugthuung sah Rechberg, daß Bismarck, als er um Stimmen gegen den Unterstützungsantrag für Sinzenich und Chalaupka warb, keinen Erfolg hatte. Der großherzoglich hessische Gesandte fragte ihn, „warum denn die preußische Regierung nicht den Herrn General von der Horst, der so lange mit Auszeichnung in Preußen gedient habe, und die übrigen holsteinischen Offiziere — von denen nur fünf Nichtpreußen sind und die von der eigenen Regierung zum Eintritt in die holsteinische Armee aufgefördert worden waren — nicht selbst versorge und deren Versorgung dem Bunde überlasse?“ Hier handelte es sich um ganz andere Summen, um etwa 30 000 Gulden, hier war eine Gelegenheit zu überreicher Vergeltung. Und es scheint, daß

Bismarck im ersten Augenblick wirklich betroffen war, als Rehberg ihm seinen Gegenzug androhte: Österreich wird die Bewilligung für die holsteinischen Offiziere verhindern, wenn Preußen die für die ehemaligen kaiserlichen Feldweibel hintertreibt. Aber wenn überhaupt, so stützte Bismarck nur für einen Augenblick; dann sagte er sich, daß Österreich es der öffentlichen Meinung gegenüber schwerlich auf sich nehmen werde, mit seiner Drohung Ernst zu machen. Und tat Österreich es dennoch — nun, so geriet es Preußen gegenüber ins Hintertreffen. Er war einem Ausgleich nicht völlig entgegen, und als Chalaupka, noch während sein Gesuch schwebte, einen bescheidenen Erwerb erhielt und als unterstützungsbedürftig ausscheiden konnte, da erbot sich Bismarck, für eine einmalige Bewilligung an Singenich zu stimmen, damit inzwischen weiteres von Wien aus für ihn geschehen könnte. Aber nun zeigte Rehberg sich unbeugsam. Er sah die Sache nur noch unter dem hochpolitischen Gesichtspunkt von Sieg oder Niederlage für das Bundespräsidium und lehnte jedes Kompromiß ab: alles oder nichts. Jetzt dachte natürlich auch Bismarck an kein Nachgeben mehr und schrieb an Manteuffel, er würde die Pensionierung Singenichs lieber aus eigener Tasche aufbringen, als einwilligen, daß sie aus Bundesmitteln gewährt würde²⁸⁾.

So nahm denn das Verhängnis seinen Lauf, und der kleine Ball, der ins Rollen kam, wuchs langsam zur Lawine. Graf Buol erteilte seinem Gesandten bereitwillig die erbetene Vollmacht zu der vorgeschlagenen Vergeltungsmaßregel²⁹⁾. Beim Bunde schwebte damals ein Antrag Oldenburgs, den invaliden schleswig-holsteinischen Offizieren, die bisher nur seit dem 1. Januar 1854 Pension aus Bundesmitteln erhalten hatten, auch für die Jahre 1852 und 1853 ihre Invaliden-

²⁸⁾ B.'s Berichte v. 17. Juni und 21. Juli. Pr. i. BZ. III S. 119 f., 140—144. Rehbergs Bericht (B) v. 17. Juni. Anlage 19.

²⁹⁾ Weisung Buols v. 25. Juni. WZ.

pension nachzuzahlen. Unter normalen Verhältnissen wäre der Antrag widerspruchslos durchgegangen. Er entsprach dem ursprünglichen, von Österreich und Preußen gemeinsam gestellten Antrag von 1853, den Offizieren ihre Pension vom Zeitpunkt der Entziehung an zu gewähren; dieser Antrag war nur deshalb gekürzt worden, weil man die Höhe der finanziellen Lasten erst genauer übersehen wollte³⁰⁾. Jetzt aber sagte Graf Rechberg seinem preußischen Kollegen, er könne dem Oldenburgischen Antrage nur beitreten, wenn Bismarck in die Unterstützungen für Singenich und Chalaupka willige. Bismarck erklärte die beiden Fälle für unvergleichbar und fügte hinzu, daß bei Ablehnung des Oldenburgischen Antrages Preußen und die gleichgesinnten Regierungen einen Unterstützungsfonds für die Bedürftigsten der Offiziere aus ihren Matrikularanteilen bilden würden. Das war eine für Rechberg peinliche Wendung; denn die schleswig-holsteinische Frage war ja eben wieder in Fluß gekommen, und die deutsche Öffentlichkeit wartete nur darauf, daß die beiden Großmächte sie in die Hände des Bundes legen würden. Unter solchen Umständen vertagte Rechberg lieber beide Entscheidungen. Vielleicht gelang es mittlerweile, das durch Bismarck versagte Entgegenkommen in Sachen Singenichs und Chalaupkas durch unmittelbare Einwirkung von Wien auf Berlin zu erwirken. Also trat zunächst Waffenruhe ein und dann kamen die Ferien, diesmal etwas früher als sonst, schon Ende Juli. Inzwischen mochten die Wolken sich verziehen. „In wenigen Tagen hoffe ich nach Wien abreisen zu können. Auf baldiges und inniges Wiedersehen! Ihr treu ergebenster College Rechberg“. So schließt der Abschiedsbrief, den der Präsidialgesandte am 29. Juli 1857 Bismarck übersandte³¹⁾.

Auch nach Wiederzusammentritt des Bundestages verzögerte Rechberg die Entscheidung und erwiderte auf Bis-

³⁰⁾ Prot. BB. 1857, Mai 7., § 196. Vgl. Pr. i. BT. III S. 140 Anm. 1.

³¹⁾ Archiv zu Friedrichsruh.

marcks wiederholte Mahnungen, er dürfe weisungsgemäß nicht für die Pension der holsteinischen Offiziere stimmen, wenn Preußen nicht in die Zuwendung an die beiden Kanzlisten willige, er wolle zum Besten der Sache daher abwarten, ob Bismarck nicht eine Abänderung seiner Weisung erwirken könne³²). Es wurde immer deutlicher, wie peinlich es dem Grafen war, sich in der ersten Hitze des Zornes auf ein Nein Österreichs in der größeren Frage festgelegt zu haben, um ein Ja Preußens in der kleineren zu erzwingen. Aber dieses Ja kam nicht. Wochen und Monate vergingen, die holstein-lauenburgische Verfassungsfrage wurde durch die beiden Großmächte gemeinsam an den Bund gebracht, und damit wurde der selbstgeschaffene Zwang Österreichs, gegen die Pension für die holsteinischen Offiziere stimmen zu müssen, nur immer drückender. Allein es gab kein Heraus mehr aus der Sackgasse, und am 7. Januar 1858 mußte endlich die Abstimmung über beide Unterstützungsanträge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Preußen brachte den für die Kanzlisten zu Fall, Österreich mit dem Ausdruck seines Bedauerns den für die schleswig-holsteinischen Invaliden. Sofort erklärte Preußen sich bereit, dennoch seinen matrifularmmäßigen Beitrag zu zahlen und forderte die gleichgesinnten Regierungen auf, sich an der Bildung eines Unterstützungsfonds für die Schleswig-Holsteiner zu beteiligen. Nach Rechbergs Bericht hätte die tendenziöse Absicht dieser Erklärung den üblen Eindruck noch erhöht, den Preußens gesamtes Verhalten in dieser Frage hervorgebracht habe. „In diesem Sinne haben sich nach der Sitzung die treuesten Anhänger der preussischen Regierung wie des Herrn von Bismarck ausgesprochen“³³).

Rechberg beantragte und erwirkte nun bei seiner Regierung Unterstützung seiner beiden Schützlinge aus österreichischen

³²) Rechbergs Bericht (C) v. 6. Jan. 1858. *WZ.*

³³) Prot. *WZ.* 1858, § 11. Bericht B.'s v. 8. Jan. 1858. Pr. i. *BZ.* III S. 199 ff. Rechbergs Bericht (A) v. 9. Jan. *WZ.*

Staatsmitteln. Dem Grafen Buol war die Angelegenheit wichtig genug, um Rechbergs Berichte dem Kaiser persönlich vorzulegen, und dieser entschied im Gnadenwege³⁴⁾. Damit kam die Sache der beiden Alten endlich zur Ruhe. Die der holsteinischen Offiziere aber sollte noch weite Kreise ziehen. Rechberg war zwar angenehm enttäuscht, als die erwarteten hämischen Angriffe der preussischen Presse zunächst ausblieben; aber im ganzen sah er doch sehr ernst in die Zukunft. „Unser Verhältniß zu Preußen,“ schrieb er Ende Januar³⁵⁾, „hat einen solchen Grad von Spannung erreicht, daß es, wenn keine Verständigung erfolgt, in ein offen feindseliges auszuarten droht. Was Herr von Bismarck mit so großer Offenheit mir im vorigen Sommer angekündigt hat, hat sich leider verwirklicht. Wir finden Preußen in allen europäischen Fragen auf der Seite unserer Gegner, es macht uns aber auch zu gleicher Zeit am Bunde und in Deutschland einen entschiedenen Krieg. Als den Hauptträger dieser Politik glaube ich, ich sage es mit Bedauern, Herrn von Bismarck bezeichnen zu müssen“.

Und schon am Tage, nachdem Rechberg diese Worte geschrieben hatte, bereitete der Gefürchtete ihm eine neue ärgerliche Verlegenheit. Bismarck gab den Gedanken eines Unterstützungsfonds für die schleswig-holsteinischen Offiziere auf, erschien statt dessen vor der Bundestagsitzung am 28. Januar mit dem preussischen Beitrag beim Präsidium und erbat Verteilung an die Hilfsbedürftigsten durch die Bundeskasse. Ablehnung des Geldes hätte gehässig gewirkt, Annahme war nur auf Grund eines Bundesbeschlusses möglich — also hatte zunächst der Bund das Wort³⁶⁾. Ein neuer Zankapfel lag zwischen den Parteien. Ehe er aufgehoben wurde, suchte Rech-

³⁴⁾ Weisung Buols an Rechberg, 14. Jan. 1858. WA.

³⁵⁾ Brief Rechbergs v. 27. Jan. Anlage 31.

³⁶⁾ Bericht Rechbergs v. 28. Jan. WA., Bismarcks v. 19. u. 30. Jan. Pr. i. BT. III S. 201 Anm. 3, S. 216 f. Prot. BB. 1858, Febr. 4., S. 117 f.

berg nach einem friedlichen Ausweg aus der Sackgasse, in die der ganze Handel geraten war, und meinte, eben ihn gefunden zu haben, als ein paar Sitzungen später — auch Hannover sein Geld brachte! Herr von Heimbruch fühlte sich zwar „wenig angezogen von dem Verfahren beider Regierungen, so wenig Österreichs wie Preußens“, hielt aber aus taktischen Gründen die Beteiligung Hannovers an der Einzahlung für wünschenswert: Preußen sollte damit seinen Dank für die Unterstützung Hannovers in der holsteinischen Verfassungsfrage empfangen³⁷⁾.

Umsonst bemühte sich der Präsidialgesandte, Herrn von Heimbruch vor der Sitzung abzumahnern, machte ihn auch umsonst auf das Geschäftsordnungswidrige eines nicht rechtzeitig eingesandten Antrages aufmerksam — der Hannoveraner bestritt seiner beabsichtigten Mitteilung den Charakter des Antrages und nahm das Wort, Reichberg verbot ihm den Mund, Bismarck sprang dem Gefränkten erregt zur Seite, und das Ergebnis des unerhörten Auftritts war ein endloser, leidenschaftlich geführter Geschäftsordnungsstreit, ein Kampf um Paragraphen, wie er so haarspalterisch nur von gewiegten Bundesparlamentariern, so erbittert und ausdauernd nur in einer Versammlung geführt werden konnte, die von Gegenständen bis zur Entladung angefüllt war. „Herr von Bismarck trat mit solcher Leidenschaftlichkeit und Festigkeit auf, daß die ältesten Bundestagsgesandten mir gestanden, nie etwas Ähnliches erlebt zu haben“. Herr von Heimbruch dagegen verlor derart den Kopf, daß, so oft er das Wort nahm, Bismarck von seinem Platze aufstand, und sich, um seinem Schützling zu soufflieren, hinter ihn stellte. Wie grollte Bismarck, als trotz allem das Präsidium in der Abstimmung den Sieg mit 11:6 Stimmen gewann! Alle Beteiligten haben sich den Streit viel heißes Blut und hinterher viel schwarze Tinte

³⁷⁾ Bericht Heimbruchs, 5. Febr. 1858. StA. Hannover, 16 G. Nr. 12^{cc}, fol. 32.

kosten lassen, am meisten der kampfesfrohe preußische Gesandte³⁸⁾. Wahrscheinlich diese Sitzung, am 25. Februar, ist es gewesen, nach der es zu einer erregten Auseinandersetzung unter vier Augen und schließlich zur Duellforderung zwischen den beiden Vorkämpfern des Bundestages kam. Dem mecklenburgischen Gesandten, dem von beiden geachteten Jasper von Derken, der auch in der nächsten Sitzung zur Vernunft redete, fiel die Aufgabe zu, den Ehrenhandel unblutig beizulegen³⁹⁾. In Hannover aber herrschte Bestürzung, als man sah, was man mit Überreichung seines Beitrags angerichtet hatte — aus Gefälligkeit gegen Preußen. Der hannoversche Gesandte in Wien, von Stockhausen, erhielt Auftrag, alles zu tun, um bei Graf Buol den Eindruck zu verwischen, als sei es Hannover mit seiner Geldzahlung um Opposition gegen das Präsidium zu tun gewesen: Hannover habe nichts im Auge gehabt als den Wunsch, die invaliden Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee zu unterstützen! Österreich sehe den Fall in zu trübem Lichte!⁴⁰⁾.

Und schließlich war alle Aufregung unnötig. Denn Rechberg hatte längst das Ei des Kolumbus gefunden, und nur

³⁸⁾ Berichte B.'s v. 21., 26., 27. Febr. u. 1. März Pr. i. Bt. III S. 235 f., 242 ff., Rechbergs v. 25. u. 27. Febr., Brief v. 3. März. Wl. Prot. Bb. 1858, Febr. 25., März 4., 11., §§ 89, 100, 118.

³⁹⁾ Nach der Darstellung, die Friedjung aus dem Munde des 90jährigen Rechberg hörte — siehe Biogr. Jahrbuch IV (1899) S. 291 — wäre es dessen Zorn über die ihm abgenötigte Entscheidung des 7. Januar (s. ob. S. 410) gewesen, was zu der Forderung führte. Dem widerspricht aber durchaus die Schilderung, die Rechbergs Bericht v. 9. Jan. von der „entschiedenen und offenen“ Aussprache nach der Sitzung des 7. gibt. R. erklärte seinem Kollegen allerdings, daß „es unmöglich sei, auf diese Art die Geschäfte länger fortzuführen“, fand aber damals Bismarck „persönlich weich“; dieser versprach ihm, sich in Geschäften möglichst mit R. verständigen zu wollen und schob die Schuld auf Berlin. Wl. über Derken vgl. G. u. G. I S. 332.

⁴⁰⁾ Minister Graf Platen an Stockhausen, Hannover, 10. März. St. A. Hann. 16 H. Nr. 102 vol. II fol. 22—25 (Abschrift).

der plötzliche Losbruch des Gewitters hatte ihn gehindert, es vor den Augen der erstaunten Versammlung auf den Tisch zu stellen. Ein Bundesbeschluß, der den schleswig-holsteinischen Offizieren in ihrer Gesamtheit die rückständigen Invalidenpensionen von 1852 und 53 bewilligte, war allerdings gescheitert — hoffnungslos. Aber was stand denn im Wege, daß man jedem einzelnen Offizier, der einen Antrag stellte, seine Pensionsansprüche gesondert befriedigte? Ein solches Gesuch war eben eingegangen und hatte Rechberg auf den rettenden Gedanken gebracht. Das war so einleuchtend, daß auch Bismarck seinen Degen in die Scheide stieß und mitging. Er tat es um so lieber, als er in Rechbergs Vorschlag ein Nachgeben Österreichs und einen Sieg Preußens sah. Nur der Geschäftsordnungstreit flackerte noch ein Weilchen fort; aber wegen der holsteinischen Offiziere herrschte plötzlich eitel Friede und Eintracht. In einer langen Reihe von Einzelbeschlüssen, die sich vom März 1858 bis ins nächste Jahr hingen, gewährte der Deutsche Bundestag die Invalidenpensionen, die eine weniger zornmütige Versammlung in einer einzigen Sitzung und durch einen einzigen Beschluß hätte erledigen können⁴¹⁾. Ob nicht manches Mitglied im Stillen das Wort des Mephistopheles auf die hohe Versammlung anwandte: „Spottet ihrer selbst und weiß nicht, wie?“

Doch den beiden, die die Hauptlast aller Bundestagskämpfe

⁴¹⁾ Berichte Rechbergs v. 25. Febr., 5. u. 9. März. *Bl.* Berichte B.'s v. 1. März u. später. *Pr. i. Bl.* III S. 252 ff. B.'s Auffassung vom Siege Preußens: S. 271, vgl. 254 Anm. 1. Rechberg urteilt offenbar übermäßig trauisch, wenn er meint, B. habe sich „nur ungern und nothgedrungen entschlossen, in den Vergleichsvorschlag einzugehen, welcher den ganzen Vortheil der Lage dem kaiserlichen Cabinet zuwendet“. Der Vortheil bestand doch nur im Beheben einer Verlegenheit, die jetzt nicht mehr „auf die perfideste Art“ durch Preußen zur Verdächtigung der nationalen Haltung Österreichs ausgebeutet werden konnte. Rechbergs Bericht (E) v. 9. März. Abschluß des Geschäftsordnungstreites erst am 29. Apr. *Pr. i. Bl.* III S. 307 f. *Prot. BB.* 1858, S. 456.

zu tragen hatten, war gar nicht satirisch zu Mute, sondern bitterernst. Bismarck sah in der Abstimmung über den Geschäftsordnungsstreit vom Februar 1858 nur einen Beweis für den ungehörlichen Einfluß, den Österreich durch Lobs- und durch Einschüchterungsmittel auf die Mehrzahl der Versammlung ausübe. Und diese schon oft gemachte Erfahrung wird ihm diesmal zum Anlaß einer hochpolitischen Betrachtung über die Gefahren, die dem preußischen Staate von einer zunehmenden Beherrschung des Bundes durch Österreich drohen, wird ihm zum Anlaß, seine Regierung scharf gegen dieses Österreich zu machen, dem er selber ja schon neun Monate vorher, nach seiner Rückkehr aus Paris, den Krieg erklärt hat. „Meine bald siebenjährige Amtsthätigkeit hier,“ schreibt er an Manteuffel⁴²⁾, „ist ein ununterbrochener Kampf gegen Übergriffe aller Art gewesen, gegen die unablässigen Versuche, den Bund auszubeuten als ein Instrument zur Erhöhung Östreichs, zur Verminderung Preußens. Östreich stellt uns niemals eine andre Wahl, als die zwischen widerstandloser Ergebung in seinen Willen, oder Streit mit allen Mitteln des Kampfes, und geben wir nicht nach, so erhebt es an den deutschen Höfen und in der Presse Klage über die von uns gestörte Einheit Deutschlands. Ich könnte mir dabei das Leben ebenso leicht machen wie mein Vorgänger Rochow, und gleich den meisten meiner Collegen durch einen mäßigen und äußerlich kaum bemerkbaren Grad von Landesverrath mir eine friedliche Geschäftsführung und das Lob eines verträglichen Collegen erkaufen. Solange ich mich dazu nicht herbeilasse, stehe ich gegen jeden Angriff hier in erster Linie allein, da meine Collegen, auch wenn sie Beruf dazu fühlten, nicht wagen, mir beizustehn“. Aufgezwungene Abwehr gegen österreichische Übergriffe, zwar nicht in isolierter Stellung, aber doch mit Rückhalt nur an der Minderheit: das ist das ernste Bild, das Bismarck seinem Minister von

⁴²⁾ Brief v. 14. März 1858. GB. II S. 297 f.

Preußens Stellung am Bunde entwirft. Dieses Bild steht so lebendig, so unablässig vor seiner Seele, daß auch ein so geringfügiger Anlaß wie der eben erlebte unbefriedigende Ausgang des Geschäftsordnungstreites von Bismarck ergriffen wird, um die ganze lastende Sorge, die für ihn mit dieser Betrachtung verknüpft ist, auch Manteuffel einzuimpfen und ihm gleichzeitig das Rückgrat zu stärken. Denn für Österreich „ist jede Concession die Mutter neuer Ansprüche, bis wir so an die Wand gedrängt werden, daß uns vielleicht sehr zur ungünstigen Stunde die Wahl gestellt wird zwischen radicalem Bruch oder vollständiger Unterwerfung unter die Majoritätsbeschlüsse, die Oesterreich am Bunde durchsetzt“. Schrieb er so vielleicht nur, weil er einem Manne schrieb, dem das Blut weniger heiß durch die Adern rann als ihm selbst, einem Manne, den er durch übertriebene Schilderung der Gefahr aufreizen wollte zum ersehnten Entscheidungsfampfe mit dem alten Nebenbuhler? Dieser Annahme steht entgegen, daß er drei Wochen später fast mit denselben sorgenden Worten an seinen Schwiegervater schrieb, also ganz gewiß frei von aller politischen Berechnung, nur dem inneren Drucke nachgebend, der auf ihm lag⁴³⁾. Es ist kein Zweifel möglich: Bismarck ist durchdrungen von dem Ernst der Gefahr, die er schildert; sie liegt wie ein Alb auf ihm, und er muß sich aussprechen.

Aber war die Gefahr denn wirklich so ernst? War dieses finanzkranke, von europäischen Sorgen bedrückte Österreich nicht zufrieden und dankbar, wenn man es in Ruhe ließ? War nicht vielmehr Preußen eine Gefahr für Österreich, nicht umgekehrt? Auch Graf Rechberg ist durch den eben bestandenen Bundestagszwist zu einer sorgenvollen Betrachtung angeregt worden, und er kommt ungefähr zu dem entgegengesetzten Schlusse wie Bismarck. Er stellt zunächst fest,

⁴³⁾ Brief v. 7. Apr. 1858 an Herrn v. Puttkamer. Briefe an Braut u. Gattin, S. 390 f.

daß der wegen der holsteinischen Sache längst erwartete Preßkampf Preußens gegen Österreich nun doch noch ausgebrochen ist, und glaubt in Bismarck den Urheber zu erkennen; die kaiserliche Regierung wird durch die preußischen Blätter der Laueheit und mangelnder Sympathie für Schleswig-Holstein bezichtigt. „Gewohnt an dieses Getriebe, würde ich demselben keine größere Wichtigkeit beilegen, wenn nicht das erneute Bestreben nach preußischer Hegemonie und das geßiffentliche Untergraben der Bundes-Institutionen allzudeutlich wieder an den Tag gelegt wäre. Dies muß, wenn man es mit dem so schroffen Auftreten des preußischen Gesandten im Schooße der Bundes-Versammlung, der offenbar darauf ausgeht, den Bund zugrunde zu richten, zusammenhält, Bedenken erregen und scheint nur zu geeignet, die hier umlaufenden Gerüchte zu bestätigen, daß es der ehemalig Radowit'schen Parthei gelungen ist, sich in Berlin wieder entscheidenden Einfluß zu verschaffen. Bismarck's scharfe Haltung und die veränderte Haltung der preußischen Presse datiren beide seit Bismarck's kurzem Berliner Ausfluge“⁴⁴⁾).

Dieser Ausflug, vom 6. bis 10. Februar, galt der Teilnahme an den Einzugsfeierlichkeiten für den künftigen Thronerben und seine junge Gemahlin, Prinz Friedrich Wilhelm und Victoria von England. Berlin erlebte damals Stürme der Begeisterung; doch Reichberg war sich klar darüber, daß all dieser Jubel weniger aus Loyalität entsprang, als aus der Hoffnung auf einen Systemwechsel in englisch-liberaler Richtung⁴⁵⁾. Es wehte durch die Massen wie ein Hauch der politischen Erfrischung. „Das neulich abgeschlossene fürstliche Ehebündniß, welches von der allgemeinsten freudigsten Teilnahme der Nation begrüßt wurde, gilt dem Volke als ein Wahrzeichen der neuen Zeit, die für das Vaterland begonnen

⁴⁴⁾ Reichbergs Bericht (A) v. 9. März 1858. *WZ.*

⁴⁵⁾ Reichbergs Bericht (E) v. 23. Febr. *WZ.*

hat⁴⁶⁾. Es waren die Tage, in denen der uralte Arndt in verjüngter Hoffnung schrieb: „Victoria in Berlin! Möge uns englischer Geist durchwehen!“⁴⁷⁾ Rechberg fand den preußischen Gesandten nach seiner Rückkehr aus Berlin „ungewöhnlich niedergeschlagen und verstimmt. Mir gegenüber hat er sich, wie begreiflich, hierüber nicht ausgesprochen; ich weiß aber, daß er einem seiner intimeren Freunde die Besorgnisse, mit denen ihn die Zukunft erfüllt, nicht verhehlt hat“. Diese Besorgnisse drückten auch Rechberg, der von einem Siege des Liberalismus, des Radowizischen Geistes, ein Wiederaufleben der preußischen Bestrebungen nach Vorherrschaft in Deutschland erwartete.

So ist also auch Bismarcks Gegenspieler von schwerer Sorge erfüllt. Einen Grund, die ernstesten Farben seines Bildes über Gebühr zu betonen, hat Rechberg gewiß nicht gehabt. Seine Regierung gilt ihm nicht als der Aufrüttelung bedürftig; Hofrat von Biegeleben, der die deutschen Sachen für Graf Buol bearbeitet, ist ihm an sich schon zu scharf. Wenn also Rechberg die preußische Gefahr so düster abmalt, so tut er es, weil er sie genau so ernst nimmt wie Bismarck die österreichische. Wir sehen hier die Beziehungen der beiden Staaten auf der gefährlichen Entwicklungsstufe angelangt, auf der jeder sich durch den anderen bedroht fühlt. Wenn nicht in Berlin und in Wien, so herrscht doch bei Bismarck und bei Rechberg eine Stimmung, wie sie kriegerischer Entladung vorauszuweichen pflegt.

*

Der gesteigerte Kampfeifer, den Bismarck seit seiner Fehdeankündigung im Juni 1857 bewies, fand, ohne zu suchen, noch

⁴⁶⁾ [Julius Blum], Die Politik der Zukunft vom preußischen Standpunkte (1858) S. 1.

⁴⁷⁾ Meisner-Geerds, E. M. Arndt. Lebensbild in Briefen (1898) S. 510.

andere Tummelplätze als die bisher genannten. Die Frage des deutschen Handelsgesetzbuches hatte seit Ende 1856 den Bundestag nicht mehr beschäftigt. Bismarck hatte damals mit überlegenem Geschick die Dinge gelenkt und die Gefahr abgewendet, daß Preußen die Führung verlor, die es seit Gründung des Zollvereins in verkehrspolitischen Fragen besaß. Eins seiner Mittel war gewesen, daß die Kommission der Sachverständigen, die das Handelsgesetzbuch entwerfen sollte, ihren Sitz nicht in Frankfurt, sondern in Nürnberg erhielt⁴⁸⁾. Der Bundestag, in dem österreichischer Einfluß vorwaltete, sollte keine Möglichkeit haben, sich in die Arbeit der Kommission zu mischen. Nun lag deren Leitung in den Händen eines österreichischen Juristen, des Ritters Dr. von Raule, Präsidenten des Wiener Handelsgerichts, während der bayrische Justizminister nur ehrenhalber die Stelle des ersten Vorsitzenden bekleidete. Raule, der mit Rechberg in Briefwechsel stand, suchte die Zuständigkeit des Bundestages für die Arbeitsweise der Kommission weiter auszudehnen als die Mehrheit ihrer Mitglieder. Als die Kommission im Juli 1857 nach halbjähriger Tätigkeit die drei ersten Bücher des Gesetzbuches abgeschlossen hatte, beauftragte sie Herrn von Raule, der Bundesversammlung hiervon sowie von ihrem weiteren Arbeitsplane Mitteilung zu machen. Raule entledigte sich des Auftrages in der Weise, daß er namens der Kommission die hohe Versammlung um Genehmigung des Arbeitsplanes bat. Er stempelte damit also die Kommission zu einem dem Bundestag untergeordneten Organ, was sie nach Ansicht der Mehrheit ihrer Mitglieder und vor allem Preußens nicht war. Sein Brief wurde durch Rechberg in der Sitzung vom 9. Juli unerwartet verlesen und dem handelspolitischen Ausschuß übergeben. Ohne die scharfe Aufmerksamkeit Bismarcks, der sofort stutzte, wäre die von Raule erbetene Genehmigung sicherlich erteilt und damit ein viel-

⁴⁸⁾ Oben S. 312—320.

leicht wichtiger Präzedenzfall geschaffen worden. Bismarck erfuhr dann durch ein Mitglied des preußischen Handelsministeriums, Rudolph Delbrück, der damals einige Tage in Nürnberg weilte, den wahren Hergang und war sich sofort darüber klar, daß Raule bei Überschreitung seines Auftrages im Einverständnis mit dem Bundespräsidium gehandelt hatte. Daher auch die Verlesung des Schreibens ohne vorherige Mitteilung an Bismarck.

Es war nicht Bismarcks Art, in einem solchen Falle schonend zu verfahren. Mit rücksichtsloser Schärfe deckte er das Intrigenspiel auf und stellte das richtige Verhältnis zwischen der Nürnberger Kommission und dem Bundestage wieder her. Nur für die geplante Verlegung der Konferenz von Nürnberg nach Hamburg wurde dem Bundestag das Recht gelassen, seine Genehmigung zu erteilen; für alle übrigen Punkte wurde nur die Erklärung beschlossen, daß sie „zur befriedigenden Kenntnis gedient haben“. Auch Österreich konnte jetzt nicht anders als für diesen Beschluß stimmen. Doch die Abstimmung wurde von einem doppelten Austausch scharfer Erklärungen begleitet, die Bismarck und Rechberg zu Protokoll gaben. Raule aber erhielt von Graf Buol die Weisung, konziliant aufzutreten und die Frage ruhen zu lassen, ob und inwieweit der Bund an der Handelsgesetzgebung beteiligt sei. Bismarck ließ sich den Fall nicht entgehen, um in einem Immediatbericht auch den König scharf gegen die österreichischen Methoden zu machen. Statt den Weg vorheriger Verständigung mit Preußen zu beschreiten, habe der Präsidialgesandte den Versuch einer Überraschung gemacht und dadurch die Gegensätze unnötig verschärft⁴⁹⁾.

Rechberg aber benutzte den Fall, um seinen preußischen Kollegen in der Bundesversammlung als den Störenfried

⁴⁹⁾ Prot. BB. 1857, Juli 9., 23., §§ 249, 273. B.'s Berichte v. 16. u. 24. Juli. Pr. i. BT. III S. 137—140, 146—148. GB. II S. 247—49.

hinzustellen, der eine schon begrabene Prinzipienfrage neu aufgerollt habe. Diese Darstellung war durchaus ungerecht und diente der Stimmungsmache. Es war keineswegs Händelsucht oder Prinzipienreiterei, was Bismarck zu so scharfer Stellungnahme veranlaßt hatte. Er befand sich vielmehr ganz im Einklang mit dem preußischen Handelsministerium, das von Anbeginn einer Behandlung dieser Frage durch den Bund widersprochen hatte und streng darauf hielt, „daß die Kommission, wenn auch ihre Berufung auf einem Bundesbeschlusse beruhte, nicht ein Organ der Bundesversammlung, sondern ein Organ der einzelnen Regierungen zum Zweck gegenseitiger freier Vereinbarungen sei“⁵⁰⁾. Die von Raulle und Rechberg gemeinsam eingefädelt Politik gehört in die Reihe der Versuche Österreichs, die auf den Dresdener Konferenzen von 1851 vergebens erstrebte Erweiterung der Bundeskompetenz auf anderem Wege zu erreichen: nicht mehr, wie damals, durch offenes Bekenntnis zum Grundsatz der starken Bundesgewalt, sondern durch geschickte Behandlung des Einzelfalles. Bismarcks Wachsamkeit hat das vereitelt.

Graf Rechberg aber sandte seinem Chef einen Sitzungsbericht, der die tatsächliche Niederlage Österreichs in eine moralische Niederlage des preußischen Gesandten verwandelte. „Das von Herrn von Bismarck in dieser ganzen Angelegenheit befolgte leidenschaftliche Verfahren hat nicht verfehlt, auf die sämtlichen Mitglieder der Bundesversammlung, welche schon durch die früheren Vorgänge empört waren, einen tiefen Eindruck zu machen . . . Fast alle Bundestagsgesandten sind zu mir gekommen, um mir ihr Befremden über die Haltung Preußens auszudrücken, und haben mir ihre Überzeugung von der Nothwendigkeit ausgesprochen, den Bestrebungen Preußens, den Bund zu annulliren, Einhalt zu thun. Ich hatte hiebei die Genugthuung, daß, während von mehreren Seiten, namentlich von dem königlich württem-

⁵⁰⁾ R. v. Dehlbrück, Lebenserinnerungen II (1905) S. 91.

bergischen, dem großherzoglich hessischen und dem königlich hannoverschen Gesandten der Wunsch zu erkennen gegeben ward, daß ich in Zukunft entschiedener dem Herrn von Bismarck entgegentreten möchte, von anderer Seite, namentlich von dem in den Bundesangelegenheiten so erfahrenen königlich sächsischen Gesandten anerkannt wurde, wie es gerade der mächtigen Haltung, welche ich beobachtet hatte, zu verdanken sei, daß das bundeswidrige Vorgehen Preußens recht klar herausgestellt wurde und der kaiserlichen Regierung, die sich die Aufrechterhaltung des Bundes angelegen sein läßt, die fast einhellige Unterstützung der Bundesversammlung erworben worden ist. Herr von Bismarck muß selbst Gelegenheit gehabt haben, sich von der am Bunde herrschenden Stimmung zu überzeugen. Es wurden ihm von einzelnen Bundestagsgesandten herbe Wahrheiten gesagt. Der königlich württembergische Gesandte versicherte mich unter anderem, wie er ihm offen gestanden habe, daß nach diesen Vorgängen am Bunde Preußen nicht eine einzige deutsche Regierung finden könnte, die sich ihm anschließen würde; sie seien alle dahin gedrängt worden, Österreich zu folgen, das die Aufrechterhaltung des Bundes ehrlich wolle⁵¹⁾.

Wie wenig dieses Stimmungsbild auch zu dem Abstimmungsergebnis zu passen scheint, so haben wir dennoch keinen Grund, die historische Treue der Schilderung anzuzweifeln. Die Abstimmung konnte nicht anders ausfallen, nachdem Preußen den Tatbestand, Raules Überschreitung seines Auftrags, aktenmäßig festgelegt hatte. Und Bismarck selber erzählt, die Gesandten der Mittelstaaten pflegten bei solchen anscheinend unbedeutenden Verletzungen des preußischen Standpunktes durch Österreich in ihn zu dringen, er möge doch nachgeben und das Werk der Einigung nicht durch Beharren auf Kleinigkeiten stören. Der vorliegende Fall war aber für die übrigen tatsächlich eine Kleinigkeit, und es

⁵¹⁾ Reichbergs Bericht (B) v. 29. Juli 1857. VII.

ist durchaus glaubhaft, daß es sie verdroß, deswegen so unerquickliche Auftritte erleben zu müssen. Hinzu kam, daß hier der Bund durch Bismarck gezwungen wurde, sich selber eine Kompetenz abzuspochen, die Oesterreich ihm hatte zuschieben wollen. War es anders möglich, als daß Bismarck wieder, wie schon so oft, als die den Bund untergrabende, Oesterreich als die ihn erhaltende und stärkende Kraft erschien? Der Bund aber war nun einmal für die Mittleren und Kleinen, mit Bismarck zu reden, der Untergrund ihres staatlichen Daseins. Wer ihn bedrohte, oder auch nur zu bedrohen schien, bedrohte den Bestand aller, die zu schwach waren, um ohne ihn leben zu können. Und am Ende mußte es so kommen, wie einer der erfahrensten mittelstaatlichen Gesandten, Jasper von Derken, schon vor Jahren prophezeit hatte: „Derjenigen Macht werden schließlich doch die Stimmen zugewandt sein, welche mit dem Bunde geht, während die andere in demselben Maaße sich isolirt, in welchem sie den Bund zu hindern und zu lockern sucht“⁵²⁾.

Graf Rechberg hatte also Grund genug, das Scheitern seiner kleinen Intrige nicht tragisch zu nehmen, und durfte in der That den Gewinn für größer ansehen als den Schaden. Er fühlte sich gestärkt, nicht besiegt. Das zeigte auch ein scharfer persönlicher Zusammenstoß, den er unmittelbar darauf mit Bismarck hatte. Dieser warf ihm Rücksichtslosigkeit vor und erhielt von Rechberg die prompte Antwort: „ich könnte ihm mein Befremden darüber nicht vorenthalten, daß er, der seit Wochen sowohl gegen die kaiserliche Regierung als gegen den Bund mit einer maßlosen Rücksichtslosigkeit vorgegangen sei, welcher von meiner Seite stets mit der größten Mäßigung begegnet worden, nunmehr den Vorwurf der Rücksichtslosigkeit gegen mich erhebe. Rücksichten müßten gegenseitig sein, das Maß sei nunmehr voll, und ich könnte ihn versichern, daß,

⁵²⁾ Bericht Derkens v. 15. Juni 1853. H. v. Derken, Jasper v. De., S. 179.

wenn er in Zukunft nicht größere Rücksichten seinerseits beobachte, ich auch meinerseits keine Rücksichten gegen ihn mehr haben würde. Er mäßigte hierauf seine Sprache . . .“ Bismarck muß empfunden haben, daß er diesmal in der Schärfe der Form bis an die Grenze dessen gegangen war, was Rechberg vertrug. Er zeigte ihm am nächsten Tage eine sehr viel mildere Stimmung und suchte zugleich die Schuld an dem letzten Streit auf Manteuffel abzuwälzen, dessen noch schroffere Instruktionen er vielmehr zu mildern bestrebt sei. Manteuffel habe den Grafen Flemming, den preußischen Gesandten in Wien, beauftragt, gegen Herrn von Raule wie gegen Rechberg Beschwerde beim kaiserlichen Kabinett zu führen. Das traf zu; nur daß diese Beschwerde auf Bismarcks Antrag erhoben wurde und noch um einen Grad hinter dessen Anregung zurückblieb: Manteuffel beschwerte sich, verzichtete aber darauf, wie Bismarck nahegelegt hatte, Raules Abberufung zu beantragen⁵³⁾ Weshalb die — gelinde gesagt — Verschleierung dieses Sachverhalts?

Das Ziel, das Bismarck in diesem wie in allen übrigen Kämpfen verfolgte und gerade durch die Schärfe seiner Kampfesweise zu erreichen hoffte, blieb dauernd die Gleichstellung Preußens mit Österreich am Bunde. Gewiß ging sein heißes Blut manchmal mit ihm durch; er war geboren zum Kämpfer. Nichts wäre verkehrter, als alle Ausbrüche seines Jornes, alle herausfordernde Schärfe aus diplomatischer Berechnung erklären zu wollen. Wie in jedem, und vollends jedem großen Menschen, gab es auch in Bismarck genug und mehr als genug des Unberechneten und des Unberechenbaren. Aber daran wird kein Zweifel möglich sein: seit seiner Kampfanfrage war er mit vollem Bewußtsein schärfer und schneidender als früher, er wollte den Gegner zermürben, um ihn verhandlungstüchtig zu machen. Das konnte aber nur gelingen, wenn der Gegner die Überzeugung gewann, daß hinter Bis-

⁵³⁾ Pr. i. BT. III S. 138, 139 Anm. 1.

marck eine Regierung von gleichem, ja noch stärkerem Kampfeswillen stand. Darin liegt der Sinn und die Rechtfertigung der diplomatischen Lüge, von der eben berichtet wurde. Sie bedeutete kein Abschieben der eigenen Verantwortung, sondern wollte nur das Gewicht verstärken helfen, mit dem Bismarck auf den Gegner drückte. Es war dieselbe Taktik, die den Grafen Thun mit der Vorstellung ängstigte, Preußen werde seinen Frankfurter Gesandten abberufen, die Taktik, die dem Grafen Rechberg das Bismarckische Phantasiegebilde eines nordischen Neutralitätsbündnisses während des Krimkrieges vorspiegelte. Der Zweck dieser Finten war stets der gleiche. Österreich sollte auf keine Nachgiebigkeit hoffen dürfen, solange es Preußen die seit Jahren umkämpfte Gleichstellung versagte. Und so schloß das in so gereizter Stimmung begonnene Gespräch ganz logisch damit, daß Bismarck den Wunsch ausdrückte, in den Bundestagsferien möchte eine Verständigung zwischen dem kaiserlichen und dem königlich preussischen Kabinette zustande gebracht werden.

Aber konnte diese Taktik auch wirklich zum Erfolge führen? Wenn Bismarcks Schroffheiten gegen Österreich die Nebenwirkung hatten, daß die übrigen Bundesglieder Preußen entfremdet wurden, mußte dann nicht Österreichs Stellung am Bunde erstarken und dementsprechend seine Neigung schwinden, auf den Vorteil der Stimmenmehrheit zu verzichten? Bismarck hat das Verben um die Gunst der Mittelstaaten seit dem Ausgang des Krimkrieges und vollends seit seiner Pariser Reise vom Frühjahr 1857 mit vollem Bewußtsein aufgegeben: er hatte erkannt, daß Preußen in diesem Rennen auf die Länge doch von Österreich geschlagen werden mußte. Der Trumpf, auf den er fortan setzte, und mit dem er schließlich das ganze Spiel gewinnen, Österreich einschüchtern und die Mittelstaaten an Preußen fetten wollte — dieser Trumpf lag nicht im Schoße der Bundesversammlung, sondern draußen in der europäischen Politik. Dieser Trumpf hieß Frankreich.

Schon während des Krimkrieges, schon im Winter 1854/55,

hat Bismarck wiederholt versucht, Eins dem Generaladjutanten Gerlach (und durch ihn dem König) klar zu machen: wenn Preußen von den übrigen Bundesstaaten ebenso gefürchtet werden will wie Österreich, muß es dafür sorgen, daß man es der Verbindung mit Frankreich wenigstens für fähig hält. Preußen handelt unpolitisch und schwächt seine Stellung, wenn es den Glauben verbreitet, daß es sich mit dem bonapartistischen Frankreich unter keinen Umständen näher einlassen werde⁵⁴). Nach dem Pariser Friedenskongreß, im April und Mai 1856, haben wir Bismarck schon ernsthafter für den revolutionären Gedanken einer Annäherung Preußens an Frankreich wirken sehen. Noch ein Jahr später aber, nach seiner Rückkehr aus Paris, hat er in Denkschriften und Briefen, deren Gedankenkraft den Leser wie mit eisernen Klammern umfaßt, unermülich dafür gekämpft, daß man in Berlin das Streben Napoleons III. nach engeren Beziehungen zu Preußen nicht abweise, zum mindesten aber doch den Schein eines preußisch-französischen Einvernehmens entstehen lasse. Die Heilige Allianz ist zerbrochen, Österreich das Gegenteil eines zuverlässigen Bundesgenossen, Preußen fällt unzweifelhaft, wenn es sich nur auf die morsche Stütze der Bundesverträge verläßt. Die Selbsterhaltung gebietet ihm, außerhalb Deutschlands Anlehnung zu suchen. Und nur, wenn es diese findet, kann es seine Stellung in Deutschland selber verstärken. „Der Einfluß einer Macht im Frieden hängt in letzter Instanz von der Kraft ab, welche sie im Kriege entwickeln, und von den Bündnissen, mit welchen sie in den Krieg eintreten kann. Für uns aber ganz besonders ist die Gewinnung von Einfluß in Deutschland gegenwärtig allein durch den Glauben der Bundesstaaten an die Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit oder Sicherheit bedingt, mit welcher Preußen im Kriegsfall auf auswärtige Bündnisse rechnen kann ... Die deutschen Staaten sind rücksichtsvoll und anhänglich an uns in dem Maße als sie

⁵⁴) An Gerlach, 21. Dez. 1854, 6. Jan. 1855, S. 182—184.

uns für befreundet mit Frankreich halten“⁵⁵). Sogar der König, dem Manteuffel eine der Bismarckschen Denkschriften vorlas, blieb nicht ohne Eindruck von dieser Beweisführung⁵⁶).

Dennoch konnte Bismarck nicht durchsehen, daß Kaiser Napoleon die ersehnte Einladung nach Berlin erhielt. Nur der Vetter des Kaisers, Prinz Napoleon, durfte dem preussischen Hof im Mai 1857 seine Aufwartung machen; mit dem Kaiser selbst hatte im September der Prinz von Preußen eine Zusammenkunft in Baden und fand mit Erstaunen, daß man sich zusammennehmen mußte, um Napoleon nicht das entschiedenste Zutrauen zuzuwenden⁵⁷). Das Jahr war reich an Monarchenbegegnungen auf deutschem Boden. Der junge Kaiser von Rußland, Alexander II., kam auf der Reise zu seinen hessischen Verwandten im Juli durch Berlin. Es hieß, er werde sich in Süddeutschland auch mit dem Kaiser der Franzosen treffen. Noch war die Zusammenkunft ungewiß, als Bismarck und Rechberg eines Tages — es war Mitte Juli — gemeinsam nach Schloß Johannisburg fuhren, um den greisen Metternich zu besuchen. Das Gespräch kam auf die Möglichkeit dieser Kaiserbegegnung. Rechberg streckte einen Fühler aus. Er wollte ergründen, ob Bismarck noch an der Kampfansage festhalte, die er einen Monat früher Österreich entgegengeworfen hatte. Er meinte, es sei wünschenswert, daß diese Zusammenkunft sich nicht auf die beiden Kaiser erstreckte; sie müßte auf die Beherrscher der vier kontinentalen Großmächte ausgedehnt werden, um eine enge Eini-gung auf konservativer Grundlage herbeizuführen und der von Italien her drohenden Revolution entgegenzutreten. Bismarck entgegnete kühl, dies sei zwar wünschenswert, doch könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Rede

⁵⁵) Denkschriften v. 18. Mai u. 2. Juni 1857. GB. II S. 221, 231.

⁵⁶) L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten II S. 505, vgl. 509. X

⁵⁷) Ebenda S. 532.

davon sein. Da wußte Rechberg Bescheid⁵⁸⁾). Mit Sorge sah er Bismarck darauf hinarbeiten, daß sein König der Dritte im Bunde würde, Österreichs Kaiser aber fernbliebe⁵⁹⁾). Sogar der Prinz von Preußen wirkte diesmal im gleichen Sinne wie Bismarck, doch ohne Erfolg; nicht nur die Scheu vor dem Namen Bonaparte, sondern auch der leidende Zustand des Königs stand dem Plane im Wege, und im September hatten die beiden Kaiser zu zweit ihre viel beachtete Zusammenkunft in Stuttgart⁶⁰⁾). Kaiser Franz Josef aber ließ es sich nicht nehmen, den russischen Kaiser, der ihm seit dem Krimkriege großte, auf seiner Heimreise in Weimar kurz danach zu begrüßen.

Dieser Schritt des österreichischen Monarchen war ein deutliches Anzeichen dafür, daß man in Wien die Empfindung hatte, Rußland gegenüber sei etwas wieder gut zu machen. Es war eine Begegnung, die der Zar nicht gesucht hatte, der er aber ohne Unhöflichkeit nicht ausweichen konnte. Rechberg hat schwerlich richtig beobachtet, wenn er später rückblickend schrieb, Bismarck sei nicht nur über das Fernbleiben seines Königs von Stuttgart, sondern auch über die — politisch belanglose — Weimarer Zusammenkunft so verstimmt gewesen, daß seitdem eine merkliche Erkältung in den früher guten Beziehungen zwischen Bismarck und ihm eingetreten sei⁶¹⁾). Die Erkältung begann schon früher, mit Bismarcks Rückkehr aus Paris im Frühjahr. Diese und andere Äußerungen Rechbergs über die Monarchenbegegnungen von 1857 gehören zu den Zeugnissen für die begreifliche Unruhe, mit der er die europäischen Sorgen Österreichs verfolgte. Aber

⁵⁸⁾ Rechbergs Bericht (E) v. 15. Juli 1857. WA.

⁵⁹⁾ Rechbergs Bericht (B) v. 29. Juli. WA.

⁶⁰⁾ Gerlach II S. 530. Nach einem späteren Berichte Rechbergs, v. 14. Juli 1858, wäre der Plan einer Beteiligung des Königs v. Preußen an der Stuttgarter Zusammenkunft am Widerspruch der Kaiserin v. Rußland gescheitert. WA., Nr. 87 A.

⁶¹⁾ Derselbe Bericht.

auch Bismarck hatte keinen Grund zur Zufriedenheit; denn die von ihm gewünschte öffentliche Bekundung preußisch-französischer Freundschaft hielt sich in engen Grenzen. Und das erschwerte Bismarcks Stellung am Bundestag. Diese konnte nach seiner festen Überzeugung nur dann zur gebietenden Führerstellung werden, wenn „wir ostensible Zeichen unserer guten Beziehungen zu Frankreich geben“⁶²⁾.



Preußens Stellung am Bundestag war daher nicht so, wie Bismarck sie gewünscht hätte, als die schwierigste der schwebenden Streitfragen, die der Rastatter Besatzung, im Februar 1858 endlich von der Militärkommission an den Bundestag zurückgegeben wurde. Es war zugleich eine Zeit, die für den Frieden der beiden Bundeshäupter unter einander so ungünstig war wie nur möglich. Da war der Streit um die Unterstützungsgesuche für Sinzenich und Chalaupka, seine häßliche Verquickung mit der Pensionsnachzahlung für die schleswig-holsteinischen Offiziere, da war der hieraus entstandene Geschäftsordnungstreit mit der anschließenden Duellforderung, da war endlich die holstein-lauenburgische Verfassungsfrage, die für sich allein genügte, um alles Vertrauen zwischen den Großmächten, die beide nach der Gunst der öffentlichen Meinung schielten, völlig zu vergiften. Zu dem allen kam jetzt der Streit um die Rastatter Besatzung, ein Streit, in dem, mit Rechberg zu reden, Bismarck sich anschickte, „alle Schleusen seiner Chicanen loszulassen“⁶³⁾ — nein es war kein Vergnügen mehr, österreichischer, aber gewiß auch nicht, preußischer Bundestagsgesandter zu sein. Denn Bismarck hatte es doch am schwersten von beiden. „Wir sind zur Minorität im Bundestage prädestinirt und werden diesem Geschick nicht entgehn, wenn wir auch die gerechteste Sache gegen

⁶²⁾ Denkschrift v. 2. Juni 1857. GW. II S. 231.

⁶³⁾ Brief an Buol v. 31. März 1858. W. A.

X Österreich haben und eine überirdische Geschicklichkeit und Liebenswürdigkeit entwickeln“⁶⁴). Und war Preußens Anspruch auf Anteil an der Rastatter Besatzung die gerechteste Sache?

Wie anders stand Rechberg da! In dieser wie in allen Fragen erfuhr er wirksame Unterstützung durch Bayern und die übrigen Süddeutschen, ferner durch Sachsen, Braunschweig, Nassau u. a. „Diese Unterstützung kommt mir, bei den sich täglich wiederholenden Angriffen des Herrn von Bismarck gegen das Präsidium und gegen die kaiserliche Regierung sehr zuustatten und ermöglicht es, die Rechte des Präsidiums zu wahren. Herr von Bismarck hat es durch sein leidenschaftliches Vorgehen nunmehr dahin gebracht, daß die Vertheidigung der Rechte des Präsidiums von der Majorität der Bundesversammlung als eine Bundessache betrachtet wird, und daß ich den Kampf zu deren Behauptung mit der Ruhe aufnehmen kann, welche das Bewußtsein, durch die Majorität gestützt zu sein, verleiht. Man erkennt, daß es nicht Österreich ist, welches sich Übergriffe erlaubt, und daß die ohnehin so geschmälerten Rechte des Präsidiums nicht weiter angegriffen werden können, ohne die Leitung der Verhandlungen in der Bundesversammlung unmöglich zu machen“⁶⁵).

Auch bei diesem langwierigen Streit, der nicht nur diplomatisch, sondern auch in der Presse geführt und erst nach Bismarcks Weggang von Frankfurt erledigt wurde, soll der Hergang nicht im einzelnen erzählt werden. Der österreichisch-badische Antrag vom 18. Juni 1857, der eine Erhöhung der Besatzung und eine Verständigung der beiden, die Besatzung stellenden Regierungen über die Höhe ihres Anteils vorsah, wurde durch das technische Gutachten der Militärkommission gestützt; nur der preußische Militärbevollmächtigte vertrat in einem Sondervotum eine abweichende Meinung. Bismarcks

⁶⁴) Brief an Manteuffel v. 14. März 1858. GB. II S. 297.

⁶⁵) Bericht Rechbergs v. 3. März 1858. BBl.

Antrag, daß die Besatzung, falls sie überhaupt erhöht würde, in ihren nichtbadischen Kontingenten zu gleichen Teilen von Preußen und Österreich gestellt werde, ging zunächst an die Regierungen Österreichs und Badens zur Äußerung. Beide Regierungen lehnten den preußischen Vorschlag bestimmt ab. Aus geographisch-strategischen Gründen sei Preußen vorzugsweise zur Verteidigung der Nordwestgrenze Deutschlands berufen, Österreich zusammen mit den Südstaaten zur Verteidigung der Südwestgrenze. Außerdem würde bei einer Dreiteilung der Besatzung die Regelung des Festungsdienstes sowie die Verteilung der Kommandostellen unnötig erschwert. Allein der Gedanke, daß Preußen als Verteidiger der Südwestgrenze an zweite Stelle zu treten habe, widersprach dem militärischen Ehrgefühl des Prinzen von Preußen. An ihm, dem Stellvertreter des Königs seit Oktober 1857, gewann Bismarck seinen mächtigsten und treuesten Bundesgenossen. Im Februar 1858 schrieb der Prinz an Kaiser Franz Josef, Preußen dürfe „sich den Ehrenpunkt nicht rauben lassen, in der Besatzungsstärke der Bundesfestungen im Kriege nicht hinter Em. Kaiserlichen Majestät Armee zurückzustehen“. Und an dieser Auffassung hielt er bis zum siegreichen Ausgang des Streites fest. Im Jahre 1859 sagte er zu dem hessischen Minister Dalwigk: „Es ist Ehrensache für mich, überall, wo es sich darum handelt, die Grenzen Deutschlands zu verteidigen, beteiligt zu sein“.

Als Österreich den hohen Wert erkannte, den Preußen dem Gegenstande des Streites beimaß, machte es im Juni 1858 den grotesken — nach Prinz Wilhelms Urteil „wahrhaft unverschämten“ — Vorschlag, Preußen solle als Gegengabe für Anteil an der Rastatter Besatzung einen Vertrag über gegenseitige Territorialgarantie mit Österreich und dem Deutschen Bunde abschließen, d. h. Österreich seinen italienischen Besitzstand verbürgen und ihm dazu noch die Bürgschaft des Bundes verschaffen helfen. Natürlich lehnte Preußen ab, und damit lief die Angelegenheit auf ein totes Gleis. Denn Österreich fand nicht

den Mut, die Streitfrage durch Mehrheitsbeschluß des Bundes zu entscheiden. Das wäre der Bruch mit Preußen gewesen, und dazu war die europäische Lage nicht angetan; sie war es vielmehr, die Wien allmählich seit Ende 1858, zur Nachgiebigkeit bestimmte. Während des Krieges gegen Frankreich und Sardinien fiel die Entscheidung auch über die Besatzung der Bundesfestung Rastatt. Wenige Wochen nach Magenta und Solferino, am 28. Juli 1859, brachten die drei Regierungen von Österreich, Preußen und Baden einen gemeinsamen Antrag an den Bundestag: Friedensbesatzung 6000 Mann, davon 3000 Mann österreichische, 2000 Mann preußische und 1000 Mann badische Truppen; Kriegsbesatzung 12 000 Mann, davon 5400 Mann österreichische, 4000 Mann preußische und 2600 Mann badische Truppen. Der Vergleich bedeutete einen Sieg Preußens, aber keinen so vollständigen, wie Bismarck ihn gewünscht hätte. Österreich gestand Preußen auch jetzt nicht gleichmäßige Beteiligung zu, sondern wahrte sich einen kleinen Vorsprung⁶⁰).

Nur e i n für Bismarcks Bundestagspolitik charakteristischer Zug sei aus der Geschichte dieses Streites hervorgehoben. Auch jetzt ging es ihm, wie schon gesagt, nicht nur um das eigentliche Objekt des Streites, um die Schaffung eines preußischen Gegengewichtes gegen den österreichischen Einfluß in Baden, sondern dahinter stand wieder der Wunsch, auch bei diesem Anlaß für die volle Gleichberechtigung Preußens neben Öster-

⁶⁰) Prot. BB. 1858, Febr. 25. § 86, Apr. 15. § 173, Apr. 29. § 202, Juni 10. § 262, Juli 29. § 340, Dez. 23. § 486; 1859, Juli 28. § 251, Aug. 11. § 269. Dazu Bismarcks und Reichbergs Berichte, Brief des Prinzen v. Preußen an Franz Josef v. 15. Febr. 1858: Kf. Willh.'s Briefe usw., ausgewählt v. E. Berner, I (1906) S. 429. W. Schüller, Tagebücher Dalwigks (1920) S. 147, vgl. 451. H. Onken, Großherzog Friedrich I S. 74—78, 95—97, 107 f. Zur Territorialgarantie: BB. III S. 176 ff., VI S. 65 ff. Poschinger, Manteuffel III S. 280 ff.

reich am Bunde überhaupt zu kämpfen. Der mecklenburgische Gesandte, Jasper von Derken, jüngst zum leitenden Minister in Schwerin ernannt, erhielt von seiner Regierung im Juni 1858 als letztes Bundestagsgeschäft den Auftrag, sich als Vermittler um bessere Beziehungen zwischen Preußen und Österreich zu bemühen. Vielleicht kein zweiter Bundestagsgesandter war besser für diese Aufgabe geeignet. Derken genoss nicht nur Bismarcks freundschaftliche Achtung, sondern galt auch dem Präsidialgesandten als ein Mann von rechtlicher Denkweise. Er gehörte dem Bundestage seit dessen Reaktivierung an und hatte schon einmal, im Mai 1850, den Auftrag erhalten, zwischen Preußen und Österreich zu vermitteln. Sein damaliger Auftraggeber, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, sah nur *e i n e* Möglichkeit der Einigung: Alternat im Bundespräsidium. Nachdem diese Lösung der Präsidialfrage gescheitert war, hielt Derken die Rückkehr zum alten Bundesrecht für geboten und stellte sich damit auf den österreichischen Standpunkt. Seine Teilnahme an den Dresdener Konferenzen gab ihm Gelegenheit zu neuer Vermittlungsarbeit und zeitweilig zu einer beinahe führenden Rolle. Diesmal kam seine Tätigkeit Preußen zugute und störte Schwarzenbergs Kreise empfindlich. In dem seit Mai 1851 wieder vollzähligen Bundestag war sein Bemühen dauernd auf einen friedlichen Dualismus gerichtet. „Mein ehrlicher und konservativer Gesinnungsgenosse in dualistischer Politik“ — so nennt Bismarck den Mecklenburger noch in den Gedanken und Erinnerungen⁶⁷⁾.

Allein Derken sah mit Kummer und Sorge, daß „Österreich und Preußen . . einander die Butter auf dem Brote nicht gönnen“. Sein Platz war stets da, wo er der Sache des Friedens glaubte dienen zu können. Einen Bruch zu verhüten, war der Leitstern seiner gesamten Bundestagspolitik. Die

⁶⁷⁾ Bd. I S. 289. Für das übrige: Hellmuth v. Derken, Jasper v. De. (1905) S. 96 ff., 137 ff., 163.

Schärfe, mit der Bismarck seit dem Sommer 1857 Österreich gegenübertrat, konnte daher nicht in seinem Sinne sein, und es ist völlig glaubwürdig, was Rechberg im Mai 1858 berichtet: Derßen wäre trotz alter, in seine Universitätsjahre zurückreichender Sympathien für Preußen dennoch in letzter Zeit über Bismarcks Vorgehen tief entrüstet gewesen. „In einer Unterredung, die ich mit ihm über die Zustände am Bunde hatte, entschlüpften ihm die sehr bezeichnenden Worte: ‚Der Sieg wird und muß dem Ehrlichen bleiben‘. Er verkennt nicht, daß Preußen die Beseitigung des Bundes anstrebt, und er sieht in der Institution des Bundes die sicherste Garantie für die Souveränitätsrechte seines Herrn“⁶⁸⁾. Die Vermittlung, die dieser Mann jetzt, ausgehend von der Rastatter Frage, zwischen den Gesandten Preußens und Österreichs unternahm, wurde von Bismarck benutzt, um seinen letzten Versuch zur Erringung eines preußischen Vetorechtes am Bundestag zu machen.

Rechberg und Bismarck haben beide ausführlich und in allem Wesentlichen völlig übereinstimmend über diesen Versuch berichtet; doch enthält, was sie mitteilen, auch nicht einen einzigen neuen Gedanken. Nur etwa Bismarcks Formulierung ist neu: das Vetorecht, das Preußen begehre, werde tatsächlich nicht nur durch Österreich kraft seiner Präsidialgewalt und seiner Beherrschung der Majorität geübt, sondern auch durch das dritte Deutschland kraft seiner Stimmenzahl, Preußen allein habe also kein Vetorecht, sondern werde von der Präsidialmacht wie eine unter sechzehn Stimmen behandelt⁶⁹⁾. Am Schlusse jeder Ausführung Bismarcks, gegen Derßen wie gegen Rechberg, steht wieder die alte Forderung: zurück zu dem Zustande der Zeit vor 1848, Verzicht auf Bekämpfung durch Majoritäten! Nichts darf durch die Groß-

⁶⁸⁾ Rechbergs Bericht (B) v. 19. Mai 1858. WA.

⁶⁹⁾ B.'s Bericht v. 21. Juni 1858. GB. II S. 338.

mächte dem Bunde vorgelegt werden, worüber man sich nicht vorher zwischen Wien und Berlin verständigt hat⁷⁰⁾.

Wie ernst Bismarck es meinte, zeigte dem Grafen Rechberg nicht nur sein gesprochenes, sondern auch sein gedrucktes Wort. Am 15. Juni, unmittelbar nach Dergens Besuch auf der preußischen Gesandtschaft, erschien im „Intelligenz-Blatt der freien Stadt Frankfurt“, dem amtlichen Organ des Stadtstaates und viel gelesenen Anzeigenblatt, ein durch Bismarck inspirierter Artikel, der die Vorstellung zurückwies, daß Preußen die Auflösung des Bundes betreibe, und vielmehr die Notwendigkeit deutscher Einigkeit dartat. „Sind Preußen, Österreich und das übrige Deutschland einig, so wird kein französisches Heer den Rhein zu überschreiten wagen. Die Existenz des Deutschen Bundes trägt daher in sich gewissermaßen das Gepräge des geschichtlichen Bedürfnisses, aber nur unter der Voraussetzung der Anerkennung der preußischen Interessen und der Berechtigung für Preußen, über den Umfang und das Ziel derselben allein zu entscheiden. Preußens Interessen fallen mit denen Norddeutschlands vollständig zusammen.“ Preußen habe kein Bedürfnis, zu annektieren. „Ist es denn denkbar, daß Hannover bei einem Kriege Preußens gegen Frankreich oder Rußland neutral bleiben könnte?“ Von einer Auflösung des Bundes habe Preußen also keinen Vorteil zu erwarten; doch könnte der Bund von innen heraus gesprengt werden. „Dies Ereigniß könnte eintreten, wenn die Entscheidung wichtiger Angelegenheiten durch Majoritätsbeschlüsse erstrebt und durchgeführt würde. Soll der Bund einen vernünftigen Organismus repräsentieren, so folgt daraus, daß o h n e Z u s t i m m u n g P r e u ß e n s kein Antrag zur Ausführung kommen darf, welcher speziell die r e i n d e u t s c h e n Verhältnisse berührt. Wollte man trotz seines Widerspruchs den Bau von drei neuen Festungen in Süddeutschland per majora beschließen, so verfügten Staaten, die

⁷⁰⁾ Rechbergs Berichte (A u. B) v. 16. Juni. Wl.

hierfür nur wenige Thaler beisteuern, über Millionen preussischer Einnahmen. Wollte die Majorität dem Wiener Cabinet nicht blos die Besetzung Rastatts, sondern auch noch Ulms für immer gewähren, Süddeutschland ganz den österreichischen Plänen dienstbar machen, so darf Preußen dies nicht dulden, denn Deutschland würde stets in die verwidelten Verhältnisse der österreichischen Politik hineingezogen und andern Interessen dienstbar gemacht werden. Derartige Bestrebungen müßten aber allerdings zur Auflösung des Bundes führen⁷¹⁾.

Der Artikel trägt nicht die Spuren Bismarckschen Stils, enthält aber das Gewicht Bismarckscher Gedanken. Er warnt in maßvoller Weise. Die Gefahr des Bundesbruches wird nicht unmittelbar an Österreichs Rastatter Plänen, sondern an dem hypothetischen Fall noch weitergehender Ansprüche erläutert. Am Tage nach Erscheinen dieses Artikels wurde Rechberg durch Bismarcks Besuch überrascht, den ersten seit fast vier Monaten. Das Gespräch wurde von der Rastatter Frage durch den preussischen Gesandten bald auf das Thema des Zeitungsartikels und der Derzschenschen Vermittlung gelenkt. Man fühle in Berlin, sagte Bismarck, das Bedürfnis einer aufrichtigen Verständigung mit Österreich; diese aber sei nur möglich, wenn durch Rückkehr zu den vor 1848 befolgten Grundsätzen der gedrückten Stellung Preußens am Bunde abgeholfen werde. Andernfalls „bliebe dem Berliner Cabinet nichts übrig, als es dadurch zu erzwingen, daß man die Sachen auf die Spitze treibe und beweise, daß man ohne und gegen Preußen am Bunde nicht gehen könne“. Der gewünschte Eindruck auf Rechberg blieb nicht aus. Dieser empfahl dem Grafen Buol, eine Verabredung im Sinne Bismarcks mündlich mit Preußen in der Stille zu treffen und in Zukunft — mit Ausnahme einzelner dringender Fälle — keine wichtige Angelegenheit ohne vorherige gegenseitige Ver-

⁷¹⁾ Die Sperrungen nach dem Original.

ständigkeit an den Bund zu bringen. Denn Unterwerfung unter eine Majorität sei mißlich für eine Großmacht, und falls diese sich weigere, könne an Bundesezekution doch nicht gedacht werden; also würde dann die Institution des Bundes selbst möglicherweise gefährdet.

Bismarck zweifelte an der Ehrlichkeit des österreichischen Verständigungswillens, weil er Rechbergs Worte von keinem Entgegenkommen in der Rastatter Frage begleitet sah. Der Zweifel war unbegründet, soweit er Rechbergs Person, begründet, soweit er die österreichische Regierung betraf. Buols Antwort an den Präsidialgesandten ging nur auf den Teil seiner Berichte ein, der von Rastatt handelte; die Hauptsache, der Gedanke einer grundsätzlichen Verständigung zwischen Österreich und Preußen, wurde gar keiner Erwiderung gewürdigt⁷²⁾. Buol hatte sich zweimal ausführlich zu dieser Frage geäußert und glaubte damit genug getan zu haben. Das erste Mal in seiner Antwort auf Rechbergs Denkschrift vom 28. Februar 1856 — damals in halbem Entgegenkommen: über deutsche Fragen sei vorherige Verständigung möglich und empfehlenswert, nicht aber über Fragen, die Österreichs europäische Interessen angingen. Das zweite Mal in einem Erlaß vom 26. November 1857 an den Freiherrn von Koller, Österreichs Gesandten in Berlin — diesmal auch nicht mit halbem Entgegenkommen, sondern voller Vorwürfe und Ablehnung. Zwar wurde für deutsche Fragen die moralische Verpflichtung zu vorheriger Verständigung anerkannt. Doch was die eine Hand gegeben hatte, nahm sofort die andere zurück: es widerspräche dem Wesen des Bundes, wenn dieser sich nur mit solchen Fragen beschäftigen dürfte, über die zwei seiner Mitglieder, und wären es die mächtigsten, sich vorher geeinigt hätten. Die durch die Bundesverfassung verbürgte Gleichberechtigung der Bundesglieder und ihrer Stimmen würde durch das vorgeschlagene Abkommen zunichte gemacht.

⁷²⁾ Weisung Buols an R. v. 23. Juni. *Bl.*

Sollten die übrigen Mitglieder vor die Wahl gestellt werden, entweder Vorausbeschlossenes anzunehmen oder sich mit Österreich und Preußen in unmittelbarem Widerspruch zu setzen? Und sollten die beiden Großmächte, wenn sie mit einander nicht einig würden, den übrigen die Initiative in wichtigen deutschen Fragen überlassen? Das war ein glattes Nein gegenüber dem Verständigungsgedanken, dem gegenseitigen Vetorecht, auch für deutsche Fragen. Von den europäischen Fragen aber war in diesem Erlaß nur im Tone bittersten Vorwurfs die Rede: vom ersten Auftauchen der orientalischen Krisis im Jahre 1853 an, durch die ganze Dauer des Krimkrieges hin, bis zur Neuenburger und zur holsteinischen Frage, war es nach dieser Darstellung Preußen und immer wieder nur Preußen, das das Bild der deutschen Einigkeit getrübt hat. Eine blindere Voreingenommenheit für den eigenen Standpunkt als den allein möglichen, eine größere Unfähigkeit, den Standpunkt und die Interessen des Anderen zu verstehen, als Graf Buol sie in diesem Erlasse beweist, lassen sich nicht ausdenken⁷³⁾.

Darin aber hatte der Minister gewiß recht, daß er in dem preußischen Verständigungsplan einen Widerspruch zu dem Gedanken der Gleichberechtigung aller Bundesglieder sah. Mindestens die größeren Mittelstaaten würden an einem solchen Abkommen keine Freude gehabt haben. Der bayrische Minister von der Pfordten verwahrt sich einmal nachdrücklich gegen die Ansicht, „die Mittelstaaten seien nur das Objekt, um welches sich Österreich und Preußen zu streiten oder über dessen gemeinschaftliche Beherrschung sie sich zu vereinigen hätten“. Eine solche Anschauung stehe im Widerspruch zur Bundesverfassung⁷⁴⁾. Allein Widersprüche ähnlicher Art, die Österreichs Gewissen dennoch nicht drückten, gab es noch

⁷³⁾ Erlaß Buols an Koller, 26. Nov. 1857. Anlage 27.

⁷⁴⁾ M. Doeberl, Bayern und das preuß. Unionsprojekt (1926) S. 174: Pfordten an den bayr. Gesandten in Paris, 8. Mai 1852.

manche im Leben des Deutschen Bundes. Nicht das war entscheidend für Buols Ablehnung. Wir erkennen vielmehr in seinen Äußerungen deutlich eine Stufenfolge. Am Schlusse des Krimkrieges halbes Entgegenkommen. Underthhalb Jahre später tatsächliche Ablehnung, nur schwach verhüllt durch moralische Anerkennung des Verständigungsgedankens. Noch weitere sieben Monate später: vornehmes Schweigen. Es ist unter der Würde des leitenden österreichischen Ministers, auf diese abgetane Sache noch einmal zurückzukommen. Der Grund für diese Haltung ist nicht schwer zu erraten. Am Schlusse des Krimkrieges war Österreich am Bunde, wenn nicht isoliert, so doch in der Minderheit. Im November 1857 hatte es eine sichere Mehrheit hinter sich. Im Juni 1858 war Preußen beinahe völlig isoliert. Österreich dachte nicht daran, freiwillig die Vorteile aus der Hand zu geben, die seine Stellung am Bundestag ihm bot. Das alte System aus der Zeit Metternichs war begraben wie diese Zeit selber. Das muß auch Rechberg empfunden haben; denn er wagte nur ganz schüchtern auf seine Anregungen zurückzukommen. Er meinte, das kaiserliche Kabinett habe ja selber in seinem Erlaß an Koller keinen Zweifel gelassen, daß Preußens Wunsch nach vorheriger Verständigung erfüllbar sei, und er packte sich dem Standpunkte seines Chefs noch weiter an, indem er ihm zugab, daß diese Verständigung doch sehr schwierig sei. Denn die eine Partei verfolge die Traditionen der Haugwitzischen Politik und erstrebe die Vergrößerung Preußens auf Kosten Österreichs, die andere sei so empfindlich und mißtrauisch, „im Gefühle der durch die geographische Lage verhältnismäßig bedingten untergeordneten Stellung zu Österreich“, daß auch die wohlwollendste Eröffnung des Wiener Kabinetts mit Mißtrauen aufgenommen werde⁷⁵). Mit anderen Worten: der Gesandte findet, daß sein Chef im Grunde ganz Recht hat, wenn er auf die Sache nicht eingeht.

⁷⁵) Rechbergs Berichte (A u. B) v. 30. Juni 1858. WA.

Kaiser Franz Josef hat entweder von Anfang an hinter Buols deutscher Politik gestanden oder ist allmählich für sie gewonnen worden. Als er im August 1863 den Frankfurter Fürstentag eröffnete, und nun statt der Bundestagsgesandten die regierenden Herren in Person um den großen runden Tisch im Bundespalais saßen, der kaiserlichen Botschaft harrend, da fehlte in dem hohen Kreise, durch Bismarck zurückgehalten, der König von Preußen. Der Großherzog von Schwerin schlug vor, an den in Baden-Baden weilenden Monarchen eine Deputation zu senden und ihn im Namen aller deutschen Fürsten und freien Städte zur Teilnahme an den Beratungen einzuladen. Die Fürstenversammlung erwählte den König Johann von Sachsen zu ihrem Botschafter. Nach der Sitzung fragte der Bürgermeister von Bremen, Arnold Duckwitz, den Kaiser, ob es nicht zweckmäßig wäre, dem Könige von Preußen etwas anzubieten, etwa ein Vetorecht in wichtigen Fragen. Der Kaiser lehnte mit der Begründung ab, er glaube nicht, daß Preußen Wert auf ein Veto lege; auch er selber erhebe keinen Anspruch darauf⁷⁶⁾. Der erste Teil der Antwort kann nur Ausflucht gewesen sein; denn natürlich wußte der Kaiser, welchen Wert Preußen darauf legte. Der zweite Teil der Antwort aber zeigt, daß Franz Josef von einem preußischen Vetorecht ebenso wenig etwas wissen wollte wie einst Graf Buol. Jetzt war Graf Rechberg sein erster Minister. Er machte die Politik des Fürstentages nur mit halbem Herzen mit — aber er machte sie mit, und der Gedanke einer Gleichstellung Österreichs mit Preußen am Bunde, dem Rechberg in Gestalt des beiderseitigen Vetorechts von Frankfurt aus so oft das Wort geredet hatte, blieb unter seinem Ministerium der Verwirklichung ebenso fern wie unter Graf Buol. Bismarck aber hat es sich in seiner Kritik der Reformakte des Fürstentages nicht entgehen lassen, auf das Fehlen des Veto-

⁷⁶⁾ A. Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben (1877) S. 154.

rechts, das mindestens gegen Kriegserklärungen unentbehrlich sei, nachdrücklich hinzuweisen als auf einen für Preußen untragbaren Mangel der Akte und als eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands⁷⁷⁾).

Für das Ergebnis ist es gleichgültig, ob etwa nach Buols Rücktritt in der Person des Kaisers selbst ein entscheidendes Hindernis für die Politik der Gleichberechtigung lag, oder ob Rechberg es nur an der nötigen Energie fehlen ließ, um seine abweichende Ansicht zur Geltung zu bringen, oder endlich, ob er in Wien anders darüber dachte als früher in Frankfurt. Fest steht jedenfalls, daß in dieser Frage eine einheitliche Linie der österreichischen Politik von der Reaktivierung des Bundestages in den Jahren 1850/51 bis zum Frankfurter Fürstentage hinführt: Österreich will sich nicht in die Führung des Deutschen Bundes mit Preußen teilen; es will dem alten Nebenbuhler keinen Platz auf gleicher Stufe neben sich einräumen. Der Stolz, mehr als die politische Klugheit, sprach dieses Nein. Und welcher Staat, der den ersten Rang einnahm, hätte je anders gehandelt? — Lag aber nicht in dieser andauernden, grundsätzlichen Ablehnung der preußischen Gleichstellung die beste Rechtfertigung für Bismarcks Politik des Biegens oder Brechens?

⁷⁷⁾ Bericht des preuß. Staatsministeriums an den König, 15. Sept. 1863. L. S a h n, Fürst Bismarck I (1878) S. 151.

Siebenter Abschnitt

Bismarcks Abberufung

In der Zeit der schärfsten Spannung mit Österreich, im März 1858, schrieb Bismarck die größte seiner Frankfurter Denkschriften, „Einige Bemerkungen über Preußens Stellung am Bunde“¹⁾. Mit Recht sagt Erich Marcks von ihr: „Sie gehört, mit ihren Vorgängerinnen gemeinsam, in die Reihe der größten Staatschriften, die die Geschichte kennt“²⁾. Der Leser, den sie überzeugen wollte, war der künftige König, der Prinz von Preußen, seit einem halben Jahre Stellvertreter seines königlichen Bruders. Überzeugen wollte Bismarck ihn davon, daß der Selbständigkeit des preußischen Staates von keiner Macht größere Gefahr drohe als von Österreich. Österreich, so führt er aus, beherrscht den Deutschen Bund und sucht Deutschland durch ihn zu beherrschen. Das Recht auf das Präsidium am Bundestage, Belohnung fügsamer und Bestrafung widerstrebender Bundesgesandter, Kampf gegen jeden unbequemen Minister in den Einzelstaaten, Ausnutzung der persönlichen Beziehungen des süd- und mitteldeutschen Adels zum österreichischen Staate, das Interesse der zahlreichen Besitzer österreichischer Staatspapiere — alles wird der kaiserlichen Regierung zu Werkzeugen der Herrschaft. Preußen aber, dem diese Mittel fehlen, ist nicht nur deshalb verurteilt, am Bunde dauernd in der Minderheit zu bleiben. Denn dieser Bund, den Österreich regiert, dessen Kompetenz es ständig zu erweitern strebt, bedeutet für

¹⁾ Nach der Ausfertigung für den Prinzen von Preußen gedruckt: GW. II S. 302 ff., nach der Abschrift für Manteuffel: Pr. i. WT. III S. 487 f., nach den Konzepten: BJB. II S. 93 ff.

²⁾ Erich Marcks, Otto v. Bismarck (1915) S. 38.

die Mittel- und Kleinstaaten Bürgschaft ihres staatlichen Bestandes, Schutz gegen Annexions- und Kriegsgefahr, Erhöhung ihrer europäischen Geltung. Sie alle haben Ursache, mit Österreich die Befestigung und Ausbildung des Bundes zu wünschen — Preußen ist der einzige Staat, für den der Bund keinen Vorteil, sondern eine Fessel bedeutet, keine Steigerung seiner Macht, sondern Hemmung seiner Bewegungsfreiheit.

Eine Großmacht, die aus eigener Kraft lebt, eigene Politik treiben will und muß, kann einem Bundesverhältnis wie dem in Deutschland bestehenden nur dann mit Vorteil angehören, wenn sie die Leitung der Bundeskörperschaft in die Hand bekommt. Darauf darf Preußen nach menschlicher Voraussicht keine Hoffnung hegen. Keine Hoffnung auch auf gütliche Verständigung mit Österreich über Teilung von Einfluß und Herrschaft. Österreich fühlt sich seiner Majorität zu sicher, um dem Rivalen Zugeständnisse zu machen, und ist entschlossen, den Vorteil seiner Stellung rücksichtslos auszunützen. In den sieben Jahren, die seit der Reaktivierung des Bundestages verflossen sind, hat es jeden Anlaß benützt, vom Streit um die Beiträge zur deutschen Flotte bis zu dem über Preußens Anteil an der Rastatter Besatzung, um den Versuch zu machen, Preußen unter bundeswidrige Mehrheitsbeschlüsse zu beugen. Die heuchlerische Phrase von gemeinsamen Bundesinteressen deckt diese Versuche und verbietet zugleich, von rechtmäßigen Sonderinteressen zu sprechen. Auch in der europäischen Politik stößt Preußen auf Hemmungen, die ihm von Österreich aus keinem anderen Grunde bereitet werden, als um das preußische Ansehen im Räte der Großmächte und in den Augen Deutschlands herabzudrücken.

Wenn die Dinge so weiter gehen, treiben sie zum Zerwürfnis. Dann muß einmal der Augenblick kommen, in dem Preußen die von Österreich geführte Bundesmehrheit der Überschreitung ihrer Befugnisse, die Mehrheit Preußen der Auflehnung gegen gültige Bundesbeschlüsse anklagen wird,

beide sich also gegenseitig des Bundesbruches beschuldigen. Vielleicht wollen Preußens Gegner es absichtlich dahin bringen, sobald ihnen die europäische Konstellation günstig ist. Dieser Gefahr kann Preußen nur dadurch begegnen, daß es den ersten Versuch eines kompetenzwidrigen Mehrheitsbeschlusses als Attentat auf die Bundesverfassung bezeichnet und durch eine Repressalie, etwa Zurückhaltung seiner Militärzahlungen, beantwortet. Jede Nachgiebigkeit gegen Österreich aber und jede Bemühung um die Gunst der Mittelstaaten können Preußen nur schwächen und müssen zu immer weiteren und größeren Zumutungen führen. Österreich will Preußen zwar niederhalten, rechnet aber doch auf seinen Beistand in europäischen Gefahren. Darum muß Preußen dem Wiener Kabinett zu verstehen geben, daß dieser Beistand der eines sehr lauen und sogar bedenklichen Bundesgenossen sein werde, wenn Österreich sich nicht in seiner deutschen Politik mit Preußen verständigt. Statt dessen versichern beide Kabinette einander gegenseitig ihres Wohlwollens und ihrer bundesfreundlichen Gesinnung, verhüllen aber schamhaft ihre Sonderinteressen. Das Ergebnis dieser Scheu vor der Wahrheit ist in der Regel nur ein Zuwachs an Verstimmung und Mißtrauen. Erst dann können die Beziehungen der beiden Großmächte zu einander bereinigt werden, wenn Preußen den Entschluß faßt, sie frei von der herkömmlichen Beimischung unwahrer Gefühlsausdrücke auf die einfachen und allein sicheren Grundlagen der beiderseitigen Interessen zurückzuführen. Nur dann wird auch der Bund vor der Gefahr behütet, durch Überspannung der antipreußischen Bundespolitik gesprengt zu werden.

Preußen aber würde, wenn es das schöne Trugbild allseitiger Bundesfreundlichkeit zerstörte, damit seinem deutschen Berufe keineswegs untreu werden. Es könnte vielmehr zeigen, daß Bundestag und Deutschland nicht Eins sind. Denn kein deutscher Staat hat in gleichem Maße wie Preußen den Beruf und die Gelegenheit, seine deutschen Gesinnungen

unabhängig von der Bundesversammlung zu betätigen. Das System der freien, auf Kündigung geschlossenen Vereine ist das Gebiet, auf dem Preußen, unbehindert durch das Präsidium Österreichs und die Mehrheitstheorien der Bundesversammlung, seinen eigenen und zugleich Deutschlands politischen und Verkehrsbedürfnissen genügen kann: „es gibt nichts Deutscheres, als gerade die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen“.

Es ist die Summe siebenjähriger, doch in der Hauptsache seit Jahren schon feststehender Erkenntnis, die Bismarck in dieser Denkschrift niedergelegt hat. Er sieht die Dinge wie sie sind und nicht wie sie scheinen, und er hat den Mut, sie zu zeigen wie er sie sieht. Ein Schriftsteller führt hier die Feder, wie es unter Deutschlands Staatsmännern keinen zweiten gibt, und ein Diplomat wägt die Worte und setzt sie so, daß sie zugleich zu dem preußischen Stolz und zu der deutschen Gesinnung des Fürsten sprechen, den er gewinnen will. Um den Ernst seiner Mahnung zu erhöhen, steigert er wohl bewußt ein wenig die Gefahr, die für Preußen aus dem Bundesbruch in einem vielleicht ungünstigen Augenblick entstehen mag. Denn in Wahrheit lagen die Dinge doch so, daß Österreich, jedenfalls seit dem Krimkrieg, vor einem Bundesbruch viel größere Furcht hatte als Preußen, dessen europäische Stellung dank der Freundschaft mit Rußland, Frankreich und England unvergleichlich günstiger war als die Österreichs. Lastete doch in diesen Jahren keine Sorge schwerer auf dem Grafen Reichenberg als die, daß Preußen, verlockt durch die Gunst der europäischen Lage, bewußt auf die Sprengung des Bundes hinarbeite! Die europäische Konstellation mußte ungefähr ins Gegenteil verkehrt werden, wenn die Gefahr, vor der Bismarck warnte, Wirklichkeit werden sollte.

Die Aufgabe, den Prinzen Wilhelm zu gewinnen, war nicht leicht. Ein tiefer, auf sittlicher Überzeugung ruhender Gegensatz zur Reaktion hatte ihn mit einem Fuß ins liberale Lager geführt. Der Liberalismus aber sah die Frage der

Bundesreform nicht nur unter dem liberalen, sondern vor allem auch unter dem nationalen Gesichtspunkt, und das machte sein Verhältnis zu Österreich zwiespältig. Man war Gegner Österreichs vom liberalen, sein Freund vom nationalen Standpunkt aus. Die Freundschaft aber war stärker als die Gegnerschaft. Denn für den zugleich liberal und national Denkenden hatte Preußen unter den Großmächten des Festlandes nur eine Bündnismöglichkeit: Österreich. Rußland war dem liberalen, Frankreich dem nationalen Empfinden ein Greuel. England war die heiße Liebe des Liberalismus und empfahl sich zugleich dem Nationalgefühl als blutsverwandt. Aber ein Bündnis mit England bedurfte der kontinentalen Ergänzung, und dafür kam wieder keine andere Großmacht in Frage als Österreich, der alte traditionelle Bundesgenosse des Inselreichs. Und wie wenig der Liberalismus blind war für die Tatsache des preußisch-österreichischen Gegensatzes, so hinderte ihn doch dieser doppelte Grund, den Gegensatz in seiner vollen Schärfe zu sehen: sein nationales Empfinden ehrte in Österreich die deutsche Macht, sein außenpolitisches Programm sah in Österreich den Bundesgenossen.

Und dies war im wesentlichen auch der Standpunkt des Prinzen von Preußen. Obwohl er sich zunächst, als bloßer Stellvertreter des kranken Königs, nicht zu einer Politik nach eigenem Ermessen für berechtigt hielt, hat er doch die erste Begegnung mit dem Präsidialgesandten des Bundestages zu einer Kundgebung im Österreich freundlichen Sinne benutzt. Er kam Ende Januar 1858 nach der Bundesfestung Mainz, um die Befestigungswerke zu besichtigen. Eine schwere Pulverexplosion hatte im November zahlreiche Menschenleben gekostet und militärische Bauten zerstört. In unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Katastrophe stand ein preußischer Antrag an den Bundestag, für neue und erweiterte Befestigungsbauten im Raume der Unglücksstelle Grund-

stücke des alten Kästrich anzukaufen³⁾). Kurz nach Einbringung dieses Antrages kam der Prinz nach Mainz. Sein Besuch trug also rein militärischen Charakter und dauerte nur drei Stunden. Dennoch hat der Prinz für den Grafen Rechberg, der ihm von Frankfurt aus seine Aufwartung machte, $\frac{3}{4}$ Stunden Zeit gehabt und „in dieser Audienz den Wunsch auf das Entschiedenste ausgesprochen, in ein gutes Verhältniß zu Österreich zu treten“⁴⁾). Noch wichtiger war dem Grafen eine andere Beobachtung. Er fand, daß Bismarck seit der Übernahme der Stellvertretung durch den Prinzen von Preußen zwar in demselben Österreich = feindlichen Sinne wirke wie bisher, „aber er ist viel zurückhaltender und in seinen Äußerungen viel vorsichtiger geworden. Er scheint es für nöthig zu halten, Vorsichtsmaaßregeln zu gebrauchen, um bei dem Prinzen nicht Anstoß zu geben. Dieß ist ein bedeutungsvolles Omen“⁵⁾).

Als Bismarck im Februar zu den Einzugsfeierlichkeiten für Prinz Friedrich Wilhelm und Prinzessin Victoria nach Berlin ging, fühlte er sich vernachlässigt und schrieb hinterher ärgerlich an Gerlach: „Nach Berlin komme ich nicht wieder, wenn es mir nicht direct befohlen wird; man wird zu schlecht behandelt, wenn man nicht zu den Excellenzen gehört“⁶⁾). Allein zu diesen hatte Bismarck auch früher nicht gehört und war doch gut behandelt worden. Rechberg fand den Zurückgekehrten „ungewöhnlich niedergeschlagen und verstimmt“⁷⁾). In Wien aber ging man sofort daran, die aus Frankfurt

³⁾ Prot. BB. 1858, § 16, 1857, § 346.

⁴⁾ Rechbergs Bericht v. 29. Jan. 1858. WA.

⁵⁾ Brief v. 27. Jan., Anlage 31.

⁶⁾ B. an Gerlach, 2. März 1858, S. 345. — Den Rang des Wirklichen Geheimen Rates mit dem Titel Excellenz erhielt B. erst bei den Krönungsfeierlichkeiten im Oktober 1861. Erwartet hatte er den Titel schon zehn Jahre früher bei seiner Ernennung zum Bundestagsgesandten. Brief an seine Frau v. 14. Mai 1851. S. 276.

⁷⁾ Rechbergs Bericht (E) v. 23. Febr. 1858. WA.

gemeldeten Anzeichen einer erschütterten Stellung Bismarcks zu nützen. An Stoff fehlte es ja nicht, um von den Frankfurter Händeln ein Bild zu entwerfen, das jedes friedliebende Gemüt empören mußte. Mitte März trug Österreichs Berliner Gesandter, Freiherr von Koller, der gewissenhafte Advokat Buols⁸⁾, dem Ministerpräsidenten die Beschwerden seines Chefs über die Haarspaltereien am Bundestag vor. Früher hatte Manteuffel stets seinen Gesandten gegen fremde Beschwerde in Schutz genommen; wußte er doch, daß die Gunst des Königs über ihm stand! Jetzt ließ er ihn beinahe fallen: „Ich unterschreibe alles, was Graf Buol in diesem Briefe sagt; die Zwistigkeiten in Frankfurt sind jämmerlich — anekelnd, und es wird mir schwer, wenn es sich darum handelt, dem Prinzen Vortrag darüber erstatten zu müssen“. Er sagte seine Mithilfe mit dem Vorbehalte zu, daß die Würde Preußens nicht darunter leide. Sofort ging Koller kühner voran und wies hin auf „die Geringfügigkeit des Frankfurter Zwistes — (er meinte besonders den Geschäftsordnungstreit vom Februar und März) den üblen Willen — die Kurzsichtigkeit — die Eifersüchtelei des Herrn von Bismarck . . . Ich erinnerte an die Klagen über Freiherrn von Prokeß und sagte, daß Herr von Bismarck weit mehr dazu Anlaß gebe. Auf die Einwendung, daß auch Graf Rechberg einen Antheil daran habe, entgegnete ich, daß vor allem zwei Eigenschaften bei dem Bundespräsidialgesandten vorwaltend seien, nemlich die vorwiegende Überzeugung von der Wichtigkeit eines guten Verhältnisses zwischen Österreich und Preußen und dann die Abwesenheit jedes kleinlichen Mißtrauens — während Herr von Bismarck, ohne Unterlaß dadurch befangen, den großen Zweck oft außer Augen zu lassen scheine, um für Geringfügigkeiten Lanzen zu brechen.

Ich glaubte mir diesmal erlauben zu sollen, den Urheber

⁸⁾ So charakterisiert ihn Manteuffel am 8. März 1858. P o s c h i n g e r, Manteuffel III S. 254.

des Übels, mit aller Sanftmuth, beim Namen zu nennen. Ich habe mehrere meiner deutschen Collegen . . ., auf deren Ansichten ich zählen kann, ersucht, dem Freiherrn von Manteuffel gegenüber und ihrer eigenen Überzeugung nach auch auf Herrn von Bismarck hinzudeuten . . . und so wird hoffentlich, wenn von allen Seiten das Wort Bismarck zu seinen Ohren kömmt, bei Freiherrn von Manteuffel der Vorsatz erwachen, Muth zu fassen und die geloderten Bande der Disciplin etwas schärfer anzuziehen.

Der Prinz von Preußen setzt nur geringes Vertrauen in den germanischen Lord Firebrand — die Prinzessin haßt ihn, viele wohlgesinnte Preußen erkennen denselben als einen brouillon an — die Regierung aber scheint in ihm ein kampf-lustiges Instrument zu verehren, welches keine Gelegenheit versäumt, der unerträglich en österreichischen Prästendentschaft die Spitze zu bieten⁹⁾.

Manteuffel wußte sehr wohl, als er seinen Gesandten nur lau verteidigte, daß die Schuld an dem Frankfurter Gezänke nicht bei Bismarck allein lag, daß es vielmehr sachliche Gegensätze gab, die durch keinen Personenwechsel zu beseitigen waren. An Hayfeld in Paris schrieb er kurz nach dem Gespräch mit Koller: „Dabei zanken wir uns in Frankfurt a. M., daß es ein wahrer Jammer ist mit anzusehen. Man giebt in dieser Beziehung Bismarck die Schuld, und ich will nicht Alles gutheißen, was er thut und sagt, doch eigentlich liegt die Sache tiefer“. Und nun gibt er dem Pariser Gesandten, wie noch ein halbes Jahr später dem Wiener, eine Skizze seiner Auffassung des preußisch-österreichischen Verhältnisses, an der Bismarck seine Freude hätte haben können.¹⁰⁾ Das Verlassen der Metternichschen Bahnen in der Behandlung Preußens am Bunde, das Streben, Preußen zu ver-gewaltigen, ganz Deutschland zu kommandieren, kurz ein

⁹⁾ Brief Kollers an Buol, 14. März. WA.

¹⁰⁾ Pr. a. P. III S. 433, 477 f.

Eroberungsfeldzug Oesterreichs am Bundestag — das sei die entscheidende Ursache der Frankfurter Mißhelligkeiten. Für einen Schuldanteil Bismarcks bleibt bei dieser Auffassung wenig Raum. Ihm mögen Mißgriffe im einzelnen zur Last fallen, jedoch weder die Tatsache, noch die grundsätzliche Schärfe des Haders mit Oesterreich.

Aber wenn Manteuffel auch überzeugt war, daß in Bismarcks Politik gegen Oesterreich kein Grund lag, ihn preiszugeben, und wenn er ihn gegen Koller daher energischer hätte verteidigen sollen, so blieb doch dem Ministerpräsidenten in anderer Hinsicht Raum zu Zweifel, ob Preußens Interessen am Bundestag in den letzten Jahren immer angemessen vertreten worden seien. War es wirklich so ganz unvermeidlich, wie Bismarcks Märzdenkschrift es darstellt, daß die große Mehrzahl der übrigen Bundesstaaten zu Oesterreich hielt? Sollte hier nicht Bismarcks Schroffheit ungünstig gewirkt haben? Und mußte nicht die alte Furcht der Mittel- und Kleinstaaten vor preußischer Annexion aufs neue geweckt werden, wenn das Frankfurter „Intelligenzblatt“, in dem man die Ansicht der preußischen Bundestagsgesandtschaft zu finden gewohnt war, Artikel brachte, wie etwa den vom 22. Juni 1858: „Was nützt alle Schönfärberei — ob wir es wünschen oder beklagen, die jetzige Staatenordnung des deutschen Bundes wird so lange bestehen, bis über kurz oder lang ein großer europäischer Krieg wieder in die deutschen Marken rückt. Eine Menge kleinerer Einzelstaaten wird fallen, weil sie nicht im Stande sind, ihren Bevölkerungen Schutz gegen den Feind zu gewähren. Die Kriege werden nicht damit beginnen, daß die Mächtigen in höflicher Form Monate lang um Allianzen diplomatisiren, sondern daß sie sich in vierundzwanzigstündigen Fristen die Soldaten, Arsenalen, Vorräthe und Pferde der schwachen Staaten ausbitten, schon darum, weil man ihnen nicht zumuthen kann, solche in die Hand des Gegners fallen zu sehen. Ob man nach beendigtem Kriege die in solcher Weise factisch eroberten

Staaten wieder herstellen wird? Schwerlich.“ Das war eine Sprache, bei der auch Preußens Freunde stutzen und ihre Sympathien für den starken Bruder abgekühlt werden konnten. Mußte aber die preußische Regierung wirklich den Schluß ziehen, den Bismarcks Denkschrift hart und kühl ausspricht: „Preußen würde für die Erfüllung seiner Aufgabe in Deutschland erst volle Freiheit erlangen, wenn es aufhörte, erheblichen Wert auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regierungen zu legen?“¹¹⁾ Nur für Hannover ließ Bismarck aus Gründen der geographischen Lage eine Ausnahme gelten.

Hier, im Verhältnis zu den Mittelstaaten, lag die Achillesferse des Helden, hier war er verwundbar. Seit dem Verlust der im Krimkrieg gewonnenen Führerstellung Preußens hat Bismarck nur ein einziges Mal wieder die Mittelstaaten hinter sich gehabt, in dem Kleinkrieg um die Rangstellung der Bundestagsgesandten. In allen übrigen Fragen ging die große Mehrzahl mit Österreich. Nur Hannover ging diesem im Frühjahr 1858 verloren, aus Anlaß der schleswig-holsteinischen Sache. Bismarck stellte mit Genugtuung fest, „daß der wichtigste norddeutsche Staat sich mit Ostreich überwirft, uns in die Arme getrieben wird und seine mißtrauische Scheu vor Preußen soweit vergißt, daß er zum ersten Mal, und in einer Parteisache, sich zu gemeinschaftlichen Hanövrisch-Preußischen Anträgen herbeiläßt“¹²⁾. Das war gewiß erfreulich für Preußen; aber es war wenig. Mindestens Sachsen und Kurhessen gehörten aus geographischen Gründen doch auch ins preußische Lager, hielten aber zu Österreich. Die Abstimmung in dem Geschäftsordnungstreit vom Februar war eine Art Heerschau und Kraftprobe der beiden Führer; denn einzelstaatliche Sonderinteressen irgendwelcher Art standen dabei nicht in

¹¹⁾ GB. II S. 317. über Hannover als Ausnahme S. 322.

¹²⁾ Brief an Manteuffel, 14. März 1858. GB. II S. 295.

Frage. Sämtliche süddeutschen Stimmen, dazu die von Sachsen, Kurhessen, Nassau, Braunschweig, Holstein, die in der 16. Kurie vereinigte Stimme der ganz Kleinen und sogar die der vier freien Städte, wurden für Österreich abgegeben. Zu Preußen und Hannover, seinem Schützling in diesem Streite, hielten nur die großherzoglich- und herzoglich-sächsischen Häuser, Mecklenburg, Oldenburg (zu dessen Stimme Anhalt und Schwarzburg gehörten) und Luxemburg, das nicht leicht gegen Preußen auftrat¹³⁾. Das war kein erfreuliches Gesamtbild und sprach nicht zu Bismarcks Gunsten. Und vier Monate später mußte dieser selbst gar noch berichten, daß auch Hannover und Luxemburg das preußische Lager verließen. Österreichs Einfluß war nahezu allein herrschend geworden, und Bismarck hatte für seine Regierung nur den stolzen Trost, daß Preußen auch durch das Gewicht seiner eigenen Macht dem österreichischen Einfluß Schranken setzen werde¹⁴⁾. Preußens Verhältnis zu den Mittelstaaten erinnerte jetzt wirklich an die Fabel vom Fuchs und den Trauben.

Hier also war die Stelle, an der Kollers Bundesgenossen, die ihm gleichgesinnten deutschen Gesandten in Berlin, mit ihrer Arbeit einsetzen konnten. Zu ihnen kamen die Gegner in Frankfurt mit ihrem Einfluß auf ihre Regierungen. Die Stimmung in der Bundesversammlung Bismarck gegenüber wird durch Rechberg schon im Juli 1857 mit den Worten geschildert: „Alle stimmen . . . darin überein, daß, solange ein so kampflustiger Gesandter wie Herr von Bismarck am Bunde beglaubigt sein wird, die Führung der Geschäfte des Bundes unmöglich bleiben dürfte“¹⁵⁾. Und mit dem Kämpfen war es seitdem ein gut Teil schlimmer geworden. Selbst der ruhige und preußenfreundliche Derken sprach sich im Mai 1858 gegen Rechberg „tief entrüstet über das Vorgehen des

¹³⁾ Prot. BB. 1858, Febr. 25., § 89, S. 188 ff.

¹⁴⁾ Bericht v. 29. Juni. GW. II S. 344 f.

¹⁵⁾ Rechbergs Bericht (D) v. 15. Juli 1857. WA.

Herrn von Bismarck“ aus¹⁶⁾). Der Bayer, Freiherr von Schrenk, mit dem Bismarck früher so manches Mal zusammengearbeitet hatte, den er als gewissenhaft und ehrlich anerkannte, gehörte spätestens seit dem Sommer zu denen, die auf seine Entfernung hinarbeiteten. Denn Bismarck sei „eigentlich die einzige Ursache des ungemüthlichen Lebens in Frankfurt“. Auch diese Äußerung ging Manteuffel zu¹⁷⁾). Das meiste und wichtigste aber pflegt in solchen Fällen nur mündlich gesagt zu werden und keinen Niederschlag in den Akten zu hinterlassen. Als das Ziel endlich erreicht war, der Sturz des Feindes, da wußte man in der österreichischen Gesandtschaft zu Frankfurt wohl Bescheid, daß die Eröffnungen mehrerer deutscher Regierungen wesentlich dazu beigetragen hatten, den neuen Minister, von Schleinitz, in seiner Auffassung zu bestärken, daß Bismarck „unter dem Ministerium Manteuffel eine fast unabhängige und in Bundesangelegenheiten selbst maßgebende Stellung eingenommen habe und als der alleinige Urheber des am Bunde nicht enden wollenden Haders zu betrachten sei“¹⁸⁾). Ein weiterer Rückschluß auf die Stimmung des Hasses und der Furcht, die Bismarck damals umgab, wird uns nahegelegt durch das, was wir knapp ein Jahr nach seinem Abgang vom Bundestag aus Württemberg hören. Im Januar 1860 tauchte in Stuttgart das Gerücht auf, Bismarck solle das Ministerium des Auswärtigen übernehmen. Da schrieb der preußische Vertreter am württembergischen Hofe, Legationsrat von Jschok, an Max Dunder: „Der Name Bismarck hat nicht bloß in den Ohren aller deutschen Regierungen einen abstoßenden Klang, so daß er — wie mir einmal [der württembergische]

¹⁶⁾ Rechbergs Bericht (B) v. 19. Mai 1858. WA.

¹⁷⁾ Pr. a. P. III S. 468. Urteile Bismarcks über Schrenk: GW. II S. 305, III S. 238.

¹⁸⁾ Bericht v. 1. Febr. 1859, in Abwesenheit Rechbergs erstattet durch den k. k. Geschäftsträger, Legationssekretär Adolf Braun. WA.

Minister [des Auswärtigen] Hügel sagte — für sich allein hinreicht, eine Scheidung zwischen Preußen und dessen bisherigen Bundesgenossen zu bewirken, sondern dieser Name ist zugleich — sei es mit Recht oder Unrecht — jedem Freunde Preußens in Deutschland in tiefster Seele verhaßt¹⁹⁾.

Der Freiherr von Koller wird also leichtes Spiel gehabt haben, als er bei den deutschen Gesandten in Berlin um Mitarbeit im Kampfe gegen Bismarck warb. Und schon Ende März, vierzehn Tage nach Kollers erstem energischen Vorstoß gegen den verhaßten und gefürchteten Mann, erfuhr Rechberg: „Ein deutscher Diplomat hat aus Berlin an seinen Hof berichtet, wie man sehr bestürzt darüber sei, daß Österreich wieder so viel Terrain in der Bundesversammlung gewonnen habe, und wie man anfangs einzusehen, daß ein weniger burschicoſer Gesandter als Herr von Bismarck bessere Dienste leisten würde“²⁰⁾. Es war ein ungleicher Kampf, der nun begann. Auf der einen Seite die verborgenen Minen, die jetzt von Buol und Koller, von Bismarcks Gegnern unter den deutschen Diplomaten und an den deutschen Regierungen gelegt wurden, um die Stellung des Todfeindes zu untergraben. Dazu kam die stete, unterwühlende Arbeit der liberalen Strömung, die keinen Bruch mit Österreich wollte, kamen kluge und wirkſame Flugschriften wie „Quid faciamus nos?“ und „Die Politik der Zukunft vom preußischen Standpunkte“²¹⁾, die England und Österreich als die natürlichen Bundesgenossen Preußens empfahlen — kam endlich die Stimme der heißblütigen Frau, die an der Seite des Prinzen von Preußen stand und den dämonischen Staatsmann in

¹⁹⁾ Brief Schöck's v. 21. Jan. 1860. Joh. Schülke, Mag Dunder. Polit. Briefwechsel (1923) S. 183.

²⁰⁾ Brief Rechbergs an Buol, 31. März 1858. WA.

²¹⁾ Beide anonym erschienen. Quid faciamus nos? von Konstantin Franke. Die Politik der Zukunft von Julius Bühm. Vgl. über beide Th. Scheffer, Die preuß. Publizistik i. J. 1859 (1902) S. 19 Anm. 3, S. 21 Anm. 2.

Frankfurt mit ihrer tiefen Abneigung verfolgte. Auf der anderen Seite stand Bismarck allein. Er hatte keinen Gönner mehr in Berlin. Der König war krank vom Schauplatze abgetreten, Gerlach sah in Bismarck den Abtrünnigen des Legimitätsgedankens, den Bonapartisten, Manteuffel verteidigte ihn nur noch lau, und auch das wohl nur gegen die österreichischen, nicht gegen die mittelstaatlichen Angriffe. Nichts also sprach für den Vereinsamten mehr als sein Werk und die Kraft seiner Worte.

Aber sprach sein Werk denn wirklich für ihn? Hatte er es nicht dahin gebracht, daß Preußen als der Störenfried des Bundestages galt und nun verdienstermaßen allein stand? Hatten all die Stimmen nicht recht, die jetzt wieder und wieder riefen: wenn du es ernst mit dem Bundesfrieden meinst und mit der österreichischen Freundschaft, dann zeige es durch die That!? Bismarck muß fort, wenn Friede sein soll! Bismarck muß fort! Ihn hatte es nicht bekümmert, daß Preußen am Bundestag mehr und mehr vereinsamte. Nicht der Bundestag sollte ja das Schlachtfeld sein, auf dem der große Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland zu entscheiden war — Europa war das Feld der Entscheidung! Hier galt es kämpfen mit Feder und Schwert! Nicht für einen Augenblick kam ihm der Gedanke, daß er durch sein herrisches Gebahren am Bundestag Preußen geschädigt hätte. Er wußte es anders, wußte es nur zu gut. Aber eins hat er nicht bedacht. Er, der nur im Staate lebte, um den Staat nur sorgte, er vergaß darüber der Sorge um seine eigene Stellung. Und so wuchsen ihm aus seinen eigenen Worten und Taten, aus den vielen Unvorsichtigkeiten, die sein Kraftgefühl hinsprühte wie die Woge den Schaum, lauernde Feinde, deren Stunde jetzt kam, deren Anklagen jetzt gehört wurden. Und sie hatten ja alle vollkommen recht, wenn sie in Bismarck den Schädling des Bundes verklagten, das Hemmnis jeder Entwicklung zur starken Bundesgewalt. Bismarck selber hat nie bestritten, vielmehr offen zugegeben, daß für

den Bund als solchen ein fügameres Preußen, straffere, einheitliche Leitung durch die Präsidialmacht nur förderlich sein könne²²). Soll also der Bund gedeihen, so muß Bismarck aus Frankfurt weichen. Und nicht nur um des Bundes, sondern auch um Preußen willen muß er weichen, damit Preußen die Gunst der übrigen Staaten wiedergewinne, die es durch Bismarcks Schuld verscherzt und an Österreich verloren hat.

Der Prinz von Preußen hätte ein Staatsmann von Bismarckischem Geist sein müssen, wenn stärker als solche Anklagen und stärker als die Tatsache der Isolierung Preußens am Bunde die Beweisführung der März-Denkschrift auf ihn gewirkt hätte. Dieses kleine Buch, aus schwerer Sorge Bismarcks um seinen Staat, um sein Frankfurter Werk geboren, war jetzt sein stärkstes Geschütz zur Verteidigung seiner Politik, war zugleich seine einzige Waffe im Kampf um seine Stellung, an der diese Politik hing. Zwei Hauptgedanken, sahen wir, beherrschen die Schrift: Österreich ist der Gegner Preußens; was aber die Regierungen der Mittelstaaten von Preußen denken, ist gleichgültig. Für den ersten Gedanken hatte der Prinz immerhin Verständnis, wenn er ihn in dieser schroffen Form auch nicht teilte. Der zweite Gedanke wird ihm schwerlich eingegangen sein. Ohne Einfluß ist die Denkschrift wohl nicht auf ihn geblieben. Das zeigt anscheinend auch die berühmteste Stelle aus der ganz persönlich geprägten Ansprache, die Wilhelm nach Übernahme der Regentschaft an sein neues Staatsministerium hielt. Bismarck hatte in seiner Denkschrift ausgesprochen, Preußens leitende Stellung in der Zeit vor 1848 habe darauf beruht, daß Preußen in allen Richtungen staatlicher Entwicklung voranging. Nur auf dem-

²²) „Es würde unzweifelhaft zur Kräftigung des Bundes nach außen dienlich sein, wenn die süddeutschen Staaten, ja wenn der gesammte deutsche Bund in größere Abhängigkeit von Österreich gerieth, und auf diese Weise eine einheitlich consolidirte Leitung gewänne“. Bericht v. 12. Mai 1857 Pr. i. BT. III S. 105 Nach stärker am 11. Mai an Gerlach, S. 325 f.

selben Wege, durch Erfüllung seiner staatlichen Aufgaben und durch das System der freien Vereine mit anderen deutschen Staaten, könne Preußen seinen deutschen Beruf erfüllen und die seit 1848 verlorene Stellung wiedergewinnen. Denselben Gedanken, nur aus dem Politischen ins Moralische abgewandelt, sprach der Prinzregent in seiner Ansprache vom 8. Nov. 1858 aus: „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung... und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist“ — kein Wort aber in der ganzen Ansprache von Preußens Verpflichtungen gegen den Deutschen Bund! Das Nichtgesagte ist fast noch wichtiger als das Gesagte. Es zeigt jedenfalls, daß der Regent gleich seinem Frankfurter Gesandten das Feld für Preußens deutsche Politik außerhalb der Bundesverfassung suchte. Aber Gleichgültigkeit gegen die Stimmung der mittelstaatlichen Regierungen paßte doch nur schlecht zu dem Programm der moralischen Eroberungen. Für einen tieferen Eindruck der Denkschrift auf Wilhelm liegt kein sicherer Beleg vor — eher für das Gegenteil²³⁾. Oder geben etwa Rechbergs Beobachtungen uns einen Anhalt?

Graf Rechberg lugte während des Sommers 1858 eifrig nach allen Anzeichen aus, die auf Preußens Geneigtheit zur Verständigung mit Österreich zu deuten schienen. Er beobachtete auch die Presse sorgfältiger denn je, bald hoffend, bald in Sorge. Im Juni — also zur Zeit des Derzgenschen Vermittlungsversuches — bemerkte er, daß die preußische Presse die Notwendigkeit einer Einigung hervorhob, aber gleichzeitig für Preußen eine Stellung im Bunde anstrebte, die sich nach österreichischer Auffassung nicht mit dem Organismus

²³⁾ Harry Arnim schreibt an Bismarck am 6. Apr., der Prinz habe wegen Überlastung und Unwohlsein die Denkschrift nicht gründlich gelesen, sie auch bald an Manteuffel abgegeben. BZB. III S. 189. Doch vielleicht hat dieser, Bismarcks Bitte entsprechend, ihm hinterher Vortrag darüber gehalten. B. an Mant., 10. Apr. GW. II S. 323.

des Deutschen Bundes vereinigen ließ²⁴⁾. Reger als seit langem wurde der Gedanke einer Neuordnung der Stellung Preußens zum Bunde erörtert, und Rechberg beachtete auch so absonderliche Gedanken wie den, daß der preußische Gesandte als Vizepräsident die eigentliche Geschäftsleitung mit Archiv, Kanzlei und Protokollführung — gewissermaßen als Reichserzkanzler — übernehmen, Österreich dagegen das Präsidium als Ehrenamt erhalten sollte²⁵⁾.

Hinter diesen Beobachtungen aber steht für ihn dauernd die Frage: wie steht der Prinz von Preußen zum Bunde und zu Österreich? und wie Bismarck zum Prinzen? Mitte Juli kam der ehemalige badische Staatsminister Freiherr von Blittersdorf durch Frankfurt und schilderte die Ratlosigkeit am prinzlichen Hofe in den grellsten Farben. Der Staatsmann fehlt! Der Prinz ist für Einigung mit Österreich, noch mehr die Prinzessin. Es wird aber an der deutschen Frage scheitern. Denn „mit der bloßen Herstellung der Führung der Geschäfte am Bundestage nach dem vor dem Jahre 1848 beobachteten usus würde man sich nie und nimmermehr begnügen“. Die Forderungen gingen viel höher, seien aber unklar; man wolle abwarten, bis die kaiserliche Regierung, von außen bedrängt, sich in Deutschland weitgehende Konzessionen abringen lassen würde. Das klingt doch recht Bismarckisch! Und gleichzeitig macht Rechberg die beunruhigende Beobachtung: „Herr von Bismarck macht große Anstrengungen, sich der Gunst Seiner Kgl. Hoheit des Prinzen von Preußen zu versichern und soll sich in letzter Zeit einer sehr gnädigen Aufnahme zu erfreuen gehabt haben“. Er hat, heißt es, Aussicht auf Berücksichtigung bei Reorganisation des Ministeriums²⁶⁾. Doch immer wieder hört Rechberg zu seiner

²⁴⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 16. Juni 1858. *WZ.*

²⁵⁾ Artikel eines Berliner Preßbureau-Korrespondenten in Nr. 184 der Elberfelder Zeitung v. 8. Juli. Dazu Rechbergs Bericht (B) v. gleichen Tage. *WZ.*

²⁶⁾ Rechbergs Berichte (B u. C) v. 14. Juli 1858. *WZ.*

Beruhigung, daß der Prinz und namentlich die Prinzessin von Preußen für Verständigung mit Österreich seien, wenn auch unklar blieb, in welcher Weise. Also offenbar schwankende Stimmung beim Prinzen: Bismarcks Gedanken wirken auf ihn, aber sie beherrschen ihn nicht.

Und so bleibt Rechberg in sorgender Ungewißheit. Dazu drückt ihn die Frage: „Kann das kaiserliche Kabinett, ohne zu den bedenklichsten Verlegenheiten für die Zukunft den Samen zu legen, die Ansprüche Preußens in Deutschland befriedigen? Solange als man in Preußen nicht sich darüber erklärt, was man in Deutschland will, kann von einer Dauer versprechenden Verständigung keine Rede seyn. Es wird Concessionen, die von Österreich gebothen werden könnten, immer nur als Abschlagszahlung hinnehmen. Man scheint aber bei dem Hofe des Prinzen von Preußen sich durch so verschiedenartige Einflüsse bestimmen zu lassen — auch Herr von Bunsen wird dort wieder vielfach gehört —, daß man sich selbst keine Rechenschaft darüber giebt, was man eigentlich will. Man ist mit der Stellung, die die Bundesacte und die Verträge Preußen anweisen, nicht zufrieden, Österreich kann aber seine Concessionen nie über die durch jene Acte festgestellten Gränzen ausdehnen. Innerhalb derselben kann es der Eintracht zu Liebe jedes Opfer bringen und wird, wenn dieselbe sich hiedurch erreichen ließe, gut daran thun, sie zu machen. Vielleicht könnte ein zu rechter Zeit direct mit dem Prinzen gesprochenes Wort die gegenseitige Stellung klären und zu einem befriedigenderen Verhältniß führen“²⁷⁾.

*

Es kam Rechberg nur darauf an, die Stellvertretung des Prinzen von Preußen zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Wien und Berlin auszunützen. Bismarck zu stürzen, war nicht seine Absicht. Seine Berichte über die ersten An-

²⁷⁾ Brief Rechbergs an Buol, 28. Juli. WA.

zeichen einer erschütterten Stellung des preußischen Bundestagsgesandten hatten zwar den Stein ins Rollen gebracht, hatten zu dem Vorstoß Kollers bei Manteuffel und weiterhin zur Mobilmachung der übrigen Gegner Bismarcks geführt. Aber nach seiner Überzeugung saß das entscheidende Übel in der Berliner Regierung selbst, die ihrem Gesandten in seinen Bestrebungen, den Bund zu Grunde zu richten, freie Hand lasse. „Ich theile daher auch keineswegs,“ schrieb er Mitte März, als die Aktion gegen Bismarck eben begann, „[die Meinung] der großen Mehrzahl meiner Collegen und, wie es scheint, auch der deutschen Regierungen, daß durch die Abberufung des gegenwärtigen preußischen Bundestagsgesandten von seinem Posten viel gewonnen werden könnte. Gände sein Treiben nicht Billigung und Unterstützung in Berlin, so würde demselben längst Einhalt gethan worden seyn. Ich habe es, solange nicht andere Grundsätze in Berlin zur Geltung kommen, wenn er mir auch das Leben sauer macht, fast lieber mit ihm zu thun als mit einem anderen, der, weniger hochfahrend und leidenschaftlich, das Ziel, auf das er lossteuert, besser verdeden würde“²⁸⁾.

Ganz ähnlich hatte einst Bismarck über Prokesch-Osten geurteilt, der sich durch seine Charakterfehler die übrigen Bundestagsgesandten entfremde und daher ein viel wünschenswerterer Gegner sei als der geschicktere Rechberg. Diesem aber war Bismarck noch aus einem anderen Grunde als wegen seiner Offenheit und wegen der Rücksichtslosigkeit, mit der er sich bei seinen Kollegen geschadet habe, ein zwar ungeliebter, aber doch erwünschter Vertreter Preußens. Dieser Grund war: „er würde auch sicher einen ganz veränderten Ton anstimmen, wenn seine gegenwärtige Haltung in Berlin keinen Anklang mehr finden sollte. Vor allem ehrgeizig, hat er es schon bei mehreren Gelegenheiten bewiesen, daß er es versteht, seine Ansichten den Verhältnissen anzupassen. So glühend

²⁸⁾ Brief Rechbergs an Buol, 17. März 1858. WA.

sich heute sein Haß gegen Österreich zeigt, so würde er bei veränderten Verhältnissen einer Politik, die auf ein gutes Einvernehmen mit Österreich sich stützte, seine Dienste nicht wohl versagen“²⁹⁾). Also Bismarck ein ehrgeiziger Streber, der den Mantel nach dem Winde zu hängen weiß! Das war nach dreijährigem Umgang und gemeinsamer Arbeit Rechbergs Urteil über seinen großen Gegner. Hätte er nur sagen wollen, Bismarcks diplomatische Disziplin würde sich auch in Weisungen finden, die seiner Überzeugung zuwiderliefen, so wäre er im Recht gewesen. So aber wie er sein Urteil formuliert hat, ist es ein Zeugnis dafür, daß er für Bismarcks Charaktergröße keine Empfindung gehabt hat. Ihn entschuldigt, daß diese Empfindung auch den übrigen Gegnern des Mannes damals gefehlt hat. Und bei der namenlosen Bitterkeit, mit der die Bundestagskämpfe besonders im letzten Jahre geführt wurden, war es in der Tat wohl schwer möglich, zu einer unbefangenen Würdigung des Gegners zu kommen.

In Berlin gingen die Dinge nur langsam ihren Gang. Erst der November brachte mit dem Fall des Ministeriums Manteuffel den Beginn der Neuen Ära, aber keine Lösung der Spannung, in der Bismarcks Gegner schwebten. Am Bundestage hatte man bestimmt damit gerechnet, daß zugleich mit der Entlassung des Ministeriums auch Bismarck von Frankfurt abberufen würde. Und nun blieb er doch auf seinem Posten! Wie wenig Rechberg ihn im Frühjahr hatte beseitigen wollen — jetzt, nach dem Ministerwechsel, war er bestürzt über sein Bleiben. „Manche ziehen daraus den hoffentlich sich nicht bewährenden Schluß, daß man den hauptsächlichsten Gegner Österreichs am Bunde belasse, weil man den Antagonismus gegen Österreich nicht fallen lassen wolle“³⁰⁾). In seinem Verhalten gegen Bismarck richtete er sich nun auf weitere Zusammenarbeit mit ihm ein, so daß

²⁹⁾ Ebenda.

³⁰⁾ Rechbergs Bericht (A) v. 17. Nov. 33.

dieser seiner Schwester die ironische Schilderung geben konnte: „Rechberg sinkt mir gerührt in die Arme und sagt mit krampfhaftem Händedruck: wir werden wieder auf Ein Feld gedrängt werden“³¹⁾. Der Graf meinte das Feld der konservativen Interessengemeinschaft. Denn in der Tat drückte ihn die Sorge, wie der preußische Ministerwechsel auf die Bundesstaaten wirken werde: „selbst in Bayern sind für die bevorstehenden Wahlen wieder alle Männer vom Jahre 1848 in Vorschlag gebracht“. Wenn es Preußen gelänge, auf Kosten Österreichs moralische Eroberungen in Deutschland zu machen? Doch bald beschwichtigt er sich selber: „Österreich kann, wenn es nur an den konservativen Grundsätzen festhält, die vorübergehende Unpopularität, die hiemit verknüpft sein wird, ruhig über sich ergehen lassen, und den Augenblick abwarten, wo der practische Bankerott der parlamentarischen Theorien ihm die Gelegenheit gibt, Deutschlands Retter und Wohlthäter zu werden“³²⁾. Graf Buol aber meint, schlimmer als bisher könne die Berliner Politik nicht werden. „Die äußere Politik Preußens war eine solche, daß wir bei jedem Tausche nur gewinnen können. Eine solche Prinzipienlosigkeit, eine solche Consequenz, stets im anderen Lager als Österreich stehen zu wollen, kann nicht wiederkehren, jedenfalls aber nie übertroffen werden . . . Wie sich Bismarck in die neue Lage fügen wird, habe ich keinen Begriff“³³⁾.

Da — endlich, am 18. November, zwölf Tage nach Bildung des neuen Ministeriums Hohenzollern-Schleinitz — das erste, aber noch unsichere Anzeichen, daß Bismarcks Frankfurter Tage zu Ende gehen! Bismarck erzählt dem Präsidialgesandten, er habe durch Privatbriefe aus Berlin erfahren, seine Abberufung aus Frankfurt werde davon abhängig gemacht, daß auch Rechberg abberufen werde. Schlagfertig

³¹⁾ Am 12. Nov. Briefe an Schwester u. Schwager, S. 87.

³²⁾ Rechbergs Bericht (B) v. 17. Nov. III.

³³⁾ Brief Buols an Rechberg, 18. Nov. III.

erwidert ihm dieser: „Ich hätte nichts dagegen, wenn wir gemeinschaftlich unsere Bündel zuschnüren sollten“. Und seinen Chef bittet der Graf, unbedingt über ihn zu verfügen, wie das kaiserliche Kabinett es seinen Interessen entsprechend erachte. Wie stand es um diese Berliner Nachricht aus privater Quelle? War es Ernst, oder war es ein Schachzug des Listreichen im Kampf um seine Stellung? Schon nach wenigen Tagen glaubt Rechberg zu wissen, daß die Nachricht alles Grundes entbehre. „Wie immer die Sache sich verhalten mag, so scheint es mir nichts weniger als unwahrscheinlich, daß Herr von Bismarck, der sehr wohl fühlt, daß, so gerne er auch hier bliebe, er sich doch in Francfort nicht wird halten können — selbst in Berlin dahin zu wirken sucht, das preußische Kabinet zur Stellung der erwähnten Bedingung zu bewegen, sey es in der Hoffnung, seiner eigenen Abberufung noch Schwierigkeiten in den Weg zu legen, sey es, um dieselbe als eine an Österreich gemachte Gegenconcession und nicht als eine Mißbilligung seiner hiesigen Geschäftsführung erscheinen zu lassen“³⁴⁾.

Rechbergs Vermutung hat manches für sich, ist aber nicht beweisbar. Bismarck würde, wenn er so vorging, wie sein Gegner voraussetzte, genau so gehandelt haben wie früher Graf Bernstorff in ganz ähnlicher Lage. Als dieser im Februar 1851 auf Schwarzenbergs Betreiben von seinem Wiener Posten weichen mußte, da forderte er — freilich vergeblich — um seiner eigenen wie um der preußischen Ehre willen, daß auf gleichzeitiger Abberufung des österreichischen Gesandten in Berlin bestanden werde³⁵⁾. Jetzt sollte zum zweiten Male ein preußischer Gesandter wesentlich Österreich zu Liebe abberufen werden. Es hätte nichts Überraschendes, wenn Bismarck sich dabei ebenso verhalten hätte wie einst Bernstorff; doch Belege dafür liegen nicht vor. Wohl aber

³⁴⁾ Briefe Rechbergs an Buol v. 18. u. 24. Nov. 1851.

³⁵⁾ Ringhoffer, Bernstorff S. 157.

deutet, wie wir sehen werden, manches darauf hin, daß das Ehrgefühl des Prinzregenten eine einseitige Abberufung nur des preußischen Gesandten peinlich empfand. Preußen schien sich damit etwas zu vergeben; wenn es sich erreichen ließ, daß auch Rechberg ging, gewann das Bild ein anderes Aussehen. Allein die neuen Minister des Regenten, Schleinitz und der Fürst von Hohenzollern, die beide die Beziehungen zu Österreich bessern wollten, legten offenbar keinen Wert darauf, sich in Wien mit einer Zumutung einzuführen, die eine Kritik des Präsidialgesandten als ebenso schuldig an den Frankfurter Zwistigkeiten enthielt. Es ist richtig, daß Schleinitz mit Baron Koller über Wechselseitigkeit der Abberufung verhandelt hat. Es geschah zu Anfang Dezember, vierzehn Tage nachdem Bismarck dem Grafen Rechberg von jenen Berliner Privatbriefen erzählte. Aber es geschah nur in einem einzigen Gespräch und in so schwächlicher Weise, daß kein fester Entschluß, keine selbständige Überzeugung dahinter gestanden haben kann. Schleinitz sagte dem österreichischen Gesandten, eine Versetzung ohne Reziprozität möchte „schwer fallen“: „Das ist eine leichte Art, sich zu verständigen — würde man sagen — wenn man jenen wegweist, der Österreich genirt“. Da wies Koller auf die „Erfolge“ hin, die Bismarck in Frankfurt errungen hätte, Erfolge, die bei einem Fortführen der Fehde nur Österreich zum Vorteil und Preußen zum Nachteil gereichen müßten. Und Schleinitz — „konnte nicht umhin, die Wahrheit dieser Bemerkung einzugestehen!“

Der Versuch, die gleichzeitige Abberufung Rechbergs zu erreichen, war damit erledigt. Koller aber nahm sich vor, den neuen Außenminister bei dem nächsten Gespräche darauf aufmerksam zu machen, daß ein Personalwechsel in Frankfurt sich nicht Österreichs wegen, sondern wegen Preußens Stellung zu Deutschland empfehle. Und er wollte ihm offen erklären: wenn die preußische Regierung es mit ihrer Absicht, zu einem besseren Einverständnis mit Österreich zu gelangen, wirklich ernst meine, so würde die Abberufung Bismarcks in

und die Nationalversammlung
zu Frankfurt a. M.

Reichberg.

Schrenk

Reichberg
Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Reichberg

Unterschriften des Protokolls
von Bismarcks letzter Bundestagsitzung, 24. Februar 1859
Original im Reichsarchiv zu Frankfurt a. M.

Graf Reichberg (Österreich), v. Bismarck (Preußen), v. Schrenk (Bayern), v. Rostk und Schmidt-
dorf (Sachsen), v. Heimbruch (Hannover), v. Reinhard (Württemberg), Marschall v. Bieber-
stein (Baden), Abbe (Rurhessen), v. Münch-Bellinghausen (Großherz. Hessen), v. Bülow (Hol-
stein und Lauenburg), v. Scherff (Luxemburg), v. Frisch (Großherzog. und herzogl. sächsische
Häuser), v. Dungen (Braunschweig und Nassau), v. Bülow (Mecklenburg), v. Eisenbecher
(Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg), v. Holzhausen (Liechtenstein, Lippe, Reuß, Waldeck, Hessen-
Somburg), Harnier (Hamburg, Bremen, Lübeck, Frankfurt a. M.).

die Kategorie der *tatsächlichen Beweise* gehören. Er war überzeugt, daß es früher oder später doch dazu kommen müßte. Seine einzige Sorge war, daß die Abberufung „fürs erste nicht an der preußischen Eitelkeit und der irrigen Beurtheilung des Prinzen Regenten scheitern möge“³⁶⁾. In diesem sah also Koller offenbar den ernstesten Anwalt für Gegenseitigkeit der Abberufung. Bismarck äußerte sogar Mitte Dezember — es war im Salon der Gräfin Goerz zu Frankfurt —, Schleinitz habe seine Abberufung beantragt, der Prinzregent halte ihn aber gegen den Minister; doch gab Bismarck zu verstehen, daß er kein besonderes Vertrauen in die Festigkeit des Prinzen setzte³⁷⁾.

Seit dem Gespräch zwischen Schleinitz und Koller verstrichen noch Wochen der Ungewißheit für Bismarck wie für die Österreicher. Inzwischen zog dunkles Gewölk von Westen gegen die Donaumonarchie. Am 1. Januar 1859 fand der unheilverkündende Neujahrsempfang des diplomatischen Corps in den Tuileries statt. „Ich bedaure,“ sagte Napoleon zum österreichischen Gesandten, dem Freiherrn von Hübner, „daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht mehr so gut sind wie früher; aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gefühle unverändert sind“. Die Börsenpanik, die nun folgte, zeigte, wie Europa diese Worte verstand. Und es verstand sie richtig. Der Krieg Frankreichs und Sardiniens zur Befreiung der Lombardei und Venetiens von der österreichischen Fremdherrschaft war beschlossene Sache. Damit aber eröffnete sich für die Regelung des preußischen Verhältnisses zu Österreich eine Aussicht, wie es seit 1848/49 keine gegeben hatte. Bismarck verbarg nicht, sondern zeigte geflüstert, auf welcher Seite, wenn es nach ihm ging, der Platz Preußens in dem drohenden Konflikt sein sollte. Zum Ärger nicht nur der Österreicher, sondern auch der guten Frank-

³⁶⁾ Brief Kollers an Buol v. 2. Dez. 1858. *WA.*

³⁷⁾ Brief Rechbergs an Buol, 14. Dez. *WA.*

furter zeigte er sich auf öffentlichem Spaziergang Arm in Arm mit dem italienischen Gesandten³⁸⁾. Seit Beendigung des Krimkrieges hatte Bismarck auf die große europäische Verwicklung für Österreich gewartet — endlich war sie da! Wir wissen, wie er sie nutzen wollte. Preußen sollte den Bund zerschlagen und Österreich aus Deutschland hinauswerfen. In seiner Kampfansage vom Juni 1857 hatte er es Rechberg ins Gesicht gesagt: Österreich dürfe im Falle eines äußeren Krieges nicht auf Preußen zählen — Preußen werde sich auf die Seite von Österreichs Gegnern stellen, wenn es bis dahin zu keiner Neuordnung des Verhältnisses der beiden Mächte gekommen wäre. Die Neuordnung war weder gekommen noch zu erwarten. Die Rechnung war also klar.

Aber war sie nicht ohne den Wirt gemacht? Wäre der Prinzregent dafür zu haben gewesen? — Wenn irgend einer, so war es Bismarck, der sich zutraute, den Bundesbruch unvermeidlich zu machen und die Schuld daran dem Gegner zuzuschieben. Hat er doch sogar noch aus der Ferne, von St. Petersburg aus, seinen Minister in diesem Sinne beraten: es wäre kein Unglück, sondern ein Fortschritt zur Krisis der Besserung, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßte, in dem Preußen eine Überschreitung der Zuständigkeit, also einen Bruch der Bundesverträge, finden könnte³⁹⁾! Sein friedliebender Nachfolger Uvedom hat schon im April mit der Möglichkeit eines Bundesbruches aus solchem Anlaß gerechnet, freilich nicht hoffend, eher fürchtend⁴⁰⁾. Doch die Dinge so lenken, daß es dahin komme, der Bundestagsmehrheit den Anlaß zu einem solchen kompetenzwidrigen Beschlusse zuschieben — das war, wenn überhaupt, nur möglich, falls Bismarck selber in Frankfurt blieb. Die

³⁸⁾ Erzählung des Kaufmanns Lüning. GW. VII: Gespräche I S. 51 f.

³⁹⁾ Brief an Schleinitz, 12. Mai 1859. GW. III S. 37.

⁴⁰⁾ Aus dem Leben Theodor von Bernhardis III S. 197.

Ungewißheit lag peinigend auf ihm. Mitte Januar fuhr er zur Landtagseröffnung nach Berlin. Am Hofe war man liebenswürdiger für ihn denn je, „der Prinz ganz besonders, aber auch die Prinzessin“. Nur Klärung gab es nicht. Er wollte zurück nach Frankfurt. Immer wieder hielt der Prinzregent ihn fest. Bismarck fand, daß hier nichts für ihn zu tun wäre, „nur daß ich vorbeie, damit wir nicht nach Paris oder Petersburg kommen“. Wenn's irgend Gottes Wille ist, will er in Frankfurt bleiben. So schrieb er der Gattin noch am 24. Januar, ungewiß noch immer, aber noch immer voll Hoffnung.

Und doch war sein Schicksal damals bereits entschieden. Schon am 23. hatte Schleinitz dem österreichischen Gesandten gegenüber als Erstem das Geheimnis gelüftet. Freiherr von Koller, der schon im Juni 1857 darauf brannte, den „böseartigen brouillon“ zu stürzen (S. 403), der im März 1858 bei Manteuffel den ersten energischen Vorstoß wagte und nun endlich bei Schleinitz Erfolg hatte — er sollte nicht warten dürfen, die Freude des Gelingens zu genießen. Und er sollte zugleich einen Beweis des Vertrauens empfangen, das Preußens neuer Außenminister Österreich entgegenbrachte. Am 25. Januar war Bismarck Kollers Gast, ohne Ahnung, daß er am Tisch seines Erzfeindes saß, mit ihm Herr von Usedom, sein designierter Nachfolger, und Graf Pourtalès, der künftige Gesandte für Paris. Die preußischen Diplomaten wußten alle drei noch nichts von ihrer neuen Bestimmung — nur ihr Gastgeber war eingeweiht⁴¹⁾.

Am Abend des 25. fand das Ballfest statt, auf dem Bismarck durch den Oberzeremonienmeister Grafen Stillfried, der dem Haushalt der Prinzessin von Preußen nahe stand, in der Form einer scherzhaften Anspielung die Gewißheit seiner bevorstehenden Versetzung nach St. Petersburg erhielt. Unter dem Einfluß körperlicher Leiden nahm er die Nachricht

⁴¹⁾ Brief Kollers an Buol, 25. Jan. 1859. WA.

doppelt schwer⁴²⁾). Und nach dem Zeugnis der Gattin wurde er nun krank auch vor Ärger, „weil man Alles so hinterrücks abgemacht hatte“⁴³⁾). Doch vor allem: in Frankfurt lag sein Werk, und bei seinem Werk wollte er bleiben. Am Tage nach dem Balle ging er zum Prinzregenten, um zu versuchen, die Entscheidung rückgängig zu machen. Er habe den Fuchsbau des Bundestages mit all seinen Ein- und Ausgängen bis auf die Notröhren kennen gelernt, diese Kenntniss könne er keinem Nachfolger vererben. Warum also dieses in acht Jahren erkämpfte Kapital der preußischen Diplomatie durch seine Abberufung zwecklos zerstören? Und noch dazu ein Nachfolger wie Usedom: unklar liberal und mehr anekdoten-erzählender Höfling als Staatsmann! Seine Frau erzentrish, eine Quelle der Verlegenheit und unerwünschten Eindrücke!

Noch in der ruhigen Erzählung des Greises ist die Gereiztheit zu erkennen, mit der Bismarck zu seinem Fürsten sprach. Und wie mußte es diese Gereiztheit steigern, als Wilhelm ihm erwiderte: „Das ist es ja eben, daß die hohe Befähigung Usedom's sich nirgendwo anders verwerten läßt, weil seine Frau an jedem Hofe Verlegenheiten herbeiführen würde“. Also deshalb sollte er von Frankfurt weg? Bismarck's Antwort ging an die äußerste Grenze, die die Ehrerbietung zuließ: dann sei es also ein Fehler, daß er nicht auch eine taktlose Frau geheiratet habe; sonst würde er auf den Posten, auf dem er sich heimisch fühle, denselben Anspruch haben wie Usedom. Die Antwort des Regenten war ein freundlicher Verweis: „Ich begreife nicht, wie Sie die Sache so bitter auffassen können; Petersburg hat doch immer für den obersten Posten der preußischen Diplomatie gegolten, und Sie sollten

⁴²⁾ G. u. E. I S. 202 f. Brief an Gruner, 17./19. Febr. 1859. GW. II S. 403. Über seine Krankheit auch an Schleinitz, 24. Febr., S. 406; an seinen Bruder, 3. März, BBr. S. 250; an seine Schwester, 29. Juni, u. sonst.

⁴³⁾ R. v. Reudell S. 69.

es als einen Beweis hohen Vertrauens aufnehmen, daß ich Sie dahin schicke“.

Das Gespräch wird nicht ganz so scharf zugespitzt verlaufen sein, wie es in Bismarcks Erinnerung nach mehr als dreißig Jahren wieder auflebte — aber bitter und gereizt wie Bismarcks Stimmung in jenen Tagen war es gewiß. „Versöhnend war mir die Wahrnehmung, daß der Prinz gar keine Idee davon hatte, daß mir der Wechsel unlieb sein könne. Er war sehr gnädig und ich bin Soldat genug, um nicht zu verlangen, daß meine persönlichen Wünsche im Dienst ins Gewicht fallen sollen.“ So schrieb er am 8. Februar an den Generaladjutanten Gustav von Alvensleben⁴⁴⁾. Aber das Entscheidende waren ja nicht persönliche Wünsche, etwa die Rücksicht auf seine Frau, der vor Rußland graute — entscheidend für sein Sträuben war allein der Gedanke: von seinem Werke, von der Niederkämpfung Österreichs sollte er in dem Augenblicke scheiden, der den Sieg verhieß! Jetzt kehrte er als Besiegter nach Frankfurt zurück. Er verschwieg den Kollegen nicht, daß er als Scheidender kam, und verbarg ihnen seine tiefe Verstimmung nicht. In der österreichischen Gesandtschaft aber und bei ihren politischen Freunden konnte keine reine Freude aufkommen. Man fürchtete, daß Bismarck in St. Petersburg zur Wiederherstellung des ersehnten guten Einvernehmens zwischen Österreich und Rußland nicht gerade beitragen werde⁴⁵⁾. Daran hatte auch Koller nur mit gemischten Empfindungen gedacht: „Bismarck wird in Petersburg Staunen erregen und dem Fürsten Gortschakoff viel Übles von uns erzählen“⁴⁶⁾.

Und der in Frankfurt Gestürzte sorgte selber dafür, daß man nicht verlerne, ihn zu fürchten. Er ließ Äußerungen

⁴⁴⁾ Gedruckt i. d. Kreuzzeitung v. 27. Sept. 1903, Nr. 453, 2. Beilage.

⁴⁵⁾ Bericht v. 1. Febr. 1859, in Abwesenheit Reichbergs erstattet durch Leg.-Schr. Braun. *W.*

⁴⁶⁾ Brief Kollers an Buol, 25. Jan. 1859. *W.*

fallen wie die, daß er bei seinen bisherigen Ansichten beharre, in seiner Partei eine Stütze finde, und daß ihm der Gedanke nicht fern liege, früher oder später zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten berufen zu werden. Er verbarg auch nicht, daß er wohl wußte, wie gegen ihn gearbeitet worden war. „Dort (in St. Petersburg)“, sagte er, „habe ich doch nicht zu befürchten, von meinen Kollegen verklagt zu werden“⁴⁷⁾. Er wußte also, daß nicht Österreich allein gegen ihn gearbeitet hatte, und er scheint dessen starken Anteil an seiner Abberufung damals eher noch zu gering eingeschätzt zu haben. Er meinte irrig, daß er den schwarz-gelben Freunden, wenn nicht seine Abberufung, so doch seine Versetzung nach St. Petersburg zu danken habe; anfänglich sei er für Paris bestimmt gewesen, wohin ihn der Kaiser Napoleon selber hätte haben wollen, und wohin auch er lieber gegangen wäre. Und er war über die Abberufung wie über die Versetzung gerade an die Nema nach Rechbergs Schilderung „bei seiner natürlichen Leidenschaftlichkeit . . . in einem so aufgeregten Zustande, daß er auf eine Weise sich äußert und compromittirt, deren er bei ruhigerer Überlegung sich wohl kaum schuldig machen würde“⁴⁸⁾. Auch der Bundestanzleidirektor wußte zu berichten: „Seine Versetzung nach Petersburg betrachtet er wie ein ehrenvolles Exil und ist darüber unglücklich“⁴⁹⁾. Es liegt jedoch nicht das geringste Zeugnis dafür vor, daß österreichische Intrigen, wie Bismarck so bestimmt annahm, seiner Laufbahn die Wendung von Paris nach Petersburg gegeben hätten, und der Groll, mit dem der Verbannte von dort aus an Graf Rechberg zurückdachte, traf in dieser Hinsicht einen Unschuldigen.

⁴⁷⁾ Berichte Brauns v. 1. u. 9. Febr. 1859. *MA.*

⁴⁸⁾ Bericht Brauns v. 9., Rechbergs v. 23. Febr. *MA.* über Bism.'s Auffassung von Österreichs Anteil an seiner Abberufung vgl. auch das Gespräch mit Lüning. *GW.* VII S. 52.

⁴⁹⁾ Bericht des Kanzleidirektors v. Dumreicher, 6. Febr. *MA.*

Wenn der Vertreter einer Großmacht aus der Bundesversammlung schied, war es üblich, daß wohlgeleszte Reden ausgetauscht und im Protokoll verewigt wurden. Das gemeinsame Vaterland, das Beste des Deutschen Bundes, Dank für ehrendes Vertrauen und Wohlwollen, kollegialisches Zusammenwirken und freundschaftliche Erinnerung — das waren die Gedanken, die bei diesem Anlaß mit einem mehr oder weniger reichen Kranze schöner Worte umrankt wurden. Für den scheidenden Bismarck, den Feind des Bundes und den Störer seines Friedens, Worte zu finden, die zugleich der Höflichkeit und der Wahrheit genügten, das war eine Aufgabe, die an die Kunst der diplomatischen Phrase noch höhere Anforderungen stellte als einst die durch Bismarck meisterlich gelöste Aufgabe der Verabschiedung Prokesch-Ostons. Graf Rechberg hielt die Sache für wichtig genug, um seine Anwesenheit in Wien in der ersten Hälfte des Februar zu einer Besprechung mit Graf Buol über seine Abschiedsrede an Bismarck zu benutzen. Am Abend des 22. Februar kündigte dieser dem Grafen an, daß er übermorgen der Bundesversammlung seine Abberufung anzeigen und einige Abschiedsworte an die Versammlung richten werde⁵⁰). Wohl vorbereitet erschien der Präsidialgesandte in der Sitzung des 24. und erteilte Bismarck gleich zu Anfang das Wort.

„Der (preußische) Gesandte zeigt an, daß Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent geruht haben, ihn, unter Beauftragung mit einstweiliger Fortführung der Geschäfte, aus seiner hiesigen Stellung zu einer anderen Bestimmung abzu berufen und den wirklichen Geheimen Rath von Usedom zum Königlichen Bundestags-Gesandten zu ernennen. Der letztere wird demnächst seine Vollmacht zu überreichen die Ehre haben“⁵¹). So das Protokoll. Rechberg, der nun sein Konzept als unverwendbar in der Tasche behalten mußte, bezeugt

⁵⁰) Rechbergs Bericht (B) v. 23. Febr. WA.

⁵¹) Prot. BB. 1859 Febr. 24., § 49.

uns, daß Bismarck kein Wort mehr gesprochen hat. „Nach dem Inhalte dieser Anzeige kam ich nicht in den Fall, ihm Namens der Bundesversammlung eine Äußerung zu machen“⁵²⁾. Der nächste Punkt der Tagesordnung, die allgemeine deutsche Wechselordnung, kam zur Verhandlung. Eine kurze geschäftliche Mitteilung ist die einzige Spur, die Bismarcks Abgang von Frankfurt nach beinahe achtjährigen Kämpfen in den Protokollen der Bundesversammlung hinterlassen hat.

Erstlickten ihm die geplanten Worte in der Kehle, als er zum letzten Male um den Sitzungstisch im Bundespalais die altvertrauten Gesichter versammelt sah, hinter denen in der Mehrzahl, wie er nur zu gut wußte, die verhaltene Freude, das Aufatmen lag: Gott sei Dank! Nun geht er! — „Die Heuchelei wäre zu groß“, hatte er gesagt, als er Prokeß-Osten kein Abschiedsdiner gab. Oder machte es ihm nur Freude, die allgemeine Spannung zu enttäuschen, mit der die schwierigste aller Frankfurter Abschiedsreden erwartet wurde? Oder endlich: fraß der Zorn über die eben beginnenden Torheiten der neuen preußischen, und über den drohenden Sieg der österreichischen Außenpolitik zu verzehrend an seinem Herzen, als daß er jetzt glatte Worte über die verhaßte Fessel des Deutschen Bundes dreheln konnte?

Schon Bismarcks eigene Briefe und Berichte aus diesen Tagen, auch gerade von dem denkwürdigen 24. Februar selber, geben ein deutliches Bild der namenlosen Sorge, mit der er Preußen und den Bundestag in das klippenreichste Fahrwasser der österreichischen Politik hineintreiben sieht. Doch nach Berlin darf er nur vorsichtig und verhalten schreiben; denn Schleinitz steht ihm fern und ist im Grunde sein Gegner. Erst wenn wir hinzunehmen, was die Österreicher hören und sehen, wird das Bild vollständig, und aus der Sorge wachsen Dämonen, die der im Tiefsten, in seinem Werk Getroffene

⁵²⁾ Tagesbericht Reichbergs v. 25. Febr. 1859. *WZ.*

kaum noch zu bändigen vermag. — Der Erste Militärbevollmächtigte Preußens beim Bunde, Generalmajor Dannhauer, verzichtete, seitdem ihm Bismarcks Abberufung bekannt war, auf nähere Fühlung mit dem Gesandten und trieb in der Militärkommission Politik zwar nicht ganz auf eigene Faust, sondern in der Hauptsache nach Berliner Weisungen, aber doch zum Teil über diese hinausgehend und — nach Bismarcks Eindruck — ganz unter dem Einfluß seines österreichischen Kollegen, des Feldmarschall-Leutnants von Schmerling, Vorsitzenden der Militärkommission. Es handelte sich um nichts Geringeres als um einen Versuch Österreichs, gegen die ihm von Frankreich drohende Kriegsgefahr den Bund zu einer militärischen Demonstration aufzurufen. Die Bundesfestungen sollten verstärkte Artillerie-Ausrüstung und dazu die Kriegsbesatzung erhalten. Frankreich sollte einen Begriff von den Gefahren bekommen, die es bei einem Angriff auf Österreich nicht nur in Italien zu bestehen haben würde.

Noch bis vor kurzem hatte der außenpolitische Kurs der Neuen Aera Bismarck keinen Anlaß zu Besorgnis gegeben. Ein Berliner Rund-Erlaß vom 12. Februar an die preußischen Vertreter bei den deutschen Regierungen erklärte, Preußen werde sich als Bundesstaat nie der Erfüllung der Pflichten entziehen, die die Bundesgrundgesetze ihm auferlegen; aber weitergehende Verpflichtungen zu übernehmen würde nicht der Lösung der Aufgabe förderlich sein, die Preußen sich zur Zeit als europäische Macht gestellt habe. Mit Recht sah Bismarck einen Widerspruch zwischen diesem Erlaß, dem er seine volle Anerkennung zollte⁵³⁾, und General Dannhauers Eingehen auf jene von Österreich an die Militärkommission gebrachten Anträge. Er war überzeugt, daß die Ausführung dieser Anträge in ihrer politischen Wirkung nur wenig hinter der einer Bundesmobilmachung zurückbleiben würde. Österreich begann am Bunde wieder dasselbe Spiel wie zur Zeit

⁵³⁾ B. an Gruner, 17. Febr. GW. II S. 403.

des Krimkrieges: *seine* Sache sollte die Sache des *Bundes* werden. Und wieder schien es, als ob Preußen sich von Österreich ins Schlepptau nehmen lassen würde. Die Bedrohung der österreichischen Stellung in Italien durch den Kaiser Napoleon erschien der preußischen Presse im Lichte eines Bruches geheiligter Verträge, eines Angriffs auf die deutsche Ehre. General Dannhauer aber hatte in Berlin mit dem Prinzregenten und mit Schleinitz politische Gespräche geführt und berief sich Bismarck gegenüber auf beider Einverständnis mit seinem Verhalten.

Tag für Tag schrieb der abberufene Gesandte, dessen Wort in Frankfurt nichts mehr galt, warnend, anklagend, beschwörend nach Berlin, schrieb an den Minister, an den Unterstaatssekretär v. Gruner, seinen alten Kollegen aus der Legationsratszeit unter Rochow, schrieb an den Prinzregenten selbst — „aus alter Frankfurter Gewohnheit schrieb ich mir die Finger ab“, hat er später erzählt⁵⁴⁾ — und schrieb doch alles mit dem Gefühl der Ohnmacht des vom Amte Gedrängten, in dem quälenden Schmerz um sein Werk, das nun durch Stümperhände verpfuscht werden sollte. Wie anders hatte er sich das Ergreifen dieser großen Gelegenheit gedacht! . . . War es ein Wunder, daß ihm die Worte in der Kehle erstickten, als er Abschied von der Bundesversammlung nehmen mußte — kurz vor dem Ziele ein geschlagener Mann! Er hat den Tag nicht vergessen, den 24. Februar. Es war zugleich ein Tag, der in ganz anderem Sinne lebenslang, bis ins hohe Alter hinein, eine tiefe innerliche Bedeutung für Bismarck gehabt hat. Nur die ihm Nächsten wußten darum. Es war der Geburtstag seiner Mutter, seit ihrem Tode ein Tag stillen Gedenkens für den Sohn — Jahr um Jahr. Und nun dieses Erlebnis an diesem Tage! Das grub sich ins Herz. Zwölf Jahre später, Anfang Februar, kam er im Tischgespräch darauf. Es war im Hauptquartier zu Ber-

⁵⁴⁾ Reudell, Fürst u. Fürstin Bismarck S. 80.

sailles. Kaiser und Reich waren geschaffen, der Krieg dem Ende nahe. Der Kanzler meinte, in etwa drei Wochen werde Paris fallen — „den Vierundzwanzigsten“. Und er sann nach, ein Freund des Zahlenspiels: an einem Vierundzwanzigsten wurde die Verfassung des Norddeutschen Bundes veröffentlicht (24. April 1867), und am 24. Februar 1859 gab es eine besonders niederträchtige Geschichte in Frankfurt. „Ich sagte ihnen damals: Das wird euch vergolten werden. Ihr werdet schon sehen. Exoriare aliquis —!“ Im Gedanken an die rächende Stunde also ist Bismarck aus seiner letzten Bundestagsitzung gegangen. Und treu hat er den Gedanken gehütet: zwölf Jahre später genoß er die schönste Vergeltung. Die Herren vom Bundestag hatten Preußen in österreichische Gefolgschaft bringen, hatten ihm selber das Handwerk legen wollen. Jetzt mußten sie erleben — leider nicht alle! schade, daß einige schon gestorben waren! — aber die Österreicher, sogar Prokesch, ihr Schlimmster, lebten noch und mußten nun sehen, was der Gestürzte vom 24. Februar 1859 aus seinem Preußen und aus Deutschland gemacht hatte⁵⁵).

Ende Februar hatte Bismarck ein Gespräch mit Graf Rechberg über General Dannhauer und über die geplanten militärischen Maßnahmen. Es kochte über in ihm. Leidenschaftlich erregt zog er über den preußischen Militärbevollmächtigten her, der es mit Verlust seiner Stelle bezahlen werde, daß unter seiner Mitwirkung die Militärkommission sich unterfangen habe, sich über politische Gegenstände zu äußern. Und Rechbergs Erklärung für diesen Zorn? „Ich enthalte mich jedes weiteren Eingehens in die Äußerungen des bisherigen preußischen Gesandten; sie beweisen nur zu sehr die Aufgeregtheit, in die ihn die vorgestern erfolgte Ankunft seines Nachfolgers versetzt, mit welcher hoffentlich der Wiederkehr ähnlicher Scenen vorgebeugt wird“. Rechberg fand Bismarcks Verhalten um so unerklärlicher, als der General die

⁵⁵) M. Busch, Tagebuchblätter II (1899) S. 143.

eingehendsten Instruktionen erhalten hatte, die gewünschten Vorkehrungen auf das Dringendste zu betreiben, und als Preußen für seine rheinischen Festungen ganz dieselben Maßregeln ergriff, die die Militärkommission für die Bundesfestungen forderte. „Wir würden es den süddeutschen Regierungen von Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen wahrlich nicht verargen können, falls sie sich schwankend und unverlässig im entscheidenden Augenblicke erweisen sollten, wenn von Seite des Bundes nichts geschieht, um sie selbst, ihre Lande und ihre Hauptstädte vor einer feindlichen Invasion sicher zu stellen. Mit empörendem Cynismus antwortete mir Herr von Bismarck, als ich ihm obige Betrachtungen machte: „Ja, Preußen thut Recht, wenn es für sich selbst sorgt, aber am Bunde soll jetzt nichts geschehen“. Und wie Hohn auf Österreichs Lage mußte es wirken, wenn er in einer Ausschußsitzung Ende Februar die Behauptung aufstellte, es läge gar kein Grund zu militärischen Vorkehrungen vor, da Deutschland jetzt nicht mehr von einem Kriege bedroht sei, als in den letzten Jahren: Frankreich sei friedlich, es gebe nur eine Macht in Europa, die den Krieg wolle⁵⁶⁾.

Schon am Tage vor Bismarcks letzter Bundestagsitzung war seine Haltung derart, daß nach Rechbergs Schilderung allgemein die Ankunft seines Nachfolgers herbeigesehnt wurde. Und seitdem wurde es von Tag zu Tag ärger. Bismarck verschmähte alle Gebote diplomatischer Vorsicht und sagte schließlich, etwa Anfang März — wie in diabolischer Lust am Aussprechen des Unerhörten — zu einem norddeutschen Kollegen, und ganz ähnlich zum belgischen Gesandten, „es dürfe am Bunde nichts für den Schutz der süddeutschen Regierungen geschehen; sie würden hierdurch gezwungen werden, sich Frankreich in die Arme zu werfen, und dies würde seiner Zeit den erwünschten Vorwand geben, sie

⁵⁶⁾ Rechbergs Berichte (A u. B) v. 1. März 1859. III.

zur Strafe für ihr Verhalten zu mediatisiren“⁵⁷⁾). Bismarck hat früher einmal seinem Chef Manteuffel, der ihn zu größerer Vorsicht ermahnte, freimütig zugegeben, daß ihm, besonders außer Dienst, nicht selten mehr Ruhe und Zurückhaltung zu wünschen wäre — in diesen Tagen aber, Tagen zerrissener Seele und leidenden Körpers, ging der Dämon mit ihm durch wie noch nie.

Nur einmal wieder, im März 1890, hat sein heißes Herz in ähnlichem Schmerz und Zorn gebebt wie in der letzten Februar- und der ersten Märzwoche von 1859. Es war sein erster Sturz, den er in Frankfurt erlebte, und alles war wie ein fernes Vorspiel des größeren und unendlich tragischeren Sturzes von 1890. Ein Wechsel in der Person des Herrschers war beide Male der Anlaß. Beide Male half dazu mit eine Schar von Feinden, längst auf die ersten Anzeichen wankender Stellung lauend. Und der Kampf um diese Stellung war für Bismarck beide Male eins mit dem Kampf um sein Werk. Beide Male aber fehlte es an Freunden, die seine Sache beim Monarchen führten: er stand allein. Und so mußte er weichen, er, der seine Feinde verachtete und es verschmäht hatte, sich rechtzeitig gegen sie zu sichern. Mußte beide Male weichen im Augenblick vor einer großen Entscheidung, die niemand gleich ihm zu werten verstand.

Wohin er Preußen geführt haben würde, wenn er schon 1859 hätte führen dürfen, das hat er kurz vor seinem Abschied in spielenden Worten den Österreichern selber gesagt. Der

⁵⁷⁾ Bericht Rechbergs v. 4. März. WM. — Fast wörtlich dieselbe Äußerung hat B. zu dem belgischen Gesandten in Frankfurt, Baron Beaulieu, getan, wie dieser im Okt. 1864 Dalwigk erzählte. W. Schückler, Die Tagebücher des Frhrn. v. Dalwigk (1920) S. 145. Beaulieu datiert zwar seine Erinnerungen nicht; da er aber erst seit Sept. 1858 beim Bundestag beglaubigt war, kann Bismarcks Äußerung zu ihm nicht während eines der früheren Kämpfe um Rastatt (1853 bis 1856), sondern nur im Februar oder März 1859 gefallen sein.

russische Gesandte, Herr von Konton, gab zu Ehren des neuen preußischen Gesandten für Petersburg ein Abschiedessen. Es war am 20. Februar. Die Sorge vor Umgarnung seines Staates drückte schon auf Bismarck, hatte ihn aber noch nicht so umdüstert wie wenige Tage später. Es war ein „copioses Diner“, wie die Russen es verstehen, und die Stimmung nach Tisch war angeregt, die Zungen gelöst. Bismarck erblickte Herrn von Pfusterschmid, Legationssekretär bei der Präsidialgesandtschaft. Er ging auf ihn zu: „Sie kaufen faule Eier, und als mehrjähriger Freund mache ich Sie darauf aufmerksam, damit Sie in zwei Jahren daran denken, daß ich es Ihnen vorausgesagt habe“. Der Angeredete begriff nicht und bat den Gesandten, sich deutlicher zu fassen. Bismarck erklärte seine Worte: wer billig kaufen wolle, der kaufe nur Schlechtes. Pfusterschmid bat nochmals um deutlichere Erklärung und fügte hinzu, er werde sein persönliches Vertrauen dankbar annehmen und mit einer persönlichen Ansicht erwidern. „Bezieht aber Ihre Anspielung sich auf die Tagesfrage, so ist meine Überzeugung, daß man am stärksten ist, wenn man sich auf sich selbst verlassen kann“.

Das war eine Antwort, die Bismarck gefiel: „Wenn Sie dieses sagen, dann nehme ich meine Worte zurück“.

„Sollte mein Vaterland,“ fuhr Pfusterschmid fort, „einem Angriffe zu widerstehen haben, so wird es an Kraftentwicklung nicht fehlen, und der Ausgang liegt in Gottes Hand; die Unterstützung, die wir bei nachbarlichen Freunden finden werden, ist eine natürliche und daher an einen Kauf nicht zu denken“.

„Doch nicht,“ fiel Bismarck ein, „Ihr zahlt zu wenig. Ihr seid breit und groß und werdet gehörige Kraft entwickeln; aber — wenn Oesterreich und Frankreich ihre Kräfte messen, könnte Preußen ebenso gut ein Interesse haben, es mit letzterem zu halten. Was man sich jetzt bei Fest- und Zweckessen verspricht, bedeutet nichts. Ihr bezahlt zu wenig. Mag Preußen auch für den ersten Anfang mit Ihnen gehen, später

kommen die Interessen klarer zum Vorschein, und dann entscheiden nur diese, und welches Interesse wird Preußen haben, für Österreich länger einzutreten?“

Eine Antwort auf diese Frage war schwer, wenn sie nicht in das große Arsenal der Phrasen griff, mit denen damals die öffentliche Meinung Deutschlands gefühlspolitisch die Einheit der preußisch-deutschen und der österreichischen Interessen gegenüber dem Erbfeind verkündigte. Und so antwortete der Österreicher nicht schlecht: „Ich kenne Ihr Vaterland und viele Ihrer Freunde so genau, daß ich über den Preis, von dem Sie sprechen, nicht den geringsten Zweifel habe; aber, selbst das Bedürfnis dieses Preises zugegeben — nennen Sie mir den Mann, der mit seinem Gewissen es vereinbar findet, ihn auszusprechen!“

Der Mann stand vor ihm: „Das kann man schon. Il y a des arrangements avec Dieu, et il y en a avec le diable, et si on n'en fait pas, le diable s'en mêle.“⁵⁸⁾

So hat schon Profesch von Osten ihn gezeichnet, den Mann, der vor dem Bunde mit dem Teufel nicht scheute: „Er würde, wenn ein Engel vom Himmel herabgestiegen wäre, ihn ohne preußische Kokarde nicht eingelassen haben, und würde dagegen dem Satan selbst, zwar mit Verachtung, aber doch die Hand gereicht haben, wenn dieser dem preußischen Staate ein deutsches Dorf zugeschanzt hätte“⁵⁹⁾. Und nicht um ein Dorf wäre es damals gegangen, wenn Bismarck hätte führen dürfen, sondern — um die deutsche Krone, um die Herrschaft vom Meere bis zum Bodensee. Welch unerhört kühnen Flug seine Gedanken nach Ausbruch des Krieges zwischen Österreich und Frankreich zu nehmen wagten, das hat er nicht nur in flüchtigen Worten ausgesprochen, wie er sie in Erwartung des Krieges jenem norddeutschen Bundestagsgesandten, dem belgischen Gesandten und dem österreichischen Legationssekretär

⁵⁸⁾ Die Fortsetzung des Gesprächs s. in Anlage 32.

⁵⁹⁾ BrPrO. S. 472.

hinwarf. Er hat es sich auch einmal — kurz nach Eröffnung der Feindseligkeiten in Italien, von seinem fernen Beobachtungsposten in St. Petersburg aus — in einem langen Briefe von der Seele geschrieben. Dem Manne, der ihm damals aus der Umgebung des Prinzregenten menschlich und politisch am nächsten stand, dem Generaladjutanten Gustav von Alvensleben, zeigt er in diesem Briefe vom 5. Mai 1859 das Bild eines neuen Deutschland, das im Dunkel dieser Schicksalsstunde schläft und durch den Donner der preussischen Kanonen nur geweckt zu werden braucht. Wenn Alvensleben nicht zu große Bedenken gegen einzelne Stellen des Briefes habe, solle er ihn dem Prinzregenten vorlegen.

Vier Möglichkeiten sieht Bismarck, von denen er drei vom Standpunkt der preussischen Politik verwirft: 1. strikte Neutralität Preußens und des Bundes, 2. Neutralität Preußens, aber Anschluß sämtlicher oder eines Theiles der anderen Bundesstaaten an Österreich, 3. den Entschluß Preußens, Österreichs Sache zu der seinigen zu machen. Dann kommt er auf die vierte, die seinige: „Die gegenwärtige Lage hat wieder einmal das große Los für uns im Topf, falls wir den Krieg Österreichs mit Frankreich sich scharf einfressen lassen und dann mit unserer ganzen Armee nach Süden aufbrechen, die Grenzpfähle im Tornister mitnehmen und sie entweder am Bodensee, oder da, wo das protestantische Bekenntnis aufhört vorzuwiegen, wieder einschlagen. Wo ist denn außer uns noch ein europäischer Staat, dem 18, oder wenn ich die Katholiken in Oberbayern und Oberschwaben abrechne, 14 Millionen zwischen seinen eignen schlecht zusammengefügt Gliedern umherliegen und nichts weiter von ihm wollen als ihm a n g e h ö r e n? Alle diese Leute schlagen sich ja 24 Stunden, nachdem wir sie in Besitz genommen haben, für uns besser, wie für ihre frühere Obrigkeit, besonders wenn der Prinzregent ihnen den Gefallen thut, das Königreich Preußen in Königreich Deutschland umzutaufen. Und wir brauchen niemand von Land und Leuten zu jagen, um ein anderes Bundesver-

hältniß einzuführen, nach welchem Heer und Zollwesen in der Hand des preußischen Präsidiums bleibt. Wir brauchen auch die Fürsten in ihren Residenzen nachher gar nicht zu beargwohnen; ihre Unterthanen würden der Rückkehr zur Kleinstaaterie ebenso sicher ihren Beistand versagen als jetzt etwa die standesherrlichen in Wied oder Wittgenstein. Ist Bayern zu dick für solches System, so kann man ihm die Katholiken in Schwaben für Franken geben und es herauslassen, oder besser, man kann es dünner machen, indem Anspach-Baireuth ihren angestammten Herrschern wieder zufallen“⁶⁰).

Falls dieses Bild eines deutschen Staates, in dem die Bundesfürsten zu machtlosen Standesherrn herabsinken, Allensleben zu abenteuerlich ausfähe: „Dann sollten wir doch wenigstens diesen günstigen Moment benutzen, um ein Bundesverhältniß loszuwerden und zu ändern, das uns von Hause aus keine würdige Stellung und keine unseren Pflichten und unserer Macht entsprechende Rechte gewährt“⁶¹). Und diese abgeschwächte Dosis seiner Gedanken, diesen Rat, die Stunde zum Bruch des Bundes zu nutzen, hat Bismarck wenige Tage später auch dem Minister Schleinitz verabreicht. Er wollte auch vor ihm das „Zeugniß eines Sachverständigen wider den Bund ablegen“. Und dieses Zeugnis schloß mit den geflügelten Worten: „Ich sehe in unserm Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht

⁶⁰) über Bismarcks Bedenken gegen Anschluß des katholischen Südens an Preußen und über seine Stellung zu dem Thema Preußentum und Protestantismus s. Günther Franz, Bism.'s Nationalgefühl (1926) S. 78, 52. — Der Gedanke der Umtaufe Preußens in ein Königreich Deutschland klingt leise wieder an in B.'s Brief an Schleinitz v. 12. Mai. 1859 (GW. III S. 38), stärker in dem an Roon v. 27. Aug. 1869 (BZB. III S. 284). Auch hierzu Franz S. 89.

⁶¹) Der Brief z. T. in der Kreuzzeitung v. 27. Sept. 1903, Nr. 453, 2. Beilage. Das dort Fehlende danke ich der Freundlichkeit von Erich Marcks.

bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen⁶²⁾.

Das war und blieb der letzte Schluß, den Bismarck aus seiner Frankfurter Lehrzeit mitnahm. Im Negativen, in der Ablehnung des Bundes als Grundlage für das staatliche Leben Deutschlands, durfte Bismarck sich mit der großen Mehrzahl des deutschen Volkes einig fühlen. Im positiven Teile seiner damaligen Gedanken aber, im unitarischen Zuge seiner politischen Ziele von 1859, ging er einsame Wege, auf denen nur eine kleine Minderheit ihm gefolgt sein würde. Er selber hat später in einer seiner großartigsten historisch-politischen Betrachtungen, in dem Kapitel „Dynastien und Stämme“, der „Gedanken und Erinnerungen“, gerade den fast unlösbar engen Zusammenhang zwischen deutschem Patriotismus und dynastischer Anhänglichkeit betont und hat ausgesprochen, daß diese Anhänglichkeit eine stärkere Kraft sei als das Bewußtsein der Stammesunterschiede. „Die Schwierigkeit, sie zu zerstören und zu ignoriren, oder die Einheit theoretisch zu fördern, ohne Rücksicht auf dieses praktische Hemmnis, ist für die Vorkämpfer der Einheit oft verhängnisvoll gewesen“. Sie wäre auch für Bismarck verhängnisvoll geworden, wenn er hätte versuchen dürfen, die Politik seines Briefes an Alvensleben in die Wirklichkeit umzusetzen. Und der Greis hat im Rückblick auf die versäumten Gelegenheiten der preußischen Politik, zu denen das Jahr 1859 gehört, nichts von den verwegenen Phantasien gesagt, die ihn damals erfüllten. Er beschränkt sich auf den Satz, der noch genug gesagt: „Mein Gedanke war, immerhin zu rüsten, aber zugleich Osterreich ein Ultimatum zu stellen, entweder unsre Bedingungen in der deutschen Frage anzunehmen oder unsern Angriff zu gewärtigen“⁶³⁾.

⁶²⁾ B. an Schleinitz, 12. Mai, GW. III S. 38.

⁶³⁾ G. u. G. I S. 282.

Ergebnis

Am 6. März 1859 verließ Bismarck die Stätte seiner politischen Lehrzeit. Wie tief er den Österreichern und allen, die ihn gestürzt hatten, auch grollte — es war dennoch ein guter Geist der deutschen Geschichte, der ihn damals von Frankfurt wegführte. Die Befürchtungen des Scheidenden gingen zwar in Erfüllung. Der Bund, von Österreich geführt, tat eben das, was in Bismarcks Augen nahezu gleichwertig mit Mobilmachung gegen Frankreich war, und tat noch einiges mehr. Im März beschloß er, die Artillerie-Ausrüstung der Bundesfestungen zu vervollständigen, im April, die Bundeskontingente auf Kriegsfuß zu setzen und marschbereit zu halten, im Mai, die Festungsbesatzungen auf den Kriegstand zu erhöhen. Alle Beschlüsse gewannen dadurch an Wirkung, daß sie einstimmig gefaßt wurden: Preußen ging mit. Ja, zu Anfang Juli, nach den Schlachten bei Magenta und Solferino, machte Preußen mobil und stellte den Antrag, zwei Bundes-Armeekorps am Rheine aufzustellen, Österreich den weiteren, alle Bundeskontingente mobil zu machen und einen Oberfeldherrn zu ernennen. Beide Anträge wurden wegen Abschlusses des Präliminarfriedens zu Villafranca wieder zurückgezogen¹⁾. Die drohende Haltung Preußens und des Deutschen Bundes aber hinderte Napoleon, seinen Sieg zu verfolgen, und bestimmte ihn, sich mit Erreichung des halben Kriegszieles zu begnügen; Österreich verlor nur die Lombardie, behielt aber Venetien.

Vom preußischen Standpunkt aus war das zweifellos schlechte Politik. Österreich, das auf Waffenhilfe gerechnet

¹⁾ Prot. BB. 1859 März 24., Apr. 28., Mai 13., Juli 4., 7., 16., S. 178, 280 p, 348 i, 470 b, 476 a, 480 ab.

hatte, wurde nicht befriedigt; Frankreich, das auf wohlwollendere Neutralität gehofft hatte, wurde verstimmt; ebenso Italien, dessen Befreiung nun am Mincio aufgehalten wurde. Deutschland endlich, das bei der Krisis leer ausging, fühlte sich schmerzlich enttäuscht durch die Halbheit der preussischen Politik. Zufrieden war niemand. Aber für die Lösung der deutschen Frage war doch nichts verloren als die Gelegenheit, einen schwülen Traum zur Wirklichkeit zu machen. Hätte das Schicksal damals dem seiner Stunde wartenden Bismarck als Minister — was zeitweilig nicht unmöglich schien²⁾ — und zugleich als Herrscher über die Seele des Monarchen, die Zügel in die Hand gegeben, sie nach seinem Willen zu lenken, so wäre sicherlich kein Deutsches Reich geschaffen worden, sondern nur ein Großpreußen. Nicht die begeisterte Zustimmung der Nation würde seine Politik getragen, sondern leidenschaftliche Entrüstung würde sie bekämpft haben. Nicht im Feuer heldenhaften Ringens wäre das deutsche Volk zur Einheit geläutert, zusammengeschweißt, sondern durch einen Akt kalter politischer Berechnung zur Unterwerfung unter den Willen eines Einzigen gezwungen worden. Und nicht eigene Kraft allein würde das große Werk geschaffen haben, sondern fremde, französische Hilfe würde, wie bei der Befreiung Italiens, so auch bei der Einigung

²⁾ Der in Rechbergs Abwesenheit berichtende k. k. Geschäftsträger Braun verzeichnet am 1. Febr. 1859 das Gerücht, „daß sowohl Herr v. Bismarck als seine Partei zuletzt in Berlin Alles aufgeboten habe, um die Frage, ob Minister Schleinitz einem Ministerium Bismarck weichen werde, zur definitiven Antwort zu drängen.“ Am 9. Febr. berichtet er: „Aus einer Quelle, die auf S. H. den Herzog von Nassau zurückführt, erfahre ich, daß der Prinz-Regent, zunächst aus Rücksicht für den König, Herrn v. Bismarck das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten zu übertragen die Absicht gehabt habe, deren Ausführung jedoch an der Abneigung der Prinzessin von Preußen gegen den Genannten, sowie an dem Widerstande aller übrigen Minister scheitert sein soll“. WU.

Deutschlands mitgeholfen haben. Es wäre die Politik des ersten schlesischen Krieges gewesen. „Ich gebe Ihnen ein Problem zu lösen“, schrieb Friedrich der Große vor dem Einmarsch nach Schlessien an seinen Minister, „wenn man im Vorteil ist, soll man ihn nützen oder nicht?“³⁾ Bismarck war über die Antwort auf eine solche Frage so wenig im Zweifel wie der große König. Aber was zu einer Zeit möglich war, in der das deutsche Nationalgefühl noch im Schlummer lag, ein preußischer Angriff auf Österreich im Bunde mit, oder doch in freundschaftlicher Anlehnung an Frankreich, das wäre unerträglich gewesen im Jahrhundert des erwachten Nationalgefühls, im Jahre der Gründung des Nationalvereins, im Jahre der Schillerfeier mit ihrem, Großdeutschland umfassenden Bekenntnis eines tiefen Gemeinschaftsgefühls. Eduard Simson gab nur die allgemeine Stimmung wieder, als er im preußischen Abgeordnetenhaus am 12. Mai ausrief: „Wer in u n s e r e n Tagen die Rede versuchen wollte, ob wir nicht (im Sinne des großen Kurfürsten oder König Friedrichs des Großen) schlimmsten Falls uns zu einer F r a n z ö s i s c h e n Allianz herbeilassen sollten, der redet politischen Überwitz“⁴⁾! Ein Kind dieses hoffenden und gärenden Jahres 1859 war auch das Kampflied von 1914, Ludwig Bauers

O Deutschland, hoch in Ehren

Du heil'ges Land der Treu . . .

mit seinem Schlachtruf

Halte aus, halte aus,

Lasset hoch das Banner wehn!

Lasset uns treu und kühn

Mit den Völkern Östreichs gehn!

Was hatte es dieser Stimmung gegenüber, die Nord und Süd erfüllte, zu bedeuten, daß einzelne politische Köpfe wie

³⁾ Politische Correspondenz Friedrichs d. Gr. I S. 84.

⁴⁾ Stenogr. Berichte 1859, Spalte 1108.

Constantin Rößler und Ferdinand Lassalle von ähnlichen Gedanken bewegt wurden wie Bismarck?⁵⁾)

Bismarcks Gedanke des „Arrangement avec le diable“ war eine Frucht, die am Baume achtjährigen Haders mit Österreich gereift war. Er hätte sie auch dann nicht brechen können, wenn er am Bundestag geblieben wäre. Der Prinzregent würde es ihm verwehrt haben. Bismarck hätte sich fügen müssen wie während des Krimkrieges, hätte warnen und bremsen, aber nicht lenken können. Vielleicht wäre ihm das Vertrauen seines Fürsten verloren gegangen. Auch für ihn selber war es darum besser, daß er an der Nawa kaltgestellt wurde. Und so hat er sich denn, noch ehe er Frankfurt verließ, wenigstens etwas mit seiner neuen Sendung ausgesöhnt. Am 17. Februar schrieb er an Gruner: „So trübe wie in Berlin, unter dem Einfluß der Grippe und nervöser Niedergeschlagenheit, betrachte ich meine Sendung nach dem Norden nicht mehr; aber recht begeistern kann ich mich doch noch nicht dafür“⁶⁾). Und am 26. erzählt seine Gattin: „Er denkt jetzt auch, daß er sowohl hier wie in Berlin garnichts nützen kann und in Petersburg sowohl politisch wie persönlich beim Kaiser eine sehr angenehme Stellung haben wird. Das ist sein und mein Trost“⁷⁾). Für Deutschland aber und zugleich für seinen eigenen Ruhm war es wie ein Geschenk des Himmels, daß er den ersten Platz am Ruder des Staates und im Vertrauen des König erst dann erringen durfte, als sein friderizianischer Dämon sich in Not und Gefahr ohnegleichen zu bewähren hatte, statt daß die lockende Gunst einer Stunde ihn zu Taten versuchte, die sein Volk und seine Zeit nicht verstanden haben würden.

Bismarck hatte im Frühjahr oder Sommer 1859 ein Gespräch mit Hans von Unruh, vor dem er seinen Zorn über die

⁵⁾ Th. Scheffer, Die preuß. Publizistik i. J. 1859 (1902) S. 50 f., 146—150. Vgl. H. Onken, Bennigsen I (1910) S. 319.

⁶⁾ GB II S. 403.

⁷⁾ Reude II S. 69 f.

preußische Politik ausschüttete. Österreich in diesem Kriege beizustehen, wäre politischer Selbstmord Preußens. Dann kam er auf die Isolierung Preußens am Bundestage und sagte, es gäbe nur e i n e n Alliierten für Preußen, wenn es ihn zu gewinnen verstände — das deutsche Volk!⁸⁾ Und damit schlug er den Ton an, der hinfort, bis zu dem krönenden Werk von 1870/71, den beherrschenden Grundton all seines politischen Denkens und Handelns bilden sollte. An den leitenden Minister der Neuen Ära, an Rudolf von Mierswald, schrieb er im Sommer 1860 aus St. Petersburg, daß er „unser Heil nur im Vertrauen auf unsre eigne und auf die deutsche National-Kraft erblicke“. Und noch einmal, deutlicher noch, im November: „Auf die Dauer haben wir jedenfalls nur Eine zuverlässige Stütze (wenn wir sie nicht absichtlich verwerfen), das ist die nationale Kraft des deutschen Volkes, so lange es in der Preussischen Armee seinen Vorkämpfer und die Hoffnung seiner Zukunft erblickt, und so lange es nicht erlebt, daß wir Gefälligkeitskriege für andre Dynastien als die Hohenzollernsche führen“⁹⁾. Der Weg aber, den Bismarck im Frühjahr 1859 im Sinne hatte, führte gewiß nicht zum deutschen Volke als dem Alliierten Preußens hin. Unser Staatsmann überschätzte die politische Einsicht seiner Deutschen, wenn er bei ihnen die Erkenntnis voraussetzte, die ihm selber feststand und in den Frankfurter Jahren nur noch tiefere Wurzeln geschlagen hatte: daß eine starke Erweiterung der preussischen Grenzen ein Glück nicht nur für Preußen sein würde, sondern für ganz Deutschland.

Bismarck hat während seiner gesamten Frankfurter Zeit nicht in so scharfem, innerem Gegensatz zu der in Berlin beliebten politischen Richtung gestanden wie kurz vor seinem

⁸⁾ H. B. v. U n r u h, Erinnerungen, hrsg. v. Poschinger (1895) S. 209. Über die (unsichere) Datierung des Gespräches vgl. W. A n d r e a s: GW. VII S. 37.

⁹⁾ H. v. Petersdorff, B.'s Briefe an R. v. Mierswald. Deutsche Rundschau, 53. Jg. (Okt. 1926) S. 63, 69.

Beggang. Auf die Frage des kaiserlichen Legationssekretärs Adolf Braun, ob denn der Einfluß Österreichs in Berlin so sehr zugenommen habe, erwiderte er damals: „Auf directem Wege erreicht da Österreich in dem jetzigen Augenblicke, was es will“¹⁰⁾. Die Antwort bezog sich zunächst auf seine Versetzung nach St. Petersburg, deutet aber in ihrer allgemeinen Fassung darauf hin, daß nach Bismarcks Eindruck Österreich nunmehr Trumpf in Berlin war. Und in der Tat sah Schleinitz in der Freundschaft mit Österreich das erste Gebot der preußischen Politik. Das war ein bitterer Gegensatz zu der achttjährigen Vergangenheit, die nun hinter dem aus Frankfurt Scheidenden lag. Wie oft Bismarck auch mit Manteuffel gegrollt hatte, am schärfsten während des Krimkrieges — Trumpf war Österreich damals doch nie in Berlin gewesen. Der Gesandte am Bundestag hatte mitgeholfen, es zu verhindern; aber auch ohne ihn würde Preußen selbst in Zeiten des größten Schwachmutes nie völlig in Abhängigkeit von Wien geraten sein. Denn Manteuffel und Bismarck gehörten im Grunde der gleichen politischen Richtung an. Was sie unterschied, war, wie schon früher bemerkt wurde, weit mehr ein Unterschied des Mutes, der Charakterstärke, als der politischen Auffassung. Damit ist in der Hauptsache auch die Frage beantwortet, welchen Anteil der Eine und der Andere an der Haltung der preußischen Bundespolitik von 1851 bis 1858 gehabt hat. Beide wollen Preußen seine Selbständigkeit am Bunde erhalten. Nur ihre Mittel sind verschieden: der Art Manteuffels entspricht mehr die Abwehr gegen, der Bismarcks der Angriff auf die Macht, die der Selbstbestimmung Preußens gefährlich werden kann.

Der Einblick in die österreichische Berichterstattung aus Frankfurt gibt uns für das Verhältnis von Bismarcks zu Manteuffels Politik¹¹⁾ ein wertvolles Erkenntniskriterium.

¹⁰⁾ Bericht Brauns v. 9. Febr. 1859. WA.

¹¹⁾ Die Berliner Dissertation (1915) von G. v. R i c h t h o f e n, Die Politik B.'s u. Mant.'s i. d. Jahren 1851—58, behandelt die

Bisher wußten wir nur was Bismarck berichtet; dieses Buch konnte auch zeigen, was er verschweigt. Er verschweigt einmal solche Dinge, deren Mitteilung nach Berlin eine ihm unerwünschte politische Anschauungsweise unterstützen könnte. So etwa, wenn er nichts über jene Vorhaltungen des Fürsten Gortschakow vom Februar 1852 meldet: Preußen und Österreich müßten sich aus Gründen der inneren Politik, um des konservativen Prinzipes willen, mit einander vertragen. Von dieser Musik wurde in Berlin gerade genug gemacht, und Bismarck hielt sie für schlechte Musik. Leicht zu verstehen ist auch, daß er manche diplomatische Finte verschwieg, die er auf eigene Rechnung machte; so wenn er — zu eben jener Zeit — den Österreichern, sei es mit seiner Abberufung vom Bundestage ohne Ernennung eines Vertreters, sei es mit der Berufung Bernstorffs drohte; oder wenn er im Mai 1855 dem Grafen Rechberg aus freier Erfindung heraus von dem bevorstehenden Abschlusse eines preußisch-nordischen Neutralitätsbündnisses mit bedenklicher Miene erzählte, um ihn besorgt und daher entgegenkommend zu stimmen; oder wenn er sich nach seiner Rückkehr aus Paris im Mai 1857 mit dem Schleier des Geheimnisses umgab und bei Rechberg die Vorstellung von wichtigen Abmachungen mit Napoleon zu erwecken wußte. Derartige Verschweigungen sind mehr oder weniger harmloser Art und erklären sich selbst.

Viel wichtiger für die Frage nach der persönlichen Politik des Gesandten ist dessen Schweigen über seine wiederholten ernststen Bedrohungen Österreichs. Schon in der Anwendung des Bluffs sahen wir ihn kühner vorgehen als Manteuffel und sahen ihn darüber schweigen. Weit über den Begriff des Bluffs hinaus aber geht jene großartige Kampfansage vom

Frage auf Grund des gedruckten Materials, doch unter Außerachtlassung der Bundestagsprotokolle, und eingehend nur die Arimkriegspolitik, so daß die für das Thema sehr wichtigen letzten Jahre von B.'s Frankfurter Wirken so gut wie unter den Tisch fallen.

Juni 1857, über die er nichts nach Berlin berichtet hat. Das war kein Einschüchterungsversuch wie die häufigen Drohungen mit Bundesbruch. Das war bitterer Ernst; denn den Worten folgte die Tat. Es begann der Krieg der ewigen Schifane, die Peinigung des Gegners durch fortgesetzte Nadelstiche, und das alles mit dem Blick auf den drohend umwölkten politischen Horizont Europas, mit der Hand am Hebel der Preßpropaganda. Bismarcks eigene Berichte geben kein Bild von seinem Offensivgeist in dieser letzten Zeit. Sie verhüllen alle Schärpen seines Vorgehens und erwecken nur den Eindruck einer äußerst wachsamten Defensive. Da ist keine Kampfhandlung, die in seiner Darstellung nicht zur Abwehr eines österreichischen Übergriffes würde. Selbst die Frage der Rastatter Besatzung, bei der, bundesrechtlich und bundespolitisch angesehen, alles Recht auf Seiten Österreichs war, wird in seiner Darstellung zu einem geheimen Schachzug Österreichs gegen Preußen. Der Meister in der Kunst, den Gegner ins Unrecht zu setzen, stand hier vor einer so schwierigen Aufgabe, daß er nicht beim ersten Anlauf Erfolg hatte, sondern von Manteuffel zunächst die Antwort erhielt, die Angelegenheit scheine nichts Verlegendes zu haben¹²⁾. Am Ende drang er doch mit seiner Auffassung durch.

Die Taktik seiner Berichterstattung aber, die alle Schärpen der eigenen Kampfesweise verhüllt oder mildert und immer den Gegner zum Angreifer macht, kann nur einen Sinn haben: Bismarck weiß, daß er mit einer aggressiven Politik nicht die Billigung seines Ministers und seines Königs finden würde. Er muß ihnen gegenüber defensiv wenigstens erscheinen. Und dank dieser Taktik ist es ihm, wenn er ernstlich wollte, immer gelungen, seine Auffassung von den bundes-

¹²⁾ Erlaß Manteuffels v. 8. Mai 1857. Pr. i. BL. III S. 103, Anm. Nach Eingang des Bismarckschen Berichtes v. 12. Mai klingt M.'s Sprache schon anders; S. 108, Anm. 1; dazu M.'s Brief an Hatzfeldt, 17. Mai. Pr. a. P. III S. 348.

politischen Aufgaben Preußens in Berlin durchzusetzen. Bismarck hat nur einmal, bei Antritt seines Amtes, eine allgemeine Weisung erhalten, die von seinem Vorgänger Rochow übernommene. Wie er im einzelnen vorgehen, welche Fragen er anrühren wollte, das blieb durchaus seinem eigenen Ermessen überlassen. Als er bei einem Berliner Besuch im Januar 1852 von Bundesangelegenheiten sprach, fand er geringes Interesse und gleichgültige Zustimmung (S. 81). Für die Mehrzahl der Bundesgeschäfte wird das nie anders geworden sein: Manteuffel pflegte auf Bismarcks Vorschläge mit wenigen Worten sein Einverständnis zu erklären. Und so liegt bei Bismarck die Initiative für die große Mehrheit der von Preußen an den Bund gebrachten Anträge. Von ihm wurde der rettende Ausweg im Flottenstreite wie im Raftatter Festungsbaustreite gewiesen; nur Ungeschick oder mangelnde Einzelkenntnis des Ministeriums störte beide Male zeitweilig seine Kreise. Von ihm wurden die Normen für die Behandlung der Bundespreßbestimmungen aufgestellt und durchgeführt, ohne daß seine Regierung ein Wort von der Unbefangenheit erfuhr, mit der Bismarck für Straflosigkeit der Angriffe auf Bestand und Würde des Deutschen Bundes eintrat. Von ihm ging der Anstoß zur Revision der Geschäftsordnung aus, die den Bundestag vom Frühjahr 1853 bis zum Sommer 1854 in Anspruch nahm; es war die erste, eindeutig offensive Kampfhandlung Preußens gegen die präsidentiale Machtstellung Österreichs. Durch ihn allein erfuhr die österreichische Bundespolitik ihre schwerste Niederlage während des Krimkrieges: den Bundesbeschluß vom 8. Februar 1855, durch den die von Österreich gewünschte Bundeskriegsbereitschaft gegen Rußland die doppelte Front gegen Ost und West erhielt. Von ihm ging der Kampf für Rangerhöhung der Bundestagsgesandten aus. Durch ihn wurde das diplomatische Kampfziel in der schleswig-holsteinischen Frage bestimmt und erreicht. Durch ihn wurden all die kleinen Händel angesponnen, die während des großen

Kampfes um die Rastatter Besatzung den Bundesfrieden störten und die Stimmung verbitterten.

Er also, nicht Manteuffel, war der leitende Geist der preussischen Bundespolitik. Er hat gelegentlich Fehlgriiffe seines Chefs korrigiert, so bei den Verhandlungen um das deutsche Handelsgesetzbuch. Nur ihm war es zu danken, daß Preußen sich weder, wie Manteuffel ursprünglich wollte, in dieser Frage von den übrigen absonderte, noch die Führung der Dinge an den Bund abgab, wie Österreich gewünscht hätte. Manteuffel hat sich hier, wie auch sonst, durch seinen Rat bestimmen lassen. Und so hat die zögernde, auf die Defensive eingestellte Natur des Ministers die Verantwortung auch für die offensiven Kampfhandlungen seines Gesandten so vollständig übernommen, daß bei den Österreichern die Vorstellung entstehen konnte, die eigentliche Quelle des Übels sei in Berlin zu suchen, nicht bei Bismarck. Und dieser hat jede Gelegenheit benutzt, um diese Vorstellung zu stärken, hat offene Unwahrheiten nicht gescheut, wenn sie diesem Zwecke dienten. Denn er brauchte diese Vorstellung bei den Österreichern; seine eigene Stellung ihnen gegenüber wurde verstärkt, wenn sie annehmen mußten, hinter Bismarck stände mit ebenso festem, ja noch festerem Willen die preussische Regierung. Erst nach der Kampfansage vom Juni 1857 wurde diese Vorstellung — nicht zerstört, aber doch erschüttert. Einen solchen Kampfeswillen traute man keinesfalls dem König zu, eher schon Manteuffel.

Der Grad des Offensivgeistes, den wir für Bismarcks Frankfurter Wirken aus diesem Buche kennen gelernt haben, bedeutet zwar ein neues, aber kein überraschendes Forschungsergebnis. Denn dieser Geist stimmt widerspruchlos zu Bismarcks späterer Gesamthaltung in der Zeit des Kampfes um die Vorherrschaft in Deutschland. Wohl aber könnte es befremden, daß ein Mann wie Manteuffel, klug, kühl und eifersüchtig auf seine Macht wie er war, dennoch durch Bismarck, ohne es recht zu merken, zum Mitgänger und nach

außen hin zum eigentlichen Träger der offensiven Bundespolitik Preußens gemacht werden konnte. Die Erklärung dafür liegt doch nur zum Teil in der zwingenden Macht der Bismarckschen Berichterstattung, der noch heute kein Leser, der nur sie und nicht auch die österreichischen Berichte kennt, sich ganz zu entziehen vermag. Noch etwas anderes kam hinzu, was dem Gesandten am Bundestag seine Rolle als Ankläger Österreichs immer aufs neue erleichterte: Graf Buol war sein bester Bundesgenosse. Die allgemeine Weisung, die Manteuffel im Mai 1851 als Programm der preußischen Bundespolitik seinem Frankfurter Gesandten erteilte, sprach die Forderung aus, daß allen Vorschlägen an den Bundestag Verständigung zwischen Wien und Berlin vorherzugehen habe, als unerläßliche Grundlage gegenseitigen Vertrauens. Hier war das Leitmotiv bezeichnet, das Bismarck Jahr für Jahr in all seinen Verhandlungen mit Österreich immer wieder anklingen ließ. Hier war ein Kampfziel gegeben, dessen Berechtigung Bismarck nicht erst zu begründen brauchte, dessen Erreichung seine amtliche Pflicht war. Es war Manteuffels eigener Gedanke, daß der Zustand der Metternichzeit, d. h. die gegenseitige Rücksicht der beiden Großmächte auf einander, wiederkehren mußte. Noch gegen Ende seines Ministeriums ist er auf diesen Gedanken zurückgekommen¹³⁾. Und warum sollte nicht wieder möglich werden, was vor 1848 möglich war? — Eben diesem Ziele trat Buol in den Weg. Es war vielleicht der schwerste Fehler seiner Bundespolitik. Denn damit setzte er Österreich auch in den Augen der preußischen Regierung grundsätzlich ins Unrecht und stützte mittelbar alle Anklagen, die Bismarck gegen Österreichs Streben, Preußen am Bunde zu majorisieren, wieder und wieder erhob und in zahlreichen Fällen mit Recht erheben konnte.

Allerdings hat Österreich von der Möglichkeit, Preußen zu

¹³⁾ Manteuffel an den Wiener Gesandten, 24. Aug. 1858. Pr. a. P. III S. 478. Vgl. S. 433.

majorisieren, einen viel vorsichtigeren Gebrauch gemacht, als es nach Bismarcks Berichten scheinen könnte. Es ist schließlich immer zurückgewichen, sowie Preußen die Anwendbarkeit des Majoritätsprinzips bestimmt ablehnte. Aber daß Österreich überhaupt den Versuch machte, Preußen unter Mehrheitsbeschlüsse zu beugen, war belastend und mußte Mißtrauen erwecken. Die seltenen Fälle, in denen es schließlich wirklich zu einer Majorisierung kam, betrafen untergeordnete Fragen, die Preußen nicht ans Leben gingen, Geschäftsordnungsstreitigkeiten, Episoden in der Behandlung des Flotten- und des Rastatter Streites und ähnliches. Bismarck aber hat diese Fälle weidlich ausgenutzt, um die kaiserliche Politik zu brandmarken. Und so hat Österreich tatsächlich nicht den geringsten Vorteil davon gehabt, daß es sich weigerte, das von Preußen gewünschte Abkommen zu schließen und seine Bundesvorlagen vorher mit der Berliner Regierung zu besprechen. Den Vorteil hat allein Bismarck gehabt, der aus Österreichs Weigerung die schärfste Waffe seiner Anklagen gegen Wiens Streben nach Unterjochung Preußens schmieden konnte. Graf Rechberg war hierin weitblickender als sein Chef; wäre es nach ihm gegangen, so würde Österreich die Verständigung über gegenseitiges Vetorecht am Bunde abgeschlossen und das Berliner Mißtrauen damit beschwichtigt haben. Aber Rechberg war kein Bismarck, der seine Auffassung von den Aufgaben der Bundespolitik durch die Kraft seiner Logik und seines Willens der eigenen Regierung aufzwang. War sein Chef anderer Meinung als er, so fügte Rechberg sich ohne Widerspruch.

Die Gründe für Buols ablehnende Haltung brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Was er im November 1857 darüber in Berlin vortragen ließ¹⁴⁾, ist Spiegelfechterei. Der entscheidende Grund lag in der Tatsache, daß Österreich im Besitz der Bundestagsmehrheit war und den Vorteil dieses

¹⁴⁾ Anlage 27.

Besitzes nicht preisgeben wollte. Buols Gedankenfehler aber lag darin, daß er einen Vorteil verteidigte, den er im Ernstfalle doch nicht auszunutzen wagte, der also in Wirklichkeit kein Vorteil war. So erhielt Bismarck das günstigste Gefechtsfeld, das er sich wünschen konnte.

Die Leitung des Bundes durch Österreich war in Bismarcks Augen nur dann eine Gefahr, wenn Preußen sich schwach zeigte. Und für diesen Fall war Bismarck im Recht mit seiner Sorge. Daher sein unermüdlisches Warnen vor Schwäche und Nachgiebigkeit. Solange er selber am Bundestagstische saß, bestand diese Gefahr nicht, und es gab keinen größeren Verächter des Bundes als Bismarck. In einem Gespräch mit dem russischen Diplomaten Brunnow hat er den Bund einmal einen Nachtopf genannt, mit dem man kein Geschäft verrichten könne, weil einem der Henkel in der Hand bleibe¹⁵⁾. Öfters hat er den Vergleich mit dem Regensburger Reichstag gebraucht, meistens im Scherz wegen der Zopfigkeit der hohen Versammlung¹⁶⁾, einmal in bitterem Ernst, in der Kampfansage an Rechberg: man müsse auf die offene Sprache zurückkommen, die man noch auf dem Regensburger Reichstag geführt habe; dort hätten die Gesandten offen ihre Landesinteressen vertreten und nicht das Interesse Deutschlands lügenhaft vorgeschützt¹⁷⁾. Es ist auch kaum ein Zufall, daß ihm bei den Rangstreitigkeiten gerade die Ordnung des Regensburger Reichstags mit ihrem Auskunftsmittel des Alternates vorschwebte; denn unleugbar bestand eine tiefe Verwandtschaft zwischen dem Bundestag und seinem Regensburger Vorgänger. Durch alle Verhandlungen des immer-

¹⁵⁾ Brunnow an Meyendorff, 31. Jan. 1856. *Hoehsch* III S. 416.

¹⁶⁾ An Gerlach, 2. Aug. 1852, S. 36. An Herm. Wagener, 5. Juni 1851: „Karrikirte Zopfdiplomaten, die ... Blick und Wort mit Regensburger Sorgfalt wählen, wenn sie den Schlüssel zum A—fordern.“ *BBr.* S. 108.

¹⁷⁾ Anlage 19 (Bericht A).

währenden Reichstages im Heiligen Römischen Reiche ging das beharrliche Bemühen der Stände, den Kreis derjenigen Geschäfte zu erweitern, „wo majora nicht gelten“¹⁸⁾. Im Kampfe gegen eine starke Zentralgewalt, also auch gegen Anwendung des Mehrheitsprinzipes am Reichstag, bestand zu wesentlichem Teile der Kampf für die fürstliche Libertät. Genau so aber machte es Bismarck am Bundestag zu Frankfurt: er war der Vorkämpfer der preußischen Libertät.

Der Unterschied war nur, daß die meisten übrigen „Stände“ aus Furcht vor Preußen nicht mit ihm gingen, sondern lieber mit dem Kaiserstaat. Sie konnten nach dessen Pfeife tanzen, „weil die österreichische Pfeife auch die ihrige war, aber nicht die preußische“¹⁹⁾. Bismarck hat sich redlich bemüht, die übrigen auf die preußische Seite herüberzuziehen. Es ist ihm das erste Mal im Kampfe um die Geschäftsordnungsrevision leidlich gelungen, mit besserem Erfolge während des Krimkrieges, als Preußen die Rolle des Friedenshüters für Deutschland spielte, während Österreich zum Bundeskrieg drängte. Später ist es ihm nur noch einmal, bei den Rangstreitigkeiten, beschieden gewesen, eine Mehrheit um Preußen zu scharen. Seit dem Frühjahr 1856 hat er mehr und mehr darauf verzichtet und erklärte schließlich die Politik des Verbens um die Gunst der Mittelstaaten für eine schädliche freiwillige Selbstbeschränkung. Denn der Bund ist das Schutzbach der Schwachen und Kleinen gegen Sturmgefahren, dagegen für Preußen eine Schranke seiner Bewegungsfreiheit und seines Wachstums. Es gibt also nur eine österreichisch-mittelstaatliche, aber keine preußisch-mittelstaatliche Interessengemeinschaft — Preußen ist zur Minorität am Bundestag notwendig verurteilt. Doch wenn Preußen auch mit den R e g i e r u n g e n der übrigen Bundesglieder keine Interessen gemein hat, so

¹⁸⁾ Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte v. Westfäl. Frieden b. z. Regierungsantritt Friedrichs d. Gr. I S. 52.

¹⁹⁾ v. Arn h, Erinnerungen S. 209.



Bismarck im Jahre 1859
Nach einer Photographie von Elise Wolff

hat es diese dafür um so mehr mit den L ä n d e r n , mit der Bevölkerung des außerösterreichischen Deutschlands²⁰⁾. Diese Interessengemeinschaft aber kann nur außerhalb der Bundesverfassung, durch die Politik der freien Vereine im Stile des Zollvereins gepflegt werden. Nur wenn der Bund zerfallen wird, kann also Preußen seine deutsche Sendung erfüllen.

Dieser positive Gedanke, daß Preußen erst nach Beseitigung des Bundes freie Bahn für seine deutsche Politik gewinnen kann, wird im Laufe der Zeit ein viel stärkeres Argument für Bismarcks Bundesfeindschaft als der negative Gedanke, daß der Bund zur Gefahr für Preußen werden könnte. Die Sehnsucht seines Herzens war die Stunde, die den Bund zerbrechen würde, und seine Gegner, die Präsidialgesandten, hatten, was seine Gesinnung anging, Recht, wenn sie immer wieder die Untergrabung, die Vernichtung des Bundes als sein eigentliches Ziel bezeichneten. Nun war aber Bismarck der Mann, der immer nur das Mögliche wollte, und er wußte, daß er weder Friedrich Wilhelm IV. noch auch — zunächst wenigstens — den Prinzregenten für dieses Ziel würde gewinnen können. Er mußte daher seine politische Arbeit den Anschauungen seiner Monarchen anpassen. Und das hat er getan. Das gebot ihm nicht nur seine Einsicht, sondern auch sein Gefühl für preußische Disziplin. „Es kommt mir nicht zu, die Entschlüsse Sr. Majestät und meines Chefs zu kritisiren, nachdem sie gefaßt sind“, schrieb er an Gerlach gegen Ende des Krimkriegs, und etwa gleichzeitig an Manteuffel: „Von dem Augenblick an, wo die Sache entschieden war, habe ich mein Bestreben darauf gerichtet, sie im Sinne der allerhöchsten Intentionen mit demselben Eifer durchzuführen, den ich der Realisation meiner eignen Pläne gewidmet haben würde, und es gehört zu den Zielen meines Ehrgeizes, mir das Lob per-

²⁰⁾ Am schärfsten ausgesprochen in der Märzdenkschrift v. 1858. G.W. II S. 317.

sönlich zu verdienen, welches der ‚Preußischen Disciplin‘ im Allgemeinen durch den Lauf der Geschichte erworben ist²¹⁾.

Leicht sind ihm, dem geborenen Herrscher, Verzicht und Unterordnung nicht geworden. Anfang Juni 1857, unmittelbar ehe er Rechberg die Fehde ansagte, hat Reudell von seinen Lippen den Stoßseufzer gehört: „Ja, wenn man so über das Ganze disponieren könnte! — aber unter einem Herrn seine Kraft verpuffen, dem man nur mit Hilfe der Religion gehorchen kann...“²²⁾ Die Religion war die stärkste Schranke, die seine Natur gegen ihre eigene unbändige Kraft errichtet hatte. Sie und das angeborene und anerzogene Gefühl für Disziplin bildeten den Zügel, mit dem der Staatsmann sein Streيتroß zurückhielt, so oft es mit ihm davonjagen wollte. Und so läßt sich für den größten Teil seiner Frankfurter Zeit, trotz seiner innerlichen Bundesfeindschaft nicht sagen, daß er auf die Zerstörung des Bundes als politisches Ziel hingearbeitet hätte. Sondern sein Ziel war — wie seine Weisung es ihm vorschrieb — ein Deutscher Bund, in dem Preußen gleichberechtigt neben Österreich stand. Um dieses Zieles willen hat er die mühevollste Einzelarbeit nicht gescheut. Vor allem die Revision der Geschäftsordnung ist solcher Arbeit Zeugnis. Sie war positive Arbeit am Bundesgebäude. Und wäre es ihm gelungen, seine Weisung restlos zu erfüllen, ein preußisches Vetorecht am Bundestag zu erlangen, so würde er damit die preußische Bundesfreudigkeit, mittelbar also zugleich den Bund selber, ganz wesentlich gestärkt haben.

Nicht sein war die Schuld, daß ihm dies mißlang. Aber die Tatsache dieses Mißlingens trotz ernstestem Bemühens minderte unvermeidlich die moralischen Hemmungen, die er seiner Bundesfeindschaft auferlegt hatte. Und als ihm nun in den Jahren 1856 und 57 der Blick auf die europäische Lage immer

²¹⁾ An Gerlach, 11. Febr. 1856, S. 278. An Manteuffel, 16. Febr. *GW.* II S. 125.

²²⁾ Reudell S. 57.

loßender die Möglichkeit zeigte, in der großen Politik das zu erreichen, was sich am Bundestag als unerreichbar erwiesen hatte: die Erhöhung Preußens in Deutschland und gegenüber Österreich, da fielen jene Hemmungen mehr und mehr von ihm ab, und nun, etwa seit Mai oder Juni 1857, wurde in der Tat der Bundesbruch sein politisches Ziel — ein Ziel, das er vor Manteuffel zunächst besser verhüllte als vor den Österreichern. Allmählich aber wirkten die Logik und die Stimmung seiner Berichte, die in immer wachsendem Maße von Spannungen und Reibungen, von widerwärtigen Zänkereien am Bundestag handelten, doch auf Manteuffel in dem gewünschten Sinne ein. Noch Ende Mai 1858 war dessen Meinung: „Wir müssen mit Österreich gut sein; in diesem guten Verhältnis liegt einmal eine Garantie des europäischen Friedens und sodann die Antwort auf die Frage, ob Deutschland nichts oder viel zu bedeuten hat. Um aber mit Österreich gut zu sein, dürfen wir uns gar nichts von ihm gefallen lassen . . .“ Im August dagegen schrieb er an seinen Gesandten in Wien: „Verdenken wird man uns . . nicht, daß wir der Hand, welche uns so zerbröckeln will, einigen Widerstand entgegensetzen und diesen auf die Gefahr hin ausdehnen, daß über diesem Konflikt der mürrische Saß, Bundestag genannt, reißt. Preußen ist stark genug, um dies herbeizuführen, und es wird der unvermeidliche, wenn auch unangenehme Ausgang sein“²³). Zwischen der ersten und der zweiten Äußerung liegen — außer ernststen Reibungen im Rastatter Streit²⁴) — einige wuchtige Briefe Bismarcks und ein zweimaliges mehrtägiges Zusammensein, erst in Berlin, dann in Frankfurt und Baden-Baden²⁵). Wenn Bismarck aber den

²³) Manteuffel an Hagfeldt, 31. Mai; an Flemming, 24. Aug. 1858. Pr. a. B. III S. 456, 478.

²⁴) Poschinger, Manteuffel III S. 289 ff. Vgl. M.'s Brief an B., 2. Aug. 1858. BJB. III S. 183.

²⁵) Siehe besonders die Briefe v. 29. Juni, 5. u. 8. Juli. GW. II S. 344 f., 349 ff., 353 f. Über das Zusammensein Ende

vorsichtigen Manteuffel so weit gebracht hatte, daß er vor dem Gedanken des Bundesbruches nicht mehr zurückscheute, so war es keine verstiegene Hoffnung, daß es gelingen werde, das empfindliche preußische Ehrgefühl des Prinzen Wilhelm zu der gleichen Auffassung anzustacheln. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er schon das Kampfziel des preußischen Anteils an der Rastatter Besatzung zu diesem Zwecke gewählt hat.

Bundesbruch bedeutete so gut wie unvermeidlich Krieg gegen Österreich und seinen deutschen Anhang. Bismarck hat schon Ende November 1851, also nach einem halben Jahre Frankfurter Erfahrung, zum Grafen Thun von der Möglichkeit eines preußisch-österreichischen Waffenganges gesprochen (S. 70). Zwei Jahre später trank er bei Tisch seinem Freunde Reudell mit den Worten zu: „Das jetzige System der Vergewaltigung Preußens am Bunde ist für uns auf die Dauer nicht erträglich. Wieviele Jahre vergehen mögen, bis einmal die Waffen entscheiden, und unter welchen Umständen die Auseinandersetzung erfolgt, das kann heute niemand wissen; dahin kommen aber muß es, wenn man in Wien fortfährt, keine Vernunft anzunehmen“²⁶⁾. Seit dem Krimkrieg werden solche Gespräche häufiger. Wie er im Januar 1855 die Berliner Salons durch die Betrachtung entsetzte, daß der in Deutschland einheimische Dualismus auch in diesem Jahrhundert, nicht anders als in den früheren, kriegerisch ausgetragen werden müsse (S. 239), so hat er im August desselben Jahres zum Prinzen von Reuß in einer Weise, die diesem unvergeßlich blieb, auf der Place de la Concorde in Paris von der Unvermeidlichkeit eines Krieges der beiden deutschen Großmächte gesprochen²⁷⁾. Zu russischen Diplomaten hat er sich wiederholt im gleichen Sinne geäußert. Das eine Mal, im Oktober 1854, meinte er, Preußen müsse mit Ruß-

Juni u. Ende Juli: R o h I, Bismarck-Regesten I (1891) S. 151 f., u. Mant. an B., 20. Juli. Anh. z. G. u. C. II S. 272.

²⁶⁾ Reudell S. 43.

²⁷⁾ Erich Marks, Otto v. Bismarck S. 40.

land und Frankreich verbündet sein, damit es, sobald es den Krieg als nötig erkannt habe, plötzlich — à l'improviste — Österreich angreifen könne. Ein ander Mal, im November 1856, ermunterte er die Russen, es mit der Eroberung Indiens zu versuchen; inzwischen würden Preußen und Frankreich leicht mit Österreich fertig werden. Ein geheimnisvolles Lächeln begleitete die letzten Worte, ein Lächeln, in dem der Partner des Gesprächs, der baltische Baron Mengden, unverföhnlichen Haß gegen Österreich zu lesen meinte²⁸⁾. Schon im Frühjahr 1856 hat Bismarck seine These von der kriegerischen Regulierung des deutschen Dualismus auch Manteuffel selber vorgetragen: man werde die deutsche Uhr auch in diesem Jahrhundert durch das alte Mittel richtig stellen müssen²⁹⁾. Und zu dem allen das freimütige Bekenntnis zu Graf Rechberg vom Juni 1857: gerate Österreich in einen Krieg, so werde Preußens Platz auf der Seite seiner Gegner sein!

Die Zahl dieser prophetischen Drohungen ließe sich noch mehr. Aber sie alle geben keine Antwort auf die Frage, ob Bismarck von einem bestimmten Zeitpunkt an die Überzeugung gewonnen und festgehalten hat, daß „der gordische Knoten deutscher Zustände sich nicht in Liebe dualistisch lösen, nur militärisch zerhauen“ lasse³⁰⁾. Die Aussicht, daß Preußen auf friedlichem Wege die Gleichberechtigung mit Österreich erlangen werde, ist ihm schon im ersten Jahre seiner Frankfurter Gesandtentätigkeit zweifelhaft geworden, aber noch

²⁸⁾ Berichte Glinas v. ^{9.}/_{21.} Okt. 1854 u. Mengdens v. ^{15.}/_{27.} Nov. 1856. F. de Martens, Recueil des Traités . . . de la Russie t. VIII (St. Petersburg 1888) S. 454 f.

²⁹⁾ GW. II S. 142. Das Gleichnis von der Uhr kehrt seitdem öfters wieder: Jan. 1864 im Gespräch mit Botschafter Tanllérand. Orig. diplom. de la guerre de 1870/71 I S. 152.

³⁰⁾ G. u. G. I S. 289. B. selber nennt hier einen „Wendepunkt“ in seinen Ansichten, doch ohne Zeitangabe, denkt aber offenbar an die frühe Frankfurter Zeit.

im letzten Lebensjahre des Deutschen Bundes ist sie dem Ministerpräsidenten, der stets mit der Friedensliebe seines Königs zu rechnen hatte, nicht völlig undenkbar erschienen. Von der Unvermeidlichkeit des Krieges war Bismarck am stärksten dann überzeugt, wenn in einzelnen hellseherischen Stunden der Glaube an den eigenen Stern ihm die Zukunft erleuchtete. Denn unvermeidlich war der Krieg eben doch nur, wenn noch einmal der Geist Friedrichs des Großen den schwarz-weißen Fahnen ihren Weg wies. Und wer unter allen, die dem Throne nahestanden, trug diesen Geist in sich wie Bismarck?

Für diesmal hatten die anderen gesiegt, die vielen, die ihn fürchteten und haßten — diesen Geist und den verwegenen Junker, der von ihm erfüllt war. Aus Österreich, aus Preußen und aus dem übrigen Deutschland hatten sie sich die Hände gereicht, um ihn niederzuhalten. Bei den Liberalen herrschte helle Freude, als es gelungen schien: „Gut ist's,“ schrieb August von Sacken, „daß Bismarck-Schönhausen aus der Nähe des Regenten entfernt ist, nur wollte ich, er wäre lieber nach Japan als nach Petersburg gekommen“³¹⁾. Es war eine unfreiwillige Anerkennung der Größe des Geheften — dieser Bund der Vielen gegen den Einen, der Liberalen und Partikularisten mit Österreich. Aber wenn auch dem Schauplatz der Ereignisse nun weit entrückt, blieb seine Gestalt dennoch drohend sichtbar, erhöht durch Haß und Furcht.

Und ob auch den meisten noch der Blick für seine Größe getrübt war, vor allen auch den Männern, die acht Jahre lang mit ihm zusammen um den grünen Tisch in der Eschenheimer Gasse gesessen und zu viel unter ihm zu leiden gehabt hatten, um seine Größe zu sehen, so wurde diese doch um so besser von einigen wenigen, auch von Gegnern und besonders von Fremden erkannt. Auf ihn geht das Wort, das der

³¹⁾ Max Duncker, Polit. Briefwechsel S. 83.

kluge badische Staatsmann, Freiherr von Blittersdorf, im Jahre 1854 an Graf Buol schrieb: „daß sich unter den Bundesgesandten nur ein einziger wahrhaft politischer Kopf befindet, und dieser gehört dem gegnerischen Lager an. Deshalb ist auch hier das Feld der politischen Ideen unangebaut geblieben, und die dirigirenden Minister der einzelnen Staaten hatten leichte Mühe, den Bundestag in seiner Nullität zu erhalten“³²). „Der einzige Kopf dieses siebzehnhäuptigen Tieres, genannt Deutscher Bundestag“, war Bismarck auch im Urteil des Russen Brunnow³³). „Der wird in der deutschen Geschichte noch einmal von sich reden machen“, schrieb der Franzose Graf Gobineau 1854 nach seiner ersten Bekanntschaft mit dem preußischen Gesandten³⁴). Wie klar man in Kopenhagen Bismarcks weiten Blick erkannte, wurde schon erwähnt. Völlig überwältigend aber war der Eindruck, den der ungarische Staatsmann, Baron Jósika, Hofkanzler von Siebenbürgen, im Herbst 1859 von ihm in Karlsbad empfing: „Ein Mann von einer geistigen Bedeutung, von einer Klarheit und Schärfe der Auffassung und einer Energie, wie sie mir noch nie im Leben begegnet ist . . . Es werden sehr wenige Jahre ins Land gehen, und er wird die höchste Stufe der Macht in seinem Lande erklommen haben und die Welt mit seinem Ruhm erfüllen“³⁵).

Wir haben das Bild dieses Mannes aus dem Jahre 1855, also aus der Zeit seiner höchsten Machtstellung am Bundestag, als Österreich isoliert war, Preußen den Heerbann der übrigen führte. Das Bild ist von der Hand eines Künstlers,

³²) Blittersdorf an Buol, Frankfurt 30. Okt. 1854. *WA.*, Präsidialgesandtschaft 1854.

³³) Brunnow an Meyendorff, 31. Jan. 1854. *Hoegsch* III S. 416.

³⁴) Ludwig Schemann, Gobineau I (1913) S. 385.

³⁵) Ludwig v. Wirkner, *Meine Erlebnisse. Blätter aus dem Tagebuche meines öffentl. Wirkens.* 2. A. (Preßburg 1880) S. 238 f.

der Bismarcks Hause und ihm selber freundschaftlich nahestand³⁶⁾). Das ist nicht mehr der jugendliche Kämpfe im blonden, üppigen Vollbart, der durch sein Äußeres wie durch sein Auftreten die Kritik des gesetzten Alters erweckte und im Urteil der diplomatischen Korrektheit als studentenhaft erschien. Das ist ein Mann der großen Welt, elegant, vornehm, sicher, ein Herrscher über andere wie über sich selbst. Von der Jugend ist das Feuer geblieben, der wagende Mut und das Selbstvertrauen. Es blüht aus den blauen Augen. Sie blicken voll Freude am Leben in die Welt, sprühend von Geist und Witz und zugleich mit einer Schärfe der Beobachtung, die durch alle Hüllen zu dringen scheint. Es gibt keine stolzere Haltung als die seine auf diesem Bilde; aber der Stolz ist Natur und Seele des Mannes. Ihm dient die ungeheure geistige Kraft, die in diesen Zügen gesammelt liegt. Und dieser Mann weiß, daß er allen überlegen ist. Er hat noch keinen gefunden, der ihn überragte. Auch an Kraft des Willens weicht er keinem. Ein Sinn von solcher Energie hat die Natur nur selten geformt.

Es ist das Bild eines Kämpfers, der Furcht nicht kennt: kraftvoll und zäh, klug und verschlagen. Schon lichtet sich das einst leuchtend blonde, jetzt dunkler gewordene Haar auf dem mächtigen niederländischen Schädel des Vierzigjährigen. Aber die rosige, beinahe zarte Gesichtsfarbe ist noch immer die Farbe der Jugend und Gesundheit. Er hat das Leben in seiner Fülle noch vor sich. Aufwärts und wie nach einem hohen Ziele in die Ferne gerichtet ist der Blick des klaren Auges auf dem letzten Bilde dieses Buches, dem Bilde des aus Frankfurt Scheidenden. Die Kämpfe, die hinter ihm liegen, Kämpfe, wie der Bundestag sie nie vorher oder nachher wieder erlebt hat, waren nichts als die erste große Probe auf seine Kraft.

Er hat die Probe bestanden wie vielleicht niemals ein Diplomat, der als unerfahrener Anfänger auf den schwie-

³⁶⁾ Von Jakob Becker. Siehe das Titelbild dieses Buches.

rigsten Posten gestellt wurde. Als im Mai 1851 die Nachricht durch die Zeitungen ging, daß der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen an den Bundestag nach Frankfurt geschickt werde, da scherzte der Kladderadatsch, wenn er wirklich geschickt sei, so werde er dort schön hausen. Was die Öffentlichkeit damals von ihm wußte, war in der Hauptsache nur, daß es auf der Tribüne keinen schneidigeren Redner als ihn gab und in ganz Preußen keinen mutigeren Streiter für die Rechte der Krone. Die ihn näher kannten, wußten noch mehr. Marie de la Motte-Fouqué, Tochter des Romantikers und Nichte von Bismarcks Frankfurter Vorgänger Rochow, schrieb damals in ihr Tagebuch: „Was Theodor (von Rochow) an seinem Schüler Bismarck erziehen wird, soll uns die Zeit noch lehren. Alle, die ihn näher kennen, sagen, daß an Kenntnissen, Talent, savoir-faire, Schlaueit und Feinheit im Behandeln der Menschen er schwerlich einen Mangel haben würde“³⁷). Bismarcks Frankfurter Kollegen werden über den letzten Punkt geteilter Meinung gewesen sein. Aber alles, was er ihnen gegenüber etwa durch allzu große Schroffheit versehen haben mag, hat nur ihm selber geschadet, nicht seinem Staate.

Was er für Preußen in Frankfurt getan hat, war viel; was er hat tun wollen, war sehr viel mehr. Er hat Preußen davor bewahrt, in Abhängigkeit von Österreich zu sinken, seine Selbstbestimmung zu verlieren. Er hat damit die Folgen der Niederlage von Olmütz, des Vertrages, den er einst selber in glänzender Kammerrede verteidigte, zunichte gemacht. Doch gewollt hat er mehr. Er wollte seinen Staat auf die Bahn des großen Friedrich zurückführen, auf die Bahn der Eroberung — der Eroberung Deutschlands. „Die Haut ist ihnen zu eng!“ pflegte Prokesch-Osten von den Preußen zu sagen, und er hatte recht mit dem Wort³⁸). Wie einst Kron-

³⁷) Louise von der Marwitz, Vom Leben am preuß. Hofe 1815—52 (1908) S. 478.

³⁸) Überliefert durch Koller: Brief an Buol, 28. Mai 1858. WA.

prinz Friedrich zu Rüstzin, seiner Stunde harrend, die Landkarte darüber befragte, wo er Eroberungen machen sollte, so hat Bismarck oft viele Jahre, ehe seine Stunde ihn rief, schweigend und in Wolken von Rauch gehüllt, über seinen Karten von Deutschland geseffen. Eine Fensternische vor einem alten Nähtisch im Wohnzimmer des Schlosses zu Schönhausen war sein gewohnter Plaz. „Da sitzt Herkules am Spinnrocken“, sagte einst im Vorbeigehen die Mutter seiner jungen Frau. Das war im Herbst 1847³⁹⁾. Der Gedanke, daß Preußen wachsen müsse, ließ ihn nicht los. In seiner Olmützrede hat er bedauernd gesagt: „Eroberungen wollen wir nicht machen“, und hat durchblicken lassen, daß er kriegsbereit wäre, wenn sein König sagte: „Dies Land gefällt mir, ich will es besitzen“. In Frankfurt sprach er während des Krimkrieges unvorsichtig genug, von dem Bedürfnis Preußens, sich nicht in Polen, aber in Deutschland, in Sachsen und Hannover, zu vergrößern. Ins Schwindelnde aber stiegen seine Eroberungsträume während Österreichs Not im Frühjahr 1859.

Bismarck hatte in Frankfurt den Föderalismus von seiner widerwärtigsten Seite kennen gelernt. Darum wollte er die Wunde mit glühendem Eisen ausbrennen. Und es fehlte im Jahre 1866 nicht an Stimmen, die es bedauerten, daß dieses Ausbrennen nicht noch vollständiger sein konnte, als Bismarck es damals tat. Wir können mit seinem Werk, wie es schließlich geworden ist, nicht das vergleichen, was bei seinem Scheiden von Frankfurt nur Gedanke blieb. Denn nur wenige grelle Lichter fallen gleich Blitzen in der Gewitternacht auf diesen Gedankenbau. Doch was sie enthüllen und was sie ahnen lassen, zeigt wohl friderizianische Verwegenheit, aber noch nicht die Reife Bismarckischer Weisheit, die erst aus dem vollendeten Werk spricht. Noch stand der deutsche Herkules erst im Beginn seiner Taten — die größten und schwersten lagen noch vor ihm.

³⁹⁾ Anlage 33.

Anlagen

1. Graf Thun an Fürst Schwarzenberg.

(Bericht)

Ausfertigung. WU.

Frankfurt a. M., 26. Dezember 1851.

Dankt für die Bewilligung des dreiwöchigen Urlaubs, den Thun aus Gesundheitsrücksichten und daher im Interesse der Geschäfte dringend braucht. Klagt über Erlahmen seiner Kräfte, Stöcken der Geschäfte, und spricht von „der aus dem Gefühle der eigenen Unfähigkeit entstehenden nervösen Aufregung“. Substitution des Herrn v. Bismarck für die Dauer des Urlaubs hält er für unausführbar. „Ich lasse dem Privatcharakter meines preussischen Kollegen vollkommene Gerechtigkeit widerfahren und bin fest überzeugt, daß er den Augenblick meiner Abwesenheit gewiß niemals benützen würde, etwas hier durchzuführen, was den Absichten Oesterreichs widerstreitet. Das Unausführbare sehe ich aber in der gegenwärtigen Lage der Geschäfte, in der Politik Preußens, in den Ansichten Herrn v. Bismarcks und endlich in der Stellung Preußens zu den anderen Bundesgenossen, die leider täglich schlechter wird.“ ... Die preussische Politik steht auf dem Standpunkt der negativen Handlungsweise, und dem entsprechen auch Bismarcks Ansichten. „Er geht von der Überzeugung aus, daß hier nichts zu machen sei, hat für die hiesigen Geschäfte gar kein Interesse und beschäftigt sich auch von hier aus viel mehr mit der Leitung der Angelegenheiten seiner Partei in Preußen als mit Bundesangelegenheiten. Er ist jetzt über 14 Tage von Berlin zurück, und noch habe ich von ihm nicht erfahren können, wie seine Instructionen in den wichtigsten vorliegenden Fragen lauten. Nur mit der größten Mühe und wiederholtem Drängen kann ich ihn zu einiger Thätigkeit bringen; wie soll das gehen, wenn er hier allein Oesterreich und Preußen vertritt?

Hierzu kommt noch die ihm von seinem Ministerium aufgedrungene, meiner und seiner eigenen Ansicht nach ganz undurchführbare Doppelstellung am Bundestage und in der Kammer. Eben erst war er 14 Tage abwesend, und wir haben die dadurch verlorene Zeit noch nicht wieder einbringen können. Vorausichtlich wird er im Laufe des Januar wieder nach Berlin citiert werden; gehe ich nun in der Zwischenzeit auf drei Wochen weg, so kommen wir aus einer wechselseitigen Substituierung gar nicht

heraus, und es fragt sich, ob es dann nicht besser ist, gelegentlich seiner nächsten Berufung nach Berlin durch einige Wochen Ferien eintreten zu lassen.

Was endlich die Stellung Preußens zu den übrigen Bundesgenossen betrifft, so ist dieselbe Euer Durchlaucht zu wohl bekannt, als daß ich ein Wort darüber zu verlieren brauchte. Hat Preußen schon bei seinem Erscheinen in der Bundesversammlung im Mai d. J. nur einem geringen Vertrauen in seine Absichten begegnet, so hat dies seitdem noch auf eine unglaubliche Weise abgenommen, und das Auftreten seines Vertreters in der letzten Sitzung¹⁾, das dem gewöhnlichen Anstande gänzlich widerstrebende Benehmen der preußischen Presse gegen das Wirken eines vom Bundestage bestellten Ausschusses²⁾, dem doch höchsten, von ihrem eigenen Standpunkte aus, einmalige Ungeschicklichkeit vorgeworfen werden könnte, treibt die allgemeine Mißstimmung auf eine solche Stufe, daß eine Präsidierung durch Preußen in diesem Augenblicke, wenn auch nur vorübergehend, meiner festen Überzeugung nach, geradezu eine Unmöglichkeit wäre, und ich allen meinen Einfluß bei meinen Kollegen und die ganze Mäßigung, deren ich fähig bin, werde gebrauchen müssen, um einen Conflict der scandalösesten Art zu verhindern.

Dies sind die Gründe, weshalb ich auf die Substituierung des Herrn v. Bismarck als ganz außer Rede liegend gar keine Rücksicht nahm und mich bemühte, andere mir praktisch scheinende Auswege aufzusuchen.“ Da diese von der kaiserlichen Regierung abgelehnt werden und Substituierung durch Preußen als allein übrig bleibend bezeichnet wird, so verzichtet Graf Thun vorläufig auf seinen Urlaub.

2. Graf Thun an Fürst Schwarzenberg.

(Brief.)

Eigenhändig. Wl., bei den Weisungen an
den Bundespräsidialgesandten: Varia.

Frankfurt a. M., 5. Januar 1852.

Durch Kopfweh'anfall 2 × 24 Stunden zu nichts und noch jetzt zu sehr wenig fähig. „Es ist das wirklich eine furchtbare Exi-

¹⁾ Betrifft den Streit über Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen in der Sitzung vom 20. Dezember 1851. Vgl. Bismarcks Berichte vom 22. Dezember Pr. i. BT. I, S. 51, 57 f.

²⁾ Gemeint ist der Redaktionsauschuß für Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen. Vgl. a. a. O., S. 49.

stenz, zu fühlen, daß man nicht mehr ausreicht und sich doch vollkommen ruinirt! . . . Daß es in diesem Augenblicke geradezu unmöglich wäre, Bismarck zu substituiren, dazu wird es wohl keinen ferneren Beweises bedürfen.

In Berlin scheint man die Richtung für den Augenblick ganz verloren zu haben. Bismarck selbst sagte mir leztthin, er wüßte nicht, was vorgefallen sei, ob es bloß die Erbitterung über die handelspolitischen Beziehungen seien [so] oder die Befürchtungen, das Wiener Cabinet könnte eine extreme Allianz mit Frankreich gegen Preußen und Deutschland machen (!!), so viel sei aber gewiß, daß in Berlin eine veränderte Politik eingetreten sei. Unter anderen Umständen würde man in der Flottenfrage seinen bestimmten Bitten nachgegeben haben¹⁾; jetzt schreibe man ihm auch, man habe sogar am 9. Dezember nach Wien die Übereinstimmung in der hessischen Sache²⁾ berichtet, bei den jetzigen Verhältnissen fände man es aber für gut, auf die ursprüngliche Ansicht wieder zurückzugehen (— indessen bin ich dieser Tage mit Bismarck so weit gekommen, daß ich wohl glaube, auch mit Zuziehung Trotts³⁾ und Leiningens⁴⁾ die Sache in der nächsten Sitzung vorbringen zu können), auch über die Polizei-Centralstelle⁵⁾ schreibe man ihm, man beharre darauf, daß Österreich und Preußen als ständige Mitglieder darin auch genannt würden, den Vorsitz Sachsens in der Centralstelle würde man niemals zugeben, nicht einmal im ständigen Bureau; wollte Sachsen seine Berechtigung dazu aus dem Umstande ableiten, daß die Anstalt auf seinem Territorium sei, dann würde man viel lieber zugeben, daß die ganze Anstalt nach Frankfurt verlegt würde!!!

Wie soll man mit solchen Leuten zu einem Resultate kommen, die für nichts bestimmte Grundsätze und Ansichten haben und sich immer nur durch momentane Eindrücke leiten lassen! Bismarck selbst ist sehr unzufrieden und besorgt über diese Richtung, und

¹⁾ Vgl. Bismarcks Bemerkungen über preußische Zeitungsartikel betr. Österreichs Beziehungen zum Präsidenten Bonaparte: Brief an Gerlach, 5. Jan. 1852, S. 17. Zur Flottenfrage s. ob. S. 76.

²⁾ Betrifft das gemeinsame österreichisch-preußische Bundescomissorium in der kurhessischen Verfassungsangelegenheit.

³⁾ v. Trost, kurfürstlich-hessischer Bundestagsgesandter.

⁴⁾ Graf v. Leiningen-Westerburg, Bundes-Zivilkommissar für Kurhessen.

⁵⁾ Österreich und Preußen hatten am 11. Okt. 1851 beantragt, zum Zwecke des Zusammenwirkens der deutschen Polizeibehörden eine Zentralpolizeibehörde in Leipzig zu errichten. Diese sollte zugleich die Ausführung der Bundesbeschlüsse überwachen. Protokolle 1851 S. 185.

das heißt viel; denn seit der handelspolitischen Aufregung hatte er auch den Kompaß vollkommen verloren und demonstirte unseren Collegen in einer Weise, daß man hätte glauben sollen, er ginge darauf aus, die Preußische Regierung grundsätzlich bei ihren Bundesgenossen zu ruiniren. So war eines seiner Hauptargumente, die Bundesverfassung vertrage nicht die Ausdehnung und Selbstständigkeit, die ihr jetzt selbst Oesterreich geben wolle. Das Prinzip, daß die Majorität bindend entscheide, sei sonst nur gewesen, wo Oesterreich oder Preußen dagegen gewesen wären; wollte man dieß jetzt einführen, so hielte es die zu schwache Schale nicht aus und Preußen bliebe nichts übrig, als sich von Allem zurückzuziehen und — wie der König stets sage — zu warten, bis der Zeitpunkt kommt, wo Deutschland fühlt, daß es Preußen brauche.

Ich meines Theils, soviel ich urtheilen kann, da ich weder von Berlin noch von Wien nähere Nachrichten habe, zweifle nicht, daß all die Aufregung von der Wunde herkommt, die sie fühlen, daß wir ihnen in handelspolitischer Beziehung beizubringen im Begriffe sind. Drum halte ich es aber auch unmaßgeblich für durchaus nothwendig, daß die Wiener Conferenzen ein positives, greifliches Resultat haben, sonst ziehen wir nach meiner Ansicht den Kürzeren. Das sagen ohnedies die preußischen Agenten schon: wir hätten umso mehr Unrecht, da wir doch zu keinem den Bemühungen entsprechenden Resultate kommen würden.

Verzeihen Euer Durchlaucht dieses formlose Schreiben, allein da ich in einer Stunde vielleicht nicht mehr arbeitsfähig bin, muß ich suchen, den Augenblick zu erhaschen . . .“

3. Graf Thun an Fürst Schwarzenberg.

(Brief.)

Eigenhändig. „Höchst vertraulich und persönlich.“
W. A. Varia 1852.

Frankfurt a. M. 25. Januar 1852.

„Gestatten Sie mir, mein Fürst, meinen heute nach Wien abgehenden Berichten einige nicht so sehr in die Formen meiner Dienstesstellung gezwängten Worte beizufügen, die aussprechen zu dürfen mir das Wohlwollen und die Nachsicht gestatten, die Euer Durchlaucht mir bei so mancher Gelegenheit seit einer Reihe von Jahren zu schenken die Gnade hatten, und namentlich auch das unverdiente Vertrauen, durch welches Sie mich für einen

Posten bestimmten, den weder meine Neigungen suchten noch meine Fähigkeiten und geleisteten Dienste in Anspruch nehmen konnten, und auf dem — wie es sich gestaltet hat — mich nur noch die Aufopferung für meinen Monarchen und — ich kann mit voller Offenheit hinzusetzen — die Verehrung für Sie, mein Fürst, zu erhalten im Stande sind.

Ich habe bisher alle Rügen, die mir zu Theil wurden, ohne den geringsten Widerspruch, ohne auch nur zu versuchen, mich vertheidigen zu wollen, und mit der Unterwürfigkeit hingenommen, mit welcher ich allen Befehlen zu gehorchen gewohnt bin, die Ihre Unterschrift tragen. Allein der letzte Vorwurf erscheint mir so schwer und — verzeihen Sie, mein Fürst — so unverdient, daß ich nicht glauben kann, daß man den Eindruck erwogen hat, den er auf den Betheiligten hervorbringen muß, und daß er wohl kaum von jemandem ausgehen kann, der mich genau kennt und der meine Handlungsweise einer gerechten Prüfung unterzogen hat.

Bei dem Übermaße der wichtigsten und dringendsten Geschäfte ist es unmöglich, daß Euer Durchlaucht einen jeden Ausdruck bemessen, der nicht aus Ihrer eigenen Feder fließt; darum bitte ich um die einzige Gunst: haben Sie die Gnade, mein Fürst, und lesen Sie noch einmal die bezügliche Depesche und — ich müßte geradezu ein jedes Urtheil verloren haben — wenn Sie mir nicht beistimmen sollten, daß ein höher gestellter Beamter einen solchen Vorwurf unmöglich stillschweigend hinnehmen kann.

Ich kann wohl sagen, diese Depesche hat mich unendlich verletzt, weil sie mir das Einzige abspricht, was ich zu beanspruchen berechtigt zu sein glaubte — skrupulöse Gewissenhaftigkeit und ängstliches Vermeiden eines jeden im geringsten wichtigen Schrittes ohne vorherige Anfrage in Wien — und weil sie der Lohn ist für monatlange moralische und nervöse Aufregung in der unangenehmsten, peinlichsten Stellung. Doch habe ich Tage verstreichen lassen, vor ich geantwortet habe, um mich ja nicht einer ersten Empfindlichkeit und Aufregung hinzugeben. Aber trotz der ruhigsten, ernstesten Überlegung kann ich zu keiner anderen Überzeugung kommen, als daß ich nicht schweigen darf, daß meine Regierung selbst nicht wollen kann, daß ich schweige.

Geruhen Euer Durchlaucht nur in Berücksichtigung zu ziehen, was müßte das mir beigegebene Gesandtschaftspersonal denken, wenn ich einen solchen Vorwurf schweigend hinnehmen würde! Und wie demüthigend es für mich sein muß, in den Akten des

Ministeriums und in den Gesprächen der Kanzleibeamten, durch deren Hände diese Akten laufen, als ein Mann bezeichnet zu werden, der auf einen so wichtigen Posten berufen einen solchen Vorwurf gegen die Anfangsgründe aller Diplomatie hinnehmen muß, ohne sich rechtfertigen zu können!

Mein Fürst! ich habe hier nichts als Unannehmlichkeiten, Verdruß und Sorgen aller Art, die Mühseligkeit der mich aufzehrenden Beschäftigung gar nicht zu gedenken; das Einzige was mich noch aufrecht erhalten konnte, war der Gedanke, daß meine Aufopferung und mein Diensteifer bei meinem Monarchen und meinem verehrten Chef Anerkennung findet; wird mir auch dieser einzige Trost geraubt — dann sinkt mein Muth zusammen, und ich fühle [in] mir nicht die moralische Kraft, ein Leben länger zu führen, welches mir nichts als Widerwärtigkeiten bietet!

Offenheit der Sprache haben mir Euer Durchlaucht noch niemals übel genommen, ich lege auch dießmahl meine Angelegenheit vertrauensvoll in Ihre Hände, mein Fürst, und wage nur die ergebenste Bitte, Sie wollen geruhen, die Sache selbst zu prüfen und sich einen Augenblick in meine Lage zu versetzen, wo mich als Aufmunterung für meinen rastlosen Eifer, bei den größten Schwierigkeiten und unzählbaren Unannehmlichkeiten, nachdem ich durch Wochen nicht ein Wort gehört habe, ob man mit meiner Haltung einverstanden ist, auf einmal ganz unerwartet ein solcher Vorwurf von Seite meines Chefs trifft, dem ich mit aller Verehrung ergeben bin und nach dessen Sinn zu handeln mein höchstes Streben ist.

Können sich Euer Durchlaucht eine klare Idee von dem Eindrucke machen, den die betreffende Depesche auf mich gemacht hat, so werden Hochdieselben auch entschuldigen, daß ich es gewagt habe, Sie mit diesen Zeilen zu belästigen.

Genehmigen Sie, verehrter Fürst, den Ausdruck der tiefsten Verehrung und treuen Anhänglichkeit¹⁾."

4. Graf Thun an Fürst Schwarzenberg.

(Bericht B, geheim.)

Ausfertigung. Wl.

Frankfurt a. M. 18. Februar 1852.

Will über das persönliche Verhältnis zu Bismarck berichten. „Vor allem muß ich Euer Durchlaucht ersuchen überzeugt zu seyn,

¹⁾ über den Zusammenhang, in den dieser Brief gehört, siehe oben S. 78—81.

daß hiebei nicht die geringste persönliche Prätenſion im Spiele iſt. Die Stellung Oſterreichs Preußen gegenüber iſt eine ſo hohe und geſicherte, daß der Vertreter der erſteren Macht wohl keine Urſache hat, auf kleinliche Etiquetteſragen Rückſicht nehmen zu müſſen. Überdies iſt die Laſt der Geſchäfte hier eine ſo erdrückende, daß es mir nur erwünſcht ſein kann, wenn die ohnedies übergroße Menge von Beſuchen, die zu empfangen ich genöthigt bin und die mir faſt meine ganze Zeit rauben, nicht noch vermehrt werden. Endlich darf ich wohl hoffen, daß ein Jeder, der mich näher kennt, mir die Gerechtigkeit wird widerfahren laſſen, daß kleinliche perſönliche Eitelkeit meinem Charakter ganz fremd iſt; im Gegentheile, da ich weiß, daß der preußiſchen Arroganz die Stellung des Präſidialgeſandten an ſich ſchon ein Dorn im Auge iſt, war ich von Anfang an bemüht, meinem preußiſchen Collegen gegenüber ſo viel wie nur immer möglich ein ganz gleiches Verhältniß vorherrſchen zu laſſen.

Wenn ich alſo dieſen Punkt berühre, ſo geſchieht es nur im Intereſſe der Sache ſelbſt. Hier gebietet es mir aber meine Pflicht, dieſen Gegenſtand zur Sprache zu bringen“. Folgt Auseinanderſetzung, daß der Präſidialgeſandte wegen Vorbereitung der Sitzungen, der Ausſchußſitzungen u. ſ. w. weniger freie Zeit hat, um ſeine Kollegen aufzuſuchen. Thun verläßt ſeinen Schreibtiſch ſelten vor 4—5 Uhr. Außerdem wohnt Herr von Bismarck ſo weit außer der Stadt¹⁾, „daß ein Gang zu ihm beinahe eine Stunde Zeit nimmt, und noch iſt es mir die wenigen Male, daß ich es verſucht habe, nie gelungen, ihn zu Hauſe zu finden. Herr von Bismarck hat aber von Anfang an, wie es ſcheint, ängſtlich vermieden, mich aufzuſuchen, um ſich nicht dem Verdachte auszuſetzen, daß er mir a u f w a r t e. Wenn er es thut, ſo geſchieht es in der Regel nur unmittelbar vor den Sitzungen, wo ich meiſtens mit Geſchäften ſo überhäuft bin, daß es mir unmöglich iſt, mich der verſchiedenen Gegenſtände, die ich wünſchte mit ihm zu beſprechen, zu erinnern. Seit die Verhältniſſe etwas ſchwieriger geworden ſind, ſehe ich ihn gar nicht mehr außer bei den Sitzungen.“ Er unterläßt es, Thun von ſeinen Anträgen vorher Mittheilung zu machen, entgegen der Geſchäftsordnung. „Ich habe biſher dieſen Punkt nicht berührt; nachdem er aber in der letzten Sitzung durchaus darauf beſtand, die beiden mir ganz

¹⁾ An der Bodenheimer Landſtraße, heute Nr. 104. Näheres bei R. Sch w e m e r, Geſch. der fr. Stadt Frankfurt, Bd. III, 2, S. 65.

fremden Anträge noch zur Abstimmung zu bringen¹⁾, sah ich mich genöthigt, mich in der mildesten, freundschaftlichsten Weise auf die Geschäftsordnung zu berufen. Er hat dies sogleich sehr übel aufgenommen und sich nicht enthalten können, im Verlaufe der Unterredung zu äußern, nachdem er sehe, daß man die Geschäftsordnung gegen ihn strenger in Anwendung zu bringen gesonnen sey als gegen Andere, so werde er auch deren genaue Beobachtung schärfer überwachen als bisher. Ich zweifle nicht, daß er mir nunmehr auch in dieser Beziehung suchen wird, allerhand Schwierigkeiten zu bereiten.

Euer Durchlaucht werden aus dem Gesagten zu entnehmen geruhen, wie peinlich das Verhältniß mit einem solchen Vertreter Preußens ist.“

5. Graf Thun an [Freiherrn v. Werner]²⁾.

(Privatbrief.)

Eigenhändig. In meinem Besiß.

Frankfurt a. M. 17. April 1852.

„Verehrtester Freiherr,

Gleich nach dem gräßlichen Unglück³⁾ was uns — und nach meiner innigsten Überzeugung ganz Europa — betroffen hat, drängte es mich Ihnen zu schreiben, denn ich weiß es, bei Ihnen finden meine Gefühle für den verehrten Verstorbenen den vollkommensten Wiederhall, und es [ist] dem menschlichen Herzen ein wahres Bedürfniß, sich bei derartigen Ereignissen an Gleichgesinnte zu wenden, um so mehr wenn der uns Entriffene eine so hohe Stellung eingenommen hat, daß sein Hintritt von Allen

¹⁾ In der Sitzung des Bundestages vom 16. Februar wurde über eine größere Anzahl von Anträgen zur Flottenfrage, die am 24. Januar eingebracht worden waren, abgestimmt. Bismarck fügte in sein Abstimmungsvotum gleichzeitig — geschäftsordnungswidrig — einen neuen Antrag ein und kündigte einen weiteren an. Da Thun auf der Geschäftsordnung bestand, mußte Bismarck seinen Antrag auf die nächste Sitzung, am 21. Februar, verschieben. Protokolle 1852, S. 200, 257.

²⁾ Der Name des Adressaten fehlt. H. v. Srbik hat es mir in hohem Grade wahrscheinlich gemacht, daß der Empfänger des Briefes in dem Unterstaatssekretär des Außenministeriums, Josef Freiherrn von Werner, zu suchen ist. Werner hatte das volle Vertrauen Schwarzenbergs genossen. Vgl. über ihn Wurzbach, Biograph. Lexikon, Bd. 55, S. 60 f.

³⁾ Tod des Fürsten Felix Schwarzenberg am 5. April 1852.

besprochen wird und oft in einer Weise, die unsere tiefe, innige Trauer verlegt. Allein mich hat diese Trauerbothschaft dermaßen gelähmt, daß ich bis jetzt noch nicht die Kraft hatte, meine Absicht auszuführen, und ich würde auch heute noch nicht dazu gekommen sein Ihnen zu schreiben, wenn ich nicht eine besondere Veranlassung hätte mich an Sie zu wenden, wovon ich später sprechen werde. — Wie sehr meine Stellung hier durch den Tod des Fürsten geändert worden und mir unendlich geworden ist, können Sie sich denken. Einmal hatte der hiesige Posten von Anfang an gar nichts anziehendes, nichts was die furchtbare undankbare Arbeit auch nur im Geringsten compensiren könnte. Es brauchte wirklich eine lächerliche Eitelkeit um dafür die erste Stellung in einer Krämerstadt nehmen zu können. Auch würde ich die Stelle gewiß nie angenommen haben, wenn sie mir nicht vom Fürsten übertragen worden wäre. Zudem ist sie aber jetzt noch viel lästiger, ermüdender und unbefriedigender, seit unsere guten Freunde, die Preußen, im Bundestage wieder eingetreten sind und nicht mehr Rochow ihr Vertreter ist. Der war doch noch ein Geschäftsmann, ein erfahrener Diplomat von der Schule Fr. W. III., mit dem [man] sprechen und handeln konnte. Seitdem sich aber das System immer mehr herausstellt, hier nur alles zu verhindern und nichts zu Stande bringen zu lassen, sondern nur leeres Stroh dreschen zu machen, ist die Stellung für einen jeden Ehrenmann wahrhaft unerträglich, und doch hat Preußen darin eine viel günstigere Stellung, denn verhindern ist viel leichter als jemanden zu nöthigen, kräftig vorzugehen. Diese Stellung für immer oder auch nur auf die Länge einzunehmen, meine Gesundheit zu ruiniren, meine Frau bleibend an eine Gesellschaft zu fesseln, die ihr für Herz und Gemüth auch nicht die geringsten Ressourcen bietet¹⁾, in einer Stadt, wo sogar für Erziehung und Umgang der Kinder gar keine Hülfe ist, das ist mir nie eingefallen und hätte ich auch unter dem Fürsten auf keinen Fall gethan. Hier aber ist es mehr als irgendwo nothwendig, daß ich mit dem Chef in einem näheren als dem bloß offiziellen Fuße stehe, sonst kann ich nichts thun und reibe mich ganz nutzlos auf. Graf Buol ist mir ganz fremd, und obwohl ich alle Achtung vor seinen Talenten habe, so gestehe ich, ist

¹⁾ Die Gräfin fand die Frankfurter Gesellschaft „sehr gemischt“, die Frankfurter „mitunter ungewöhnlich speißbürgerlich“; der Abschied von Frankfurt wurde ihr „nicht gar schwer“. Gräfin Leopoldine Thun, Erinnerungen aus meinem Leben (1926), S. 38, 44, 63.

er mir sehr wenig sympathisch¹⁾). Seine Haltung in Dresden hat mich wenig erbaut, und alle deutschen Regierungen, die uns näher stehen, dermaßen gegen ihn eingenommen, daß ich viele Lanzen zu brechen habe, um sie mit seiner Ernennung zum Minister auszuföhnen und ihnen den — meiner Überzeugung nach ganz falschen — Wahn zu nehmen, er werde in der auswärtigen Politik Österreichs andere Grundsätze als Fürst Schwarzenberg befolgen. Doch dies sind Nebensachen, die nur mich persönlich angehen, und ich darf Sie wohl ersuchen, diese Herzensergießungen als ganz vertrauliche Äußerungen streng für sich zu behalten.“

Über den Plan einer Stiftung, die das diplomatische Corps zu Ehren des Fürsten Schwarzenberg errichten sollte.

„Der Gegenstand, der mich eigentlich veranlaßt, Ihnen heute zu schreiben, betrifft die demnächst zu eröffnenden Zollvereinsconferenzen. Es wird nicht fehlen, daß alle zugänglichen Blätter mit einem Wust von preußisch gesinnten Artikeln überflutet werden, und es wird nothwendig sein, daß auch im andern Sinne schnell und gründlich gewirkt werde. Sie wissen, die D. P. A. Ztg.²⁾ hat sich die preußische Gnade durch die Veröffentlichungen des Ausschusses über die Bundesverhandlungen³⁾ verschert, man wird gewiß suchen, in dieselbe nur verspätete Artikel gelangen zu lassen. Uns liegt aber gerade in diesem Augenblicke daran, dieses Blatt den übrigen hiesigen schlechten Blättern gegenüber — namentlich dem Frankfurter Journal, welches die preußischen Inspirationen bringt — zu heben. Könnten Sie uns nicht fortgesetzt, objektiv gehaltene Nachrichten über den Gang der Verhandlungen verschaffen, die sich zwar nicht in Controversen einlassen, aber doch die Sache der Wahrheit gemäß darstellen? Vor allem käme es darauf an, daß sie nicht verspätet kämen. Sie könnten sie entweder an mich oder direkt an einen der Redakteure richten lassen, D. J. V. Kutscheit; in diesem letzteren Falle bitte ich Sie aber mir vorläufig davon Anzeige zu machen, damit ich ihn avertiren lassen kann. Ich brauche Sie gewiß nicht erst darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es ist, dazu nur einen

¹⁾ Vgl. hierzu das analoge Urteil der Gräfin in ihren Briefen vom 8. und 11. April 1852: „Fritz fürchtet ihn (Buol) aus politischen und persönlichen Gründen. . . . In Deutschland sowie in der ganzen diplomatischen Welt Österreichs ist er eine unbeliebte Persönlichkeit, und es ist im Ausland große Desparation darüber.“ Ebenda, S. 57 f.

²⁾ Oberpostamtszeitung in Frankfurt.

³⁾ Siehe Bismarcks Bericht v. 18. Dez. 1851. Pr. i. BL. I, S. 47 j.

ganz verlässlichen Menschen zu verwenden, damit wir nicht etwa uns eine preußische Laus in den Pelz setzen, die immer leichter h i n e i n als h e r a u s zu bekommen ist. Nur so viel will ich Ihnen sagen, daß in letzter Zeit sich verschiedene Personen Ihres Vertrauens von Ihnen gemachter Äußerungen gerühmt haben, die ganz entschieden der preußischen Partei angehören, so ein gewisser Tögel¹⁾, der zwar der Autor der Broschüre: „Preußen und die deutsch-österreich. Zolleinigungsfrage“ sein soll, hier aber als spezifischer Preuße aufgetreten und, da seine Bemühungen nicht geglückt sind, aus dem Schutzverein ausgetreten ist. Große Vorsicht ist also jedenfalls nothwendig. Kommt von Wien jemand zu den Zollconferenzen nach Berlin, so könnte der es vielleicht besorgen. Nur, wiederhole ich, kommt es vor Allem darauf an, daß die Artikel schnell kommen und nicht zu sehr einen contentiosen und spezifisch österreichischen Charakter haben. Möglichst ruhig, thatsächlich und vom d e u t s c h e n Standpunkte aus, sonst bereiten sie uns mehr Schaden als Nutzen.

Verzeihen Sie meine Eile.

Ihr aufrichtigst ergebener

Fr. Thun.“

6. Graf Thun an Graf Buol.

(Bericht C, vertraulich.)

Ausfertigung. WA.

Frankfurt a. M. 25. Juni 1852.

Findet bei seiner Rückkunft abermals Herrn von Bismarck verweist. „Es ist dies nun schon das 9. Mal in diesem Jahre, daß Herr von Bismarck seinen Posten verläßt, und da eine jede Abwesenheit zum mindesten acht Tage, meistens aber mehrere Wochen beträgt, so kann man leicht ermessen, wie viel Zeit er hier anwesend gewesen seyn kann²⁾, und da einerseits während seiner Abwesenheit nothwendig eine gewisse Lähmung in die Geschäfte kommen muß, andererseits er aber nach seiner Rückkunft doch immer mehrere Tage braucht, um sich in den Stand der Dinge einzuarbeiten, so wird es ebenso leicht zu ermessen seyn, ob es möglich war, wichtigere Angelegenheiten, die reiflichere Besprechungen und Ausgleichung verschiedenartiger Ansichten nothwendig machen, weiter vorwärts zu bringen.

¹⁾ Derselbe Publizist, gegen den Prokesch-Osten sich als Gesandter in Berlin unvorsichtig äußerte. Oben S. 154.

²⁾ Zur Beantwortung dieser Frage und zur Richtigstellung der Übertreibung siehe oben S. 64.

Es gibt Leute, die in dieser Handlungsweise Preußens die bestimmte Absicht zu erkennen glauben, eine Mißachtung vor dem Bunde deutlich auszusprechen, eine jede Thätigkeit des Bundes unmöglich zu machen, ihn in der öffentlichen Meinung förmlich zu diskreditiren und den Beweis zu liefern, daß man in Frankfurt ohne Preußen nichts zu Stande bringen könne, mithin zur Auflösung des Bundes zu treiben.“ Thun lehnt zwar diese Auffassung ab, meint aber doch: „Abgesehen davon, daß es auf das Publikum und auf die Collegien des Herrn von Bismarck doch immer einen entmuthigenden, ich möchte sagen, den Eindruck einer rücksichtslosen Behandlung macht, wenn die preußische Regierung bei jeder Gelegenheit und zu jedem Zeitpunkt als den am meisten entbehrlichen und zur Disposition stehenden Staatsbeamten immer den Bundestagsgesandten bezeichnet und somit die Stimmung in der Bundesversammlung immer mehr gegen sich einnimmt, so macht es denen, welche nach der bekannten Richtung ihrer Regierung und demzufolge ihnen zukommenden Verhaltensbefehlen mit Preußen vorgehen wollten und sonach vor jeder Frage suchen müssen, eine gemeinschaftliche Verständigung zu erwirken, geradezu unmöglich, ihren Instructionen in dieser Beziehung zu genügen.“ Weitere Ausführung des Gedankens durch Einzelbelege für die Schwierigkeiten, die daraus entstehen. Hinweis auf die Gefahr, daß der Einfluß der mittleren und kleinen Staaten im Bunde ungebührlich anwachse. Thun geht auf das alles näher ein, weil Bismarcks gegenwärtiger Aufenthalt in Wien vielleicht Gelegenheit zu einer ausführlichen Besprechung dieser Sache bietet¹⁾.

„Herr von Bismarck, der ein einsichtsvoller, durchaus rechtlicher und in den großen politischen Fragen des monarchisch-konservativen Prinzips korrekter Mann ist, hat sich während seines Aufenthaltes hier gewiß davon überzeugen müssen, wie fehlerhaft der von seiner Regierung der Bundesversammlung gegenüber eingenommene Standpunkt ist, und theilt sicher meine Ansicht, daß nur eine eifrige, fortwährende Betheiligung Preußens am Bunde ihm die Stellung geben kann, die ihm gebührt und die es zum Heile Deutschlands einnehmen muß.“

Mit dem Hinwegfallen der Flottenfrage sind, Gott sei Dank, fast alle Streitfragen aus der letzten Vergangenheit zwischen Öster-

¹⁾ Graf Buol hat im Sinne von Thuns Anregung gehandelt und Bismarck vorgehalten, daß er durch sein Fernsein von Frankfurt die Geschäfte des Bundestages schädige. Siehe oben S. 103.

reich und Preußen beseitigt und das Wiener Kabinet wird gewiß nichts versäumen, um die Jahre 1848 und 1849 und ihre traurigen Folgen immer mehr zu verwischen und Preußen die treue Bruderhand zu reichen, wie die letztverflossenen Jahre schon einem jeden Unpartheiischen gelehrt haben müssen. Dann ist aber auch gar nicht abzusehen, warum Oesterreich und Preußen in Frankfurt nicht Hand in Hand gehen sollten, wenn auch in einzelnen Fragen natürlich eine jede Regierung ihren eigenen Standpunkt wird vertreten müssen. Hiezu gehört aber auch nothwendig, daß Oesterreich und Preußen in Frankfurt auch — und zwar nicht bloß dem Namen nach — vertreten seyen.

Mich könnte die Sendung des Herrn von Bismarck nach Wien nur erfreut haben, wenn Preußen für die Zeit seiner Abwesenheit einen zweiten Bevollmächtigten hieher geschickt hätte; denn bei der rechtlichen Gesinnung des Herrn von Bismarck bin ich fest überzeugt, daß ein kurzer Aufenthalt in der Kaiserstadt hinreichen wird, ihm über manche Verhältnisse und die wahre Gesinnung des Kaiserlichen Kabinetts eine richtigere Auffassung zu geben. Soll aber diese Sendung wieder nur auf Kosten der Bundesversammlung geschehen, dann kann ich sie nur bedauern.“ Könnte Preußen nicht bestimmt werden, einen Ersatzmann zu stellen, z. B. den Freiherrn von Caniz, preußischen Bevollmächtigten bei der freien Stadt Frankfurt, Großherzogtum Hessen und Herzogtum Nassau? Beispiele für Verschleppung nur wegen Abwesenheit Bismarcks¹⁾.

¹⁾ Das gleiche Thema — überraschende Abreise Bismarcks nach Wien ohne Vorkehrungen für die Zeit seiner Abwesenheit: ein neuer Beweis der Geringschätzung des Bundestages und von sehr schlechtem Eindruck auf die Kollegen — wird auch in einem eigenhändigen Briefe Thuns an Buol vom 12. Juni behandelt. „Allein ich habe doch die Überzeugung, daß, so unbefriedigend auch das Resultat der hiesigen Bemühungen sein muß, solange Preußen auf dem Standpunkt der passiven Renitenz beharrt, in Frankfurt der Schwerpunkt der rein deutschen Angelegenheiten ist und wir Preußen nur von hier aus nach und nach zu einer würdigeren und seinen wahren Interessen selbst mehr entsprechenden Politik bringen können, indem wir uns nicht ermüden lassen, sondern den Beweis immer wieder klar liefern, daß Preußen es ist, welches alle nützlichen Ergebnisse am Bunde hintertreibt.“ W. A. Varia 1852.

7. Graf Thun an Graf Buol.

(Bericht A)

Ausfertigung. Wk.

Frankfurt a. M. 12. August 1852.

Der Politische Ausschuß hat seine Vorschläge zur Verhinderung des Mißbrauchs der Pressfreiheit vorgelegt¹⁾. „Gleich nach Rückkunft Herrn von Bismarcks aus Wien ließ ich mir diesen wichtigen Gegenstand vor Allem angelegen sein, und ich bin ihm das Zeugniß schuldig, daß er persönlich den besten Willen und ein eifriges Bemühen fortwährend an den Tag gelegt hat, ein gemeinschaftliches, dem Zwecke entsprechendes Werk zu Tage zu fördern und die von seiner eigenen Regierung uns in den Weg gelegten Schwierigkeiten zu beseitigen. Wenn trotz dem ein vor Allem wünschenerthes und von uns nach Möglichkeit angestrebtes einstimmiges Gutachten von Seite des Ausschusses nicht erzielt werden konnte, so liegt die Schuld einzig in den ganz schlechten Instruktionen von Berlin, an die Herr von Bismarck gebunden war, wenn sie auch selbst größtentheils gegen seine eigene Ansicht laufen.

Indessen gelang es doch, die Arbeit der drei Sachmänner²⁾ als Grundlage unserer Ausarbeitung festzuhalten und nicht, wie es ursprünglich beabsichtigt war, ein ganz divergirendes Separatvotum von Seite Preußens vorzulegen, sondern wo man sich nicht verständigen konnte, wurde die Fassung der Majorität und der Minorität des bezüglichen Paragraphen angegeben und, da Herr von Bismarck selbst hofft, seine Regierung noch von einigen Ansichten abzubringen, so wurde auf seinen Vorschlag nirgends angegeben, von welchem Gesandten im Ausschusse die eine oder andere Meinung vertreten wird, um dem Berliner Kabinet einen Wechsel der Ansicht zu erleichtern. Freilich mußten auch unserer Seits einige Concessionen gemacht werden, allein sie scheinen mir denn doch untergeordneter Art und ich glaube, wenn der Entwurf der Majorität angenommen wird, so würde das Ganze noch ein sehr gediegenes Werk sein, welches den einzelnen Regierungen alle mögliche Hülfe bietet, den Stand der Presse gehörig zu regeln und zu zügeln.“

¹⁾ Abgedruckt als Beilage 8 zu § 220, der Protokolle der Dt. Bundesversammlung 1852 Aug. 5. Mit den durch den Politischen Ausschuß angenommenen Abänderungen gedruckt im Protokoll selbst, S. 920—27.

²⁾ von Latenbacher, Gersdorf, von Bechtold: Presssachmänner Osterreichs, Sachsens und des Großherzogtums Hessen.

Folgt Bericht über Preußens Abänderungsanträge zu den §§ 2, 5, 7, 8, 9, 10, 12, 14 des Entwurfes.

„Mit § 16 ist Herr von Bismarck persönlich einverstanden, wird auch suchen seine Regierung dafür zu stimmen, muß aber dagegen stimmen, weil man von Berlin aus nur eine ganz allgemeine Fassung wünscht¹⁾).

Dasselbe gilt von § 17, wo überdies, falls die Aufzählung²⁾ beibehalten würde, Herr von Bismarck einige Abänderungen vorschlug, namentlich erhob er sich sehr merkwürdiger Weise im dritten Absätze gegen die Worte: „auf³⁾ den Bestand des deutschen Bundes und auf das Ansehen und die Würde der obersten Bundesbehörde“, wo wir aber nicht nachgeben zu können glaubten; ferner beantragte er im fünften Absätze die Streichung des Wortes „Volksstämme“⁴⁾, wogegen wir als weniger wichtig keinen Streit anfangen wollten — im sechsten Absätze die Streichung der Worte „zur Beunruhigung der Staatsangehörigen“⁵⁾, was uns auch weniger wichtig erschien — im siebenten Absätze die Veränderung der Worte „Angriffe auf die Sittenlehren und die Sittlichkeit“ in „Angriffe auf die sittlichen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft“, wogegen wir ebenfalls nichts hatten; endlich im achten Absätze die Streichung der Worte „oder der Mitglieder ihrer Familien“⁶⁾, wobei er die große Ausdehnung der Reußischen, Lippe'schen etc. Familien befürwortete, wo es ganz unzulässig sei, daß die entferntesten Glieder, die als Lieutenants in der preussischen Armee stehen, die Bevorzugungen der Regentenfamilien genossen, dagegen hatten wir im Grunde auch nichts . . .“

¹⁾ § 16 des Entwurfes fordert Strafandrohung für Mißbrauch der Presse durch Aufforderung zu Handlungen, welche durch die allgemeinen Strafgesetze verboten sind, wie Aufforderung zum Hochverrat, Aufruhr, Treubruch, Widerstand gegen die Obrigkeit und die Gesetze usw. § 16 ist unverändert in die endgültige Fassung der Bundesbestimmungen gegen Mißbrauch der Pressefreiheit übergegangen. Protokolle der Bundesversammlung 1854, S. 622.

²⁾ Der strafbaren Preßvergehen.

³⁾ D. i. Angriffe auf . . .

⁴⁾ Schmähungen oder Verspottungen einzelner Volksstämme oder Klassen und Stände der bürgerlichen Gesellschaft . . .

⁵⁾ Verbreitung falscher zur Beunruhigung der Staatsangehörigen und zur Störung des öffentlichen Vertrauens geeigneter Nachrichten und Gerüchte.

⁶⁾ Beleidigung der zum Deutschen Bunde gehörigen Regenten oder der Mitglieder ihrer Familie.

Abänderungsanträge zu §§ 18, 19, 20, 21.

„Rücksichtlich § 23, 24, 25 und 26 mußte Herr von Bismarck in Folge der ihm gewordenen Instruktion auf Streichung beantragen¹⁾ und sah sich genöthigt, den Minoritätsantrag dahin zu stellen; er läugnete aber, nachdem er eine Zeit lang die Ansicht seiner Regierung zu vertheidigen gesucht hatte, nicht, daß er persönlich die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit derselben einsehe, und versprach daher nach Möglichkeit in Berlin dahin zu wirken, daß man dieselben annehme.“

über §§ 27 und 28.

„Nun kamen wir an die §§, welche das Recht zu einem diskretionären Einschreiten der Administrativ-Behörden den Regierungen förmlich zuerkennen, und die uns deshalb besonders wichtig erschienen, gegen welche aber Preußen den heftigsten Widerstand erhob²⁾. Die Gründe, die Herr von Bismarck vorbrachte, waren im Wesentlichen folgende: die Reihe der P f l i c h t e n, die in diesen Verfügungen allen Regierungen auferlegt werden, sind mit § 28 geschlossen, nunmehr werden nur R e c h t e ausgesprochen, die den Regierungen zustehen, dies gehört aber, streng genommen, nicht in einen B u n d e s b e s c h l u ß über die Verfügungen gegen den Mißbrauch der Presse. Preußen kann aber hiezu nicht zustimmen, weil es eine Unwahrheit sagen würde, wenn es die Behauptung aufstellen wollte, die Regierung habe diese Rechte, nachdem es dieselben in Wahrheit in Folge der Constitution nicht habe. Wir suchten dagegen zu befürworten, wie unserer Ansicht nach dies gar nichts Schaden könne . . .

Allein alle unsere Bemühungen waren fruchtlos; seine Instruktionen in dieser Beziehung waren zu bestimmt, und der Hauptgrund ist immer der, daß Preußen der obersten Behörde nicht gestatten will, einen Ausspruch zu thun, wodurch sie entscheidet, was das Recht oder die Pflicht einer Regierung sei, freilich ein Grundsatz, der ganz unhaltbar ist, gegen den Preußen selbst in dem letzten Jahre bei seinen Abstimmungen schon hundert Mal angestoßen hat, und der, wenn er zur Geltung kommen sollte, nothwendig zur Auflösung des Bundes führen müßte, was aber auch, nach meiner innersten Überzeugung, noch der geheime

¹⁾ über den Inhalt dieser §§ und Bismarcks wirkliche Stellung zu ihnen siehe meine Darstellung oben S. 114.

²⁾ Die §§ sind in der endgültigen Fassung gefallen; aus dem weiter unten erwähnten Vermittlungsvorschlag Bismarcks ist nichts geworden.

Gedanke der preußischen Regierung ist, wenn sie den Bund nicht zu einem so gefügigen Organ sich gegenüber machen kann, wie sie dasselbe bei den früheren Zollvereinsmitgliedern eben jetzt versucht, und was sie ihre Stellung und ihr Recht nennt!

Herr von Bismarck war persönlich bemüht, auch diese Schwierigkeit zu beseitigen und schlug dazu vor, mit dem § 28 die Reihe der Pflichten der Regierungen zu schließen und dies in dem § 29 auszusprechen, dagegen in einem nachfolgenden § noch supplementarisch die Rechte zu bezeichnen, welche denjenigen Regierungen zustehen müßten, die mit den vorhergehenden Maßregeln noch nicht im Stande wären, die Presse in einer genügenden Weise zu zügeln . . .“

Diskussion hierüber. — Graf Thun suchte Bismarck von der Vorstellung abzubringen, daß Bundesverfügungen über Pressfreiheit Einstimmigkeit erforderten. „Er (B.) versprach mir sich in Berlin möglichst eindringlich dahin zu verwenden, daß man die Prätenſion der Einstimmigkeit aufgebe . . .“¹⁾

(Bericht B)

„Die langen ausführlichen und mühevollen Berathungen, welche wir über die Preßangelegenheiten gehabt, haben uns bei der oft bewunderungswürdigen naiven Offenherzigkeit des Herrn von Bismarck einige tiefere Blicke in die Absichten Preußens gestattet, die zwar keinen von uns, der gezwungen ist, seit mehr als einem Jahre mit oder vielmehr trotz Preußen zu arbeiten, erstaunen konnten, die ich aber denn doch glaube Euer Erzellenz nicht vorenthalten zu dürfen, weil sie in vielen Stücken eine Bestärkung meiner häufig ausgesprochenen Überzeugung enthalten und somit als Beweis gelten dürften, daß unser Urtheil, welches in der Entfernung leicht als übertrieben und parteiisch gereizt erscheinen könnte, nicht so ganz unbegründet ist.“

Preußen spricht dem Bunde jede gesetzgeberische Befugnis ab. Alles Wichtigere soll durch freie Übereinkunft zustande kommen. „Sein ewiges Drängen nach Einstimmigkeit hat aber auch noch seinen ganz besonderen Grund in der wahrhaft zur fixen Idee gewordenen Überzeugung (wenigstens sucht man es als Überzeugung darzustellen), alle Bundesregierungen gingen darauf aus, Preußen zu kränken, zurückzusetzen und die ihm gebührende Stellung und seine wohlbegründeten Rechte zu verkürzen.

¹⁾ Diplomatische Finte. Bismarck hat sich niemals dafür verwendet, daß man auf die Forderung der Einstimmigkeit verzichte.

Dies sei die geheime Absicht Österreichs, dazu benütze es die Mittel- und Kleinstaaten, suche deren Einfluß im Bunde zu vermehren und dann, wie man sich ausdrückt, Preußen zu majorisiren. Diese Idee ist im preußischen Kabinete, so scheint es mir wenigstens, wirklich zu einer Art von Geisteskrankheit geworden, was freilich auch eine Züchtigung der Vorsehung, aus dem Bewußtsein so manchen eben nicht rechtmäßigen Erwerbs, sein mag. Was mich aber dabei wundert, ist, daß man nicht zur Erkenntniß kommt, einmal, daß man durch das schroffe Auftreten und Verfechten dieses Grundsatzes in, gering gesagt, zweifelhaften Fällen, sich immer mehr der Gefahr des Majorisirtwerdens aussetzt, indem nach dem deutlichen Wortlaut der Bundesakte in zweifelhaften Fällen doch immer die Majorität des engeren Rates zu bestimmen hat, ob ein vorliegender Antrag der Unanimität bedürfe oder nicht¹⁾; und zweitens, daß gerade durch diesen Satz die Gewalt der Kleinen im Bunde auf eine ganz unerhörte Art gesteigert wird, indem dann ein jeder einzelner, sei es Lippe oder Frankfurt, *liberum veto* erhält.

In dieser Beziehung scheint mir allerdings auf Herrn von Bischoff persönlich sein Aufenthalt in Wien beruhigend und somit günstig gewirkt zu haben. Wenigstens ist er in diesen beiden Punkten, was ihn angeht, viel *coulanter* als früher; immer kommt es aber auch noch bei ihm als Argument vor, um in Berlin etwas zu erlangen, und bei jeder Frage, wo man anderer Ansicht ist, sagt er dann gleich: ja darin wird man in Berlin wieder eine kleinliche Schikane und den vorherrschenden üblen Willen gegen Preußen sehen.

Solange Preußen hierin nicht gründlich kurirt und zur Überzeugung gebracht wird, daß hier niemand daran denkt, sein wirkliches Recht, seine wirkliche Stellung zu verkümmern, daß im Gegentheile ein jeder nur wünscht, Preußen möge durch seine Handlungen sich wieder das allgemeine Vertrauen erwerben, solange man in Berlin die Ansicht nicht zur Geltung bringen kann, daß man sich durch das bisher beobachtete Verfahren selbst am meisten schadet und das Mißtrauen und die Mißstimmung

¹⁾ Bundesakte Art. VII: In wie fern ein Gegenstand . . . für das Plenum geeignet sey, wird in der engern Versammlung durch Stimmen-Mehrheit entschieden . . . Wo es aber auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf organische Bundes-Einrichtungen, auf *jura singulorum* oder Religions-Angelegenheiten ankommt, kann weder in der engern Versammlung noch in Pleno ein Beschluß durch Stimmenmehrheit gefaßt werden.

gegen sich in der Bundesversammlung vermehren muß — solange ist von der Haltung Preußens hier nichts zu erwarten und sonach auch bei den größten Bemühungen und der angestrengtesten Arbeit kein Resultat für die Gesamtheit des Bundes zu hoffen.

Wer aber der Arzt sein soll, um diese Geisteskrankheit zu heilen, das ist die große Frage. Nur soviel ist gewiß, daß es von hier aus nicht geschehen kann, da wir höchstens, was unsere Person betrifft, auf den hiesigen Vertreter Preußens versöhnend einwirken, auf die preußische Regierung aber, und über die Absichten unserer Kabinete gar keinen Einfluß üben können. Möglich ist es allerdings, daß wenn die Zoll- und Handelsfrage günstig gelöst wird, Preußen endlich zur richtigeren Einsicht seiner Stellung kommt. Gewinnt es aber seinen Prozeß in dieser Frage, so wird es ohne allen Zweifel noch viel arroganter und hemmender im Bunde auftreten.

Was nun die speziellen Bemerkungen betrifft, die nicht ich allein, sondern wir alle bei den Preßverhandlungen machten, und die theilweise wirklich ans Komische streifen, so muß ich mir erlauben, hierbei etwas ins Einzelne einzugehen.

Bei der Veränderung, die er zu § 5, 7, 8 und 9 uzw. beantragte, sagte Herr von Bismarck ganz offen: Ja, es ist eben in unserem Interesse, uns der Presse gegenüber, besonders der übrigen Staaten, den Schein der Freisinnigkeit zu wahren!! Bei § 17, wo er den Antrag stellte, im Absatz 3 den Passus „auf den Bestand des Deutschen Bundes und auf das Ansehen und die Würde der obersten Bundesbehörde“ zu streichen¹⁾, läugnete er gar nicht, daß für Preußen die Bundesversammlung gar keine Behörde, am wenigsten die oberste Bundesbehörde sei, und daß ein Angriff auf den Bestand des Bundes, das Ansehen und die Würde der obersten Bundesbehörde bei ihnen weder verpönt noch zu verbieten beabsichtigt sei.

Als wir an die §§ 23—26 kamen²⁾, und er erst die Ansicht seiner Regierung zu rechtfertigen suchte, stand er nicht an, zu erklären: Wir sehen gar nicht ein, warum wir zu Maßregeln zustimmen sollen, die uns möglicherweise geniren können. Nehmen wir z. B. den gegenwärtigen Fall der Handels- und Zollfrage. Es kann z. B. in Leipzig oder München über diese Angelegenheit eine Broschüre erscheinen, die den Ansichten der sächsischen oder

¹⁾ D. i. Angriffe auf . . . Siehe oben S. 111—113.

²⁾ Siehe ebenda.

bairischen Regierung zuwider ist. Sie wird von der betreffenden Regierung verboten. Für uns ist sie aber sehr willkommen, warum sollen wir sie also auch verbieten müssen? Erst nachdem er sah, welchen schlechten Eindruck solche Äußerungen auf alle Ausschußmitglieder machten, gestand er uns, daß er persönlich rücksichtlich dieser Paragraphen mit seiner Regierung nicht einverstanden sei und nach Möglichkeit sich dahin verwenden werde, daß man sie annehmen möge¹⁾.

Diese einzelnen Fälle werden hinreichen zu beweisen, von welchen kleinlichen Rücksichten Preußen geleitet wird, und wie gänzlich es die höheren politischen Zwecke und die wahren Bundesinteressen dabei bei Seite setzt. Ich zweifle deshalb auch noch sehr, daß Preußen von seinen bisher immer geäußerten Ansichten abgehen werde.“

8. Graf Thun an Graf Buol.

(Brief)

Eigenhändig. „Höchst confidentiell.“ Wl. Varia 1852.

Frankfurt a. M., 4. November 1852.

Thuns Versetzung nach Berlin ist hier durch den eben zurückgekehrten Bismarck schon bekannt geworden. Alles fragt, wer der Nachfolger werden wird. „Bisher wird einstimmig als mein Nachfolger Graf Rechberg bezeichnet, und selbst Herr von Bismarck hat bei seiner ersten und — da er den Tag nach meiner Ankunft abgereist ist — bisher einzigen Unterredung mit mir seine Überzeugung ausgesprochen, daß dem so sein werde, und — zu meiner Überraschung — beigelegt: obwohl Graf Rechberg im Allgemeinen für unverträglich und heftig passire, so sei ihm diese Wahl doch ganz recht; er habe während seines Aufenthalts in Wien Gelegenheit gehabt, die Bekanntschaft des Grafen Rechberg zu machen und habe sich überzeugt, daß das, was ihm diesen Ruf gebe, mehr in seinen äußeren Formen liege, daß man aber sehr gut Geschäfte mit ihm besprechen könne, und er habe ihn immer sehr zugänglich und billig in seinen Ansichten gefunden. — Von dieser Seite würde sich also meiner Erwartung nach gegen Graf Rechberg nichts erheben, während alle Oesterreich näher stehenden Regierungen und namentlich diejenigen, die schon im Jahre 1850 hier vertreten waren und seine Thätigkeit in Kurhessen zu ver-

¹⁾ Hierzu S. 114.

folgen Gelegenheit gehabt haben, ihn gewiß mit Vertrauen und Freude begrüßen würden.

Auffallend mußte es mir dagegen sein, daß ich bisher auch noch nicht von einer Seite Herrn von Prokesch auch nur als einen möglichen Candidaten für den hiesigen Posten nennen gehört habe; dagegen sprechen sich alle meine Collegen unversehens dahin aus, daß sie es für ein Glück halten, daß er von Berlin entfernt werde, da er mit allen Leuten, selbst mit den Repräsentanten der Oesterreich am nächsten stehenden Regierungen schlecht stehe, unverträglich, übertrieben eitel und doktrinär sei und sich von aller Welt isolirt habe. Ob dieses Urtheil begründet sei oder nicht, darüber steht mir auf keinen Fall eine Entscheidung zu, auch bin ich nicht im Stande, mir selbst eine bestimmte Ansicht darüber zu bilden, da ich Herrn von Prokesch so gut wie gar nicht kenne, und es versteht sich von selbst, daß ich die Richtigkeit des Urtheils gegen jedermann bestreite. Ich constatiere hier bloß ein factum, und dieses scheint mir auf jeden Fall bedauerlicher Natur für die künftige Stellung Herrn von Prokeschs seinen Collegen gegenüber, umso mehr als es ganz im Einklang ist mit dem, was mir die Minister von Nassau, Kurhessen und Darmstadt, wovon namentlich der letztere durch Graf Goerk¹⁾ aus Berlin immer sehr gut informirt ist, schon wiederholt und seit langer Zeit geklagt haben, daß Herr von Prokesch ganz isolirt stehe, sich mit aller Welt verfeindet habe etc. etc.

Ich glaube daher nicht zu viel zu sagen, wenn ich die Befürchtung ausspreche, die Ernennung Prokeschs zum Präsidial-Gesandten werde alle Welt überraschen und zwar sehr unangenehm überraschen und einen nichts weniger als günstigen Eindruck hervorbringen.

Daß die Preußen ihn hier, wo er gleichsam über ihren Gesandten zu stehen käme, nur sehr ungern sehen würden, und daß die Ernennung die ohnedieß schon wenig befriedigende Haltung der preußischen Regierung dem Bunde gegenüber und namentlich des preußischen Gesandten zum Oesterreichischen nicht verbessern würde, soviel scheint mir ganz unzweifelhaft, und Herr von Bismarck sagte mir ganz im Einklange mit dem allgemeinen Urtheile: Ihre Stellung wird nach Prokesch in Berlin eine sehr leichte und angenehme sein, denn dieser hat wirklich das Talent gehabt, sich mit allen Leuten zu verfeinden. Nach der Convention

¹⁾ Großherzoglich heissischer Gesandter in Berlin.

von Olmütz war seine Stellung noch eine ganz gute¹⁾. Mantouffell, die Gerlachs, kurz die ganze Partei, die damals für eine Ausgleichung mit Österreich war, war für ihn und kam ihm mit Vertrauen entgegen; seitdem hat er sich aber mit allen Parteien und Individuen überworfen und ich kenne Niemanden, über den in dieser Beziehung ein so einstimmiges Urtheil herrscht wie über Profesch, nicht bloß bei Preußen, sondern auch bei Fremden wie Budberg²⁾, Benkendorff³⁾ etc. Ein sicherer Beweis, daß die Schuld doch auch an ihm liegen müsse, ist mir, daß er es sogar dahin gebracht hat, Herrn Lecocq⁴⁾, den gutmüthigsten, sanftmüthigsten Menschen der Welt, der sich immer geschmeichelt fühlt, wenn sich ein auswärtiger Gesandter zu ihm bemüht, dergestalt vor den Kopf gestoßen, daß er ihn gar nicht mehr bei sich empfangen will. — Ich wiederhole es, ich referire bloß, ohne mir ein Urtheil zu erlauben.

Aus alledem scheint mir klar hervorzugehen, daß Profesch's Ernennung auf den hiesigen Posten Preußen sehr verletzen und auf seine ohnehin schon bedauerliche Haltung im Bunde nachtheilig zurückwirken werde, solange wenigstens als man in Berlin nicht etwa zu der Ansicht gelangt, daß er der Mann sei, Mißtrauen bei seinen Collegen zu erwecken und den Sympathien Österreichs im übrigen Deutschland zu schaden.“ Thun zweifelt, daß Profesch die Stelle in Frankfurt zum Nutzen Österreichs einnehmen könne, da ihm das Vertrauen auch nicht eines seiner Kollegen zur Seite stehen würde. „Vertrauen und Entgegenkommen der Kollegen sind aber für den österreichischen Gesandten eine *conditio sine qua non*. Die persönliche Eignung in dieser Hinsicht ist wichtiger als seine sonstige Befähigung, da diese von Wien aus supplirt werden kann, jene aber nicht. Alle Vorzüge Profesch's, seine wissenschaftliche Ausbildung, das gründliche Studium des Bundesrechtes, sein unermüdlicher Eifer, mit dem er sich bald in alles einarbeiten wird — all das bildet keinen Ersatz für das fehlende persönliche Vertrauen.“ Thun will keine Lobrede auf sich selbst halten: „Was ich aber glaube, ohne Selbstüberschätzung mir nachsagen zu können, ist, daß ich das unbedingte persönliche Vertrauen meiner sämtlichen Collegen — selbst Herrn

¹⁾ Profesch hatte zum Frieden geredet. Siehe oben S. 156.

²⁾ Freiherr von Budberg, russischer Gesandter in Berlin.

³⁾ Graf Konstantin von Benkendorff, russischer Militärbevollmächtigter in Berlin.

⁴⁾ von Le Coq, Unterstaatssekretär im preuß. Ministerium des Auswärtigen.

von Bismarck nicht ausgenommen — besitze, sowie der leitenden Minister der meisten deutschen Staaten, mit denen ich theils während meiner hiesigen Stellung in nähere Beziehung gekommen bin, wie Herrn von Dalwigk, Baumbach, Fürst Wittgenstein, selbst Herr von Schele¹⁾, theils von früher her schon intim befreundet bin, wie Herr von der Pfordten und Beust²⁾.“ Macht sich kein Verdienst daraus, sondern erklärt es als „Folge meines Charakters, der vielmehr offen als diplomatisch ist.“ ...

Thun überläßt es dem Grafen Buol, „ob Hochdieselben davon S. M. gegenüber Gebrauch machen wollen, wozu es [dieses confidentielle Privatschreiben] allerdings berechnet ist und was ich im Interesse der Sache wünschen zu müssen glaube³⁾.“

9. Graf Thun an [Freiherrn Prokeš v. Osten]⁴⁾.
Eigenhändig. In meinem Besitz.

Frankfurt a. M., 11. November 1852.

Über die mutmaßliche Zeit seiner Ankunft in Berlin „über meine Stellung mache ich mir keine Illusion; man wird mich wahrscheinlich dem äußeren Anschein nach auf den Händen tragen, wenigstens im Anfang. Denn dort kommt Alles auf den Schein an, und man wird Ihrer Abberufung den Schein einer Conzession geben wollen. Daß dieß auf die Wesenheit der Geschäfte keinen Einfluß hat, davon bin ich fest überzeugt; denn, wie Sie wissen, ich sehe die handelspolitische Stellung so gut wie alle einzelnen Fragen am Bunde bloß als äußere Symptome des allgemeinen preußischen Krankheitszustand [so] an, den ich als zurückgetretenen Großmachtschwindel bezeichnen möchte. Möglich scheint es mir allerdings, daß man in der nächsten Zeit zur Erkenntniß komme, man habe in dieser Frage wieder eine so kolossale Dummheit gemacht, daß man einlenken müsse. Dann bricht aber die Krankheit auf einem andern Punkte durch; möglich, daß

¹⁾ Die leitenden Minister von Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Nassau und Hannover. Statt „Fürst Wittgenstein“ lies „Prinz Sayn-Wittgenstein“.

²⁾ Die Minister von Bayern und Sachsen.

³⁾ Der hier nur in seinen Hauptteilen wiedergegebene Brief umfaßt zwölf große Quartseiten: das längste eigenhändige Schreiben Thuns, das bei den Akten liegt.

⁴⁾ Der Adressat ergibt sich zwingend aus dem Inhalt. Anrede: „Verehrtester Freiherr.“ Thun sollte damals Prokeš auf dem Berliner Gesandtenposten ersehen.

man dießmal einfieht, man sei in die letzten retranchements der unhaltbaren Festung oder dessen, was man für eine Festung hält, gedrängt, und beschließt hier *coute qui coute* auszuhalten. Dann stellt man nach meiner Überzeugung die Existenz Preußens aufs Spiel, und die Sache dürfte sich vielleicht schneller und leichter entscheiden als man glaubt. Alles dieß wird aber die Stellung eines Österreichischen Gesandten in Berlin auf die Länge nie angenehm machen. Indessen komme ich doch aus der hiesigen Saustellung, die noch dazu physisch und moralisch aufreibend ist, heraus, mit einem stättigen¹⁾ Pferde an einem Wagen ziehen zu müssen. In Berlin handle ich selbständig bloß nach den Weisungen meiner Regierung, die wir Gott sei Dank stolz sein können im Auslande zu vertreten. Ist den Leuten nicht zu rathen und zu helfen, nun — *tant pis pour eux*, meine Laune wird das aber nicht verderben.

Daß ich von hier abreißen soll, ehe mein Nachfolger hier ist, halte ich in jeder Beziehung für fehlerhaft. Der Natur der Sache nach kann nur ich ihn mit der Masse angefangener und liegengeliebener Geschäfte bekannt machen, und eine weitere Folge ist, daß ich die Versammlung in *cognito* verlassen muß, um jemanden substituieren zu können, was ich weder für Österreich noch für seinen Vertreter würdig finde. Wer her kommt, darüber weiß ich noch nichts Bestimmtes. Ich hatte hier 40 000 fl. Gehalt²⁾ und 10 000 fl. Einrichtungsgelder bekommen; da meine Einrichtung fast ganz neu und in dem schönsten, schweren Stoff und sehr *cosсу*³⁾ ist, so werde ich sie wahrscheinlich mitnehmen . . .“

¹⁾ Stättig oder stätig = widerpenstig, störrisch (Grimms Wörterbuch), vom mittelhochdeutschen *stetec* = nicht von der Stelle zu bringen (Lexer, Mhd. Handwörterbuch). Mit dem störrischen Pferde ist natürlich Bismarck gemeint. Dieser wendet einmal denselben Ausdruck „stättisches Pferd“ auf Prokeš an. B. an Gerlach, 26. Febr. 1855, S. 196.

²⁾ Prokeš ließ sich, um seine Berliner Schulden tilgen zu können, auf sein Frankfurter Gehalt einen Vorschuß geben. Dieser Vorschuß wurde in der Weise zurückgezahlt, daß ihm jährlich 4000 fl. von seinem Gehalt als Präsidialgesandter abgezogen wurden. Die Restsumme, 36 000 fl., blieb dann aber das Gehalt des Präsidialgesandten auch unter Graf Rechberg, bis dieser unter Darlegung des Sachverhalts um Wiederherstellung der ursprünglichen 40 000 fl. bat. Brief Rechbergs an Buol, 29. Nov. 1857. WA.

³⁾ reich, großartig.

10. Prokeſch von Oſten an Graf Buol.

(Bericht)

Ausfertigung. WM.

Frankfurt a. M., 28. Sept. 1854.

„Die Militärkommiſſion¹⁾ hat unter dem 17. d. M. (praes. 19.) an den Militärauſchuß einen Bericht erſtattet, der zum Zwecke hat, der Kaiſerlichen Kriegsbeſatzung in Raſtadt den mit 1. Oktober normalmäßig gebührenden Winterbelag an wollenen Decken zu verſchaffen. Der Kön. Preußiſche Militärbevollmächtigte be- hielt ſich bei der Verhandlung in der Kommiſſion ſein Votum vor, zögerte aber damit, ſo daß die ſonſt darüber einſtimmige Kommiſſion, da die Zeit drängte, den Bericht ablaufen ließ.

In der nächſten Ausſchußſitzung²⁾ vom 26. d., welcher Herr von Bismarck, einer privaten Abhaltung wegen, nicht beiwohnte, kam dieſer Bericht zur Vorlage. Der Ausſchuß trat einſtimmig dem Begehren der Militärkommiſſion bei und beſchloß, den Gegenſtand, ſeiner Eile wegen, für die heutige Bundestags- ſitzung vorzubereiten. Freiherr von Münch übernahm das Referat und arbeitete den entſprechenden Vortrag aus, der von allen in der Ausſchußſitzung anweſend geweſenen Gliedern unterzeichnet wurde.

Herr von Bismarck, als die Unterzeichnung an ihn kam, fand Anſtand. Er erklärte vor Beginn der Sitzung mir und dem Referenten, er müſſe ſeine Zuſtimmung verweigern, indem Preußen den Bundesbeſchluß vom 7. Dezember 1850, in Folge welchen die öſterreichiſche Beſatzung ſich in Raſtadt befindet, nicht anerkenne. Er ſei angewieſen, mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln gegen das anomale Verhältniß der Anweſenheit einer öſterreichiſchen Kriegsbeſatzung in Raſtadt voranzugehen, berief ſich auf eine frühere Verwahrung³⁾ und ſetzte bei, daß Preußen Alles und jedes, was die öſterreichiſche Kriegsbeſatzung in Raſtadt vom Bunde beansprache, rückſichtslos verweigern werde.

Daß der Bundesbeſchluß vom 7. Dezember 1850, wenn auch vor der Zeit geſagt, in welcher Preußen den Bundestag wieder beſchickte, doch einige Rückſicht verdiene; daß die Kaiſerlichen Truppen im Intereſſe des Bundes in Raſtadt ſich befänden; daß

¹⁾ über Militärkommiſſion und Militärauſchuß ſiehe oben S. 394.

²⁾ Sitzung des Militärauſchuſſes.

³⁾ Bei Zuſtimmung zu einer Matrikularumlage für Kaſernen- und Hoſpitaleinrichtungen der Bundesfeſtung R. am 3. Oktober 1851 hatte Bismarck erklärt, daß in dieſer Zuſtimmung keine Anerkennung einer dem Bunde obliegenden Verpflichtung liege. Prot. BW. 1851 S. 181.

die fraglichen Decken auf jeden Fall als zur Ausrüstung von Rastadt gehörig angeschafft werden müssen, sonach keine außerordentliche Ausgabe zu machen ist; daß die Übertragung aus Bundesmagazinen in Ulm, wo sie dormalen nicht gebraucht werden, in Bundesmagazine zu Rastadt den Bund in nichts beeinträchtigt; daß es endlich unmöglich in der Absicht der Kön. Preussischen Regierung liegen könne, daß wegen eines Principienstreites die Kais. Truppe, die überdieß unter der Drohung der Cholera (schwebt¹⁾, in dieser Jahreszeit der ihr gebührenden Bedeckung entbehre; — diese und andere Gründe, die sowohl Freiherr von Münch als ich nicht ermangelten vorzubringen, änderten die schroffe Erklärung des Preussischen Bundestagsgesandten nicht. Da ich zufolge der Geschäftsordnung keine Aussicht hatte, den Gegenstand heute zur Abstimmung zu bringen, so vertagte ich die Vorlage für die nächste Sitzung. Herr von Bismarck sagte, er werde in der Zwischenzeit Weisungen aus Berlin einholen.

Es würde ohne Zweifel die Kais. Regierung es nie ihrer Würde gemäß finden, eine im Bundesdienste befindliche Kön. Preussische Truppe eines Principienstreites wegen des Nöthigen entbehren zu lassen; aber der Maßstab für das Schädliche ist — wie ich mit Bedauern sehe — nicht überall derselbe . . . Für Oesterreich steht die Kais. Truppe in Folge eines Bundesbeschlusses dort, für Preußen nicht. Es steht also an Preußen, einen Antrag beim Bunde einzubringen, der entweder Oesterreich dieses Bundesdienstes entläßt oder denselben zu einem auch von Preußen anerkannten macht . . .“

11. Proceß von Osten an Graf Buol (Bericht)

Ausfertigung. Wk.

Frankfurt a. M. 6. Okt. 1854.

„Der Antrag der Militärkommission wegen Beschaffung von Winterdecken für die kaiserliche Garnison in Rastadt . . . mußte wegen des nachträglich eingelangten preussischen Separatvotums²⁾

¹⁾ Im August waren einige Brechruhrfälle vorgekommen. Bericht der Militärkommission vom 17. Sept. 1854. Prot. Wk., S. 894.

²⁾ Das Sondervotum des preuß. Militärbevollmächtigten lehnt den Antrag auf Beschaffung einer 3. Wolldecke für die österreichischen Truppen in Rastatt ab, „weil nicht nur die gegenwärtige Besatzung von Rastatt als eigentliche Kriegsbefatzung nicht angesehen werden kann“, sondern auch wegen der vorschriftswidrigen Überschreitung des Etats der Kaserneneinrichtung für Bundesfestungen. Protokolle der Bundesversammlung 1854 Okt. 5., S. 898.

... in der Militär-Ausschuß-Sitzung vom 3. d. wieder in Berathung gezogen werden. Herr von Bismarck, der sich auf den Standpunkt gestellt hatte, nach welchem alle vor Preußens Zutritt zum Bunde im Jahre 1851 gefaßten Beschlüsse für Preußen null und nichtig sind und, wie im vorliegenden Falle, die Stimmen von Oesterreich und der acht damals mit ihm verbundenen Königreiche und anderen Staaten zusammengenommen, gegenüber der nachträglichen preußischen Negation in das Nichts versinken, gab seinen ungnädigen Gesinnungen gegen alles, was österreichisch ist, einen so unverhüllten Ausdruck, daß es mir wünschenswerth erschien, mußte, über die berechtigte Anwesenheit der kaiserlichen Truppen in Rastadt den Ausspruch des Bundes herbeizuführen. Da für die neun Regierungen, welche den Bundesbeschluß vom 7. Dezember 1850¹⁾ unterzeichnet hatten, diese Berechtigung keine zweifelhafte sein kann, dieselbe vielmehr nur von Preußen angetritten wird, so wäre es eigentlich an Herrn von Bismarck gestanden, einen Antrag zur Erleuchtung seines Zweifels einzubringen. Er wies aber die Aufforderung hierzu von sich und wollte, daß sich Baden in dieser Sache voranstelle. Der Ausschuß fand zuletzt für gut, den Antrag durch eine von der Militärkommission zu verlangende Äußerung selbst einzuleiten, den unmittelbar vorliegenden Gegenstand aber, den Bedarf an Winterdecken, so allgemein zu halten, daß ihm auch Herr von Bismarck beistimmen könne.

Diesen Bedarf und die Aussicht auf die angebahnte Regelung der ganzen Angelegenheit im Auge, gab ich dem Ausschußantrage meine Zustimmung. Er wurde von allen Gliedern unterzeichnet und in der gestrigen Sitzung eingebracht²⁾ ...

Demnach werden die kais. Truppen in Rastadt unverzüglich ihren Bedarf an Winterdecken erhalten, und es wird die Berechtigung unserer Anwesenheit in Rastadt endlich zum Austrag gebracht werden.

Diese Frage ist eine von denen, an welchen der Nachtheil der Versäumnis recht fühlbar wird, daß zur Zeit des Wiedereintrittes Preußens in die Bundesversammlung von ihm nicht die Anerkennung der von den neun früher vereinigten Stimmen gefaßten und für die Zukunft noch wirksam sein sollenden Beschlüsse gefordert wurde. In der damaligen Stimmung und bei

¹⁾ Im Original verschrieben: 1851.

²⁾ Auch Bismarck stimmte in dieser Sitzung für Bewilligung der Decken. Prot. BB. 1854 Okt. 5., S. 900.

der wohlwollenden Persönlichkeit seines damaligen Vertreters¹⁾ würde eine Anerkennung dieser Art uns manche Unziemlichkeiten und Placereien erspart haben. Für uns, in der Lage Preußens, würde sich diese Zustimmung freilich von selbst verstanden haben; aber die Schlüsse von unserer Denk- und Handlungsweise auf diejenige Preußens sind unzulässig.

Die Militärkommission wird, wie ich nicht bezweifle, in ihrer Mehrheit die Nothwendigkeit der Kriegsbesatzung in Rastadt in ihrer dermaligen Stärke darthun. Aus spöttelnden Äußerungen des Herrn von Bismarck über „das gute Verhältniß mit Frankreich, das eine Kriegsbesatzung in Rastadt ganz überflüssig mache“, kann ich aber bereits entnehmen, daß er sich nach Möglichkeit anstrengen wird, nur die österreichischen Truppen aus Rastadt zu entfernen . . .“

12. Proseß von Osten an Graf Buol

(Bericht A)

Ausfertigung. Wl.

Frankfurt a. M. 1. November 1854.

. . . „Die mir hier sichtbaren Symptome berechtigen zu keiner Hoffnung in dieser Beziehung [der in Berlin schwebenden Verhandlungen]. Die nach der Note vom 30. September²⁾ weich gewordene Sprache des Herrn von Bismarck ist starrer und zuverlässlicher als je, und da sie nur der Wiederhall derjenigen aus Berlin seyn kann, so muß ich auf ein Beharren in der kleindeutschen Politik dort schließen. Mit dieser aber scheint mir weder eine Verständigung möglich noch eine Vereinbarung von irgend einem Werthe“ . . .

(Bericht C, vertraulich)

„Herr von Bismarck ist der Mittelpunkt einer Thätigkeit, die über seine Stellung hinausgeht und die sich nur durch seine Parteibeziehungen, durch sein Verhältniß zum König und durch

¹⁾ Theodor von Rochow.

²⁾ Gedruckt in der Nationalzeitung v. 7. Okt. 1854. Depesche Buols an Esterházy, österreichischen Gesandten in Berlin, v. 30. Sept. Die zwischen Berlin und Wien bestehende Meinungsverschiedenheit wird dadurch öffentlich gemacht. Hauptinhalt: da Preußen Zweifel geäußert hat (in seiner Note v. 21. Sept.: Poschinger, Manteuffel II S. 457), ob eine Verhandlung über die vier Punkte am Bunde in diesem Augenblick Erfolg verspreche, so wird Oesterreich seine Anträge in Frankfurt „abgesondert durch den kaiserlichen Präsidialgesandten“ einbringen.

die Unkenntniß des Erſten der Lage erklären läßt. Er empfängt die Berichte der preußiſchen Vertreter an den deutſchen Höfen unmittelbar und in derſelben Zeit, als ſie nach Berlin gelangt ſein können; es kommen ihm alle ruſſiſchen Nachrichten über Berlin, wie ich vermuthe, durch Herrn von Budberg¹⁾ ſelbſt zu; er ſchreibt häufig an den König mit Umgehung des Herrn von Manteuffel durch Vermittlung der Herren von Gerlach und von Niebuhr²⁾.

In welcher Richtung ſich ſeine Gedanken bewegen, haben Eure Excellenz ſchon aus den Artikeln entnommen, die Herr von Dumreicher³⁾ einzufenden ſich beſſen hat. Daß er das hieſige Intelligenzblatt mit dieſen Ergüſſen ſeiner Feder beehrt, hat nicht bloß darin ſeinen Grund, daß ihm das Frankfurter Journal, aus Beſorgniß, an Abonnenten zu verlieren, nicht füglich genug iſt, ſondern weil jenes Blättchen großer Verbreitung, wenn auch nur unter dem Pöbel, genießt und er von der Wirksamkeit ſolcher öffentlicher Meinung aus alter Angewöhnung einen übergroßen Begriff hat. Er ſchreibt aber auch in die Kreuzzeitung und verwendet vielen Eifer, um die großdeutſchen Blätter, namentlich die durchaus würdig gehaltene Poſtamtzeitung, mundtot zu machen.

Seitdem er ſich von dem Schrecken der Note vom 30. wieder erholt, bemüht er ſich mit einer Zuorkommenheit, die ſeiner Natur koſten muß, um die Repräſentanten der Weſtmächte. Dieſe ſowohl als ihre Secetaire ſind plötzlich ſeine häufigſten Gäſte und er hat bei jeder Gelegenheit Aufmerkſamkeiten für ſie, welche die hieſige Geſellſchaft und wahrſcheinlich ſie ſelbſt überraschen. Dieſes Manoeuvre muß irgend eine Intrigue begleiten, die in London und Paris geſpielt wird.

Die Politik der Kreuzzeitung, die ich keine ruſſiſche, ſondern eine antiöſterreichiſche nennen möchte, verfolgt zwei Ziele. Das eine iſt, zu verhindern, daß Öſterreich des ruſſiſchen Alps an ſeiner Südgränze los werde, das andere iſt die Herrſchaft Preußens und des Proteſtantismus in Deutſchland . . .

Ein weites Feld für Herrn von Bismarck ſind unſere Finanzverhältniſſe. Eure Excellenz kennen darüber bereits ſeine Äußerungen. Perſönlich ſuche ich mit ihm ein erträgliches Verhältniß zu bewahren, was bei ſeiner ungnädigen Haltung gegen Alles,

¹⁾ Ruſſiſcher Geſandter in Berlin.

²⁾ Kabinetsrat Markus Niebuhr.

³⁾ Legationsſekretär, dann -rat bei der Präſidialgeandtschaft, ſeit November 1856 Bundeskanzleidirektor und Protokollführer.

was österreichisch, nicht ohne Mühe ist. Ich bringe einen beträchtlichen Theil meiner Zeit damit zu, Skandale zu verhüten oder ihnen auszuweichen¹⁾.“

13. Bismarck an Manteuffel

(Bericht)

Frankfurt a. M. 4. Febr. 1856.

GSN., Acta der Bundestags-Gesandtschaft, Rep. 75 B Gc 18, fol. 82. Entwurf. — Die Ausfertigung im Polit. Archiv des Ausw. Amtes AA Gen. I Nr. 7. vol. 2.

„In den Jahren 1835, 36 und 37 haben wegen Feststellung der Rangverhältnisse der beim Deutschen Bunde accreditirten europäischen Gesandten zu den Bundestagsgesandten zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien Verhandlungen stattgefunden, deren Resultat sich aus den Akten der Königl. Bundestagsgesandtschaft nicht ersehen läßt. Dieselben schließen mit einem Erlasse vom 13. August 1837, wonach Fürst Metternich die Sache bei dem damaligen Kaiserlichen Präsidial-Gesandten in Erinnerung gebracht hatte und der General von Schöler [der preuß. Bundesgesandte] zum Berichte darüber aufgefordert wurde, was Graf Münch [der Präsidialgesandte] etwa zur Ausführung des ihm ertheilten Auftrages gethan hätte.

Der Hofrath Keldner glaubt, daß, wenn spätere Verhandlungen stattgefunden haben, diese vielleicht von meinen Amtsvorgängern als persönliche Angelegenheiten betreffend angesehen und deshalb nicht zu den Akten gegeben worden sind. Es geht wenigstens auch aus dem Journal nichts darüber hervor.

Da die gedachte Frage durch Ernennung einiger neuen ausländischen Gesandten und mit Rücksicht auf Gerüchte über bevorstehende andere von mehreren meiner Collegen bei mir neuerdings in Anregung gebracht und auch für die diesseitige äußere Stellung von Interesse ist, so bitte Ew. Exz. ich ganz gehorsamst, mir Abschrift der auf die Sache bezüglichen Berichte und Erlasse nach dem 13. August 1837 aus den Akten des hohen Ministeriums hochgeneigtest mittheilen zu wollen²⁾.

¹⁾ Vgl. den gleichzeitigen Brief Profeschs: BrBrD., S. 403 f.

²⁾ Manteuffel erwidert am 20. Febr., daß die Akten mit dem Erlasse vom 13. Aug. 1837 abschließen, und bittet um Nachricht, „wie sich die Verhältnisse inzwischen factisch gestaltet haben.“ — Ebenenda, fol. 83. Ausfertigung.

14. Bismarck an Manteuffel
(Bericht)

GSN., a. a. O., fol. 88—98. Entwurf. — Die Ausfertigung im Polit. Archiv des Ausw. Amtes AA Gen. I Nr. 7. vol. 2.

Frankfurt a. M. 5. März 1856.

Erstattet den gewünschten¹⁾ Bericht ausführlich. Der preussische Bundestagsgesandte hatte zwischen 1827 und 1837 einen Streit zu führen, der aus dem Anspruch der Gesandten Englands und Frankreichs, allen Bundestagsgesandten außer dem Präsidialgesandten voranzugehen, entstand und in den Jahren 1835 bis 1837 zu Verhandlungen zwischen Berlin und Wien führte. Metternich war anfangs für die Regelung, daß die Bundestagsgesandten zwar in ihren eigenen Häusern den fremden den Vortritt ließen, doch in den Häusern der fremden Gesandten wie am dritten Ort den Vortritt erhielten. Unter dem Einfluß des Präsidialgesandten, Grafen Münch-Bellinghausen, nahm Metternich dann aber einen anderen Standpunkt ein, den er in einer Depeſche an den Grafen Trauttmansdorff, österreichischen Gesandten in Berlin, am 29. März 1836 umschrieb: die Bundestagsgesandten sollten sich in Frankfurt als zuhause betrachten und deshalb überall den Fremden den Vortritt lassen; der Würde des Bundestages als Körperschaft werde dadurch Genüge getan, daß die fremden Gesandten dem Präsidialgesandten überall den Vortritt gewährten.

„Es liegt auf der Hand, daß diese . . . nur durch Entstellung der Thatſachen gerechtfertigte Einrichtung den präpotenten Ansprüchen des Präsidialhofes ganz besonders gefallen mußte, indem nach ihr dem österreichischen Bundestags-Gesandten unter allen Umständen ein ganz exceptioneller, von seinen deutschen Kollegen durch Einschlebung aller Fremden gesonderter Rang verliehen wurde. Es liegt diesem Anspruch die Behauptung zu Grunde, daß die Rang-Ansprüche des Bundes durch die dem Präsidium erwiesene Ehre vollständig befriedigt würden und die übrigen Mitglieder der Bundesversammlung deshalb weitere Rang-Ansprüche den Fremden gegenüber nicht mehr aufzustellen hätten. Gestützt auf diesen Unterschied sucht denn auch Österreich für seinen Präsidialgesandten wenigstens faktisch die Prerogative eines Botschafters zu gewinnen und neu angekommene österreichische Bundestags-Gesandte prätentiren [so] nicht nur dem

¹⁾ Vgl. S. 538 Anm. 2.

entsprechende Schritte von Seiten der Militair- und Civilbehörden des Bundes und der Stadt, sondern es gelingt ihnen auch manchen unserer Collegen gegenüber den Anspruch auf den ersten Besuch durchzuführen. Bei der Ankunft des Freiherrn von Prokeš wurde sogar in meiner Gegenwart von den persönlichen Anhängern Oesterreichs vertraulich suppeditiert, daß sämtliche Bundestags-Gesandte demselben den ersten Besuch zu machen hätten, und wenn auch der Versuch vorzugsweise an meinem Widerspruch scheiterte, so war es doch ein nicht unbeträchtlicher Theil der Bundes-Versammlung, der, einschließlich der Frauen der Gesandten, dem Herrn und der Frau v. Prokeš die erste Visite machten und sich ihnen vorstellen ließen. Auch an den benachbarten Höfen wagt man es nicht recht, dem Oesterreichischen Bundestags-Gesandten die ihm zukommende Stelle hinter den am Hofe selbst accreditirten Gesandten gekrönter Häupter anzuweisen. Wenn ich nicht zugegen bin, giebt man ihm sogar den Rang ohne Weiteres; sonst wird in der Placirung irgend ein Auskunftsmittel gesucht, weil ich mir das Einschieben der accreditirten Gesandten zwischen dem Oesterreichischen Bundestags-Gesandten und mir nicht gefallen lasse. —

Auf die erwähnte Depesche an Graf Trauttmansdorff vom 29. März 1836 ist von unserer Seite in einer Depesche an Graf Malhan vom 4. Mai 1836 erklärt worden, daß der Inhalt derselben nicht ganz unseren Ansichten, Erwartungen und Wünschen entspreche. Es wird in unserer Antwort dabei beharrt, daß die Bundestags-Gesandten in ihren Häusern allen fremden Gesandten und diese bei sich umgekehrt allen Bundestags-Gesandten den Vorrang zu geben hätten. In Bezug auf dritte Häuser wird angenommen, daß eine Veranlassung zur Geltendmachung eines bestimmten Ranges zwischen den verschiedenen Gesandten eigentlich nicht vorkomme und deshalb umso mehr vorgezogen, eine besondere Verabredung nicht zu treffen, als schon bisher dem Präsidialgesandten resp. dessen Stellvertreter der Vorrang ohne Widerrede eingeräumt worden sei.“ Eine allgemein anerkannte, feste Norm für die Rangverhältnisse habe es bisher überhaupt nicht gegeben.

Metternich erklärte sein Einverständnis mit dem preußischen Vorschlag, der damit zur förmlichen Vereinbarung der Rabinette von Wien und Berlin wurde. Der Präsidialgesandte, Graf Münch, wurde angewiesen, die erforderlichen Unterhandlungen

mit den fremden Gesandten einzuleiten. Ob er das getan hat, läßt sich nicht feststellen. „Während der Function des Grafen Dönhoff hat sich zu einer Wiederaufnahme der Frage vielleicht um deshalb weniger Geneigtheit vorgesunden, weil der Preussische Gesandte häufig, wenn nicht der Regel nach, im Präsidium substituirt war.

Bei meinem Eintritt in die hiesige Stelle im Jahre 1851 fand ich die Einrichtung vor, welche Oesterreich bei dem ersten Versuch zur Reconstitution des Bundestages herbeigeführt hatte. Nach derselben erhielt der Preussische Gesandte in allen Häusern, auch in denen der beim Bunde accreditirten fremden Gesandten, den Rang hinter diesen. Ich besprach mich hierüber vertraulich mit Herrn von Tallenay, als damaligem Doyen der auswärtigen Gesandten, und verlangte wenigstens in den Häusern der letzteren den Vortritt, indem ich daran die Bitte knüpfte, für den Fall, daß man hierauf nicht glaubte eingehen zu können, mich vorher davon, daß ich bei ihnen in Folge einer Einladung mit einem der fremden Kollegen zusammentreffen würde, zu unterrichten, damit ich dem streitigen Falle durch mein Ausbleiben aus dem Wege gehen könne. Herr von Tallenay verständigte sich darauf mit seinen Kollegen dahin, daß sie mir persönlich den Vorrang in den fremden Häusern lassen wollten.

Über die dem diplomatischen Corps nicht angehörigen Häuser wurde nichts weiter verabredet, und so lange wenigstens der Doyen der auswärtigen Diplomaten in seinem Creditive älter war als ich, habe ich diesem den Vorrang bei solchen Gelegenheiten gelassen, während in Betreff der später als ich accreditirten eine feste Observanz sich nicht bildete. Amtliche Diners außerhalb des diplomatischen Corps finden in der Regel nur bei dem regierenden Bürgermeister statt, wo dann eine möglichst unpräjudicirliche Einrichtung getroffen wird. Seitdem nun aber sämtliche fremde Gesandte von erheblich jüngerem Datum accreditirt sind als ich, habe ich jede Einladung in Häusern außerhalb des diplomatischen Corps, wo ich mit ihnen in Rangstreitigkeiten kommen konnte, abgelehnt, und ist dies die Lage, in welcher sich die Sache noch gegenwärtig befindet.“

Neuerlich ist bei den deutschen Kollegen, die die Zurücksetzung in den Häusern der fremden Diplomaten empfinden, die Stimmung einer würdigen Regelung der Rangverhältnisse günstig. Die Herabdrückung der Bundestagsgesandten wird gefördert

durch Oesterreich, zum Theil auch durch die Kleinheit der deutschen Staaten, vielleicht auch mitunter durch die Persönlichkeit ihrer Vertreter, besonders aber „dadurch, daß die Eigenschaft eines ‚deutschen Gesandten‘ hinreicht, um in allen Fällen, wo das diplomatische Corps von der hiesigen Einwohnerschaft gesehen wird, selbst den ältesten Vertreter eines deutschen Königreichs hinter den jüngsten Gesandten eines wenig angesehenen fremden Staates rangiren zu lassen. Für den Preussischen Gesandten werden diese Fragen dadurch besonders peinlich, daß gerade zwischen ihm und dem österreichischen jene Einschübung stattfindet.“ Nachdem der mit der verfassungsmäßigen Gleichheit der Bundesglieder unverträgliche Vorrang des österreichischen Gesandten einmal zugelassen worden ist, wird Preußen jetzt keine seiner europäischen Bedeutung würdige Rangstellung am Bunde erlangen können. Es handelt sich jetzt nur noch um Regelung der allen Bundestagsgesandten gemeinschaftlichen Beziehungen zu den fremden Gesandten. Der Vortritt der deutschen Gesandten in den Häusern der fremden ergibt sich aus den Regeln derselben Höflichkeit, die den fremden in den Häusern der Bundestagsgesandten den Vortritt gewährt. „In den Frankfurter Häusern aber scheint mir das Prinzip, daß alle Bundestags-Gesandten allen fremden Gesandten nachstehen sollen, weder durch eine nationale Höflichkeit geboten, noch mit dem äußeren Ansehen des Bundes verträglich. Eine gemeinschaftliche deutsche Nationalität kann dabei meines Dafürhaltens nicht in Ansatz kommen, weil diplomatisch betrachtet der Preussische oder Sächsische Gesandte nicht der Landsmann des Frankfurter Staatsangehörigen ist, außerdem aber bei vielen gerade derjenigen hiesigen Einwohner, welche ein Haus machen, die Nationalität eine sehr zweifelhafte ist. Sollte die deutsche Nationalität in dergleichen Fällen eine Grundlage der Courtoisie bilden, so würde es schwer sein, einen solchen Grundsatz nicht auch auf die bei Frankfurt oder den deutschen Höfen accreditirten fremden Gesandten auszudehnen. Das passendste Auskunftsmittel in den zweifelhaften Fällen wäre nach meiner Ansicht ein Wechsel in der Reihenfolge, der Art, daß auf einen Deutschen Gesandten ein fremder folgt, dann wieder ein Deutscher und so weiter.

Nach den vorgekommenen vertraulichen Besprechungen gehen die Ansprüche meiner Collegen von der Bundesversammlung nicht so weit, daß in den nicht zum Bunde gehörigen Häusern

jedes Mal sämtliche Bundestags-Gesandte dem Doyen der Fremden vorgehen sollten; sie würden damit zufrieden sein, in solchen Fällen nur zwei bis vier Ehrenplätze durch Mitglieder der Bundesversammlung besetzt zu sehen. Der Fall übrigens, daß sämtliche Bundestags-Gesandte im Hause eines auswärtigen Gesandten mit den Fremden zusammen kommen, tritt der Regel nach nur ein Mal im Jahre ein, nämlich bei dem officiellen Diner, welches der französische Gesandte am 15. August zu geben pflegt, und auch bei diesem war bisher wegen einfallender Ferien selten mehr als die Hälfte der Bundestags-Gesandten gegenwärtig, welche, wie gesagt, befriedigt sein dürften, wenn nur die Ehrenplätze dem Bunde gewährt würden. Das von Oesterreich und den fremden Gesandten oft gebrauchte Argument, daß man die Vertreter europäischer Mächte nicht hinter den des Fürsten von Liechtenstein und der freien Städte rangiren könne, hat deshalb keine praktische Bedeutung.“

B. bezweifelt nicht, in Übereinstimmung mit der Mehrheit seiner Kollegen, daß die Bundesversammlung befugt ist, diese Angelegenheit selbständig durch einen Beschluß, auch ohne Einverständnis der auswärtigen Höfe, zu regeln. Bittet um Ermächtigung zu einer vertraulichen Vorbereitung der Frage und erforderlichenfalls zur Herbeiführung eines Bundesbeschlusses. Schlägt folgende Grundsätze vor:

„1. In den Häusern der Bundestags-Gesandten geben diese, mit Ausnahme desjenigen unter ihnen, der das Präsidium führt, den beim Bunde accreditirten fremden Gesandten den Vorrang.

2. In den Häusern der fremden Gesandten räumen diese — ohne Rücksicht auf die Zeit der Accreditation — den Bundestags-Gesandten den Vorrang ein.

3. In solchen Häusern, welche nicht zum diplomatischen Corps des Bundes gehören, und in welchen nicht durch die im Allgemeinen für accreditirte Gesandte übliche Regel etwas Anderes feststeht, findet zwischen den Bundestags- und den fremden Gesandten eine Reihenfolge in der Weise statt, daß jedes Mal der nach der Stimmordnung in der Bundesversammlung erste Gesandte den ersten Platz erhält, daß ihm ein fremder, diesem wieder ein Bundestags-Gesandter und so weiter folgt¹⁾.“

¹⁾ Manteuffel, damals in Paris auf dem Friedenscongresse, erklärt sich in seinem Erlaß vom 24. März 1856 in allen Punkten mit Bismarcks Auffassung wie mit seinen Vorschlägen einverstanden, erteilt ihm die erbetene Ermächtigung und übersendet ihm Abschrift eines

15. Graf Rechberg an Graf Buol

(Bericht B)

Ausfertigung. Wl.

Frankfurt a. M. 10. April 1856.

„Der kön. preußische Bundestagsgesandte Herr von Bismarck hat schon seit längerer Zeit Anstände erhoben gegen die den Diplomaten der auswärtigen Mächte gegenüber herkömmlich eingeführte Rangordnung. Nach derselben ging bisher der k. k. Präsidial-Gesandte bei allen Gelegenheiten allen übrigen Gesandten vor. In den Häusern der Bundestags-Gesandten räumten diese den fremden Gesandten den Vortritt ein; in den Häusern der fremden Gesandten hatten dagegen die Bundestags-Gesandten principiell den Vortritt, wenn es auch in der Praxis nicht so streng hiemit gehalten wurde und die fremden Gesandten den Gesandten der kleineren deutschen Höfe nicht immer den Vorrang gaben. Bei Privatleuten hatte, wie überall, der k. k. Präsidialgesandte den ersten Rang; die Gesandten der auswärtigen Mächte dagegen sprachen den Rang vor den übrigen Bundestags-Gesandten an. Gegen dieses Herkommen protestirte der kön. preußische Gesandte und machte in Privathäusern den Gesandten der fremden Mächte den Rang streitig; er wünschte in denselben wenigstens das Anciennetätsverhältniß zur Geltung zu bringen und lehnte da, wo er es nicht durchsetzen konnte, die Einladung ab.“

Gestern theilte Bismarck eine Depesche aus Berlin mit, die in den Häusern der fremden Diplomaten den Vorrang für die Bundestagsgesandten fordert, bei den übrigen Gelegenheiten aber den Alternat zwischen den fremden und den Bundestagsgesandten nach der beim Bundestag eingeführten Stimmordnung, „so daß der Präsidialgesandte den ersten Platz zu nehmen, nach demselben der älteste fremde, dann Preußen, nach diesem der zweitälteste fremde, dann Bayern u. s. w. zu folgen hätten. Die kön. preußische Regierung beruft sich in dieser Note auf die bei dem Reichstag zu Regensburg eingeführte Rangordnung und auf die, wenn ich nicht irre, im Jahre 1836 von dem k. k. Staatskanzler Herrn Fürsten von Metternich der preußischen Regierung

Promemoria über die Rangverhältnisse am Regensburger Reichstag. Kernstück des Promemoria ist ein Beschluß der kurfürstlichen Reichstagsgesandten vom 12. Aug. 1702, keinem fremden Gesandten im Range nachzugehen. Manteuffels Erlaß: GSStA., a. a. O. fol. 99—102, Ausfertigung. Beilage: fol. 103—106.

gegebene Erklärung¹⁾ und hält an dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Mitglieder des deutschen Bundes fest, welche eine so auffallende Zurücksetzung der Bundestagsgesandten, wie die bisher befolgte, nicht gestatte.

Herr von Bismarck wurde beauftragt, sich mit mir zu besprechen, inwiefern etwa durch einen Bundesbeschluß diese Frage nach der von Preußen entwickelten Ansicht geregelt werden könne, und schien in Aussicht stellen zu wollen, daß, falls dies nicht zu Stande gebracht werden könne, man von Berlin aus einfach auf die von dem Wiener Congresse eingeführte Rangordnung nach der Anciennität der Gesandten zurückkommen werde, durch welche der k. k. Präsidialgesandte alle seine Rangvorrechte verlieren würde. Auf diese letzteren Andeutungen fühlte ich mich nicht berufen mich einzulassen; ich beschränkte mich daher darauf, Herrn von Bismarck zu bemerken, wie es mir wünschenswerth scheine, eine allfällige Abänderung des bisher hier eingeführten Rangverhältnisses lieber im Wege der persönlichen Verständigung mit den Gesandten der fremden Mächte als durch den eines Bundesbeschlusses anzubahnen; es scheine mir jedoch der gegenwärtige Augenblick in Folge der Abwesenheit des englischen wie des russischen Gesandten hiezu nicht besonders gut geeignet, ich glaubte daher jedenfalls vorerst deren Rückkehr abwarten zu sollen.“

Bismarck einverstanden. Rechberg bittet um Verhaltensmaßregeln. „An und für sich ist diese ganze Angelegenheit von so kleinlicher und untergeordneter Bedeutung, daß es fast lächerlich wird sich mit derselben zu befassen . . . Preußen scheint durch seine Ansprüche vorzüglich darauf hinzuwirken, den Grundsatz, daß dem Präsidialgesandten als solchem die Repräsentanz des Bundes gebühre, anzusechten, indem es darauf besteht, daß da, wo der Präsidialgesandte nicht zugegen ist, von den fremden Gesandten der Voratz dem nach der Stimmordnung ersten Bundestagsgesandten eingeräumt werde.“

¹⁾ Über Metternichs Stellung zur Rangfrage siehe Bismarcks Bericht v. 5. März 1856, Anlage 14, über den Regensburger Reichstag vgl. die vorige Anmerkung, dazu oben S. 372.

16. Bismarck an Manteuffel
(Bericht)

ÖStA. Bundestagsgesandtschaft Rep. 75 B Ge 18 fol. 120—124.
Entwurf. — Ausfertigung im Polit. Archiv des Ausw. Amtes
AA Gen. I. 7. vol. 2.

Frankfurt a. M. 30. Juli 1856.

Hat seinen Antrag wegen Regulierung der Rangverhältnisse in der Sitzung v. 19. d. M. eingebracht. Einsetzung eines Ausschusses: Oesterreich, Preußen, Bayern, Württemberg, Kurhessen. Graf Rechberg hat den Ausschuß erst gestern zusammenberufen. Punkt 1 und 2 der preußischen Vorschläge angenommen¹⁾. Beim 3. Punkte warnte Rechberg vor Beschlüssen, die gegen den Widerstand der fremden Gesandten nicht durchzuführen wären. Bismarck wandte ein, es käme nur darauf an, sich innerhalb der Bundesversammlung über ein Prinzip zu verständigen. „Sollte der Widerstand der fremden Gesandten und ihrer Höfe von der Art sein, daß der Versuch, die gefaßten Beschlüsse wider ihren Willen durchzuführen nothwendig wäre, so sei dies keineswegs schwierig, wenn die Bundesversammlung in sich zusammenhielte; es sei dazu nur erforderlich, daß die Bundestagsgesandten in den Häusern derjenigen Frankfurter Persönlichkeiten, die sich nach den vom Bunde angestrebten Regeln nicht richteten, keine Einladungen annähmen. Dies könne ohne alle verletzenden Vorkommnisse leicht durchgeführt werden und würde es nach den hiesigen Verhältnissen unzweifelhaft den gewünschten Erfolg haben. Daß letzteres factisch zutreffe und somit auch die Ausführung ohne bedeutende Schwierigkeiten sei, gaben auch Herr v. Schrenk²⁾ und Herr v. Dörnberg³⁾ zu. Ersterer brachte das Auskunftsmittel zur Sprache, einen Unterschied zwischen den Häusern der Frankfurter und der fremden Privatpersonen zu machen, und die ersteren als Landsleute sowie ihre Häuser unter demselben Gesichtspunkte wie die der Bundestags-Gesandten anzusehen. Herr v. Dörnberg war der Meinung, daß bei Annahme dieses Grundsatzes sämtliche hier wohnhafte Consuln der Rubrik der fremden Diplomaten zuzuschreiben seien, womit allerdings die Mehrzahl derselben, welche Gesellschaft bei sich sehen, betroffen würde.

Es scheint indeß kaum thunlich, auch die deutschen Consulate

¹⁾ Siehe oben S. 373.

²⁾ Der bayrische Gesandte.

³⁾ Der kurhessische Gesandte.

auf diese Weise exceptionell als ausländisches Territorium zu behandeln. Ich halte hienach den diesseitigen Vorschlag immer noch für den practischeren.“

Herr v. Dörnberg zum Referenten bestellt. Bismarck bittet um Unterstützung der preußischen Anträge in Wien, namentlich aber bei den übrigen deutschen Höfen, zunächst bei Kurhessen, da dessen Gesandter das Referat hat¹⁾. Bismarck erwartet von diesem zwar Förderung der preußischen Wünsche, rechnet aber mit Versuchen österreichischer und französischer Beeinflussung.

17. Graf Rechberg an Graf Buol
(Bericht B)

Ausfertigung. Wl.

Frankfurt a. M. 19. November 1856.

„Die Bestrebungen des kön. preußischen Gesandten, eine Abänderung der bisher bestehenden Rangverhältnisse den beim Bunde beglaubigten fremden Gesandten gegenüber einzuführen, haben in dem Verkehre mit den fremden Gesandten vielfache Störungen und Reibungen hervorgerufen.

Von diesen wird jetzt nicht nur in den Häusern der Bundestagsgesandten, sondern auch in ihren eigenen der Vortritt vor den Bundestagsgesandten als ein Recht beansprucht. Nur allein dem Präsidialgesandten räumen sie den Vortritt ein. Von Seiten der Bundestagsgesandten wird hiegegen eine sehr entschiedene Opposition erhoben, und es hat dieses Verhältniß bereits zu mehrfachen unerfreulichen Erörterungen Anlaß gegeben, indem die Bundestagsgesandten erklären, daß, wenn die Fremden ihnen in ihren Häusern die Courtoisie nicht einräumen, sie ihnen dieselbe auch in ihren eigenen, wie in dem Hause des Präsidialgesandten nicht geben wollen.

So kleinlich und erbärmlich diese Streitigkeiten an und für sich sind, so haben sich doch die Köpfe auf beiden Seiten so sehr erhitzt, daß ein conciliatorisches Einschreiten von meiner Seite im Sinne der hohen Depeche Euer Excellenz vom 26. Juni d. J.²⁾

¹⁾ Geschehen durch Rundschreiben Manteuffels vom 2. Aug. 1856, je ein offenes und ein vertrauliches, an die preußischen Gesandtschaften bei sämtlichen deutschen Regierungen mit Ausnahme Österreichs. W. a. D. fol. 129—131. Gleichzeitig in anderer Formulierung ein besonderes Schreiben an den preuß. Gesandten in Wien: fol. 132, 133.

²⁾ Buol empfiehlt in dieser Depeche, falls eine feste Rangordnung nicht mehr zu entbehren sei, „so würde sich wohl schwerlich ein leichter und den Verhältnissen besser entsprechender Ausweg finden lassen, als

für jetzt nur wenig Aussicht auf Erfolg hätte; indessen üben diese Zänkereien einen so nachtheiligen Einfluß auf die gesellschaftlichen Beziehungen aus, daß die Nothwendigkeit eines gegenseitigen Nachgebens und Entgegenkommens sich sehr bald dringend fühlbar machen wird; dann werde ich die günstigere Stimmung sogleich benützen, um durch vermittelnde Vorschläge diesem lächerlichen Streit ein Ende zu machen.“ Anerbieten des englischen und des französischen Gesandten, den königlichen, aber nicht den übrigen Gesandten den Vortritt bei sich zu Hause einzuräumen, durch Rechberg abgelehnt, da es seit dem Wiener Kongreß zwischen Gesandten königlicher und anderer Höfe keine Scheidung mehr gebe. Rechberg wird bis zur Schlichtung dieses Streites vermeiden, Bundestags- und fremde Gesandte zusammen einzuladen. Herr von Blittersdorf hat den fremden Diplomaten vorgeschlagen, mit den Bundestagsgesandten, außer dem präsidialen, zu alternieren. Bismarck damit einverstanden.

18. Graf Rechberg an Graf Buol

(Bericht)

Ausfertigung. Wl.

Frankfurt a. M., 13. Mai 1857.

„Herr von Bismarck sagte mir, daß der Bundestagsgesandte für Holstein und Lauenburg [Bernh. v. Bülow] ihm soeben eine telegraphische Depesche mitgetheilt habe, die ihm von Copenhagen zugekommen war. Herr von Bülow hatte mir deren Inhalt schon in früher Morgenstunde, und noch vor er sich zu dem preussischen Gesandten begeben hatte, bekannt gegeben und hatte mir auf mein Verlangen eine Abschrift von derselben nehmen lassen, welche ich die Ehre habe, im Anschlusse gehorsamst zu unterlegen¹⁾.

Herr von Bismarck erklärte, daß er, Angesichts dieser officiellen Anzeige der kgl. dänischen Regierung, dem von Oesterreich und Preußen gestellten Ansinnen die gebührende Folge geben zu wollen, sich nicht für ermächtigt halten könne, die Vorlage am Bunde zu machen, ohne neuerdings um Instructionen bei seinem

daß in den Häusern von Privatpersonen, welche den Deutschen Bundesstaaten angehören, die nämliche Rangordnung wie in jenen der Bundestagsgesandten, bei Ausländern dagegen, die sich in Frankfurt zeitweise aufhalten, die nämliche Rangordnung wie bei den Gesandten der auswärtigen Mächte beobachtet würde“.

¹⁾ Gedruckt: Pr. i. BT. III S. 110 Anm. 1. über den Zusammenhang, in den Rechbergs Bericht gehört, siehe meine Darstellung S. 335 f.

Hofe anzufragen. Es könnte dieser Schritt sehr nachtheilig auf die gegenwärtig so günstige Stimmung in Copenhagen einwirken und eine Reconstitution des dänischen Cabinetes im ultradänischen Sinne veranlassen, wodurch sehr bedauerliche Verwickelungen hervorgerufen werden könnten. Auch würde es auf die fremden Cabinete, denen der Inhalt der besagten, an Herrn von Bülow erlassenen telegraphischen Depesche keinesfalls unbekannt bleiben dürfte, einen sehr peinlichen Eindruck machen und dem Vorgehen Oesterreichs und Preußens einen Charakter der Härte und Schroffheit gegen Dänemark ausdrücken, welcher sie günstiger für Dänemark stimmen würde als sie es gegenwärtig seien. Diese letzte Befürchtung betonte mein preußischer College sehr nachdrücklich und drückte dringend den Wunsch aus, daß ich ebenfalls auf Grund der uns heute Frühe von Herrn von Bülow gemachten Mittheilung bei Euer Excellenz anfragen möge, ob wir diese als officiell zu betrachtende Erklärung der dänischen Regierung berücksichtigen oder dennoch diese Vorlage beim Bunde machen sollen.

Ich glaubte mich nicht weigern zu können, diesem Wunsche zu entsprechen. Wir kamen daher überein, daß ich die gewöhnliche Bundestags-Sitzung, welche morgen stattfinden sollte, ... absagen und ... eine Sitzung, welche Mittwoch [den 20.] oder Freitag [den 22. Mai] stattfinden könnte, ansagen lassen würde.“ Rechberg hat den Eindruck, daß man es in Berlin lieber gesehen haben würde, wenn die Zurückhaltung der Vorlage durch Oesterreich veranlaßt worden wäre, und sieht darin „einen neuen Beleg dafür, wie wenig wir, im Falle es zu einer Bundes-Execution und in deren Folge zu Verwickelungen mit dem Auslande kommen sollte, auf Preußen zählen können“.

19. Graf Rechberg an Graf Buol

(Bericht A, vertraulich)

Ausfertigung. W.

Frankfurt a. M., 17. Juni 1857.

„Ich habe es stets als eine meiner ersten Aufgaben betrachtet, soweit es von dem hiesigen Standpunkte aus möglich ist, dahin zu wirken, ein besseres Verhältniß mit Preußen herzustellen und in Fällen, in denen bei Behandlung der Bundesangelegenheiten eine Meinungsverschiedenheit sich ergab, dem Ausbruche eines ernstesten Conflictes vorzubeugen.

In doppelter Beziehung hielt ich mich für verpflichtet, alle

meine Kräfte aufzubieten, um dieses Ziel zu erreichen. Die Uneinigkeit zwischen Österreich und Preußen dient in Deutschland nur dazu, die Bedeutung der Mittelstaaten zu erhöhen und ihnen eine Stellung zu geben, welche für das Kaiserliche wie für das Berliner Cabinet nicht ohne bedenkliche Rückwirkung bleibt. Dem Auslande gegenüber aber wird der Einfluß beider Cabinete durch die zwischen ihnen bestehende Uneinigkeit geschwächt. Vereint können sie mit Deutschland, welches ihnen dann nothwendigerweise folgen muß, das entscheidende Wort in den europäischen Angelegenheiten führen. Durch seinen Zwiespalt mit Österreich wird Preußen in die Nothwendigkeit versetzt, die Allianz einer fremden Großmacht aufzusuchen und sich von ihr ins Schlepptau nehmen zu lassen, und die kleineren deutschen Regierungen werden durch diesen Zwiespalt ermuntert, ihre Blicke mehr nach Paris und Petersburg, als nach ihrem wahren Stützpunkte, nach Wien zu richten.

Über diese Ansicht habe ich mich öfters mit Herrn von Bismarck besprochen. Er stimmte mir auch stets bei und versprach mir, auf eine bessere Verständigung wirken zu wollen. Obgleich ich keine Gelegenheit versäumt habe, ihn in dieser Richtung zu bestärken, so sehe ich mich doch genöthigt, das Geständniß abzulegen, daß meine Bemühungen nicht von dem gewünschten Erfolge begleitet waren.

Schon in einem früheren Berichte¹⁾ hatte ich die Ehre, Euerer Excellenz anzuzeigen, daß der Königl. Preuß. Bundestags-Gesandte in einer sehr herben Stimmung aus Paris zurückgekehrt ist; sie hat sich seitdem fortwährend gesteigert. In einer Unterredung, die ich kürzlich mit ihm über die Rastatter Besatzungsfrage²⁾ hatte, erklärte er mir offen, daß er in Allen Fragen Österreich auf das Äußerste entgegentreten werde; es könne bei dem gegenwärtigen Verhältnisse nicht bleiben und müsse entweder zur Verständigung oder zum entschiedenen Bruch kommen. Seit dem Jahre 1816 habe das Kaiserliche wie das Preussische Cabinet stets das Interesse Deutschlands und die Opferbereitsamkeit für Deutschland vorgeschützt; er könne seine Regierung von der Beschuldigung nicht freisprechen, das Kaiserliche Cabinet durch diese Sprache zu dem irrigen Glauben verleitet zu haben, daß es im Falle eines äußeren Krieges auf Preußen zählen

¹⁾ Vom 29. April 1857. Siehe oben S. 387.

²⁾ Über diese siehe oben S. 389 ff.

könne, während das Berliner Cabinet, wenn nicht früher eine Verständigung zu Stande käme, sich auf die Seite der Gegner Österreichs würde stellen müssen¹⁾; diesem Lügen-System, durch welches man sich gegenseitig irreführte, müßte man entsagen und auf die offene Sprache zurückkommen, die man zu Zeiten des Reichstags in Regensburg noch geführt habe. Der Preußische wie die anderen Gesandten hätten dort die Interessen des eigenen Landes offen vertreten, das Interesse Deutschlands aber sei nicht als Vorwand gebraucht worden.

Auf meine Aufforderung, sich näher darüber zu erklären, auf welcher Grundlage diese Verständigung herbeigeführt werden könne, ließ er sich nicht näher ein und beschränkte sich darauf, zu sagen, eine Verständigung würde nur dann von Dauer sein können, wenn die Stellung Preußens in Deutschland so geregelt würde, daß zwischen Österreich und Preußen gar kein gemeinsamer Punct gelassen würde. Solange irgend eine Gemeinsamkeit bestehe, würde Preußen in die untergeordnete Stellung versetzt, aus welcher es sich immer bestreben müsse herauszukommen, und es würde sich hiedurch der Kampf immer von neuem wieder entspinnen. Von einem Eintritte Österreichs in den Zollverein könne daher keine Rede sein, und er billige es nicht, wenn man in Berlin denselben in Aussicht gestellt habe, während man fest entschlossen gewesen sei, sich ihm zu widersetzen. Österreich selbst würde es bald zu bereuen haben, sich in dem Zollverein zu befinden. Des Letzteren Fortbestand in der gegenwärtigen Gestaltung sei auch für Preußen eine Unmöglichkeit, da es an demselben finanziell zu Grunde gehe. Es werde durch das Veto der einzelnen deutschen Staaten an der Verbesserung seiner inneren Finanzgesetzgebung gehindert, und seine Regierung müsse, wolle sie den Finanzhaushalt regeln, den Zollverein auflösen, um ihn in einer verbesserten Form wiederaufleben zu lassen.

In diesem Sinne fuhr Herr von Bismarck längere Zeit fort. Ich habe es vermieden, mich in eine nähere Discussion mit ihm einzulassen, welche zu nichts Anderem geführt haben würde, als seine Erbitterung zu steigern, und habe ihm nur bemerkt, daß, wenn er sein Vorhaben, der Kaiserlichen Regierung in allen Fragen Widerstand entgegenstellen zu wollen, wirklich durchführte, er nichts anderes dadurch bezwecken würde, als dem Auslande, welches sich stets an der inneren Uneinigkeit in Deutsch-

¹⁾ Hierzu am Rande von Buols Hand: NB.

land erfreute, neue Beweise von deren Fortbestehen zu liefern.

Obgleich diese Unterredung eine ganz vertrauliche war, so glaube ich deren wesentlichen Inhalt doch der hohen Kenntnissnahme Euerer Excellenz nicht vorenthalten zu dürfen. Ich glaube nicht annehmen zu können, daß S. M. der König von Preußen die von Herrn von Bismarck entwickelten Ansichten billige; berücksichtige ich aber den entscheidenden Einfluß des Preussischen Bundestags-Gesandten auf die Beschlußfassungen des Berliner Cabinets, das Vorgehen Preußens in der Frage der Donaufürstenthümer¹⁾, der deutschen Bankverhältnisse, der Verhandlungen in Betreff einer Annäherung des Zollvereins²⁾ an Oesterreich, sowie die gesteigerte Erbitterung der Preussischen Presse gegen Oesterreich und endlich die so entschiedene Annäherung des Herrn von Bismarck an die hiesige französische und sardinische Gesandtschaft, so erhalten die mir vielleicht im Unmuth ausgesprochenen Worte eine Bedeutung, die ich ihnen unter anderen Verhältnissen kaum beigelegt haben würde.

Wird die Ansicht des Herrn von Bismarck von dem Preussischen Cabinet getheilt oder gelingt es ihm, ihr in demselben Geltung zu verschaffen, so müßte die Kaiserliche Regierung sich darauf gefaßt machen, nicht nur in der Bundesversammlung in der Rastatter Besatzungs- wie in anderen Fragen, sondern auch bei Behandlung der europäischen Angelegenheiten auf entschiedene Feindseligkeit von Seite Preußens zu stoßen. Die Hoffnung, eine Verständigung mit Preußen zu Stande zu bringen, müßte aber, wenn man in Berlin auf der Grundlage, wie Herr von Bismarck sie mir entwickelte, bestehen sollte, vorerst aufgegeben werden, da sie als Vorbedingung die Auflösung des gegenwärtigen Bundesverhältnisses in Deutschland erfordern und hiermit

¹⁾ Rechberg schickt gleichzeitig als Beilage zu Bericht C vom 17. Juni den Artikel „Union der Donaufürstenthümer“ aus dem Intelligenzblatt d. fr. St. Frankfurt v. 13. Juni (Nr. 138).

²⁾ Ein Artikel des Intelligenzblattes vom 30. Mai (Nr. 127) über den Zollverein bildet eine weitere Beilage zu Rechbergs Bericht C. Rechb. bemerkt in diesem, er habe bisher, im Gedanken an die künftige Verständigung mit Preußen, den österreichfreundlichen Blättern äußerste Mäßigung gegenüber Preußen empfohlen; jetzt aber würde Oesterreich bei Verharren in der Mäßigung den Kürzeren ziehen. „Preußen kann nur durch die Furcht vor der Veröffentlichung seiner Unthaten zu einem besonneneren Vorgehen wieder zurückgebracht werden. Es zählt auf unsere Mäßigung und glaubt daher, sich alles erlauben zu können, selbst das, was, wenn es veröffentlicht würde, einen Schrei des Unwillens in ganz Deutschland hervorrufen müßte“. R. bittet Buol um Ermächtigung zu veränderter Anweisung der Presse.

einen Zustand herbeiführen würde, der den Interessen Österreichs nicht entsprechen könnte und die einzelnen deutschen Regierungen der Preussischen Oberherrschaft überliefern müßte.“

(Bericht B)

„Diese Ankündigung [entschiedensten Widerstandes gegen Österreich] war keine leere Drohung. Der preussische Bundestags-Gesandte hat die erste Gelegenheit ergriffen, sein Wort zu halten. In der nächsten Bundestags-Sitzung sollte die Abstimmung über das Bittgesuch der ehemaligen Bundesbediensteten Chalaupka und Sinkingh wegen Unterstützung in ihrer Hilfsbedürftigkeit erfolgen¹⁾. Herr von Bismarck hat ermittelt, daß beide Bittsteller ehemals als Feldwebel im österreichischen Militärdienste gestanden sind . . . Er wandte sich daher an die einzelnen Bundestags-Gesandten, um ihnen vorzustellen, wie es an der kaiserlichen Regierung sei und nicht am Bunde, diese alten Diener zu versorgen, und forderte sie auf, gegen den auf Bewilligung einer Unterstützung lautenden Antrag zu stimmen, erhielt aber u. A. von dem großherzoglich hessischen Gesandten . . . die sehr passende Antwort: warum denn die preussische Regierung nicht den Herrn General von der Horst, der so lange mit Auszeichnung in Preußen gedient habe, und die übrigen holsteinischen Offiziere — von denen nur fünf Nichtpreußen sind, und die von der eigenen Regierung zum Eintritt in die holsteinische Armee aufgefordert worden waren — nicht selbst versorge und deren Versorgung dem Bunde überlasse? — Auch bei den übrigen Bundestags-Gesandten, welchen die große Hilfsbedürftigkeit der Bittsteller bekannt ist, von denen der erstere Vater einer zahlreichen Familie und ohne Erwerb ist, der andere ein 76jähriger Greis, der keinen Erwerb mehr finden kann, fand er so wenig Anklang, daß er sich bald überzeugen mußte, daß die Majorität sich für die Bewilligung der Unterstützung aussprechen würde. Er wandte sich daher nach Berlin und erwirkte sich dort eine Instruction, welche er mir gestern mitgeteilt hat, nicht nur gegen den Antrag zu stimmen, sondern darauf zu bestehen, da es sich um eine Unterstützung handle, daß der Beschluß mit Einstimmigkeit gefaßt werden müsse.

In der Bundesversammlung war bisher an der Gepflogenheit festgehalten worden, daß, wenn es sich um Gnadenbewilligungen handelte, ein Majoritätsbeschluß nur dann als bindend gezogen

¹⁾ Zur Sache siehe oben S. 405 ff.

werden konnte, wenn die in der Minderheit befindlichen Stimmen sich stillschweigend der Majorität unterwarfen und nicht gegen die Beschlußziehung Einsprache erhoben. Es wird also, wenn Herr von Bismarck beharrt, schwer werden, einen gültigen Beschluß zu Stande zu bringen. Ich werde indessen suchen, dieser Angelegenheit noch womöglich eine günstige Wendung zu geben und eher die Abstimmung auf eine folgende Sitzung aussetzen, um nicht durch eine vorzeitige Behandlung den Erfolg in Frage zu stellen.

Ich beabsichtige Herrn von Bismarck offen zu sprechen und ihm vorzustellen, daß nur sehr wenige österreichische Unterthanen vom Bunde eine Unterstützung erhielten, während die Zahl der preußischen Unterthanen, welche sich einer Unterstützung vom Bunde erfreuten, sehr beträchtlich sei. Ich werde ihm in Erinnerung bringen, daß der von ihm so begünstigte Antrag der Nachbezahlung der Pensionen an die holsteinischen Officiere vom Jahre 1850 an demnächst zur Abstimmung kommen würde; daß es sich hier um eine Bewilligung von etwa 30 000 fl. handele, die großentheils ehemaligen preußischen Officiern zu gewähren sei, und daß, wenn er den Grundsatz festhalte, daß Österreich für jene beiden Bittsteller zu sorgen habe, die kaiserliche Regierung ihrerseits an dem Grundsatz festhalte, daß Preußen ebenfalls für die ehemaligen preußischen Officiere zu sorgen habe, und ich, Gleiches mit Gleichem vergeltend, mich der Beschlußziehung über den Antrag widersetzen würde.

Ich muß jedoch Euer Excellenz die ehrfurchtsvolle Bitte unterlegen, mich in dieser Angelegenheit gnädigst unterstützen zu wollen und mir in den Instructionen in Bezug auf den die holsteinischen Officiere betreffenden Antrag die geeigneten Vollmachten zu geben, um Herrn von Bismarck in Schach halten zu können¹⁾.

Abgesehen von den Rücksichten der Menschlichkeit hat diese Sache eine politische Bedeutung, welche von der kaiserlichen Regierung wohl erwogen zu werden verdient. Preußen ist es nicht um den kleinen und unbedeutenden Beitrag zu thun, den es bei der Unterstützung der beiden Bittsteller zu leisten hätte; es will beweisen, daß die kaiserliche Regierung unvernünftig ist, am Bunde Schutz zu gewähren, und daß man sich an Preußen und nicht an Österreich zu wenden habe, wenn man eines solchen theil-

¹⁾ Geschehen durch Weisung Buols vom 25. Juni.

haftig werden will. Es will Deutschland mehr und mehr daran gewöhnen, in Berlin und nicht in Wien seinen Mittelpunkt zu suchen, und es würde der Eindruck, den das Verwerfen des Unterstützungsgesuches der unglücklichen Bittsteller auf die deutschen Regierungen machen müßte, sehr nachtheilig wirken.“

Postscriptum: R. hat mit B. in vorstehend bezeichnetem Sinne gesprochen, dieser sich „mit großen Bethuerungen“ dagegen verwahrt, daß er gegen die Unterstützung nur sei, weil die Bittsteller Österreicher seien; hat schließlich gesagt, wenn R. die Abstimmung vertagen wolle, werde er nochmals in Berlin anfragen.

20. Graf Rechberg an Graf Buol

(Brief)

Geschrieben von der Hand des Legationssekretärs
v. Pfusterschmid, von Rechberg nur unterzeichnet.

Frankfurt¹⁾ 17. Juni 1857.

„Wenngleich Herr von Bismarck gewöhnt ist, auf eigene Faust Politik zu treiben, so deutet doch alles daraufhin, daß die Geändnisse, welche er mir gemacht hat, und welche in meinem gehorsamsten Berichte No. 49 Litt. A [Anlage 19, Bericht A] so getreu als möglich wiedergegeben sind, mit den Absichten, welche das Berliner Cabinet gegenwärtig verfolgt, vollkommen übereinstimmen, sei es, daß Herr von Bismarck, wie ich es annehmen zu müssen glaube, diese Ideen selbst in Berlin zur Geltung brachte, sei es, daß sie ihm von seinem Cabinete mitgetheilt wurden. Der Wechsel in der Haltung des Preussischen Bundestags-Gesandten, wie seiner Regierung der kaiserlichen Regierung gegenüber ist jedoch so entschieden, daß er kaum anders motivirt werden kann als dadurch, daß Preußen den gegenwärtigen Augenblick für geeignet hält, längst gehegte ehrgeizige Pläne in Deutschland zu verwirklichen. Mit der gewöhnlichen politischen Kurzsichtigkeit, die das Berliner Cabinet seit dem Jahre 1848 so vielfach bethätigt hat, scheint es darauf zu bauen, daß Rußland nur einen günstigen Augenblick erwarte, um sich an Österreich wegen seines Wirkens in der orientalischen Crisis zu rächen, daß das so gute Verhältniß des Kaiserlichen Cabinetes mit Frankreich durch die Bolgrader Frage²⁾ wie durch die der Union der Donaufürstenthümer u. a.

¹⁾ So die consequente Schreibung Rechbergs in allen seinen Briefen.

²⁾ Bolgrad im südlichen Bessarabien, n. ö. von Galatz, Hauptstadt einer bulgarischen Kolonie, bei der Grenzregelung nach dem Pariser

Nebenfragen gelockert wurde, daß endlich die feindliche Haltung Sardiniens stets noch lähmend auf Österreich wirken müßte, und zu glauben, daß der Augenblick gekommen sei, das Kaiserliche Cabinet zu zwingen, Preußen Concessionen in Deutschland zu machen, die nur dazu dienen könnten, die Stellung Österreichs erneuten Ansprüchen gegenüber, die von Berlin aus sofort wieder erhoben werden würden, zu schwächen. Inwieweit es von Paris aus Ermunterung gefunden haben mag, kann ich nicht beurtheilen; auffallend aber ist es, daß der Wechsel in der Haltung des Herrn von Bismarck von dem Tage seiner Zurückkunft aus Paris datirt, und daß, je intimer sein Verhältniß zur hiesigen französischen Gesandtschaft sich gestaltet, desto leidenschaftlicher sein Auftreten wird, daß endlich das offene Geständniß, welches er mir ablegte, gemacht wurde, kurz nachdem der Prinz Napoleon einen Besuch an dem preußischen Hofe abgestattet hatte¹⁾.

Ich glaube hier eine Bemerkung, welche der in seiner Sprache oft so unvorsichtige preußische Bundestags-Gesandte fallen ließ, nicht unerwähnt lassen zu dürfen; er sagte mir: „Man scheint in Wien nicht zu ahnen, wie weit die Verbindung deutscher Regierungen mit dem Auslande gediehen ist, und wie nahe die Intervention Frankreichs in den deutschen Angelegenheiten bevorsteht, die das bestehende Bundes-Verhältniß zum Bruche bringen müßte.“ R. läßt offen, ob Preußen wirklich Verbindungen mit dem Auslande eingegangen ist, oder ob — was wahrscheinlicher — Preußen nur ermunternden Worten aus Paris oder Petersburg, wo man immer bemüht ist, die deutsche Zwietracht zu nähren, unverdiente Bedeutung beilegt. Er wird jedenfalls den preußischen Angriffen „mit Ruhe, aber auch mit einer unermüdlischen Zähigkeit“ entgegentreten. „Sollten wir auch in der einen oder anderen Frage am Bunde unterliegen, so werden wir dadurch, daß wir der Leidenschaftlichkeit des Herrn von Bismarck eine unerschütterliche Ruhe entgegenstellen, ihn zu Ausweichungen veranlassen, welche ihren Eindruck auf die übrigen deutschen Regierungen nicht verfehlen werden und ihnen die Augen über die wahren Absichten der Preussischen Regierung öffnen müssen. Es wird dann das Bedürfniß unter ihnen sich kundgeben, sich wieder an Österreich, das allein ihnen Schutz zu ge-

Frieden von 1856 lange Zeit Gegenstand diplomatischer Kämpfe, schließlich von Rußland an das Fürstentum Moldau abgetreten.

¹⁾ 8.—11. Mai. L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten II S. 499—501.

währen vermag, zu halten, und wir werden mit verbesserter Stellung aus diesen Kämpfen wieder hervorgehen.“

Die Frage der Verständigung mit Preußen, die „im beiderseitigen wohlverstandenen Interesse“ liegt, ist sehr schwierig zu lösen. „Besteht aber Preußen darauf, eine Verständigung von Concessionen abhängig zu machen, durch welche die Stellung Österreichs beeinträchtigt würde, so muß ich an einem glücklichen Erfolge verzweifeln, weil die Geschichte uns lehrt, daß jede Concession, die von Österreich an Preußen gemacht worden ist, kaum für den Augenblick genügte und immer nur dazu gedient hat, den Ehrgeiz und die Vergrößerungssucht Preußens von neuem aufzustacheln. Nachdem die Markgrafen von Brandenburg den Churfürstentitel erhalten hatten, strebten sie den Königstitel an. Die Verleihung dieses Titels führte zum Österreichischen Erbfolge- und zum 7jährigen Kriege, und die unter Friedrich dem Großen erzielten Gebietserweiterungen dienten nur dazu, die Ansprüche auf die Oberherrschaft in Deutschland zu steigern und zu begründen.“ Über die Frage der Rastatter Besatzung.

21. Graf Buol an Graf Rechberg

Entwurf. Wl.: Weisungen

an den Präsidialgesandten 1857.

Wien 25. Juni 1857.

„Euer Excellenz Berichte vom 17. d. M. haben uns zu unserem lebhaften Bedauern veranlassen müssen, den Freiherrn von Koller [Gesandten in Berlin] auf die heftige und feindselige Sprache und Handlungsweise des Herrn von Bismarck aufmerksam zu machen. Es ist dies mittelst des abschriftlich anliegenden Erlasses geschehen, wobei wir sorgfältig darauf bedacht gewesen sind, E. E. gegenüber Herrn von Bismarck nicht zu compromittiren. Es steht übrigens dahin, ob es unter den dermaligen Verhältnissen in Berlin dem Freiherrn von Koller möglich sein werde, irgend einen günstigen Einfluß auf die Haltung der preußischen Regierung und ihres Vertreters in Frankfurt auszuüben. Man ist in Berlin zu besagen und zu gereizt gegenüber Österreich, um anderen Rath als den der eigenen Erfahrung annehmen zu wollen, und bisher sind dort alle unsere Versuche, die preußische Regierung in Fällen, wo sie offenbar irrt, eines Besseren zu überzeugen, nur mißdeutet und zu neuen Anfeindungen ausgebeutet worden.“

Dazu die Anlage (Abschrift):

Graf Buol an Freiherrn von Koller

Wien 25. Juni 1857.

„Wir können den abschriftlich beifolgenden Bericht des kaiserlichen Bundes-Präsidialgesandten¹⁾ der Kenntniß E. E. nicht vor-
enthalten. Wenn wir auch annehmen wollen, daß Herr von Bismarck sich nur durch augenblickliche Verstimmung über seine falsche Stellung in der Rastatter Angelegenheit²⁾ zu den leidenschaftlichen Äußerungen habe verleiten lassen, die Graf Rechberg von ihm vernommen hat, und wenn wir auch Worte, die nicht in vollem Ernste gesprochen worden sein können, nicht schwerer wiegen lassen wollen, als sie es verdienen — so ist doch die amtliche Stellung des Herrn von Bismarck zu bedeutend und zu einflußreich, als daß wir seine Auslassungen über Preußens Verhältniß zu Oesterreich und Deutschland ohne Weiteres in das Gebiet harmloser politischer Träume verweisen könnten.

Es ist neu und nicht leicht unbeachtet zu lassen, daß der königl. preuß. Bundestags-Gesandte es uns als seine innerste Gesinnung offenbart, entweder müsse jede Gemeinschaft zwischen Oesterreich und Preußen in Deutschland aufgehoben werden, oder Preußen sei genöthigt, innerhalb und außerhalb des Bundes uns in allen Fragen auf das Äußerste entgegenzutreten und die nächste Gelegenheit zu ergreifen, um sich in einem auswärtigen Kriege auf die Seite unserer Gegner zu stellen.

Es ist ein bemerkenswertes Symptom, daß der Vertreter Preußens am deutschen Bunde nicht nur Oesterreich, sondern auch seine eigene Regierung beschuldigt, das Interesse Deutschlands nur als Vorwand und Maske zu gebrauchen, und daß er das föderative System für eine Unwahrheit erklärt, von welcher Preußen sich so bald als möglich durch die offenste und rücksichtsloseste Vertretung seiner speciellen Interessen, wie sie einst am Regensburger Reichstag Sitte gewesen, losjagen sollte.

Wir ersehen aus dem Berichte des Grafen Rechberg nicht, ob Herr von Bismarck ebenso aufrichtig wie mit diesem, auch mit den übrigen Bundestags-Gesandten gesprochen habe. Wir zweifeln, ob selbst in Preußen die Rolle, die er dieser Macht zumuthet, viele Bewunderer finden würde. Jedenfalls sind wir überzeugt, daß die Gesinnungen, die er gegen seinen österreichischen

¹⁾ Rechbergs Bericht A vom 17. Juni. Anlage 19.

²⁾ über diese oben S. 389 ff.

Collegen ausgesprochen hat, nicht diejenigen seines Herrn, des Königs von Preußen, sind. Wenn aber ein Mann von dem Range und dem Einfluß des Herrn von Bismarck uns geradezu eingesteht, daß nach seiner Überzeugung Oesterreich nur zwischen dem Aufgeben des Bundesprincips, also einer völligen Umgestaltung aller Verhältnisse Deutschlands, und der systematischen Gegnerschaft Preußens in allen deutschen und europäischen Fragen zu wählen habe, so werden E. E. es begreiflich finden, daß wir darauf aufmerksam sein müssen, ob Anschauungen solcher Art in Preußen Boden gewinnen, und ob Herr von Bismarck irgendwie berechtigt sei, zu glauben, daß seine Meinung von der Lage der deutschen Verhältnisse mit der Stellung und den Pflichten eines treuen Dieners der preußischen Regierung vereinbar sei. Eine andere Absicht, als Ihre Aufmerksamkeit hierauf zu lenken, können wir mit der Mittheilung des Berichtes des Grafen Rechberg nicht wohl verbinden.

Herr von Bismarck scheint zwar in Bezug auf seine Äußerungen nicht eben besondere Zurückhaltung von dem Grafen Rechberg verlangt zu haben, und in dieser Hinsicht hätten wir vielleicht nicht Bedenken zu tragen, uns bei seiner Regierung auf seine Worte zu berufen. Indessen wollen wir uns nicht im entferntesten dem Vorwurf aussetzen, die Rechte eines in persönlichem Vertrauen gepflogenen Gespräches nicht strenge geachtet zu haben. Auch tragen wir kein Verlangen, in den Zeitungen zu lesen, daß wir gegen den königl. preuß. Bundestags-Gesandten Beschwerde geführt haben. E. E. dürften es daher kaum im Interesse der Sache finden, der auffallenden Sprache des Herrn von Bismarck in preußischen maßgebenden Kreisen Erwähnung zu thun, obwohl wir natürlich vermuthen müssen, daß die preußische Regierung weiß, wie freimüthig Herr von Bismarck gegen den kaiserlichen Präsidialgesandten sich ausgesprochen hat¹⁾, und obwohl nichts natürlicher wäre, als daß sie es uns danken sollte, wenn wir ihr Anlaß geben, die Gesinnung, zu welcher ihr Vertreter in Frankfurt sich bekannt hat, ausdrücklich für einen beklagenswerthen Irrthum zu erklären.“

¹⁾ Wie wenig sie davon wußte, wurde oben gezeigt: S. 398, vgl. 403 f.

22. Graf Buol an Freiherrn von Koller
(Brief)

Abchrift. Wl.

Wien 25. Juni 1857.

„Die Sprache des Herrn von Bismarck ist miserabel und kaum glaublich. Eben in dem hohen Grade ihrer Verwerflichkeit liegt aber ein Grund, uns nicht zu alarmiren. Sein König würde der Erste eine solche Politik desavouiren, und er selbst denkt wohl nur uns damit einzuschüchtern. Er droht nicht mit Krieg, aber will sich Dem anschließen, der uns bekriegt. Eine Sprache, die sich von einem piemontesischen Minister erwarten läßt, aber in dem Munde eines Preußens [so] doch gar erbärmlich klingt. Hat er dieselbe Sprache auch gegen andere deutsche Gesandte geführt, so hätten wir darüber nicht zu klagen; denn die kleineren Regierungen haben doch noch Motive, sich vor dem Zerfall des Bundes zu fürchten.

Ich halte für das Beste, den preußischen Unmuth austoben zu lassen, unseren Standpunkt aber festzuhalten . . .“ Über die Rastatter Frage. Zweifel an Preußens Zuverlässigkeit in der holsteinischen Frage.

23. Graf Rechberg an Graf Buol
(Brief)

Eigenhändig. Wl.

Frankfort 1. Juli 1857.

R. dankt für die Form, in der Buol seinen Bericht (Anlage 19, Bericht A) an Baron Koller mitgeteilt hat. „Eine größere Wichtigkeit möchte ich diesen Äußerungen [Bismarcks] nicht beilegen. Sie sind der Ausdruck der Unbefriedigkeit [so] Preußens mit der Preußen durch die Verträge [von 1815] eingeräumten Stellung. Diese Unzufriedenheit wird in Preußen allgemein getheilt und es giebt keine Classe des Volkes, die sie nicht fühlt und die nicht nach einer Vergrößerung strebt. Leider ist die Parthen, welche Einsicht genug besitzt, um zu erkennen, daß die Stellung Preußens nur durch ein inniges Verhältniß mit Oesterreich gehoben werden kann, nur schwach vertreten und seit 1848 ohne allen politischen Einfluß. Die große Mehrzahl bekennt sich zu der Politik Friedrichs des Großen; sie glaubt, daß Preußen berufen ist, sich auf Kosten Oesterreichs seine Lage zu verbessern, und hat einen entscheidenden Einfluß in der höheren Beamtenwelt, die der besseren Überzeugung ihres königlichen Herrn auf jede Weise

entgegenzuwirken weiß. Sie vergißt in ihrer Verblendung die Lehren der Geschichte der napoleonischen Kriege und wir haben von ihr im Falle eines gemeinsam begonnenen Krieges eher einen zweiten Baseler Frieden als ein treues Festhalten an Oesterreich zu erwarten. Diesen traurigen, aber leider bestehenden Verhältnissen müssen wir bei unseren politischen Combinationen Rechnung tragen, und sie scheinen mir unsere Berechnungen in der holstein-lauenburgischen Verfassungsfrage sehr zu erschweren. Herr von Manteuffel wie Herr von Bismarck neigen entschieden für eine intime Allianz zwischen Preußen und Frankreich. Sie fühlen daher beide eine große Abneigung, in der holstein-lauenburgischen Frage vorzugehen und lassen sich nur so weit drängen, als sie für nöthig halten, um sich in der Gunst ihres königlichen Herrn nicht zu schaden und sich um etwas weiter vorzustellen als das kaiserliche Cabinet, dem um keinen Preis in der öffentlichen Meinung der Vorzug gelassen werden will, die Interessen Deutschlands an der Eider kräftiger vertreten zu haben als Preußen. Sollten aber aus dieser Frage ernstere Verwickelungen sich ergeben, so dürfte mit Zuversicht darauf zu zählen seyn, daß diese beyden einflußreichen Herrn ihr ganzes Gewicht in die Waagschale legen würden, lieber Oesterreich im Stich zu lassen als es mit Frankreich zu verderben. Herr von Bismarck in seiner so unvorsichtigen Aufrichtigkeit bezeichnet die bisherigen Schritte der beyden Kabinette in Kopenhagen als ein Wettrennen um Popularität in Deutschland. Durch diese Äußerung wird der Standpunkt, den er einnimmt, am richtigsten bezeichnet. Ich war ihm für dieselbe umso dankbarer, als sie mir dazu diente, einzusehen, was wir von ihm zu erwarten haben.“

24. Freiherr von Koller an Graf Buol.

(Bericht)

Ausfertigung. WA.

Berlin, 2. Juli 1857.

„. . . Es ist mir seit länger bekannt und auch schon hier, als ich einmal früher und jetzt wieder nach dem Empfang des hohen Erlasses [Anlage 21: Anlage] absichtlich das Gespräch in ganz unauffälliger Weise auf Herrn von Bismarck lenkte, von ministerieller Seite im Allgemeinen eingeräumt worden, daß er eigenen Eingebungen folgend, denselben manchemal Worte verleihe, welche als der richtige Ausdruck des Gedankens seiner Regierung nicht anzusprechen seien. Sehr entfernt aber war ich

zu glauben, daß er hierin so weit über alles Maas und Ziel hinausgehen könne; denn läßt sich auch manchemal ein Divergiren annehmen zwischen Privatanichten und der amtlichen Stellung, so bleibt es doch immer mit der letzteren unverträglich, jene dann auszusprechen, wenn sie, wie im gegebenen Falle, in so hohem Grade das Gepräge von Verworrenheit und herausfordernder Unruhestiftung an sich tragen. Meine hiesige Erfahrung berechtigte mich nicht zu der Vermuthung, daß ein königlicher Gesandter sich in so aufreizender, kaum glaublicher Weise feindselig für Oesterreich und ebenso undeutsch als unpreußisch aussprechen könne.

Je widerstrebender allen unseren Bemühungen die Meinungsäußerungen sind, welche Herr von Bismarck, schon Eitelkeits halber, den übrigen Bundestags-Gesandten schwerlich vorenthalten haben mag — je einflußreicher seine bei allen Gelegenheiten zu Rathe gezogenen und dem Ministerpräsidenten imponirenden Ansichten hier zu werden beginnen, und je wichtiger es bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen erscheinen muß, den Glauben an das Bestehen eines Deutschen Bundes nach außen hin zu stärken — um desto mehr Bewunderung gebühret der enthaltstamen Mäßigung, welche Euere Excellenz aus wohl erwogenen Weisheitsgründen zu beobachten beschloßen haben.“

A. trägt in gewundener Weise seine Bedenken gegen die ihm auferlegte Schweigepflicht vor, die es ihm unmöglich mache, sich zu überzeugen, wie weit etwa Bismarcks Theorien hier Anfang finden. „Bei der Einsylbigkeit des Freiherrn von Manteuffel, welcher jedesmal mit Bestimmtheit gefragt sein will, ehe er die farge Antwort mit ängstlicher Genauigkeit zuzumessen sich herbeiläßt — und bei der Schlaueit des Herrn Balan¹⁾ — ist nicht zu erwarten, daß mir gegenüber von der gegenseitig bis jetzt eingehaltenen ruhigen und correcten Sprache in einer Weise werde abgewichen werden, welche irgend eine Übereinstimmung mit den von Herrn von Bismarck an den Tag gelegten Gesinnungen verrathen könnte.“ Da man hier aber annehmen wird, daß Bismarcks Äußerungen zu Reckberg ebenso sicher in Wien bekannt sind, als B. sie nach Berlin berichtet haben wird, „so wäre vor allem wünschenswerth, daß dem großmüthigen Beweggrunde zu unserem Stillschweigen keine irrige, den anmaßenden und tollkühnen Versuchen des Herrn von Bismarck zum Triumph die-

¹⁾ Vortragender Rat im preuß. Ministerium des Auswärtigen.

nende Deutung gegeben werde.“ Aufklärung ist dringend erwünscht und bei dem nächsten Anlaß zu erhoffen. „Denn weil für diesmal der vielleicht nicht planlose Übermuth des Herrn von Bismarck, als ein vertraulicher, ungerügt bleibt, wird er ehestens in ungeschwächtem Maße (ein verstärktes läßt sich kaum denken) wieder hervortreten und Graf Rechberg nothgedrungen sein, durch Ziehung strenger Gränzen dem Herrn von Bismarck ein für allemal den Glauben zu benehmen, als könne sich selbst im vertraulichen Verkehre das Ohr des Bundespräsidialgesandten an eine solche Sprache gewöhnen.

Dann träte, mit E. E. Genehmigung, für mich der angemessene Augenblick ein, um die Sache hier auf die gemäßigteste Weise zur vertraulichen Erörterung zu bringen, wobei der Werth, den wir auf ein gutes Einverständniß mit Preußen legen, und unsere Überzeugung, daß das königl. Cabinet die ebenso wahnsinnigen als eigenmächtigen Fehlgriße eines preußischen hochgestellten Organes nun und nimmer billigen könne — die Hauptargumente abgeben würden.“ K.'s erster Gedanke war, Buol um Erlaubnis zu bitten, daß er Manteuffel die Schriftstücke vorlese, nachdem er sein Wort gegeben habe, keinen Gebrauch davon zu machen. Doch bescheidet er sich gegenüber dem Ermessen des Grafen Buol.

25. Freiherr von Koller an Graf Buol

(Brief)

Eigenhändig. WA.

Berlin, 2. Juli 1857.

„In dem gütigen Schreiben, womit ich unter 25. v. M. beehrt worden bin [Anlage 22], und wofür ich ganz ergebenst danke, haben Euer Excellenz mit einem Worte die Tendenz bezeichnet, welche der unglaublichen, revolutionären Sprache eines böseartigen brouillon zu Grunde liegt. Die Constellation des Augenblicks auf plumpe Weise mißbrauchend, will er uns einschüchtern. Es hat in mir gekocht, als ich die unverschämten Offenbarungen las, und deshalb ist zu entschuldigen, daß es meinem Berichte an der gebührenden Ruhe fehlt. Wenn auch Euer Excellenz jenem Sünder für diesmal das Geheimniß der Beichte bewahren wollen, so hat er doch keine Absolution zu hoffen, und ich sehe mit Ungeduld dem Momente entgegen, wo seinem Treiben das Nola gesetzt werden wird.

Herr von Bismarck ist zu einer Auctorität geworden, und liefert

an sich selbst den Beweis, wie leicht man hier durch Troß biethendes Auftreten einschüchtern kann; wir kennen dies Mittel auch, müssen aber auf den Gebrauch verzichten. Dem Herrn von Mantouffell über den Kopf gewachsen, könnte im Betreffe seiner nur eine vom Könige ausgehende correction von ergiebigem Nutzen sein. Die Gelegenheit hierzu wäre zwar vor der Thüre; jedoch mehrere Gründe, namentlich die, welche das Verhältniß zweier Frankfurter Collegen angehen, bestimmen Hochdieselben, Gnade für Recht ergehen zu lassen. Ich hoffe aber noch immer, daß die Depesche, welche über diesen Vorfall an mich ergangen ist, bei der nächsten recidive von mir wird vorgezeigt werden dürfen, als ein nachträglicher Beweis großer Langmuth. Daß ein quousque tandem ehestens wird gesprochen werden müssen, darüber habe ich ebenso wenig Zweifel, als daran, daß unser Stillschweigen, falsch gedeutet, den Übelstand vergrößern würde.

Ob für den Fall, wo sich die im August stattzufindenden Verständigungsversuche zwischen der dänischen Regierung und den Ständen der Herzogthümer zerschlugen, Preußen entschlossen wäre, bundeskräftig festzubleiben, halte ich noch nicht für entschieden und befürchte dann französische intimidation. Das Schwanken und Gelüste nach Sonderpolitik werden hier fortwähren, bis eine Catastrophe in Frankreich eine heilige Allianz wieder zum Leben ruft. Einstweilen singe ich hier immer das alte Märchen-Lied von dem überwiegenden Einflusse, den in allen europäischen Fragen das enge Zusammenhalten Oesterreichs und Preußens zur Geltung brächte.“

26. Graf Rechberg an Graf Buol

(Brief)

Eigenhändig. W. A.

Frankfort 28. Okt. 1857.

... „Der Syndicus Herr Wittrock ist aus dem lauenburgischen mit der Beschwerdeschrift der lauenburgischen Stände dahier eingetroffen; er wird aber seine Beschwerde erst morgen oder übermorgen bei dem Praesidio des Bundes einreichen, und es wird daher dieselbe erst in der nächstkommenden und nicht schon in der morgigen Sitzung des Bundestags von mir dem Bunde übergeben werden¹⁾. Ich gewinne hiedurch Zeit, mit Herrn von Bis-

¹⁾ Vorstellung und Bitte der Ritter- und Landschaft des Herzogtums Lauenburg, Schutz der verfassungs- und vertragsmäßigen Rechte des Herzogtums betreffend, Raßeburg, 21. Okt. 1857, am Bundestag

mach die gleichzeitig im Namen der kaiserlichen wie der königlich preussischen Regierung in dem von Euer Excellenz bezeichneten Sinne [geplante Vorlage]¹⁾ auszuarbeiten. Die Stimmung am Bunde ist sehr aufgeregt, ich höre von Antragsvellenitäten von Seite der herzoglich sächsischen Häuser, die nichts weniger bezwecken als eine sofortige militairische Besetzung der Herzogthümer durch den Bund. Solchen Excentricitäten werde ich leichter entgegentreten können, wie den Wühlereien des sehr leidenschaftlichen Herrn Zimmermann²⁾, der ebenfalls hier eingetroffen ist. Hält Herr von Bismarck das Wort, das er mir gegeben hat, mich in meinen Bemühungen zu unterstützen, diese Angelegenheit in eine ruhige, dem regelmässigen Geschäftsgange des Bundes entsprechende Bahn zu leiten, so werde ich es durchsetzen³⁾. Sehr wichtig ist eine richtige Zusammenziehung des Ausschusses und womöglich Eliminierung aus demselben der leidenschaftlichsten Elemente⁴⁾. Hierauf suche ich so viel als möglich zu wirken ...

Postscriptum. Herr von Bismarck, der angeblich um eine größere Übereinstimmung zwischen Oesterreich und Preußen zu befunden, großen Werth darauf legte, daß wir noch in der heutigen Sitzung die holsteinische Verfassungsangelegenheit der Bundesversammlung übergeben zur Erwägung und Beschlußfassung, scheint es bei Herrn Wittrock durchgesetzt zu haben, daß er heute früh 1½ Stunden vor der Sitzung seine Beschwerdeschrift dem Praesidium überreichte. Er kam hierauf um ½12 Uhr zu mir, um, da nun die lauenburgische Beschwerde eingereicht sei, darauf zu bestehen, daß wir auch heute gleichzeitig mit dieser Angelegenheit beim Bunde vorgehen möchten. Ich hätte mich, da die vorschriftsmässigen Bedingungen erfüllt waren, nicht weigern können, auf sein Begehren einzugehen, ohne auf das kaiserliche Kabinet den Schein der Lauheit zu werfen, der in Anbetracht der ungeheuren Theilnahme des deutschen Nationalgefühls an dieser Angelegenheit vermieden werden muß. Ich gab ihm daher

eingegangen am 29. Okt. Prot. BB. S. 646. Inhaltsangabe im Urkundenbuch z. Gesch. der Holst.-Lauenb. Angelegenheit am Deutschen Bunde (1858), S. 122 ff.

¹⁾ [] fehlt im Original. Gemeint ist die Vorlage der beiden Großmächte, die die holst.-laueb. Verfassungsfrage an den Bund brachte. Prot. BB. S. 306, S. 630 ff.

²⁾ Staatsrat und Generalsekretär des hannoverschen Ministeriums. Vgl. oben S. 345. 351.

³⁾ Anträge von der gefürchteten Art sind nicht gestellt worden.

⁴⁾ Vgl. oben S. 346 f.

nach, und wir entschlossen uns, da wir nicht mehr Zeit hatten, die Redaction unseres vorläufig entworfenen Vortrages näher zu prüfen, dieselbe nachträglich vorzunehmen. Der k. hannöversische Gesandte hatte uns unterbrochen, um uns mitzutheilen, daß er Namens der k. hannöversischen Regierung ebenfalls einen Antrag zu stellen beauftragt sey und uns von demselben Kenntniß zu geben. Auf unser Zureden nahm er es auf sich, einige Stellen in demselben wegzulassen und andere zu mildern. Unter den ersteren war die gegen die dänische Regierung erhobene Anklage, die sich sehr schwer nachweisen lassen dürfte, daß die holsteinischen Stände eine Beschwerde deshalb nicht beim Bunde hätten einbringen können, weil der Regierungscommissair den Auftrag gehabt habe, die Stände sofort aufzulösen, wenn sie eine Beschwerde am Bunde in Berathung hätten ziehen wollen. Herr von Bismarck will in Copenhagen Gelegenheit gehabt haben, sich davon zu überzeugen, daß dieß factum nicht richtig ist; wenigstens würde es der dänischen Regierung sehr leicht gewesen seyn, dessen Richtigkeit zu bestreiten. Seinen Antrag, in welchem immerhin noch der Ausdruck der Leidenschaftlichkeit unverkennbar ist, zurückzuhalten hielt Herr von Heimbruch¹⁾ sich nicht für ermächtigt. Herr Zimmermann ist hier und scheint beauftragt ihn weiter zu drängen als er bei seiner ruhigen und leidenschaftslosen Anschauung zu gehen beabsichtigt. Die einzelnen deutschen Regierungen benützen diese Gelegenheit, sich Popularität zu verschaffen, um desto freiere Hand im eigenen Lande zu erhalten. Hieraus werden manche Verlegenheiten erwachsen, die ich nach Kräften bemüht sein werde zu beseitigen.“ . . .

27. Graf Buol an den Freiherrn von Koller:

Erlaß zur Mittheilung

an den Freiherrn von Manteuffel

Abchrift. W.

Wien 26. November 1857.

Enthält eine lange Auseinandersetzung mit Manteuffel über die Preussische Denkschrift zur Bundesreform²⁾.

„Wir würden wünschen, unsere Betrachtungen hier schließen

¹⁾ Der Bundestagsgesandte für Hannover.

²⁾ Über die Denkschrift des sächsischen Ministers zur Bundesreform und Manteuffels Stellung zu ihr vgl. Pr. i. BT. III S. 126 ff. Anm. — Bismarcks ausführliche Gegenäußerung auf den im Folgenden abgedruckten Teil des Buolschen Erlasses siehe ebenda S. 206—210, auch GW. II, S. 275—278.

zu können; denn wir gestehen, daß wir den letzten Abschnitt der Mittheilung des Berliner Cabinetes nicht ohne Überraschung und Bedauern gelesen haben. Nachdem wir uns über die angeregten Fragen mit Vertrauen gegen Preußen ausgesprochen hatten, waren wir nicht darauf vorbereitet, in der Antwort dem Bestreben zu begegnen, die Verantwortlichkeit dafür, daß es während eines leider schon zu langen Zeitraums an der Grundbedingung jeder gedeihlichen Thätigkeit des Bundes, an einem einheitlichen Zusammenwirken Oesterreichs und Preußens, gefehlt habe, auf uns, auf die kais. öst. Regierung zu laden. Möge es dem kön. Cabinet gefallen, unbefangen zu erwägen, was wir — einmal dieser Beschuldigung gegenübergestellt — im Geiste reinsten Wahrheit zu deren Abwehr sagen werden.

Wir hegen die lebendige Überzeugung, daß in allen Fragen von gemeinsamem deutschem Interesse, mögen sie bereits förmlich an den Bund gebracht sein oder nicht, jede der beiden Hauptmächte Deutschlands die moralische Verpflichtung habe, zu folgenreichen Schritten nicht überzugehen, ohne vorher den ernstlichen und anhaltenden Versuch gemacht zu haben, sich mit der anderen Macht gründlich zu verständigen. Diese Überzeugung hat uns jederzeit geleitet, und die Fälle, an die Preußen jetzt erinnert, enthalten hievon nur ebensovieler Beispiele.

Die Geschichte wird nicht vergessen, welche Thatfachen vorhergehen mußten, ehe wir uns in der orientalischen Frage, die doch die höchsten Interessen der Monarchie berührt, entschlossen, getrennt von Preußen irgend einen Schritt am Bunde zu thun. Im Herbst 1853, als es sich zuerst um Deutschlands Verhalten zu dieser Frage handelte, sandeten wir den kais. Präsidialgesandten nach Berlin¹⁾, und es war unsere angelegentliche, jedoch fruchtlose Sorge, Preußen zu einer mit uns gemeinsamen Gesinnungs- und Willensäußerung zu bewegen. Später, im Frühjahr 1854, erhielt Feldzeugmeister Heß die Sendung, in Berlin die Grundlage eines wahrhaft solidarischen Handelns der beiden deutschen Mächte zu verabreden. Erst als zu unserem äußersten Bedauern auch das Aprilbündniß unsere Erwartungen täuschte, gaben wir die Hoffnung auf, im Vereine mit Preußen das Gewicht, welches der Gesamtmacht Deutschlands zukommt, in die Waagschale legen zu können, und die Anträge der beiden Mächte

¹⁾ Über die Berliner Sendung Prokesch-Ostens im Okt. 1853 siehe BrPrD., S. 340—344.

in Frankfurt konnten im entscheidenden Augenblicke nicht mehr den Ausdruck einer übereinstimmenden Richtung bilden.

Hat das Berliner Cabinet in der Neuenburger Frage sich mit eben solcher Beharrlichkeit an Oesterreich gewendet? Hat es nicht vielmehr den ersten Moment, wo es sich die Meinung der Mehrheit der deutschen Regierungen geneigt glaubte, benützt, um am Bunde eine Sprache zu führen und zu Schritten zu drängen, die es nicht vorher mit uns erwogen hatte?

Wir schweigen von anderen europäischen Verhandlungen, können aber nicht umhin zu bemerken, daß noch in den letzten Tagen die Form, in welcher Preußen die holsteinische Sache, wiewohl es uns mit sich einig wußte, an den Bund brachte¹⁾, an so mancher Stelle den Eindruck hervorrief, als stehe Deutschland abermals nicht geeinigt dem Auslande gegenüber, und daß, um diesen Eindruck bedenklich zu steigern, es nur irgend eines Zufalls bedurft hätte, durch den wir während einiger Tage gehindert worden wären, das sachlich vorhandene Einverständniß auch in der Form wiederherzustellen.

Nicht mit größerem Rechte werden die Verhandlungen wegen der Bundesfestung Rastadt gegen uns angeführt. Die ersten Anträge wegen des Ausbaues dieser Festung datiren, wie die Flottenangelegenheit, aus einer Zeit, an welche Oesterreich und Preußen gegenseitig sich so wenig als möglich erinnern sollten; aber wiewohl bereits alle Stimmen in Frankfurt, mit Ausnahme der preußischen, sich für jene Anträge ausgesprochen hatten, verzichteten wir, um uns mit Preußen zu verständigen, auf die Abstimmung und willigten in eine neue Localbesichtigung durch Commissäre der beiden Mächte, worauf ein die ursprünglichen Anforderungen gerade auf die Hälfte beschränkender österreichisch-preußischer Antrag erfolgte²⁾. Den in diesem Augenblicke der Verhandlung in Frankfurt unterliegenden Antrag wegen der Besatzungsverhältnisse Rastadts³⁾ — sehr irrig bezeichnet als Antrag auf Überlassung der Rastadter Besatzung an Oesterreich — haben wir allerdings mit der zunächst beteiligten Regierung Badens vorläufig verabredet, aber dennoch die Rücksicht nicht außer Acht gelassen, mit Preußen vor der förmlichen Antragstellung am Bunde darüber in Einvernehmen zu treten. Überdies war uns leider gerade in dieser die gemeinsame Ver-

¹⁾ Vgl. hierzu oben S. 339 f.

²⁾ Über den Rastatter Festungsbaustreit siehe oben S. 171 ff.

³⁾ Hierüber S. 389 ff.

theidigung Deutschlands betreffenden Sache jede Hoffnung auf ein bundesfreundliches Entgegenkommen Preußens durch eine ganze Reihe von Angriffen auf die Anwesenheit unserer Truppen in Rastadt — hatte doch Herr von Bismarck wiederholt selbst die Vorenthaltung aller und jeder Beiträge für Rastadt in Aussicht gestellt — im Voraus abgeschnitten. Und hatte nicht kurze Zeit früher die kön. Regierung, ohne uns irgendwie vorher benachrichtigt zu haben, in betreff der Garnison Luxemburgs einen bereits abgeschlossenen Vertrag mit Niederland der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt¹⁾?

Wir müßten die erlaubten Grenzen der Erörterung überschreiten, wollten wir in Bezug auf alle übrigen von Preußen erwähnten Angelegenheiten den Sachverhalt darlegen, und wir verzichten hierauf um so lieber, als diese Fragen größtentheils ihre einzige politische Bedeutung eben nur dem Umstande verdanken, daß die kön. Regierung die Forderung der Stimmeinhelligkeit in einer Ausdehnung auf dieselben anwendete, mit welcher zuletzt die Bedingungen eines geordneten Bundeslebens nicht mehr zu vereinigen sein würden.

Wie gänzlich unverfänglich und zugleich wie nothwendig durch das Verhalten seines preußischen Collegen hervorgerufen endlich die Erklärung war, die Graf Rechberg in der Bundestagsitzung vom 23. Juli d. J. abzugeben sich gedrungen sah, darüber wird gewiß das Urtheil keines Zeugen der betreffenden Verhandlung irre gehen können²⁾.

Manche der berührten Fragen gehören, wir wiederholen es, einer bedauernswerthen Vergangenheit an, und statt länger bei ihnen zu verweilen, wenden wir uns lieber dem Ausdrucke der Hoffnung zu, daß in Zukunft die Erkenntniß des hohen Werthes eines aufrichtigen und bundestreuen Einverständnisses zwischen Österreich und Preußen in allen Fragen — eine Erkenntniß, von der wir durchdrungen sind und bleiben werden — die Schritte der beiden Höfe immer sicherer leiten und für Deutschland reiche Früchte tragen möge. — Wenn jedoch das Berliner Cabinet eine Bürgschaft hiefür darin zu erblicken glaubt, daß die beiden Höfe die Verbindlichkeit gegeneinander eingehen sollten, Fragen, in

¹⁾ Vorgelegt am 20. Nov. 1856, Prot. BB. S. 311, S. 740 f., 749 f. Genehmigt am 26. Febr. 1857, Prot. BB. S. 107, S. 194 f.

²⁾ Betrifft den Prinzipienstreit über die Stellung der Rünberger Handelsgelehrungs-Kommission zum Bundestage. Siehe oben S. 420.

Betreff welcher eine gedeihliche Lösung nur von der Übereinstimmung beider Cabinete zu hoffen sei, solange diese Übereinstimmung noch nicht habe erzielt werden können, nicht zur Discussion am Bunde zu bringen¹⁾, so verhehlen wir nicht, daß uns diesem Verlangen gleich gewichtige Bedenken entgegenzustehen scheinen, mögen wir nun Geist und Wesen der Bundesverfassung im Ganzen oder speciell unsere Verpflichtungen gegen unsere übrigen Bundesgenossen oder endlich selbst die eigenen Interessen Oesterreichs und Preußens in das Auge fassen.

Den Grundsatz aussprechen, daß das Organ des gemeinsamen Willens und Handelns des Bundes sich nur mit Fragen zu beschäftigen habe, über welche zwei seiner Mitglieder, wenn es auch die mächtigsten sind, sich bereits vorher geeinigt haben, dies hieße, wie uns scheint, das Prinzip des Bundes, statt es zu befestigen, in seinem innersten Kern angreifen. Statt der Gleichberechtigung der Bundesglieder und des Stimmenverhältnisses, wie es die Bundesgesetze festgestellt haben, bliebe den übrigen Mitgliedern des Bundes nur die Wahl, entweder Vorausbeflossenes anzunehmen oder sich mit Oesterreich und Preußen in unmittelbaren Widerspruch zu setzen. Und gewiß könnte es diesen beiden Mächten nicht gleichgültig sein, wenn in Angelegenheiten, welche das allgemeine Interesse Deutschlands unläugbar tief berührten, ausschließlich von anderen Stimmen als den ihrigen, die Initiative geübt würde, auf welche allen Bundesgliedern grundgesetzmäßig ein gleiches Recht wie den Höfen von Wien und Berlin zusteht.

Wir hoffen, daß das kön. Cabinet der Anerkennung des Gewichtes dieser Gründe sich nicht werde verschließen wollen.

Vergegenwärtigen wir uns übrigens den gesammten Inhalt der Erklärungen Preußens, erwägen wir, daß die kön. Regierung noch am Schlusse ihrer Mittheilung für den Fall, daß auf Berathungen über das Dresdener Programm eingegangen würde, sich die Stellung weiterer von demselben unabhängiger Anträge vorbehält, über deren Zweck und Richtung sie Näheres nicht andeutet, gedenken wir endlich des Bedürfnisses, gerade jetzt, wo die Bundesversammlung mit einer anderen hochwichtigen Frage²⁾ beschäftigt ist, jeden Anlaß zu Meinungsverschie-

¹⁾ Zur Geschichte dieses Zeitgedankens der preußischen Bundespolitik vgl. S. 19, 24, 35, 58, 209, 396—99, 434, 440, 493, 498.

²⁾ Die holstein-lauenburgische Verfassungsfrage war am 29. Okt. durch die beiden Großmächte an den Bund gebracht worden.

denheiten im Innern des Bundes zu vermeiden, so finden wir uns allerdings so wenig wie die k. preuß. Regierung in den Fall gesetzt, den gegenwärtigen Stand der Sache als besonders geeignet für den Beginn von Berathungen, wie Freiherr von Beust sie im Auge hat, anzusehen. Gerne sprechen wir es aber nochmals aus, daß es uns jederzeit und in allen wichtigen Angelegenheiten zur größten Genugthuung gereichen werde, im engsten Einverständnisse mit Preußen zu handeln, und erneuern selbst dem kön. Hofe gegenüber die Zusicherung, soferne er uns nur hierin volle Gegenseitigkeit gewährt, in jeder Frage von allgemein deutschem Interesse stets darauf bedacht sein zu wollen, vorerst Übereinstimmung mit Berlin herbeizuführen.

E. E. sind ersucht, diesen Erlaß in vertraulicher Form dem k. Ministerpräsidenten mitzutheilen.

28. Graf Rechberg an Graf Buol

(Bericht)

Ausfertigung. Wl.

Frankfurt a. M. 5. Dezember 1857.

... „Es wurde zur Verhandlung des von Preußen wegen Regelung der Rangverhältnisse beim Bunde gestellten Antrages ein Ausschuß erwählt. In diesem Ausschusse habe ich... dahin zu wirken gesucht, daß die bisher bestehende Rangordnung aufrecht erhalten bleibe und in den Häusern von Privatpersonen, welche den deutschen Bundesstaaten angehören, die nämliche Rangordnung wie in jenen der Bundestagsgesandten, bei Ausländern dagegen, die sich in Frankfurt zeitweise aufhalten, die nämliche Rangordnung wie bei den Gesandten der auswärtigen Mächte beobachtet werde.“ Hat zugleich empfohlen, Bundesbeschluß zu vermeiden, bis Zustimmung der fremden Regierungen zu der festzusetzenden Rangordnung feststehe, damit Bund nicht kompromittiert werde. Einverständnis nur hierüber erreicht, nicht über die vorgeschlagene Rangordnung selbst. Über diese sollte der kurbessische Gesandte, Freiherr von Dörnberg, durch Erfahrung, versöhnliches und großzügiges Wesen besonders geeignet, als Ausschußreferent mit den fremden Gesandten verhandeln. Reibungsmöglichkeiten bisher vermieden. „Das Diner, welches die Stadt Frankfurt wie gewöhnlich im Laufe des vorigen Monats den Bundestagsgesandten wie den fremden Diplomaten zu Ehren veranstaltete, gab jedoch die Veranlassung, den Streit von neuem anzufangen. Herr von Bismarck hatte

vom älteren Herrn Bürgermeister Dr. Garnier verlangt, daß, während ich zur Rechten des älteren Herrn Bürgermeisters und der Doyen des fremden diplomatischen Corps zu dessen Linken gesetzt würden, ihm der erste Platz zur Rechten des jüngeren Herrn Bürgermeisters eingeräumt werde¹⁾. Dieß hatten die fremden Gesandten erfahren, und sie begaben sich am Tage, an welchem das Diner stattfinden sollte, mit Ausnahme des Herrn von Fonton²⁾, welcher es ablehnte, sich hiebei zu betheiligen, in corpore zu dem älteren Herrn Bürgermeister, dem sie erklärten, sie würden bei dem Diner nicht erscheinen, wenn Herr von Bismarck und nicht ihnen der Ehrenplatz neben dem jüngeren Herrn Bürgermeister gegeben werde.

Dr. Garnier wußte sich zwischen diesen beiden entgegenstehenden Forderungen nicht zu helfen und versprach bei dem königl. preussischen Bundestagsgesandten Schritte zu thun, um ihn zu bewegen, von dem Verlangen abzustehen. Der Streit endete damit, daß Herr von Bismarck dem besagten Diner nicht bewohnte. Er bestand aber nachher darauf, daß der für Regelung der Rangverhältnisse niedergesetzte Ausschuß zusammenberufen und der Referent beauftragt werde, bestimmte Vorschläge vorzulegen. Herr von Bismarck wurde hierin von der überwiegenden Mehrheit der Herren Bundestagsgesandten unterstützt. Sie bestehen darauf, daß die Verhältnisse endlich geregelt werden, weil es Herrn von Dörnberg nicht gelungen ist, eine Verständigung mit den fremden Gesandten herbeizuführen und sie zu bestimmen, in ihren eigenen Häusern bei feierlichen Gelegenheiten den Bundestagsgesandten die Courtoisie einzuräumen. In Folge dieser Weigerung hat nunmehr Herr von Bismarck, der früher in seinen Bestrebungen wegen Regelung der Rangverhältnisse ganz vereinzelt geblieben war, die entschiedene Mehrheit der Bundestagsgesandten für sich. Sie erkennen darin eine Geringschätzung des Bundestags...“ Unannehmbare Vorschläge der fremden Gesandten. Vorschlag Dörnbergs im Ausschusse: Bundesversammlung in corpore erhält immer den ersten Platz, sonst der Präsidialgesandte oder der im Präsidium substituirte Gesandte, nach ihm der Doyen des fremden diplomatischen Corps, dann der in der Stimmführung erste Bundestagsgesandte, dann der nächste rangälteste fremde usw. Dies in allen Häusern außer

¹⁾ Das Amt des Ersten oder Älteren, wie das des Jüngeren Bürgermeisters wurde alljährlich neu vergeben.

²⁾ Der russische Gesandte.

denen der Bundestagsgesandten, in denen bei Abwesenheit des Präsidialgesandten oder seines Substituten dem fremden Doyen aus Courtoisie der erste Platz eingeräumt werden sollte. Bismarck und die Mehrheit des Ausschusses hiermit einverstanden.

„Herr von Bismarck hatte sich dahin ausgesprochen, sich vertraulich zu verabreden, keine Einladung in den Häusern der fremden Diplomaten anzunehmen, welche sich weigern sollten, auf eine Verständigung einzugehen; es war jedoch hierüber keine Verabredung getroffen worden, da es billig schien, wenigstens die Antwort und Gegenvorschläge der fremden Diplomaten vorerst zu hören. Anders hat es Herr von Bismarck verstanden. Er hatte noch an demselben Tage einen sehr heftigen Auftritt mit dem Kaiserlich Russischen Gesandten, der ihn zu sich zu Tische geladen hatte und dem er erklärte, es sei unter den Bundestagsgesandten die Verabredung getroffen worden, keine Einladung bei einem fremden Diplomaten anzunehmen, solange als sie nicht die Anträge, welche ihnen Herr von Dörnberg machen würde, annehmen wollten. Beide Herren ließen sich in der ersten Aufregung fortreißen und es kam zwischen ihnen zu sehr peinlichen Erörterungen. Dieser Auftritt hatte Statt auf einem Balle bei Herrn von Bülow und ich hatte große Mühe Herrn von Fonton, der unmittelbar darauf mich im Nebenzimmer aufsuchte, durch die Erklärung zu beruhigen, daß eine solche Verabredung meines Wissens noch nicht getroffen worden sei. Freiherr von Dörnberg sei vielmehr beauftragt, ihm und seinen Collegen unsere Vorschläge wegen gütlicher Beilegung dieser unerfreulichen Rangstreitigkeiten mitzutheilen und sich mit ihnen zu verständigen. Indessen blieb der Streit zwischen dem A. Preuß. Bundestagsgesandten und Herrn von Fonton den fremden Gesandten nicht unbekannt und versetzte sie in große Aufregung. Es ist umso bedauerlicher, weil gerade Herr von Fonton der einzige unter den fremden Gesandten ist, welcher sich bereit erklärt, den Bundestagsgesandten in seinem Hause die Reciprocität einzuräumen und sich mißbilligend über die übertriebenen Ansprüche seiner Collegen ausspricht.

Da die Sachen nunmehr so weit gediehen waren, habe ich auch heute wieder den Ausschuß zusammenberufen und habe in demselben beantragt, drei Mitglieder aus dem Ausschusse zu erwählen und sie mit dem abermaligen Versuche zu beauftragen, eine Verständigung mit den fremden Gesandten herbeizuführen.

Ich bin schließlich durchgedrungen und es wurde Oesterreich, Preußen und Kurhessen gewählt. Nächsten Montag werden sich diese Herren und die fremden Diplomaten bei mir vereinigen, ich glaube aber kaum, daß es gelingen dürfte den französischen und den belgischen Gesandten, namentlich letzteren, der sich stets am entschiedensten aussprach, zum Aufgeben ihres Entschlusses, in ihren eigenen Häusern den Bundestagsgesandten die Reciprocität zu verweigern, zu bestimmen. . . .“

29. Graf Rechberg an Graf Buol (Bericht)

Ausfertigung. Wl.

Frankfurt a. M. 9. Dezember 1857.

Am Montag [7. Dez.] kamen die Gesandten von Rußland, Frankreich, Belgien, Preußen und Kurhessen bei Rechberg zusammen. Dieser setzte den fremden Diplomaten auseinander, es sei ein Irrtum, den Bundestagsgesandten den diplomatischen Charakter abzusprechen und sie als bloße Deputierte ihrer Regierungen anzusehen. „Der diplomatische Charakter sei den Bundestags-Gesandten förmlich gewahrt und sie seien als bevollmächtigte Minister beim Bunde beglaubigt; ihre Beglaubigungsschreiben würden von der Bundesversammlung geprüft und nur nachdem sie von derselben als gültig anerkannt wurden, würden die Gesandten zu Sitz und Stimme in der Bundesversammlung zugelassen; dies Princip werde so sehr anerkannt, daß auch bei Substitutionen die Regierungen sich nur durch bevollmächtigte Minister vertreten lassen können¹⁾. Hieraus ergebe sich aber auch die nothwendige Folge, daß die Bundesversammlung den Bundestags-Gesandten den ihnen als bevollmächtigten Ministern gebührenden Rang wahren müsse; es sei deshalb, seitdem Gesandte auswärtiger Mächte beim Bunde beglaubigt sind, an dem Grundsatz der Reciprocität festgehalten worden und die in neuerer Zeit gemachten Versuche, von diesem Grundsatz abzuweichen, hätten den Streit herbeigeführt.

Nach längeren und lebhaften Discussionen verständigte man sich endlich über folgenden modus vivendi:

1) Dem K. K. Präsidialgesandten oder dem im Präsidium substituirtten Bundestagsgesandten wird überall der erste Rang eingeräumt.

¹⁾ Siehe hierzu oben S. 195 f. Vgl. jedoch S. 521 Berichtschluß.

2) In den Häusern der Bundestagsgesandten räumen diese den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministern der fremden Mächte aus Courtoisie den Rang ein, in den Häusern der fremden Gesandten üben diese vollkommene Reciprocität.

3) Bei feierlichen Diners beim Bürgermeister der freien Stadt Frankfurt oder anderen ähnlichen Gelegenheiten setzen sich die Bundestagsgesandten zur Rechten und Linken des Hausherrn oder der Hausfrau, die fremden Gesandten auf die andere Seite des Tisches gegenüber.

4) In Häusern dritter Personen wird alternirt. Der Präsidialgesandte oder der im Präsidium substituirte Bundestagsgesandte nimmt ... den ersten Platz ein, den zweiten der doyen des fremden diplomatischen Corps, den dritten der in der Stimmführung erste Bundestagsgesandte, dann der im Range älteste fremde Gesandte u. s. w.

5) In Abwesenheit des Präsidialgesandten hat in den deutschen Häusern der doyen des fremden Corps diplomatique den ersten Platz, dann der der Stimmführung nach erste Bundestagsgesandte den zweiten u. s. w. In den Häusern hier ansässiger Fremden oder der von auswärtigen Regierungen ernannten Consulen hat der in der Stimmführung erste Bundestagsgesandte den ersten Platz, den zweiten der doyen des fremden Corps diplomatique etc. etc.¹⁾

Die fremden Diplomaten hatten meine Ansicht, daß in dritten Häusern ebenfalls die vollkommene Reciprocität als Basis angenommen werden sollte, je nachdem in dem Hause eines Deutschen oder eines in Frankfurt ansässigen Fremden sich hiezu Anlaß ergebe. Hiegegen verwahrte sich aber Herr von Bismarck so nachdrücklich, daß, um das Zustandebringen eines gütlichen Uebereinkommens nicht zu vereiteln, das obige Arrangement getroffen

¹⁾ Bismarck übersendet am 17. Dez. die Vereinbarung in der von allen Bundestagsgesandten angenommenen Formulierung, die sich inhaltlich mit der durch Reichberg gegebenen deckt, doch in Anordnung und Ausdruck abweicht. Am Schluß steht als 6. Artikel: „Obgleich die bei dem Bunde beglaubigten Ministerresidenten und Geschäftsträger nach dem Reglement des Wiener Congresses vom 19. März 1815 und nach dem Reglement des Aachener Congresses vom 21. November 1818 den Bundestagsgesandten nachstehen müssen, so werden doch letztere ihnen bereitwillig alle diejenigen Rücksichten der Courtoisie erweisen, die mit sonst zu berücksichtigenden Ansprüchen vereinbar sind.“ G. St.-A., Bundestagsgesandtschaft Rep. 75 BGc. 13, fol. 154. 155. Abschrift.

wurde. Ich hoffe, daß hiemit für eine kurze Weile wenigstens diesen unzeitgemäßen Streitigkeiten ein Ende gemacht worden ist.“ ...

30. Bismarck an Manteuffel

(Bericht)

GSSt. Bundestagsgesandtschaft Rep. 75 BGc 18

fol. 143—149: Entwurf.

Frankfurt a. M. 9. Dezember 1857.

Die Regelung der Rangfrage hat sich 1½ Jahre hingezogen, in denen der kurhessische Gesandte als Ausschußreferent mit den fremden Gesandten erfolglos verhandelt hat. Der Widerstand kam theils von diesen, theils von Oesterreich, das sich weigerte, die vollständige Reziprozität auch auf den Präsidialgesandten auszu dehnen. Verlangt dieser doch sogar an den benachbarten Höfen für seine Person den dortigen diplomatischen Corps voranzugehen, ein Anspruch, dessen Befriedigung entweder gewährt oder umgangen wird, „je nachdem die Ergebenheit für Oesterreich in Darmstadt, Wiesbaden oder am kurfürstlichen Hofe gerade mehr oder weniger lebhaft hervortritt.

Nicht minder eigenthümliche Anschauungen sind im Laufe der Erörterung von Seiten der am Bunde accreditirten Gesandten geltend gemacht worden. Namentlich suchte man den Bundestags-Gesandten den diplomatischen Charakter gänzlich zu bestreiten oder denselben auf den Präsidialgesandten einzuschränken, als den Einzigen, mit welchem die Gesandten in geschäftlichen Beziehungen stünden. Die aus dieser falschen Prämisse abgeleiteten Behauptungen wurden in gelegentlichen Diskussionen nicht selten mit verletzender Schärfe durchgeführt und in derselben Form widerlegt, so daß das gegenseitige Verhältniß der Mitglieder beider Körperschaften sich unfreundlich gestaltete und die geselligen Beziehungen kühler und seltener wurden. Diese Stimmung wurde bei meinen Kollegen insbesondere dadurch gesteigert, daß die fremden Gesandten in ihren Einladungen seit länger als einem Jahre ein System beobachteten, durch welches jede Gelegenheit vermieden wurde, einem der Anrigen in ihren Häusern den Vortritt zu lassen oder durch das Gegentheil den Anlaß zu Reklamationen zu geben. Es wurden nämlich in der Regel besondere Dinners für die fremden mit dem Präsidialgesandten gegeben und die Bundestagsgesandten demnächst ohne

Zuziehung Anderer eingeladen. Insbesondere vermied man das Zusammentreffen mit den Vertretern nicht königlicher Höfe. Das letzte gemeinschaftliche, von einem fremden Gesandten gegebene offizielle Diner war das des Herrn von Tallenay am 15. August 1855 gewesen. Bei diesem war nur der im Präsidium substituirt vor, alle übrigen Bundestagsgesandten waren nach dem beim Bunde accreditirten rangirt worden.

Die durch dieses und Anderes gesteigerte Empfindlichkeit meiner Collegen kam vor einigen Wochen bei Gelegenheit eines offiziellen Diners des regierenden Bürgermeisters zum Ausbruch. Es war schon in den letzten Jahren eine schwierige Aufgabe für das Oberhaupt hiesiger Stadt gewesen, durch künstliche Vertheilung der Plätze Streitigkeiten zu vermeiden, und in diesem Jahre hatten sich die außerdeutschen Gesandten, mit Ausnahme des russischen, einige Stunden vor dem Diner zum regierenden Bürgermeister begeben, um sich ihre Plätze vor allen Bundestagsgesandten zu versichern mit der Erklärung, daß sie nicht erscheinen würden, wenn man ihrem Verlangen nicht nachgebe. Der Schöff Harnier¹⁾ ist von Natur mit keinem erheblichen Grade von Charakterstärke und Geistesgegenwart begabt und anstatt, wie seine Collegen im Bunde es gewünscht hätten, die Absage der Herren anzunehmen, kam er sofort zu mir, um, wie er sagte, meinen Rath zu erbitten. Ich nahm keinen Anstand, ihn dadurch aus der Verlegenheit zu ziehen, daß ich, ohne weitere Empfindlichkeit, auf die Theilnahme an dem Diner meiner Seits verzichtete. Ich benachrichtigte hievon Herrn von Schrenk als den zunächst dem Rangstreit Exponirten. Dieser zog aber, wie er mir sagte, vor, meine Mittheilung zu ignoriren und sich überraschen zu lassen, weil zur Verabredung gemeinschaftlicher Maßregeln keine Zeit mehr sei.“

Die Entrüstung, die in der Bundesversammlung über den Anspruch der Fremden herrschte, nötigte auch Rechberg, sich dieser Sache lebhafter als bisher anzunehmen. Vertrauliche Besprechungen im Ausschuß ergaben die Verständigung über einige durch den kurhessischen Gesandten zusammengestellte Grundsätze:

¹⁾ Über Dr. Eduard Ludwig Harnier, Schöff und Senator, damals Ersten Bürgermeister von Frankfurt, siehe oben S. 375 f. Der Titel „Schöff“ bezieht sich darauf, daß es bis zur Verfassungsreform von 1856 drei „Bänke“ im Frankfurter Senat gab, die Bank der Schöffen, der Senatoren und der Herren des Rates. Harnier war Schöff seit 1843 und behielt den Titel auch nach Erlöschen der Drei-Bänke-Einteilung. Freundliche Mittheilung von Herrn Prof. Dr. Richard Sch w e m e r.

der Bundestag geht als Körperschaft dem diplomatischen Corps voran; das Präsidium oder sein Substitut hat daher überall den Vorrang, während im übrigen die deutschen und die fremden Gesandten nach einer Reihenfolge alterniren, die stets mit einem Mitgliede der Bundesversammlung beginnt; nur in den Häusern der Bundestagsgesandten wird, wenn Inhaber des Präsidiums abwesend, die Reihenfolge durch den ältesten Fremden eröffnet. Den Fall, daß Oesterreich einmal einen anderen als den preussischen Gesandten im Präsidium substituirt¹⁾, hat Bismarck beiseite gelassen, da er sich aus den älteren Akten überzeugte, daß seine Vorgänger die Weisung hatten, keiner Sitzung unter dem Vorsitz eines, Preußen in der Stimmordnung nachgehenden Staates beizuwohnen. Die Beschlüsse des Ausschusses wurden von den übrigen Bundestagsgesandten gut geheissen und die Mehrheit beschloß, „daß wir weder in unseren noch in den fremden Häusern mit den fremden Gesandten zusammen diniren wollten, bis eine Verständigung mit ihnen erzielt sei“. Bismarck selbst erklärte, er werde bis zur Verständigung den ihm nach der Stimmordnung des Bundestags zustehenden Platz unmittelbar nach dem österreichischen Gesandten auch in den Häusern seiner Kollegen beanspruchen.

„In einer ferneren Ausschußsitzung machte Graf Rechberg den Vorschlag, falls die fremden Gesandten unser Programm ablehnten, dieselben in einen förmlichen socialen Blockadezustand zu setzen und keine Art Einladungen weder von ihnen anzunehmen noch an sie zu richten. Ich erfuhr nachher die Ursache dieser Steigerung seines Eifers; er hatte mit einem Mitgliede des diplomatischen Corps eine von peinlichen Erinnerungen begleitete Erörterung über die Bedingungen und Modalitäten gehabt, unter welchen Frankreich und Rußland sich seiner Zeit bereit erklärt hatten, den sogenannten Kumpf-Bundestag anzuerkennen und diplomatisch zu beschicken. Es scheint danach unzweifelhaft, daß Oesterreich diese Anerkennung damals förmlich durch die Zu-

¹⁾ Metternich hatte i. J. 1836 abgelehnt, daß Oesterreich die Verpflichtung übernehme, stets den rangnächsten, also normalerweise den preussischen Bundestagsgesandten zu substituieren. Daraus ließ Ancillon in Wien mittheilen, falls bei Anwesenheit des preussischen Gesandten in Frankfurt ein Anderer als er mit der Vertretung des Präsidialgesandten beauftragt werde, so habe der preussische Gesandte Anweisung, Frankfurt bis zur Rückkehr des Präsidialgesandten zu verlassen. Geh. St.-A. a. a. O., fol. 69–72: Bericht des preuß. Gesandten Graf Malhan aus Wien, 30. Mai; Erlaß Ancillons v. 30. Juli 1836.

sicherungen erkauft hat, welche es jenen Mächten zum Nachtheil Holsteins und zugunsten Dänemarks gegeben hat. Es läßt sich denken, daß die Erinnerung daran gerade in diesem Augenblick dem Grafen Rechberg sehr unwillkommen gewesen ist.“

Eine Konferenz der Gesandten Oesterreichs, Preußens und Kurhessens mit denen von Belgien, Frankreich und Rußland führte zu einer sehr lebhaften zweistündigen Diskussion, in der Herr v. Fonton für Verständigung arbeitete. Es kam folgende provisorische Verabredung zustande:

„Den Satz von dem Vorrang des Bundes als Körperschaft wollte man nicht unbedingt zugestehen, namentlich verlangte der belgische Gesandte bei Gelegenheit der katholischen Prozessionen eine Art von Alternat für je 2 Mitglieder jedes Corps neben einander, welches Graf Rechberg unter der respectirlichen Bezeichnung eines „Gänsemarsches“ entschieden von der Hand wies. Wir verzichteten auf die weitere Erörterung dieses Sazes als eines ganz unzweifelhaften und für uns garnicht in Frage stehenden.“ Es wurde vereinbart, daß in den bundestäglichen Häusern nach dem Präsidium oder dessen Substituten die fremden Gesandten, in den Häusern dieser aber sämtliche Bundestagsgesandte vor den auswärtigen rangiren sollten. Doch bemerkte Graf Montessun, daß er dann seinem offiziellen Diner vom 15. August auf irgend eine Weise aus dem Wege gehen müsse, „weil er die Gesandten der großen Mächte nicht am Ende des Tisches hinter denen von Lübeck und Liechtenstein placiren könne. Auf unseren Vorschlag, diesem Uebelstand durch die Annahme einer alternirenden Reihenfolge für alle Begegnungen auszuweichen, weigerten sich sämtliche fremde Gesandte einzugehen.“

Die meisten Schwierigkeiten waren bei Regelung der Rangordnung in nicht diplomatischen Häusern zu überwinden. Schließlich Einigung auf ein sehr komplizirtes Alternat. Dieses soll, „immer mit Ausschluß des Präsidiums, von dem ältesten der fremden Gesandten anheben in allen Häusern von rein deutscher Nationalität, von dem nach der Stimmordnung ersten der Bundestagsgesandten aber in allen Häusern der hier anwesenden Ausländer, ausschließlich der Consuln nicht deutscher Staaten.“ Bismarck sah kein Bedenken, da „es sich vertheidigen läßt, hier am Sitze des deutschen Bundes die allgemeine deutsche Nationalität als eine diplomatisch gültige zu behandeln.“ Abmachung für das Bürgermeisterdiner: der Bund rechts und links von dem

älteren, die fremden vis-à-vis rechts und links von dem jüngeren Bürgermeister. Nachträglich angefordert durch den Belgier, der für den Dogen der auswärtigen Gesandten einen Platz neben dem älteren Bürgermeister verlangt. — „Ich bedauere, daß ich Ew. Aufmerksamkeit für diese kleinlichen Fragen durch einen so langen Bericht habe in Anspruch nehmen müssen, hoffe aber, daß nunmehr dieser sich fast seit dem ersten Zusammentritt des Bundestages durch unsere Akten ziehende Streit einstweilen eine Erledigung gefunden hat, welche ich Ew. hoher Billigung glaube empfehlen zu dürfen¹⁾.“

31. Graf Rechberg an Graf Buol

(Brief)

Eigenhändig. W. W.

Frankfort 27. Januar 1858.

„Unser Verhältniß zu Preußen hat einen solchen Grad von Spannung erreicht, daß es, wenn keine Verständigung erfolgt, in ein offen feindseliges auszuarten droht²⁾. Was Herr von Bismarck mit so großer Offenheit mir im vorigen Sommer angekündigt hat³⁾, hat sich leider verwirklicht. Wir finden Preußen in allen europäischen Fragen auf der Seite unserer Gegner⁴⁾, es macht uns aber auch zu gleicher Zeit am Bunde und in Deutschland einen entschiedenen Krieg. Als den Hauptträger dieser Politik glaube ich — ich sage es mit Bedauern — Herrn von Bismarck bezeichnen zu müssen. Vor der Erkrankung Sr. Maj. des Königs war sein Einfluß fast unumschränkt. Jetzt räumt Herr von Manteuffel ihm wenigstens in deutschen Angelegenheiten eine entscheidende Stimme ein. Die preußischen Erlasse an Graf Fleming in Wien in Betreff der Preussischen Vorschläge sollen, wie von Berlin verlautet, in Frankfort entworfen worden seyn⁵⁾. Er ging im vorigen Sommer darauf aus, durch stete Opposition

¹⁾ Manteuffel antwortet am 17. Dez., er habe mit Vergnügen ersehen, daß der Streit „sich endlich auf angemessenere Weise regeln zu wollen scheint“. Erklärt sein volles Einverständnis. „Den erlangten Erfolg werden Ihre Herren Collegen unstreitig vorzugsweise Ew. Hochwohlgeboren eifrigen Bemühungen zu verdanken haben.“ Ausfertigung, a. a. O., fol. 151. 152.

²⁾ Am Rande Ausrufungszeichen von Buols Hand.

³⁾ Vgl. Anlage 19: Bericht A.

⁴⁾ Randbemerkung Buols: „Was hat Preußen dabei gewonnen?“

⁵⁾ Richtig. Die von Bismarck gelieferten Materialien zu den preussischen Noten nach Wien insachen der Preussischen Bundesreformvorschläge siehe Pr. i. TB. III S. 126 ff. 154 ff. 202 ff. GW. II S. 235 ff. 255 ff. 273 ff.

in europäischen Fragen wie in deutschen Angelegenheiten die kaiserliche Regierung zu Concessionen in Bezug auf die Stellung Preußens in Deutschland zu zwingen¹⁾, die der endlichen Verwirklichung der preußischen Hegemonie wesentlichen Vorschub geleistet haben würden. Seit der Übernahme der Stellvertretung durch S. K. H. den Prinzen von Preußen²⁾ wirkt er zwar, wie es leider die Thatfachen beweisen, in demselben Österreich feindlichen Sinne fort; aber er ist viel zurückhaltender und in seinen Äußerungen viel vorsichtiger geworden. Er scheint es für nöthig zu halten, Vorsichtsmaßregeln zu gebrauchen, um bei dem Prinzen nicht Anstoß zu geben. Dieß ist ein bedeutungsvolles Omen. Andere Anzeichen deuten ebenfalls daraufhin, daß der Prinz der Herstellung eines besseren Verhältnisses nicht abgeneigt ist und eine englisch-österreichische der russisch-französischen Allianz vorziehen würde. Die Broschüre „quid faciamus nos?“ tritt für die erstere dieser Allianzen auf. Sie ist von Dr. Franz³⁾ geschrieben, der im Ministerium des Äußeren in Berlin angestellt ist. Sie stellt zwar die Allianz mit Österreich nur in zweiter Linie, hebt aber die Vortheile, die sie Preußen biethen würde, hervor. Bezeichnend scheint es mir gleichfalls, daß das Verhalten des Herrn General von Bonin⁴⁾ in Mainz, der mit dem Prinzen von Preußen in sehr engen persönlichen Beziehungen steht, Österreich gegenüber mit dem Vorgehen des Herrn von Bismarck sehr wohlthätig contrastirt. Unsere Militärbehörden können sich seiner in jeder Beziehung nur beloben. Die in Folge der Pulverexplosion in Mainz eingeleitete Untersuchung hat er auf eine Art geführt, die volle Anerkennung von unserer Seite verdient⁵⁾. Es scheinen aber Intriguen im Zuge zu seyn, um den Prinzen gegen Seine bessere Überzeugung allmählich in das Österreich feindliche Lager herüber zu ziehen.“ Über die Stellung des Prinzen zur Rastatter Besatzungsfrage, die nach Rehbergs Meinung von großem Einfluß auf die künftige Haltung des Prinzen von Preußen sein

¹⁾ Randbemerkung Buols: „Das wird Preußen nicht gelingen.“

²⁾ Oktober 1857.

³⁾ Konstantin Franz, damals nicht mehr dem Ministerium angehörig. Zur Richtigstellung siehe GW. II S. 281 Anm. 4.

⁴⁾ Vizegouverneur der Bundesfestung Mainz.

⁵⁾ Bismarck vertrat zur Enttäuschung Rehbergs den Standpunkt, daß nicht der Bund, sondern Österreich für den Explosionschaden zu haften habe, da ein Verschulden nur bei der österreich. Artillerie-Direktion liege. Immediatbericht v. 27. Nov. 1857. Pr. i. BT. III S. 180. Vgl. Rehbergs Berichte v. 2. u. 4. Dez. 1857.

wird¹⁾. „Solange Herr von Manteuffel und Bismarck die An-
gelegenheiten in Berlin führen, ist keine Besserung zu hoffen, es
bleibt aber immerhin von Wichtigkeit, wenigstens ihnen den Vor-
wand zu nehmen, auf die bessere Stimmung des Prinzen nach-
theilig zu wirken.“

32. Legationssekretär R. v. Pfüferschmid
an Graf Buol

Eigenhändig. WU.

Frankfurt a. M. 21. Februar 1859.

„Einem Befehle Seiner Exc. des Herrn Grafen von Rechberg
gehorchend²⁾, erlaube ich mir, E. E. den Inhalt einer Unter-
redung ehrfurchtsvollst und möglichst getreu wiederzugeben, die
sich gestern nach einem von dem kaiserl. russ. Gesandten Herrn
von Fonton dem Herrn von Bismarck gegebenen Abschieds-Diner
zwischen Letzterem und mir in folgender Weise entspann.

Herr von Bismarck kam auf mich zu und sagte mir: „Sie kaufen
faule Eier und als mehrjähriger Freund mache ich Sie darauf
aufmerksam, damit Sie in zwei Jahren daran denken, daß ich es
Ihnen vorausgesagt habe.“ Ich erwiderte dem Herrn Gesandten,
daß ich ihn bitten müßte, sich deutlicher zu erklären, da mir der
Sinn seiner Worte nicht faßlich sei. Er wiederholte nun die ersten
Worte mit der Umschreibung, daß, wenn man zu wohlfeil kaufe,
man sich bald werde überzeugen müssen, daß man nur Schlechtes
gekauft habe. Ich bestand nochmals auf einer deutlicheren Er-
klärung, mit dem Beisatze, daß ich sein persönliches Vertrauen
gewiß dankbar annehmen und dasselbe mit einer streng persön-

¹⁾ Über Prinz Wilhelms Stellung zur Rastatter Frage siehe seinen
Brief an Franz Josef v. 15. Febr. 1858. B e r n e r, Kaiser Wilhelms
Briefe, Reden usw. I (1906) S. 427 ff.

²⁾ In einem eigenhändigen Briefe vom 23. Febr. schreibt Rechberg
an Buol: Ein Symptom dafür, daß Bismarcks Gesinnung nicht die
der preussischen Regierung sei, liege in dem Auftreten des kürzlich aus
Berlin zurückgekehrten preussischen Militärbevollmächtigten, General
Dannhauer, der in der Militärkommission die Initiative im Sinne
treuer preussischer Bundesgenossenschaft ergriffen habe. Doch gebe es
in Berlin zwei Parteien, und Bismarck zähle zu den leidenschaftlichsten
Gegnern Oesterreichs. B. „hat Herrn Legations-Secretair Pfüster-
schmid in einer offenen Nachmittagsstunde nach einem copiosen Diner
Geständnisse gemacht, die wohl kaum einen anderen als den Zweck
haben dürften, Mißtrauen zwischen Wien und Berlin zu säen. Ich
habe jedoch geglaubt, Herrn Pf. beauftragen zu sollen, E. E. direct
den Inhalt seiner Unterredung mit Herrn von Bismarck mitzutheilen.
Er ist zu bezeichnend, um der Kenntniß des kaiserlichen Kabinetes vor-
enthalten zu werden.“

lichen Ansicht zu erwidern nicht anstehen werde; bezöge aber seine Anspielung sich auf die Tagesfrage, so wäre meine Überzeugung, daß man am stärksten ist, wenn man sich auf sich selbst verlassen kann. „Wenn Sie dieses sagen, dann nehme ich meine Worte zurück“, erwiderte Herr von Bismarck. — Sollte mein Vaterland einem Angriffe zu widerstehen haben, fuhr ich fort, so wird es an Kraftentwicklung nicht fehlen und der Ausgang liegt in Gottes Hand; die Unterstützung, die wir bei nachbarlichen Freunden finden werden, ist eine natürliche und daher an einen Kauf nicht zu denken. — „Doch nicht, fiel Herr von Bismarck mir ins Wort, Ihr zahlt zu wenig; Ihr seid breit und groß und werdet gehörige Kraft entwickeln, aber (kam er deutlicher heraus) wenn Oesterreich und Frankreich ihre Kräfte messen, könnte Preußen ebenso gut ein Interesse haben, es mit Letzterem zu halten; was man sich jetzt bei Fest- und Zweck-Essen verspricht, bedeutet nichts. Ihr bezahlt zu wenig; mag Preußen auch für den ersten Anfang mit Ihnen gehen, später kommen die Interessen klarer zum Vorschein, und dann entscheiden nur diese, und welches Interesse wird Preußen haben, für Oesterreich länger einzutreten?“

Ich kenne Ihr Vaterland und Viele Ihrer Freunde so genau, erwiderte ich Herrn von Bismarck, daß ich über den Preis, von dem Sie sprechen, nicht den geringsten Zweifel habe; aber selbst das Bedürfniß dieses Preises zuzugeben, nennen Sie mir den Mann, der mit seinem Gewissen es vereinbar findet, ihn auszusprechen! — „Das kann man schon, antwortete Herr von Bismarck, il y a des arrangements avec Dieu, et il y en a avec le diable, et si on n'en fait pas, le diable s'en mêle. Sehen Sie zurück nach dem 16. Jahrhundert: hätte Kaiser Carl V. sämtliche Bisthümer eingezogen, so wäre er Herr des ganzen ‚Schlammes‘ geworden.“

Ich antwortete hierauf dem Königl. preußischen Bundestags-Gesandten: Indem Kaiser Carl V. dieses nicht that, hat er ein Prinzip gewahrt, welches heute der Wille meines Allergnädigsten Herrn und Kaisers und dasjenige meiner eigenen Überzeugung ist, und wofür ich mit Gut und Blut einstehe. „Ich will Sie nicht zum Proselyten machen“, erwiderte Herr von Bismarck. Und ich, war mein Schluß, will nur die Größe des Contrastes in der Frage über den Preis hervorheben.

Hiemit fand die Unterredung ihre natürlichen Gränzen. Ich glaube eine weitere Pflicht zu erfüllen, indem ich E. E. nicht

mit meinem eigenen Urtheile über dieselbe behellige; nur bedauere ich tief, daß ich sie, um möglichst getreu zu sein, so gar ohne Gewand lassen mußte. Mag eine erregte Stimmung (die Unterhaltung fand nach Tische statt), mag eine aus den Privatbeziehungen überkommene Vertraulichkeit Herrn von Bismarck Maß und Kleid der Worte haben vergessen lassen, mich trafen sie ganz unvorbereitet.“

33. Herkules am Spinnrocken.

(Vgl. S. 506.)

Im Herbst 1892 erhielten Graf und Gräfin Herbert Bismarck, die als jung vermähltes Paar Schloß Schönhausen bewohnten, den ersten Besuch der Eltern aus Friedrichruh. Als die alte Fürstin Johanna an der Seite ihrer Schwiegertochter ins Wohnzimmer trat, rief sie ganz glücklich aus: „Ach, da ist ja der liebe alte Nähtisch, an dem Bismarck so oft saß, seine dicken Zigarren rauchend, ganz in Wolken gehüllt, und — ohne ein Wort zu sprechen — stundenlang seine Karten von Deutschland studierend. Meine Mutter sagte im Vorbeigehen, auf ihn zeigend: ‚Da sitzt Herkules am Spinnrocken!‘“ —

Frau von Puttkamer ist nur einmal, im Herbst 1847, zum Besuch bei Tochter und Schwiegersohn, den damals Jungvermählten, in Schönhausen gewesen. Damit ist das Erinnerungsbild zeitlich bestimmt.

(So erzählte mir die Fürstin Herbert Bismarck.)



Namen- und Sachverzeichnis

(Zeitungstitel siehe unter „Zeitungen“.)

- Nachener Kongreß 575¹.
 Albert, Prinzgemahl 102.
 Alexander II., Ks. v. Rußl. 427.
 Alternat im Bundespräsidium
 36. 433.
 — im Rang der Gesandten
 372. 375. 542 ff. 575. 578 f.
 Alvensleben, Graf Albrecht,
 Staatsminister 22.
 —, Graf Gustav, Generaladju-
 tant 469. 480. 482.
 Ancillon, pr. Minister d. Ausw.
 369 f.
 Anhalt 181. 452.
 Annexionspläne Bism.'s 262.
 450 f. 476 f. 480 f. 506.
 Ansbach-Baireuth 481.
 Aprilbündnis 217 f. 221. 225.
 229. 232.
 Arndt, E. M. 418.
 Arnim, Bettina v. 149.
 —, Harry v. (später Graf),
 Legationsrat 457²³.
 —, Graf Heinr. Friedr., pr.
 Min. d. Ausw. (1849), Ges.
 in Wien (1851—58) 50. 65.
 72³⁵. 85. 101. 145.
 Auerwald, Rud. v., Min. d.
 Neuen Ära 487.
 Augusta, Prinzessin v. Preuß.
 449. 454 f. 458 f. 467. 484².
 Baden 173³. 174 f. 183. 187²⁸.
 314. 390. 392¹⁰. 394. 432.
 476. Siehe auch Friedr.,
 Großhz., u. v. Marshall.
 Balan, Vortrag. Rat 562.
 Bamberger Konferenz 221 f.
 Banks, Edw., Hamburger BL-
 Ges. 277 f.
 Baseler Friede 401. 561.
 Bauer, Ludw., Dichter 485.
 Baumbach, kurfess. Min. 531.
 Bayern 238. 241. 245. 259 f.
 311 f. 315—17. 319 f. 344.
 347. 373. 390. 430. 481.
 Bordermann der Mittel-
 staaten: 260. Siehe auch
 Maximilian II. und
 v. Schrenk.
 Beaulieu, Baron, belg. Ges. in
 Frankf. 477⁵⁷.
 Bechtold, v., Hess. Preßsachmann
 522².
 Becker, Jakob, Maler 504³⁶.
 Beckerath, v., Abgeordn. 23.
 Bendendorff, Graf v., russ.
 Militärbevollm. in Berlin
 530.
 Bentinck, Reichsgraf 377. 379.
 Berlin, geistiges Leben in 148 f.
 Bernstorff, Graf Albr. v., pr.
 Ges. in Wien (bis 1851), in
 London (seit 1853) 22. 84 f.

93. 145 f. 159. 163. 355. 463. 489.
 Besuchszereemoniell am BT. 47.
 Beust, Frh. v., sächf. Min. 531. 566. 571.
 Biegeleben, Frh. v., Hofrat 418.
 Bismarck, Johanna v. 55. 76. 103. 115. 584.
 Blittersdorf, Frh. v., bad. Staatsmin. 123. 458. 503. 548.
 Blixen Finede, Baron v. 350.
 Bluhm, Julius 454²¹.
 Bodenheimer Landstr. 46. 115.
 Boeckh, August, Altertumsforscher 137. 148.
 Bolgrader Frage 555.
 Bonin, v., General 22. 581.
 Bothmer, Frh. v., hannöv. BT.-Ges. 63. 184.
 Braun, Adolf, öst. Legat.-Sekr. 469⁴⁵. 470^{47 48}. 488.
 Braunschweig 187²⁸. 244. 430. 452.
 Bremen 197. 319.
 Brenner, Frh. v., Bundeskanzleidirektor 127. 164. 183. 190. 194. 196.
 Brunnow, Frh. v., russ. Ges. in Frankf. 495. 503.
 Budberg, Frh. v., russ. Ges. in Hannover, dann in Berlin 47. 89. 154. 382. 530. 537.
 Bülow, Bernhard v., holst.-lauenbg. BT-Ges. 63. 68. 330. 336. 345. 349. 548 f. 573.
 —, Graf Hans Adolf Karl, medl. Min.-Präf. 187. 188²⁰.
 —, v., Geheimrat i. pr. Außenminister. 180.
- Bund, Deutscher
 1815 und 1851: 19.
 geograph. Grenzen 35.
 innere Unwahrscheinlichkeit 228 f. 263. 301 f. 338. 342. 356. 361. 398. 402. 444.
 Verfassung s. Bundesverfassung.
 Bundesakte 107 f. 182 f. 312. 368. 376. 526.
 Bundesarchiv 190. 203.
 Bundesbeamte, Anstellung 202 f.
 Bundesbruch, Drohung mit 72. 79. 83 f. 86. 90. 94 f. 197. 399. 401. 444. 481. 550.
 Bundesexekution 331. 361. 363. 437.
 Bundesfarben 204 f.
 Bundesferien 79. 199. 205. 222. 269. 307. 315. 374. 425.
 Bundesfestungen 171 ff. 388 ff.
 Siehe Landau, Luxemburg, Mainz, Rastatt, Ulm.
 Bundeskanzlei 189 ff. 202 ff. 405 f.
 Bundeskanzleidirektor s. Brenner, Dumreicher.
 Bundeskastenwesen 191. 203 f.
 Bundes-Militärkommission s. Militärkommission.
 Bundespalast 28. 62. 190. 192 f. 199. 206. 295.
 Bundespräsidium s. Präsidialgesandter.
 Bundespreßbestimmungen 104 bis 116. 196. 197. 297. 491. 522—28.
 Bundesreform 20. 66—68. 189 f. 287—91.
 Bundesstempel 204.

Bundestag
 geistiges Niveau 63. 252.
 keine Behörde f. Preußen
 113.
 Reaktivierung 20 f.
 staatsrechtl. Begriff 195 f.

Bundestagsausschüsse
 Bentinckscher Ausschuß 378.
 Exekutionsausschuß 353.
 Geschäftsordnungsausschuß
 192. 197. 201.
 Handelspolit. Ausschuß 315
 bis 317.
 Militärausschuß 389. 394.
 396. 533. 535.
 Politischer Ausschuß 105.
 108. 110. 522.
 f. Rangordnung 373. 376.
 546 f. 571. 578.
 Reklamationsausschuß 183.
 186. 259. 406.
 f. Schlesw.-Holst. 346 f.
 standesherrl. Ausschuß 268¹¹.
 f. Veröffentlich. der B.L.=
 Verhandl. 60. 96. 510.

Bundestagspräsident 49. 368.
 378.

Bundestagsverhandlungen,
 Veröffentlich. der 60. 68 f.
 69²⁸. 96. 119.

Bundesverfassung 23. 66 f. 190.
 369. 376.

Einstimmigkeit 67 f. 109.
 110. 174. 406 f. 553.

Instruktionseinholung 67 f.
 116 u. sonst.

Mehrheitsbeschlüsse 68. 71.
 74. 113. 116. 117. 186.
 301. 303. 416. 434. 493 f.
 512. 526. 553 f.

Zuständigkeit des Bundes
 68. 69. 108. 118 f. 174.
 178. 181. 183. 288 f. 419
 bis 421.

Bundesversammlung f. Bun-
 destag.

Bundeswappen 205 f.

Bunsen, v., pr. Diplomat 459.

Buol-Schauenstein, Graf, öst.
 Min. d. Ausw. 52. 101. 109.
 110. 123 f. 152 f. 162. 187.
 255. 285. 344. 362. 373. 384.
 393. 420. 448. 494 f. 517 f.
 518¹. 547².
 Charakter 101.
 Begegnungen m. Bism. 101
 bis 103. 295.
 Urteil über B. 403. 558—60.
 Deutsche Politik 102 f. 196.
 262. 266. 287—90. 303
 bis 306. 402. 437—39.
 493—95. 567—71.
 in Frankfurt 294—97.
 Krimkrieg 216. 225. 231.
 235. 245. 255. 266. 567.
 Stellg. z. Preuß. 231. 244.
 304 f. 462. 568 f. 581¹.
 — z. Preuss. 152 f. 157 f.
 241. 255.
 — z. Rußl. 165.

Bürgermeisterdiner 374 f. 541.
 571. 575. 577.

Caniz, Frh. v., 521.

Chalaupka, Bundeskanzlist 406
 bis 409. 429. 553.

Code de commerce 314—16.

Correspondence Havas 357.

Crüger, Geh. Reg.-Rat 82. 83.
 177¹¹.

- Daffinger, Maler 56⁵⁰.
 Dalwigk, Frh. v., hess. Min.-
 Präs. 250. 283. 386. 431.
 477⁵⁷. 531.
 Dänemark 324 ff. S. Schlesw.-
 Holst., Gesamtstaatsverf.
 Dänische Demokratie 332. 334.
 Dannhauer, General 473 f. 475.
 582².
 Dardanellenvertrag 225.
 Darmstadt 264. 382 f. 385 f.
 Delbrück, Rudolf 420.
 Deutsch, Mißbrauch des Wortes
 215. 228. 356. 391. 551.
 Deutscher Bund, s. Bund.
 Deutschland, Königreich 480.
 481⁶⁰.
 Disraeli 400.
 Donaufürstentümer 207. 213.
 224. 227 f. 230. 234. 237.
 257. 323. 400. 555.
 Donauschiffahrt 219.
 Dönhoff, Graf, pr. BTGef. 204.
 541.
 Dörnberg, Frh. v., kurhess. BT.-
 Gef. 63. 376. 546 f. 571 ff.
 Dresdener Konferenzen (1851)
 20. 23. 36. 66—68. 102. 118.
 189 f. 192. 206. 287—89.
 421. 433. 570.
 Drosen, Joh. Gust., Historiker
 285.
 Dualismus, deutscher 35. 98.
 147. 211. 239. 258. 267. 433.
 500 f. Vgl. Vetorecht.
 Duclwig, Arnold, Bgmstr. v.
 Bremen 440.
 Duell Bismarck-Binde 98—100.
 Duellforderung Rechbergs 280 f.
 413.
 Dumreicher, v., Bundeskanzlei-
 direktor 537.
 Duncker, Max, Historiker 285.
 453.
 Eidergrenze 343. 348. 361. 363.
 Eisendecher, v., oldenburg. BT.-
 Gef. 86. 93⁷⁸. 379.
 „Elbherzogtümer“ 331.
 England 219. 230. 355. 363. 369.
 375. 377—79. 446. 454.
 Ernst II., Hz. v. S.-Koburg 72.
 119⁸⁸.
 Esterházy, Graf, österr. Gef. in
 Berlin 239 f. 243 f. 248.
 Erzellentitel 368. 447⁸.
 Festungsbaufonds 179.
 Festungsbaustreit 171—81. 199
 bis 202. 491.
 Fischer, Hannibal 73.
 —, Oberst 200. 202.
 Flotte, deutsche 72—95. 173.
 176. 197. 491.
 Föderatives Prinzip 68. 163.
 195. 201. 203. 506. 558 f.
 Fonton, v., russ. Gef. in Irkut.
 349. 375 f. 478. 573. 579.
 Frankfurt, fr. Stadt 319. 374
 bis 377. 390.
 Frankfurter Fürstentag 209 f.
 440 f.
 Frankreich 150. 226. 230. 238.
 245. 258 f. 309. 322. 335.
 337. 363. 369. 387 f. 393.
 401. 425 f. 446. 465.
 Franz, Konstantin 454²¹. 581.
 Franz Josef, Kf. v. Öst. 72. 79.
 156 f. 159. 164. 207. 218.
 226. 269. 303. 404. 427 f.
 440 f.

- Friedrich d. Gr. 70. 149. 207.
401. 485. 505 f. 557. 560.
- Friedrich I., Großh. v. Baden
391 f. 393. 396.
- Friedrich Wilhelm III. 118.
— IV. 65. 73. 83. 86. 91⁷⁶. 142.
148. 150 f. 155. 215. 232.
248 f. 304. 326. 337. 390.
392. 399. 497. 564.
Erkrankung 308. 340. 428.
455.
Stellung zu Frankr. 309 f.
Stellung zu Österr. 32. 52.
86. 210 f. 218. 225 f. 229.
236. 257. 266. 292. 384.
552. 559. 560.
— zu Rußl. 225 f. 232. 293.
Urteil üb. Bism. 404.
Bism. üb. ihn 226. 232. 498.
- Friedrich Wilhelm, Prinz 308.
417. 447.
- Fritsch, Frh. v., grhgl. u. hgl.=
säch. BT-Ges. 119³⁸. 270.
- Fürstentag f. Frankfurt.
- Genz, Friedr. v., 131. 137. 139
bis 141. 150. 153. 285.
- Georg V., Kg. v. Hann. 346³⁰.
351.
- Gerhard, Ed., Archäolog 148.
- Gerlach, Leop. v., Gen.-Adjut.
22. 24. 26. 39. 83. 86. 91⁷⁶.
213. 215. 217 f. 237. 307.
426. 455.
- Gersdorf, säch. Preßschmann
522².
- Gervinus, Historiker 285.
- Gesamtstaatsverfassung, dän.
329. 335. 351. 357.
- Geschäftsordnungsrevision
189—206. 491. 496.
- Geschäftsordnungsstreit 394. 412
bis 415. 448. 451. 494.
- Glinka, v., russ. Ges. in Trfft.
240. 262.
- Gobineau, Graf, frz. Legat.=
Sekr. in Trfft. 125. 252.
503.
- Goerz, Graf, hess. Ges. in Ber-
lin 529.
- Gräfin 465.
- Goethe 130 f.
- Gortschakow, Fürst 90—95.
348 f. 469. 489.
- Grundrechte, deutsche 105.
- Gruner, Justus v., Geh. Leg.=
Rat, dann Unterstaatssektr.
31. 42. 205. 474. 486.
- Hall, C. Chr., dän. Min.=Präj.
349.
- Hamburg 169. 318 f.
- Handel, v., öst. Diplomat 123.
- Handelsgesetzbuch, deutsches 312
bis 320. 419.
- Hannover 20. 36. 63. 181. 184.
197. 245. 262. 320. 344—47.
351—55. 357. 412 f. 422. 435.
451 f. 506.
- Entente mit Preuß. 352.
354. 451.
- Harnier, Ed. Ludw., Bgmstr. v.
Trfft. 375 f. 572. 577¹.
- Hatzfeldt, Graf, pr. Ges. in
Paris 449.
- Haugwitz, Graf, pr. Min. 439.
- Häuser, Ludw., Historiker 285.
- Heimbruch, v., hannöv. BT-Ges.
344—47. 352. 354. 412. 422.
- Heine, Heinr. 113.
- Herwarth, v., pr. General 167.

- Heß, Frh. v., Feldzeugmeister 217.
 Heßen-Darmstadt 183. 187²⁸. 197. 315. 476. 553. Siehe auch Münch-Bellinghausen.
 Heß. Großhgs. paar 382.
 Hindeldey, v., Polizeipräs. 308.
 Hohenzollern, Fürst, Minister-präs. 462. 464.
 Holland 264 f.
 Holstein 20. 118. 329 f. 452.
 Siehe Schlesw.-Holst.
 Holstein-Lauenburg. Frage f. Schlesw.-Holst. Fr.
 Horst, v. d., General 407. 553.
 Hübner, Alex. Frh. v., öst. Ges. in Paris 123. 127. 243. 465.
 Hügel, K. A., Frh. v., Natur-forscher u. öst. Diplom. 276.
 Humboldt, A. v. 134. 148.
 —, W. v. 135.
 Ignatiem, Graf, russ. Botsch. in Konstant. 251.
 Ionische Inseln 219.
 Jossika, Baron 503.
 Jkehoe 349.
 Karl V., K. 23. 583.
 Karl, Erzhz. 128.
 Karl Alexander, Großhz. v. Weimar 362.
 Karlsbad 52. 298.
 Karlsbader Beschlüsse 19. 107.
 Károlyi, Graf, öst. Ges. in Ber-lin 404.
 Kaunitz, Fürst 149.
 Keldner, Hofrat 538.
 Kettenburgische Beschwerde 181 bis 189. 198. 259 f.
 Keudell, Rob. v. 498. 500.
 Kielmannsegge, Graf, hann. BT-Ges., dann Ges. in Lon-don 63. 252⁹. 262. 355.
 Kieselwetter, Hofrat 142.
 Kirchenrecht 182—86.
 Kirchenstreit, oberrhein. 181. 185. 187²⁸.
 „Kleindeutsche“ Politik 231. 536.
 Kniphhausen, Herrschaft 377. 379.
 Kolin-Feier 207.
 Koller, Frh. v., öst. Ges. in Berlin 196³⁴. 403. 437. 448 bis 450. 454. 460. 464 f. 467.
 Konservatives Prinzip 91. 91⁷⁸. 427. 462. 489.
 Kopenhagen, Bism.'s Reise n. 349.
 Kriegsbereitschaft des Bundes 237. 242. 244 f. 259. 268. 294. 304.
 Kriegsgefahr, pr.-öst. 70. 78 f. 81. 210. 234. 239. 500 f.
 Kriehuber, Josef, Porträtist 56. 159.
 Krimkrieg 200. 207 ff.
 Kulturkampf 185 f.
 Kurheßen 74. 185. 320. 373. 451 f. Siehe auch Dörnberg.
 Kutscheit, D. J. B. 518.
 Lafenbacher, v., Sektionsrat 106—108. 110. 522².
 Lassalle, Ferd. 486.
 Lecoq, v., Unterstaatssekr. 530.
 Legitimitätsprinzip 27. 102. 309. 455.

Leiningen, Graf, General 123.
 — =Westerburg, Graf, Bundeskommissar 511.
 Liberalismus 308. 446. 502.
 Liberum Veto 117. 526. Siehe Vetorecht.
 Linde, v. Liechtensteinscher BL-Ges. 185.
 Londoner Protokoll 326 f. 332. 348.
 Lübeck 319.
 Luxemburg, Bundesfestung 390. 569.
 —, Großhzm. 74. 390. 452.
 Magenta 432. 483.
 Mainz 390. 446 f. 581.
 Malet, Sir Alexander, engl. Ges. in Trfst. 255. 375. 378. 379.
 Malmesbury, Earl of, engl. Außenminister 355.
 Malhan, Graf, pr. Ges. in Wien 540. 578¹.
 Manteuffel, Otto Frh. v., pr. Min.-Präf. 22. 27. 38. 53. 74. 76. 79. 81. 123. 151. 153. 161. 179. 201. 235. 304. 307. 362. 415 f. 543¹. 547¹. 562. Deutsche Politik 214—16. Stellung zu Öst. 37. 72. 86. 210. 214—16. 225. 236. 258. 449 f. 499.
 Verhältn. z. Bism. 86. 91^{7a}. 214. 218. 236. 246—48. 313. 392. 416. 448—50. 453. 488—93.
 System M. 177.
 Sturz 461.
 Marschall v. Bieberstein, Frh., bad. BL-Ges. 174 f. 197. 235.

Maximilian II., Kg. v. Bayern 315.
 Mecklenburg 181. 315. 452.
 Siehe auch Derken.
 — =Schwerin 182—188. 259. 440.
 — =Strelitz 20. 67. 433.
 Metternich, Fürst, Staatskanzler 27. 48²⁴. 125. 127. 135 f. 139. 140 f. 275. 369 f. 427. 538—40. 544 f. 578¹. seine Bundespolitik 19. 144. 210. 439. 449. 493.
 Meyendorff, Peter v., russ. Ges. in Berlin, dann in Wien 22. 27 f. 49. 88. 89. 146. 147. 154. 165. 281.
 Militärkommission am BL. 171. 177. 388. 394. 395. 473. 475. 535 f. 582².
 Mittelstaaten, deutsche 105. 222 bis 224. 229. 245. 260. 266. 301—04. 456 f. Stellung z. Dt. Bd. 263. 301. 422 f. zu Frankr. 226. 309 f. 322. zu Preußen 222. 243. 260. 268. 322. 450—52. 457. zu Österr. 302. 304. 450 bis 452. 496. zu Schlesw.-Holst. 324—26. 344. 346.
 Streitobjekt zw. Pr. u. Ö. 310 f. 438.
 Bism. u. Mitt. 311. 322. 425. 444. 456.
 Moldau f. Donaufürstentümer.
 Montessuy, Graf, seit Dez. 1855 frz. Ges. in Trfst. 322. 349. 579.
 Motte-Fouqué, Marie de la 505.

- Moustier, Marquis, frz. Ges. in Berlin 239. 245.
- Münch-Bellinghausen, Frh. v., hess. BtGes. u. Oberzeremonienmeister 184. 382 f. 385. 422. 533 f. 553.
- Münch-Bellinghausen, Graf, Präsidialgesandter 370. 538 bis 540.
- Napoleon III. 102. 287. 309 f. 334. 387. 426 f. 465. 470. 474. 489.
- Napoleon, Prinz 322 f. 387. 427.
- Nassau 187²⁸. 244. 430. 452.
- H3. v. 484².
- Nationalverein 485.
- Nationalität, deutsche 542. 579.
- Nationalitätsprinzip 330.
- Nesselrode, Graf, russ. Kanzler 27. 72³⁴. 88—90. 155.
- Neue Ara 285. 364. 384. 461 f. 487.
- Neuenburg 310. 322. 568.
- Neutralität, nordische 264—66. 425. 489.
- Niebuhr, Markus, Kabinettsrat 537.
- Nikolaus I., Rf. 27. 87. 90. 92⁷⁶. 160. 225 f. 241.
- Nordseeflottenverein 98.
- Nothig u. Zändendorf, säch. BtGes. 40. 235. 252⁹.
- Nürnberger Konferenz 318 f. 419 f.
- Oerzen, Jasper v., medl. BtGes. 63. 67 f. 173. 175. 181. 183 f. 186. 413. 423. 433 f. 436. 452 f. 457.
- Öffentl. Meinung 104. 119. 150. 231. 285. 328. 333 f. 339 f. 342 ff. 346. 354. 355 f. 362.
- Oldenburg, Großhztm. 181. 183. 408 f. 452. Siehe auch Eisenacher.
- , Großh3. v. 377.
- , Haus 326.
- Olmütz 20. 22. 25. 35. 37. 49. 58. 84. 88. 118. 147. 156. 208. 227. 324. 505.
- Olmützer Bismarcks 22 f. 58. 241. 506.
- Orientalische Frage 219—21.
- Orientkrisis 198. 207 ff.
- Österreich passim
- „erste europ. Großmacht“ 383 f.
- kath. Vormacht 187.
- Primat in Deutschl. 32. 37. 40. 66. 100. 210. 458.
- Isolierung am Bunde 198. 235 f. 241. 243 f. 245. 439.
- Orientpolitik 220.
- Zollpolitik 70 f. 88 f. 100.
- Ottensfels, Frh. v., öst. Internuntius in Konstantinopel 136 f.
- Pacifico, Don 379.
- Palmerston, Lord 151. 375.
- Pariser Friedenskongreß 291. 299. 307. 310. 426.
- Parität im Bundespräsidium 35—37. 45.
- , konfessionelle 185²³. 189³².
- Pfordten, L. v. d., bayr. Min. Präf. 438. 531.
- Pfuster Schmid, v., öst. Legat. Gebr. 478 f. 555. 582—84.

- Pichler, Caroline 130.
 Platen, Graf Adolf v., hann.
 Außenminister 346³⁶.
 Polizeizentralstelle 511.
 Pontusflausel 225. 227.
 Pourtalès, Graf, pr. Diplomat
 467.
 Präsidialgesandter, Stellung
 des 367—369. 539. 574.
 576. 578.
 Befugnisse 190. 202 f.
 Preßbestimmungen des B.L. f.
 Bundespreßbestimmungen.
 Preßbureau, Berliner 296.
 458²⁵.
 Preßgesetz, preuß. 107.
 Preußen passim
 Deutsche Mission 214. 444 f.
 497.
 Isolierung am Bunde 321.
 422 f. 439. 452. 455 f. 487.
 Orientpolitik 143. 220.
 Unionspolitik 100. 147. 231.
 Zollpolitik 114. Siehe Zoll-
 verein.
 Prokesch von Osten, Frh., Prä-
 sidentialgesandter 39. 41. 52.
 72. 90. 123 ff. 277. 282. 460.
 471 f. 475. 479. 505. 529 f.
 567.
 Äußeres 129. 159 f.
 Bildung und Laufbahn
 127 ff.
 Charakter 129 ff. 168. 250
 bis 254. 270.
 Rasse 144.
 im Orient 136—39.
 geadelt 139.
 Graf 160.
 Spitznamen 144.
 Ges. in Athen 140—42.
 in Berlin 142—57.
 in Frankfurt 161 ff.
 Abberufung 254 ff.
 Rückkehr 267.
 Abschied v. Frkf. 270 f.
 Ges. in Konstantinopel 160.
 165. 255. 269.
 widersprech. Urteile 125 f.
 250 ff. 256¹⁸.
 —, Frau v. 132. 142. 540.
 Quehl, Dr., Journalist 177¹¹.
 Radetzky, Feldmarschall 276.
 Radowig, Jos. v., 23. 31. 166.
 417.
 Rangstreitigkeiten 367 ff. 538 ff.
 571 ff.
 Rastatt 59. 477⁵⁷.
 Festungsbau 171—181. 200
 bis 202. 491. 568.
 Besatzungstreit 388—97.
 429—32. 436. 499. 533—36.
 558. 568.
 Rauch, Daniel, Bildhauer 148.
 Raule, v., Handelsgerichtspräsi-
 dent 419—21. 424.
 Raveaux, Franz, Abgeordn.
 32²⁵.
 Reaktionsausschuß 105.
 Rechberg, Graf Bernhard, Prä-
 sidentialgesandter 123 f. 185.
 188. 196. 209. 255 ff. passim.
 Äußeres 277.
 Charakter 277—286.
 Laufbahn 275 f.
 Urteile Bism.'s üb. R. 39.
 41. 54. 205. 255. 267 f.
 277. 280. 282. 284. 359 f.
 380.

- Urteile R.'s üb. B. 265.
 279 f. 299 f. 316. 321 f.
 395. 411. 423. 460 f.
 Duellforderung 280. 413.
 zeitweil. Präj.-Ges. 255 bis
 268.
 endgült. Präj.-Ges. 286 ff.
 Minister 282. 365 f. 440 f.
 Stellung zur Presse 285.
 552².
 Denkschrift v. 1856: 301 bis
 303. 397. 402. 437.
 Regensburger Reichstag 115.
 356. 367. 372. 374. 398. 551.
 558.
 Reuß, Prinz 500.
 Revolutionsfurcht 23. 104. 140 f.
 Ritter, Carl, Geograph 148.
 Rochow, Gustav v., Minister 25.
 —, Karoline v. 26.
 —, Theodor v., pr. Ges. in
 Petersburg, 1851 in Frank-
 furt 25—34. 37 f. 41 f. 45.
 46. 54. 61. 72³⁴. 88 f. 93⁷⁰.
 98. 104 f. 118. 162. 385. 415.
 505.
 Rößler, Constantin 486.
 Rothan, frz. Diplomat 101.
 Rothschild, Bankhaus 77. 82 f.
 95 f.
 Rumpfbundestag 20. 49. 68. 87.
 117 f. 388. 535. 578.
 Rußland 87—95. 229 f. 233.
 240 f. 323. 363. 387. 446.
 469.
 Sachen 20. 74. 197. 245. 320.
 430. 451 f. 560. Siehe auch
 Noßtig.
 Sachen-Roburg-Gotha 351.
 Sardinien 465.
 Savigny, F. A. v. 149.
 Sann-Wittgenstein, Prinz,
 naßauisch. Minister 531.
 Schack, Graf Ad. Friedr. 132.
 157. 160.
 Schaumburg-Lippe 20,
 Schele, Frh. v., hann. Minister
 531.
 Schelling, Philosoph 148.
 Schemann, Ludw. 39. 125 f. 146.
 155. 156¹⁰⁰. 256¹⁸.
 Scherer, Geh. Reg.-Rat 105¹⁵.
 Schillerfeier 485.
 Schleinitz, Frh. v., pr. Außen-
 minister 149. 453. 467. 472.
 474. 481. 484². 488.
 Schleswig-holsteinische Frage
 324 ff.
 — Offiziere 328. 361. 407.
 409 f. 429. 554.
 Schlußakte, Wiener 186. 240.
 378.
 Schmerling, v., öst. General
 167 f. 171 f. 175. 473.
 Schneller, Julius Historiker
 127. 129. 137.
 Schöler, v., General, pr. BL-
 Ges. 538.
 Schönhäusen 53. 506. 584.
 —, Wortspiel 505.
 Schrenk, Frh. v., bayr. BL-Ges.
 63. 94. 169. 174. 259 f. 316 f.
 347. 373. 453. 546.
 Schwarzburg, Fürstentum 181.
 452.
 Schwarze-Meer-Frage 225. 227.
 Schwarzenberg, Fürst Felix, öst.
 Min.-Präj. 20. 29. 32. 43.
 49 f. 52. 61. 72. 78—81. 84 f.
 88. 106. 108. 142. 145. 152.
 155. 156. 158. 209. 289 f.
 463.

sein Tod 50. 101. 516 f.
 Schwarzenberg, Fürst Karl,
 Feldmarschall 128. 130.
 145.
 Schwarz-rot-gold 204 f.
 Sebastopol 229.
 Simson, Eduard 485.
 Singenich 406—09. 429. 553.
 „Skalp von Österreich“ 24.
 Skandinavien 264 f.
 Solferino 432. 483.
 Stillfried, Graf, Oberze-
 monienmeister 467.
 Stockhausen, v., hann. Ges. in
 Wien 413.
 Stolberg, Graf Anton, pr.
 Hausmin. 100.
 —, Graf Theodor, Gesandt-
 schafts-Attaché in Trkf. 100.
 Stuttgart 90. 92.
 Stuttgarter Kaiserbegegnung
 428.
 Sybel, H. v., Historiker 285.

 Tallenay, Marquis, frz. Ges.
 in Trkf. (bis Dez. 1855)
 255. 541.
 Testa, Charles 251.
 Tettschen 52.
 Thun-Hohenstein, Graf Friedr.
 v., Präsidialgesandter 28
 bis 32. 36 ff. 123 f. 151 f.
 161. 162 f. 176 f. 182.
 190 f. 197. 282. 286. 290.
 327. 368. 384 f. 500.
 Äußeres 56.
 Charakter 50—57.
 Laufbahn 51.
 Urteile Bism.'s üb. Th.
 38—43. 53—55. 119. 282.

Th.'s üb. B. 43—47. 53 bis
 55. 64. 84. 96 f. 112 f.
 115.
 Russ. Urteile üb. Th. 89 f.
 93.
 Besuchstreit m. B. 43. 45.
 58 ff. 92.
 Abneig. geg. Preuß. 30. 36.
 54. 152. 526—28.
 Stellg. z. Schwarzenberg.
 49 f. 78—81.
 Judenhaß 78. 83. 106.
 Polit. Moral 52. 152.
 Ges. in Berlin 38. 39. 120.
 124. 217.
 — — Petersburg 55¹⁷. 282.
 Thun, Gräfin 38. 55. 56⁵¹. 517.
 Toegel, Dr. 154. 519.
 Trauttmansdorff, Graf, öst.
 Ges. in Berlin 373⁹. 539 f.
 Treitschke, H. v. 125.
 Trias, deutsche 223.
 Trott, v., furthell. BTGef. 63¹⁴.
 511.

 Ulm 171—181. 390. 534.
 Unruh, H. B. v. 486 f.
 Usedom, v., pr. BTGef. (seit
 1859) 24. 466—68. 471. 475.

 Versailles 55. 474 f.
 Vetorecht am BT. 19. 24. 35.
 58. 117. 208 f. 211. 263.
 300—06. 396—99. 434 bis
 38. 440. 498. 569—71.
 Victoria, Prinzessin 417 f. 447.
 Vier Punkte, die (1854) 226.
 236.
 Villafranca 483.
 Vincke, Georg v., Abg. 98.

Vogelsang, v., Gutsbesitzer 188.
259.
Vrints, Frau v. 158. 255.
Waig, Georg, Historiker 285.
Walachei f. Donaufürstentümer.
Waldersee, Graf, Oberst, pr.
Milit.-Bevollm. b. BZ. 171
bis 73. 175. 177. 200. 533.
534².
Walbmüller, Maler 56⁵⁰.
Weimarer Kaiserbegegnung
428.
Welcker, Fr. G., Philolog 137.
Wenzel, pr. Legat.-Rat in
Frankf. 75. 78. 177. 193.
Werner, Frh. v., öst. Unter-
staatssekr. 123. 161. 516².
Westfäl. Friede 183.
Wiener Kongreß 371. 372. 376.
382. 385.
— Schlußakte f. diese.
Wilhelm, Prinz v. Pr.
Stellvertretung f. d. Kg.
340. 459.
Regentschaft 362.
deutsche Politik 457.
Stellg. z. Bism. 33. 431.
442. 449. 456. 458. 467
bis 69. 486. 497. 500.
— Liberalismus 445 f.
— Österr. 446 f. 456.
458 f. 464 f. 474.
— Napol. III. 427.
— Schlesw.-holst. Frage
362.
Urteil üb. Proseß 154.
158 f. 163.
Windthorst, Ludw. 181. 185.
Wittgenstein, Fürst, pr. Staats-
minister 321.

Wittroß, Syndicus 564 f.
Württemberg 36. 173³. 187²⁰.
312. 390. 421 f. 453. 476.
—, Kg. v. 174. 226.

Zeitungen

Deutsche Allgem. Z. 339²⁴.
340²⁵. 343.
Deutschland 296.
Erfelder Z. 458²⁰.
Frankfurter Journal 166.
167¹⁵. 207. 537.
— Intelligenzblatt 189²².
196⁴⁴. 231. 392¹⁰. 435.
450. 552¹.
— Oberpostamtszt. 124.
295 f. 518. 537.
— Postzt. 189³². 340²⁰.
Kladderadatsch 112. 505.
Köln. Z. 166. 364.
Kreuzzt. 58. 75⁴⁰. 76. 166¹⁴.
235. 343. 537.
Mittelrhein. Z. 166.
Nationalzt. 330 f. 343 f. 364 f.
Presse (Wien) 164⁹.
Schles. Z. 75.
Vossische Z. 24. 155. 340²⁰.
Weimarer Z. 339²⁴.
Weserzt. 339²⁴. 340. 343.
Zeit (Berlin) 339²⁴.
Zeitungsartikel Bism.'s 58.
76. 166¹⁴. 196⁴⁴. 231. 357.
435 f. 450 f.
Zigarrengeschichte 98.
Zimmermann, Hann. Staats-
rat 345. 351. 565 f.
Zitelmann, Alffessor 105 f. 108.
109²².
Zollverein 69 f. 100 f. 312 f.
400. 551 f.
Zischold, v., Leg.-Rat 453.

Berichtigung

S. 56 und S. 159, erste Zeile im neuen Absatz, lies
Kriehuber statt Kniehuber.

Bogislaw v. Selchow
Unsere
geistigen Ahnen

Ein Weltbild

Ein genialer Wurf ist dies „Ahnenwerk“ ganz verschieden. Es will schon etwas heißen, auf dem ungeheuer oft beachteten und tief ausgepflügten Felde der deutschen Geschichte einen wirklich neuen Gedanken zu fassen. Hier ist er. Wenn er so auf das Christentum, Rom und das Germanentum zurückgeht, gewinnt Selchow tatsächlich einen imponierenden Überblick, der einem die verschiedene Herkunft der geistigen Wurzeln eines Luther, Leo X., Faust, Karl V. und Zwan III. mit einem Schläge sauber offenbart.

Stuttgart, Die Literatur
Prof. Hans Helmolt.

4^o, 326 Seiten

Mit 1 Stammbild

In Ganzleinen M. 18.—

K. F. Koehler, Verlag
Berlin W 9 / Leipzig.

42 - 480





38756/
12.